

Acta Borussica

Neue Folge



Acta Borussica

Neue Folge

1. Reihe

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums
1817–1934/38**

herausgegeben von der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)

unter der Leitung von
Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

2004

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums
1817–1934/38**

Band 12/I

4. April 1925 bis 10. Mai 1938

bearbeitet

von

Reinhold Zilch

unter Mitarbeit von

Bärbel Holtz

2004

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

Kommission „Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38“

Jürgen Kocka (Vorsitzender) · Wolfram Fischer · Wolfgang Neugebauer (Projektleiter)
Hagen Schulze · Werner Vogel · Peter-Christian Witt · Klaus Zernack

Lektorat und Layout: Gaby Huch

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich.

Dieser Band wurde durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und
Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für
Wissenschaft, Forschung und Kultur) gefördert.

∞ ISO 9706

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2004

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, alterungsbeständigem Papier

Herstellung: Strauss Offsetdruck, Mörlenbach

ISBN 3-487-11009-1

Inhalt

Vorwort	I
Zur Form der Edition	VII
Einleitung	1
Abkürzungsverzeichnis	42
Regesten Nr. 1/1925 bis 396/1938	51
Sachregister	373
Personenregister	511
Ortsregister	738
Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums	756
Verzeichnis der zitierten Archivalien	759
Verzeichnis der zitierten Literatur	778

Vorwort

von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften legt hiermit einen weiteren von insgesamt zwölf Regesten-Bänden vor, mit denen die archivalisch überlieferten Beratungs- und Ergebnisprotokolle des Preußischen Staatsministeriums von 1817 bis 1934/38 erstmals wissenschaftlich erschlossen werden. Damit macht sie einen bislang lediglich punktuell ausgewerteten Quellenbestand in Form einer Regesten-Edition zugänglich, die als Hilfs- und Findmittel besonderer Art Grundlagen für weitere Forschung bietet. Es ist zu erwarten, daß die damit möglich werdende genaue Auswertung der Protokolle des Staatsministeriums — dieses für die preußische Politik lange zentralen Gremiums — die Kenntnis der neueren preußischen und preußisch-deutschen Geschichte sowie die Einsicht in zentrale Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts erheblich verbessern wird.

Der vorliegende Band, bearbeitet von Reinhold Zilch und Bärbel Holtz, behandelt den Zeitraum vom 4. April 1925 bis zum 10. Mai 1938.

Parallel zur Publikation der Regesten-Bände werden die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem — zumeist handschriftlich — überlieferten Protokolle vom Verlag Olms-Weidmann auf Mikrofiche in den Handel gebracht. Im Kopf der Regesten wird jeweils auf das betreffende Mikrofiche verwiesen, so daß Benutzer, die über die hier vorgelegten Inhaltsangaben hinaus Informationen benötigen, einen unmittelbaren Zugriff auf die Fundstelle haben.

Die Regesten enthalten zusammengefaßt die Verhandlungsgegenstände der Beratungsprotokolle, nach einzelnen Tagesordnungspunkten gegliedert. Im Kopf der Regesten sind der Sitzungstermin, der Teilnehmerkreis und die Überlieferungsform der Quellen verzeichnet. Wichtige, im Regestentext zitierte Dokumente werden in den möglichst knapp gehaltenen Anmerkungen nachgewiesen. Dadurch wird eine Vernetzung der Protokolle mit den Sachakten des Staatsministeriums und darüber hinaus auch mit denen der jeweiligen Fachministerien erreicht sowie auf andere Archivbestände verwiesen. So bieten die hier edierten Protokoll-Regesten Zugang zu zahlreichen

Quellenbeständen und ggf. zur Spezialliteratur. Detaillierte Sach-, Personen- und Ortsregister erschließen nicht nur die hier abgedruckten Regesten, sondern die gesamten Protokolltexte.

Das Staatsministerium war das oberste beratende und beschließende Kollegialorgan des preußischen Staates und in seiner Funktion einem Kabinett der parlamentarischen Demokratie vergleichbar. In ihm waren alle Fachressorts vertreten.

Die Entstehung des Staatsministeriums reicht in die Reformjahre 1808/10 zurück.¹ Im Jahr 1817 erhielt es als Gesamtministerium eine formalisierte Struktur, wonach es zu einem kollegial organisierten Zentralgremium auszubilden war. Dieses konnte jedoch erst nach 1822 wirksam funktionieren, war doch bis dahin dem Staatsministerium mit dem Staatskanzler Hardenberg eine einflußreiche Persönlichkeit übergeordnet.

Als Verhandlungsformen waren sowohl die mündliche als auch die schriftliche Beratung in Gestalt der Sitzung oder des Umlaufverfahrens üblich. Beide Formen hatten in der Regel in Immediatberichten festgehaltene Vorschläge oder Beschlüsse zum Ergebnis, die an den Monarchen zur Sanktionierung weitergereicht wurden und zuvor über das Zivilkabinett gelangten. Dieses „Büro“ des Monarchen, das durch die direkte Verbindung zum Herrscher einflußreich sein konnte, hatte dessen Entscheidungen an die entsprechenden Staatsorgane zur weiteren Bearbeitung zu übermitteln. Die Beschlüsse des nach dem Kollegialprinzip arbeitenden Staatsministeriums erhielten für die einzelnen Minister erst mit der königlichen Anordnung (Kabinettsordre) ihre Verbindlichkeit. Eine spezifische, auch in Protokollen festgehaltene und in der Edition chronologisch eingearbeitete Beratungsart waren die Conseils/Kronräte, die vom Monarchen einberufen und unter seiner Leitung abgehalten wurden.

Struktur und Funktion des Staatsministeriums unterlagen den wechselnden Zeitumständen. Seit 1848 gab es für den Vorsitzenden das Amt des Ministerpräsidenten, der *primus inter pares* war.

¹ *Literatur in Auswahl: Otto Hintze, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, zuerst 1908, wieder in: Ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens, 2. Aufl. hrsg. von Gerhard Oestreich, Göttingen 1967, S. 530–619, bes. S. 551 ff. u. 557 ff. – Ernst Klein, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–261, bes. S. 198 ff. – Werner Frauendienst, Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 116 (1960), S. 104–177. – Fritz Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, jur. Diss. Göttingen 1939. – Ludwig von Rönne, Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie, 2. Bd., 1. Abt., 2. Aufl. Leipzig 1864, S. 58–67. Ernst Müller/Ernst Posner, Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, I. Hauptabteilung (= Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung, Heft 24), Leipzig 1934, S. 96. – Hans Branig/Winfried Bliß/Werner Petermann (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, Teil 2, Köln, Berlin 1967, S. 41–48. Waltraud Elstner, Die Bestände der I. und II. Hauptabteilung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nach ihrer Rückführung. Ein Überblick, in: Aus der Arbeit des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, hrsg. von Jürgen Kloosterhuis, Berlin 1996, S. 155–199 (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Arbeitsberichte, Bd. 1).*

Davon unberührt blieb die den Ministern seit der Reformzeit weitgehend eingeräumte Verfügungsgewalt über ihr Ressort, doch kam es in praxi bekanntlich auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten an. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs begann eine, mit wenigen kurzen Unterbrechungen, bis 1918 während Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. Während das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt des Reiches aufging, fungierte das preußische Kriegsministerium seit 1871 praktisch als Reichsministerium; 1919 ging es in das neu gegründete Reichswehr-Ministerium über.

Der Ort des Staatsministeriums im Verfassungssystem blieb lange Zeit unverändert. Zwar traten seit 1848/50 neben König und Staatsministerium als neue politisch wirkende Kraft die beiden Häuser des Landtages, ab 1867/71 der Reichstag hinzu. Bis 1918 aber blieb das Staatsministerium de jure allein dem Monarchen gegenüber verantwortlich, wenngleich de facto die Parlamente zunehmend Bedeutung erlangten. Die Konflikte in diesem veränderten politischen Kräfteverhältnis spiegeln sich vielfach in den Protokollen wider. Mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie übernahm das Staatsministerium wesentliche Funktionen des Staatsoberhauptes und wurde zum obersten Exekutivorgan. Der vom Landtag gewählte Ministerpräsident hatte die Richtlinien-Kompetenz inne und war dem Parlament gegenüber verantwortlich. Die Staatsminister, ernannt vom Ministerpräsidenten, leiteten ihr Amt selbständig und in Eigenverantwortung gegenüber dem Landtag. Unverändert blieb die übliche Form der kollegialen Beschlußfassung im Staatsministerium, allerdings ohne Mehrstimmrecht des Ministerpräsidenten bei Stimmgleichheit.

Das Ende des preußischen Staatsministeriums fiel zusammen mit dem Ende des preußischen Staates in den Jahren des ersten (1932) und zweiten (1933) „Preußenschlages“ sowie der Gleichschaltung der Länder durch die nationalsozialistische Reichsregierung; bzw. deren Folgen in den dreißiger Jahren.²

In der gesamten Zeit seines Wirkens widmete sich das Staatsministerium durchgängig vor allem der Innenpolitik und der Verwaltung, in den einzelnen historischen Epochen jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten. So beschäftigte sich das Staatsministerium in den ersten Jahrzehnten häufig mit Problemen der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Integration der neuen Provinzen in die Monarchie, der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Rechtsvereinheitlichung und Modernisierung (Gesetzrevision), mit den Kompetenzverschiebungen zwischen Justiz

² Vgl. Schulz, Gerhard, *Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, Frankfurt/M. u. a. 1974, S. 515, Anm. 84 (= Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. 2; Ullstein-Buch Nr. 2993).*

und Verwaltung und dem „Gemeinwohl“, dem Ausbau der Infrastruktur sowie der Politik gegenüber den Provinzialständen. Nach 1840 war die Reform der Stände- und Verfassungsfrage ein signifikantes Thema, zu dem das Staatsministerium gemeinsam mit der Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten den Monarchen zu beraten hatte. Die Edition kann hierzu zahlreiche, bislang unbekannte Protokolle erstmals vorstellen.

Seit 1848/50 rückten das Verhältnis zu den Repräsentativorganen des preußischen Konstitutionalismus sowie die preußische Politik im nationalen Einigungsprozeß neu auf die Tagesordnung des Staatsministeriums; die harten Auseinandersetzungen dazu in der Zeit nach 1858 spiegeln sich in der Quelle allseitig wider. Das betrifft zum einen den Ausbau der Verfassung von 1850 sowie zum anderen die Vorgeschichte und Entstehung des Heeres- und Verfassungskonflikts, zu der neue und vertiefende Aspekte präsentiert werden. Im Unterschied zu anderen Zeitabschnitten — mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges — sind die Protokolle aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch zur Militär- und Außenpolitik inhaltsreich.

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs etablierte sich als durchgängiges zentrales Wirkungsfeld für das Staatsministerium die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich. Thematisch stark in den Beratungen vertreten waren nun die Finanz- und Steuerpolitik, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und generell die Stellungnahmen zu den Anträgen und Beschlüssen des preußischen und des Reichsparlaments. Die Protokolle des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts lassen im Zeichen des sich entwickelnden Interventionsstaates sowohl den Bedeutungsgewinn von Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Kräften erkennen als auch das Streben der Regierung, mit Gesetzen und bürokratischer Reglementierung die Gesellschaft unter der Kontrolle des Obrigkeitsstaates zu halten. Beratungsthemen der 1880 und 1890er Jahre wie die antipolnische Gesetzgebung, der Abbau des Kulturkampfes oder Probleme der Landwirtschaft wurden nach der Jahrhundertwende abgelöst von der Zollpolitik und Fragen der Reform des Dreiklassenwahlrechts, wobei die antipolnische Gesetzgebung mit der Ansiedlungspolitik in den östlichen Provinzen ihre Fortsetzung fand. Im Ersten Weltkrieg dominierte die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft als Teil einer zunehmend staatlich gelenkten, doch im Ergebnis scheiternden Ökonomie.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse seit 1918 brachte für die Arbeit des Staatsministeriums neue Inhalte, wie die Grundlegung einer demokratischen Verfassung sowie die Koalitionspolitik in Preußen. Grundthema blieb auch in der Weimarer Republik das Verhältnis Preußens zum Reich, das von den Konflikten um die bisherige preußische Vormachtstellung bestimmt war. Weiterhin spiegeln die Beratungsprotokolle dieser Jahre häufig die Bemühungen um

eine Verwaltungsreform sowie die Konflikte um die Demokratisierung der Verwaltungsspitze und der Bürokratie wider. Die Personal- und Beamtenpolitik zählte allerdings nicht zu den neuen Tätigkeitsfeldern; sie gehörte vielmehr zu den wichtigen Themen, denen sich das Staatsministerium während seiner gesamten Existenz nahezu kontinuierlich widmete.

Diese beständigen wie auch wechselnden, kurzzeitigen Themen aus dem über 130 Jahre dauernden Wirken des preußischen Staatsministeriums werden in den zwölf Bänden mit Regesten zu etwa 5 500 Sitzungsprotokollen systematisch dokumentiert.

Das Editionsvorhaben erschließt somit eine Stammquelle zur preußisch-deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit wird zugleich ein Defizit geschichtswissenschaftlicher Arbeit beseitigt, das seit längerem in der Forschung beklagt worden, aber den politischen Rahmenbedingungen geschuldet war. Denn der kriegsbedingten Auslagerung des Archivmaterials vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem hatte sich eine mehr als vierzig Jahre währende Trennung angeschlossen — die wichtigsten preußischen Archivbestände ziviler Regierungs- und Verwaltungsstellen wurden seit 1949 in Merseburg verwahrt. Langfristig angelegte, serielle Editionen zur Geschichte des preußischen Staates waren unter diesen Bedingungen nicht realisierbar. Die nach 1990 möglich gewordene Vereinigung der erhalten gebliebenen, reichen Archivbestände im Geheimen Staatsarchiv schuf die unabdingbaren Voraussetzungen, um diese Lücke in der edierten Quellenbasis zur neueren preußischen Geschichte ausfüllen zu können. In den Jahren 1989/90 von Historikern aus der DDR angestellte Überlegungen, diesen Quellenbestand zu edieren, sind unter starker Beteiligung von Kollegen aus der Bundesrepublik, vor allem aus der Historischen Kommission zu Berlin, zu dem Editionsprojekt konzipiert worden. Dieses ist nach wechselnder Trägerschaft im Jahre 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften übernommen worden. Die Akademie schließt mit diesem Werk an eine Tradition der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften an, besonders an die Editionen zur inneren Geschichte Preußens im (17. und) 18. Jahrhundert, die unter Leitung Gustav Schmollers als ACTA BORUSSICA erarbeitet wurden.³ Deshalb trägt das Werk den Titel „ACTA BORUSSICA. Neue Folge“.⁴

³ Neugebauer, Wolfgang, *Zum schwierigen Verhältnis von Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der ACTA BORUSSICA*, in: *Die Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich*, hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Berlin 1999, S. 235–275.

⁴ Vgl. dazu des näheren die jährlichen Berichte, in: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)*, Jahrbuch, Jg. 1994 ff., Berlin 1995 ff. — auch zum Diskussionsstand zu möglichen sachthematischen Bänden im Rahmen des Gesamtprojektes. — Vgl. ferner das „Probeheft“: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka, Wolfgang Neugebauer, Reinhold Zilch; bearbeitet von Bärbel Holtz, Rainer Paetau, Christina Rathgeber, Gerhard Schulze, Hartwin Spenkuch, Reinhold Zilch; Hildesheim, Zürich, New York 1996.

Das Editionsprojekt wäre ohne die kooperative Haltung des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nicht zu realisieren gewesen. Den dort tätigen Mitarbeitern ist für ihre begleitende Unterstützung des Projekts ausdrücklich zu danken.

Zur Form der Edition

In Anlehnung an das Verfahren der ACTA BORUSSICA gilt für die Regesten das **Prinzip**: Quellentext in recte, *Formulierungen des Bearbeiters in kursiv*. Das formale Verfahren der Texterstellung orientiert sich an den Grundsätzen von Johannes Schultze¹, die Kennzeichnung der Überlieferungsformen von Quellenstücken im Regest-Kopf oder ggf. in den Anmerkungen folgt der Terminologie von Heinrich Otto Meisner².

Der Regest-Kopf

Die **Numerierung** der Stücke erfolgt chronologisch unter Einbeziehung auch von Protokollen, die nicht in der überlieferten Hauptreihe (GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 1–183) der Protokolle im Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz enthalten sind und an anderen Stellen lagern; nachträgliche Funde sind ggf. mit a–Nummern eingefügt. In die Zählung und Chronologie mit aufgenommen sind ebenfalls die sog. Conseil- bzw. (ab 1888) Kronratssitzungen³, d. h. Beratungen des Staatsministeriums unter Vorsitz des Monarchen.

Sofern eine Staatsministerialsitzung durch eine Überlieferung außerhalb der Hauptreihe nachweisbar war, wurde versucht, den Sitzungsinhalt zu rekonstruieren und daraus ggf. ein Regest zu erstellen, auch wenn dies in Einzelfällen lückenhaft bleiben mußte.

Der **Tagungsort** ist nur genannt, wenn die Sitzung nachweisbar nicht in den jeweiligen Diensträumen des Staatsministeriums stattfand.

Die Angabe zum **Fundort** des Protokolls aus der Hauptreihe verzeichnet lediglich Band- und Blattzahl, auf die vollständige Archivsignatur wird verzichtet. Bei neu aufgefundenen Protokollen ist hingegen der archivalische Fundort vollständig angegeben. Danach folgt jeweils die Microfiche-Nummer (MF).

Parallelüberlieferungen (Abschriften) von Protokollen werden nachgewiesen, soweit sie den Bearbeitern zur Kenntnis gelangten. Eine systematische Suche in allen relevanten Beständen nach Doubletten konnte aus arbeitsökonomischen Gründen nicht stattfinden. Protokollauszüge, die sich in großer Zahl in den Sachakten Preußens und des Reiches finden, werden generell nicht erfaßt, es sei denn, sie ersetzen ein fehlendes Protokoll oder erleichtern die Rekonstruktion eines schlecht lesbaren Protokollteiles.

Unter „**Anwesend**“ erscheinen die Namen der Minister ohne Titel und entsprechend dem Muster der Protokolle nach dem Anciennitäts-Prinzip.

Weitere Teilnehmer sind ohne Dienstbezeichnung aufgeführt, diese ist im Personenregister nachgewiesen. Hingegen werden Adelstitel und bei gleichen Namen zur Unterscheidung die Initialen der Vornamen ergänzt. Vertreten sie Minister oder nehmen in kommissarischer Funktion teil, so wird dies in eckigen Klammern vermerkt.

Werden im Protokoll Minister oder weitere Teilnehmer nicht explizit genannt, sind deren Namen in eckige Klammern gesetzt.

Die Sigel [V] und [U] stehen für den Vorsitz in der Beratung bzw. die Unterschrift unter dem Protokoll. Angaben wie [zu 1–3] beziehen sich auf die Teilnahme zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Der Regest-Text

Die Formulierungen folgen möglichst der Quellsprache unter Einhaltung des genannten Prinzips der Typenwahl zwischen **recte** und **kursiv**. Die Schreibweise wurde vorsichtig modernisiert. Die **Interpunktion** stammt weitgehend von den Bearbeitern, wobei Punkte, Semikolons und Kommas verwendet wurden, um

¹ Schultze, Johannes, *Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, Jg. 98 (1962), S. 1–11, wieder abgedruckt bei Walther Heinemeyer (Hrsg.), *Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen* (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg, Köln 1978, S. 25–36.

² Meisner, Heinrich Otto, *Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918*, Göttingen 1969.

³ GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bde. I–VI. Die Microfiches für die Conseil-/Kronrats-Protokolle tragen den Zusatz KR und sind in Abgrenzung von den Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums römisch numeriert, so auch in den Registern.

bei Aneinanderreihung von Quellenbegriffen auf häufige, die Lesbarkeit erschwerende [...] verzichten zu können.

Die **Zählung der Tagesordnungspunkte** (TOP) erfolgt gemäß der Reihung in der Quelle. In eckige Klammern gesetzte Numerierungen sind vom Bearbeiter rekonstruiert. Außerhalb der Tagesordnung behandelte TOP werden in runde Klammern gesetzt. Bei „Serien-Themen“ kann eine Zusammenfassung erfolgen, z. B. **3.–5. Drei Pensionssachen**.

Oftmals steht am Beginn des Regest-Textes ein einführendes Stichwort, das sowohl zur schnellen inhaltlichen Orientierung über den TOP als auch zur Rückkopplung an die Begrifflichkeit des Sachregisters dienen soll.

Beschlüsse des Staatsministeriums sind mit einem [B] gekennzeichnet, ggf. direkt an dem entsprechenden Textteil des Tagesordnungspunktes. Damit werden der Verlauf der Diskussion erkennbar sowie der Bezug zum eigentlichen Beschluß deutlich. Dabei ist es unerheblich, ob im Protokoll ausdrücklich von einem Beschluß die Rede ist oder andere Formulierungen bei der Feststellung eines Beratungsergebnisses verwandt wurden.

Bei **Ernennungen, Titelverleihungen** sowie **Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** werden im Regest in der Regel nur diese Sammelbegriffe genannt, nicht die Namen der Personen. Diese sind aber, sofern im Protokoll erwähnt, in das Personenregister aufgenommen worden.

Die Anmerkungen

Der Anmerkungsapparat legt den Schwerpunkt auf den Nachweis der Sachakten zu dem Beratungsgegenstand primär durch Akten des Geheimen Staatsarchivs. Gleichzeitig wird für im Regest-Text explizit erwähnte **Dokumente** ein archivalischer **Nachweis** bzw. **Druck** aufgeführt. Da der Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ durch Kriegsverluste spürbare Lücken aufweist, ist auf andere Bestände zurückgegriffen worden.

Es war nicht das Ziel, in den Anmerkungen einen repräsentativen oder umfänglichen Nachweis der **Literatur** zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu bieten. Wenn dennoch Literatur angegeben wird, dann deshalb, weil sie jene Sitzung des Staatsministeriums ausdrücklich mitbehandelt oder wichtige Sachhinweise gibt.

Die Register

Alle Register erschließen nicht nur die Regesten, sondern auch den vollständigen Protokolltext einschließlich Anlagen. Hingegen werden die Anmerkungen, Aktenvermerke auf Protokollen sowie mitverfilmte andere Schriftstücke nicht in die Register aufgenommen.

Im Register werden gemäß dem Editionsprinzip Akten-Angaben recte und *Regest-Angaben kursiv* angegeben. Die **Zahlenkombination** beinhaltet die Nachweise für die Regest-Nummer (kursiv gesetzt) sowie Aktenband-Nummer und die Blattzahl der Quelle (beide recte gesetzt), z. B. *144/20* 88–93v.

Eindeutige Schreibfehler im Protokoll, auch bei ausländischen Namen und Bezeichnungen, wurden stillschweigend korrigiert.

Das Sachregister

Das **feingliedrige Sachregister** erschließt vollständig die Protokolle einschließlich Anlagen sowie die Regesten. Es enthält also auch Stichworte aus Protokollteilen, die in den Regesten nicht berücksichtigt werden konnten.

Die **Hauptbegriffe** sind möglichst quellennah und auf einer mittleren Abstraktionsstufe formuliert. Zu zentralen Themen wurden systematisierende Hauptbegriffe gewählt, z. B. Ablösungen, Forstwesen, gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, Standesherrn, Strafrecht.

In der **Ordnung** der Hauptbegriffe erscheinen Firmen, Korporationen, Parteien, Zeitungen usw. unter ihrem ausgeschriebenen Eigennamen.

Zentralbehörden und Institutionen Preußens und des Reiches werden nicht unter „Preußen“ bzw. „Reich“ geführt, sondern stehen im Register unter den offiziellen Namen, also Kriegsministerium, Ministerium des Innern, Ministerium für Handel und Gewerbe, Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt usw.

Sachverhalte, die eine inhaltliche sowie eine regionale oder institutionelle Nachweisung sinnvoll erscheinen ließen, sind doppelt verzeichnet und sowohl unter dem systematisierenden Hauptbegriff als auch unter dem strukturierenden Begriff (Provinzen, Städte, Parteien, Parlamente usw.) auffindbar.

Sämtliche **Ernennungen, Titelverleihungen, Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** sind diesen standardisierten Hauptbegriffen zugeordnet. In der zweiten Ebene stehen dann die einzelnen Kategorien, in der dritten ggf. die Verwaltungseinheiten. Eine Doppelverzeichnung bei den jeweiligen, zumeist regionalen Behörden erfolgt in diesen Fällen nicht. Allein Ernennungen von Ministern werden unter den Stichworten der jeweiligen Ministerien und beim Hauptbegriff „Staatsministerium“ selbst aufgeführt.

Das Personenregister

Das **kommentierende Personenregister** enthält die wichtigsten Lebensdaten und die Berufsentwicklung mit Haupt- und bedeutenden Nebenfunktionen bei Ministern, (Unter-)Staatssekretären, wichtigen höheren Beamten sowie allen anderen in den Protokollen erwähnten Personen, wobei gerade bei den letzteren Lücken bleiben mußten.

Die Namen der Minister, (Unter-)Staatssekretäre im Staatsministerium und Protokollführer aus den Anwesenheitslisten und den Unterschriftsleisten werden als in den Protokollen inbegriffen angesehen und nur mit der jeweiligen Regest-Nummer und der Bandzahl, nicht aber mit Blattzahlen nachgewiesen. Das trifft auch für den Monarchen im Conseil/Kronrat zu, ebenso bei den weiteren Teilnehmern, die nur gesondert mit Blattzahlen an Stellen nachgewiesen sind, wo sie referieren oder mit anderen Äußerungen hervortreten. Damit sollte vermieden werden, daß sich das Personenregister besonders bei den Ministern zu einem ausufernden Sprecherregister auswächst.

Das Ortsregister

Es wurde ein **reines Ortsregister** angefertigt. Andere geographische Begriffe (wie z. B. Provinzen und Staaten), überwiegend mit Verwaltungseinheiten oder anderen Sachbezügen verbunden, sind in das Sachregister eingegangen. Gebäude, Straßen, Plätze oder sonstige Lokalitäten, die als Ereignisstätten in Protokollen genannt werden, sind dem jeweiligen Ort zugeordnet. Das Ortsregister folgt den zeitgenössischen Bezeichnungen und Zuordnungen.

Spezifische Erläuterungen zu diesem Band siehe am Ende der Einleitung.

Einleitung

Der hiermit in zwei Teilen vorliegende, die Acta Borussica, Neue Folge, abschließende Band 12 präsentiert in Regestenform die Protokolle des preußischen Staatsministeriums vom 4. April 1925 bis zum 10. Mai 1938. Damit wird eine zentrale Quelle sowohl für ein halbes Jahrzehnt der Geschichte Preußens in der Weimarer Republik als auch für die Endphase des zentralen und obersten Kollegialorgans des preußischen Staates in gedruckter Form zugänglich gemacht. Diese Jahre waren geprägt sowohl von der Glanzzeit der Weimarer Republik als auch von der Weltwirtschaftskrise, vom ersten und zweiten „Preußenschlag“¹ 1932 und 1933, von der Machtergreifung Adolf Hitlers im Reich sowie von der Gleichschaltung der Länder und des gesamten politischen Lebens durch die nationalsozialistische Reichsregierung als Teil des Macht- und Terrorapparates in den 30er Jahren. Dabei besaß die Entwicklung in dem größten deutschen Bundesstaat aufgrund des Territoriums, der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft besonderes Gewicht. In der zweiten Hälfte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts, die gern mit dem Schlagwort der „Goldenen Zwanziger“ belegt wird, als es nach der Überwindung der unmittelbaren Folgen der deutschen Hyperinflation einschließlich der innenpolitischen Konsolidierung sowie der Zurückgewinnung der außenpolitischen Souveränität und des internationalen Gewichts des Reichs zu einem gesamtgesellschaftlichen Aufschwung kam, bildete die preußische, sozialdemokratisch geführte Regierung unter Otto Braun eine wesentliche Stütze der Demokratie. Preußen verstand sich zu Beginn der 30er Jahre als „eine Zitadelle der Demokratie und Republik in Deutschland“, als „das letzte große Bollwerk“², das die Errungenschaften der Novemberrevolution bewahrte, und wurde von den Zeitgenossen als eine „Art republikanischer Musterstaat“³ angesehen. Um so schwerwiegender waren die Auswirkungen des ersten „Preußenschlags“ am 20. Juli 1932, der Reichsexekution unter Kanzler Franz von Papen mit Amtsenthebung und Entmachtung der zu diesem Zeitpunkt geschäftsführenden preußischen Regierung des Ministerpräsidenten Braun. Die Minister räumten nahezu widerstandslos die Posten. Obwohl der von ihnen angerufene Staatsgerichtshof die Verfassungsmäßigkeit der eigenen Regierung bestätigte, vermochten sie nicht ihre alten, umfassenden Rechte zurückzuerlangen, sondern verfügten nur noch über Rest-Befugnisse. Währenddessen leiteten, auch unter Mißachtung und Beugung des Rechts, vom Reich eingesetzte Kommissare den preußischen Staat. Vor allem durch sehr zahlreiche personalpolitische Entscheidungen wurde eine wirksame Opposition in der Beamtenschaft unterbunden. Im Gefolge der Kanzlerschaft Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 ging auch in Preußen die Regierung auf die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) über, nachdem sie schon mit den Wahlen vom 24. April 1932 die stärkste Landtagsfraktion stellte. Hermann Göring als neuem preußischen Innenminister und dann Ministerpräsidenten kam dabei eine Schlüsselrolle aufgrund der skizzierten Stellung Preußens im Reich zu. Eine zweite Welle von Entlassungen, mit der noch verbliebene Demokraten und Parteigänger Papens aus dem Amt entfernt wurden, sowie von Ernennungen ausgewiesener Natio-

¹ Zur Problematik des Begriffes „Preußenschlag“, v. a. gegenüber dem Begriff „Staatsstreich“, vgl. Trumpp, Thomas, Franz von Papen, der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932, Tübingen, phil. Diss. 1963, S. 151–160; Schulz, Gerhard, „Preußenschlag“ oder Staatsstreich? Neues zum 20. Juli 1932, in: Der Staat 17 (1978), v. a. S. 569–577.

² So die Kundgebung des Staatsministeriums vom 6.8.1931 gegen den Volksentscheid am 9. August 1931 zur Auflösung des Landtags, zit. nach Deutscher Geschichtskalender, begründet von Karl Wippermann, hrsg. von Friedrich Purlitz und Sigfrid H. Steinberg, 47. Jg. 1931, Abt. A: Inland, Leipzig 1932, S. 320–322, die Zitate S. 321.

³ Nach Winkler, Heinrich August, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 598.

nalsozialisten oder von der „Bewegung“ wenigstens aufgeschlossen gegenüberstehenden Beamten, ging einher mit dem Umbau wichtiger Strukturen des Staatsapparates im Rahmen einer schon seit langem diskutierten Verwaltungsreform, gipfelnd in der Gleichschaltung der Länder. Die bald folgende Vereinigung der preußischen Ressorts außer dem Finanzministerium mit denen des Reichs und die Entstehung neuer Machtstrukturen neben und teilweise im Gegensatz zu den traditionellen Ministerien und ihren Unterbehörden bedeutete einen weiteren entscheidenden Schritt im Niedergang auch des preußischen Staatsministeriums, das zunehmend an Stellenwert verlor und nahezu bedeutungslos wurde.

Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag in den 401 Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums einschließlich der 38 Protokolle von Beratungen der Reichskommissare aus dem Zeitraum vom 22. Juli 1932 bis 6. April 1933, die in dem vorliegenden Band dokumentiert werden. Die archivalische Überlieferung, die im wesentlichen in 10 Aktenbänden⁴ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz konzentriert ist, spiegelt somit wesentliche Teile der Tätigkeit des 3. Kabinetts Otto Braun (1925–1932/33) einschließlich der Übergangszeit unter den Reichskommissaren sowie des Kabinetts Hermann Göring (1933–1945)⁵ wider. Dabei konzentriert sich die Masse der Protokolle mit 391 Stück auf die Jahre bis Ende 1934, während von 1935 bis 1937 ausweislich der vorliegenden Niederschriften die preußische Regierung nur noch neun Mal tagte und das Protokoll vom 10. Mai 1938 den Abschluß bildet. Insgesamt neun Protokolle finden sich nicht in der Hauptreihe, sondern in Sachakten des Innenministeriums. Sie betreffen Kirchenfragen: die unter größter Geheimhaltung geführten Verhandlungen zum Konkordat 1929 bzw. zum Staatsvertrag mit den Evangelischen Landeskirchen im Jahre 1931. Für die Zeit nach dem ersten „Preußenschlag“ sind in den Akten sowie in der Erinnerungsliteratur Informationen über einige Sitzungen der amtsenthobenen Regierung Braun überliefert, ohne daß dazu Protokollniederschriften gefunden werden konnten.⁶ Es läßt sich beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht entscheiden, inwieweit diese Hinweise korrekt sind, ob derartige Protokolle überhaupt angefertigt oder später vernichtet wurden, ob unter Umständen aus Gründen der Geheimhaltung bewußt darauf verzichtet wurde, bzw. ob die Schriftstücke in den Wirren der Zeit untergingen. Angesichts dessen wurde editorisch darauf verzichtet, aus den zumeist nur spärlichen Fakten Protokolle zu rekonstruieren. Vielmehr wurden an den jeweiligen Stellen Hinweise in den Anmerkungen gegeben. – Wie bereits bei Band 11⁷ dieser Edition für die Zeit von 1918 bis 1925 wurde aufgrund der besonderen Bedeutung des Preußen-Reich-Verhältnisses die Entscheidung getroffen, zusammen mit den Staatsministerialprotokollen auch verkürzte Regesten all jener Sitzungen der Reichskabinette abzudrucken, an denen preußische Minister teilnahmen und die in der Volltextedition „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ bzw. „... Die Regierung Hitler 1933–1938“ bereits gut zugänglich publiziert sind. Allerdings sind diese Regesten nicht numeriert, ohne Anmerkungen, und ihr Inhalt findet in den Registern des vorliegenden Bandes keine Berücksichtigung. Hingegen wurde angesichts der Existenz von vollständigen Abdrucken mit ausführlichen Anmerkungen auch

⁴ Vgl. GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bd. 174–183; im folgenden werden diese Signaturen nur verkürzt mit Band- und Blattzahl zitiert. – Während der Endarbeiten an der vorliegenden Edition wurden innerhalb dieses Bestandes des Geheimen Staatsarchivs Umsignierungen vorgenommen, die anhand einer Konkordanz im Archiv leicht nachvollziehbar sind. Gegen eine Verwendung der neuen Signaturen sprach zudem, daß die ebenfalls vom Olms-Verlag Hildesheim herausgegebene Mikrofiche-Edition aller Staatsministerialprotokolle auch die ursprünglichen Signaturen verwendet und die Bandnummer Bestandteil der Nachweise in den Registern ist (vgl. in diesem Band „Zur Form der Edition“, S. VIII).

⁵ Zur begrifflichen und staatsrechtlichen Problematik der Bezeichnung als „Kabinett“ bzw. „Ministerium“ sowie der Amtszeit von 1933 bis 1945 angesichts der Gleichschaltung der Länder und dem Übergang der preußischen Ressorts auf das Reich vgl. diese Einleitung, S. 21–24.

⁶ Vgl. Sitzung am 30.8.1932, Anm. 1.

⁷ Vgl. Schulze, Gerhard (Bearb.), Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Bd. 11, I u. II: 14. November 1918 bis 31. März 1925, Hildesheim, Zürich, New York 2002.

der meisten Protokolle von Beratungen der Reichskommissare für Preußen ebenfalls in den „Akten der Reichskanzlei ...“ entschieden, diese Niederschriften nur in Form von numerierten Kurzregesten ohne eigenen Anmerkungsapparat aufzunehmen. Die Texte der bereits abgedruckten Sitzungsniederschriften werden aber wie alle anderen durch die Register voll erschlossen, was vor allem angesichts der in die Hunderte gehenden Personalentscheidungen, die in den „Akten der Reichskanzlei ...“ meist ausgelassen worden waren, dringend geboten erschien.

Der spezifische Charakter und Wert der Quelle „Staatsministerialsitzungsprotokolle“ ergibt sich für die Jahre von 1925 bis 1934/38 vor allem daraus, daß sie – wie bereits für die ersten Jahre der Weimarer Republik – in der Regel als knappste, „reine“ Beschlußprotokolle den Endpunkt, manchmal aber auch nur eine Zwischenstation in der Willensbildung im Staatsministerium dokumentieren. Sie geben in relativer Homogenität einen präzisen Aufschluß über Entscheidungen der preußischen Regierung auf höchster Ebene. Dabei stehen diese zumeist am Ende eines oft langwierigen Meinungsfindungsprozesses und sind Ausgangspunkt für das Handeln von Legislative und Exekutive oder für eine erneute Behandlung in den Ressorts. Dieses thematische und zeitliche Umfeld der einzelnen Tagesordnungspunkte vor allem durch Akten- und Sachanmerkungen transparent zu machen, ist ein Anliegen dieser Edition. Die chronologisch angeordneten Regesten enthalten weiterhin vor allem die Namen der Teilnehmer sowie Anmerkungen zu Besonderheiten in der Überlieferung und zu sinnverändernden Eingriffen in die Protokolltexte. Der Anlage der Acta Borussica, Neue Folge, entsprechend findet sich im vorliegenden Band daneben ein Register mit feingliedrigem Sachregister, einem kommentierten Personenregister *aller* in den Protokollen erwähnten Personen, einem Ortsregister und weiteren Verzeichnissen; zur Benutzung sei auf den dieser Einleitung vorangestellten Abschnitt „Zur Form der Edition“⁸ verwiesen.

Der gegenwärtige Forschungsstand zur Geschichte Preußens nach 1918 wird im wesentlichen durch die im Jahre 2001 im Band 3 des „Handbuchs der preußischen Geschichte“ veröffentlichte Bibliographie⁹, die Monographien von Eberhard Kolb¹⁰ und Andreas Wirsching¹¹ sowie die Analyse von Dieter Geßner in der Reihe „Kontroversen um die Geschichte“ von 2002¹² beschrieben. Und auch der zur Zeit erscheinende Literaturbericht¹³ von Wolfram Pyta zur Weimarer Republik vermittelt den Eindruck, daß es in den letzten Jahren keine allzu großen Fortschritte bezüglich Preußens gegeben hat.¹⁴ Im Unterschied zu weniger gut untersuchten Phasen der Geschichte des größten deutschen Bundesstaates gibt es zwar zur Weimarer Republik und den ersten Jahren des nationalsozialistischen Deutschlands insgesamt und auf der Ebene des Reichs eine Fülle einschlägiger Arbeiten,¹⁵ so daß diese Periode zu den am besten bearbeiteten Abschnitten der deutschen Geschichte gezählt werden kann – der besondere Focus auf die Entwicklung in Preußen

⁸ S. VII–IX.

⁹ Vgl. Möller, Horst, Preußen von 1918 bis 1947. Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3, hrsg. von Wolfgang Neugebauer, Berlin, New York 2001, S. 149–172.

¹⁰ Ders., Die Weimarer Republik, München, 4. Aufl. 1998.

¹¹ Ders., Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000.

¹² Ders., Die Weimarer Republik, Darmstadt 2002.

¹³ Pyta, Wolfram, Weimarer Republik, Teil I u. II, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 53 (2002), S. 473–481 u. 54 (2003), S. 688–702. Ferner Berman, Sheri, Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic, in: World Politics 49 (1996/97), S. 401–429.

¹⁴ Zum Forschungsstand in den 70er und 80er Jahren vgl. Schulze, Hagen, Auf der Suche nach Otto Braun. Ein Forschungsbericht, in: Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz 10 (1972), Berlin, Köln 1973, S. 189–220. Ferner für die Zeit bis zum Anfang der 90er Jahre der Literaturbericht von Kolb, Eberhard, Weimarer Republik Teil I–V, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 311–321, 637–641, 699–721, 45 (1994), S. 49–64, 523–543.

¹⁵ Vgl. die monumentale Sammlung von Manfred Ruck: Ders., Bibliographie zum Nationalsozialismus, Bd. 1 u. 2, Darmstadt 2000; allein zur Machtergreifung Bd. 1, S. 157–171.

einschließlich seiner Regionen¹⁶ bzw. auf die Preußen-Reich-Problematik fehlt jedoch oftmals. Deshalb war in den Anmerkungen zu den Regesten und zu dieser Einleitung eine Häufung von Verweisen auf allgemein korrespondierendes Schrifttum verzichtbar. Das gilt auch für Quelleneditionen. Wertvolles Material bieten neben Einzelbänden vor allem die den gesamten Berichtszeitraum bis zum Zweiten Weltkrieg umfassenden Reihen „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“, Boppard a. Rh. 1968 ff., „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“, Serien A und B, Göttingen 1968 ff., „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, Düsseldorf 1959 ff., sowie „Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart“, Berlin 1958 ff., die jedoch von Herkunft oder Wirkungsrichtung spezifisch preußische Dokumente nur ansatzweise verarbeiten. Die vorliegende Edition versucht nun, in diese Lücke mit einer Veröffentlichung der Staatsministerialprotokolle als einer zentralen Quelle vorzustoßen und zugleich Anregungen für weiterführende Forschungen und Editionen zu geben.

I. Schwerpunktthemen in der Beratungstätigkeit

In den 401 Regesten wird in insgesamt rd. 1120 Tagesordnungspunkten eine große Zahl von sehr unterschiedlichen Fragen und Problemen behandelt, aus denen aber einige thematische Schwerpunkte hervortreten. Angesichts der bereits angedeuteten und weiter unten näher ausgeführten Spezifik von Beschlußprotokollen kann aus der Häufigkeit ihrer Erwähnung nicht mechanisch auf die tatsächliche politische Bedeutung geschlossen werden. Ferner erheben die in den Anmerkungen zu dieser Einleitung angeführten Belegstellen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, weshalb ausdrücklich auf das Sachregister verwiesen wird.

Voranzustellen ist, daß für alle Beratungsgegenstände das **Preußen-Reich-Verhältnis** grundlegend war sowohl im staats- und verfassungsrechtlichen Sinne¹⁷ als auch in Form eines äußerst vielfältigen inhaltlichen Beziehungsgeflechtes, in dem die Finanzen eine herausragende Stellung einnahmen. Man kann davon ausgehen, daß von der preußischen Regierung wohl alle Beratungsgegenstände auch unter dem Aspekt geprüft wurden, welchen Einfluß sie darauf auszuüben vermochten. Nachdem die Novemberrevolution die rechtliche Klammer zwischen beiden Staatsleitungen durch die Aufhebung der Personal- und Realunion beseitigt und das Schwergewicht des Einflusses auf die Seite des Reiches verschoben hatte, wachten die Regierungen *aller* deutschen Länder eifersüchtig darüber, daß ihnen nicht noch weitere Kompetenzen entzogen werden würden. Angesichts der in der Finanzkraft des Reiches liegenden Gewalt des Faktischen reichte die Widerstandskraft der Bundesstaaten und selbst Preußens nicht aus. Innenminister Albert Grzesinski konstatierte August 1927 in einem internen Schreiben: „In dem Verhältnis des Reichs zu den Ländern ist seit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung eine ständige Entwicklung zu Gunsten der Stellung des Reichs im Fluß“¹⁸. Ende 1926 erwog die preußische Seite sogar, generell alle Entscheidungen der Ressorts, die das Verhältnis zum Reich tangierten, von einer ausdrücklichen Beschlußfassung des Staatsministeriums abhängig zu machen.¹⁹ Daß die Idee nicht umgesetzt wurde, lag wahrscheinlich an den zu weit reichenden Konsequenzen, die nicht zuletzt die Kompe-

¹⁶ Vgl. den Literaturbericht zu den östlichen Provinzen von Manfred Kittel, in dem u. a. auch Desiderata der Forschung über die Jahre von 1918 bis 1945 benannt werden; Ders., Preußens Osten in der Zeitgeschichte. Mehr als nur eine landeshistorische Forschungslücke, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 435–463.

¹⁷ Grundlegend Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart u. a. 1981, v. a. S. 67–81, 744–762. Zeitgenössisch Meißner, Otto, Das Staatsrecht des Reichs und seiner Länder, Berlin, 2. Aufl. 1923, v. a. S. 23–52; Preuß, Hugo, Reich und Länder. Bruchstücke eines Kommentars zur Verfassung des Deutschen Reiches. Aus dem Nachlaß des Verfassers hrsg. von Gerhard Anschütz, Berlin 1928.

¹⁸ Schreiben an Braun und die anderen Minister vom 19.8.1927 in: Rep. 84a, Nr. 4566, Bl. 221–222v; das Zitat Bl. 221.

¹⁹ Vgl. den Votenwechsel in: Rep. 120, CB I Nr. 2a Bd. 2, Bl. 225–226.

tenz der einzelnen Minister signifikant eingeschränkt hätten. Bis zum 20. Juli 1932 wurde jedenfalls aus der Sicht der Protokolle die Grundstruktur des Preußen-Reich-Verhältnisses nicht näher im Staatsministerium diskutiert. Das ist um so erstaunlicher, als seit Mitte der 20er Jahre unter aktiver Beteiligung Preußens an einer Reform der Strukturen aller deutschen Länder und des Reichs sowie der Beziehungen zueinander gearbeitet wurde. Eine zentrale Rolle spielte dabei der Reichsreformausschuß²⁰ mit den auf seinen Gutachten basierenden Länderkonferenzen ab 1928²¹. Die Arbeiten gipfelten in einem noch unverbindlichen Plan, der als wesentliche Elemente u. a. die Vereinigung der preußischen zentralen, regionalen und lokalen Behörden mit denen des Reichs beinhaltete.²² Dies traf sich mit Überlegungen Otto Brauns, die als Kernpunkt eine Neubestimmung der Rolle Preußens enthielten,²³ wobei der Ministerpräsident sich gegen eine Aufteilung oder Entmachtung Preußens wandte und eine „Reichsreform unter großpreußischen Auspizien“²⁴ anstrebte.

Während Braun zunächst auf die Unterstützung der Reichsregierung seines Parteifreundes Hermann Müller hoffen konnte, änderte sich das unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning. Zeitweilige Erwägungen einer Vizekanzlerschaft Brauns bei Weiterführung des Amtes als Ministerpräsident bleiben letztlich gegenstandslos. In Brüning erwuchs den Braun'schen Hegemonialplänen ein entschlossener Gegner;²⁵ und wenn es auch Sommer/Herbst 1930 noch von den beiden Kontrahenten verschiedene Überlegungen gab, die Personalunionen auf ministerieller Ebene beinhalteten,²⁶ ergab sich keine praktikable Lösung. – All die weitreichenden Ideen und Projekte bzw. Streitpunkte waren ganz fundamental sowohl mit den parteipolitischen Grundkonstellationen der unterschiedlich zusammengesetzten Koalitionsregierungen von Preußen und dem Reich als auch mit der Tagespolitik verwoben, ohne daß dies aber in den Staatsministerialprotokollen zum Ausdruck kommt. Beziehungen zu den genannten hochpolitischen Angelegenheiten sind in ihnen meist nur sehr vermittelt bzw. indirekt zu finden. Das hängt erstens generell mit der spezifischen Situation Brauns als Chef einer Koalitionsregierung zusammen, zweitens mit seinem autoritären Führungsstil und seiner Abneigung, Entscheidungen von solcher Tragweite den Unwägbarkeiten einer Kabinettsabstimmung auszusetzen sowie drittens mit der grundsätzlichen Ausrichtung der Tätigkeit des preußischen Staatsministeriums in jenen Jahren auf das politische Tagesgeschäft.

Schaltstelle im Preußen-Reich-Verhältnis war der **Reichsrat**. Zahlreiche Beschlüsse des Staatsministeriums dienten der Instruierung der preußischen Bevollmächtigten zu diesem Gremium. Da die Weimarer Verfassung die im Kaiserreich gegebene Dominanz des größten Bundesstaates nicht übernommen hatte, mußten immer wieder Abstimmungsniederlagen eingesteckt werden. Als besonders heikel erwies sich, daß nicht nur in Kommissionssitzungen einzelne stellvertretende

²⁰ Vgl. die in der Emigration verfaßte Darstellung des preußischen Mitgliedes, Ministerialdirektor Arnold Brecht; Ders., *Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preußens*, Bonn 1949, v. a. S. 126–132. Nunmehr auf breiter Quellenbasis: Schulz, Gerhard, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930*, Berlin, New York, 2. Aufl. 1987, S. 453–612.

²¹ Vgl. v. a. Verfassungsausschuß der Länderkonferenz. Beratungsunterlagen 1928, Berlin 1929; Die Länderkonferenz Januar 1928, Berlin 1928; Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses der Länderkonferenz für Verfassungs- und Verwaltungsreform am Freitag, dem 4. Mai 1928, vorm. 10 Uhr, im Reichskanzlerhause, Berlin 1928; Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses der Länderkonferenz für Verfassungs- und Verwaltungsreform vom 22. bis 24. Oktober 1928 im Reichskanzlerhause, Berlin 1928.

²² Vgl. die Zusammenfassung bei Brecht, *Föderalismus*, S. 132–140.

²³ Zum ersten Mal trug Otto Braun Grundgedanken öffentlich am 24.2.1927 der sozialdemokratischen Studentenvereinigung der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin vor; Ders., *Deutscher Einheitsstaat oder Föderativstaat?*, Berlin, 2. Aufl. 1927.

²⁴ Vgl. Schulze, Hagen, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977, S. 584–601, das Zitat S. 601.

²⁵ Vgl. ebd., S. 691.

²⁶ Vgl. detailliert ebd., S. 693–707.

Bevollmächtigte zum Reichsrat die Interessen ihres Ressorts durchaus auch mal gegen andere preußische Vertreter verfochten, sondern Provinzialvertreter sogar im Plenum ein von der Regierungslinie abweichendes Votum abgaben. Braun sah sich deshalb in der Staatsministerialsitzung am 9. November 1926 gezwungen, „auf die früheren Beschlüsse ... hinzuweisen, nach denen ... die Instruktion der Stimmen Preußens im Reichsrat Sache des Staatsministeriums“²⁷ sei. Trotz mehrfacher Bemühungen konnte aber eine völlig konforme Linie nicht durchgesetzt werden.²⁸ Der Reichsrat bot die Chance, auf den legislativen Prozeß im Reich direkten Einfluß zu nehmen und Reichsrecht mitzugestalten. Da zwangsläufig auch die Haushaltsgesetze beschlossen wurden, bestand zudem die Möglichkeit eines bedingten Zugriffs auf die Reichsfinanzen.²⁹ Eine Schlüsselrolle kam dabei Arnold Brecht³⁰ zu als einem der von Preußen gestellten hauptamtlichen stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat. Er war über mehrere Jahre hinweg Generalberichterstatteur zum Etat, woraus sich über die Gestaltung des Geschäftsganges gewisse Einflußmöglichkeiten ergaben. Im Rahmen der vorliegenden Edition konnte in den Anmerkungen zu den Regesten auf einige seiner umfangreichen Berichte verwiesen werden.³¹

Das schwierige Preußen-Reich-Verhältnis wurde durch die Lage der **Staatsfinanzen** beider Seiten dominiert, wobei die Etats eng miteinander verflochten waren. Das hing mit der verfassungsmäßigen Zuweisung der jeweils zugänglichen Einnahmequellen bzw. den von ihnen zu tragenden Ausgabeposten zusammen. Dabei lag das Schwergewicht auf der Seite des Reichs. Von ihm waren die Länder und damit auch alle unteren Verwaltungseinheiten auf den Wege des sog. Finanzausgleichs in starkem Maße abhängig. Dieser komplizierte Mechanismus von Tranferzahlungen³² bildete ein ganz zentrales Element im Preußen-Reich-Verhältnis, weshalb in den Augen der Zeitgenossen seine Neuregelung zu den wichtigsten Punkten der bereits erwähnten Reichsreform gehörte. Bis aber neue Strukturen existierten, war das Staatsministerium gezwungen, mit den bestehenden Regelungen auszukommen, weshalb im Berichtszeitraum zahlreiche Beschlüsse zum Finanzausgleich gefaßt wurden. Dabei ging es den preußischen Ministern erstens darum, die rechtlichen Regelungen im Reichsrat günstig zu gestalten.³³ Zweitens mußten sie durch eigene Ausführungsgesetze umgesetzt werden,³⁴ und drittens schließlich wurde direkt Einfluß auf die Kommunalfinanzen³⁵ genommen. Spezielle Probleme ergaben sich aus der Lage einiger relativ

²⁷ Bd. 175 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 133v.

²⁸ Vgl. die Sitzungen am 25.10.1927, TOP 1, am 4.2.1930, TOP 3, sowie die 1. Sitzung am 11.3.1930, TOP 3. Stellvertretend für mehrere zeitgenössische Untersuchungen: Duesberg, Gerd, Die rechtliche Stellung der von den preußischen Provinzen bestellten Reichsratsbevollmächtigten, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 51 (= N. F. Bd. 12), 1927, S. 321–392; Hummel, Fritz, Preußen und seine Provinzen im Reichsrat, Berlin 1928.

²⁹ Vgl. z. B. die 1. Sitzungen jeweils am 30.6.1925, TOP 10, und am 25.3.1926, TOP 1, die Sitzung am 29.11.1927, TOP 1, die 1. Sitzungen am 26.2.1929, TOP 2, und am 24.2.1931, TOP 7, sowie die Sitzung am 21.6.1932, TOP 2. Eine Aufstellung zu den Einflußmöglichkeiten der Länder auf die Reichsfinanzverwaltung in: Finanzverwaltung und Finanzausgleich in der Weimarer Republik, S. 38–42.

³⁰ Vgl. Ders., Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, S. 469. Zur Rolle Brechts über den Bereich der Haushaltsberatungen hinaus vgl. Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. 3: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin, New York 1992, S. 189 f.

³¹ Vgl. z. B. die Sitzungen am 28.2.1928, TOP 1 und 3, sowie am 30.6.1932, TOP 4.

³² Vgl. die Überblicksdarstellungen in: Finanzverwaltung und Finanzausgleich in der Weimarer Republik, Bonn 1956, v. a. S. 43–57; Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, hrsg. v. Karl-Heinrich Hansmeyer, Stuttgart usw. 1973, S. 100–128. Ferner Stumpp, Hans, Die Entwicklung des Finanzausgleichs in Deutschland von 1871 bis zur Gegenwart, Würzburg, rechts- u. staatswiss. Diss. 1964, S. 49–62.

³³ Vgl. z. B. die Sitzungen am 30.7.1925, TOP 4, am 4.8.1925, TOP 7, am 9.1.1926, TOP 1, am 5.10.1926, TOP 2, am 18.4.1929, TOP 7, sowie die 1. Sitzung am 11.3.1930, TOP 4.

³⁴ Vgl. die Sitzungen am 3.11.1925, TOP 5, am 15.2.1927, TOP 8, sowie am 17.5.1930, TOP 1.

³⁵ Vgl. z. B. die Sitzungen am 23.6.1925, TOP 1, am 16.9.1925, TOP 2, am 19.1.1927, TOP 1, die 2. Sitzung am 14.3.1929, TOP 2, sowie die Sitzungen am 16.2.1931, TOP 6, und am 8.10.1931, TOP 2.

finanzschwacher preußischer Landgemeinden in direkter Nachbarschaft zu den wirtschaftsstarken Stadtstaaten Bremen und Hamburg, weshalb ein Sonderfinanzausgleich³⁶ entwickelt wurde.

Die Bemühungen zur Stärkung der preußischen Position griffen jedoch nicht - ganz im Gegenteil! In der Weltwirtschaftskrise forderte das Reich schließlich, im Gegenzug zu dringend benötigten vermehrten Zuschüssen zu den Landeshaushalten ein weitgehendes Mitspracherecht bei deren Aufstellung zu erhalten.³⁷ Derartige Verhältnisse waren in den Augen der Zeitgenossen die tiefere Ursache für die permanenten Konflikte zwischen Reich und Ländern und wesentliche Begründung für die Notwendigkeit der umfassenden Reichsreform. Im Plenum des Staatsministeriums wurden Beschlüsse zu einem sehr breiten Spektrum von Einzelentscheidungen in Finanzfragen beschlossen, um einerseits Interessengegensätze zwischen den Ressorts zu klären und andererseits eine abgestimmte Linie gegenüber der Zentralmacht zu ermöglichen. Im Mittelpunkt standen natürlich die eigenen Etats, die im Gegensatz zur Praxis früherer Jahrzehnte auch im Plenum beschlossen wurden.³⁸ Das galt ebenso für Ergänzungs- und Nachtragshaushalte.³⁹ Darüber hinaus wurden von den Ministern gemeinsame Positionen zur einheitlichen Instruierung der Bevollmächtigten zum Reichsrat erarbeitet.⁴⁰ Trotz einer zum Ende der 20er Jahre verschärften Sparpolitik wuchs das Defizit. Wenn nun in der Staatsministerialsitzung am 18. Dezember 1931 ein Beschluß gefaßt wurde, nur einen ausgeglichenen Haushalt Staatsrat und Landtag vorzulegen,⁴¹ so bedeutete das nicht, daß dieses Ziel in den früheren Jahren nicht bestand. Zusammen mit der auf der gleichen Beratung verabschiedeten preußischen Zweiten Spar-Verordnung vom 23.12.1931⁴² sollte wohl vielmehr der moralische Druck auf die Ressortchefs erhöht werden, auf keinen Fall Finanzierungslücken zuzulassen. Angesichts der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise blieben derartige Deklamationen und Bemühungen aber letztlich fruchtlos.

Ein wichtiges Element war die Gestaltung der komplizierten Regelungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden⁴³, wozu schon in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraums zahlreiche Beschlüsse gefaßt wurden. Dabei ging es den preußischen Ministern erstens darum, die rechtlichen Regelungen im Reichsrat günstig zu gestalten.⁴⁴ Zweitens mußten sie durch eigene Ausführungsgesetze umgesetzt werden,⁴⁵ und drittens schließlich wurde direkt Einfluß auf die Kommunal финанzen⁴⁶ genommen. Spezielle Probleme ergaben sich aus der Lage einiger relativ finanzschwacher preußischer Landgemeinden in direkter Nachbarschaft zu den wirtschaftsstarken Stadtstaaten Bremen und Hamburg, weshalb ein Sonderfinanzausgleich⁴⁷ entwickelt wurde.

³⁶ Vgl. die Sitzungen am 24.11.1926, TOP 1, und am 1.12.1926, TOP 3.

³⁷ Vgl. die Sitzung am 21.10.1930, TOP 8.

³⁸ Vgl. z. B. zu den preußischen Etats für 1926 und 1927 die 1. Sitzung am 16.12.1925, TOP 7, sowie die Sitzungen am 23.2.1926, TOP 1, am 12.10.1926, TOP 1, die 1. Sitzung am 26.10.1926 und die Sitzung am 24.11.1926, TOP 5.

³⁹ Vgl. zum Nachtrag für den preußischen Etat pro 1926 die 1. Sitzung am 20.4.1926, TOP 6, sowie für den Nachtrag zum Reichshaushalt pro 1925 die 1. Sitzung am 25.3.1926, TOP 1.

⁴⁰ Vgl. z. B. zu den Reichsetats für 1925 und 1926 die 1. Sitzung am 30.6.1925, TOP 10, und die Sitzungen am 30.3.1926, TOP 1–2, am 12.5.1926, TOP 1, sowie am 29.6.1926, TOP 1.

⁴¹ Vgl. die 1. Sitzung am 18.12.1931, TOP 2.

⁴² GS, S. 293.

⁴³ Vgl. die Überblicksdarstellungen in: Finanzverwaltung und Finanzausgleich in der Weimarer Republik, Bonn 1956, v. a. S. 43–57; Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, hrsg. von Karl-Heinrich Hansmeyer, Stuttgart u. a. 1973, S. 100–128.

⁴⁴ Vgl. z. B. die Sitzungen am 30.7.1925, TOP 4, am 4.8.1925, TOP 7, am 9.1.1926, TOP 1, am 5.10.1926, TOP 2, am 18.4.1929, TOP 7, sowie die 1. Sitzung am 11.3.1930, TOP 4.

⁴⁵ Vgl. die Sitzungen am 3.11.1925, TOP 5, am 15.2.1927, TOP 8, sowie am 17.5.1930, TOP 1.

⁴⁶ Vgl. z. B. die Sitzungen am 23.6.1925, TOP 1, am 16.9.1925, TOP 2, am 19.1.1927, TOP 1, die 2. Sitzung am 14.3.1929, TOP 2, sowie die Sitzungen am 16.2.1931, TOP 6, und am 8.10.1931, TOP 2.

⁴⁷ Vgl. die Sitzungen am 24.11.1926, TOP 1, und am 1.12.1926, TOP 3.

Eine besondere Akzentuierung erfuhr die Finanzpolitik sowohl Preußens als auch des Reichs durch den Erlass zahlreicher Notverordnungen. Als scheinbare ultima ratio einer kompromißlosen Sparpolitik sollte die durch die Weltwirtschaftskrise äußerst zugespitzte Haushaltslage überwunden, die soziale Not breitetster Schichten der Bevölkerung gemildert und schließlich der Weg für einen ökonomischen Aufschwung geebnet werden. Große Bedeutung besaß die nach dem Ort ihrer Unterzeichnung vielfach als „Dietramszeller Notverordnung“ benannte „Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden“ vom 24. August 1931.⁴⁸ Durch sie wurden die mit ihren politisch zerstrittenen, in einer Blockadesituation oftmals verharrenden Vertretungskörperschaften und deshalb handlungsunfähigen „Länder und Gemeinden von Reichs wegen mit ... Ausnahmefullmachten“ zur Haushaltsführung ausgestattet, was einen tiefen Eingriff „in den Bereich der Länder-Autonomie und der gemeindlichen Selbstverwaltung“ darstellte.⁴⁹ In den Staatsministerialsitzungen am 1. und 2. sowie am 9. September 1931 wurde die Umsetzung dieser Reichsnotverordnung durch eine eigene, preußische Notverordnung⁵⁰ besprochen. Ihrem Charakter als Beschlußprotokolle entsprechend verzeichnen aber die Niederschriften keine Reaktionen auf die veränderte verfassungsrechtliche Situation, die der Brüning'schen Taktik in der Reichsreform entsprach.⁵¹ Den Intentionen des Reichskanzlers nach finanzieller ‚Austrocknung‘ der Länder entsprechend forderte das Reich Februar/März 1932 eine Gegenleistung für einen in Aussicht gestellten Haushaltszuschuß von 100 Mio. RM. In mehreren Staatsministerialsitzungen wurde nun darüber beraten, welche Teile des preußischen Staatseigentums dem Reich überschrieben werden sollten.⁵²

Unter den in den Protokollen behandelten Hauptthemen überwog rein quantitativ die **Beamtenpolitik**, die ihrerseits ein breites Spektrum einzelner, zum Teil eng miteinander verknüpfter Beschlüsse und Problemfelder umfaßt, die von der Anstellung, Ernennung, Umbesetzung und Entlassung einzelner Beamter über die Fragen der Besoldung und Versorgung bis hin zum Dienst- und Disziplinarrecht im engeren Sinne einschließlich der Treuepflicht und deren Realisierung im konkreten Verhältnis zur Republik bzw. der nationalsozialistischen Diktatur reichen. Die außerordentlich große Zahl von Entscheidungen zu einzelnen Stellenbesetzungen in den Beratungen des Staatsministeriums unterstreicht, welche hohe Bedeutung den Personalfragen zugemessen wurde. Das entsprach der Geschäftsordnung vom 16. Dezember 1921⁵³, in deren Artikel I u. a. festgelegt worden war, daß praktisch alle politisch bedeutsamen Besetzungen der Stellen von Polizei-, Regierungs- und Oberpräsidenten bzw. ihrer Stellvertreter sowie der Landräte einschließlich kommissarischer Besetzungen im Kabinett auf der Tagesordnung standen.⁵⁴

⁴⁸ RGBl. I, S. 453.

⁴⁹ Vgl. zur verfassungsrechtlichen Bedeutung Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 863–865, die Zitate S. 864.

⁵⁰ Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24.8.1931 (RGBl. I, S. 453) und des § 7 Abs. 2 im Kapitel I des 2. Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5.6.1931 (RGBl. I, S. 279) vom 12.9.1931, GS, S. 179.

⁵¹ Vgl. Brüning, Heinrich, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 371–385; zur ‚Austrocknung‘ der Länder S. 515.

⁵² Vgl. die jeweils 2. Sitzungen am 5.2.1932, am 12.2.1932, TOP 1, sowie am 4.3.1932, TOP 4. Ferner die Besprechung Brauns, Kleppers und Weismanns mit Brüning, Dietrich, Pünder und weiteren Reichsministerialbeamten am 1.2.1932 in: Die Kabinette Brüning I u. II, 30.3.1930–10.10.1931, 10.10.1931–1.6.1932, Bd. 3, 10.10.1931–30.3.1932, Boppard a. Rh. 1990, S. 2250–2252, Dok. Nr. 655.

⁵³ Vgl. die „Grundsätze für die Erledigung von Geschäften des Staatsministeriums“, in: Bd. 170 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 155; Sitzung am 16.12.1921, TOP 4. Zur Entstehung Schulze, Gerhard (Bearb.), in: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 11, Teil 1, S. 13 ff., v. a. S. 24.

⁵⁴ Vgl. die Sitzung am 16.12.1921, TOP 4, bzw. Anlage. Zur Bedeutung dieser Regelung Ehni, Hans-Peter, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reichs-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 29 f.

Nachdem der Freistaat Preußen wie die Weimarer Republik auf Reichsebene den Beamtenapparat als Ganzes im wesentlichen übernommen hatten und in einem komplizierten, nicht widerspruchsfreien Prozeß eine „Demokratisierung der Beamten“⁵⁵ erreicht worden war, wurde diese Politik in der zweiten Hälfte der 20er Jahre fortgesetzt.⁵⁶ Neben den „normalen“ Fluktuationen vor allem mit dem Erreichen des Pensionsalters einzelner Amtsträger oder aufgrund in persönlichen Verhältnissen liegender Wünsche nach anderen Dienstorten oder -aufgaben sowie einzelner politischer Affären kam es mit der Krise der Republik Anfang der 30er Jahre vermehrt zu politisch motivierten Personalentscheidungen, die dann in hunderte Namen umfassenden Abberufungs- und Ernennungslisten nach dem ersten und zweiten „Preußenschlag“ gipfelten. So wurden allein am 10. November 1932 68 Ministerialbeamte aus ihrem Amt entfernt. In der Literatur scheinen nun diese Fragen von den Grundsätzen her untersucht und geklärt zu sein. Dabei bleiben die bisherigen Forschungen aber methodisch in zweierlei Hinsicht unbefriedigend: Erstens wird kaum beachtet, daß die Periode der politischen Umwälzungen zusammenfiel mit der Umsetzung einer seit Jahren diskutierten Gebietsreform, die zahlreiche Landkreise auflöste, umbenannte bzw. neu strukturierte⁵⁷ und als „normales“ bürokratisches Element die Abberufung der amtierenden Landräte sowie Wieder- und Neuernennungen beinhaltete. Anzumerken bleibt schließlich in diesem Zusammenhang, daß auch eine ganze Zahl von Richtern höherer Gerichte aufgrund von Staatsministerialbeschlüssen eingesetzt bzw. abberufen wurde. Dabei mag die Regierung selbst einen vor allem gegenüber der Innenverwaltung gegebenen Nachholbedarf empfunden haben, denn am 26. August 1925 stimmte sie „über die in der Justizverwaltung bestehenden und im Interesse der Republik anzustrebenden Personalverhältnisse“⁵⁸ ab. Hier fehlt ebenso eine systematische und umfassende Analyse. Es ist nun zu fragen, ob und inwieweit dieses gewissermaßen zwangsläufige Procedere auch zur Durchsetzung politischer Intentionen genutzt wurde. In der Literatur wird in der Regel nur mit kleinen Samples oder relativ wenigen, ausgewählten Beispielen gearbeitet. Es ist weiter zu untersuchen, welche Bedeutung die in der Sitzung am 19. August 1932 erhobene Forderung hatte, die „Besetzung der Personalreferate“ in den Ministerien „demnächst einer Nachprüfung“ zu unterziehen und es zum „Grundsatz für die Bearbeitung der Personalangelegenheiten“ zu machen, „daß diese durch rein sachlich und unabhängig von jeder parteipolitischen Einstellung arbeitende Beamte bearbeitet werden sollten“⁵⁹. Ebenso ist zu prüfen, ob es neben der von Klaus Sühl nachgewiesenen systematischen Säuberungsaktion gegen SPD-Mitglieder und Anhänger der

⁵⁵ So der Untertitel der nach wie vor wertvollen Studie von Runge, Wolfgang, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965. Vgl. zu den personalpolitischen Konsequenzen des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches 1920 Schulze, Gerhard (Bearb.), in: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 11, Teil 1, S. 10 f.

⁵⁶ Vgl. hierzu vor allem neben den bereits zitierten Monographien von Ehni, Bollwerk Preußen?, und Runge, Politik und Beamtentum, auch: Pikart, Eberhard, Preußische Beamtenpolitik 1918–1933, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 6 (1958), S. 119–137; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 762–779; Möller, Horst, Verwaltungsstaat und parlamentarische Demokratie. Preußen 1918–1932, in: Regierung, Bürokratie und Parlament in Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Düsseldorf 1983, S. 149–180. Wichtig wegen der systematischen Durchsicht des größten Teils der zeitgenössischen BeamtENZEITSCHRIFTEN sowie selbständiger Veröffentlichungen aus der Beamtenbewegung: Schenk, Friedbert, Die Einstellung der deutschen Beamten zur Weimarer Republik, Bd. 1, 2, Mannheim, jur. Diss. 1984 (MS).

⁵⁷ Vgl. die Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 1.8.1932, GS, S. 255, die u. a. die Auflösung von 110 Kreisen bestimmte. Ferner die Verordnung zur Berichtigung und Ergänzung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 1.8.1932. Vom 27.9.1932, GS, S. 315. Zur Bedeutung Höner, Sabine, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928–1934, Bochum 1984, S. 394–396.

⁵⁸ Bd. 174 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 101v.

⁵⁹ Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 127–127v.

Koalitionsparteien⁶⁰ sowie der nach der „Machtergreifung“ beginnenden Entlassung von Juden noch andere Kriterien für die Entfernung aus dem Amt gab. Die Untersuchung von Wolfgang Stelbrink bietet für die wichtige Gruppe der Landräte mehr als nur einen ersten Ansatz.⁶¹ Es mangelt aber weiterhin an einer umfassenden Studie, die auf einer wesentlich verbreiterten Datenbasis die bisherigen Urteile präzisiert und über Wolfgang Runges Untersuchung hinausgehend auch quantifizierbar macht. Dazu kann die vorliegende Edition durch die Auflistung des größten Teils aller vom Staatsministerium selbst verantworteten relevanten Personalentscheidungen eine wesentliche Hilfe geben. Regionale Studien auf der Provinzialebene wie die zum Rheinland von Horst Romeyk⁶² und zu Hessen-Nassau von Thomas Klein⁶³, die u. a. für die Erstellung des Personenregisters⁶⁴ wertvolles Material geliefert haben, bieten nur eine erste Analyse. Das gilt auch - in etwas abgeschwächter Form - für die gruppenbiographischen Studien von Horst Möller und Karl Teppe über die Oberpräsidenten⁶⁵. Bei einer Bewertung der sog. Säuberungen in der Verwaltung sollte der Hinweis von Michael Ruck beachtet werden, daß die Zahl der Betroffenen umfangreicher als bisher angenommen war, der Anteil an der Gesamtbeamtenschaft angesichts der Größe der Verwaltung aber nicht überschätzt werden darf. Dennoch war die Breitenwirkung der Maßnahmen „als Mittel präventiver Einschüchterung des Öffentlichen Dienstes“⁶⁶ sehr stark, und Einzelschicksale erzählen von zerstörten Karrieren oder vernichteten Leben.

Quantitativ an zweiter Stelle hinter Ernennungen bzw. Abberufungen usw. stehen bei Personalentscheidungen zahlreiche Beschlüsse zur „Hinausschiebung der Altersgrenze“. Nachdem im Gefolge des Ersten Weltkrieges sowie während der Inflation die Zahl der Beamten erheblich ange-

⁶⁰ Vgl. Sühl, SPD und öffentlicher Dienst, S. 119–121. Ludwig Biewer spricht von der Besetzung von Schlüsselstellen mit konservativ-autoritären Männern, die den Nationalsozialismus verkannten und unterschätzten; Ders., Der Preußenschlag vom 20. Juli 1932. Ursachen, Ereignisse, Folgen und Wertung, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 119 (1983), S. 169.

⁶¹ Ders., Der preußische Landrat im Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Personal- und Verwaltungspolitik auf Landkreisebene, New York, München, Berlin 1998, v. a. S. 19–60.

⁶² Ders., Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945, Düsseldorf 1994.

⁶³ Ders., Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867–1945, Darmstadt, Marburg 1988.

⁶⁴ Wenn das Personenregister des vorliegenden Bandes gegenüber denen zu den früheren Abschnitten aus der Geschichte des Staatsministeriums einen größeren Anteil von Namen aufweist, für die die Biogramme spärlich sind oder sogar fehlen, dann liegt das 1. an der höheren Zahl der in den Protokollen überhaupt genannten Personen, was den möglichen Zeitaufwand für jeden notwendig stark beschränkte. 2. muß auf die historische Nähe des Bearbeitungszeitraums verwiesen werden; die jüngsten erfaßten Todesjahre liegen in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts. 3. fanden generell zahlreiche jener historischen Persönlichkeiten noch keine Aufnahme in Nachschlagewerke. 4. ist vor allem die Zeit des Nationalsozialismus biographisch noch wenig aufgearbeitet, was auch mit der schwierigen Quellenlage zusammenhängt; besonders für die nach 1933 aktiven Beamten fehlen vielfach Personalakten. Das von Hermann Weiß herausgegebene „Biographische Lexikon zum Dritten Reich“ (Frankfurt/M., 2. Aufl. 1998) sowie die monumentale Arbeit: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, bearb. von Joachim Lilla, Martin Döring und Andreas Schulz (Düsseldorf 2004) sind aber Zeugnisse dafür, daß intensiv am Schließen dieser Forschungslücken gearbeitet wird. – An dieser Stelle sei schließlich zahlreichen Historikern und Archivaren, aber auch Privatpersonen gedankt, die unkompliziert und bereitwillig Material zur Verfügung stellten. Stellvertretend sind vor allem Florian Tennstedt und Wolfgang Ayaß von der Arbeitsstelle der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz „Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik“ zu nennen, die wie schon bei früheren Bänden, eine ganze Liste „abarbeiteten“ und wertvolle Ergänzungen bzw. Korrekturen bieten konnten.

⁶⁵ Möller, Horst, Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite, in: Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1981, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard a. Rh. 1985, S. 183–217; Teppe, Karl, Die preußischen Oberpräsidenten 1933–1945, in: Ebd., S. 219–248.

⁶⁶ Ders., Beharrung im Wandel. Forschungen zur deutschen Verwaltung im 20. Jahrhundert, Teil 1, in: Neue Politische Literatur 42 (1997), S. 229.

stiegen war, leitete das Reich mit der Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923⁶⁷ eine spürbare Verkleinerung des öffentlichen Dienstes ein.⁶⁸ In Preußen war bereits 1920 eine Altersgrenze zum vollendeten 65. bzw. 68. Lebensjahr für alle unmittelbaren Beamten und Volksschullehrer eingeführt worden⁶⁹, ohne daß aber die Zahl der in der Verwaltung Beschäftigten tatsächlich verkleinert werden konnte. Das wurde erst mit der preußischen Personal-Abbau-Verordnung vom 8. Februar 1924⁷⁰ möglich. Rund eineinhalb Jahre später erging bereits in der Staatsministerialsitzung am 9. Juli 1925 ein Beschluß zur „Einstellung des Personalabbaus“⁷¹ gemäß Reichsgesetz. Es blieb jedoch dabei, daß eine Beschäftigung über das Ruhestandsalter hinaus nur in Ausnahmefällen statthaft war. Und so wurde für eine größere Zahl von Universitäts- bzw. Hochschullehrern sowie von mittleren oder höheren Forstbeamten aus den Regionen die Berentung um einige Monate bzw. ein Jahr, in einigen Fällen sogar mehrfach, hinausgeschoben, wobei die Mehrzahl der Fälle zwischen 1925 und 1927 lag. Kann man davon ausgehen, daß für die oft international bekannten akademischen Lehrer sich nur schwer ein adäquater Nachfolger finden ließ und das Kultusministerium lieber ein Kräftringen mit dem Finanzministerium in Kauf nahm als einen nicht genehmen Kandidaten zu berufen, liegen die Beweggründe des Landwirtschaftsministeriums bisher im Dunkeln.

Unter den hier noch zu nennenden Personaleinzelentscheidungen sind schließlich die Disziplinarsachen anzuführen. Die bereits erwähnte Besetzungskompetenz des Staatsministeriums für die höheren politischen Beamten hatte zur Folge, daß Verfahren, die den einstweiligen bzw. endgültigen Ruhestand oder die unehrenhafte Entlassung zur Folge haben konnten, der Entscheidung des Kabinetts unterlagen und ggf. auch zur mündlichen Beratung kamen. Deren Zahl war insgesamt nicht hoch – 1925 z. B. kamen nur sechs Fälle zur Entscheidung.⁷² Dabei handelte es sich sowohl um „ganz gewöhnliche“ Verfehlungen wie z. B. finanziell unkorrekte Amtsführung⁷³ bzw. unmoralisches Verhalten⁷⁴, als auch z. B. um antirepublikanische Aktivitäten⁷⁵. Weil Entscheidungen auf der Disziplinarordnung vom 21. Juli 1852⁷⁶ bzw. dem Reichsbeamtengesetz vom 31. März 1873 i. d. F. der Bekanntmachung vom 18. Mai 1907⁷⁷ und zahlreichen ändernden bzw. ergänzenden Rechtsvorschriften beruhten, was die ganze Materie unübersichtlich und schwer handhabbar machte⁷⁸, lag es nahe, ein den republikanischen Grundsätzen angepaßtes neues Beamtenrecht zu entwickeln. Der dem Landtag vorliegende „Entwurf eines Gesetzes über die Verhängung von

⁶⁷ Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reichs (Personal-Abbau-Verordnung) vom 27.10.1923, RGBl. I, S. 999.

⁶⁸ Vgl. Püttner, Günter, Der öffentliche Dienst, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, hrsg. von Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl und Georg-Christoph von Unruh, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 529.

⁶⁹ Vgl. mit detaillierten Belegen Schulze, Gerhard (Bearb.), in: Die Protokolle des preußischen Staatsministeriums, Bd. 11, Teil 1, S. 10.

⁷⁰ Verordnung zur Verminderung der Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung (Preußische Personal-Abbau-Verordnung) vom 8.2.1924, GS, S. 73. Vgl. Sitzung am 8.2.1924, TOP 1. – Grundsätzlich zum Personalabbau: Sühl, Klaus, SPD und öffentlicher Dienst in der Weimarer Republik. Die öffentlich Bediensteten in der SPD und ihre Bedeutung für die sozialdemokratische Politik 1918–1933, Opladen 1988, S. 90–104.

⁷¹ Bd. 174 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 72. Vgl. auch die Akte Rep. 90, Nr. 748: „Die vom Staatsministerium behandelten Einsprüche abgebauter Beamter – April bis September 1925“.

⁷² Vgl. das Schreiben des Staatsministeriums an den Minister des Innern vom 24.6.1926 in: Rep. 90, Nr. 660, n. f.

⁷³ Vgl. die Fälle der Landräte Vogl (Liebenwerda) und Luthmer (Jüterbog); Sitzung am 9.7.1925, TOP 5.

⁷⁴ Vgl. den Fall des Landrats Giese (Nauen); Sitzung am 5.3.1926, TOP 4.

⁷⁵ Vgl. die Fälle der Landräte Frh. v. Hammerstein-Gelsmold (Zeven) und Rotberg (Fallingb. Ostel); (2.) Sitzung am 25.3.1930.

⁷⁶ Gesetz betr. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, GS, S. 465.

⁷⁷ RGBl., S. 245.

⁷⁸ Vgl. die 871 Seiten umfassende Darstellung von Arthur Brand, Das Beamtenrecht. Die Rechtsverhältnisse der preußischen Staats- und Kommunalbeamten systematisch dargestellt, Berlin, 3. Aufl. 1928.

Dienststrafen gegen Beamte⁷⁹ wurde aber nicht bis zum Ende beraten, nachdem das Staatsministerium am 7. Oktober 1925⁸⁰ entschied, daß eine preußische Regelung das zu erwartende Reichsgesetz abwarten mußte. Erst mit dem Beschluß, das Landesrecht zu novellieren, kamen die Minister am 30. Oktober 1931 auf diese Angelegenheit zurück,⁸¹ woraus das Gesetz zur Umgestaltung des Dienststrafrechts der nichtrichterlichen Beamten vom 11. Januar 1932⁸² erwuchs. Gleichzeitig liefen Vorbereitungsarbeiten, den Disziplinarverfahren eine neue Organisationsstruktur zu schaffen. Bis dahin war in vielen Fällen der Dienstvorgesetzte, der oftmals das Verfahren einleitete, zugleich Mitglied wenn nicht sogar Vorsitzender in dem Verfahren, was unter Umständen zu Interessenkonflikten führen konnte.⁸³ Dem sollte nun durch den Aufbau besonderer Dienststrafkammern bzw. -senate bei den Oberlandesgerichten vorgebeugt werden. Im März 1932 wurden daraufhin mehr als dreihundert Dienststrafrichter aus richterlichen Beamten sowie nichtrichterlichen Justizbeamten des mittleren und unteren Dienstes einschließlich spezieller Notare ernannt.⁸⁴

In zahlreichen Staatsministerialsitzungen kamen Fragen der Besoldung und Versorgung von Beamten und anderen Staatsbediensteten zur Sprache. Wie schon in den Vorjahren ergingen viele Detailentscheidungen, um soziale Verwerfungen, die vor allem aus der Inflation sowie der Währungsreform resultierten, zu glätten. Da daraus aber permanent neue Beschwerden verschiedenster Interessengruppen erwachsen und das bestehende, auf dem Besoldungsgesetz von 1909⁸⁵ beruhende Einkommensgefüge zu komplex war, wurde eine grundlegende Besoldungsreform in Angriff genommen. Besondere Probleme entstanden erstens aus der Abstimmung mit dem Reich und zweitens aus der Einordnung von Berufsgruppen, die aufgrund der sozialen Entwicklung des letzten Jahrzehnts neues Gewicht gewonnen hatten wie die Fachschul- und Gewerbelehrer. Bei den genannten Lehrkräften wurden Sondergesetze erlassen, um die Gesamtreform nicht zu gefährden,⁸⁶ während ein Entwurf zur Einkommensregelung der Volksschullehrer am 3. Februar 1927 bis zur allgemeinen Reform zurückgestellt wurde.⁸⁷ Schon drei Jahre nach dem Erlaß der neuen preußischen Besoldungsordnung am 17. Dezember 1927⁸⁸ erfuhr sie wesentliche Modifizierungen durch die seit Anfang der 30er Jahre im Zusammenhang mit den wachsenden Haushaltsproblemen des preußischen Staates sowie der Weltwirtschaftskrise erlassenen Notverordnungen, die in vielen Fällen allein die von der Reichsregierung vorgegebenen Kürzungen umsetzten.⁸⁹ Sie hatten tiefgreifende Einschnitte auch im Einkommen der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zur Folge. Da das natürlich neue Schwierigkeiten schuf, gleichzeitig bei den Verantwortlichen das Bestreben zu herrschen schien, durch eine Perfektionierung der Sparpolitik gerecht zu handeln und es ange-

⁷⁹ Vom 8.1.1925, in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 91.

⁸⁰ Sitzung am 7.10.1925, TOP 4.

⁸¹ Vgl. die 1. Sitzung am 30.10.1931, TOP 3.

⁸² GS, S. 9. In Berücksichtigung dieser neuen Vorschriften wurde die Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes betr. die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand vom 27.1.1932, GS, S. 59, die sog. Beamtendienststrafordnung, erlassen, die ab 1.4.1932 galt.

⁸³ Vgl. Brand, Das Beamtenrecht, S. 776–779, v. a. S. 777.

⁸⁴ Vgl. die 1. Sitzung am 4.3.1932, TOP 1, die Sitzung am 10.3.1932, TOP 5, sowie die 2. Sitzung am 18.3.1932, TOP 7–9.

⁸⁵ Besoldungsgesetz vom 15.7.1909, RGBl., S. 573. Vgl. die Sitzung am 11.7.1908, TOP 2 und 3a; hierzu Zilch, Reinhold (Bearb.), in: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Bd. 9: 23. Oktober 1900 bis 13. Juli 1909, Hildesheim, Zürich, New York 2001, S. 2 f.

⁸⁶ Vgl. die Sitzungen am 13.5.1925, TOP 7, am 26.4.1927, TOP 2, am 10.5.1927, TOP 1, sowie am 24.6.1927, TOP 3.

⁸⁷ Vgl. die Sitzung am 3.2.1927, TOP 2.

⁸⁸ Gesetz über die Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten (Preußisches Besoldungsgesetz) vom 17.12.1927, GS, S. 223, und Berichtigung, GS 1928, S. 4. Vgl. die Staatsministerialsitzungen vom 13. September bis 18. Oktober 1927 – in zehn der insgesamt zwölf Beratungen auf Ministerebene in diesem Zeitraum ergingen Beschlüsse zu Besoldungsfragen.

⁸⁹ Vgl. z. B. die Sitzungen am 4.12.1930, TOP 1, am 16.12.1930, TOP 5, am 2.6.1931, TOP 1, am 18.8.1931, TOP 1, die 1. Sitzung am 12.10.1931, TOP 1, am 7.6.1931 sowie am 8.6.1932, TOP 1.

sichts der Hektik bei der Erarbeitung jener umfangreichen und schwierigen Dokumente Gesetzeslücken und selbst Flüchtigkeitsfehler gab, ergingen zahlreiche modifizierende und ergänzende Detailbeschlüsse, die die sozialen Existenzbedingungen in jener Zeit sehr unübersichtlich machen und bisher in der Literatur nicht systematisch erfaßt sowie bewertet wurden. Es bleibt festzuhalten, daß eine vergleichbare Studie zu der von Andreas Kunz über die Angestellten von 1914 bis 1924⁹⁰ für die Staatsbediensteten von 1925 bis 1933 immer noch fehlt.

Über die bereits erwähnten Personaleinzelentscheidungen zur Treuepflicht der Beamten⁹¹ gegenüber der Republik hinaus wurden zahlreiche Grundsatzentscheidungen gefällt. Einige betrafen z. B. ein Verbot für das Zeigen außerdienstlicher Abzeichen im Dienst⁹², andere beinhalteten die Anweisung, jene Hotels nicht mehr aufzusuchen, die sich am sog. Verfassungstag (11. August), der nicht als gesetzlicher Feiertag galt, geweigert hatten, die schwarz-rot-goldene Flagge zu zeigen⁹³. Das waren Materien, die auf den ersten Blick nicht das persönliche Engagement der Minister notwendig gemacht hätten und zum Teil geradezu merkwürdig anmuten. Die für die Zeitgenossen aber bedeutungsschweren Themen sind Beispiele dafür, daß in einer konkreten historischen Situation die Akteure jeweils aushandeln, was als „politisch“ und was als „nicht-politisch“ zu gelten hat, Politik in bestimmten Bereichen zur von „Medien“ vermittelten politischen Kommunikation wird, was Mehrdeutigkeit bzw. die Existenz von Interpretationsräumen zur Folge haben kann. Als Symptome tiefgreifender und mächtiger, den gesellschaftlichen Grundkonsens von Weimar in Frage stellender Haltungen besaßen die im vorliegenden Band dokumentierten Fälle aber für die preußische Regierung einen hohen Symbolwert. Eindeutiger war das dann bei den Beschlüssen zur Unvereinbarkeit von Amt und Mitgliedschaft in NSDAP bzw. KPD⁹⁴ sowie zur disziplinarischen Verantwortlichkeit von Beamten, die sich an einem auf den Sturz der Regierung gerichteten Volksentscheid beteiligten. Hierbei ist schon in der Literatur, nicht zuletzt anhand der Folge der Staatsministerialbeschlüsse, die zögerliche und inkonsequente Politik des preußischen Kabinetts beschrieben worden.⁹⁵ Insgesamt kann der Einschätzung von Klaus Sühl zugestimmt werden, daß „trotz aller Schwierigkeiten, die die Beamtenschaft der Sozialdemokratie während der Dauer der Weimarer Republik bereitete“, sich nichts „an der grundsätzlichen Haltung der SPD zu den Beamten“ änderte. „Sie hatten in der Politik“ der Partei „ihren festen Platz, und die Berücksichtigung der Beamteninteressen galt für die SPD als wesentlicher Erfolg ihrer Politik“. Das von Sühl festgestellt „Buhlen ... um die Gunst der Beamten“⁹⁶ läßt sich aus der Sicht der Protokolle nicht verifizieren.

⁹⁰ Kunz, Andreas, *Civil Servants and the Politics of Inflation in Germany, 1914–1924*, Berlin, New York 1986.

⁹¹ Vgl. grundsätzlich: Zwirner, Henning, *Politische Treuepflicht des Beamten*. Unveränderter Druck der Dissertation von 1956 mit drei neueren Beiträgen, Baden-Baden 1987, zur Weimarer Zeit v. a. S. 137–155.

⁹² Vgl. die Sitzung am 23.6.1925, TOP 3. In der Sitzung am 11.11.1925, TOP 5, wurden ausdrücklich Staatsarbeiter und -angestellte ausgenommen, und am 20.1.1928, TOP 3, wurde präzisiert, daß das Verbot nicht für die Farben des Reichs und Preußens gelte.

⁹³ Vgl. die Sitzungen am 31.8.1927, TOP 7, und 11.10.1927, TOP 1.

⁹⁴ Vgl. die 2. Sitzung am 21.11.1929, TOP 1, und die Sitzungen am 23.1.1930, TOP 2, am 16.6.1930, TOP 6, sowie am 25.6.1930, TOP 2. Zusammenfassend Dams, Carsten, *Staatsschutz in der Weimarer Republik. Die Überwachung und Bekämpfung der NSDAP durch die preußische politische Polizei von 1928 bis 1932*, Marburg 2002.

⁹⁵ Vgl. die Sitzungen am 16.10.1929, die 2. Sitzung am 5.11.1929 und die 1. Sitzung am 30.6.1931, TOP 4. Zeichen für das zögerliche Verhalten der Regierung waren z. B. die Festlegungen am 23.10.1929, TOP 8b, keine Beschlüsse zu fassen, bis das gesamte Material vorläge, sowie am 23.1.1930, TOP 2, ausdrücklich alle Fälle auszunehmen, die mildere Bestrafung verdienten. Hierzu Runge, *Politik und Beamtentum*, S. 150; Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 147 f.; Sühl, *SPD und öffentlicher Dienst*, S. 116–118; Jung, Otmar, *Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“*, Frankfurt/M., New York 1989, S. 119 f.; Grotkopp, Jörg, *Beamtentum und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft*, Frankfurt/M. u. a. 1992, S. 72 f.; Heyde, Philipp, *Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932*, Paderborn u. a. 1998, S. 67 f.

⁹⁶ Sühl, *SPD und öffentlicher Dienst*, S. 77.

Die bereits angesprochenen Gemeindefinanzen sind nur ein Teil der in den Protokollen behandelten **Kommunalpolitik**, die eng mit der Verwaltungsreform zusammenhing. Neben den bereits erwähnten Personaleinzelentscheidungen, unter denen Ernennungen von Landräten, Polizeipräsidenten oder des Bürgermeisters von Solingen⁹⁷ größere Bedeutung besaßen, sind für die Zeit des 3. Kabinetts Braun auch einige Eingriffe in die Selbstverwaltung von Städten und Gemeinden zu nennen, die z. B. auf die Auflösung von Kommunalparlamenten⁹⁸ gerichtet waren. Vor allem aber ging es in den Beratungen des Staatsministeriums um Fragen der Gebietsreform. Seit den Kreisordnungen von 1872/1888⁹⁹ hatte sich „die Industrieagglomeration disproportional zu den Stadt- und Landkreisen entwickelt“. So waren schon vor 1914 „höchst verzerrte Raumstrukturen entstanden, ... deren Gesamtbereinigung ... dringend geboten schien. Es handelte sich hierbei um die Beziehungen zwischen den Industriestädten und dem flachen Land, das zum Teil selbst schon industrielle Ballungsräume“ aufwies, sowie zwischen den „Großstädten und den Landkreisen“. Damit verbunden war ein „Mißverhältnis zwischen sozialräumlichem Gefüge und regionalem Staatsaufbau“¹⁰⁰. Mehrere Beschlüsse des Staatsministeriums ergingen vor allem zum Umbau des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsraumes.¹⁰¹ Und im August 1932 wurde, wie bereits erwähnt, eine seit längerem vorbereitete große Reform, die 110 Kreise in allen Provinzen erfaßte, beschlossen und umgesetzt.¹⁰² Die damit verbundenen Umstrukturierungsprozesse sind in der regionalgeschichtlichen Literatur zwar für einzelne Territorien mit Schwergewicht auf die westlichen Provinzen oft beschrieben¹⁰³ – in vielen Fällen fußt die Darstellung aber nur auf lokalen Quellen, und es unterblieb eine Auswertung der ministeriellen Akten, wozu die vorliegenden Regesten einen ersten Ansatz bieten können. Ebenso fehlen auch zu diesem Themenkomplex zusammenfassende und vergleichende Studien.

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme gewann die Kommunalpolitik noch in anderer Weise an Bedeutung. Ihr hoher Stellenwert ergab sich aus der Tatsache, daß die Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden und Gemeindeverbände, Kreise, Regierungsbezirke und Provinzen wichtige Positionen darstellten.¹⁰⁴ Deren Amtsinhaber konnten durchaus auf ministerialer Ebene beschlossene Maßnahmen durchkreuzen oder mit passivem Widerstand wenigstens behindern. Diese Sorge findet ihren Ausdruck z. B. darin, daß in der Sitzung der Reichskommissare am

⁹⁷ Vgl. die Sitzung am 27.1.1931, TOP 3.

⁹⁸ Vgl. die Sitzungen am 22.6.1926, TOP 2 (Bad Oeynhausen), am 20.1.1928, TOP 9 (Pinneberg), sowie die 2. Sitzung am 14.3.1929, TOP 4 (Weißenfels).

⁹⁹ Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 13.12.1872 (GS, S. 661); Kreisordnung für die Provinz Hannover vom 6.5.1884 (GS, S. 181); ... für die Provinz Hessen-Nassau vom 7.6.1885 (GS, S. 193); ... für die Provinz Westfalen vom 31.7.1886 (GS, S. 217); ... für die Rheinprovinz vom 30.5.1887 (GS, S. 209) sowie ... für die Provinz Schleswig-Holstein vom 26.5.1888 (GS, S. 139). Vgl. z. B. Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart u. a. 1969, S. 357 f.; Born, Karl Erich, Preußen im deutschen Kaiserreich 1871–1918. Führungsmacht des Reiches und Aufgaben im Reich, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3, S. 79–81.

¹⁰⁰ Hüttenberger, Peter, Strukturentwicklungen in deutschen Wirtschaftsregionen vom 19. Jahrhundert bis Ende der 1960er Jahre, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 34 (1989), S. 153 f. Grundsätzlich und mit weiterführender Literatur: Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945, hrsg. von Rudolf Berthold, Berlin 1988, S. 338–387.

¹⁰¹ Vgl. die Sitzungen am 28.10.1925, TOP 5, am 25.10.1927, TOP 4, am 2.11.1927, TOP 4, am 3.2.1928, TOP 4, am 23.10.1929, TOP 2, sowie am 6.5.1930, TOP 2.

¹⁰² Vgl. vorstehende Anm. 57 dieser Einleitung.

¹⁰³ Vgl. z. B. für das Ruhrgebiet die Literatur bei Hüttenberger, Strukturentwicklungen, S. 152–168.

¹⁰⁴ Zur Bedeutung des Problemfeldes vgl. Wirsching, Andreas, Nationalsozialismus in der Region. Tendenzen der Forschung und methodische Probleme, in: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, hrsg. von Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler, München 1996, S. 25–46. Ferner Ruck, Michael, Beharrung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Verwaltung im 20. Jahrhundert, Teil 2, in: Neue Politische Literatur 43 (1998), S. 67–90. Immer noch unverzichtbar: Matzerath, Horst, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart u. a. 1970. Ferner Höner, Der nationalsozialistische Zugriff, S. 412 f.

10. März 1933 und damit nur zwei Tage vor regionalen Wahlen der Entwurf einer Verordnung zur Kommunalverwaltung vorgelegt wurde. Es sollte u. a. bestimmt werden, daß Beamte und Angestellte nicht zugleich Mitglied der jeweiligen regionalen Vertretungskörperschaften sein durften. Begründet wurde diese Regelung mit Mißständen in der Vergangenheit, als parlamentarische Aufsichtsgremien Fehler der Behörden gedeckt hätten. Indem tatsächliche oder von der Opposition zu Skandalen hochgeputschte Mißstände zum Ergebnis des „Parteien-Filzes der Systemzeit“ erklärt wurden, bot die Argumentation scheindemokratisch eine Handhabe, um oppositionelle Politiker aus dem Amt zu drängen. Allein der Umstand, daß durch eine solche Bestimmung die NSDAP und die mit ihr kollaborierenden Parteien selbst in Schwierigkeiten gekommen wären, da ihnen kurzfristig nicht genügend Kandidaten zur Verfügung standen, um bereinigte Wahllisten aufzustellen, verhinderte, daß die Verordnung erlassen wurde. Wenn nun nach den Wahlen¹⁰⁵ betont wurde, daß eine Entfernung leitender Kommunalbeamter nur durch den Reichskommissar für das preußische Innenministerium erfolgen dürfe und nicht durch Kräfte vor Ort, denn es bestände die „Notwendigkeit einer geordneten Verwaltung“¹⁰⁶, dann war das ein deutliches Zeichen für ernsthafte Probleme. Göring hatte noch am Wahltag verboten, daß es weiterhin „von Seiten der nationalen Verbände unmittelbare Eingriffe in die Kommunalverwaltung“¹⁰⁷ gäbe. Da schwangen sowohl die Angst mit vor dem Übereifer der Aktivisten im „Braunhemd“, die verschiedentlich aus persönlichen Motiven handelten, wie auch eine Furcht, ohne funktionierende Behörden auf die Dauer nicht herrschen zu können. Und so wurde zielgerichtet an der Sicherung der regionalen Machtpositionen gearbeitet. Auf der nächsten Sitzung, am 22. März, wurde endlich der verschobene Verordnungsentwurf angenommen.¹⁰⁸ Am 6. April 1933 schließlich kam ein Gleichschaltungsgesetz für Kommunen und Kommunalverbände¹⁰⁹ zustande, das auf dieser Ebene die nationalsozialistische Diktatur weiter absicherte, in dem die für den Reichstag bereits praktizierte Aberkennung der KPD-Mandate auf die regionale Ebene ausgedehnt wurde. Gleichzeitig wurde die Amtszeit gewählter ehrenamtlicher Beamter für sofort beendet erklärt.¹¹⁰ Da dies alles aber nicht beim Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk griff, wurde verkündet, daß dessen Wahlen ungültig seien.¹¹¹ Nachdem auf diese Weise letzte demokratisch gewählte Gremien ausgehebelt worden waren, stabilisierte der Beschluß des Kabinetts Göring vom 5. Mai die nationalsozialistische Herrschaft auf Dauer, indem von nun an Neuwahlen von Kommunalbeamten allein nach Bestätigung durch den Innenminister zugelassen waren. Einen relativen Abschluß schien die Entwicklung mit dem Gesetz zur Bestätigung von Kommunalbeamten, das am 15. Juni auf der Tagesordnung stand, gefunden zu haben.¹¹² Doch eine Woche später wurde im Zusammenhang mit der Bildung des Deutschen Gemeindetages als Zusammenschluß aller regionalen Spitzen-

¹⁰⁵ Zur zeitgenössischen Bewertung mit weiterführender Anmerkung vgl. die Besprechung der Reichsminister am 15.3.1933, TOP 1, in: Die Regierung Hitler, Teil 1: 1933/34, Bd. 1: 30. Januar 1933 bis 31. August 1933, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983, S. 212, Dok. Nr. 60. Ferner zu den Wahlen und zur Kommunalpolitik insgesamt sehr materialreich: Matzerath, Nationalsozialismus, S. 62–66.

¹⁰⁶ Sitzung am 15.3.1933, TOP 1; Bd. 182 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 68v.

¹⁰⁷ Zit. nach Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, N. F., München, hrsg. von Ulrich Thürauf, Jg. 1933, S. 57, Notiz vom 12.3.1933.

¹⁰⁸ Verordnung zur Behebung von Mißständen in der gemeindlichen Verwaltung vom 22.3.1933, GS, S. 67.

¹⁰⁹ Gesetz zur Ausführung des Gleichschaltungsgesetzes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 31.3.1933. Vom 6.4.1933, GS, S. 96.

¹¹⁰ Vgl. das Gesetz über die Beendigung der Amtszeit ehrenamtlicher Beamter von Gemeinden und Gemeindeverbänden, über die Bestätigung von Gemeindebeamten und über Wahlen in den Hohenzollerischen Ländern vom 6.4.1933, GS, S. 95. Ferner Matzerath, Nationalsozialismus, S. 75.

¹¹¹ Vgl. Gesetz über die Erklärung der Rechtsunwirksamkeit von Wahlen zur Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 6.4.1933, GS, S. 97. Dazu dann das Gesetz zur Sicherung der Verwaltung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 4.7.1933, GS, S. 230. Zusammenfassend: Wierling, Ludger/Hötter, Dieter, Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1920–1970, Essen 1970, S. 19 f.

¹¹² Erlassen als Gesetz über die Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 23.6.1933, GS, S. 217.

organisationen die „akut gewordene Frage der Eingliederung der Gemeinden in den neuen Staat“¹¹³ erörtert. Schließlich wurden per Gesetz die Zuständigkeiten der Kreislandtage usw. auf die Kreisausschüsse und entsprechende Organisationen verlagert.¹¹⁴ Noch am 6. Juli hatte Adolf Hitler vor den Reichsstatthaltern verkündet: „Wir müssen jetzt die letzten Überreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse, wie sie noch heute vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen ...“¹¹⁵ – Doch die dazu dienenden weiteren Schritte wurden nicht mehr im Plenum des preußischen Staatsministeriums beraten.

Die eng mit der Kommunalpolitik zusammenhängende **Verwaltungsreform** war schon seit Beginn der Weimarer Republik ein Dauerthema, ohne daß aber in den ganzen Jahren wirkliche Fortschritte erreicht werden konnten trotz zahlreicher Konzeptionen, die sowohl im offiziellen Auftrag als auch von Seiten unterschiedlichster Interessengruppen erarbeitet wurden.¹¹⁶ Da die Vorschläge nicht nur schlechthin Bürokratie abbauen, sondern ebenso finanzielle Einsparungen bringen sollten, ließ die Haushaltsnotlage der Weltwirtschaftskrise viele Vorbehalte, Bedenken und Gegenargumente schwinden. Erste Schritte wurden noch vom 3. Kabinett Braun in Angriff genommen,¹¹⁷ und die Reichskommissare setzten dies fort. Bereits am 4. August 1932 stand neben der schon genannten Verordnung zur Änderung des Gemeindeverfassungsrechts eine Modifizierung des Landesverwaltungsrechts auf der Tagesordnung, und ab 12. August wurden in zeitlich dichter Folge weitere Reformbereiche¹¹⁸ diskutiert, wobei auch die ministeriale Ebene¹¹⁹ nicht ausgespart blieb. Dabei ging man sogar soweit, das 1919 im Gefolge der Novemberrevolution gegründete Ministerium für Volkswohlfahrt aufzulösen.¹²⁰ Es war bezeichnend, daß die Grundsatzentscheidung dazu nicht im Gremium der Reichskommissare, dem höchsten preußischen Verwaltungsorgan nach dem geschäftsführenden, aber machtlosen 3. Kabinett Braun, gefällt wurde. In der Nachtsitzung vom 28. zum 29. Oktober wurde lediglich erörtert, ob solch ein Schritt

¹¹³ Bd. 182 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 170; Sitzung am 22.6.1933, TOP 5.

¹¹⁴ Vgl. die Sitzung am 15.7.1933, TOP 2. Erlassen wurde das Gesetz über die Übertragung von Zuständigkeiten der Provinzial-(Kommunal-)landtage, der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und der Kreistage auf die Provinzial-(Landes-)ausschüsse, den Verbandsausschuß und die Kreisausschüsse vom 17.7.1933, GS, S. 257.

¹¹⁵ Amtliche Mitteilung vom 6.7.1933 über eine Erklärung zum Abschluß der Revolution, in: Völkischer Beobachter (Berliner Ausgabe) Nr. 189 vom 8.7.1933, zit. nach: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. von Herbert Michaelis, Ernst Schraepler und Günter Scheel, Bd. 9: Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur, Berlin o. J., S. 234, Dok. Nr. 2077.

¹¹⁶ Vgl. aus der Sicht der DDP sowie des Innenministeriums bilanzierend den Aufsatz von Staatssekretär Wilhelm Abegg, Die preußische Verwaltung und ihre Reform, Länder und Reich, in: 10 Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, hrsg. von Anton Erkelenz, Berlin-Zehlendorf 1928, v. a. S. 480–512. Der von 1919 bis 1923 als „Staatskommissar für die Vorbereitung der Verwaltungsreform“ wirkende Bill Drews nannte noch 1932 die Reform eine „Tragikomödie“, weil „der wirkliche Tatwille“ fehle; Ders., Preußische Verwaltungsreform, in: Reichsverwaltungsblatt 53 (1932), S. 741.

¹¹⁷ Vgl. die Sitzung am 10.11.1931, TOP 5a, sowie die 2. Sitzung am 12.2.1932, TOP 1 und 3–4. Hagen Schulze spricht davon, daß erst nach dem „Preußenschlag“ Reformen durchgesetzt werden konnten, „während die Regierung Braun, angewiesen auf die Unterstützung durch einen politisch zerrissenen Landtag, das Problem 13 Jahre lang nicht zu lösen vermocht hatte“ (Ders., Otto Braun, S. 578).

¹¹⁸ Vgl. z. B. die Sitzungen am 12.8.1932, TOP 5, am 19.8.1932, TOP 4, am 30.8.1932, TOP 5–6, am 2.9.1932, TOP 4, die 2. Sitzung am 13.9.1932, TOP 4–7, am 4.10.1932, TOP 4, am 11.10.1932, TOP 3 usw.

¹¹⁹ Vgl. z. B. die Sitzungen am 18.10.1932, TOP 3, sowie am 28./29.10.1932, TOP 1.

¹²⁰ Aufgehoben mit der 2. VO zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29.10.1932, GS, S. 333, v. a. § 2, Abs. 2. Die Verordnung trat zum 1.12.1932 in Kraft. Vgl. Marcus, Paul, Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt (1919–1932). Vorgeschichte, Geschäftskreis, Tätigkeit und Auflösung sowie seine Überlieferung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, in: Archivalische Zeitschrift 83 (2000), S. 93–137. Zur Symbolik dieser Maßnahme schon Höner, Der nationalsozialistische Zugriff, S. 399 f.

nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs überhaupt möglich wäre. Am 24. November schließlich ging es nur noch um Festlegungen zur Überleitung der Geschäfte.

Die Fragen der Kommunalpolitik und Territorialstruktur wurden aus der Sicht der Staatsministerialprotokolle nicht in Beziehung gesetzt zur **Ansiedlungs-** und **Wohnungspolitik**, die ebenfalls Gegenstand von Interessengegensätzen zwischen Reich und Preußen war. Während zu Beginn des Berichtszeitraumes noch Beschlüsse zur Weiterführung dieser wichtigen Bereiche der Sozialpolitik in Konsequenz sowohl aus der Wohnungsnot als auch der Agrarkrise des späten Kaiserreichs und deren Verschärfung im Gefolge von Weltkrieg und Inflation ergingen, machten sich auch hier schon bald die schweren Finanzprobleme bemerkbar. Wurde anfänglich z. B. die Vergabe von Krediten für Meliorationen auf Staatsdomänen und zur Besiedelung von Neuland auf diesen¹²¹ beschlossen, mußte in der Weltwirtschaftskrise die Ansiedlungspolitik weitgehend aufgegeben werden. Frühjahr 1932 wurde sogar für den bereits erwähnten 100-Millionen-Reichszuschuß die Überführung der Siedlungsgesellschaften auf das Reich erwogen¹²², obwohl man sich noch 1926 gegen die Gründung eines Reichssiedlungsverbandes zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung¹²³ gewandt hatte. Beim Wohnungsbau wurde zunächst die Schaffung von Heimstätten für Landarbeiter sowie für Beamte, Lehrer und andere Staatsbedienstete¹²⁴ besonders gefördert und dies später noch als produktive Erwerbslosenfürsorge¹²⁵ fortgeführt. Wohnungspolitisch von großer Bedeutung waren zudem in den ersten Jahren des Berichtszeitraumes zahlreiche Beschlüsse des Staatsministeriums zur sog. gesetzlichen Miete bzw. zum Mietrecht insgesamt.¹²⁶ Am 11. November 1930 wurde schließlich die Aufhebung der Bewirtschaftung beschlossen.¹²⁷ Die preußische Regierung bemühte sich aber vor allem mittels Immobiliensteuern, den Wohnungsmarkt zu beeinflussen. Der Hauszinssteuer kam dabei besondere Bedeutung zu. Sie wurde aber mit der Weltwirtschaftskrise zunehmend zu einer „normalen“ Einnahmequelle und half, Haushaltslöcher zu stopfen.¹²⁸ Es bleibt festzuhalten, daß die Wohnungspolitik der Weimarer Zeit gut erforscht ist¹²⁹, und auch zur Ansiedlungspolitik liegen Untersuchungen speziell im Zusammen-

¹²¹ Vgl. die Sitzung am 21.2.1928, TOP 10.

¹²² Vgl. Anm. 52 dieser Einleitung.

¹²³ Vgl. die Sitzung am 11.3.1926, TOP 2. Hierzu v. a. auf der Basis von Archivalien der Reichsregierung Hertz-Eichenrode, Dieter, Reichskredite für die Ostsiedlung. Eine innenpolitische Streitfrage der Jahre 1925 bis 1927, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 27 (1978), S. 266–290.

¹²⁴ Vgl. zur Förderung für Landarbeiter die Sitzungen am 28.4.1928, TOP 2, am 8.6.1928, TOP 5, am 6.11.1928, TOP 4, sowie am 26.11.1929, TOP 4; zur Förderung für Beamte usw. die Sitzungen am 21.12.1927, TOP 8, am 29.3.1928, TOP 6, am 28.4.1928, TOP 3, am 23.10.1928, TOP 2, am 6.11.1928, TOP 5, sowie am 5.2.1929, TOP 3. Zur Taktik der Reichsregierung rückblickend Brüning, Memoiren, S. 392, 459 f.

¹²⁵ Vgl. die Sitzungen am 3.8.1926, TOP 3, am 13.8.1926, TOP 1, sowie am 28.4.1931, TOP 4.

¹²⁶ Vgl. z. B. die Sitzungen am 27.7.1925, TOP 3, am 8.12.1926, TOP 2, am 22.2.1927, TOP 4a, am 24.6.1927, TOP 1, sowie am 8.6.1928, TOP 5.

¹²⁷ Vgl. die Sitzung am 11.11.1930, TOP 4.

¹²⁸ Vgl. zur Hauszinssteuer allgemein z. B. die Sitzungen am 23.6.1925, TOP 1, am 3.8.1926, TOP 3, am 10.1.1928, TOP 8, am 11.2.1930, TOP 4, sowie die 2. Sitzung am 9.9.1931, TOP 2; speziell zur Verwendung gegen Defizite die Sitzung am 18.10.1927, TOP 1, die 1. Sitzung am 5.11.1929, sowie die Sitzung am 8.10.1931, TOP 2.

¹²⁹ Vgl. mit umfangreichen bibliographischen Angaben: Witt, Peter-Christian, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, hrsg. von Lutz Niethammer, Wuppertal 1979, S. 385–407; Ruck, Michael, Die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung in der Weimarer Republik. Zielsetzungen, Ergebnisse, Probleme, in: Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von Axel Schildt und Arnold Sywottek, Frankfurt/M., New York 1988, S. 150–200; Kornemann, Rolf, Gesetze, Gesetze ... Die amtliche Wohnungspolitik in der Zeit von 1918 bis 1945 in Gesetzen, Verordnungen und Erlassen, in: Geschichte des Wohnens, Bd. 4: 1918–1945, hrsg. von Gert Kähler, Stuttgart 1996, S. 599–723, v. a. S. 622–636.

hang mit der sog. Osthilfe¹³⁰ bzw. in regionalen Studien vor. Die Zusammenhänge zwischen Wohnungs- und Ansiedlungspolitik, insbesondere mit Sicht auf das gesamte preußische Territorium, harren noch der systematischen Bearbeitung.

Die in den Protokollen insgesamt wenigen Tagesordnungspunkte zur **Kirchenpolitik** wurde von den Verhandlungen zum Konkordat sowie zum Staatsvertrag mit den evangelischen Landeskirchen dominiert. Dies ist, auch unter Ausnutzung der Protokolle, in der Literatur ausführlich beschrieben.¹³¹ Neben jenen, die grundlegenden Beziehungen des Staates zu den beiden größten Religionsgemeinschaften in Preußen festschreibenden Dokumenten gab es eine Reihe weiterer Fragen, die aufgrund ihrer tagespolitischen Brisanz Beschlüsse des Staatsministeriums zur Folge hatten. Hierzu gehörten z. B. die religiöse Betreuung in Krankenhäusern¹³² oder die Anerkennung von Synagogengemeinschaften und kleiner christlicher Glaubensgemeinschaften¹³³ als juristische Personen.

Mit der Kirchenpolitik eng verbunden war die **Schul- und Bildungspolitik**, die ebenfalls unter den Bedingungen einer Koalitionsregierung zwischen SPD und Zentrumspartei Gegenstand zahlreicher Kompromisse war. So konnte man sich allein auf einen Beschluß zur politischen Neutralität der Schulen einigen.¹³⁴ Wichtiger Bestandteil war die Frage der Konfessionalität der Schulen und der Lehrerbildung.¹³⁵ Der Aufbau eines flächendeckenden Systems Pädagogischer Akademien als neuartige Lehrerbildungseinrichtungen¹³⁶ sollte die traditionellen preußischen Seminare entsprechend den Anforderungen eines modernen Bildungswesens ablösen. Bevor aber die Planungen voll realisiert werden konnten, wurden sie unter den Sparzwängen der Weltwirtschaftskrise stark reduziert.¹³⁷ Im Rahmen der Haushaltsdebatten und angesichts knapper öffentlicher Mittel mußten ferner mehrfach Beschlüsse zum Ausbau von Universitäten, Hochschulen sowie Forschungsinstituten und Einsparungen dabei gefaßt werden.¹³⁸ Die sich über mehrere Jahre

¹³⁰ Vgl. mit umfangreichen bibliographischen Angaben: Hertz-Eichenrode, Dieter, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln, Opladen 1969; Graafen, Rainer, Die räumlichen Auswirkungen der Rechtsvorschriften zum Siedlungswesen im Deutschen Reich, unter besonderer Berücksichtigung von Preußen, in der Zeit der Weimarer Republik, Bonn 1991; ferner: Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945, hrsg. von Gerd Heinrich, Friedrich-Wilhelm Henning und Kurt G. A. Jeserich, Stuttgart, Berlin, Köln 1992, v. a. S. 235 f.

¹³¹ Vgl. zum Konkordat insgesamt neun Sitzungen zwischen dem 11.10.1928 (TOP 4), und dem 10.7.1929 (TOP 6b) sowie zum Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche die Sitzungen am 4.2.1930, TOP 1, am 10.10.1930 sowie am 28.4.1931, TOP 6. Mit umfangreichen bibliographischen Angaben: Golombeck, Dieter, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929), Mainz 1970; Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union, Bd. 3: Trennung von Staat und Kirche. Kirchlich-politische Krisen. Erneuerung kirchlicher Gemeinschaft (1918–1992), hrsg. v. Gerhard Besier u. Eckhard Lessing, Leipzig 1999; Thadden, Rudolf v., Die Geschichte der Kirchen und Konfessionen, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3, v. a. S. 641–643, 647–650.

¹³² Vgl. z. B. die Sitzungen am 11.7.1928, TOP 3, und am 16.9.1930, TOP 10.

¹³³ Vgl. zur Israelitischen Religionsgemeinschaft Frankfurt/M. die Sitzung am 8.11.1927, TOP 4, sowie zu einem Gesetz über Synagogengemeinschaften die Sitzungen am 30.10.1931, TOP 1, und am 12.2.1932, TOP 1. Zur Bestätigung der Altlutheraner, Baptisten sowie der Herrnhuter Brüdergemeinde vgl. z. B. die Sitzung am 10.1.1928, TOP 5. In der Sitzung am 22.1.1929, TOP 3, wurde grundsätzlich die Zuständigkeit des Staatsministeriums in dieser Frage bestätigt.

¹³⁴ Vgl. Sitzung am 30.6.1925, TOP 3.

¹³⁵ Vgl. z. B. die Sitzungen am 24.11.1926, TOP 9, am 1.12.1926, TOP 7, am 20.9.1927, TOP 1, die 2. Sitzung am 2.11.1928, sowie die Sitzung am 4.10.1930, TOP 2.

¹³⁶ Vgl. z. B. die 1. Sitzung am 30.6.1925, TOP 1, die Sitzungen am 18.2.1926, TOP 1, am 1.12.1926, TOP 7, am 2.11.1927, TOP 2, am 28.2.1928, TOP 5, am 10.7.1929, TOP 3–4, am 17.5.1930, TOP 6, sowie am 12.11.1930, TOP 3. Vgl. Müller-Rolli, Sebastian, Lehrer, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte; Bd. 5: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, hrsg. von Dieter Langewiesche und Heinz-Elmar Tenorth, München 1989, S. 241–244.

¹³⁷ Vgl. z. B. die 2. Sitzungen am 12.2.1932, TOP 3, sowie am 4.3.1932, TOP 2.

¹³⁸ Vgl. z. B. die Sitzungen am 7.10.1925, TOP 9, am 26.6.1928, TOP 7, am 23.10.1928, TOP 2, am 25.10.1929, TOP 1, sowie am 24.10.1920, TOP 3.

hinziehenden Verhandlungen um das Promotionsrecht von Handelshochschulen¹³⁹ waren schließlich Ausdruck notwendiger, sich gegen den Widerstand der universitären akademischen Elite durchsetzender Modernisierungsprozesse auch im Bildungswesen. Von wissenschaftspolitischer Bedeutung waren schließlich die zahlreichen, bereits erwähnten Personaleinzelentscheidungen zur Hinausschiebung der Altersgrenze für Universitäts- und Hochschullehrer, wozu jedoch zusammenfassende Untersuchungen fehlen. Weiterhin sind noch die in der politischen Öffentlichkeit der Weimarer Zeit großes Aufsehen erregenden Skandale um Theodor Lessing an der Technischen Hochschule Hannover¹⁴⁰ sowie um die Entlassung des Greifswalder Mathematikprofessors und NSDAP-Aktivisten Theodor Vahlen zu nennen, dessen Wiedereinstellung in den preußischen Staatsdienst¹⁴¹ zu den Maßnahmen der Staatskommissare gehörte.

Ebenso wie die Kirchen- und die Bildungspolitik fielen **Justiz** und **Polizei** weitgehend unter die Länderkompetenz. Der umfangreiche Polizeiapparat war ein wesentliches Machtmittel der preußischen Regierung. Deshalb wurden Struktur und Verwaltung in zahlreichen Staatsministerialsitzungen beraten.¹⁴² Hinzu kamen Besoldungsfragen, die vor allem im Vergleich zu den zivilen Beamtenkategorien erörtert wurden.¹⁴³ Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung erfolgte der Aufbau der Geheimen Staatspolizei¹⁴⁴, mit der sich Göring nur wenige Tage nach dem Antritt seiner Präsidentschaft ein wichtiges Terrorinstrument schuf. Damit geriet er aber schon bald in Widerspruch zum Reichsinnenminister Wilhelm Frick¹⁴⁵, der im Zusammenhang mit der Gleichschaltung die Übertragung der Polizeihochheit von den Ländern auf das Reich forderte¹⁴⁶ und 1936 die Ernennung Heinrich Himmlers zum Chef der Deutschen Polizei initiierte, nachdem letzterer bereits seit 20. April 1934 als stellvertretender Chef der Gestapo in Preußen tätig war. Göring versuchte in jenen Jahren, die Geheimpolizei auch für eigene Zwecke einzusetzen, indem er u. a. eine Sonderbewachung von Betrieben, die mit der Luftwaffe zusammenarbeiteten, forderte.¹⁴⁷ Wiederholt beschäftigte sich das Staatsministerium mit Fragen der Gerichtsverfassung und -organisation. Hierbei ging es neben der bereits erwähnten Einrichtung von Disziplinarstrafkammern und -senaten sowohl um Standorte und Strukturen einzelner Rechtsprechungsorgane wie z. B. von Oberlandesgerichten¹⁴⁸ und Amtsgerichten¹⁴⁹, als auch um Einsparmöglichkeiten während der Weltwirtschaftskrise¹⁵⁰. Neu entstanden aufgrund eines Reichsgesetzes die Arbeitsgerichte.¹⁵¹ Schließlich sind die Amnestien zu nennen. Neben grundsätzlichen Fragen zum Erlaß eines Reichsgesetzes sowie dessen Umsetzung durch Landesrecht¹⁵² wurden auch allgemeine Straferlasse

¹³⁹ Vgl. z. B. die Sitzungen am 9.7.1925, TOP 4, am 16.7.1926, TOP 1, sowie am 8.7.1930, TOP 1.

¹⁴⁰ Vgl. die Sitzung am 8.6.1926, TOP 3.

¹⁴¹ Als Hilfsreferent im Kultusministerium März 1933; vgl. die 1. Sitzung am 15.3.1927, TOP 6, und die Sitzungen am 8.11.1927, TOP 3, sowie am 10.3.1933, TOP 7.

¹⁴² Vgl. z. B. die Sitzungen am 18.2.1926, TOP 2, am 6.7.1926, TOP 1, am 15.2.1927, TOP 9, am 12.11.1930, TOP 2, am 4.8.1932, TOP 1, sowie am 15.2.1933, TOP 4.

¹⁴³ Vgl. z. B. jeweils die 1. Sitzungen am 13.9.1927 sowie am 3.10.1928, TOP 7.

¹⁴⁴ Vgl. die Sitzung am 24.4.1933, TOP 7. Dazu Graf, Christoph, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983, v. a. S. 128–153.

¹⁴⁵ Sabine Höner nennt ihn einen „natürlichen Gegner derartiger Absichten“; dies., Der nationalsozialistische Zugriff, S. 451.

¹⁴⁶ Vgl. die Sitzungen am 11.3.1935, TOP 1, 27.6.1935, TOP 2.

¹⁴⁷ Vgl. die Sitzung am 26.6.1936, TOP 9.

¹⁴⁸ Vgl. die 1. Sitzung am 26.10.1926, TOP 4, die Sitzungen am 1.12.1926, TOP 5, am 13.12.1927, TOP 1, die 1. Sitzung am 13.2.1928, TOP 1, sowie die Sitzungen am 21.2.1928, TOP 5, am 23.10.1929, TOP 5.

¹⁴⁹ Vgl. die Sitzungen am 27.7.1932, TOP 7, und am 19.8.1932, TOP 2.

¹⁵⁰ Vgl. die 2. Sitzung am 18.8.1931, TOP 2, die Sitzung am 1. und 2.9.1931, TOP 2, die 1. Sitzung am 10.3.1931, TOP 3, sowie die 2. Sitzung am 12.2.1932, TOP 4.

¹⁵¹ Vgl. das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23.12.1926, RGBl. I, S. 507. Hierzu die Sitzungen am 30.11.1925, TOP 7, und am 21.12.1926, TOP 1.

¹⁵² Vgl. die Sitzungen am 21.7.1925, TOP 1, am 4.8.1925, TOP 4, und am 7.7.1928.

anlässlich des 80. Geburtstages von Reichspräsident Paul von Hindenburg am 2. Oktober 1927¹⁵³ bzw. ab Herbst 1932 bzw. Frühjahr 1933 erwogen, um die zahlreichen Rechtsverletzungen von rechtsradikaler und vor allem nationalsozialistischer Seite straffrei zu stellen¹⁵⁴. Ein Sondergebiet des Gnadenrechts bildeten die zu Beginn des Berichtszeitraumes noch recht häufigen Entscheidungen des Staatsministeriums zur Vollstreckung oder Aufhebung von Todesurteilen.¹⁵⁵ Sie wurden signifikant seltener im Zusammenhang mit der verstärkten öffentlichen Diskussion um diese Straftat und ihre weitgehende Nichtanwendung über mehrere Jahre.¹⁵⁶ Die Weigerung der geschäftsführenden preußischen Regierung nach der Wahl vom 24. April 1932, über derartige Urteile zu entscheiden bzw. das Zögern der Reichskommissare, dies zu übernehmen, führte zur Rechtsunsicherheit¹⁵⁷ sowie zu der als nicht akzeptabel angesehenen Situation, Delinquenten längere Zeit über ihr Schicksal im Ungewissen zu lassen¹⁵⁸. – Es bleibt festzuhalten, daß all die benannten Fragenkomplexe in der umfangreichen rechtshistorischen Literatur Niederschlag gefunden haben. Dabei verharren aber zahlreiche Studien an der Oberfläche des publizierten Rechts und beziehen höchstens noch die öffentlichen Debatten mit ein, werten jedoch keine Archivalien aus, die Aufschluß über die Intentionen der am Gesetzgebungsprozeß Beteiligten geben können. Hierzu vermag die Analyse der in den Regesten benannten Quellen Anregungen vermitteln. Nur auf solch verbreiteter Basis kann auch die noch immer ein schmerzliches Desiderat bildende Geschichte des Rechts in der Weimarer Zeit und im Nationalsozialismus geschrieben werden.

Mit den Rechtsfragen teilweise verzahnt bilden jene Tagesordnungspunkte, die sich unter den Sammelbegriffen **Republikanismus** und **Republikenschutz** zusammenfassen lassen, einen weiteren Schwerpunkt. Die einzelnen Problemfelder fanden in der Literatur in verschiedensten Zusammenhängen zumeist schon Berücksichtigung. Die neue Staatsform war Mitte 1925, rund sechseinhalb Jahre nach der Novemberrevolution, zwar nach außen hin stabil, größere Teile der Bevölkerung legten jedoch eine reservierte Haltung an den Tag bzw. übten mehr oder weniger offen Opposition. Deshalb wurden alle Aktivitäten des Staatsministeriums zur Stärkung der Republik zu viel beachteten Politika. Dies lag bei der bereits besprochenen Reform des Disziplinarrechts ebenso auf der Hand wie bei einschlägigen Disziplinarverfahren oder dem Flaggenstreit z. B. mit den Berliner Hotels. Hinzu kamen ab 1930 zahlreiche Beschlüsse darüber, ob wegen öffentlicher Beleidigungen oder ehrenrühriger Diskriminierungen des Staatsministeriums insgesamt oder einzelner Minister Strafanzeigen gestellt werden sollten. Angesichts der Schwierigkeiten, Verurteilungen zu erreichen wegen der laxen bzw. direkt republikfeindlichen Rechtsprechung¹⁵⁹ wurde wiederholt entschieden, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.¹⁶⁰ Ferner sind hier Versuche, den Verfassungstag zum gesetzlichen Feiertag¹⁶¹ zu machen, anzuführen. Nahezu regelmäßig wurden Beschlüsse dazu

¹⁵³ Vgl. die Sitzungen am 5.7.1927, TOP 3, am 12.7.1927, TOP 4a, sowie die 2. Sitzung am 13.9.1927, TOP 2.

¹⁵⁴ Vgl. die Sitzungen am 13.9.1932, TOP 8, am 13.12.1932, TOP 3, am 10.3.1933, TOP 6, sowie am 15.3.1933, TOP 1.

¹⁵⁵ Beschlüsse zu Todesurteilen wurden in 17 Sitzungen vom 4.4.1925, TOP 3, bis zur 1. Sitzung am 12.2.1928, TOP 5, gefaßt.

¹⁵⁶ Vgl. als Ausnahme den Fall eines neunfachen Mörders; 2. Sitzung am 30.6.1931.

¹⁵⁷ Vgl. ein Gutachten des Reichskommissars für das Justizministerium Heinrich Hölscher von Anfang Januar 1933 darüber, „ob die Ausübung des Gnadenrechts in Preußen dem Preußischen Staatsministerium oder den Kommissaren des Reichs zusteht“, in: Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 6–13 (im Original Hervorhebungen).

¹⁵⁸ Vgl. die 2. Sitzung am 15.6.1932, TOP 1, sowie zu späteren Einzelfällen z. B. die Sitzungen am 27.7.1932, TOP 9, am 2.9.1932, TOP 1, am 27.10.1932, TOP 1, am 1.2.1933, TOP 2, am 8.3.1933, TOP 3, sowie am 15.3.1933, TOP 1.

¹⁵⁹ Vgl. Jasper, Gotthard, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963, v. a. S. 206–209.

¹⁶⁰ Vgl. z. B. die Sitzungen am 23.1.1930, TOP 5, am 28.4.1931, TOP 2, sowie die 1. Sitzung am 4.3.1932, TOP 2.

¹⁶¹ Vgl. die Sitzungen am 18.1.1927, TOP 4, sowie am 7.5.1928, TOP 4. Zur Rechtslage vgl. Hue de Grais, Robert Graf, Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche, 23. Aufl., hrsg. von Guiskard Graf Hue de Grais, Hans Peters und Werner Hoche, Berlin 1926, S. 417 f. Zur Bedeutung der Feiern vgl. Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus, Politische Identität und nationale Gedenktage, in: Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, hrsg. von Detlef Lehnert und Klaus Megerle, Opladen 1989, S. 9–30, zum Verfassungstag v. a. S. 13. Ferner zur sozialdemokratischen Publizistik anlässlich der einzelnen Verfas-

gefaßt, wie die jährlichen Feiern zum 11. August gestaltet werden sollten¹⁶² und ob es gemeinsame Veranstaltungen mit der Reichsregierung geben sollte, da sich z. B. aus den zumeist unterschiedlichen Koalitionen politische Friktionen bei Festreden usw. ergeben konnten.

In den Bereich der Selbstdarstellung der Republik und des Staatsministeriums gehören zahlreiche Festlegungen zur Teilnahme von Ministern an Feiern und Festveranstaltungen bzw. zur Übernahme von Ehrenmitgliedschaften unterschiedlichster Gesellschaften und Institutionen.¹⁶³ Dabei herrschte durchaus nicht immer Einhelligkeit, und die Differenzen in der politischen Bewertung einiger Engagements gipfelten in der Forderung des Ministerpräsidenten, alle einzelne Ressorts betreffenden Einladungen zusammen mit einer Information zur geplanten Entscheidung ihm vorab zur Kenntnis zu bringen,¹⁶⁴ damit fragliche Fälle gemeinsam beraten werden konnten. Beschlüsse des Staatsministeriums zur Entfernung des königlichen Wappens vom Gebäude des Oberlandesgerichts Naumburg/Saale sowie zur Unkenntlichmachung entsprechender Aufschriften auf den Aktendeckeln der Behörden¹⁶⁵ gehörten ebenfalls zur Selbstdarstellung der Republik und zum Antimonarchismus. Hierbei ging es aber nicht nur um reine Symbolik, sondern auch um Signale an die hohenzollerntreue konservative Opposition. Auch die grundsätzliche und in der Reichsverfassung festgeschriebene Nichtverleihung von Orden gemäß dem sozialdemokratischen Gesellschaftsbild brach mit einer jahrzehntealten, mit der Monarchie eng verbundenen Tradition und rüttelte am Selbstwertgefühl der weiterhin relativ schlecht bezahlten, nun nicht mehr auf eine „geschmückte Brust“ hoffenden Staatsdiener. Allein zur Reaktivierung der Lebensrettungsmedaille¹⁶⁶ sowie zur Schaffung einer höchstrangigen, also äußerst seltenen Staatsmedaille¹⁶⁷ konnte sich das Staatsministerium bereiterklären. Weit über den Rahmen der Staatssymbolik¹⁶⁸ hinaus besaß die Fürstenabfindung durchaus materielle Relevanz, da die ehemals regierenden Häuser gegenüber dem Staatshaushalt schwer belastende Forderungen erhoben.¹⁶⁹ Zur Staatssymbolik gehört schließlich auch die Zulassung allein von Amtsbezeichnungen, die lt. Verfassung keine Titel sein durften. Und so kam es zur verwunderlichen Tatsache, daß Minister darüber entschieden, ob Breslau „Stadtamtsräte“ ernennen durfte.¹⁷⁰

Mit dem „**Preußenschlag**“ am 20. Juli 1932 änderte sich das Preußen-Reich-Verhältnis grundlegend. So wie 1925 am Anfang des 3. Kabinetts Braun stand auch an seinem Ende 1932/33 eine tiefe innenpolitische Krise. Im Ergebnis der Landtagswahlen vom 24. April 1932 war die NSDAP zur stärksten Partei in Preußen geworden. Auf der Sitzung am 26. April erklärte das Staatsministerium „als verfassungsmäßige Folge“ den Rücktritt ... in seiner Gesamtheit“, blieb aber „bis zur

sungstage unter Beschreibung verschiedener Feiern: Lehnert, Detlef, „Staatspartei der Republik“ oder „revolutionäre Reformisten“? Die Sozialdemokraten, in: Ebd., S. 89–113.

¹⁶² Vgl. die Sitzungen am 27.7.1925, TOP 4, am 30.7.1925, TOP 1, am 27.5.1927, TOP 7c, am 13.3.1928, TOP 7a, am 26.6.1928, TOP 4, sowie am 25.6.1930, TOP 1.

¹⁶³ Vgl. z. B. die Sitzungen am 26.6.1925, TOP 4 (1000-Jahr-Feier der Rheinlande), am 15.2.1927, TOP 1 (Beethoven-Feier), am 26.7.1927 (Bäckereifach-Ausstellung), am 22.1.1929 (Werkbund-Ausstellung Breslau), am 9.6.1930 (700-Jahr-Feier Ostpreußens). Vgl. ferner die voluminösen Akten Rep. 90, Nr. 337: Teilnahme von Regierungsvertretern an Kongressen, Vorträgen usw. (1926–27) sowie Nr. 351–353: Übernahme von Ehrenämtern usw. durch Minister (1923–27; 1927–29; 1929–30).

¹⁶⁴ Vgl. die Sitzung am 18.1.1927, TOP 6.

¹⁶⁵ Vgl. die Sitzungen am 30.6.1925, TOP 2, bzw. am 14.10.1925, TOP 5.

¹⁶⁶ Vgl. die Sitzung am 9.6.1925, TOP 7.

¹⁶⁷ Vgl. die Sitzungen am 29.6.1926, TOP 2, am 5.10.1926, TOP 7, am 17.5.1927, TOP 4, sowie am 5.6.1927, TOP 2.

¹⁶⁸ Vgl. grundsätzlich Friedel, Alois, Deutsche Staatssymbole. Herkunft und Bedeutung der politischen Symbolik in Deutschland, Frankfurt/M., Bonn 1968, S. 31–36.

¹⁶⁹ Vgl. die Sitzungen am 27.5.1925, TOP 8, am 24.9.1925, TOP 7, am 8.6.1926, TOP 1, am 12.10.1926, TOP 2, am 12.7.1927, TOP 3, die 1. Sitzung am 26.6.1929, TOP 1, sowie die Sitzung am 25.3.1930, TOP 3.

¹⁷⁰ Vgl. die 1. Sitzung am 17.5.1929, TOP 6.

Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Übernahme der Geschäfte durch die neue Regierung ... im Amte“¹⁷¹. Da in den folgenden Wochen aufgrund der parlamentarischen Konstellation kein neues Kabinett gebildet werden konnte, spitzte sich die Lage – auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Reich sowie der sozialen Konflikte wegen der katastrophalen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf breiteste Schichten der Bevölkerung – dramatisch zu. Die Regierung Braun erwies sich als zunehmend handlungsunfähig; Betriebsamkeit vor und hinter den Kulissen zur Anbahnung teilweise abenteuerlicher Koalitionsprojekte stand im bezeichnenden Gegensatz zur effektiven Arbeit. Und so fand vom 20. April bis 6. Juni auch keine Staatsministerialsitzung statt. In der schließlich am 7. Juni nicht mehr verschiebbar gewordenen Beratung unter Vorsitz von Hirtsiefer, nachdem Braun am 4. Juni die Geschäfte übergeben und sich selbst beurlaubt hatte,¹⁷² stand wie schon so oft in den vergangenen Monaten eine Notverordnung¹⁷³ auf der Tagesordnung. Sie sollte wenigstens eine minimale Funktionsfähigkeit des Staates sowie der von ihm finanziell abhängigen Kommunen und anderen öffentlichen Einrichtungen gewährleisten. Wenn nun die Zentrumsminister Schreiber und Schmidt ausdrücklich „keine Verantwortung ... übernehmen“ wollten bzw. „verfassungsmäßige Zweifel“ hegten sowie der Sozialdemokrat Severing „aus sozialen und grundsätzlichen Erwägungen“ heraus sich „nicht in der Lage“ sah, wesentliche Teile der Verordnung mitzutragen, „im Hinblick auf die politische Gesamtlage“ dies aber „nicht zur Kabinettsfrage machen“¹⁷⁴ wollte, dann waren das deutliche Zeichen für die schon begonnene politische Selbstaufgabe. Der vor allem auf Betreiben rechtskonservativer Kreise initiierten Reichsexekution unter Kanzler Franz von Papen, die die Amtsenthebung und Entmachtung der republikanischen preußischen Regierung, die Einsetzung von Reichskommissaren sowie die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin und die Provinz Brandenburg zum Inhalt hatte, wurde nahezu kein Widerstand entgegengesetzt. Damit wurden das ordnungspolitische und das Machtpotential Preußens dem Reich und seinen autoritären Präsidialregimen untergeordnet. Der „Preußenschlag“ war faktisch der Anfang vom Ende der Demokratie in Preußen, was zu einem wesentlichen Faktor für die schon bald erfolgende Machtergreifung Adolf Hitlers im Reich und die Ministerpräsidentenschaft Hermann Görings in Preußen wurde.

Die historische Bewertung dieses Schlüsselereignisses der preußischen Geschichte ist bis heute umstritten vor allem in der Frage nach den Möglichkeiten effektiven Widerstands und einer Wiedereinsetzung des 3. Kabinetts Braun in alle Rechte. Es kann nun nicht Aufgabe vorliegender Einleitung sein, die Prozesse jener Monate im Detail darzustellen,¹⁷⁵ zumal die edierten Protokolle jeweils nur Streiflichter auf die dramatischen, sich teilweise überstürzenden Entwicklungen werfen. Der Forschungsstand zum „Preußenschlag“ selbst wird ausführlich diskutiert von Heinrich August Winkler¹⁷⁶, Eberhard Kolb¹⁷⁷, Andreas Wirsching¹⁷⁸ und Dieter Geßner¹⁷⁹, wobei zurecht darauf verwiesen wird, daß eine Einschätzung zu diesem historischen Ereignis „gewissermaßen eine Unterdebatte“¹⁸⁰ zur Kontroverse um das Scheitern der Weimarer Republik als Ganzes darstellt, in

¹⁷¹ Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 50. Vgl. ferner die Mitteilung an den Landtag vom 19.5.1932, die am 25. Mai beim ersten Zusammentreten des Parlaments bekanntgegeben wurde; StenBerLT, Wahlperiode 1932, Drucks. Nr. 3 bzw. ebd., Sp. 1. Vgl. rückblickend Braun, Otto, Von Weimar zu Hitler, New York, 3. Aufl. 1940; Reprint Hildesheim 1979.

¹⁷² Vgl. Schulze, Hagen, Otto Braun, S. 733.

¹⁷³ Erlassen als Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8.6.1932, GS, S. 199.

¹⁷⁴ Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 58–59.

¹⁷⁵ Beispielhaft zuletzt: Winkler, Weimar 1918–1933, S. 486–612. Klassisch Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen/Schwarzwald, 5. Aufl. 1971, S. 491–526.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Ders., Die Weimarer Republik, München, 4. Aufl. 1998, S. 219–221.

¹⁷⁸ Ders., Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000, S. 114–118.

¹⁷⁹ Ders., Die Weimarer Republik, v. a. S. 100.

¹⁸⁰ Wirsching, Die Weimarer Republik, S. 114.

dem sich „längerfristige Entwicklungen und kurzfristige Phänomene“ bei der singulären „Konvergenz von Wirtschafts- und Staatskrise zwischen 1930 und 1933“¹⁸¹ verwoben.

Staatsrechtlich war die Zeit ab Mitte 1932 derart kompliziert, daß die **verfassungsmäßige Lage**, insonderheit das Verhältnis der jeweiligen preußischen Regierung zum Reich, der wichtigste Beratungsgegenstand war. Dem 3. Kabinett Braun waren nahezu alle Rechte, speziell eines Einflusses auf die Exekutive einschließlich der Polizei, entzogen, ohne es aber aufzulösen. Die verbliebenen Kompetenzen besaßen fast keine effektive Bedeutung, und die beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs erhobene Klage hatte keine aufschiebende oder gar aufhebende Wirkung.¹⁸² Die umfangreichen, damit im Zusammenhang stehenden Ausführungen in den Niederschriften von nahezu allen Beratungen der geschäftsführenden preußischen Regierung bzw. der Reichskommissare, auf deren Nachweis hier verzichtet werden muß, sind in der Literatur ausführlich analysiert worden. Hinzu kamen bei den Reichskommissaren neben den zahlreichen Personalentscheidungen Beschlüsse zu laufenden Geschäften als oberste Verwaltungsbehörde Preußens, zum Teil unter Berücksichtigung noch gegebener Restriktionen aufgrund der Restkompetenzen der geschäftsführenden Regierung.

Obwohl die Reichskommissare schon von sich aus einer engen Zusammenarbeit mit den Reichsbehörden aufgeschlossen gegenüberstanden, erschien Anfang August 1932 die Gesamtsituation noch zu unklar, als daß der Reichskanzler der Bitte nachkommen würde, „seine Auffassung über das künftige Verhältnis zwischen Reich und Preußen“ darzulegen. Der Reichskommissar für das preußische Ministerium des Innern, Franz Bracht, sprach sich sogar für eine Pressenotiz aus, in der „auf die Unmöglichkeit hingewiesen“ werden sollte, „unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen grundsätzliche Reichsreformen vorzunehmen“¹⁸³. Im Spätherbst, wenige Tage nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs, das die Ergebnisse des 20. Juli 1932 festschrieb und den Kommissaren nahezu alle Befugnisse des Staatsministeriums übertrug, wurden gewichtige Tatsachen geschaffen. Bracht und der neu ernannte Reichskommissar für das preußische Finanzministerium Johannes Popitz wurden zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt. Das erhöhte ihr politisches Gewicht als preußische Ressortchefs gegenüber den anderen Reichsministern und stärkte zugleich ihre schon zuvor herausgehobene Stellung unter den anderen Kommissaren. Und am 1. November 1932 wurde verkündet: „Die Reichsregierung und die kommissarische Preuß[ische] Staatsregierung bedeuten eine Kampfgemeinschaft, die davon überzeugt sei, daß die Geschichte ihr dereinst Recht geben werde.“¹⁸⁴ Der Reichskanzler und Reichskommissar für Preußen Kurt von Schleicher machte jedoch in der Beratung am 23. Januar 1933 im Rahmen einer Grundsatzerklärung zur Stellung und Verantwortung der Kommissare klar, daß aus dieser Haltung heraus kein neues preußisches Selbstbewußtsein erwachsen konnte. Dabei ist auffallend, daß das offizielle Protokoll allein „einige allgemeine Ausführungen“ vermerkte und alle Details, die noch in die Reinschrift übernommen worden waren und demzufolge auch nicht in die Edition der „Akten der Reichskanzlei ...“ Aufnahme gefunden hatten,¹⁸⁵ gestrichen wurden. Danach wollte der General „keine falschen Begriffe über die Verantwortung, die mit dem Reichskommissariat verbunden sei, aufkommen ...

¹⁸¹ Ebd., S. 109.

¹⁸² Vgl. Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof. Stenogrammbereich der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig vom 10. bis 14. und vom 17. Oktober 1932, Berlin 1932; zur Ablehnung des Erlasses einer einstweiligen Verfügung die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 25.7., ebd., S. 487–491. Immer noch unverzichtbar: Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart u. a. 1984, v. a. S. 1015–1038.

¹⁸³ Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 111–111v, Sitzung am 4.8.1932, TOP 10.

¹⁸⁴ Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 218.

¹⁸⁵ Vgl. die Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 23.1.1933, Vor der Tagesordnung, in: Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearb. von Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1986, S. 285 f., Dok. Nr. 66.

lassen. Das Gremium der Reichskommissare habe nicht etwa die Stellung des Preußischen Staatsministeriums, das Beschlüsse zu fassen habe und in dem abgestimmt werde. Die Verantwortung für die Maßnahmen der Kommissare trage allein der Reichskanzler als Reichskommissar für das Land Preußen. Wenn er entschieden habe, könne es einen Beschluß nicht mehr geben.“ Der deutlich zurückgewiesene Bracht versicherte, daß zwar „gelegentlich auch abgestimmt“ worden sei, „das habe aber mehr zur Klärung der Auffassungen gedient und sei ja wohl auch zur Unterrichtung des ... Reichskanzlers über die Sachlage wertvoll gewesen. Es bestehe aber kein Zweifel darüber, daß es eine Kollegialverfassung für die Kommissare des Reichs nicht gebe.“¹⁸⁶

An dieser dem Reich untergeordneten Stellung Preußens sollte sich nichts mehr ändern. Die Bestimmungen zur sog. **Gleichschaltung der Länder** wurden von den Reichskommissaren nicht beraten. Am 24. April 1933 informierte Ministerpräsident Göring schließlich über einen Erlaß des Reichskanzlers (!) zu Beamtenernennungen in Preußen und machte daran anschließend Ausführungen zu den Grundsätzen, „die bei der Säuberung des Beamtentums zur Anwendung kommen“¹⁸⁷ sollten. Der Eindruck einer Unterwerfung wurde durch den Beschluß der gleichen Sitzung verstärkt, daß man darauf hinwirken wollte, gemäß der langen Tradition beim Kanzler eine Teilnahme an Sitzungen des Kabinetts immer dann zu ermöglichen, wenn „die zur Verhandlung stehenden reichsgesetzlichen Maßnahmen in ihrer Auswirkung für die preußischen Belange von besonderer Bedeutung seien“¹⁸⁸. – Rund eineinhalb Jahre später und Monate nach dem Erlaß des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs¹⁸⁹, das Preußen wie den anderen Ländern seine Stellung als ein mit Hoheitsrechten ausgestatteter Staat nahm und es zu einer Verwaltungs- sowie Finanzeinheit¹⁹⁰ herabstufte, berichtete Göring zum Stand der Reichsreform. Er erklärte ausdrücklich seine Zustimmung zu weiteren Vereinheitlichungen mit dem Reich, wenn dies auch andere deutsche Länder machen würden. Allen aufkommenden Bedenken zum Trotz verkündete Göring, „daß die preußischen Ressorts durch Vereinigung mit den Reichsministerien keineswegs untergingen, sie blieben vielmehr als solche bestehen, was auch in der Firma der vereinheitlichten Ministerien zum Ausdruck kommen müsse“.¹⁹¹ Er sei „nach wie vor Ministerpräsident von Preußen, damit trage er auch weiterhin die volle Verantwortung für alle preußischen Fragen. Die Verwaltungs- und Finanzeinheit Preußens bestehe weiter.“¹⁹² Am 12. Dezember 1935 wurde, wieder im Zusammenhang mit der Reichsreform und dem Weiterbestehen der Länder, erneut ausdrücklich die Wahrung seiner Rechte gefordert. Das war dann vor allem schon Ausdruck der Bemühungen von Göring, Preußen als „Waffe für seinen Statuserhalt in der Polykratie des Dritten Reichs“¹⁹³ zu instrumentalisieren und trotz allem letztlich ein Zeichen für die schwindende Bedeutung dieser Bastion.

¹⁸⁶ Bd. 182 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 18.

¹⁸⁷ Bd. 182 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 115.

¹⁸⁸ Bd. 182 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 188.

¹⁸⁹ Vom 30.1.1934, RGBl. I, S. 75.

¹⁹⁰ Vgl. Rietdorf, Fritz, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, Göttingen, rechts- u. staatswiss. Diss. 1939, S. 119; hier auch zur staatsrechtlichen zeitgenössischen Bewertung als „Selbstverwaltungskörper eigener Art“, als landschaftlicher „Führungsbereich“ oder als staatlicher „Verwaltungsbezirk des Reiches ...“, der zugleich als Gebietskörperschaft Selbstverwaltungsaufgaben zu erfüllen hat und als solcher Rechtspersönlichkeit besitzt und Träger des Landesvermögens ist“.

¹⁹¹ Allein das Finanzministerium behielt seine Selbständigkeit. Zu den Rechtsgrundlagen für die Verschmelzung der anderen Ressorts vgl. Rietdorf, S. 124, Anm. 1.

¹⁹² Bd. 183 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 17v–18; Sitzung am 16.10.1934, TOP 11.

¹⁹³ Neugebauer, Wolfgang, Geschichte Preußens, Darmstadt 2004, S. 141 mit weiterführender Literatur (S. 158 f.). Vgl. ferner Maser, Werner, Hermann Göring. Hitlers janusköpfiger Paladin. Die politische Biographie, Berlin 2000, S. 193–210.

II. Das Staatsministerium und sein Verhältnis zur Reichsregierung

Als am 3. April 1925 der Landtag Otto Braun zum Ministerpräsidenten wählte, endete damit eine dreimonatige innenpolitische Krise, in der das Parlament mehrere vergebliche Versuche unternommen hatte, eine handlungsfähige Regierung zu bilden.¹⁹⁴ Das Kabinett behielt die gleiche Zusammensetzung wie in der Interimsregierung von Wilhelm Marx und war bis Anfang der 30er Jahre, angesichts der politischen Turbulenzen der Zeit, bemerkenswert stabil. Wenn nun nachstehend einige Minister kurz vorgestellt werden, dann ist ausdrücklich darauf zu verweisen, daß die im vorliegenden Band edierten nahezu „reinen“ Beschlußprotokolle fast keinen Aufschluß über Auftreten, Individualitäten oder Kontroversen der Ressortchefs, geschweige denn teilnehmender Referenten, gewähren und so die historischen Akteure aus diesem spezifischen Blickwinkel ziemlich profillos bleiben.

Die eingangs betonte politische Stabilität auch über die Neuwahlen am 20. Mai 1928 hinaus hing ganz entscheidend mit der Figur **Otto Brauns** als **Ministerpräsidenten** zusammen, den sein Parteifreund und Staatssekretär im Handelsministerium Hans Staudinger einen „demokratischen Autokraten“¹⁹⁵ nannte. Über die Persönlichkeit des Kabinettschefs und sein Wirken sind wir ausführlich durch die weiterhin den Forschungsstand bestimmende Lebensbeschreibung von Hagen Schulze aus dem Jahre 1977 mit dem programmatischen Titel „Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung ...“¹⁹⁶ informiert – neuere biographische Skizzen¹⁹⁷ vermochten dem kaum mehr als Nuancen zu einzelnen Sichtweisen bzw. wenig ergänzendes Material hinzuzufügen. Da aber H. Schulze für seine Untersuchungen nur einen Teil der Staatsministerialprotokolle auswerten konnte,¹⁹⁸ bietet die hier vorzustellende Edition die Möglichkeit, dessen Thesen systematisch mit *allen* Protokollen abzugleichen und insbesondere zusätzlich die in vielen Fällen nachgewiesenen Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den Beratungen für die Hand des Chefs heranzuziehen.

Innenminister Carl Severing¹⁹⁹ galt als eine der wichtigsten Stützen des Ministerpräsidenten und hatte dieses Amt, mit einer kurzen Unterbrechung 1921, schon seit 1920 bekleidet, weshalb die beiden sozialdemokratischen Politiker sich „aufeinander eingestellt“ hatten. Für die Zeitgenossen sei es ein „Dioskurenpaar“ gewesen, das das republikanische Preußen als das „System Braun-Severing“²⁰⁰ repräsentierte. Um so schwerwiegender war es, daß gerade Severing als erster das Kabinett für lange Zeit verließ. Sein schlechter Gesundheitszustand sowie wachsende Unzufriedenheit Brauns auch wegen zu beobachtender Initiativ- und Kraftlosigkeit des Innenministers waren dazu Anlässe; vor allem aber sah der Innenminister keine ausreichenden politischen

¹⁹⁴ Vgl. die Sitzungen vom 6.1. bis 20.3.1925. Zur Krise detailliert Schulze, Hagen, Otto Braun, S. 466–474.

¹⁹⁵ Ders., Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934, hrsg. von Hagen Schulze, Bonn 1982, S. 42.

¹⁹⁶ Ders., Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977.

¹⁹⁷ Vgl. zuletzt Wippermann, Wolfgang, Otto Braun (1872–1955), in: Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien, hrsg. von Michael Fröhlich, Darmstadt 2002, S. 153–163.

¹⁹⁸ Zu den Gründen vgl. Schulze, Hagen, Otto Braun, S. 25 f. – Aus arbeitsökonomischen Gründen war es nicht möglich, für den vorliegenden Band den Teilnachlaß O. Brauns im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, auszuwerten. Anhand des im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz verwahrten Findbuchs werden aber die in Amsterdam verwahrten Abschriften der Staatsministerialprotokolle vom 7. und 8. Juni 1932 nachgewiesen; vgl. GStAPK, I. HA, Rep. 94B, Nr. 339a.

¹⁹⁹ Vgl. Alexander, Thomas, Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar, Bd. 1 u. 2, Frankfurt/M. u. a. 1996. Vorher schon Ders., Carl Severing – Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992.

²⁰⁰ Schulze, Hagen, Otto Braun, S. 302 f. – Übertrieben ist die Aussage, „Severings geschliffene Art zu reden und seine Fähigkeit zu öffentlichkeitswirksamem Auftreten trug im Zusammenhang mit der für den Weimarer Staat außergewöhnlich langen Amtsdauer dazu bei, daß die Öffentlichkeit in ihm die zentrale Gestalt der preußischen Politik zu erkennen glaubte“. (Neumann, Klaus, Carl Severing. Von der Armenschule ins Ministeramt, Münster 1991, S. 12.)

Gestaltungsmöglichkeiten mehr und stieß auf zunehmenden Widerstand sowohl im Landtag und in der Bürokratie als auch in der eigenen Partei.²⁰¹ Am 6. Oktober 1926 kam dafür der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident **Albert Grzesinski**, der bis 1930 amtierte und dann auf seinen alten Posten zurückkehrte.²⁰² Auch er hatte sich gesundheitlich wohl überarbeitet, und ein von persönlichen Gegnern sowie der Opposition aufgeputschter Eheskandal bot den Anstoß zur Übergabe der Geschäfte an den Professor für Nationalökonomie und seit 1927 als Oberpräsident der Provinz Sachsen wirkenden, ebenfalls sozialdemokratischen **Heinrich Waentig**²⁰³, der sich jedoch in der neuen Funktion nicht bewährte²⁰⁴ und schon am 22. Oktober 1930 dem nochmals ins Amt kommenden Severing Platz machte. Dies sei in den Augen der Zeitgenossen eine „Kampfansage an den antidemokratischen Extremismus“²⁰⁵ gewesen.

Im **Finanzministerium** war nahezu während der ganzen Zeit des 3. Kabinetts Braun der Jurist **Hermann Höpker Aschoff** tätig, der als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bzw. ab 1930 der Deutschen Staatspartei dieses zentrale Ressort leitete. Als Parlamentarier hatte er sich seit seinem ersten Landtagsmandat 1921 in die komplizierte Materie der Etats hervorragend eingearbeitet und für seine Partei traditionell als Berichterstatter in den Haushaltsdebatten fungiert.²⁰⁶ Angesichts der sich zum Ende der 20er Jahre verstärkenden Finanzprobleme legte Höpker Aschoff zwar bei der Leitung seines Ministeriums sowie der Gestaltung der Staatswirtschaft insgesamt ein beachtliches Geschick an den Tag, vermochte aber letztlich gegen die in der Weltwirtschaftskrise zunehmenden Defizite auch nichts zu machen, was zudem seine gesundheitlichen Probleme verstärkte. Differenzen mit Severing sowie eine Kontroverse mit Braun angesichts von in die Öffentlichkeit getragenen Überlegungen, „1931, gleichsam in letzter Stunde, ... durch Notverordnung die preußischen Ministerien des Innern und der Justiz mit den entsprechenden Reichsministerien zu vereinigen, die preußische Steuerverwaltung der Reichsfinanzverwaltung zu übertragen, den preußischen Ministerpräsidenten als Vizekanzler in das Reichskabinett aufzunehmen“ und so eine „Zusammenfassung der Kräfte herbeizuführen“²⁰⁷, waren einige der Gründe, die zum Rücktritt Höpker Aschoffs führten.²⁰⁸ Dem ab 7. November 1931 nachfolgenden, aus dem Genossenschaftsbankwesen kommenden, noch recht jungen **Otto Klepper** ging der Ruf voran, als Direktor der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in der Bankenkrise 1931 ohne direkte Staatshilfe ausgekommen zu sein. Doch auch er vermochte natürlich die anstehenden Probleme der preußischen Staatsfinanzen nicht zu lösen. Nachdem sein Vorgänger immerhin sechs Jahre das Ressort geleitet hatte, wurden Schwierigkeiten und Mißerfolge des „Neuen“ von seinen Mitarbeitern besonders kritisch gesehen. Eine Charakteristik als profillos bzw. als jener Minister, mit dem

²⁰¹ Vgl. ausführlich Alexander, Carl Severing, S. 739–751. Hiernach habe es bei Severing „starke Verfallserscheinungen“ (S. 739) gegeben.

²⁰² Vgl. Albrecht, Thomas, Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

²⁰³ Eine ausführliche, aus den Quellen gearbeitete Biographie fehlt bisher; zur Persönlichkeit vgl. die Skizze von seinem ehemaligen Mitarbeiter Hübener, Erhard, Lebenskreise. Lehr- und Wanderjahre eines Ministerpräsidenten, hrsg. von Thomas Klein, Köln, Wien 1984, S. 214 f.

²⁰⁴ Nach Hagen Schulze sei „die Ernennung ein personalpolitischer Mißgriff ersten Ranges“ gewesen (Ders., Otto Braun, S. 621).

²⁰⁵ Neumann, Carl Severing, S. 12.

²⁰⁶ Vgl. hierzu sowie zur Persönlichkeit des Finanzministers sein ehemaliger Mitarbeiter du Mesnil, Herbert, Preußisch Dienen und Genießen. Die Lebenszeiterzählung des Ministerialrats Dr. Herbert du Mesnil (1875–1947), bearb. von Jürgen Kloosterhuis, Köln, Weimar, Wien 1998, S. 410 f. Ferner Aders, Thomas, Die Utopien vom Staat über den Parteien. Biographische Annäherungen an Hermann Höpker Aschoff (1883–1954), Frankfurt/M. u. a. 1994. Zur Schreibweise des Namens ohne Bindestrich ebd., S. 33.

²⁰⁷ Höpker Aschoff, Hermann, Unser Weg durch die Zeit. Gedanken und Gespräche über den Sinn der Gemeinschaft, Berlin 1936, S. 228.

²⁰⁸ Vgl. dazu ausführlich Aders, Die Utopie vom Staat, S. 172–178. Ferner Stang, Joachim, Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933, Düsseldorf 1994, S. 322–325.

das Chaos im Ressort einsetzte,²⁰⁹ ist jedoch weit überzogen, denn man muß zugute halten, daß die herrschende Notverordnungspolitik von den Zeitgenossen generell als hektisch empfunden wurde und zudem praktisch kaum Gestaltungsmöglichkeiten zuließ.

Wenn nun in den Staatsministerialprotokollen trotz ihrer extremen Kürze wiederholt auf die Stimmabgabe Höpker Aschoffs zu einem Beratungsgegenstand und insbesondere auf abweichende Voten bzw. Einsprüche hingewiesen wurde,²¹⁰ dann war dies eine Konsequenz aus der Sonderstellung des Finanzministers im Kabinett, die in Preußen Tradition hatte. Sie wurde „dadurch gewahrt, daß im Falle seines Widerspruchs ein erschwertes Beschlußverfahren angeordnet“ war, „in dessen Rahmen der Ministerpräsident in etwa als Nachfolger des Königs erschien. Beschloß danach das Staatsministerium in einer Frage, die ... finanzielle Bedeutung hatte, gegen die Stimme des Finanzministers, so konnte dieser gegen den Beschluß Widerspruch erheben. Der Beschluß war durch die Erhebung des Widerspruchs aufgehoben. Sollte ein neuer Beschluß des Staatsministeriums in derselben Sache gefaßt werden, so konnte dies erst in einer weiteren Sitzung des Staatsministeriums geschehen. Bei der Abstimmung über die gleiche Angelegenheit konnte alsdann gegen die Stimme des Finanzministers nur entschieden werden, wenn die Mehrheit sämtlicher Staatsminister Abweichendes beschloß und der Ministerpräsident mit der Mehrheit stimmte.“²¹¹ Diese weitreichenden Vollmachten des Finanzministers basierten auf einem in der Hochzeit der Hyperinflation, also in Zeiten volkswirtschaftlich höchster Not gefaßten Beschluß des Staatsministeriums vom 16. Oktober 1923²¹², als das Staatsfinanzsystem vor dem Zusammenbruch stand. Sie wurden aber bezeichnenderweise nach der Währungsreform und Stabilisierung der Wirtschaft nicht aufgehoben.

Wie das Innenministerium konstant von Sozialdemokraten geleitet wurde, war das **Justizministerium** in den Händen der Zentrumspartei. Der aus dem Rheinland kommende **Hugo am Zehnhoff** hatte das Amt bereits März 1919 übernommen, galt als vorzüglicher Fachmann und sachlich, so daß kein Ministerpräsident auf ihn verzichten wollte,²¹³ wengleich am Zehnhoff dafür stand, sein Ressort nicht zuletzt bei Personalangelegenheiten weitgehend gegen Außeneinflüsse abgeschottet zu haben.²¹⁴ Doch auch dieser Minister verschleiß sich im Dienst, und schon Ende 1925/Anfang 1926 tauchten Rücktrittsgerüchte wegen häufiger Erkrankungen²¹⁵ auf. Am 5. März 1927 schließlich übergab er das Ressort an den Senatspräsidenten im Kammergericht **Hermann Schmidt**, der sich in seiner Partei als Geschäftsführer der Landtagsfraktion einen Namen gemacht hatte und – aus der Sicht der Protokolle – die Politik seines Vorgängers weiterführte. Dabei ging es ihm vor allem darum, die viel beklagte „Vertrauenskrise in der Justiz“²¹⁶ zu beseitigen.

²⁰⁹ So z. B. der Höpker Aschoff verehrende Ministerialrat du Mesnil, Preußisch Dienen, S. 411. Vgl. ausgewogen, auch die Ministerzeit ausführlich würdigend: Pufendorf, Astrid v., Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997.

²¹⁰ Vgl. z. B. für direkte Widersprüche die Sitzungen am 4.8.1925, TOP 8, am 30.11.1025, TOP 4, am 6.7.1926, TOP 7, sowie am 13.8.1926, TOP 6.

²¹¹ Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium, S. 112.

²¹² Vgl. die Sitzung am 16.10.1923, TOP 1, v. a. Abschnitt II.

²¹³ So der Grundtenor der zeitgenössischen biographischen Skizze von Kisky, Wilhelm, Justizminister Dr. am Zehnhoff, Bielefeld 1930 – eine ausführliche, aus den Quellen gearbeitete Biographie fehlt bisher.

²¹⁴ Vgl. Schulze, Gerhard (Bearb.), in: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 11, Teil 1, S. 19.

²¹⁵ So notierte der Publizist Gottfried Feder in seinem Tagebuch am 8.2.1926: „Auf unsere Forderung, daß der kranke Justizminister Zehnhoff gehen muß, ... antwortet die ‘Germania’, er sei ganz gesund. Dabei höre ich, daß er in den letzten dreiviertel Jahren nur ein einziges mal in die Kabinettsitzung kam ...“ (Ders., Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932, hrsg. von Cécilie Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971, S. 37). – Tatsächlich nahm der Minister, vor allem im Sommer 1925, nur an sieben der insgesamt 40 stattfindenden Staatsministerialsitzungen im Zeitraum vom 4.4.1925 bis 4.2.1926 teil.

²¹⁶ StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Sp. 19524, 5.5.1927; im Original fett gesetzt. – Eine aus den Quellen gearbeitete Biographie von Hermann Schmidt fehlt bisher.

Das im republikanischen Preußen programmatisch von „Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten“ in „**Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung**“ umbenannte Kultusministerium wurde im 3. Kabinett Braun von dem seit 1916 hier zunächst als Hilfsarbeiter angestellten Professor für Orientalistik **Carl Heinrich Becker** geleitet. Bereits seit Frühjahr 1919 war er Unterstaatssekretär bzw. dann mit dem Titel Staatssekretär, 1921 im einige Monate amtierenden Kabinett von Adam Stegerwald sogar Minister, um diesen Posten schließlich von Februar 1925 bis Januar 1930 zu bekleiden. Als parteiloser, der DDP nahestehender²¹⁷ Fachmann geltend und damit auch für die Braun stützende Zentrumsfraktion in diesem für sie so wichtigen Ressort akzeptabel, versuchte Becker nach eigener Aussage ein „unpolitischer Minister“ zu sein, der eine von Rücksichten auf Mehrheitsverhältnisse unabhängige Arbeit machte. Gerade aber bei der Besetzung von Lehrstühlen an Universitäten und Hochschulen gab es Kritik von linker und radikaldemokratischer Seite.²¹⁸ Nach Abschluß der sich über viele Jahre hinziehenden, äußerst schwierigen Verhandlungen um ein Konkordat, an denen Becker immer wieder auch persönlich beteiligt war,²¹⁹ übernahm sein Amt am 30. Januar 1930 an den einer breiteren Öffentlichkeit noch weitgehend unbekanntem Pädagogen und Schulreformer **Adolf Grimme**²²⁰. Damit war das Bildungsressort wieder in sozialdemokratischer Hand. Zu den Hauptaufgaben des neuen Ministers gehörten aus der Sicht der Protokolle der Abschluß eines von den evangelischen Landeskirchen immer vehementer geforderten Staatsvertrages²²¹ sowie Fragen der Schulerneuerung und Ausgestaltung des Universitätswesens. Dabei ließen ihm sowohl die Haushaltszwänge in der Weltwirtschaftskrise als auch der zunehmende politische Druck von rechts, der viele Reformprojekte störte oder unmöglich machte, nur wenig gestalterischen Spielraum.

Sowohl im **Ministerium für Handel und Gewerbe** als auch im **Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten** kam es zu keinem Ministerwechsel. **Walther Schreiber** von der DDP bzw. der aus dem landwirtschaftlichen Fachschulwesen²²² hervorgegangene **Heinrich Steiger** vom Zentrum amtierten während der gesamten Zeit des 3. Kabinetts Braun. Der Handelsminister war zwar von der beruflichen Laufbahn her als Rechtsanwalt fachfremd, galt jedoch als ein in der parlamentarischen Arbeit erfahrener und sich schnell in das große Ressort einarbeitender Politiker,

²¹⁷ Vgl. Schulz, Gerhard, *Zwischen Demokratie und Diktatur*, Bd. 2: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987, S. 315.

²¹⁸ Vgl. Schulze, Gerhard (Bearb.), in: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums*, Bd. 11, Teil 1, S. 18; das Zitat bei Schulze, Hagen, Otto Braun, S. 479. – Obwohl mit den Arbeiten von Kurt Düwell und Guido Müller zwei aus den Quellen gearbeitete Studien zu Becker vorliegen, ist festzustellen, daß eine umfassende Biographie fehlt und insbesondere sein Wirken als Minister für den Gesamtbereich seines Ressorts noch weitgehend einer Aufarbeitung bedarf, da beide Autoren sich im wesentlichen auf die Hochschul- und Wissenschaftspolitik beschränken und auch diesen Bereich nur streiflichtartig erfassen; Düwell, Kurt, *Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche. Zur Kulturpolitik des Ministers C. H. Becker*, in: *Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik*, hrsg. von Theodor Schieder, München 1971, S. 31–74; Müller, Guido, *Weltpolitische Bildung und akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930*, Köln, Weimar, Wien 1991.

²¹⁹ Vgl. Stang, *Die Deutsche Demokratische Partei*, S. 313; Schulze, Hagen, Otto Braun, S. 558 f.

²²⁰ Vgl. zur Berufung Seiters, Julius, *Adolf Grimme, ein niedersächsischer Bildungspolitiker*, Hannover 1990, v. a. S. 17 – diese materialreiche biographische Skizze vermag aber eine wissenschaftliche Biographie nicht zu ersetzen. Das gilt auch für die Arbeit von Kurt Meissner, der in seiner Kompilation langer Zitate vor allem aus Selbstzeugnissen Grimmes auf genaue Quellenangaben verzichtet; vgl. Ders., *Zwischen Politik und Religion. Adolf Grimme. Leben, Werk und geistige Gestalt*, Berlin 1993.

²²¹ Vgl. Grimmes Rückblick auf die Verhandlungen in einem nicht abgesandten Brief an den Professor für Kirchen- und Staatsrecht Johannes Heckel, in: *Grimme, Adolf, Briefe*, hrsg. von Dieter Sauberzweig und Ludwig Fischer, Heidelberg 1967, S. 47–49, Dok. Nr. 33.

²²² Vgl. du Mesnil, *Preußisch Dienen*, S. 416. Auch zu Steiger fehlt eine aus den Quellen gearbeitete wissenschaftliche Biographie, obwohl bereits 1979 Herbert Hömig auf einen in Privathand befindlichen Nachlaß u. a. mit ungedruckten biographischen Aufzeichnungen hingewiesen hatte; vgl. Ders., *Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik*, Mainz 1979, S. 247, 276.

der mit Sachkompetenz beeindruckte.²²³ Auch **Heinrich Hirtsiefer** vom Zentrum amtierte während des gesamten Kabinetts Braun. Der aus dem Ruhrgebiet stammende, christlich-soziale Metallarbeitergewerkschafter leitete bereits seit 1921 das **Ministerium für Volkswohlfahrt**.²²⁴ Dabei bezog er durchaus offen Position und verteidigte seine Politik im Staatsministerium, was u. a. dazu führte, daß gerade auch bei ihm einige abweichende Voten in den Protokollen vermerkt wurden.²²⁵ Der Wohlfahrtsminister handelte in persönlicher Überzeugung und durchaus im Sinne der christlichen Soziallehre. Nicht zuletzt das hierin liegende Engagement Hirtsiefers gab vielleicht eine Antwort auf die von den Zeitgenossen hinsichtlich Preußen oft gestellte „Frage, warum gerade in dem Lande mit einer alten, eingesessenen protestantischen Mehrheit eine katholische Partei über ein Jahrzehnt der starke Flügel einer dauernden Linkskoalition sein konnte“²²⁶.

Während des Kommissariats ab 20. Juli 1932 amtierten die jeweiligen Reichskanzler **Franz von Papen** und **Kurt von Schleicher** auch als preußische Ministerpräsidenten. Als Schlüsselgestalten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts gibt es eine umfangreiche Literatur über ihr Wirken sowie ihr Leben, wobei die preußische Tätigkeit meist nur am Rande Berücksichtigung findet – bei dem erfolgreichen „Herrenreiter“²²⁷ noch etwas stärker als bei dem Reichswehrgeneral²²⁸, wird doch der erste „Preußenschlag“ z. B. auch als „Papenschlag“²²⁹ bezeichnet. Am 30. Januar 1933 übernahm Reichskanzler Adolf Hitler nicht die Funktion als Reichskommissar und damit auch als Ministerpräsident von Preußen, sondern berief seinen Stellvertreter von Papen erneut in diese Funktion, der dann bis zur Ernennung Görings wieder amtierte. Als Reichskommissare für die einzelnen Ressorts wurden anfänglich bewährte hohe Beamte aus den Ministerien eingesetzt, die als Vertreter ihrer Chefs bzw. als deren Referenten an zahlreichen Staatsministerialsitzungen teilgenommen hatten wie Staatssekretär **Franz Schleusener** vom Finanzministerium und sein Amtskollege vom Landwirtschaftsministerium **Franz Mussehl**. Allein in dem machtpolitisch so wichtigen Innenministerium wurde von außen der Oberbürgermeister von Essen **Franz Bracht** eingesetzt, der aber auch auf einjährige Erfahrungen als Staatssekretär in der Reichskanzlei ab November 1923 zurückblicken konnte. Als Stellvertreter von Papens bewährte er sich so, daß er Oktober 1932 auch zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und unter von Schleicher zum Reichsinnenminister ernannt wurde.²³⁰ Das angesichts der harten Personalpolitik in der Literatur zu

²²³ Vgl. Escher, Felix, Walther Schreiber, in: Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Wolfgang Ribbe, Berlin 1992, S. 443–463, zur Ministerzeit S. 448 f. – eine aus den Quellen gearbeitete ausführliche Biographie fehlt.

²²⁴ Vgl. Zunkel, Friedrich, Hirtsiefer, Heinrich, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 9, Berlin 1972, S. 241 f.; Bücker, Vera, Hirtsiefer, Heinrich, in: Who is who in der sozialen Arbeit, hrsg. von Hugo Maier, Freiburg/Br. 1998, S. 254 f. Eine wissenschaftliche, aus den Quellen gearbeitete Biographie fehlt.

²²⁵ Vgl. die Sitzungen am 23.6.1925, TOP 1, am 21.11.1925, TOP 3, am 3.5.1927, TOP 3, am 28.4.1928, TOP 2, sowie am 11.11.1930, TOP 2 und 4.

²²⁶ Staudinger, Wirtschaftspolitik, S. 82.

²²⁷ Vgl. Morsey, Rudolf, Papen, Franz von, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 20, Berlin 2001, S. 46–48; Rolfs S. J., Richard W., *The Sorcerer's Apprentice. The Life of Franz von Papen*, Lanham, New York, London 1996, v. a. S. 135–210; Petzold, Joachim, *Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis*, München, Berlin 1995; v. a. S. 78–98; Hörster-Philips, Ulrike, *Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen*, Köln 1982, v. a. S. 273–287, 242.

²²⁸ Vgl. Plehwe, Friedrich Karl v., *Reichskanzler Kurt von Schleicher. Weimars letzte Chance gegen Hitler*, Esslingen 1983, v. a. S. 243.

²²⁹ Vgl. z. B. das Stichwort „Papenschlag“, in: Geiss, Imanuel/Intermann, Gabriele/Sommer, Michael, *Geschichte griffbereit*, Bd. 4: Begriffe. Die sachsystematische Dimension der Weltgeschichte, Gütersloh, München 2002, S. 972.

²³⁰ Vgl. Frotscher, Werner, *Franz Bracht (1877–1933)*, in: *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945*, hrsg. von Kurt G. A. Jeserich und Helmut Neuhaus, Stuttgart, Berlin, Köln 1991, S. 360–364; eine aus den Quellen gearbeitete wissenschaftliche Biographie fehlt bisher.

findende Urteil, Bracht sei „der administrative Liquidator des demokratischen Preußen“²³¹ gewesen, ist insofern problematisch, als damit die Mitverantwortung seiner Amtskollegen, die in ihren Ressorts auch „aufräumten“, etwas zu stark in den Hintergrund gerät.

Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs am 25. Oktober 1932 erfolgte eine Umbesetzung in den einzelnen Ressorts mit Ausnahme des Innenministeriums. Am 31. Oktober kam u. a. damit **Johannes Popitz** in das Finanzministerium, zugleich mit der Funktion als Reichsminister ohne Geschäftsbereich. In seiner bis dahin typischen Laufbahn als preußischer Beamter hatte er 1917 in das Reichsschatzamt gewechselt und stieg in dieser Behörde, inzwischen zum Reichsfinanzministerium umgestaltet, 1925 zum Staatssekretär auf. Nachdem er 1929 zusammen mit seinem Minister, Rudolf Hilferding, zurückgetreten war, widmete sich Popitz verstärkt der akademischen Lehre sowie staats- und finanzwissenschaftlichen Veröffentlichungen. April 1933 wurde Popitz von Göring in das Kabinett übernommen und ging als letzter preußischer Finanzminister in die Geschichte ein. Er versuchte eine Konsolidierung des preußischen Staatshaushalts, von dem aber wiederholt Einzeletats auf das Reich übergangen. Zum Resthaushalt gehörten zuletzt im wesentlichen die Universitäten und Hochschulen, die staatlichen Archive, künstlerischen Anstalten, Museen sowie die Staatstheater, deren finanzielle Ausstattungen unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Rüstungs- und Kriegsfinanzierung zunehmend schlechter wurden. Mehrere Rücktrittsgesuche zwischen 1934 und 1940 deuten die Problematik seiner Stellung als Finanzminister an. Popitz stand seit längerem in Kontakt zu oppositionellen Kreisen, kam zum Widerstand und wurde nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verhaftet. Zum Tode verurteilt erfolgte noch kurz vor Kriegsende, am 2. Februar 1945, seine Hinrichtung in Berlin-Plötzensee. Die Rolle von Popitz als preußischer Finanzminister ist in der Literatur bisher noch nicht ausreichend untersucht worden, wie auch insgesamt eine wissenschaftliche Biographie noch aussteht.²³²

Popitz war unter den nach 1933 amtierenden, letzten preußischen Ministern der einzige, der wegen seiner Kontakte zum Widerstand im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verhaftet und noch kurz vor Kriegsende hingerichtet wurde. Damit war sein Lebenslauf ein Gegenentwurf zu dem des letzten Ministerpräsidenten Preußens, **Hermann Göring**, der als im Nürnberger Prozeß verurteilter Kriegsverbrecher durch Selbstmord seiner Hinrichtung entging. Bereits am 30. Januar 1933 wurde der Reichstagspräsident und Reichsminister ohne Geschäftsbereich auch Reichskommissar für das preußische Innenministerium und setzte in dieser Funktion die „Säuberungspolitik“ Franz Brachts rigoros und um das rassistische Element des Antisemitismus erweitert fort. Gegen den anfänglichen Widerstand Hitlers erreichte Göring dann April 1933 seine Ernennung zum Ministerpräsidenten und versuchte, diese Stellung als Machtposition auszubauen. Dabei kämpfte er nicht nur gegen seine Rivalen, sondern auch gegen die sich vor allem unter dem Einfluß der Rüstungs- und Kriegswirtschaft verschärfenden antiföderalen Bestrebungen, die zum Übergang der meisten Befugnisse auf das Reich führten.²³³ Göring berief in sein Kabinett neben Popitz u. a. **Alfred Hugenberg** als Minister für Wirtschaft und Arbeit sowie als Landwirtschaftsminister, die diese

²³¹ Hofmann, Wolfgang, Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890 bis 1933, Stuttgart u. a. 1974, S. 249. Dieses Urteil wird auch von Werner Frottscher übernommen; Ders., Franz Bracht, S. 262.

²³² Vgl. bisher v. a. Schulz, Gerhard, Popitz, Hermann Eduard Johannes, in: Neue deutsche Biographie, Bd. 20, Berlin 2001, S. 620–622; Amt und Verantwortung. Ausstellung zur Erinnerung an Johannes Popitz (1884–1945), veranstaltet von der Bundesfinanzakademie, Siegburg 1984, v. a. S. 56–78; Bentin, Lutz-Arwed, Johannes Popitz und Carl Schmitt. Zur wirtschaftlichen Theorie des totalen Staates in Deutschland, München 1972, bes. S. 36–53.

²³³ Vgl. Martens, Stefan, Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers“ und „Zweiter Mann im Reich“, Paderborn 1985, v. a. S. 21–25; Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, v. a. S. 31–33; Maser, Werner, Hermann Göring. Hitlers janusköpfiger Paladin. Die politische Biographie, Berlin 2000, S. 193–210. Trotz dieser gewichtigen Biographien steht eine ausführliche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rolle Görings als Ministerpräsident noch aus.

Funktionen in Personalunion auch im Reich ausübten. Hugenberg war nicht nur als Inhaber eines mächtigen Presseimperiums, ehemaliger Direktor bei Krupp und DNVP-Politiker der „Harzburger Front“ bekannt, sondern hatte in jüngeren Jahren auch Erfahrungen als preußischer Beamter u. a. bei der Ansiedlungskommission in Posen und im Finanzministerium gewonnen. Er geriet wirtschaftspolitisch in zunehmenden Gegensatz zu Hitler sowie die hinter ihm stehenden Kräfte und wurde Juni 1933 aus dem Amt entfernt.²³⁴ Das Landwirtschaftsministerium übernahm **Walther Darré** und damit einer jener „Männer ...“, die Görings preußische Pläne schon vor der Machtergreifung unterstützt hatten²³⁵. Seit 1929 Mitglied der NSDAP wurde er für einige Jahre zum führenden nationalsozialistischen Agrarpolitiker. Aus der Sicht der Staatsministerialprotokolle trat er allein bei der Diskussion des Erbhofgesetzes²³⁶ in Erscheinung.²³⁷

Die nahezu „reinen“ Beschlußprotokolle des 3. Kabinetts Braun und auch die längeren Aufzeichnungen über die Beratungen der Reichskommissare bzw. des Kabinetts Göring verraten, wie bereits mehrfach angedeutet, kaum etwas über den Verlauf der Besprechungen bzw. über unterschiedliche Positionen der Minister, deren Strategien zur Konfliktbewältigung bzw. zur Beschlußfindung. Ausnahmen bilden vor allem jene Tagesordnungspunkte, die die Klärung von **Kompetenzstreitigkeiten** zum Inhalt hatten. Dabei handelte es sich zum einen um relativ marginale Fragen, die noch keine Rolle gespielt hatten oder bisher als nebensächlich angesehen worden waren wie öffentliche Kinderspeisungen, die Unterstützung eines durch steigendes Grundwasser geschädigten Dorfes oder Anleihen für wasserwirtschaftliche Verbände.²³⁸ Zum anderen ging es um die Zuordnung neu entstandener Politikfelder, deren Übernahme die Position des jeweiligen Fachministers stärken konnte, wie um die Ausführung des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung oder um den Vereinigungsvertrag mit Waldeck.²³⁹ Nicht zuletzt besaßen unter den Bedingungen einer Koalitionsregierung diesbezügliche Entscheidungen auch politische Bedeutung wie der über mehrere Jahre schwebende Konflikt zwischen Innen- und Finanzministerium in der Frage des Beamtenrechts. Die Entscheidung am 7. Oktober 1925, daß bei einer Neuregelung dem Finanzminister die allgemeinen Beamtenrechtsfragen zukämen, die Neuregelung des Disziplinarrechts jedoch seinem Kontrahenten, bedeutete im 3. Kabinett Braun eine Stärkung des DDP-Mannes Höpker Aschoff und eine Schwächung des Sozialdemokraten Severing.²⁴⁰ Handelte es sich dabei um interne Probleme des Staatsministeriums, so waren Differenzen in der Außendarstellung und -wirkung von ungleich größerer Brisanz. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit erreichte Braun eine Zustimmung zu der Festlegung, daß alle Minister verpflichtet seien, Beschlüsse des Staatsministeriums auch dann Dritten gegenüber zu vertreten, wenn sie

²³⁴ Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rolle Hugenbergs als preußischer Minister steht noch aus. Die Biographie von John A. Leopold streift wie die meiste andere Literatur diese Fragen nur am Rande; Ders., Alfred Hugenberg. *The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic*, New Haven, London 1977, v. a. S. 139–163. Ferner Dietrich, Valeska, Alfred Hugenberg. Ein Manager in der Publizistik, phil. Diss. FU Berlin 1960, S. 109–114.

²³⁵ Kube, *Pour le mérite*, S. 33.

²³⁶ Vgl. die Sitzungen am 11.5.1933, am 15.5.1933, TOP 1, sowie am 22.9.1933, TOP 8.

²³⁷ Die Feststellung von Gustavo Corni im Jahre 1990, daß eine wissenschaftliche Biographie noch aussteht, da die Arbeiten von Horst Gies aus dem Jahre 1966 und Anna Bramwell von 1985 nicht ausreichen, gilt weiterhin; Ders., Richard Walther Darré. Der 'Blut-und-Boden'-Ideologe, in: *Die braune Elite. 22 biographische Skizzen*, hrsg. von Ronald Smelser und Rainer Zitelmann, Darmstadt, 2. Aufl. 1990, S. 15–27; Bramwell, Anna, *Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's 'Green Party'*, Abbotsbrook 1985.

²³⁸ Vgl. die Sitzungen am 10.5.1925, TOP 1, am 15.7.1925, TOP 3b, sowie am 1.6.1926, TOP 5.

²³⁹ Vgl. die Sitzungen am 11.10.1927, TOP 11, die 2. Sitzung am 17.11.1927, sowie die Sitzung am 8.5.1930, TOP 3.

²⁴⁰ Vgl. Alexander, Carl Severing, Bd. 1, S. 744. Severing gab sich mit dieser Entscheidung nicht zufrieden und achtete peinlichst auf weitere Übergriffe Höpker Aschoffs; vgl. z. B. sein Schreiben vom 11.8.1926 an Braun betr. der „Bearbeitung der politischen Beamtenachen (Sonderangelegenheiten der Beamten der abgetretenen, besetzten, Abstimmungs- oder sonst gefährdeten Gebiete)“, die neuerdings beansprucht worden sei (Rep. 90, Nr. 2284, Bl. 141–144, das Zitat Bl. 141).

persönlich eine inhaltlich abweichende Position einnehmen.²⁴¹ Und das Protokoll vom 9. November 1926 vermerkte, daß der Ministerpräsident an frühere Beschlüsse erinnert habe, nach denen „die vom Staatsministerium getroffenen Entscheidungen von sämtlichen Ministern und nachgeordneten Stellen einheitlich und geschlossen als Wille der Staatsregierung zu vertreten sind“²⁴². Ob nun derartige Deklarationen einfach in Vergessenheit gerieten, oder ob sie ganz bewußt ignoriert wurden – am 3. Februar 1927 jedenfalls kam es zu dem nochmaligen Beschluß, daß die Ressorts bei Haushaltsverhandlungen in den Landtagskommissionen einheitlich aufzutreten hätten. Es zeugt vom Stellenwert der Angelegenheit, daß der entsprechende Auszug aus dem Staatsministerialprotokoll im Handelsministerium nicht wie üblich nur als Schreibmaschinendurchschlag sondern als hektographierte Kopie, also in größerer Zahl (anscheinend für alle potentiellen Referenten), zur Kenntnisnahme in den Geschäftsgang gegeben wurde.²⁴³ Am 8. Juni 1932, als das 3. Kabinett Braun nur noch geschäftsführend war und die politische Lage sich stark zugespitzt hatte, verlangte Handelsminister Walther Schreiber ganz ausdrücklich und „entgegen der sonstigen Übung“, das Recht, darauf verweisen zu dürfen, „keinerlei Verantwortung“ für die an jenem Tag zu erlassende Notverordnung, also einen Beschluß des Staatsministeriums, zu übernehmen.²⁴⁴

Aus der Sicht der hier vorzustellenden Protokolle reduzierten sich die **Beziehungen der preußischen Regierung zur Reichsregierung** nicht nur auf die bereits angesprochenen Beratungsgegenstände im Staatsministerium sowie die grundsätzlichen Fragen der Reichsreform, sondern wesentlicher Bestandteil war auch die **praktisch-organisatorische Zusammenarbeit** zwischen beiden Kabinetten. Sie war eingebettet in das Wechselverhältnis zwischen dem Reich und seinem größten Einzelstaat sowie in die durch die Verfassungen beider gegebenen Kompetenzen. Das Nebeneinander der beiden Regierungsapparate in Berlin, das mit einer gewissen Dopplung von Arbeiten, mit unbeabsichtigter, aber auch bewusster Geheimhaltung, teilweise aber auch mit einem direkten Gegeneinander verbunden war,²⁴⁵ war ein wesentlicher Grund für die bereits angesprochene Reichsreform.²⁴⁶ Unter diesen Verhältnissen war ein an die Hauptakteure unmittelbar gebundenes Beziehungsgeflecht, das sowohl mit ihren Persönlichkeiten und Lebenswegen als auch mit parteipolitischen Konstellationen und so gegebenen Einflußmöglichkeiten über Kabinetts- und Staatsgrenzen hinaus zusammenhing, von besonderer Bedeutung, wozu jedoch die Protokolle nichts aussagen. Nachweisbar sind hingegen Teilnahmen von Vertretern des jeweils anderen Kabinetts sowie eine laufende gegenseitige Information, u. a. durch den Austausch von Abschriften von nicht als geheim eingestuften Tagesordnungspunkten. Damit befand sich das preußische Staatsministerium in einer bevorzugten Stellung gegenüber den Regierungen der anderen deutschen Bundesstaaten, die diesen „kurzen Draht“ zur Reichsleitung nicht hatten.²⁴⁷ Besonders in den ersten Jahren des Berichtszeitraumes war der Staatssekretär in der Reichskanzlei in vielen Sitzungen des Staatsministeriums anwesend. Sein Interesse an einer umfassenden Information über diese Beratungen ist u. a. daran zu ersehen, daß der Ministerialverwaltungsdirektor im Staatsministerium Ernst Pfeiffer

²⁴¹ Vgl. die Sitzung am 13.5.1925, TOP 4.

²⁴² Bd. 175 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 133v.

²⁴³ Vgl. die Sitzung am 3.2.1927, TOP 8. Ein Protokollauszug z. B. in Rep. 120, CB I Nr. 2a Bd. 2, Bl. 232.

²⁴⁴ Vgl. das Schreiben an Staatssekretär Weismann vom 24.6.1932; Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 72. Gemeint war die Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8.6.1932, GS, S. 199.

²⁴⁵ So die rückblickende Aufzählung von Ministerialdirektor A. Brecht; Ders., Föderalismus, S. 120.

²⁴⁶ Ein Nachweis der wichtigsten Dokumente der sog. Länderkonferenzen 1928/29 in Anm. 21 vorliegender Einleitung. Ferner auf breiter archivalischer Quellenbasis sowie unter umfassender Auswertung der zeitgenössischen Literatur: Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin, New York, 2. Aufl. 1987, S. 453–612.

²⁴⁷ Vgl. das Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held an Reichskanzler Hans Luther vom 6.5.1926, in: Die Kabinette Luther I und II, 15.1.1925 bis 20.1.1926, 20.1.1926 bis 17.5.1926, Bd. 2: Oktober 1925 bis Mai 1926, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1977, S. 1342, Dok. Nr. 356.

die preußischen Ressorts mit Schreiben vom Oktober 1926 gemäß einer Vereinbarung mit der Reichskanzlei dazu aufforderte, letzterer „in gleicher Weise, wie dies die Reichskanzlei den Staatsministern gegenüber mit Reichskabinettsvorlagen tut“²⁴⁸, die preußischen Papiere zukommen zu lassen. Entsprechend verfolgte der Staatssekretär im Staatsministerium Robert Weismann, öfter von Referenten begleitet, viele Sitzungen der Reichsregierung.²⁴⁹ – Sowohl vom Staatsministerium als auch von der Reichsregierung wurde zu jeder Beratung gesondert eingeladen²⁵⁰; Zusammenkünfte, deren Inhalt geheim bleiben sollte oder die für die Gegenseite ohne Interesse waren, fanden ohne Gäste statt, wie auch von Mitte September 1931 bis Juli 1932, also vom Ende des 1. Kabinetts Brüning bis zum ersten „Preußenschlag“, kein Vertreter der Reichskanzlei an den preußischen Besprechungen teilnahm. Und auch umgekehrt wurde die Zahl der Einladungen zum Ende des Berichtszeitraumes geringer. Gleich die erste Kabinettsitzung unter Kanzler Franz von Papen beschloß, „daß der Staatssekretär des Preußischen Staatsministeriums nur noch zu Sitzungen zugezogen werden“ sollte, „an denen Preußen besonders interessiert sei. Grundsätzlich solle er an den Sitzungen des Reichsministeriums nicht mehr teilnehmen.“²⁵¹ – Der größte Bundesstaat sollte alte Privilegien nicht nutzen dürfen und isoliert werden.

Die Kontakte der Staatssekretäre von Reichskanzlei und Staatsministerium waren nicht nur auf das Dienstliche beschränkt. Der Reichsbeamte Hermann Pünder berichtet in seinen Memoiren, daß er zusammen mit Weismann und dem Amtskollegen Otto Meissner aus dem Büro des Reichspräsidenten den „Klub der Staatssekretäre“ bildete, „eine Gemeinschaft, die wie Pech und Schwefel zusammenhielt“ und sich von Zeit zu Zeit in einem Berliner Bierlokal traf, um hier in ungezwungener Atmosphäre „in Offenheit und Harmonie, ganz nach Wunsch und Laune, persönliche und dienstliche Dinge“ zu besprechen. In diesem vertrauten Kreis „aus altgedienten Beamten“ habe es „weder Geheimniskrämerei noch Klatsch“ gegeben, was „ohne Zweifel ... der Arbeit in den Berliner Ämtern nur zustatten“ gekommen sei.²⁵² – Wenn dies mit dem Abstand von mehreren Jahrzehnten ganz verklärt formuliert wurde, so deutet eine Tagebuchnotiz vom 17. September 1930 darauf hin, daß der informelle Rahmen auch dazu genutzt wurde, durchaus brisante Probleme zu diskutieren. Pünder notierte: „Heute nachmittag hatten wir drei Staatssekretäre, Meissner, Weismann und ich, eine sehr eingehende und wichtige Besprechung über die kommende politische Entwicklung. Wir waren uns völlig einig.“²⁵³

Besonderen Stellenwert besaßen Sitzungen, an denen „fremde“ Minister teilnahmen. Zweimal waren im Berichtszeitraum Reichsminister bei Beratungen des Staatsministeriums anwesend: 1927 wurde jeweils das Finanzressort durch Heinrich Köhler und 1930 durch Hermann Dietrich vertreten als es um die Neuregelung der Beamtenbesoldung bzw. die Einführung neuer Steuern ging.²⁵⁴ Umgekehrt war die Anwesenheit preußischer Minister im Reichskabinetts wesentlich häufiger, wobei die Kontakte zum Ende des 3. Kabinetts Braun seltener wurden, und unter Kanzler Franz von Papen gab es von Anfang Juni bis Mitte Juli 1932 nur die Beratung am 11. Juni, an der Hirt-

²⁴⁸ Schreiben an die Ministerialverwaltungsdirektoren der Ressorts vom 25.10.1926 in: Rep. 87, Nr. 4737, n. f.; auch in Rep. 120, CB I Nr. 4a, Bl. 106.

²⁴⁹ Es spricht für den Stellenwert dieser Delegierungen, daß Sommer 1925, als der beurlaubte Weismann nicht durch den nach Anciennität eigentlich zuständigen, erkrankten Ministerialdirektor Eduard Nobis vertreten werden konnte, im Auftrage von Braun (!) geregelt wurde, daß Ministerialrat Franz Hermann Reschke die Termine wahrnehmen sollte.

²⁵⁰ Vgl. die Sammlung von Einladungen aus den Jahren 1919 bis 1931 in: Rep. 90, Nr. 388; zahlreiche mitgesandte Tagesordnungen enthalten handschriftliche Kurzvermerke zum Geschäftsstand wie „erledigt“ oder „vertagt“. Das Schreiben von Ministerialverwaltungsdirektor Pfeiffer betr. der Vertretung von Weismann vom 19.8.1925 in: Ebd., n. f.

²⁵¹ Besprechung der Reichsminister am 2.6.1932, TOP 2, in: Das Kabinetts von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, Bd. 1: Juni bis September 1932, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1989, S. 6, Dok. Nr. 2.

²⁵² Ders., Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 117 f.

²⁵³ Ders., Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961, S. 61.

²⁵⁴ Vgl. die 1. Sitzung am 13.9.1927 sowie die Sitzung am 11.11.1930.

siefer und Klepper teilnahmen, aber das war eine der immer wieder stattfindenden Besprechungen mit den Regierungen *aller* deutschen Bundesstaaten.

Mit dem „Preußenschlag“ entstanden wieder Personalunionen auf höchster Ebene. Neben der Doppelfunktion Franz von Papens kam ab Ende Oktober 1932 die Ernennung von F. Bracht und J. Popitz zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich hinzu. Seit der Machtergreifung Hitlers Januar 1933 wurden Personalunionen typisch. Dies gipfelte in der Vereinigung der preußischen mit den Reichsministern ab 1934. Den Anfang machte das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, das mit dem 1. Mai 1934 in ein Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung überführt wurde.²⁵⁵ Angesichts der Kompliziertheit der Aufgaben und der Trägheit bürokratischer Strukturen waren die Zusammenführungen schwierige und lang andauernde Prozesse. In den jährlichen Etats wurde z. B. für zahlreiche Kostenstellen immer wieder neu festgelegt, ob die Mittel aus dem preußischen oder dem Reichshaushalt bestritten werden sollten. – Am längsten bewahrte das Finanzministerium seine Selbständigkeit. Nach der Verhaftung von Minister Popitz als Mitverschwörer des 20. Juli 1944 wurden mit dem „Erlaß über die Aufhebung des Preußischen Finanzministeriums“ vom 6. September 1944²⁵⁶ die Rechtsgrundlagen dafür geschaffen, auch das letzte preußische Ressort mit den Reichsministerien²⁵⁷ zu vereinigen. Die schweren Beeinträchtigungen des öffentlichen Lebens durch die Bombenangriffe auf die deutschen Städte, das Vorrücken der Frontlinie schon bald auch auf preußisches Gebiet und die Verlagerung von Behörden aus Berlin führten jedoch dazu, daß dieser Erlaß nur ansatzweise realisiert werden konnte.

III. Entstehung und Überlieferung der Sitzungsprotokolle des Staatsministeriums im Rahmen des Geschäftsgangs

In ihrer Tätigkeit stützte sich die preußische Regierung auf die bereits erwähnten „Grundsätze für die Erledigung von Geschäften des Staatsministeriums“²⁵⁸ vom 16. Dezember 1921, die jedoch vor allem Befugnisse klärten, „die infolge der Veränderung der Staatsverfassung einer Regelung bedurften“²⁵⁹ – die Anfertigung von Sitzungsprotokollen wurde nicht erwähnt, sondern fand ihre Rechtsgrundlage in der **Geschäftsordnung** von 1817²⁶⁰. Dieses Grundsatzdokument war in den mehr als 100 Jahren seiner Anwendung zwar wiederholt modifiziert, jedoch nicht neu kodifiziert worden. Zum erreichten Stand am Beginn der republikanischen Zeit informiert eine Denkschrift des Ministerialdirektors in der Reichskanzlei Meyer-Gerhard vom 20. Februar 1919.²⁶¹ Die verfahren-

²⁵⁵ Um aber zuviel „Fremdmaterial“ zu vermeiden, wurden z. B. Sitzungen, an denen von Seiten des Reichs nur einzelne Minister teilnahmen und die keine Kennzeichnung als Beratung des Reichskabinetts hatten, zeitgenössisch z. B. als Ressortbesprechungen bezeichnet, nicht aufgenommen. Vgl. den Erlaß über die Errichtung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 1.5.1934, RGBl. I, S. 365; hierzu Rietdorf mit den Angaben zu den Rechtsgrundlagen auch für die anderen Ministerien; Ders., *Das Preußische Staatsministerium*, S. 124, Anm. 1.

²⁵⁶ GS, S. 53. – Die Feststellung des „Hubatsch“: „Als einziges aller preußischen Ministerien blieb das ‘Preußische Finanz-Ministerium’ bis 1945 bestehen.“, ist falsch; Wehrstedt, Friedrich Wilhelm, *Preußische Zentralbehörden*, in: *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945*, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, Bd. 12, Teil A, Marburg/Lahn 1978, S. 106.

²⁵⁷ Die Aufgaben wurden sowohl auf das Reichsfinanzministerium als auch hinsichtlich der allgemeinen Verwaltung, der Kassenverwaltung sowie der Katasterverwaltung auf das Reichministerium des Innern verteilt.

²⁵⁸ Bd. 170 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 155–158.

²⁵⁹ Schulze, Gerhard (Bearb.), in: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums*, Bd. 11, Teil 1, S. 22.

²⁶⁰ Gedruckt bei Klein, Ernst, *Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. 9/10 (1961), S. 202 f. Zur Entstehung vgl. Rathgeber, Christina (Bearb.), in: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, Bd. 1: 19. März 1817 bis 30. Dezember 1829, Hildesheim, Zürich, New York 2001, S. 22–25, bes. S. 24.

²⁶¹ Gedruckt in: *Das Kabinett Scheidemann*, 13. 2. bis 20.6.1919, bearb. von Hagen Schulze, Boppard a. Rh. 1971, S. 1–4, Dok. Nr. 1.

renstechnischen Unzulänglichkeiten wurden anscheinend auch von den Zeitgenossen empfunden, aber erst Anfang der 30er Jahre wurde an einer gemeinsamen Geschäftsordnung für die preußischen Ministerien gearbeitet. Ein von Ministerialrat Erwin Schütze aus dem Innenministerium Anfang 1931 vorgelegter Entwurf enthielt z. B. zahlreiche Musterschreiben, vermerkte jedoch ausdrücklich, daß Ausführungen zum Bereich des Staatsministeriums sowie zum Verkehr mit dem Reichsrat noch fehlten.²⁶²

Entsprechend dem Wesen des Staatsministeriums als der obersten Behörde Preußens standen die Protokolle an einem wichtigen Zwischenpunkt oder am Ende von Meinungs- und Willensbildungsprozessen, die zum Abschluß das Votum aller Ressortchefs notwendig machten. Letztere ließen die Beratungsthemen beim Büro des Staatsministeriums anmelden, wo eine Tagesordnung für die Sitzungen erstellt wurde, die in der Regel wöchentlich stattfanden und an den Tagungsrhythmus des Reichsrats gekoppelt waren. Mai 1925 erinnerte Braun daran, daß jener den Donnerstag als Jour fixe habe – bei Änderungen folge daraus „ohne weiteres auch die Verschiebung der Vorbesprechung im Staatsministerium auf den Vormittag des abgeänderten Sitzungstages“²⁶³. Dadurch stand das Staatsministerium unter starkem Zeitdruck. So wurde auf der Einladung für den 26. August 1925 zu 9 statt wie gewöhnlich 10 Uhr ausdrücklich vermerkt: „Mit Rücksicht auf den ... Gegenstand der Tagesordnung, der bereits um 10 Uhr im Reichsratsausschuß erörtert wird, wird um pünktliches Erscheinen gebeten.“²⁶⁴ Wenn es bald darauf einen Wechsel der Kabinettsitzungen zum Dienstag gab,²⁶⁵ dann sollte das wahrscheinlich den Ressorts mehr Zeit zur Umsetzung von Beschlüssen in Vorbereitung der Reichsratsberatungen verschaffen. – Im Juli/August jeden Jahres erlahmte die preußische Sitzungsaktivität etwas, und an den relativ wenigen Beratungen in der Urlaubszeit nahm meist nur ein „Rumpfkabinet“ teil; warum aber z. B. im Jahre 1928 vom 12. Juli bis zum 2. Oktober, also zweieinhalb Monate lang, keine protokollierten Zusammenkünfte stattfanden, läßt sich beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht erklären. Eingeladen wurde in den traditionellen Sitzungssaal im Gebäude des Staatsministeriums, Wilhelmstraße 63/64.²⁶⁶ Vor allem während der Parlamentssession fanden einzelne Sitzungen auch im sog. Ministersaal des Landtagsgebäudes statt, was der vorliegende Band in den Regestenköpfen vermerkt.

Teilnehmer waren neben den Staatsministern und den bereits erwähnten Gästen von der Reichskanzlei auch Ministerialbeamte aus dem Büro des Staatsministeriums selbst²⁶⁷ sowie aus den

²⁶² Vgl. die Ausarbeitung vom 2.1.1931 in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 2, Bl. 144–263.

²⁶³ Schreiben vom 29.5.1925 in: Rep. 120, CB I Nr. 4a, Bl. 98; im Original Hervorhebungen.

²⁶⁴ Rep. 90, Annex L Nr. 4, Bl. 1.

²⁶⁵ Vgl. das Schreiben Brauns vom 9.2.1927 in: Ebd., Bl. 110.

²⁶⁶ Die Diensträume des Staatsministeriums wurden am 14.5.1935 in das zum „Preußenhaus“ umbenannte ehemalige preußische Herrenhaus, Leipziger Straße 3, verlegt; vgl. das Schreiben Görings an die Reichs- und Preußischen Staatsminister vom 7.5.1935 in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 180; veröffentlicht in: MinBl. innere Verwaltung, Sp. 655 f. – Zu Sitzungen des 3. Kabinetts Braun nach dem ersten „Preußenschlag“ in den vom Reichskommissar zugewiesenen Räumen im Wohlfahrtsministerium vgl. Schulze, Hagen, Otto Braun, S. 763. Beratungen fanden aber auch in der Privatwohnung Hirtsiefers statt, was jedoch in den Protokollen nicht ausgewiesen wurde, vgl. Pufendorf, Otto Klepper, S. 141. Nach dem 5. März 1933 fanden Sitzungen „in Restaurants und Kneipen“ statt; Schulze, Hagen, Otto Braun, S. 789.

²⁶⁷ Mit Schreiben vom 2.12.1930 an alle Minister erinnerte Braun daran, wer allein zu den Beratungen zugelassen sei: „Außer dem Ministerpräsidenten, den Staatsministern, den Staatssekretären des Staatsministeriums und der Reichskanzlei (bzw. eines Vertreters des letzteren) habe zu den Sitzungen in der Regel nur Zutritt der Ministerialdirektor des Staatsministeriums, die drei hauptamtlich ernannten stellvertretenden Mitglieder des Reichsrats, der Protokollführer, der Leiter oder ein Vertreter der Pressestelle des Staatsministeriums und die für den Sitzungsdienst besonders bestimmten Referenten des Staatsministeriums.“ (Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 5–6, das Zitat Bl. 5)

Ministerien, die sog. Kommissare²⁶⁸ entsandten, die die Vorlagen als die jeweiligen Referenten meist selbst erarbeitet hatten und somit fachlich kompetent vertreten konnten. Eine Anwesenheit nur zum jeweiligen Tagesordnungspunkt schuf Unruhe im Tagungsraum, zumal häufig die einzelnen Fragen nicht in der ursprünglich geplanten Reihenfolge behandelt wurden. Mit Rundschreiben Brauns vom 27. Oktober 1927 wurden die Ressortchefs gebeten, auf „tunlichste Beschränkung in der Zahl“²⁶⁹ dieser Teilnehmer zu achten und dafür Sorge zu tragen, „daß im Sitzungszimmer ... nur diejenigen Ministerialdirektoren und Referenten, die als ... Kommissare rechtzeitig ... benannt“ worden seien, „anwesend sind, und zwar nur während der Beratung des Punktes der Tagesordnung, für den die Anmeldung erfolgt ist“²⁷⁰. Oktober 1925 und auch später gab es die Aufforderung, die Namen dieser Beamten jeweils am Vortag bis 10 Uhr schriftlich zu melden – oft sei dies, so wurde beklagt, telefonisch, am Sitzungstag oder nur auf fernmündliche Rückfrage aus dem Büro des Staatsministeriums erfolgt, „wobei nicht selten Irrtümer unterlaufen sind“²⁷¹. Dies erklärt, warum in vielen Protokollen bei den Namen der „Weiteren Teilnehmer“ handschriftliche Korrekturen zu finden sind.

Protokollführer war einer der Ministerialräte aus dem Staatsministerium – im Berichtszeitraum häufig der hier seit 1924 bis Mitte 1932 beschäftigte Franz Hermann Reschke. Dieser machte sich während der Sitzung handschriftliche Notizen, und auf deren Basis fertigte er eine Urschrift an, gelegentlich auch mit Zuarbeiten aus den Ressorts.²⁷² Zu zahlreichen Beratungen finden sich diese Materialien im Nachlaß Reschkes, der vom Geheimen Staatsarchiv als Anhang zum Bestand „Staatsministerium“ verwahrt wird.²⁷³ Für die maschinenschriftliche Reinschrift²⁷⁴ wurden als erste Seite oft metallographierte Formblätter verwandt, die einen Standardkopf mit Datum²⁷⁵, eine

²⁶⁸ In dem vorgenannten Schreiben heißt es zu ihnen: „Die Zuziehung von Kommissaren ist auf besondere Fälle zu beschränken. Bei der Besprechung der Personalvorschläge ist sie grundsätzlich ausgeschlossen.“ (Ebd., Bl. 6) Göring verschärfte Juli 1933 in einem ansonsten fast gleichlautenden Schreiben die Zugangskriterien, in dem er bestimmte: „Als Kommissare sind nur die jeweils zuständigen Ministerialdirektoren bzw. Abteilungsleiter zu benennen.“ (Schreiben vom 22.7.1933 in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 142–143, das Zitat Bl. 142)

²⁶⁹ Sitzungen mit insgesamt 10 bis 20 Kommissaren waren nicht ungewöhnlich – die Zahl von 35 sowie eines Gastes in der 1. Sitzung am 28.9.1927, TOP 9, zur Reform der Beamtenbesoldung wurde im Berichtszeitraum jedoch nicht übertroffen.

²⁷⁰ Rep. 120, CB I Nr. 4a, Bl. 113.

²⁷¹ Rundschreiben Brauns vom 3.10.1925 in: Ebd., Bl. 99.

²⁷² Vgl. z. B. den Entwurf des Hilfsreferenten im Finanzministerium Max Renzi vom 20.1.1927 zum TOP 1 der Sitzung am 19.1.1927 (Grund- und Gebäudesteuern) in: Rep. 90, Annex L Nr. 11, Bl. 35–35v. Bei der Sitzung am 26.3.1931 wurde ein Entwurf des Finanzministeriums zu TOP 3 (Hauszinssteuer), der dann nicht übernommen wurde, sogar dem fertigen Protokoll nachgeheftet; Bd. 180 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 18.

²⁷³ Rep. 90, Annex L.

²⁷⁴ Im Unterschied zu Reschke, der klein und schwer entzifferbar schrieb, fertigte der ihn gelegentlich vertretende Ministerialrat Fritz Cohn (ab 1926 Corsing), der groß und deutlich schrieb, handschriftliche Reinschriften an, die von ihm auch signiert wurden. Meist wurden diesen Dokumenten in der Hauptaktenreihe auch gleich Abschriften nachgeheftet. Dies unterblieb aber z. B. bei der 1. Sitzung am 25.5.1930.

²⁷⁵ „Sitzung des Preußischen Staatsministeriums. Berlin, den ...“ – Nach dem „Preußenschlag“ benutzte die fast einflußlose geschäftsführende Regierung weiterhin diese Formulierung. Und das machten bis zum 2. September 1932 auch die Reichskommissare. Es muß offen bleiben, ob das eine bewußte Gegenposition, ein Zeichen für die Unterschätzung der Festigkeit der eigenen Position oder ob es mehr Vorsicht war, falls die Reichsexekution zu Gunsten der Braun-Regierung aufgehoben werden müßte. Erst am 13. September gab es eine „Niederschrift über die vertrauliche Besprechung des kommissarischen Preußischen Staatsministeriums“ (Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 170a), und am 27. September war von einer „Ministerbesprechung“ (Bd. 181, Bl. 171) die Rede. Unter dem 18. Oktober findet man eine „Niederschrift über die Chefbesprechung“ (Bd. 181, Bl. 195), und am 26. Oktober, also einen Tag nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs, wurde ein „Protokoll über die Chefbesprechung im Staatsministerium“ (Bd. 181, Bl. 199) verfaßt, wobei der Zusatz „im Staatsministerium“ durchaus als Ortsangabe gelesen werden kann. Am nächsten Tag wurde der Kopf handschriftlich in „Sitzung der Kommissarischen Preußischen Staatsregierung“ (Bd. 181, Bl. 201) korrigiert, was auch am 1. November verwandt wurde (Bd. 181, Bl. 217), nachdem am 28./29. Oktober beim „Protokoll über die Sitzung des Staatsministeriums“ das Adjektiv „kommissarischen“ (Bd. 181, Bl. 212) per Hand ergänzt wurde, wobei es (maschinenschriftlich) ersteinmal blieb. Ab 29. November schließlich wurde die Bezeichnung „Kommissare des Reichs“ benutzt (Bd. 181, Bl. 238).

Einleitungsformel²⁷⁶ sowie die Namen der Staatsminister und anderer ständiger Teilnehmer enthielten.²⁷⁷ Die Reinschriften tragen allein die Unterschrift des Protokollanten; außerdem finden sich entweder an einer freien Stelle der Dokumente oder auf einem gesonderten Blatt und zeitgenössisch nicht als Bestandteil des Protokolltextes angesehen,²⁷⁸ Vorlage-, Sicht- und Genehmungsvermerke des jeweiligen Vorsitzenden²⁷⁹, in der Regel also Otto Brauns,²⁸⁰ des Staatssekretärs im Staatsministerium sowie aus der Kanzlei.

Schon mehrfach wurde betont, daß meist nahezu „reine“ Beschlußprotokolle abgefaßt wurden, deren Texte nichts zum Diskussionsverlauf bzw. von der oft nur zu vermutenden Dramatik mancher Entscheidungssituation vermitteln. Ein augenscheinliches Beispiel war das Ringen mit dem Reich um die „Stützung des ländlichen Gütermarktes in den östlichen Provinzen“ in der Sitzung am 8. März 1929, deren Ergebnis im Protokoll in einem Satz mit der lapidaren Feststellung fixiert wurde, daß die Beschlußfassung vertagt sei, weil man „zunächst das Ergebnis der Verhandlungen mit der Reichsregierung“ abwarte.²⁸¹ Der Staatssekretär der Reichskanzlei Pünder als Teilnehmer fertigte hingegen dazu einen Aktenvermerk von zwei Druckseiten an, der den Verlauf des Tagesordnungspunktes schildert.²⁸² Bei der Beratung über den Entwurf des Reichsschulgesetzes in der Sitzung am 13. September 1927 wurde von der Form des Beschlußprotokolls abgewichen. Da es zu keiner Festlegung kam, hieß es nur, daß eine „allgemeine Aussprache“²⁸³ zu fünf aufgeführten Einzelfragen stattgefunden habe. Tatsächlich aber nahmen die Zentrumspolitiker Hirtsiefer, Schmidt und Steiger die geplante Rechtsvorschrift zum Anlaß, „die Kabinettsfrage zu stellen“²⁸⁴, wovon aber nichts im Protokoll berichtet wird. Und im Fall einer sog. Ministerbesprechung, die am 21. Juni 1932 im Anschluß an eine reguläre und ganz typisch protokollierte Sitzung abgehalten wurde, führte die restriktive Praxis dazu, daß keine offiziellen Aufzeichnungen existieren. Ministerialdirektor Eduard Nobis notierte allein: „Die Ministerbesprechung gab zu einer Niederschrift keinen Anlaß“²⁸⁵; immerhin wurde dieses Schriftstück bei den anderen Protokollen abgelegt. – Alle bekanntgewordenen Hinweise auf ausgesparte Tagesordnungspunkte oder gar ganze Sitzungen werden natürlich an entsprechender Stelle in den Regesten vermerkt.²⁸⁶ In diesem

²⁷⁶ „In der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums von heute, an welcher die nebenaufgeführten Herren teilgenommen haben, wurde folgendes verhandelt:“

²⁷⁷ Vgl. z. B. ein von Ministerialrat Reschke als Notizpapier verwandtes Formblatt in: Rep. 90, Annex L Nr. 9, Bl. 5/5v mit Protokollnotizen zur Sitzung am 13.9.1926.

²⁷⁸ Die entsprechenden Vermerke wurden bei Abschriften nicht mit vervielfältigt.

²⁷⁹ Die Reinschrift des Protokolls der 2. Sitzung am 14.9.1927 z. B. wurde von Ministerialrat Reschke Finanzminister Höpker Aschoff als dem Vorsitzenden „zur Durchsicht und Prüfung“ vorgelegt, der sein Einverständnis mit der Textfassung mitteilte; Bd. 176 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 107.

²⁸⁰ Braun vermerkte z. B. auf dem Protokoll der Sitzung am 13.8.1929 zum TOP 4 (Verpfändung einer Reichsschulbuchforderung der obersten Verwaltung des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg) einen inhaltlichen Fehler und entschied: „Das Protokoll, das mir übrigens in Reinschrift nicht vorgelegen hat, muß geändert werden.“ (Bd. 178 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 67)

²⁸¹ Bd. 178 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 31; TOP 7.

²⁸² Vgl. Das Kabinett Müller II, 28.6.1928 bis 27.3.1930, Bd. 1: Juni 1928 bis Juli 1929, bearb. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 170, S. 474–476.

²⁸³ Bd. 176 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 100.

²⁸⁴ Grünthal, Günter, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968, S. 224.

²⁸⁵ Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 81.

²⁸⁶ Vgl. z. B. die Sitzung am 24.9.1925, in deren Anschluß eine „Ministerbesprechung“ zur „Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone“ stattfand (Aktennotiz vom 24.9.1925 in: Rep. 90, Nr. 237, n. f.); in der Sitzung am 8.5.1929 trat Braun „energisch für Revision der Arbeitslosenbestimmungen ein“ (Aktennotiz von Ministerialrat Pfeiffer vom 15.6.1929 (Bd. 187 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 46); der Sitzung am 15.10.1929 soll sich eine Ministerbesprechung zum Entwurf eines Reichsministergesetzes angeschlossen haben (Schreiben von Justizminister Schmidt vom 18.10.1929 in: Rep. 151, I B Nr. 5698, n. f.), und nach der Sitzung am 23.1.1930 soll eine Ministerbesprechung zum Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche stattgefunden haben (Aktenvermerke in Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 19–31). Unklar ist, ob Minister Severing in der Sitzung am 11.9.1925 noch vor Beginn der Verhandlungen den Geschäftsordnungsantrag „auf Vertagung der Beratung des Entwurfs des Gesetzes über die

Zusammenhang sei abschließend noch auf einen kurios anmutenden, für eine Quellenkritik bei überlieferten Tagesordnungen jedoch bedeutsamen Umstand verwiesen, der sich aus der strikten Anwendung des Prinzips, nur Beschlüsse zu notieren, ergab: Wiederholt finden sich Festlegungen, die auf den ersten Blick nichts oder nur wenig mit dem Tagesordnungspunkt zu tun haben, unter dem sie notiert wurden. So stand am 21. Februar 1928 die „Wiederbesetzung der Senate der Oberlandesgerichte mit fünf Richtern“ auf der Agenda – tatsächlich wurde aber u. a. dem im Reichsrat anstehenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über die Zuständigkeit der Amtsgerichte und die Besetzung der Kollegialgerichte sowie einer verlängerten Geltungsdauer des „weiteren Gesetzes über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen“ zugestimmt.²⁸⁷

Die vorliegende Edition versucht, durch den Nachweis vor allem von Vorlagen, Gesetzentwürfen, Anträgen und Voten den Prozeß der Beschlußfindung transparent zu machen. Ferner konnten Ausarbeitungen von Referenten in den Fachministerien bzw. im Büro des Staatsministeriums selbst ermittelt werden. Diese Schriftstücke fassen oftmals umfangreiche Dokumente zusammen und enthalten verschiedentlich Hinweise auf Motive sowie Interessenlagen und geben Hinweise für die Verhandlungstaktik. Ergänzt mit eigenen Aufzeichnungen der Minister oder ihrer Kommissare zum Diskussionsverlauf und -ergebnis kann so die Aussagefähigkeit der Protokolle erweitert werden. Nur selten finden sich wenig längere, als Mischprotokolle zu bezeichnende Stücke, in denen abweichende Positionen einzelner Minister vermerkt wurden oder gar der Verhandlungsverlauf wenigstens angedeutet wurde. Es ist dabei sehr bezeichnend, wenn auch nicht verwunderlich, daß gerade in den Krisenmonaten zwischen erstem und zweitem „Preußenschlag“ und dann während der Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft bis 1934 ausführlichere Protokolle vermehrt zu finden sind.

Von den Protokollreinschriften wurden im Büro des Staatsministeriums Abschriften²⁸⁸ für den eigenen Geschäftsgang als auch zur Verteilung an die Ressorts sowie die Reichskanzlei angefertigt. Als nicht-preußische Behörde wurde letztere, wie in den Anmerkungen zu den Regesten nachgewiesen, durchaus selektiv bedacht und erhielt keine Auszüge zu Personalentscheidungen sowie ausgewählten anderen Tagesordnungspunkten, wobei die Kriterien oft im Dunkeln bleiben. So nahm Staatssekretär Pünder an der Sitzung am 2. Juni 1926 teil, und dennoch entschied Ministerialrat Cohn, keine Exemplare zu übermitteln.²⁸⁹ Daneben gab es natürlich auch immer wieder Beratungsgegenstände, die besonders geheim gehalten werden sollten wie zum Beispiel die Aufwertung des sog. Welfenfonds im Gefolge der Währungsreform in der Sitzung vom 8. Januar 1930, für die entschieden wurde, selbst den Ministern kein Protokoll zukommen zu lassen.²⁹⁰ In den meisten anderen Fällen wurden geheim zu haltende Auszüge wie zu Personalsachen der regulären Briefsendung mit den Abschriften der „gewöhnlichen“ Tagesordnungspunkte in einem besonderen, verschlossenen Umschlag, der direkt an die Minister adressiert war und den Zusatz

Einstellung des Personalabbaus und die Änderung der Personalabbauverordnung“ gestellt hatte, oder ob es hierzu eine nicht protokollierte Diskussion gab (Schreiben vom 12.9.1925 in: Rep. 90, Nr. 742, n. f.).

²⁸⁷ Vgl. Sitzung am 21.2.1928, TOP 5.

²⁸⁸ Zur Anzahl der angefertigten Exemplare finden sich kaum Hinweise; sie war sowohl vom Inhalt der Tagesordnungspunkte und demzufolge der Einordnung in eine wechselnde Zahl von Sachakten als auch von der allgemeinen Geschäftspraxis abhängig. Auf einer Teilreinschrift zur 2. Sitzung am 4.3.1932, in der der Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung der Ersten und Zweiten Sparverordnung beraten wurde, die ein großes thematisches Spektrum aufweist, findet sich z. B. der Vermerk „20mal für die Reg[ierung]“ (Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 30).

²⁸⁹ Vgl. die Notiz vom 3.6.1926; Bd. 175 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 75.

²⁹⁰ Vgl. die Aktennotiz vom 13.1.1930; Bd. 179 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 1.

„persönlich“ trug, versandt.²⁹¹ November/Dezember 1932 wurden die Abschriften von den Aufzeichnungen zu den Beratungen des 3. Kabinetts Braun den Ministern stets persönlich gestellt.²⁹²

Geheimhaltung war bei den Staatsministerialsitzungen und ihren Ergebnissen ein generelles Problem. So kam es 1928 zu einer Indiskretion seitens des Pressechefs des Kultusministeriums, Oberregierungsrat Benecke, der am 10. Oktober für die Meldung verantwortlich war, daß am nächsten Tag die Konkordatsverhandlungen auf der Tagesordnung ständen. Die Ermittlungen seitens des Büros des Staatsministeriums unterrichten detailliert über die damalige Behördenpraxis: Der Beamte konnte die Information nur von Minister Becker selbst erfahren haben, da auf den „Tagesordnungen absichtlich ... nichts von ‘Konkordat’ gesagt“ wurde, auch nicht auf dem „Handexemplar der ... Minister (da sie diese ja auch gewöhnlich offen umherliegen lassen), damit eben nichts Geschriebenes vorhanden sein sollte. Den ... Ministern ist die Mitteilung ... lediglich mündlich und durch besondere Vertrauenspersonen (beim Wissensch[afts]Minister durch dessen persönlichen Referenten Min[isterial]R[at] Duwe) bestellt worden.“ Brauns Pressechef, Ministerialrat Hans Goslar, schlug deshalb ein Rundschreiben an die Ressorts vor, in dem gefordert wurde, „daß grundsätzlich der Presse keine Mitteilungen irgendwelcher Art über bevorstehende Kabinettsitzungen gemacht werden dürfen“. Sie „sind auf alle Fälle vertraulich, und eine vorherige Benachrichtigung der Presse darüber, daß bestimmte Fragen behandelt werden, führt im besten Falle dazu, daß die einzelnen Minister von den ihnen nahestehenden Blättern vor und nach der Sitzung mit lästigen Fragen bestürmt werden und daß allerhand mehr oder minder richtige Kombinationen in der Presse erscheinen. Es können aber auch ... sich ernsthafte Unannehmlichkeiten innenpolitischer Natur aus derartigen Indiskretionen ergeben, und gegenüber den Kontrahenten des Staatsministeriums kann der Eindruck der Illoyalität erweckt werden. Sodann wird auch die Arbeit unserer Amtlichen Pressestelle ... oft bis zur Unerträglichkeit erschwert und sie, wie im vorliegenden Fall, wo sie eine Beratung ... bestreiten möchte, ... bloßgestellt.“²⁹³ Obwohl der Entwurf dieses Schreibens paraphiert worden war, entschied man sich, die Mahnung nicht abzusenden, denn resignierend mußte Ministerialverwaltungsdirektor Pfeiffer eingestehen: „Das ... vorgeschlagene Schreiben dürfte ... gar keinen Erfolg haben, da wir schon viel schärfere ... wegen der Geheimhaltung ... herausgegeben haben, die auch gar keinen Erfolg gehabt haben. Es hilft eben wohl nur mal ein disziplinares Vorgehen, das wir ja schon öfter angedroht haben.“²⁹⁴

Drei Jahre später erging angesichts sich häufender Indiskretionen doch ein Rundschreiben des Ministerpräsidenten, das besonders auf die vermehrte Nutzung der neuen Technik (Telefone) in den Ministerien zu reagieren versuchte. Wenn nun gerade auf die nicht autorisierte Verbreitung von internen Personalien verwiesen wurde, dann kann das im Zusammenhang mit der zu diesem Zeitpunkt immer brisanter werdenden politischen Gesamtsituation gestanden haben, in der der Besetzung wichtiger Posten hohe Bedeutung zukam: „In letzter Zeit hat mehrfach die bedauerliche Tatsache wieder festgestellt werden müssen, daß Personenkreise, die außerhalb der Ministerien stehen (Presse, Berufsverbände und dergleichen) über den Inhalt der Tagesordnungen der Staatsministerial-Sitzungen und insbesondere über die ... Personalvorschläge genau informiert waren. So wurde z. B. erst gestern hier wieder von einer Privatperson, die nicht mehr im Staatsdienst steht, fernmündlich angefragt, ob die Personalsache von Spießen ... erledigt worden sei. Ich glaube nicht,

²⁹¹ Vgl. zur Verfahrensweise beim Protokoll der Sitzung am 15.3.1927 das Schreiben des Büros des Staatsministeriums an Hirtsiefer vom 11.4.1927; Bd. 176 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 34–36.

²⁹² Vgl. z. B. den Kanzleivermerk auf dem Protokoll vom 24.11.1932; Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 253.

²⁹³ Satzende wegen Textverlust mit unsicherer Entzifferung.

²⁹⁴ Die Aktennotiz Pfeiffers sowie der Entwurf Goslars, beide vom 10.10.1928, in: Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 138–140; im Text mehrfach Hervorhebungen. Vgl. den Hinweis von Herbert Hömig, daß am 11.10.1928 amtlich mitgeteilt worden sei, daß die Regierung erstmals die Konkordatsfrage erörtert habe; Ders., Das preußische Zentrum, S. 193, Anm. 49.

daß es nötig ist, erneut auf die große Bedeutung der Geheimhaltung des Inhalts der Tagesordnungen ... hinweisen zu müssen, bedaure aber lebhaft, daß es trotz der vielfachen Hinweise und der angedrohten disziplinarischen Maßnahmen ... nicht möglich ist, die Geheimhaltung zu erreichen.“ Es wird deshalb „an der bewährten Übung, daß die Tagesordnungspunkte im eigenhändigen Brief nur den ... Ministern zugestellt werden, auch künftig streng festgehalten werden“. Weiterhin sollen die in Aussicht genommenen Vorschläge „nicht mehr ... den Ministerialverwaltungsdirektoren oder ihren Vertretern zur Weitermeldung an die ... Minister fernmündlich“ übermittelt werden, „sondern lediglich ihnen persönlich ... im eigenhändigen Briefumschlag rechtzeitig schriftlich zugehen“. Dabei werden „Anfragen ohne Ausnahme nur noch“ beantwortet, „wenn sie von den Ministerialverwaltungsdirektoren persö[n]lich ... gestellt werden“²⁹⁵. – Der als Mitglied des Stabes des US-amerikanischen Chefanklägers im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß bekanntgewordene, vor 1933 im preußischen Innenministerium als Regierungsrat tätige Robert Kempner äußerte in einem Interview rückblickend, ganz im Sinne des bereits zitierten Pfeiffer, im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit der zu jener Zeit im gleichen Ministerium beschäftigte Oberregierungsrat Rudolf Diels, 1933/34 Chef der Gestapo, für den Verrat von Staatsgeheimnissen an die NSDAP verantwortlich war: „Im Gegensatz zu der bürgerlichen Anschauung müssen Sie bedenken, daß in einem Ministerium niemals Sachen geheim sind; daß immer jemand die feindliche Seite schon vorher informiert hat ... In den wenigsten Ministerien bleiben nur die wenigsten Geheimsachen geheim.“²⁹⁶

Zu den wichtigsten Aufgaben des Büros des Staatsministeriums gehörte die Vor- und Nachbereitung der Kabinettsitzungen einschließlich der Anfertigung der Protokolle. Besondere Bedeutung besaß im Vorfeld die Formulierung von Ausarbeitungen zu einzelnen Tagesordnungspunkten für Otto Braun durch die Referenten und Räte.²⁹⁷ Das waren bedeutsame Hilfsmittel, um sich in die verschiedenen, oft weit auseinanderliegenden Materien mit zum Teil komplizierten sowie umfangreichen Vorlagen einzuarbeiten. Die von diesen Schriftstücken in Sachakten abgehefteten Exemplare werden in der vorliegenden Edition als wichtige Dokumente nachgewiesen. Eine große Zahl maschinenschriftlicher Durchschriften findet sich in dem bereits erwähnten Nachlaß Reschke und wird, zusammen mit hier ebenfalls liegenden Sitzungsvorlagen, in summarischen Anmerkungen aufgeführt. In einigen Fällen sind diese Stücke sogar die einzig erhaltenen aufgrund umfangreicher Aktenverluste im Gefolge des Zweiten Weltkrieges.

Der seit längerem gut erschlossene Nachlaß Reschke gehört zu den relativ häufig genutzten Quellenbeständen. Bei seiner Auswertung ist aber zu beachten, daß im Findbuch bzw. auf den Einlegemappen für die Dokumente wiederholt Zuordnungen zu Sitzungsterminen zu finden sind, die zwar vorbereitet worden waren, dann aber nicht stattfanden. Viele Themenkomplexe wurden etwas später wieder aufgegriffen, eine ganze Reihe kam aber nicht mehr im Plenum zur Sprache – sei es, daß sie sich inzwischen einfach erledigt hatten, sei es, daß sie auf dem Umlaufweg geklärt wurden, sei es, daß sie in anderen Gremien beraten wurden.

²⁹⁵ Rundschreiben Brauns vom 28.10.1931 in: Rep. 120, A I 2 Nr. 14, n. f.; im Text mehrfach Hervorhebungen. Zur Personalsache v. Spießen vgl. Sitzung am 30.10.1931, TOP 1.

²⁹⁶ Interview am 14.6.1991, zit. bei Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 999, Anm. 388.

²⁹⁷ Hieran war auch sein persönlicher Referent Herbert Weichmann, zuletzt im Range eines Oberregierungsrates, beteiligt.

IV. FINIS

Wenn die Serie der Protokolle mit dem 10. Mai 1938 abbricht, nachdem es 1936 Niederschriften für nur noch zwei und 1937 für eine Sitzung gegeben hatte, dann dokumentiert das die zu diesem Zeitpunkt gegebene fast vollständige Bedeutungslosigkeit des preußischen Staatsministeriums nach rd. 130 Jahren Tätigkeit, in denen es während der Kaiserzeit zeitweise das wichtigste Machtzentrum im Deutschen Reich gewesen war. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es keinen Bedarf mehr für eine erneute Zusammenkunft gab,²⁹⁸ obwohl das Büro des Staatsministeriums, teilweise fast als Privatkanzlei Görings, noch weiterarbeitete. – Der Zweite Weltkrieg verhinderte nicht nur eine Wiederbelebung des Staatsministeriums, sondern hatte in seinem Ergebnis die endgültige Auflösung des Staates Preußen zur Folge, nachdem seine Grundlagen durch den Nationalsozialismus zerstört worden waren. Das Gesetz des Alliierten Kontrollrats vom 25. Februar 1947 trug dabei der Realität insofern Rechnung, als in der Präambel festgestellt wurde: „Der Staat Preußen ... hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.“²⁹⁹

Für den vorliegenden Band wurden die Protokolle ab 22. Juli 1932 von Bärbel Holtz bearbeitet. Ferner konnte der inzwischen aus der Arbeitsstelle aus Altersgründen ausgeschiedene Gerhard Schulze für die Ermittlung biographischer Angaben zu dem in diesem Band besonders umfangreichen Personenregister gewonnen werden. Rainer Paetau und vor allem Hartwin Spenkuch gaben zahlreiche Hinweise und Hilfestellungen. – Die große Sorgfalt erfordernden wissenschaftlich-technischen Arbeiten von Edelgard Schaffranke bei der Kumulierung der Register wurden durch ihren unerwarteten Tod unterbrochen und von Gaby Huch fortgesetzt und abgeschlossen.

²⁹⁸ Zur Aufteilung der ehemals vom Staatsministerium beanspruchten Zuständigkeiten vgl. Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium, S. 121 f. – In dieser Göttinger Dissertation von 1939 heißt es noch: „Ein Anlaß zum Zusammentritt des Staatsministeriums in haushaltsrechtlichen Dingen wird in der Regel darin gegeben sein, daß alljährlich über den neuen Haushaltsplan zu beraten und der Entlastungsbeschluß für das abgelaufene Rechnungsjahr ... zu fassen ist.“ (Ebd., S. 134)

²⁹⁹ Gesetz Nr. 46, Amtsbl. des Kontrollrats in Deutschland, S. 262.

Abkürzungsverzeichnis

à l. s.	= à la suite
a. D.	= außer Dienst
A.u.S.-Rat	= Arbeiter- und Soldatenrat
AA	= Auswärtiges Amt
Abg.	= Abgeordneter
Abs.	= Absatz
Abschr.	= Abschrift
Abt.	= Abteilung
Abt.-Dir.	= Abteilungsdirektor
Abt.-Dirig.	= Abteilungsdirigent
Abt.-Ltr.	= Abteilungsleiter
ADGB	= Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Adhib.	= Adhibendum (Anhang)
AEG	= Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft
AG	= Aktiengesellschaft
AGerR	= Amtsgerichtsrat
AH	= Abgeordnetenhaus
AK	= Armeekorps
AMinm./AMinr.	= Außenministerium/Außenminister
Amtsbl.	= Amtsblatt
Amtsger.	= Amtsgericht
Anh.	= Anhang
Anl.	= Anlage
Anm.	= Anmerkung
ao.	= außerordentlicher
AOK	= Allgemeine Ortskrankenkasse
AR	= Aufsichtsrat
ArbMinr.	= Arbeitsminister
Art.	= Artikel
Ass.	= Assessor
Aufl.	= Auflage
[B]	= Beschluß
bad.	= badische
BArch	= Bundesarchiv
Bat.	= Bataillon
Bat.-Kdr.	= Bataillonskommandeur
bayer.	= bayerisch
Bd./Bde.	= Band/Bände
BdI	= Bund der Industriellen
BdL	= Bund der Landwirte
Bearb./bearb.	= Bearbeiter/bearbeitet
Begr.	= Begründer
Beih.	= Beiheft
Beil.	= Beilage
Bevollm./bevollm.	= Bevollmächtigter/bevollmächtigt
Bez.	= Bezirk

BezGer.	= Bezirksgericht
BezReg.	= Bezirksregierung
BezVerw.	= Bezirksverwaltung
BezVerwGer.	= Bezirksverwaltungsgericht
Bgm.	= Bürgermeister
Bl.	= Blatt
BNSDJ	= Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
BPH	= Brandenburg-Preußisches Hausarchiv
BRD	= Bundesrepublik Deutschland
BundesMinm.dI	= Bundesministerium des Innern
BundesR	= Bundesrat
CDU	= Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	= Christlich Soziale Union Deutschlands
d. R.	= der Reserve
DDP	= Deutsche Demokratische Partei
DDR	= Deutsche Demokratische Republik
Dept.	= Departement
Dir.	= Direktor
Dirig.	= Dirigent
Diss.	= Dissertation
DkP	= Deutschkonservative Partei (ab 1876)
DNVP	= Deutschnationale Volkspartei
Dok.	= Dokument
Doz.	= Dozent
Dr.	= Doktor
Drucks.	= Drucksache
DStP	= Deutsche Staatspartei
dt.	= deutsch
DVLP	= Deutsche Vaterlandspartei
DVP	= Deutsche Volkspartei
e. h.	= ehrenhalber
e. V.	= eingetragener Verein
em.	= emeritiert
Erg.-Bd.	= Ergänzungsband
exped.	= expedierender
Exz.	= Exzellenz
Fa.	= Firma
Fasz.	= Faszikel
FDP	= Freie Demokratische Partei
FinBl.	= Finanzministerialblatt
FinMinm./FinMinr.	= Finanzministerium/Finanzminister
FinR	= Finanzrat
FinVerw.	= Finanzverwaltung
Forts.	= Fortsetzung
Frh.	= Freiherr
frz.	= französisch
Fstm.	= Fürstentum
FsVg	= Freisinnige Vereinigung
FVP	= Fortschrittliche Volkspartei

geb.	= geboren
Geh.	= Geheimer
GehArchivR	= Geheimer Archivrat
GehBauR	= Geheimer Baurat
GehBergR	= Geheimer Bergrat
GehFinR	= Geheimer Finanzrat
GehHofR	= Geheimer Hofrat
GehJusR	= Geheimer Justizrat
GehKonsR	= Geheimer Konsistorialrat
GehLegR	= Geheimer Legationsrat
GehMedR	= Geheimer Medizinalrat
GehO...	= Geheimer Ober...
GehR	= Geheimer Rat
GehRechR	= Geheimer Rechnungsrat
GehRegR	= Geheimer Regierungsrat
GehSanitätsR	= Geheimer Sanitätsrat
gen.	= genannt
Gen.	= Genosse(n)
Gen...	= General...
Gen.d.Inf.	= General der Infanterie
GenBauR	= Generalbaurat
GenBevollm.	= Generalbevollmächtigter
GenDir.	= Generaldirektor
GenGouvmt.	= Generalgouvernement
GenKdo.	= Generalkommando
GenKom.	= Generalkommissar
GenKomm.	= Generalkommission
GenKonsul/GenKonsulat	= Generalkonsul/Generalkonsulat
GenLtn.	= Generalleutnant
GenMaj.	= Generalmajor
GenOberst	= Generaloberst
GenReferent	= Generalreferent
GenSekr.	= Generalsekretär
GenStab	= Generalstab
GenStabsOffz.	= Generalstabsoffizier
GenStAnw.	= Generalstaatsanwalt
GenVertr.	= Generalvertreter
GerAss.	= Gerichtsassessor
GerDir.	= Gerichtsdirektor
GerRef.	= Gerichtsreferendar
gest.	= gestorben
Gestapa	= Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	= Geheime Staatspolizei
gez.	= gezeichnet
ghzgl.	= großherzoglich
Gouvmt.	= Gouvernement
GrGenStab	= Großer Generalstab
GrHQ.	= Großes Hauptquartier
GS	= Gesetz-Sammlung für den Preußischen Staat
GStAPK	= Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
Gutsbes.	= Gutsbesitzer
H.	= Heft
h. c.	= honoris causa
HA	= Hauptabteilung

HandMinm.	= Ministerium für Handel und Gewerbe
HandMinr.	= Handelsminister
Hilfsarb.	= Hilfsarbeiter
histor.	= historisch
HK	= Handelskammer
Hon.-Doz.	= Honorar-dozent
Hon.-Prof.	= Honorarprofessor
Hptm.	= Hauptmann
Hrsg./hrsg.	= Herausgeber/erausgegeben
HS/hs.	= Handschrift/handschriftlich
Hzgt.	= Herzogtum
i. d. W.	= in den Wartestand (versetzt)
i. e. W.	= in einstweiligen Wartestand (versetzt)
i. e. R.	= in einstweiligen Ruhestand (versetzt)
i. R.	= im Ruhestand
i. S.	= in Sonderstellung
i. W.	= im Wartestand
IHK	= Industrie- und Handelskammer
Ing.	= Ingenieur
Insp.	= Inspektor
interim.	= interimistisch
internat.	= international
Jg./Jgg.	= Jahrgang/Jahrgänge
JMinBl.	= Justizministerialblatt
JMinm./JMinr.	= Justizministerium/Justizminister
jurist.	= juristisch
JusInsp.	= Justizinspektor
JusR	= Justizrat
JusSekr.	= Justizsekretär
Kab.	= Kabinett
kaufmänn.	= kaufmännisch
Kdo.	= Kommando
Kdr.	= Kommandeur
KG	= Kammergericht
kgl.	= königlich
KGR	= Kammergerichtsrat
Kl.	= Klasse (bei Orden)
Kom.	= Kommissar
Komm.	= Kommission
kommissar.	= kommissarisch
KonsAss.	= Konsistorialassessor
KonsR	= Konsistorialrat
KoP	= Konservative Partei
korresp.	= korrespondierend
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KrGerR	= Kriegsgerichtsrat
Kripo	= Kriminalpolizei
KrMinm./KrMinr.	= Kriegsministerium/Kriegsminister
Krs.	= Kreis
KrVerwR	= Kriegsverwaltungsrat

KuMinm./KuMinr.	= Kultusministerium (Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung)/Kultusminister
KZ	= Konzentrationslager
LandMinm./LandMinr.	= Ministerium/Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
LandR	= Landrat
landwirtschaftl.	= landwirtschaftlich
LDPD	= Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LegR	= Legationsrat
LegSekr.	= Legationssekretär
LG	= Landgericht
LGR	= Landgerichtsrat
Lib./lib.	= Liberale/liberal
LibVg	= Liberale Vereinigung
lothr.	= lothringisch
LT	= Landtag
Ltg.	= Leitung
Ltn.	= Leutnant
Ltr.	= Leiter
LV	= Landesversammlung
Maj.	= Major
MdA	= Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	= Mitglied des Bundestages
MdH	= Mitglied des Herrenhauses
MdI	= Ministerium des Innern (Innenministerium)
MdL	= Mitglied des Landtags
MdLV	= Mitglied der Landesversammlung
MdNatVers.	= Mitglied der Nationalversammlung
MdProvLT	= Mitglied des Provinziallandtags
MdR	= Mitglied des Reichstags
MdStR	= Mitglied des Staatsrats
MedR	= Medizinalrat
MF	= Mikrofiche
Min.-Dirig.	= Ministerialdirigent
MinBl.	= Ministerialblatt
MinBüroDir.	= Ministerialbürodirektor
MinDir.	= Ministerialdirektor
MinKanzleiDir.	= Ministerialkanzleidirektor
MinKomm.	= Ministerialkommission
Minm.	= Ministerium
Minm.öA	= Ministerium der öffentlichen Arbeiten
MinPräs.	= Ministerpräsident
MinR	= Ministerialrat
Minr.	= Minister
Minr.dI	= Minister des Innern (Innenminister)
MinSekr.	= Ministerialsekretär
MinVerwDir.	= Ministerialverwaltungsdirektor
Mitarb.	= Mitarbeit/Mitarbeiter
Mitgl.	= Mitglied
MS	= Manuskript
ms.	= maschinenschriftlich
N. F.	= Neue Folge
n. f.	= nicht foliiert

NatVers.	= Nationalversammlung
ND	= Neudruck
NL	= Nachlaß
NLP	= Nationalliberale Partei
NS	= Nationalsozialistisch
NSBDJ	= Nationalsozialistischer Bund Deutscher Juristen
NSDAP	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	= Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	= Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSRB	= Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	= Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
o. D.	= ohne Datum
o. O.	= Ohne Ort
o.	= ordentlicher(s)
O...	= Ober...
OAGerR	= Oberamtsgerichtsrat
OB	= Oberbürgermeister
OBergA	= Oberbergamt
OBergABez.	= Oberbergamtsbezirk
OBergADir.	= Oberbergamtsdirektor
Oberstltn.	= Oberstleutnant
ODir.	= Oberdirektor
Offz.	= Offizier
OFinR	= Oberfinanzrat
OGerR	= Obergerichtsrat
OHL	= Oberste Heeresleitung
OJusR	= Oberjustizrat
OKdo.	= Oberkommando
OKonsR	= Oberkonsistorialrat
OLG	= Oberlandesgericht
OLGR	= Oberlandesgerichtsrat
OLtn.	= Oberleutnant
OPräs.	= Oberpräsident
OPräsR	= Oberpräsidialrat
ORegBauR	= Oberregierungsbaurat
OStAnw.	= Oberstaatsanwalt
ostpreuß.	= ostpreußisch
OVerwR	= Oberverwaltungsrat
OVerwRichter	= Oberverwaltungsrichter
OVG	= Oberverwaltungsgericht
OVGR	= Oberverwaltungsgerichtsrat
OVR	= Oberverwaltungsrat
PA AA	= Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
parlamentar.	= parlamentarisch
persönl.	= persönlich
Pkt.	= Punkt
Pol...	= Polizei...
PolAbt.	= Polizeiabteilung
PolAss.	= Polizeiassessor
PolDir.	= Polizeidirektor
PolInsp.	= Polizeiinspektor
polit.	= politisch
PolKom.	= Polizeikommissar

PolLtn.	= Polizeileutnant
PolMaj.	= Polizeimajor
poln.	= polnisch
PolPräs.	= Polizeipräsident
PolR	= Polizeirat
PolSchr.	= Polizeisekretär
PolVerw.	= Polizeiverwaltung
Präs.	= Präsident
preuß.	= preußisch
Preußag	= Preußische Bergwerks- und Hütten-AG
Priv.-Doz.	= Privatdozent
Prof.	= Professor
Prot.	= Protokoll
Prov.	= Provinz
ProvLT	= Provinziallandtag
...R	= ...Rat
R...	= Reichs...
RAdI	= Reichsamt des Innern
RAMinr.	= Reichsaußenminister
RArbMinm./RArbMinr.	= Reichsarbeitsministerium/Reichsarbeitsminister
RDB	= Reichsbund der Deutschen Beamten
RechR	= Rechnungsrat
Rechtsanw.	= Rechtsanwalt
Ref.	= Referendar
Reg./reg.	= Regierung
RegAbt.	= Regierungsabteilung
RegAss.	= Regierungsassessor
RegBauSchr.	= Regierungsbausekretär
RegBez.	= Regierungsbezirk
RegDir.	= Regierungsdirektor
RegKom.	= Regierungskommissar
RegPräs.	= Regierungspräsident
RegR	= Regierungsrat
RegRef.	= Regierungsreferendar
RegSchr.	= Regierungssekretär
RegVizepräs.	= Regierungsvizepräsident
ReichsR	= Reichsrat
Reinschr.	= Reinschrift
RFinMinm./RFinMinr.	= Reichsfinanzministerium/Reichsfinanzminister
RFinR	= Reichsfinanzrat
RFinVerw.	= Reichsfinanzverwaltung
RG	= Reichsgericht
RGBl.	= Reichsgesetzblatt
RGR	= Reichsgerichtsrat
RgtKdr.	= Regimentskommandeur
rhein.	= rheinisch
RJA	= Reichsjustizamt
RJMinm./RJMinr.	= Reichsjustizministerium/Reichsjustizminister
RKab.	= Reichskabinett
RKanzlei	= Reichskanzlei
Rklr.	= Reichskanzler
RKom.	= Reichskommissar
RLandMinm.	= Reichslandwirtschaftsministerium
RMdI	= Reichsministerium des Innern

RMinm./RMinr.	= Reichsministerium/Reichsminister
RMinr.dI	= Reichsminister des Innern
RPMInm./RPMInr.	= Reichspostministerium/Reichspostminister
RPräs.	= Reichspräsident
RReg.	= Reichsregierung
RSA	= Reichsschatzamt
RSHA	= Reichssicherheitshauptamt
RT	= Reichstag
RVerwGer.	= Reichsverwaltungsgericht
RVMinm./RVMinr.	= Reichsverkehrsministerium/Reichsverkehrsminister
RWeMinm./RWeMinr.	= Reichswehrministerium/Reichswehrminister
RWiA	= Reichswirtschaftsamt
RWiMinm./RWiMinr.	= Reichswirtschaftsministerium/Reichswirtschaftsminister
RWiR	= Reichswirtschaftsrat
SA	= Sturm-Abteilung (der NSDAP)
sächs.	= sächsisch
SBZ	= Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
schles.	= schlesisch
SchulR	= Schulrat
SD	= Sicherheitsdienst
SED	= Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sekr.	= Sekretär
Sekt.	= Sektion
Senatspräs.	= Senatspräsident
soz.	= sozialistisch
sozialdemokrat.	= sozialdemokratisch
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschland
SS	= Schutz-Staffel (der NSDAP)
städt.	= städtisch
StadtR	= Stadtrat
ständ.	= ständig
StAnw.	= Staatsanwalt
StAnwaltschaft	= Staatsanwaltschaft
StAnwR	= Staatsanwaltschaftsrat
statist.	= statistisch
Stellv./stellv.	= Stellvertreter/stellvertretende(r)
StenBerLT	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Landtags
StenBerReichsR	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichsrats
StenBerRT	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags
StenBerStR	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Staatsrats
StFinR	= Staatsfinanzrat
StKom.	= Staatskommissar
StMinm./StMinr.	= Staatsministerium/Staatsminister
StR	= Staatsrat
StReg.	= Staatsregierung
StS	= Staatssekretär
Suppl.	= Supplement
techn.	= technisch
TH	= Technische Hochschule
TO	= Tagesordnung
TOP	= Tagesordnungspunkt

[U]	= Unterschrift
uk	= unabhömmlich
Univ.	= Universität
USPD	= Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UStS	= Unterstaatssekretär
[V]	= Vorsitz
Veba	= Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG
Vertr.	= Vertreter
Verw.	= Verwaltung/Verwalter
VerwAbt.	= Verwaltungsabteilung
VerwDir.	= Verwaltungsdirektor
VerwGer.	= Verwaltungsgericht
VerwGerDir.	= Verwaltungsgerichtsdirektor
VerwGerR	= Verwaltungsgerichtsrat
VerwOSekr.	= Verwaltungsobersekretär
VerwR	= Verwaltungsrat
VerwRechtsR	= Verwaltungsrechtsrat
Viag	= Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG
Vizeklr.	= Vizekanzler
Vizepräsi.	= Vizepräsident
VO	= Verordnung
vollz.	= vollzogen
Vors.	= Vorsitzender
VotrLegR	= Vortragender Legationsrat
VotrR	= Vortragender Rat
westfäl.	= westfälisch
WiMinm./WiMinr.	= Wirtschaftsministerium/Wirtschaftsminister
Wirkl.GehOFinR	= Wirklicher Geheimer Oberfinanzrat
Wirkl.GehOJusR	= Wirklicher Geheimer Oberjustizrat
Wirkl.GehOMedR	= Wirklicher Geheimer Obermedizinalrat
Wirkl.GehORegR	= Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat
Wirkl.GehR	= Wirklicher Geheimer Rat
Wiss./wiss.	= Wissenschaft/ wissenschaftlich
WissMinm./WissMinr.	= Ministerium/Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
WohlfMinm./WohlfMinr.	= Ministerium/Minister für Volkswohlfahrt
württ.	= württembergisch
z. b. V.	= zur besonderen Verwendung
z. D.	= zur Disposition gestellt
ZBl.	= Zentralblatt
Zentrum	= Zentrumsparterie
zit.	= zitiert
ZK	= Zentralkomitee

Nr. 1 Sitzung des Staatsministeriums am 4. April 1925.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 174, Bl. 33–33v; hs. Urschrift von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 3¹, Bl. 3–3v; MF 1035. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Sachs, Pünder [RK], Goslar, Richert, Hinze [beide zu 4], Klausener, Becker (FinMinm.), Gadow, Mulert, ORegR Simon, Römhild [alle sechs zu 5], Cohn [zu 3 und 5], Hellich [zu 5], Arndt, Narten, Wittelshöfer [alle drei zu 3].

(1. Information Brauns, daß er den Vorsitz im Staatsministerium und die Leitung der Geschäfte übernimmt. Die zurückgetretenen Minister werden die laufenden Geschäfte bis zur Übernahme durch die neuen Minister weiterführen.² — 2. Vulcan-Werke Hamburg und Stettin AG. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Hilfsmaßnahmen [...] der Reichsregierung.³ Beschluß einer Beschränkung der von Preußen zu übernehmenden Sicherheitsleistung. [B]) — 3. Todesurteil. Kein Gebrauch vom Gnadenrecht im Fall Haarmann.⁴ [B] — 4. Richtlinien für die Lehrpläne der höheren Schulen Preußens. Genehmigung von Teil I: Grundsätzliches und Methodisches.⁵ [B] — 5. Aufwertungsfragen [...] nach längerer Beratung vertagt. [B]

¹ Hier auch eine Ausarbeitung eines Referenten im Staatsministerium zu TOP 5.

² Vgl. die Mitteilung Brauns über die Amtsübernahme am 4.4.1925 an den Präsidenten des Staatsrats in: Rep. 90, Nr. 2353, Bl. 148. Das Rundschreiben Brauns vom gleichen Tag an sämtliche Minister über die Ernennungen in: Rep. 120, CB I Nr. 2a Bd. 2, Bl. 210 bzw. 213. Mit Bezug auf das Protokoll: Schulze, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977, S. 475.

³ Vgl. das Votum Höpker Aschoffs v. 2.4.1925 in: Rep. 120, C XVII 4 Nr. 58d Bd. 1, n. f.; hier auch Schriftwechsel mit der Reichsregierung sowie Entwürfe der Kreditverträge. Ferner mit ausführlichen Quellennachweisen die Sitzung des Reichskabinetts v. 4.4.1925, 10 Uhr, in: Die Kabinette Luther I und II, 15.1.1925 bis 20.1.1926, 20.1.1926 bis 17.5.1926, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Bd. 1: Januar 1925 bis Oktober 1925, Boppard a. Rh. 1977, S. 237–242, Dok. Nr. 67. Mit Bezug auf Akten des Reichswirtschaftsministeriums sowie des Reichsrechnungshofs: Lehmann, Karin, Staatsgelder für die Vulcan-Werke in Hamburg und Stettin A.G. 1925 bis 1927. Auseinandersetzungen über staatsmonopolistische Subventionspolitik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980 III, S. 25–41. Zur ruinösen Auftragslage vgl. Wulle, Armin, Der Stettiner Vulcan. Ein Kapitel deutscher Schiffbaugeschichte, Herford 1989, S. 100–104. Zur Arbeitslosigkeit in Stettin vgl. Hertz-Eichenrode, Dieter, Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünnings, Frankfurt/M., New York 1982, S. 23.

⁴ Vgl. die Vorlage am Zehnhoffs v. 1.4.1925 mit anliegendem Urteil v. 19.12.1924 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Bd. 3, Bl. 13–66. Prozeßberichte von Lessing, Theodor, Haarmann. Die Geschichte eines Werwolfs, Berlin 1925. — H. wurde am 4.4.1925 hingerichtet. Zusammenfassend: Evans, Richard J., Rituals of Retribution. Capital Punishment in Germany 1600–1987, New York 1996, S. 530–536.

⁵ Vgl. das Votum Hirtsiefers v. 28.3.1925 in: Rep. 76, VI Sekt. 1z Nr. 291 Bd. 2, Bl. 65; die Vorlage Beckers v. 17.3. konnte nicht ermittelt werden. Es erging der Runderlaß des Wissenschaftsministers v. 6.4.1925 mit Bezug auf den Beschluß, in: ZBl. Unterrichtsverwaltung, S. 116. Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, Herbert, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979, S. 218. Zur Vorgeschichte: Müller, Sebastian F., Die Höhere Schule Preußens in der Weimarer Republik. Zum Einfluß von Parteien, Verbänden und Verwaltung auf die Schul- und Lehrplanreform 1919–1925, Köln, Wien, 2. Aufl. 1985. Vgl. Sitzung am 1.4.1925, TOP 1.

Nr. 2 Sitzung des Staatsministeriums am 6. April 1925.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 174, Bl. 34–36v; hs. Urschrift und Protokollnotizen sowie ein ms. vorläufiger Protokollentwurf von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 3¹, Bl. 2–14v; MF 1035. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Klausener, Becker (FinMinm.) [zu 2], Mulert [zu 2–3], ORegR Simon, Römhild, Narten, Kayser, Gadow [alle fünf zu 2], Cohn [zu 2–3], Wittelshöfer [zu 2], Lenz [zu 2–3], Hellich [zu 3], F. W. Fischer, Amelunxen [beide zu 4].

(Vor der TO: Amtseid von Braun, Severing, [...] Becker, Steiger, [...] Höpker Aschoff und [...] Schreiber. — 1. Erholungsurlaub. Die von der Reichsregierung angeregte Neuregelung [...] für [...] 1925. Keine Änderungen für Preußen.² [B]) — 2. Aufwertung. Bedingte Zustimmung zum Entwurf³ eines Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen (Aufwertungsgesetz) sowie zum Entwurf⁴ eines Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen im Reichsrat. Einzelheiten. [B] — 3. Entwurf⁵ eines Körperschaftssteuergesetzes. Einzelheiten. [B] — 4. Erhaltung des Baumbestandes sowie Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit. Zustimmung zum Entwurf⁶ der 2. Novelle. [B] — 5. Ernennung. [B]

¹ Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 3–4.

² Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 9.3. zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 77, Tit. 35 Nr. 3 Bd. 6, n. f. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts v. 9.3.1925, 17 Uhr, in: Die Kabinette Luther I und II, S. 154, Dok. Nr. 42. Es erging der Runderlaß des Finanzministers v. 17.4.1925, in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 97.

³ StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 56 v. 25.3.1925; beraten in der Sitzung am 22.4., ebd., S. 99 f., § 240. Hierzu die beschlossene Fassung ebd., S. 178–184, Anlage 10. Ferner die Besprechung mit Parteiführern des Reichstags mit anschließender Besprechung der Reichsminister am 18.3.1925 in: Die Kabinette Luther I und II, S. 185–197, Dok. Nr. 51. Rückblickend: Luther, Hans, Politiker ohne Partei. Erinnerungen, Stuttgart 1960, S. 240 f. Zusammenfassend: Krohn, Claus-Dieter, Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923–1927, Düsseldorf 1974, S. 157–173. Zum rechtlichen Gehalt der Regelungen: Scholz, Richard, Analyse der Entstehungsbedingungen der reichsgerichtlichen Aufwertungsrechtsprechung. Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der konservativen Geldpolitik der Reichsbank und der Inflationspolitik der Reichsregierung, Frankfurt/M. u. a. 2001, S. 125–137.

⁴ StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 54 v. 25.3.1925; beraten in der Sitzung am 22.4., ebd., S. 100, § 241. Hierzu die beschlossene Fassung ebd., S. 185–192, Anlage 11. Vgl. die Sitzung des Reichskabinetts v. 21.3.1925 in: Die Kabinette Luther I und II, S. 200–202, Dok. Nr. 53.

⁵ Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 20 v. 7.2.1925, Anlage 3; beraten in der Sitzung am 22.4., ebd., S. 96 f., § 239. Die beschlossene Fassung ebd., S. 128–133, Anlage 3. Das Votum Severings v. 3.4.1925 sowie eine Ausarbeitung v. 4.4. für Schreiber zur Sitzung in: Rep. 120, C V Nr. 73 Bd. 2, n. f.; hier auch auf einem Aktenvermerk zum Protokoll seine hs. Notiz zum Beratungsergebnis. Ferner: Brinkmann, Thomas, Die Körperschaftssteuer in der Zeit von 1918 bis 1929. Ein Beitrag zur Geschichte der Unternehmensbesteuerung, Köln 1987, S. 135–169.

⁶ Vom 27.3.1925, in: Rep. 191, Nr. 179, Bl. 63–65v; hier auch Bl. 60–62 die Entwürfe sowie Bl. 70 die Stellungnahme des Staatsrats v. 29.4. Der Entwurf wurde veröffentlicht als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 578 v. 14.5.1925. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 23.9.1921, TOP 3.

Nr. 3 Sitzung des Staatsministeriums am 21. April 1925.

Vollz. Reinschr., Bd. 174, Bl. 37; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 3, Sitzung vom 21.4.1925, Bl. 2; MF 1035. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Severing [V], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Conze [für Hirtsiefer], Nobis, Sachs, Frick, Mulert, Gadow, Klausener, Kayser, Wittelshöfer, Narten, Becker (FinMinm.), ORegR Simon.

Aufwertungsfragen. Information zu Verlauf und [...] Ergebnis der am 20. April 1925 in der Reichskanzlei abgehaltenen Besprechung zwischen Vertretern der Preußischen Staatsregierung und der Reichsregierung.¹ An den Festlegungen in den Sitzungen vom 4. und 5. April ist festzuhalten. [B]

¹ *In der Edition der Akten der Reichskanzlei: Die Kabinette Luther I und II nicht enthalten.*

Nr. 4 Sitzung des Staatsministeriums am 27. April 1925.

Vollz. Reinschr., Bd. 174, Bl. 38; MF 1035. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Nobis.

Der Staatssekretär des Finanzministeriums [...] Weber wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. [B] Sechs Ernennungen, u. a. von Ministerialdirektor [...] Schleusener zu seinem Nachfolger sowie von Grzesinski¹ zum Polizeipräsidenten in Berlin. [B]

¹ *Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Albrecht, Thomas, Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 127.*

Nr. 5 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Mai 1925.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 39–41; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, Rep. 90, Annex L Nr. 3¹, Bl. 2–4; MF 1035. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

¹ *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–8 sowie Vorlagen zu den TOP 2–4, zu TOP 2 mit einer hs. Notiz Brauns.*

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Dietrich [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Meister, v. Meyeren, Haslinde [zu 2], Sommer [zu 4], Cohn [zu 1 und 8], Sondag, Ziertmann [beide zu 1], Amelunxen [zu 2, 4–5], Reschke [zu 3 und 6], Narten [zu 4], Schäfer [zu 6], Kühne, Günther, v. Leyden, Conring [alle vier zu 7], Wagemann [zu 8].

1. Stenographie. Durchführung der Einheitskurzschrift gemäß Beschluß des Staatsministeriums v. 3.9.1924 unter Federführung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.² [B] — **2. Schulfeiern** aus Anlaß der Tausendjahrfeier des Rheinlandes [...] in sämtlichen Schulen des Staatsgebiets und Unterrichtsausfall. Dabei hat die Erörterung aktueller politischer Fragen zu unterbleiben.³ — **3. Fürstenabfindung.** Auf die Staatsrenten der ehemals fürstlichen Häuser und Standesherrn sollen laufende Vorschußzahlungen auf die Aufwertung im Gefolge der Währungsreform geleistet werden.⁴ [B] — **4. Einfuhrverbot** für Pferde. Kein Antrag an die Reichsregierung wegen Wiedereinführung.⁵ [B] — *Staatsministerium, Kompetenzfragen.* Die Beantwortung von Anfragen des [...] Landtags und des Staatsrats hat wie bisher durch den zuständigen Ressortminister zu erfolgen, der dabei die durch Mehrheitsbeschluß festgestellte Ansicht des Staatsministeriums zu vertreten hat, auch wenn eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Ansicht des Ministers und dem Beschluß [...] besteht. [B] In Sachen der Handelspolitik und des Zolltarifs steht wie bisher dem Landwirtschaftsminister die Federführung bei Angelegenheiten seines Ressorts zu. [B] — **5. Entziehung der Befugnisse** der Dampfkesselüberwachungsvereine. Die Beschlußfassung des Staatsministeriums wird nicht für erforderlich erachtet.⁶ — **6. Pensionssache.** Ablehnung von Forderungen des Regierungspräsidenten a. D. Traugott

² Vgl. die Rundverfügung v. 27.6.1925, in: ZBl. Unterrichtsverwaltung, S. 228. In Antwort auf die Kleinen Anfragen Nr. 76 (Schröter/Kiel) und Nr. 175 A (Buchhorn) informierte das Staatsministerium am 24.3., daß gemäß Vereinbarung zwischen Reich und Ländern v. 17.10.1924 die Einheitskurzschrift in Behörden und Schulen bis zum 1.4.1926 eingeführt werden soll, ein Termin- und Maßnahmeplan für Preußen aber noch nicht vorläge; vgl. StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 449 A. Eine Ausarbeitung von MinR Cohn v. 11.5.1925 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 485, n. f. Die Niederschrift v. 16.4.1925 einer Beratung am 6.4. zur weiteren Behandlung in den Ressorts in: Rep. 84a, Nr. 4580, Bl. 27–27v. Ferner die Denkschriften der Reichsregierung v. 20.4. sowie 4.5.1925 in: StenBerRT, Bd. 400, Drucks. Nr. 793 u. 861. Scheunig, Max, Entstehungsgeschichte der Deutschen Einheitskurzschrift und die wichtigsten Ereignisse aus der allgemeinen Geschichte der Kurzschrift, Dresden 1930, S. 402–404. Geschichte der deutschen Kurzschrift, hrsg. v. L. Schneider u. G. Blauert, Wolfenbüttel 1936, S. 243–252. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 3.9.1924, TOP 3.

³ Vgl. die Vorlage des Wissenschaftsministeriums v. 2.5.1925 in: Rep. 151, I A Nr. 7499, n. f. Zu den außenpolitischen Aspekten vgl. die Aufzeichnung des StS des Auswärtigen Amtes v. Schubert v. 14. u. 15.5.1925 über Unterredungen mit dem britischen Botschafter Lord d'Abernon in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 1, S. 291–296, Dok. Nr. 87–88. Die veröffentlichten Tagebücher des Diplomaten enthalten hierzu nichts: d' Abernon, Edgar Vincent Viscount, Ein Botschafter der Zeitwende. Memoiren, Bd. 3: Locarno (1924–1926), Leipzig 1930. Ein Überblick über die zahlreichen rheinischen Jahrtausendfeiern bei Haude, Rüdiger, „Kaiseridee“ oder „Schicksalsgemeinschaft“. Geschichtspolitik beim Projekt „Aachener Krönungsausstellung 1915“ und bei der „Jahrtausendausstellung Aachen 1925“, Aachen 2000, S. 121–131; hier auch S. 125 zum Schulfeiernerlaß v. 16.5.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 24.4.1925 in: Rep. 90, Nr. 38, Bl. 146–146v; hier auch Bl. 148–148v eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 11.5. für Braun zur Sitzung. – Vorangegangenes vgl. Sitzung am 24.9.1924, TOP 9.

⁵ Die Förmliche Anfrage des Staatsrates Nr. 79 v. 1.4.1925 in: Rep. 87, B Nr. 7946, Bl. 174; hier auch Bl. 182–184v der Entwurf eines Schreibens Steigers v. 23.4.1925 an Braun sowie Bl. 200a die darauf beruhende Antwort an den Staatsrat v. 18.5. In dieser Akte zahlreiche weitere Eingaben. Die Große Anfrage Nr. 44 (Schröter/Kiel u. Gen. (DVP)) v. 11.4.1925 zur Freigabe des Pferdeimports aus Dänemark in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 486; erledigt durch die ähnliche Anfrage v. 2.10., ebd., Nr. 1202. Eine Ausarbeitung von MinR v. Achenbach zur Sitzung in: Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 14 Bd. 2, n. f. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 17.3.1925, TOP 3.

⁶ Vgl. den Antrag Schreibers v. 8.4.1925, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 84a, Nr. 680, Bl. 6; hier auch Bl. 8–11 das als Vorlage dienende Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie v. 14.3. – Die Akten des federführenden Handelsministeriums: Rep. 120, BB IIa 5 Nr. 60 Bd. 13–17 „Der Zentralverband der preußischen Dampfkesselüberwachungsvereine“ (1919–29) sind nicht überliefert. Ferner ein Erlaß Schreibers v. 29.6.1925 in: MinBl. Handels- u. Gewerbeverwaltung, S. 154.

v. Jagow.⁷ [B] — **7. Beamtenbesoldung.** Entwurf⁸ eines Gesetzes zur Änderung des Gewerbe- und Handelslehrerdienstentkommengesetzes. — **8. Stiftungen.** Mögliche Änderung des Stiftungszweckes beim v. Rohdich'schen Legatenfonds.⁹ [B] — **(9. Kommunale Selbstverwaltung.** Zustimmung zur Verordnung über die Auflösung des Bürgervorsteherkollegiums in Dassel (Krs. Einbeck) gegen die Stimme des [...] Justizministers.¹⁰ [B]) — **10. Fünf Ernennungen sowie Hinausschiebung der Altersgrenze in zwei Fällen.**

⁷ T. v. Jagow war von 1916–19 nominell Regierungspräsident in Breslau, tatsächlich aber im Kriegsdienst; die Geschäfte wurden von seinem Amtsvorgänger geführt. Während des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches wurde v. Jagow von den Putschisten zum Innenminister ernannt, nach der Niederschlagung wegen Hochverrats verurteilt und 1925 begnadigt. Vgl. das Schreiben Severings v. 27.3.1925 mit einer Anfrage v. Jagows in: Rep. 84a, Nr. 3079, Bl. 143–147; hier auch weiteres Material. Verweise auf Akten des Reichsjustizministeriums in: Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, Dokumente, hrsg. v. Erwin Könnemann u. Gerhard Schulze, München 2002, S. 598, Anm. 3. Ferner: Brammer, Karl, Verfassungsgrundlagen und Hochverrat. Beiträge zur Geschichte des neueren Deutschlands. Nach stenographischen Verhandlungsberichten und amtlichen Urkunden des Jagow-Prozesses, Berlin 1922; Jasper, Gotthard, Justiz und Politik in der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), S. 172.

⁸ Vom 15.4.1925, in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 63 Beiheft I zu Bd. 1, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung für den Innenminister in Vorbereitung seines Votums v. 1.5., dieses selbst sowie weiteres Material. Der Entwurf wurde vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1772 v. 5.12.1925, und mit Schreiben v. 16.7.1926 zurückgezogen, ebd., Drucks. Nr. 4069.

⁹ Gemäß § 1 des Gesetzes über Änderung von Stiftungen v. 10.7.1924, GS, S. 575.

¹⁰ Die Vorlage Severings v. 9.4.1925 in: Rep. 84a, Nr. 4452, Bl. 473–473v; hier auch Material über die bereits seit einem früheren Fall bestehenden Differenzen zu am Zehnhoff.

Nr. 6 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Mai 1925.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 174, Bl. 42–44; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 3¹, Bl. 2–3; MF 1035. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Becker, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], Ramm [für Steiger], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Pünder [RK], Goslar, Schleusener, Arndt [zu 1], Cohn [zu 1, 3, 5 und 7], Mussehl, Becker (FinMinm.) [beide zu 7], Peters, Amelunxen [beide zu 6], Sattelmacher, Fehse, Hubrich, Arthur Schmidt [alle vier zu 2], Erythropel, Frank (FinMinm.), Oppler, Wilhelmy, Nentwig, Gall, Reschke [alle sieben zu 8].

1. Todesurteil. Begnadigung gegen das Votum am Zehnhoffs.² [B] — **2. Drei Pensionssachen.**³ [B] — **3. Personalabbau.** Drei Einsprüche.⁴ [B] — **4. Zehn Ernennungen.** [B] — **5. Personalabbau, Grundsätze betr.** Wahrung der Einspruchsfrist.⁵ [B] — **6. Jugendwohlfahrt.** Gesetzentwurf⁶

¹ Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1, 3 und 5–8 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 5.

² Vgl. die Vorlage am Zehnhoffs v. 16.5.1925 betr. Urteil gegen O. Bertz in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Bd. 3, Bl. 68–70.

³ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H.

⁴ Vgl. zu den Einsprüchen von Kreisinspektor E. Neumann/Königsberg Schriftwechsel ab 23.5.1924 sowie von RegR Kirstein Schriftwechsel ab 25.7.1925, in: Rep. 90, Nr. 747, n. f. Zu beiden Fällen die Gutachten des Einspruchsausschusses v. 27.6.1925 bzw. 26.9.1926 in: Rep. 76, I Sek. IV Nr. 1a Bd. 2 u. 3, n. f.

⁵ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Cohn v. 26.5.1925 für Braun zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 746, n. f. Eine weitere Ausarbeitung von MinR Landé v. 23.(?)5.1925 auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 76, I Sekt. 4 Nr. 1a Bd. 2, n. f.

zur Abänderung des *preußischen* Ausführungsgesetzes. [B] — 7. *Gesetzentwurf*⁷ über Zolländerungen. *Es werden die Mitglieder des Reichsrats beauftragt*⁸, Erhöhungen von Industriezöllen *nur mit ausdrücklichem Einverständnis des Staatsministeriums* zuzustimmen, während *Herabsetzungen* dem Ermessen der Bevollmächtigten [...] vorbehalten *bleiben*. [B] — 8. *Fürstenabfindung. Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern. Die bisherigen Verhandlungen* werden grundsätzlich gebilligt. *Auf dieser Grundlage ist unter der Voraussetzung, daß die [...] schwebenden Prozesse [...] eingestellt werden, ein alle Einzelheiten umfassender Vertragsentwurf auszuhandeln, zudem dann eine endgültige Stellungnahme abzugeben ist. Vertrauliche Kontaktaufnahme mit den jeweiligen Vertretern der Landtagsfraktionen.*⁹ [B]

⁶ Vom 1.5.1925, in: *Rep. 151, I C Nr. 11735, Bl. 413–414v*; hier auch *Bl. 415 eine Ausarbeitung v. 23.5. für Höpker Aschoff zur Sitzung* sowie *Bl. 416 das Votum Beckers v. 26.5.* Der Entwurf wurde veröffentlicht als *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 2631 v. 2.3.1926. Ausführlich: Denkschrift des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt über die staatliche Förderung der Jugendpflege in Preußen, Berlin 1925 (Druck, 102 S.). Zusammenfassend Sachse, Christoph/Tennstedt, Florian, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871–1929, Stuttgart u. a. 1988, S. 101–111. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 17.4.1923, TOP 8.*

⁷ *StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 84* sowie zu *Nr. 84 v. 19. bzw. 25.5.1925; beraten in der Sitzung am 18.6., ebd., S. 257–262 (§ 351); hier auch S. 258 Stellungnahme und Antrag Preußens. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts mit einem preußischen Vertreter am 4.5.1925, in: Die Kabinette Luther I und II, S. 265, Dok. Nr. 79; Hummel, Fritz, Preußen und seine Provinzen im Reichsrat, Berlin 1928, S. 84, Anm. 12. Stegmann, Dirk, Die Zoll- und Handelspolitik 1924/5–1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. v. Hans Mommsen u. a., Düsseldorf, Nachdruck 1977, Bd. 2, S. 501 f.*

⁸ *Geändert aus ersucht (Bl. 34v).*

⁹ *Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 25.5.1925 sowie eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 27.5. für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 237, n. f. Mit Bezug auf das Protokoll: Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürsteneinteilung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978, S. 44 f.; auch Jung, Otmar, Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, Teil 1, Hamburg 1990, S. 508. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 16.1.1920, TOP 2.*

Ministerrat beim Reichspräsidenten am 5. Juni 1925.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, 15.1.1925 bis 20.1.1926, 20.1.1926–17.5.1926, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Bd. 1, Januar 1925 bis Oktober 1925, Boppard a. Rh. 1977, S. 310–314, Dok. Nr. 96.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Entwaffnungsnote.

Nr. 7 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Juni 1925.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 174, Bl. 55–57; MF 1035. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 3, Bl. 1–2; Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Becker, Steiger, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Klausener [für Hirtsiefer], Weismann, Schleusener, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Bail, Sommer [zu 1–2], Mussehl [zu 1–2], Schramm [zu 1], Becker (FinMinm.) [zu 1 und 6], Cohn [zu 1 und 8], Rathenau, Seerl [beide zu 2], Fimmen [zu 2–3], Landfried [zu 2–3], Amelunxen [zu 2–3 und 6], v. Leyden [zu 3], Römhild [zu 3 und 6], Schnitzler [zu 3], Schäfer, Burckhardt, Jende [alle drei zu 6].

1. Nochmals zum Gesetzentwurf über Zolländerungen. Beschluß zu einer Beratung zwischen Finanz-, Landwirtschafts- und Handelsministerium nach Eingang des Gutachtens¹ des Reichswirtschaftsrats zu den Agrarzöllen. [B] Beschluß zu einzelnen Industriezöllen.² [B] — 2. Handelsvertrag mit Polen. Bericht zum Stand der Verhandlungen. Bei den Kohlenkontingenten soll abgewartet werden, ob Polen nach dem Ablauf der bestehenden Regelung im Juni einen neuen Antrag stellt.³ [B] — 3. Beamtenpolitik. Es besteht zur Zeit keine Veranlassung [...], die Personalabbau-Verordnung im besetzten Gebiet einzuführen.⁴ Der Beschluß ist vorläufig⁵ nicht zu veröffentlichen. [B] — 4. Drei Ernennungen. [B] — (5. Information über eine Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts des Reichstags.⁶ Es ist grundsätzlich festgestellt worden, daß ein durch Art. 18 der R[eichs]V[erfassung] in seinem Bestande gefährdetes Land als Partei anzuerkennen und [...] berechtigt ist, im Abstimmungskampf seinen Einfluß geltend zu machen.⁷) — 6. Aufhebung kriegs- und übergangswirtschaftlicher Verordnungen. Bedingte Zustimmung zum Entwurf⁸

¹ Vgl. den Bericht des Zolltarifausschusses des Reichswirtschaftsrats v. 30.6.1925 in: *StenBerRT*, Bd. 403, Drucks. Nr. 1136. Ferner Bericht v. 14./15.6.1925 (ms. vervielfältigt, 31 S.) in: *Rep. 120, C VII 1 Nr. 41 K „I“ Bd. 2, n. f. Das umfangreiche gedr. Protokoll der Ausschußverhandlungen über Agrarzölle am 4. u. 5.6.1925 in: Rep. 120, C VII 1 Nr. 41 „K“ „A“ Generalia, n. f. Zusammenfassend: Hauschild, Harry, Der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920–1926. Denkschrift, Berlin 1926, S. 143–145.*

² Vgl. Entwurf u. Ausfertigung der Vorlage Schreibers v. 8.6.1925 in: *Rep. 120, C VII 1 Nr. 41 K „I“ Bd. 2, n. f.; hier auch ein Referentenvermerk über das Ergebnis der Beratung im Staatsministerium. Zahlreiche Eingaben zu Industriezöllen sowie interministerieller Schriftwechsel in: Rep. 120, C VII 1 Nr. 41 K „I“ Spezialia, n. f. Zur koalitionspolitischen Bedeutung einer Zustimmung zum Zollgesetz vgl. Schulze, H., Otto Braun, S. 481.*

³ Vgl. zu den Verhandlungen, in denen u. a. ein Kohlenkontingent von 100 000 t angestrebt wurde, die Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Vertretern am 30.6.1925 in: *Die Kabinette Luther I und II*, S. 400–403, Dok. Nr. 115. Auf breiter Aktenbasis, u. a. aus *Rep. 77 u. 120: Puchert, Berthold, Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925–1934*, Berlin 1963, bes. S. 48–56, zur Kohlenfrage S. 68–76. Ferner: *Strobel, Georg W., Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens 1919–1932, sowie Luczak, Ceslaw, Die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1918–1932, beides in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932. XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker, 11. bis 17.6.1984 in Augsburg*, hrsg. v. Wolfgang Jacobmeyer, Braunschweig 1985, S. 112–120, 125–127; *Schattkowsky, Ralph, Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno, Frankfurt/M. u. a. 1994, S. 296–311.*

⁴ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Amelunxen v. 4.6.1925 für Braun zur Sitzung mit dem Entwurf des Schreibens des Ministerpräsidenten v. 5.6. an Severing in: *Rep. 90, Nr. 741, n. f. Eine hs. Notiz des Handelsministers zum Ergebnis der Beratungen in Rep. 120, A I 1 Nr. 38a Bd. 6, n. f. Eine Ausarbeitung von MinR Landé v. 6.6. für Becker zur Sitzung in: Rep. 76, I Sekt. 4 Nr. 1 Bd. 2, n. f. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 13.1.1925, TOP 8a.*

⁵ Im Protokoll von fremder Hand ergänzt (Bl. 56).

⁶ Zur Vorwahl in Hannover am 18.5.1924 vgl. *Schultheß' Europäischer Geschichtskalender*, N. F., München, hrsg. v. Ulrich Thürauf, Jg. 1924, S. 36; *Volksbegehren und Volksentscheid „Enteignung der Fürstenvermögen“*. Anhang: *Die Vorabstimmung in Hannover am 18. Mai 1924*, Berlin 1926, S. 33–38. Ferner: *Prilop, Hans, Die Vorabstimmung in Hannover 1924. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der deutsch-hannoverschen Partei im preußisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Hamburg, phil. Diss. 1954 (MS), S. 205–334. *Vorangegangenes vgl. Sitzung am 13.3.1923, TOP 3.*

⁷ Geändert aus der Freistaat Preußen als Partei anerkannt worden (Bl. 56v).

⁸ *StenBerReichsR*, Jg. 1925, Drucks. Nr. 87 v. 20.5.1925; beraten in der Sitzung am 2.7., ebd., S. 295 f., § 405. *Das Votum des Innenministeriums v. 29.5.1925 in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 17, Bl. 316–319; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Amelunxen v. 8.6. für Braun zur Sitzung sowie Materialien der Reichsratsausschüsse. Ferner Sitzungen des Reichskabinetts mit preußischen Vertretern am 19.5. sowie 14.7.1925 in: Die Kabinette Luther I und II, S. 297 bzw. 427 f., Dok. Nr. 89 u. 121. Die beiden Verordnungen sind abgedruckt im Rahmen der Verordnung v. 13.7.1923 zur Ausführung des Art. VI Abs. 3 des Notgesetzes v. 24.2.1923, RGBl. I, S. 699.*

einer Reichsverordnung *im Reichsrat*. Es sollen aber die Preistreibereiverordnung [...] ganz aufgehoben und die Verordnung über Preisprüfungsstellen [...] völlig außer Kraft gesetzt werden. [B] — 7. Rettungsmedaille. *Schnellstmögliche Wiedereinführung* durch Preußen, da sie nicht als ein Orden oder Ehrenzeichen i. S. Art. 109 Abs. 5 der Reichsverfassung anzusehen ist.⁹ [B]

⁹ Die Akte des Staatsministeriums Rep. 90a, A IV 2 Nr. 46 „Verleihung der Rettungsmedaille am Bande und der Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr nach ihrer Erneuerung“ (1925) ist nicht überliefert. – Vgl. aber den Rund-erlaß Severings v. 23.7.1925 in: *MinBl. Innere Verwaltung*, S. 817. Das Protokoll der vorbereitenden kommissari-schen Beratung am 18.6.1925 in: *Rep. 84a*, Nr. 2763, Bl. 38–43. Zur unsicheren Rechtslage vgl. die Begründung des Reichsinnenministeriums v. 3.2.1925 zum Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Reichsverfassung in: *Die Kabinette Luther I und II*, S. 51, Dok. Nr. 14. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 24.9.1925, TOP 14.

Nr. 8 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juni 1925.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 174, Bl. 58–60; MF 1035. — *Abschr.: GStAPK*, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — *Prot.: Cohn [U]*.

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Ramm, Schleusener, Pünder [RK], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Bail, Sommer, Mussehl, Sperl, Schramm, Becker (FinMinm.), Grosser [alle sieben zu 2], Amelunxen [zu 1–2], Beckhaus [zu 2], Wittelshöfer [zu 1], Sandrock [zu 1 und 3], v. Leyden [zu 1], Cohn [zu 3].

1. Änderung der Ausführungsverordnung über die Fürsorgepflicht. *Zugeständnis einer Beschwerdemöglichkeit gegen Entscheidungen des Bezirksfürsorgeverbandes bei den Bezirksausschüssen.*¹ [B] — 2. *Nochmals zum Gesetzentwurf über Zolländerungen. Einzelheiten, v. a. zu Agrarzöllen. Änderungsvorschläge zum Entwurf der Reichsregierung. Annahme gegen den Widerspruch Steigers betr. Fortfall der Mindestzölle und die Herabsetzung der autonomen Zölle für die Hauptgetreidearten.*² — 3. *Behörden. Ablehnung des Antrages*³ der Arbeitsgemeinschaft der Beamtenausschüsse bei den preußischen Zentralbehörden zum Dienstschluß in den Ministerien am Wochenende. [B] — (4. *Vertretung des Staatsministeriums bei der Jahrtausendfeier der Rheinlande in Mainz.* [B])

¹ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 2.6.1925 in: *Rep. 84a*, Nr. 10964, Bl. 188–193; hier auch Bl. 194–196 das Votum Severings v. 8.6. Dazu auch die Änderung v. 17.2.1926 von Art. I, Abs. 4 des Gesetzes zur Änderung der Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht v. 13.2.1924, GS, S. 79.

² Zur Streichung im Protokoll Bl. 58v–59 vgl. Bl. 61–61v. Ein Aktenvermerk von MinR Sommer Mitte Juni 1925 über die Verhandlungen im Reichsrat mit Darstellung auch der Beschlußfassungen im Staatsministerium sowie Materialien der Reichsratsausschüsse in: *Rep. 120, C VII 1 Nr. 41 K „I“ Bd. 2, n. f.*

³ Vom 10.6.1925, in: *Rep. 84a*, Nr. 3616, Bl. 245; hier auch Bl. 246 die Vorlage Brauns v. 19.6. sowie Bl. 248 dessen ablehnendes Schreiben an die Arbeitsgemeinschaft v. 24.6.1925.

Nr. 9 (2.) Sitzung des Staatsministeriums im Ministersaal des Landtags am 16. Juni 1925.

Vollz. Reinschr. mit einer hs. Korrektur, Bd. 174, Bl. 62. — MF 1035.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Weismann.

1. Bayerische Volksgerichte. Stellungnahme im Reichsrat zum Einspruch gegen das Initiativgesetz¹ des Reichstags zur Einführung von Wiederaufnahmeverfahren. Ablehnung der Begründung falls Bayern sich nicht verpflichtet, selbst auf Wiederaufnahmeverfahren hinzuwirken. [B] — **2. Zwei Ernennungen.** [B]

¹ Vgl. den Antrag Müller/Franken u. Gen. v. 4.6.1924 in: StenBerRT, Bd. 382, Drucks. Nr. 134. Der Reichsrat erhob in seiner Sitzung am 28.5.1925 mit Stimmenmehrheit Einspruch gegen den Entwurf; vgl. StenBerReichsR, Jg. 1925, S. 240, § 308. In der Sitzung am 18.6. wurde die Begründung mitgeteilt; hier auch der Antrag Bayerns. Dem preußischen Antrag, der Begründung nicht zuzustimmen und den Einspruch zurückzunehmen, wurde entsprochen, ebd., S. 263 f., § 358. Die Vorlage des Innenministeriums v. 15.6.1925 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 84a, Nr. 366, Bl. 23–26; hier auch Bl. 15–16 der Entwurf der Begründung sowie Bl. 12–14 Aktenvermerke des stellv. Bevollmächtigten zum Reichsrat, MinR Schäfer, über die Beratungen. Eine Information des Innenministeriums v. 17.6. zur Lage im Landtag in: Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 5, n. f. Das „Umfallen“ der preußischen Regierung dargestellt in: Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck, hrsg. v. Wolfgang Benz, Stuttgart 1971, S. 177, Bericht v. 23.6.1925, Dok. Nr. 155. Zum bayerischen Amnestiegesetz Ende 1925 vgl. Lange, Thomas, Bayern im Ausnahmezustand 1919–1923. Zur politischen Funktion des bayerischen Ausnahmeregimes in den ersten Jahren der Weimarer Republik, München, phil. Diss. 1985 (1989), S. 217.

Nr. 10 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juni 1925.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 63–64v; MF 1035. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Ramm, Schleusener, Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Mulert, Surén, Frielinghaus [alle drei zu 1], Cohn [zu 1 und 3], Pauly, Lehmann, Scheche [alle drei zu 1], Klausener, Vollbach, Bank [alle drei zu 2], Amelungen [zu 2 und 4], Borsdorf [zu 3], Backhaus [zu 4].

1. Erhöhung der Hauszinssteuer. Gegen Hirtsiefer wird beschlossen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem der Ertrag im Verhältnis 4:2 den Gemeinden sowie dem Staat [...] zur Deckung des voraussichtlichen Defizits zugute kommen soll.¹ [B] — **2. Kinderspeisungen.** Bereitstellung von 3 Mio. RM.² [B] — **3. Beamtenpolitik.** Den Beamten ist das Tragen außerdienstlicher Abzeichen jeder Art und Form während des Dienstes allgemein zu verbieten.³ [B] — **4. Beiträge**

¹ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 12.6.1925 in: Rep. 151, II Nr. 1065, n. f. Ein Votum Schleuseners v. 22.6.1925 in: Rep. 84a, Nr. 9204, Bl. 70–70v; hier auch Bl. 72–80v der überarbeitete Gesetzentwurf v. 25.6. – Ferner: Witt, Peter-Christian, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, hrsg. v. Lutz Niethammer, Wuppertal 1979, S. 397 f.

² Aufgrund der Großen Anfrage Nr. 39 Grzesinski u. Gen. v. 16.3.1925, in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 400. Vgl. den Votenwechsel, beginnend mit dem Schreiben Höpker Aschoffs v. 27.5.1925, in: Rep. 84a, Nr. 5585, Bl. 244–245; hier auch früheres Material.

³ Vgl. das Schreiben des Justizministeriums v. 4.4.1925, in dem im Gegensatz zum Finanzminister ausdrücklich ein Staatsministerialbeschuß gefordert wird, sowie eine Ausarbeitung von MinR Cohn v. 15.6. für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 479, n. f. Auf einer teilweise wortgleichen, jedoch undatierten Ausarbeitung, in der eine Hinzuziehung des Reichsjustizministers zur Sitzung vorgeschlagen wird, vermerkte Cohn am 5.6., daß Braun dies nicht wünscht. In

zur Landwirtschaftskammer für die Grenzmark Posen-Westpreußen. Zahlungsweise.⁴ [B] — (5. Berliner Straßennamen. Umbenennung der Budapester- und Sommerstraße in „Friedrich-Ebert-Straße“.⁵ [B])

Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Beiakten V, Bl. 21 auf dem Protokollauszug der Aktenvermerk v. 18.7., daß der Finanzminister das Einverständnis der Staatsminister eingeholt habe, daß die Angelegenheit durch gemeinsamen Runderlaß [...] geregelt wird. Dieser erging am 15.7.1925, gedr. in: MinBl. Innere Verwaltung, S. 857. Eine Ausarbeitung von MinR Fimmen v. 15.6.1926 für Höpker Aschoff zur Sitzung in: Rep. 151, I B Nr. 4455, n. f. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 30.10.1924, TOP 3.

⁴ *Vgl. die Vorlage Steigers v. 31.5.1925 in: Rep. 84a, Nr. 1963, Bl. 57–59; hier auch Voten. Es erging eine Verordnung v. 9.7.1925, GS, S. 90.*

⁵ *Vgl. zur Umbenennung der Budapester Straße: Stürickow, Regina, Der Kurfürstendamm. Gesichter einer Straße, Berlin 1995, S. 12.*

Besprechung der Reichsleitung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 27. Juni 1925.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 1, S. 388–398, Dok. Nr. 114.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Abegg.¹

Sicherheitspakt; Entwaffnungsfrage; Eintritt in den Völkerbund; Kriegsschuldfrage.

¹ *Vgl. das einladende Brieftelegramm der Reichskanzlei v. 22.6.1925 in: Rep. 90, Nr. 388, n. f.*

Nr. 11 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 65–69; MF 1035. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Schleusener, Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Kaestner, v. d. Driesch, Wellmann [alle vier zu 1], Cohn [zu 1–5, 8–11], Ziertmann [zu 1], Landé [zu 2], Richert [zu 3 und 9], Frh. v. d. Bussche, Rose, Zachariae [alle drei zu 4], Backhaus, Fimmen [beide zu 5], K. Weber [zu 7–8], Frosch [zu 7], Schnitzler, Stalman, Remak [alle drei zu 10], Articus, Gerlach, v. Both, Kaspar, Bank, Gramsch [alle sechs zu 11].

1. Neuordnung der Volksschullehrerbildung. Grundsätzliche Zustimmung. Einzelheiten werden im Zusammenhang mit der Errichtung von pädagogischen Akademien geregelt.² [B] —

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 65 wurde von TOP 1 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Vgl. als Vorlage v. 24.6.1925 die Denkschrift über die Volksschullehrerbildung in: Rep. 90, Nr. 1759, Bl. 94–103; hier auch Voten sowie Bl. 105 eine Ausarbeitung von MinR Amelunxen v. 25.6. für Braun zur Sitzung. Eine Notiz des MinR v. Leyden v. 27.6. für Severing in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 60 Bd. 1, Bl. 289–289v. Die von Johannes v. Driesch verfaßte Denkschrift wurde überarbeitet veröffentlicht unter dem Titel: Die Neuordnung der Volksschullehrerbildung*

2. Beflaggung von Dienstgebäuden seitens der Mieter von Dienstwohnungen oder fiskalischen Mietwohnungen darf nur dann erfolgen, wenn das Dienstgebäude selbst beflaggt wird, und nur in den verfassungsmäßigen Farben des Reichs, des Landes oder der Provinz.³ [B] — 3. Schulen. Das Tragen von Abzeichen, Bändern und anderen Symbolen jeder Art – einschließlich der Reichsfarben – seitens der Schüler in den Schulen [...] und bei Schulveranstaltungen ist zu verbieten mit dem Ziel einer Entpolitisierung der Schulen. Es wird vor der Beteiligung an Vereinigungen gewarnt [...], die die Autorität des republikanischen Staates, seiner verantwortlichen Leiter und seinen Maßnahmen in den Köpfen der Schüler u[nd] Schülerinnen zu erschüttern geeignet sind.⁴ [B] — 4. Nichtauflösung der Forstverwaltung in Düsseldorf.⁵ [B] — 5. Beamte. Amtsbezeichnung der Landwirtschaftskammereibeamten. Ansetzung nochmaliger kommissarischer Beratungen.⁶ [B] — 6. Sechs Ernennungen, sieben befürwortete und drei abgelehnte Anträge auf Hinausschiebung der Altersgrenze.⁷ [B] — 7. Pensionssache.⁸ [B] — 8. Disziplinarsache.⁹ [B] — 9. Verfassungsfeier am 11. August. Übernahme der Anordnungen vom Vorjahre.¹⁰ — 10. Reichshaushalt. Im Reichsrat soll durch Ablehnung eines Fonds von 1 Mio. RM zur Förderung kulturell-gemeinnütziger Institute und Vereinigungen sowie durch weitere Kürzungen ein ausgeglichener Etat für 1925 erreicht werden.¹¹ [B] — 11. Pachtschutzordnung. Stellung-

in Preußen. Denkschrift des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Druck, Berlin 1925, 31 S.). Ferner: Becker, Carl Heinrich, Die Pädagogische Akademie im Aufbau unseres nationalen Bildungswesens, Leipzig 1926. Mit Bezug auf das Protokoll: Weber, Rita, Die Neuordnung der preußischen Volksschullehrerbildung in der Weimarer Republik. Zur Entstehung und gesellschaftlichen Bedeutung der Pädagogischen Akademien, Köln, Wien 1984, S. 259 u. 408. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 7.10.1924, TOP 1.

³ Vgl. die Vorlage Beckers v. 23.6.1925 in: Rep. 120, A I I Nr. 3a Bd. 2, Bl. 131; hier auch Schriftwechsel zur Durchsetzung des Beschlusses seitens der Ressorts sowie zu seiner Verfassungsmäßigkeit. Es erging der Runderlaß v. 25.7.1925, in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 822. – Braun schreibt in seinen Memoiren, daß die Anordnung durch ihn und im Frühjahr 1925 erfolgte; vgl. Braun, Otto, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949, S. 98.

⁴ Vgl. die Vorlage Beckers v. 25.6.1925 mit Abschrift der im Protokoll erwähnten Erlasse von Provinzialschulkollegien in: Rep. 76, VII neu Sekt. 1 B Nr. 53 Bd. 2, Bl. 157–158v; hier auch Schriftwechsel zu Einzelfällen. Ein Runderlaß Beckers betr. Politische Betätigung der Schüler v. 29.8.1925, ZBl. Unterrichtsverwaltung, S. 279. Zur Zulassung der Reichsfarben vgl.: Wittwer, Wolfgang W., Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen, Berlin 1980, S. 301.

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 11.6.1925 in: Rep. 90, Nr. 2316, Bl. 352–353; hier auch Bl. 354–356v die ablehnende Stellungnahme Steigers v. 21.6. sowie Bl. 357 eine Ausarbeitung von MinR Cohn v. 29.6. für Braun zur Sitzung. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 1.4.1924, TOP 6.

⁶ Vgl. das Votum Höpker Aschoffs v. 15.6.1925 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Bd. 10, Bl. 70; hier auch die Einladung v. 1.10. zum 12.10. mit einer Notiz zum Ergebnis der Beratungen. Vormaterial in Rep. 84a, Nr. 5184, u. a. Bl. 220–221v ein Verordnungsentwurf Steigers v. 14.3.1925 sowie Bl. 246 eine Notiz zu kommissarischen Beratungen – gesonderte Aufzeichnungen dazu konnten in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden.

⁷ Vgl. zur Bedeutung der Ernennung des preußischen Vertreters in München, J. Denk, zum Gesandten: Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsfinanzaufbaus 1919–1930, Berlin, New York, 2. Aufl. 1987, S. 496.

⁸ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H.

⁹ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

¹⁰ Vgl. die Vorlage Beckers v. 26.6.1925 in: Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 27; hier auch Bl. 31 der Beschlußentwurf v. 3.7. Der Abdruck des Beschlusses in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 745. Ferner Entwurf und Ausfertigung eines Rundschreibens des Innenministeriums v. 14.7.1925 unter Bezug auf den Beschluß in: Rep. 77, Tit. 35 Nr. 3 Bd. 6, n. f. Vermerke zu den Beratungen auf Auszügen aus den Tagesordnungen für den 22. (verlegt) sowie 30.6. in: Rep. 120, A I I Nr. 3 Bd. 4, Bl. 252 f.

¹¹ Vgl. die Vorlage Beckers v. 26.6.1925 in: Rep. 90, Nr. 1407, n. f. Auch in: Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. 12 Beiheft A, n. f. – Lt. Gesetz über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1925. Vom 30.1.1926, RGBl. II, S. 103, war der Etat ausgeglichen. Ein Aktenvermerk von AmtsR Kühnhold über eine kommissarische Beratung im Wissenschaftsministerium am 23.6. in: Rep. 120, E I Gen. Nr. 64 Bd. 1, n. f.

nahme im Reichsrat zum Entwurf¹² eines Änderungsgesetzes. U. a. soll der soziale Pachtschutz [...] wieder in der bisherigen Fassung stattfinden und das Gesetz um zwei Jahre verlängert werden.

¹² Abgedruckt im Bericht des 11. Reichstags-Ausschusses (Wohnungswesen) v. 20.5.1925 in: *StenBerRT*, Bd. 401, Drucks. Nr. 928. Der Reichsrat nahm mit Mehrheit in der Sitzung am 15.6.1925 den Entwurf an; vgl. *StenBerReichsR*, Jg. 1925, S. 310 f., § 435. Die erste Vorlage Steigers v. 14.6.1925 mit der Denkschrift der [...] Domänenverwaltung zum Abbau des wirtschaftlichen Pachtschutzes bei Verlängerung der Geltungsdauer der Reichspachtschutzordnung v. 6.6. und die zweite Vorlage v. 30.11. in: *Rep.* 77, Tit. 146 Nr. 111 Bd. 2, Bl. 30–41; hier auch eine Ausarbeitung von *RegR Gramsch* v. 18.6.1925 zur Sitzung. In *Rep.* 76, VII neu Sect. 1 F IV Gen. Nr. 11 Bd. 1, n. f., eine Ausarbeitung von *MinR v. Achenbach* v. 22.6. zur Sitzung sowie früheres Material. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 15.12.1922, TOP 4.

Nr. 12 (2.) Sitzung des Staatsministeriums im Ministersaal des Landtags am 30. Juni 1925.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 174, Bl. 70; MF 1035. — Abschr.: *GStAPK*, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Weismann, Nobis.

1. Ernennung von A. Lammers zum Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.¹ Grundsätzliche Zustimmung auch zu den dadurch veranlaßten [...] weiteren Personaländerungen. [B] — 2. Monarchie. Entfernung des Wortes „Königlich“ an der Fassade des Oberlandesgerichts [...] in Naumburg.² [B]

¹ Vgl. zur politischen Bedeutung Hömig, *Das preußische Zentrum*, S. 167 f.

² Vgl. die Kleine Anfrage Nr. 374 Drescher u. Gen. (SPD) v. 12.6.1925 in: *StenBerLT*, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 675C. Materialien in Vorbereitung der parlamentarischen Beantwortung und der Entwurf der Antwort in: *Rep.* 84a, Nr. 41190, Bl. 229–238. Ein Schreiben des Justizministers v. 9.7.1925 an Höpker Aschoff zwecks Bereitstellung der Mittel sowie der Entwurf eines Erlasses des Finanzministers an den Regierungspräsidenten in Merseburg v. 21.7. in: *Rep.* 151, II Nr. 1662, Bl. 3–4. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 18.6.1920. TOP 4.

Nr. 13 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Juli 1925.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 174, Bl. 71–74; MF 1035. — Abschr.: *GStAPK*, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Am Zehnhoff [V], Severing, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Conring [zu 1 und 4], Schönner [zu 1], Borsdorf, Cohn [beide zu 2], v. Seefeld, Kühne [beide zu 4].

1. Überlassung von Schulräumen zu Versammlungen an Personen und Vereine, die die gewaltsame Änderung der Verfassung *anstreben*. Die Große Anfrage¹ der KPD-Fraktion ist dahingehend zu beantworten, daß eine Verweigerung der Raumnutzung allgemein auf alle Persönlichkeiten und Verbände [...] von rechts oder links Anwendung finden wird. [B] — 2. Beamtenpolitik. Die Abänderung der Preußischen Personalabbau-Verordnung soll im Wege des Gesetzes erfolgen. Die Behörden werden vorab durch einen zu veröffentlichenden Runderlaß² zur Einstellung des Personalabbaus gemäß Reichsgesetz angewiesen. [B] — 3. Nochmals zur Pachtschutzordnung. Es ist im Reichsrat kein Einspruch gegen den vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf einzulegen. — 4. Handelshochschule Berlin. Zur Verleihung des Promotionsrechts zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften soll die Hochschulverfassung nach den für die Universität Köln geltenden Grundsätzen gestaltet werden. Einzelheiten, u. a. ist eine Inanspruchnahme staatlicher Mittel [...] grundsätzlich ausgeschlossen.³ [B] — 5. Zwei Ernennungen und Versetzung von zwei Landräten⁴ [...] in den einstweiligen Ruhestand. [B] — (6. Geschäftsordnung. Künftig sollen Ernennungen, die um die Zeit des Verfassungstages nötig werden, [...] möglichst gesammelt und am Verfassungstage vollzogen sowie veröffentlicht werden.⁵ [B])

¹ Nr. 34 v. 24.2.1925, in: *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 296. Die Vorlage Beckers v. 27.6.1925 in: Rep. 84a, Nr. 4516, Bl. 120–120v. Ein Runderlaß Beckers v. 19.9.1925 in: Rep. 76, VII neu Sekt. 1 B Nr. 53 Bd. 2, Bl. 182.*

² Vgl. den gemäß Beschluß von Höpker Aschoff entworfenen Erlaß sowie den Text der Presseerklärung v. 28.7.1925 in: *Rep. 90, Nr. 742, n. f.; hier auch der Amtliche Preußische Pressedienst v. 10.8. Ebenfalls in Rep. 90, Nr. 746, n. f. Der Runderlaß v. 8.8. in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 179. Ein Entwurf v. 27.5.1925 eines Gesetzes zur Abänderung der Preußischen Personalabbau-Verordnung, der lt. Anschreiben aus dem Finanzministerium mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Reich nicht in den Geschäftsgang gegeben werden sollte, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 38a Bd. 6, n. f. Eine Ausarbeitung von MinR Landé für Becker zur Sitzung in: Rep. 76, I Sekt. 4 Nr. 1 Bd. 2, n. f.*

³ Vgl. das Votum Schreibers v. 27.6.1925 sowie den Entwurf der Antwort Beckers v. 9.7. in: *Rep. 76a, Va Sekt. 1 Tit. VI Nr. 1 L Bd. 1, Bl. 243–244v; hier auch Bl. 234–239v eine Ausarbeitung von MinDir. Krüß für Becker zur Sitzung sowie früheres Material. Der Entwurf Schreibers sowie der seiner Antwort an Becker vom gleichen Tag in: Rep. 120, E XIII Fach 3 Nr. 5 Bd. 9, Bl. 46–46v, 53–53v. Zum Promotionsrecht: Schilfert, Berd-Joachim, Die Berliner Handelshochschule – Faktoren der historischen Herausbildung und widersprüchlichen Entwicklung einer liberalbürgerlichen Lehr-, Forschungs- und Studieneinrichtung unter den Bedingungen des deutschen Imperialismus und ihre Einordnung in das gesellschaftliche Erbe, Berlin, wirtschaftswiss. Diss. 1985 (MS), S. 179–181. Allgemein: Henning, Friedrich-Wilhelm, Von der Handelsakademie zur Handelshochschule (18. bis 20. Jh.), in: Handelsakademie – Handelshochschule – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät. Der Weg von der Handelsakademie und Handlungswissenschaft des 18. Jahrhunderts zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und Betriebswirtschaftslehre des 20. Jahrhunderts, Köln, Wien 1990, S. 78.*

⁴ Die Vorlage Severings v. 8.7.1925 zum Fall des Landrats M. Vogl in Liebenwerda in: *Rep. 77, Nr. 5166, Bl. 39–41. Zum Strafverfahren, in dem am 10.10.1925 das Schöffengericht Torgau Vogel zusammen mit einem Mitangeklagten wegen gemeinschaftlich begangener Untreue zu einer Gefängnisstrafe verurteilte, vgl. Rep. 77, Nr. 5167; das Urteil, das in der Hauptsubstanz in allen Instanzen bestätigt wurde, Bl. 296–343. Die Vorlage Severings v. 8.7.1925 zum Fall des Landrats H. Luthmer in Jüterbog, der in sog. unklare Finanzbeziehungen des Kreises mit der Stadt Berlin sowie der Landeskulturbank verwickelt war, in: Rep. 77, Nr. 5383, Bl. 42–45.*

⁵ Vgl. den Runderlaß des Innenministers erst v. 7.7.1927 in: *MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 690.*

Nr. 14 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juli 1925.

Vollz. Reinschr., Bd. 174, Bl. 90–91; hs. Urschrift und Protokollnotizen in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 4¹, Bl. 4–4v; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

¹ Hier auch eine Ausarbeitung eines Referenten im Staatsministerium zu TOP 3a.

Anwesend: Am Zehnhoff [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Schreiber], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Mulert, Arndt [zu 2], Lohmeyer, Schniewind, Conring [alle drei zu 3].

1. Zwei Todesurteile. Kein Gebrauch vom Begnadigungsrecht.² [B] — **2. Zwei Ernennungen.** [B] — **(3a. Erweiterung der Harburger Hafenanlagen.** Information über die Preußen gemachten Verkaufsangebote für einige dort gelegene Grundstücke. Die Sache soll nicht weiter verfolgt werden. [B] — **3b. Kompetenzstreitigkeit bei der Unterstützung** des durch Steigerung des Grundwasserstandes schwer geschädigten Dorfes Hohenneuendorf (Krs. Niederbarnim). Das Ministerium für Volkswohlfahrt übernimmt die Federführung. [B])

² Vgl. die Vorlage am Zehnhoffs v. 13.7.1925 zur Verurteilung von H. Schemschat und F. Buttgerit in: Rep. 87, B Nr. 8089, Bl. 21–22v.

Nr. 15 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juli 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 174, Bl. 91–92v; hs. Urschrift und Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 4², Bl. 2–2v; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Am Zehnhoff [V], Severing, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Nentwig [für Becker], Dönhoff [für Schreiber], Weismann, Sachs, Frick, Goslar, Fritze, Huber, Schäfer, Cohn [alle drei zu 1], Mulert, Conring [beide zu 2].

1. Amnestie. Zustimmung im Reichsrat für den Entwurf³ eines Gesetzes über Straffreiheit [...], selbst wenn die Anträge Preußens [...] nicht angenommen werden. [B] — **2. Stadtwerdung** Wilhelmsburgs im Kreis Harburg zum 1.9.1925.⁴ [B] — **3. Dreizehn Ernennungen** sowie Hinausschiebung der Altersgrenze in sechs Fällen. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 92v wurde von TOP 1 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch eine Ausarbeitung eines Referenten im Staatsministerium zu TOP 2 sowie die Vorlage zu TOP 1.

³ Dem Reichsrat vorliegend als StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 120 v. 14.7.1925. In der Sitzung am 21.7.1925 wurde der hier abgedruckte preußische Antrag angenommen, ebd., S. 327, § 456. Die beschlossene Fassung des Amnestiegesetzes ebd., S. 330, Anlage 2. Vgl. auch die Sitzung des Reichskabinetts v. 14.7.1925 in: Die Kabinette Luther I und II, S. 429, Dok. Nr. 121; hier Anm. 13 zur weiteren Behandlung des Entwurfs. Zusammenfassend: Gusy, Christoph, Weimar – wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 231–234.

⁴ Vgl. den Entwurf der Vorlage Severings v. 18.7.1925 in: Rep. 77, Tit. 3664 Nr. 1 Bd. 1, n. f.; hier auch der von Braun sowie Severing unterzeichnete Erlaß v. 21.7. und weiteres Material. Eine Ausfertigung der Vorlage in: Rep. 84a, Nr. 9386, Bl. 165–169. – Zur Stadtwerdung: Franz, Günther, Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Lüneburg, Bremen-Horn 1955, S. 86; Wilhelmsburg in Wort und Bild, hrsg. v. Hermann Keeseburg, Werner R. Dodegge u. Norman Wolfram, Hamburg 1971, S. 32. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 2.5.1923, TOP 7.

Nr. 16 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juli 1925.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit einer *hs. Ergänzung*, Bd. 174, Bl. 93–93v; *Abschr. vom Protokollentwurf*: Bl. 94–94v; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 4, Bl. 2–5; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Am Zehnhoff [V], Severing, Steiger. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Nentwig [für Becker], Erythropel [für Höpker Aschoff], Dönhoff [für Schreiber], Nobis, Sachs, Goslar, Conze, Kügler, Wittelshöfer, Eggert, Sandrock, Flatow, F. Ernst [alle sechs zu 2], Bergbohm, v. Heusinger [beide zu 3].

(1. Fürsorgegesetz. Einspruch im Reichsrat gegen das vom Reichstage beschlossene Änderungsgesetz.² [B]) — 2. Angestelltenversicherung. Kein Einspruch gegen das vom Reichstage beschlossene Gesetz über Ausbau der Versicherung im Reichsrat.³ [B] — 3. Gesetzliche Miete für den Monat August 1925.⁴ [B] — (4. Verfassungsfeier. Durchführung einer besonderen Veranstaltung der Preußischen Staatsregierung in Berlin.⁵)

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 93v wurden von allen TOP Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Im Plenum des Reichsrats wurde lt. der StenBerReichsR 1925 die Fürsorgefrage erst am 5.9.1925 beraten.*

³ *Vgl. StenBerReichsR 1925, Drucks. Nr. 76 v. 5.5.1925; angenommen in der Sitzung am 27.7., ebd., S. 333 f., § 465.*

⁴ *Vgl. die Verordnung v. 27.7.1925, mitgeteilt mit Anschreiben Hirtsiefers v. 28.7., in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 10, Bl. 136–136v.*

⁵ *Vgl. das Schreiben des Reichsinnenministeriums v. 9.7.1925 an alle Landesregierungen mit der Bitte, in ihrem Bereiche für eine [...] Feier des Verfassungstages Sorge zu tragen, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3 Bd. 4, Bl. 260–260v, das Zitat Bl. 260. Zur Teilnahme von Mitgliedern der Reichsregierung an der preußischen Feier vgl. die Besprechung der Reichsminister am 6.8.1925, TOP c, in: Die Kabinette Luther I und II, S. 480, Dok. Nr. 142.*

Nr. 17 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juli 1925.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit zwei *hs. Korrekturen*, Bd. 174, Bl. 95–96; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 4², Bl. 2–4v; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Am Zehnhoff [V], Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Nentwig [für Becker], Dönhoff [für Schreiber], Kempner [RK], Weismann, Nobis, Sachs, Scherek, A. Abicht, Elfgen [zu 2], Hog, Martinius, Römheld, Hellich, F. Ernst, Narten [alle sechs zu 4].

1. Nochmals zur Verfassungsfeier. Das Programm. [B] — 2. Feier nach Räumung des Sanktionsgebietes. Abstimmung mit Reichskanzler und Reichspräsidenten. [B] — 3. Verfassungsfeier. Erlaß einer Anordnung an die Schul- und Kommunalbehörden zur Beflagung der Schulgebäude.³ [B] — 4. Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Wenn der

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 96 wurden von den TOP 1–3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 sowie die Vorlage zu TOP 4.*

³ *In den Ministerialblättern der Unterrichtsverwaltung sowie des Innern nicht nachweisbar. — Vgl. aber Voten in Rep. 120, A I 1 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 130–143.*

Reichstag im Änderungsgesetz den Anteil der Länder an der Einkommens- und Körperschaftssteuer auf 75 % und an der Umsatzsteuer auf vorerst 30 % beschränkt, dann ist im Reichsrat gegen das Gesetz zu stimmen.⁴ — **5a.** Zeppelin-Eckener-Spende. Grundsätzliche Ablehnung einer Sammlung für einen Forschungsflug mit einem Zeppelin nach dem Nordpolargebiet.⁵ [B] — **5b.** Preußisches Finanzausgleichsgesetz. Es ist gegenüber dem Antrage⁶ des Lippischen Landespräsidiums betr. Ergänzung des Gesetzentwurfs über den Finanzausgleich v. 11.6.1925 grundsätzlich zurückhaltend Stellung zu nehmen. [B] — **5c.** Verteilung der preußischen Sitze im Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt^{7, 8} — **5d.** Berliner Straßennamen. Nochmals zur geplanten Umbenennung von Teilen des „Kurfürstendamm“ in Budapester Straße. Zustimmung. [B]

⁴ Vgl. Entwurf und Ausfertigung der Vorlage Höpker Aschoffs v. 29.7.1925 in: Rep. 151, II Nr. 1282, Bl. 47–48v; hier auch Bl. 49–52 der Entwurf eines Antrags v. 29.7. an den Reichsrat sowie Bl. 170 eine Ausarbeitung von MinR Hog für Höpker Aschoff und weiteres Material. Vgl. ferner die Besprechung der Reichsminister v. 18.7.1925, TOP 2, die Besprechung des Reichskanzlers mit Parteiführern am 29.7. sowie die Sitzung des Reichskabinetts mit anschließender Ministerbesprechung v. 3.8. in: Die Kabinette Luther I und II, S. 447 f., 460 f. u. 466–468, Dok. Nr. 129, 136 u. 139. Der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf v. 23.4.1925 in: StenBerRT, Bd. 400, Drucks. Nr. 802. Dazu der Ausschußbericht v. 27.7. in: Ebd., Drucks. Nr. 1269, mit der überarbeiteten Fassung. Ferner Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, hrsg. v. Karl-Heinrich Hansmeyer, Stuttgart u. a. 1973, S. 109–120. Zu den finanzpolitischen Folgen der verzögerten Verabschiedung des Gesetzes vgl. Baumgarten, Dietrich, Deutsche Finanzpolitik 1924–1926, Freiburg/Breisgau, rechts- u. staatswiss. Diss. 1965, S. 78 f.

⁵ Vgl. das die Sammlung zwar befürwortende, jedoch eine grundsätzliche Entscheidung erbittende Schreiben des Staatskommissars f. d. Regelung der Wohlfahrtspflege v. 23.7.1925 in: Rep. 76, Vc Sekt. I Tit. 11 Teil V A Nr. 4 Bd. 3, Bl. 319–319v; hier auch umfangreiches Material zur Planung der Expedition. Vgl. ferner den offiziellen Expeditionsbericht: Die Arktisfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ im Juli 1931. Wissenschaftliche Ergebnisse, hrsg. v. Arthur Berson, Rudolf Lazarevic Samoilowitsch u. L. Weickmann, Gotha 1933; ferner Kohl-Larsen, Ludwig, Die Arktisfahrt des „Graf Zeppelin“. Im Auftrag der Internationalen Gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit Luftfahrzeugen (AEROARCTIC), Berlin 1931. Mit Bezug auf ein ablehnendes Schreiben Brauns v. 5.8.1925 die Besprechung der Reichsminister v. 10.8.1925 in: Die Kabinette Luther I und II, S. 484, Dok. Nr. 144, TOP c.

⁶ Konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden. Der dem Staatsrat am 27.6. 1925 vorgelegte Gesetzentwurf Höpker Aschoffs v. 25.6.1925 in: Rep. 151, II Nr. 1291, Bl. 312–321v; hier auch Bl. 298–309 die Entwurfsfassung. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 9.3.1925.

⁷ Im Protokoll verkürzt als Rentenkreditanstalt geführt.

⁸ Vgl. eine Aktennotiz v. 10.8.1925 über die Verwaltungsratssitzung am 6.8. in: Rep. 120, A X Nr. 27g Bd. 2, n. f.; hier auch eine Notiz v. 26.8. auf einem Auszug aus dem Staatsministerialprotokoll über die weitere Haltung des Finanzministers. Die Mitgliederliste des Verwaltungsrats in: Verwaltungs- und Geschäftsbericht der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank), 1. Geschäftsjahr: 5.8.–31.12.1925, Berlin 1926, S. 14–18. Der Beschluß des Reichsrats in seiner Sitzung am 30.7.1925 mit den Namen der Ländervertreter in: StenBerReichsR, Jg. 1925, S. 336 f., § 478. – Zum Streit um die Zusammensetzung: Pröhl, Hans, Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank), ihr Aufbau und ihre Funktionen dargestellt und erläutert, Berlin 1926, S. 137–140. Allgemein zur Bildung des Verwaltungsrates: Pohl, Manfred/Schneider, Andrea H., Die Rentenbank. Von der Rentenbank zur Förderung der Landwirtschaft 1923 – 1949 – 1999, München, Zürich 1999, S. 33. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 12.3.1925, TOP 2.

Nr. 18 Sitzung des Staatsministeriums am 4. August 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit einer hs. Korrektur, Bd. 174, Bl. 97–98v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 4², Bl. 2–10; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 97v wurden von den TOP 4, 7 und 9b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 4 und 6–7 sowie Vorlagen zu den TOP 4 und 8.

Anwesend: Am Zehnhoff [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Frick [für Schreiber], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Scherek, Lammers, A. Abicht, Scheidt, Arndt [zu 1], Schäfer, Schöner [beide zu 4], Metz, Umpfenbach, Borggreve [alle drei zu 6], Hog [zu 7], v. Leyden [zu 7–8], Römhild, Hellich, Martinus [alle drei zu 7], Hinze, Peters, Sandrock [alle drei zu 8], Waetzold, Haeseler, F. W. Fischer, Friedrich [alle vier zu 3].

1. Zwei Todesurteile. Kein Gebrauch vom Begnadigungsrecht.³ [B] — 2. Ernennungen. Besetzung des Großen Disziplinarsenates beim Kammergericht.⁴ [B] — 3. Bau eines Hochhauses in Köln. Ansetzung einer Sitzung des Staatsministeriums [...] am 15. August [...] in Köln.⁵ [B] — 4. Amnestievorlage. Zum kommenden Reichsgesetz über Straffreiheit [...] soll die im Entwurf⁶ vorgelegte Verordnung über Gewährung von Straffreiheit in Preußen mit Gesetzeskraft erlassen werden. Ermächtigung für am Zehnhoff zu redaktionellen Änderungen [...] im Einvernehmen mit Braun und Severing. [B] — 5. Ernennung. [B] — 6. Ankäufe von werbendem Staatsbesitz. Einigung zwischen Höpker Aschoff und Steiger, auf weitere Ankäufe zu verzichten und schwebende Verhandlungen über den Erwerb von Forsten nach Möglichkeit abubrechen.⁷ [B] — 7. Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Wenn in Verhandlungen mit [...] Reichsfinanzminister O. v. Schlieben der neue Änderungsvorschlag keine Annahme findet, soll es bei dem Einspruch im Reichsrat bleiben.⁸ [B] — 8. Jugendpolitik. Beschluß zur Aufrechterhaltung der staatlichen Erziehungsheime, insonderheit Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel für Bauzwecke des Heims für katholische Mädchen in Gräfrath. Durch Widerspruch Höpker Aschoffs gemäß Staatsministerialbeschluß⁹ v. 16.10.1923, TOP I, Ziff. IV wird der Beschluß bis zur

³ Vgl. die Vorlagen am Zehnhoffs v. 1. u. 3.8.1925 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Bd. 3, Bl. 75–80v.

⁴ Vgl. die gemeinsame Vorlage Brauns und am Zehnhoffs v. 27.7.1925 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 215 Bd. 1, Bl. 170–171; hier auch Voten.

⁵ Die Sitzung wurde wegen Behinderung der zu ladenden Sachverständigen bis auf weiteres verschoben, vgl. das Brieftelegramm Brauns (i. V. Weismann) v. 12.8.1925 in: Rep. 77, Tit. 444 Nr. 3 Bd. 7, Bl. 139. Hier auch ein hs. Vermerk, daß eine Fahrt des gesamten Pr[eußischen] Kabinetts [...] nach Köln nicht recht möglich und mit dem Ansehen des StaatsMi[nisteriums] nicht ohne weiteres vereinbar erscheine. Zur öffentlichen Beachtung der Hochhausfrage vgl. die Kleine Anfrage Nr. 441 Bachem u. Schwecht (DNVP) in: StenBerLT, Drucks. Nr. 908 B v. 24.7.1925; nicht beantwortet.

⁶ Vom 1.8.1925, in: Rep. 87, B Nr. 8089, Bl. 6–8v. — Dem Reichstag war am 21.7. der Gesetzentwurf als StenBerRT, Bd. 403, Drucks. Nr. 1228 vorgelegt worden; erlassen mit wesentlichen Änderungen als Gesetz v. 17.8.1925, RGBl. I, S. 313. Daraufhin wurde die Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit in Preußen v. 21.8.1925, GS, S. 105, verkündet.

⁷ Vgl. die Vorlage Stiegers v. 4.7.1925 sowie ein Votum Höpker Aschoffs v. 29.7., eine Meldung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes v. 23.7. über den geplanten Erwerb von Forsten des Gutes Zuchow (Krs. Dramburg) sowie eine Ausarbeitung von MinR Conrig v. 1.8. für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1628, n. f. Vgl. zu Zuchow die Kleine Anfrage Nr. 430 Pieck u. Gen. (KPD) v. 9.7.1925 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 886; beantwortet ebd., Drucks. Nr. 908 D v. 17.7.1925.

⁸ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 3.8.1925 in: Rep. 151, II Nr. 1282, Bl. 179–181; hier auch Bl. 182 eine Ausarbeitung von MinR Hog für den Minister zur Sitzung. Die Fortsetzung der 2. Beratung im Reichstag erfolgte am 5.8.1925, in: StenBerRT, Bd. 387, S. 4043–4106. Der Reichsrat nahm das Gesetz in seiner Beratung am 8.8.1925 ohne preußische Gegenstimme zu Kenntnis; vgl. StenBerReichsR 1925, S. 371–373, § 502g. Erlassen am 10.8.1925, RGBl. I, S. 254.

⁹ Der Beschluß lautet: Durch die dem Finanzminister übertragenen Befugnisse wird das Recht der einzelnen Fachminister, bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Finanzminister die Entscheidung des Staatsministeriums anzurufen, nicht berührt. Beschließt jedoch das Staatsministerium in einer Frage, die nach der Erklärung des Finanzministers finanzielle Bedeutung hat, gegen die Stimme des Finanzministers, so kann dieser gegen den Beschluß Widerspruch erheben. Der Beschluß ist durch die Erhebung des Widerspruchs aufgehoben. Soll ein neuer Beschluß [...] herbeigeführt werden, so kann dies erst in einer weiteren Sitzung [...] geschehen. Bei der Abstimmung über die gleiche Ange-

erneuten Beratung außer Kraft gesetzt. [B] — (9a. Beziehungen zu Polen. Information über die Maßnahmen zur Regelung der Unterbringung der von Polen zur Abwanderung gezwungenen deutschen Optanten.¹⁰ — 9b. Ernennung.¹¹ [B])

legenheit kann alsdann gegen die Stimme des Finanzministers nur entschieden werden, wenn die Mehrheit sämtlicher Staatsminister Abweichendes beschließt und der Ministerpräsident mit der Mehrheit stimmt. (Bd. 172, Bl. 78).

¹⁰ Vgl. die Aufzeichnung v. 22.4.1925 über die Verhandlungen am 23.12.1924 zwischen dem preußischen und dem Reichsfinanzministerium über die Entschädigung Preußens für das durch den Versailler Vertrag verlorene nutzbare Staatseigentum, in der unter Pkt. 7 etwaige besondere Fürsorge für die wohnliche Unterbringung der aus Polen vertriebenen deutschen Optanten geregelt war, in: Rep. 151, I A Nr. 7385, n. f. Zur schlechten organisatorischen Vorbereitung: Schattkowsky, Deutschland und Polen, S. 309 f.

¹¹ Ernennung des Generaldirektors der Hannoverschen Kreditanstalt Drechsler zum Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt.

Nr. 19 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 26. August 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit einer hs. Korrektur, Bd. 174, Bl. 99–100; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 4², Bl. 2–6, sowie zu TOP 1 von Amelunxen, Bl. 8–8v; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Severing [V], Becker, Steiger, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Geißler [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], Schleusener [für Höpker Aschoff], Sachs, Frick, Scherek, Klausener, Loehrs, Surén, Sandrock [alle vier zu 1], Amelunxen [zu 1–2], Bail, Sommer, Mussehl, Sperl [alle vier zu 2], Arndt, Conring [beide zu 2].

(1. Fürsorgegesetz. Stimmverhalten im Reichsrat. Der als Reichsratsdrucksache vorliegende Entwurf³ einer Verordnung zur Änderung der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge v. 4.12.1924 ist abzulehnen, dafür aber einem von MinDir. Ritter vom Reichsarbeitsministerium vorläufig unverbindlich gemachten Vorschlag zuzustimmen, der bei geringeren Kosten eine vorzugsweise Fürsorge für Klein- und Sozialrentner auch sicherstellt. Notwendigkeit einer Entlastung Preußens [...] durch das Reich. [B]. — 2. Getreideeinfuhrscheine. Im Reichsrat ist für den Verordnungsentwurf⁴ einschließlich der geplanten Übergangsbestimmun-

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 100 wurden von den TOP 1–2 und 5 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 sowie die Vorlage zu TOP 3.

³ StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 134 v. 22.8.1925. Eine erste Abstimmung fand im Reichsrat mit zwei nicht näher bestimmten Gegenstimmen bereits in der Sitzung am 27.7.1925 statt; vgl. ebd., S. 334, § 469. In der Sitzung am 8.8. wurde die Begründung des Einspruchs mit Hinweis auf bereits laufende Verhandlungen der Länder mit dem Reich betr. Klein- und Sozialrentner ins Protokoll aufgenommen, ebd., S. 373 f., § 503. — Die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums v. 13.8.1925 in: Rep. 84a, Nr. 10964, Bl. 266–268; hier auch Bl. 269–272 die Schreiben Brauns v. 14.8. an den Reichskanzler bzw. den Reichstag. — Der Entwurf Ritters konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden; vgl. aber den Einspruch von Reichsarbeitsminister Brauns in: StenBerRT, Bd. 404, Drucks. Nr. 1464 v. 12.8.1925.

⁴ In der Sitzung des Reichsrats am 27.8.1925 wurde die Vorlage des Reichsfinanzministers v. 10.8. in die Ausschüsse überwiesen; vgl. StenBerReichsR, Jg. 1925, S. 458, § 554. In der Sitzung am 3.9., ebd., S. 464–466, § 563 erfolgte eine Zustimmung ohne Übergangsregelung; hier auch die beschlossenen Fassungen der Entwürfe einer Verordnung über Einfuhrscheine sowie einer Verordnung über die Geltungsfrist der Einfuhrscheine. Mit Schreiben v. 25.8.1925 bat Schreiber darum, den Entwurf im Staatsministerium zu beraten und vermerkte eigenhändig auf einem Auszug der Tagesordnung: der Verordnung soll zugestimmt werden, in: Rep. 120, C VII 1 Nr. 56 Bd. 6, n. f.; hier auch ein Bericht über die Ausschußsitzungen am 26. u. 27.8. sowie weiteres Material.

gen zu stimmen. [B] — 3. *Todesurteil*. Kein Gebrauch vom Begnadigungsrecht.⁵ [B] — 4. Personalvorschläge; *vertagt*. — (5. *Minister*. Genehmigung zur Vernehmung des früheren Kriegsministers [...]) *Scheüch als Zeuge in Bayern*.⁶ [B])

⁵ Vgl. die Vorlage am Zehnhoffs v. 19.8.1925 zum Urteil gegen H. Labahn in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Bd. 3, Bl. 81–82.

⁶ Vgl. das Scheiben des Reichswehrministers v. 15.8.1925 mit Abschrift des Antrages der Staatsanwaltschaft Nürnberg v. 3.7. in: Rep. 90, Nr. 616, n. f.; hier auch die Antwort des Staatsministeriums an das Landgericht v. 27.8.

Nr. 20 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 26. August 1925.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen Reschkes, Bd. 174, Bl. 101–101v; Urschriften und Protokollentwürfe in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 4, Bl. 5–7; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Severing [V], Becker, Steiger, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Scheidt.

1. *Staatsministerium. Terminplanung.* [B] — 2. *Zehn Ernennungen.* [B] — 3. Grundsätzliche Ausführungen *Schreibers* über die in der Justizverwaltung bestehenden und im Interesse der Republik anzustrebenden Personalverhältnisse. [B]

Nr. 21 Sitzung des Staatsministeriums am 10. September 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit zwei Korrekturen von der Hand Cohns, Bd. 174, Bl. 102–104; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Becker, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], Ramm [für Steiger], Frick, Goslar, Klausener [zu 1], Vollbach, Amelunxen [beide zu 1–2], Sommer, Beckhaus [beide zu 2].

1. *Kinderspeisung. Da seitens des Wohlfahrtsministeriums hierfür 1926 staatliche Mittel [...] nicht in Anspruch genommen werden, soll die Federführung vom Landwirtschaftsministerium auf das Wohlfahrtsministerium übergehen.*² [B] — 2. *Fünf Ernennungen sowie Hinausschiebung der Altersgrenze in drei Fällen*³; *eine Ablehnung.* [B] — 3. *Nochmals zur Aufhebung kriegs- und übergangswirtschaftlicher Verordnungen. Angesichts der neuerlichen Preissteigerungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs hat Preußen kein Interesse mehr an der im Reichsrat beantragten völligen Aufhebung der Preistreibeiverordnung und der Verordnung über Preisprü-*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 102 wurden von den TOP 3–4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

In Rep. 90, Annex L Nr. 4, Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 sowie die Vorlage zu TOP 3.

² Vgl. die Vorlage aus dem Wohlfahrtsministerium v. 31.7.1925 in: Rep. 84a, Nr. 5589, Bl. 40–40v; hier auch Voten. Mit Bezug auf das Protokoll: Marcus, Paul, *Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt (1919–1932). Vorgeschichte, Geschäftskreis, Tätigkeit und Auflösung sowie seine Überlieferung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz*, in: *Archivalische Zeitschrift* 83 (2000), S. 111.

³ Vgl. die Vorlage des Landwirtschaftsministeriums v. 9.9.1925 in: Rep. 90, Annex L Nr. 4, Bl. 28–29v.

fungsstellen. *Severing soll dies bekannt geben.*⁴ [B] — (4. Minister. Beteiligung der [...] Reichs- und Staatsminister an Kongressen, Tagungen usw. *Der Beschluß v. 17.4.1924*⁵ sowie das Rundschreiben v. 28.4.1924 sind auf Anregung Beckers in Erinnerung zu bringen. [B] — 5. *Preußische Personalabbauverordnung.*⁶)

⁴ Vgl. die Vorlage Severings v. 2.9.1925 in: Rep. 84a, Nr. 1824, Bl. 470–470v; hier auch Bl. 460–462v der Reichsentwurf v. 8.8.1925 einer Verordnung über die Aufhebung notwirtschaftlicher Verordnungen sowie Bl. 472 die Meldung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes v. 15.9. Am 13.10.1925 erging eine Anweisung des Justizministers (JMinBl., S. 372), daß die Strafverfolgungsbehörden die Durchsetzung der einschlägigen Gesetze und Verordnungen, insbesondere der Preistreiberei-Verordnung, besonders beachten sollten; abgedr. mit Runderlaß des Ministers des Innern v. 23.10.1925 in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 1151. Der Entwurf der Anweisung in: Rep. 84a, Nr. 1825, Bl. 18.

⁵ Vgl. den Beschluß in der Sitzung am 17.4.1924, TOP 3, mit Bezug auf die Vorlage des Handelsministers Siering v. 30.3.1924; diese in: Rep. 77, Tit. 3960 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 1–2; hier auch Bl. 53–57 ein Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers v. 8.6.1925 an die Länderregierungen und weiteres Material. Ferner z. B. eine allgemeine Anweisung am Zehnhoffs für sein Ressort v. 24.9.1925 in: Rep. 84a, Nr. 2054, Bl. 86. Das Rundschreiben Brauns v. 28.6.1924 in: Rep. 151, HB Nr. 22, Bl. 110–111; bereits am 13.10.1925 mußte der Ministerpräsident erneut auf die Beschlußlage verweisen, ebd., Bl. 228.

⁶ Der Tagesordnungspunkt ist nicht im Protokoll enthalten. Rekonstruiert nach dem Schreiben Severings v. 12.9.1925: Im Anschluß an meinen in der gestrigen (sic!) Staatsministerialsitzung gestellten Antrag auf Vertagung der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaus und die Änderung der Personalabbauverordnung ..., in: Rep. 120, A I 1 Nr. 38a Bd. 6, n. f. Daß es sich bei der Datierung auf „gestern“ vermutlich um einen durch den Geschäftsgang bedingten Fehler handelt, wird durch den Umstand erhärtet, daß eine nachgeheftete Abschrift von der Abschrift des Schreibens den Tag offen läßt und nur Berlin, den [...] September 1925 im Kopf trägt.

Nr. 22 Sitzung des Staatsministeriums am 16. September 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 105–110; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Steiger], Fritze [für am Zehnhoff], Pünder [RK], Dönhoff, Schleusener, Frick, Scherek, Reschke, Wellmann, v. Heusinger [beide zu 1], Mulert, Surén [beide zu 1–2], Wittelshöfer [zu 1 und 6], Lehmann, Eggert, Schnitzler [alle drei zu 1], Cohn [zu 1–2], Hog, Dziegalowski, Jaeckel [alle drei zu 2], Fimmen, Landfried, Frosch, Borsdorf, Hubrich, Heuser, Vollbach, Brand, Reichau [alle neun zu 3], Articus, Wolff (LandMinm.), Bank [alle drei zu 5], Amelunxen [zu 5–6], Klausener [zu 6].

1. *Preußische Steuernotverordnung.* Entwurf² eines *Änderungsgesetzes.* Eine Erhöhung der Hauszinssteuer wird vorläufig zurückgestellt. Einverständnis mit dem Vorschlage Höpker Aschoffs, sie zum 1.1.1926 anzuheben. [B] — 2. *Finanzausgleich* [...] zwischen dem Staat und den Gemeinden. Nach nochmaligen Verhandlungen zwischen Höpker Aschoff und Severing soll Bericht

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 105 wurden von den TOP 7–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben. In Rep. 90, Annex L Nr. 4, Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 und 5–6 sowie Vorlagen zu den TOP 1–2.

² Vgl. die Vorlage v. 10.9.1925 in: Rep. 84a, Nr. 9204, Bl. 109–113v; hier auch frühere Fassungen sowie Voten. Eine Ausarbeitung von RegR Hog bereits v. 8.7.1925 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 151, II Nr. 1043, n. f. Mit Bezug auf das Protokoll: Aders, Thomas, *Die Utopie vom Staat über den Parteien. Biographische Annäherungen an Hermann Höpker Aschoff (1883–1954)*, Frankfurt/M. u. a. 1994, S. 101 f.

erstattet werden.³ [B] — **3.** *Preußische Personalabbauverordnung. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁴ [...] mit Änderungen. Einzelheiten, u. a. zur Rolle des Finanzministers sowie zu den Terminen, an denen einzelne Regelungen in Kraft treten. Ermächtigung für Höpker Aschoff zu redaktionellen Änderungen.* [B] — *Der Entwurf⁵ eines Gesetzes über Änderung des Gesetzes betr. Einführung einer Altersgrenze v. 15.12.1920 wird vorläufig zurückgezogen [...] mit Rücksicht auf die in der Sitzung mitgeteilte Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums.* [B] — **4.** *Vier Ernennungen.* [B] — **5.** *Kultivierung privater Heide- und Moorländereien. Der Gesetzentwurf⁶ zur Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln wird erneut kommissarisch beraten. Einverständnis Höpker Aschoffs, die zur Verhinderung der Einstellung der Betriebe erforderlichen Maßnahmen⁷ zu treffen.* — **6.** *Nochmals zur Zeppelin-Eckener-Spende.⁸ Mitteilung von Pünder, daß die Reichsregierung über einen zu gegebener Zeit geplanten Sammlungsaufruf die Öffentlichkeit informieren wird. Entsprechender Bescheid an Eckener.* [B] — **(7. Beziehungen zu Polen. Information, daß die Reichsregierung sich weigert, sich an den Kosten für die Ansiedlung der von Polen ausgewiesenen deutschen Optanten zu beteiligen. Pünder wird Reichskanzler Luther [...] vortragen und auf eine schnelle Entscheidung hinwirken.)**

³ Vgl. das Schreiben Höpker Aschoffs v. 9.9.1925 in: Rep. 84a, Nr. 9174, Bl. 20–28; hier auch weiteres Material. Voten Severings v. 9. sowie 14.9.1925 auch in: Rep. 151, II Nr. 1291, Bl. 370–377.

⁴ Vom 10.9.1925, in: Rep. 90, Nr. 742, n. f.; hier auch eine Stellungnahme des Innenministeriums v. 12.9., eine überarbeitete Fassung des Entwurfs v. 18.9. und die dem Staatsrat übergebene Fassung v. 22.9., StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 203. Ein Auszug aus der Tagesordnung mit einem hs. Vermerk v. 16.9. zum Ergebnis der Beratungen in: Rep. 120, A 1 Nr. 38a Bd. 6, n. f. Eine Ausarbeitung von MinR Landé v. 10.9.1925 für Becker zur Sitzung in: Rep. 76, I Sekt. 4 Nr. 1 Bd. 2, n. f. Eine Ausarbeitung für MinDir. Richter in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 76, Va Sekt. I Tit. 1 Nr. 59 Bd. 1, Bl. 305; hier auch Bl. 290v ein Vermerk der Hochschulabteilung v. 25.9.: Es bestehen nach wie vor erhebliche Bedenken. Nachdem jedoch das Staatsministerium zugestimmt hat, erscheint weiterer Widerspruch nutzlos. – Es wurde das Gesetz über die Einstellung des Personalabbaues und Änderung der Preußischen Personalabbau-Verordnung (Personalabbau-Abwicklungsgesetz) v. 25.3.1926, GS, S. 105, erlassen.

⁵ Vom 16.9.1925, in: Rep. 90, Nr. 742, n. f. Eine Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden.

⁶ Vom 16.10.1925, in: Rep. 77, Tit. 1144 Nr. 8, n. f.

⁷ Ursprünglich äußerstenfalls erforderlichen Maßnahmen (Bl. 109).

⁸ Vgl. das Schreiben Brauns v. 5.8.1925 an alle preußischen und Reichsressorts sowie das Büro des Reichspräsidenten in: Rep. 76, Vc Sekt. I Tit. 11 Teil VA Nr. 4 Bd. 3, Bl. 321–321v; hier auch weiteres Material. Ferner die Beratung der Reichsminister v. 21.9.1925 in: Die Kabinette Luther I und II, S. 548 f., Dok. Nr. 157; hier auch zur geplanten Veröffentlichung der Reichsregierung.

Nr. 23 Sitzung des Staatsministeriums am 24. September 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 111–114, Anlage: Bl. 115–118v; MF 1036. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann², Reschke [zu 1–6], Goslar, Mulert, Surén [beide zu 3], Sattelmacher [zu 3–4], Hubrich [zu 3], Wagemann, Articus, Boddin, Conring [alle vier zu 1], Richter I, Heuser [beide zu 2], Peuckert, Cohn [beide zu 4], Erythropel, Frank (FinMinm.), Oppler [alle drei zu 7].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 111 wurde von TOP 2 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Teilnahme unklar.

1. Preußische Pachtschutzordnung. Entwurf³ einer Verordnung zur Änderung. Zusatz bezüglich Ausnahmeregelungen in Kompetenz des Landwirtschaftsministers. [B] — (2. Interalliierte Kommission. Einverständnis mit der auszugsweisen Mitteilung des unverbindlichen Referentenentwurfs⁴ eines neuen Schutzpolizeibeamtengesetzes. [B] — 3. Nochmals zum Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden. Bericht Höpker Aschoffs über die geführten Verhandlungen, die keine Änderungen an dem bisherigen Verteilungsschlüssel bei der Einkommens- und Körperschaftssteuer, hingegen bei der Umsatzsteuer eine Teilung je zur Hälfte zum Ergebnis hatten. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵. [B]) — 4. Pensionssache.⁶ [B] — 5. Drei Disziplinarsachen.⁷ [B] — 6. Fünf Hinausschiebungen der Altersgrenze,⁸ u. a. für den Generaldirektor der Staatsarchive P. Kehr⁹. [B] — 7. Fürstenabfindung. Information zum Entwurf¹⁰ eines Vertrages mit dem ehemaligen Königshause und Ermächtigung an Höpker Aschoff zur Unterzeichnung vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags. — (8. Locarno-Konferenz. Bericht Brauns zur außenpolitischen Lage aufgrund der Einladung an das Deutsche Reich. Ermächtigung, bei der kommenden Besprechung¹¹ mit der Reichsregierung für eine Beteiligung an der geplanten Konferenz einzutreten. [B])

³ Vom 18.9.1925, in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 111a Bd. 2, Bl. 4–12v; hier auch Voten sowie Bl. 3–3v eine cessierte Ausarbeitung von RegR Gramsch zur Sitzung. Die Änderungsverordnung v. 30.9.1925, GS, S. 117. Vgl. zusammenfassend: Nörr, Knut Wolfgang, Zwischen den Mühlsteinen. Eine Privatrechtsgeschichte der Weimarer Republik, Tübingen 1988, S. 88.

⁴ Vgl. den unverbindlichen Referenten-Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung der nach dem 31.12.1925 eingetretenen Schutzpolizeibeamten nebst einer Novelle zum Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder v. 28.9.1925 in: Rep. 151, I C Nr. 1710, n. f.; hier auch das Schreiben des Reichsinnenministers v. 8.10.1925 zu den Verhandlungen mit der Militärkontrollkommission und mit der Bitte um Übersendung eines Entwurfs sowie das Konzept eines Antwortschreibens. Ferner der mit Anschreiben v. 10.10. dem Staatsrat übermittelte Entwurf eines Gesetzes über die weitere Gültigkeit des Schutzpolizeibeamtengesetzes in: StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 237. Zur Schutzpolizeifrage: Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927, München 1966, S. 304–322.

⁵ Vgl. Anlage, Bl. 115–118v. Die Vorlage Höpker Aschoffs v. 23.9.1925 in: Rep. 151, II Nr. 1291, Bl. 382–386; hier auch Bl. 388–399v eine überarbeitete Fassung v. 26.9.

⁶ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H.

⁷ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F. Gutachten und Urteile des Disziplinargerichts zu den Fällen der wegen monarchistischer Haltung entlassenen Polizeioffiziere v. Kretschmann, Warendorff und Hahn in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 9, n. f. Der Beschluß des Staatsministeriums zu v. Kretschmann in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 209 Beiakten I, Bl. 106–113. Eine hs. Notiz Höpker Aschoffs auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis in: Rep. 151, I B Nr. 4352, n. f.; ebenso Notizen Steigers v. 24.9. in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 9, n. f.

⁸ Vgl. den Schriftwechsel zur nochmaligen Verlängerung von Landrat v. Beckerath in Düsseldorf in: Rep. 77, Nr. 4573, Bl. 1–10.

⁹ Vgl. Weiser, Johanna, Geschichte der preußischen Archivverwaltung und ihrer Leiter. Von den Anfängen unter Staatskanzler von Hardenberg bis zur Auflösung im Jahre 1945, Köln, Weimar, Wien 2000, S. 109.

¹⁰ Konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden. – Der Vertrag v. 12.10.1925 wurde veröffentlicht als Anlage zum Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses. Vom 19.10.1926, GS, S. 267. Ein im Auftrag der Hohenzollern erstelltes Gutachten: Bredt, Johann Victor, Die Vermögens-Auseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und dem Königshause, Berlin 1925. Vgl. Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenentscheidung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978, S. 44 f. Mit Bezug auf das Protokoll: Jung, Volksgesetzgebung, Teil 1, S. 508. Ferner Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen, Das Haus Hohenzollern 1918–1945, München, Wien 1985, S. 36–41.

¹¹ Vgl. das nachstehende Protokoll der Besprechung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder v. 25.9.1925.

Besprechung des Reichskabinetts mit den Ministerpräsidenten der Länder am 25. September 1925.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 1, S. 574–582, Dok. Nr. 162–163.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Kriegsschuldfrage; Sicherheitspakt; Räumungsfrage; Eintritt in den Völkerbund; Preisabbau.

Besprechung des Reichskanzlers mit Ministerpräsidenten, Finanz- und Innenministern der Länder am 2. Oktober 1925.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 1, S. 605–657, Dok. Nr. 169.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff¹.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Schleusener, Mulert, Grosser, Becker, Simon, Lauenstein.

Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden; Aufnahme von Auslandskrediten; Aufwertungsfragen.²

¹ *Vgl. hierzu eine Aktennotiz v. 29.9.1925, nach der Braun wünschte, daß neben dem Finanzminister auch Severing eingeladen werden sollte, in: Rep. 90, Nr. 388, n. f. Hiernach nahm Weismann in Vertretung des Ministerpräsidenten teil.*

² *Vgl. hierzu den vertraulichen Protokollruck in: Rep. 90, Nr. 388, n. f.*

Nr. 24 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Oktober 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 119–123v; MF 1036/37. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Geißler [für am Zehnhoff], Weismann, Schleusener, Sachs, Frick, Offermann, Goslar, Meister, Hartung, Burckhardt [beide zu 1], Conring [zu 1–2, 5], v. Treskow [zu 1], F. W. Fischer, Friedrich, Hiecke, Kickton [alle vier zu 2], Schmeißer [zu 3], Fimmen, Cohn [beide zu 3–4], Klausener, Thalau.

1. Nochmals zur Aufhebung kriegs- und übergangswirtschaftlicher Verordnungen. Zur Bekämpfung der neuerlichen Preissteigerungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs soll der Reichsratsbeschluß zur Aufhebung ausgesetzt und die Reichsregierung dazu mündlich

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 119 wurden von den TOP 1–3, 5–6 und 9 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

verständnisvoll werden.² [B] — 2. *Nochmals zum Bau eines Hochhauses in Köln. Keine grundsätzlichen Bedenken wegen der Überschreitung der höchsten Bebauungsgrenze, jedoch zusätzliche Prüfung vom denkmalspflegerischen Standpunkt.*³ [B] — 3. *Federführung bei der Neuregelung des Beamtenrechts kommt in allgemeinen Beamtenrechtsfragen dem Finanzminister und bei der Neuregelung des Disziplinarrechts dem Innenminister zu.*⁴ [B] — 4. *Beamtenpolitik. Neuregelung des Dienststrafrechts. Wortlaut einer Erklärung Severings im Beamtenausschuß des Landtags zu den Beratungen des Entwurfs*⁵ einer preußischen Dienststrafordnung. *Die Verhandlungen sind zu unterbrechen, weil das Reich an einer eigenen Regelung arbeitet und die endgültige Form des Reichsgesetzes abzuwarten ist.*⁶ *Andernfalls sollen sich die Regierungsvertreter an den Diskussionen sachlich nicht [...] beteiligen.* [B] — 5. *Ausländische Landarbeiter. Einflußnahme auf die Reichsregierung zur Einhaltung der Höchstzahl von 130 000 minus 20 %.*⁷ [B] — 6. *Nochmals zur Zeppelin-Eckener-Spende. Es wird den bisherigen Sammlungen [...] nachträgliche Zustimmung erteilt, eine Weiterführung und Intensivierung aber ausdrücklich versagt.* [B] — 7. *14 Ernennungen.* [B] — (8. *Beamtenbesoldung. Ermächtigung für Höpker Aschoff, im Beamtenausschuß des Landtags die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von 300 M abzulehnen.*⁸ [B] — 9. *Studienhaus für angehende ungarische Gelehrte und Beamte in Berlin. Information zum Plan der ungarischen Regierung und zum geplanten Grundstückskauf mit Unterstützung des preußischen Wissenschaftsministeriums.*⁹)

² Mit Schreiben v. 29.9.1925 informierte Braun, daß die Problematik in der nächsten Sitzung beraten werden soll und bat Hirtsiefer, ein angekündigtes Schreiben an Reichsressorts bis dahin zurückzuhalten; vgl. Rep. 84a, Nr. 1825, Bl. 11 – Hier auch Stellungnahmen aus dem Handels- und Innenministerium sowie Bl. 17 eine hs. Notiz v. 8.10. zum Ergebnis der Sitzung. Ein Schreiben des Justizministers v. 23.9. in: Rep. 84a, Nr. 1824, Bl. 474–475.

³ Vgl. die Vorlage Beckers v. 14.8.1925 in: Rep. 77, Tit. 444 Nr. 3 Bd. 7, Bl. 140–141. Zu Hochhausplanungen: Hagspiel, Wolfram, Großbauten und Privathäuser, in: Köln – seine Bauten 1928–1988, bearb. u. zusammengestellt v. Heribert Hall, Köln 1991, S. 69; Architektur der 30er und 40er Jahre in Köln. Materialien zur Baugeschichte des Nationalsozialismus, hrsg. v. Hiltrud Kier, Karen Liesenfeld u. Horst Matzerath, Köln 1999, S. 16 f.

⁴ Vgl. zum Wortlaut des Protokolls den Einspruch Höpker Aschoffs v. 24.10.1925 sowie den Entwurf einer Antwort Brauns Bl. 133–134. Umfangreicher Votenwechsel einschl. der Vorlage Höpker Aschoffs v. 18.9.1925 in: Rep. 90, Nr. 469, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Cohn v. 5.10. für Braun zur Sitzung. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 36; Alexander, Thomas, Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar, Bd. 1, Frankfurt/M. u. a. 1996, S. 744.

⁵ Vgl. den Entwurf eines Gesetzes über die Verhängung von Dienststrafen gegen Beamte in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 91 v. 8.1.1925. – Die Vorlage v. 2.10.1925 in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 9, n. f.; hier auch früheres Material. Der Entwurf einer Reichsdienststrafordnung wurde als StenBerRT, Bd. 404, Drucks. Nr. 1474 v. 7.8.1925 vorgelegt und in der ersten Beratung am 14.1.1926 sofort an den 14. Ausschuß überwiesen, ebd., Bd. 388, S. 5009. Der Wortlaut einer Erklärung des Vertreters des Staatsministeriums, Staatssekretär Meister, [...] in der Sitzung des Ausschusses für Beamtenfragen am 8.10.1925 in: Rep. 84a, Nr. 3079, Bl. 195–196. Ein Schreiben des Reichsinnenministers v. 5.10.1925 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 241a Beiakten I, Bl. 1–3v.

⁶ Vgl. Schmahl, Hermannjosef, Disziplinarrecht und politische Betätigung der Beamten in der Weimarer Republik, Berlin 1977, S. 77–79.

⁷ Vgl. das Schreiben Severings v. 3.10.1925 in: Rep. 87, B Nr. 228, Bl. 88–89; hier auch Bl. 80–87 Ausarbeitungen von ORegR Thalau für Steiger zur Sitzung. Ferner Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n. f. eine Notiz des Referenten v. 3.10. in Vorbereitung der Sitzung.

⁸ Vgl. eine Referentennotiz v. 22.10. auf einem Protokollauszug, daß die Kl[eine] Anfrage nicht so beantwortet werden kann, wie es der [...] Ministerpräsident vorschlägt, in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. I Bd. 18, n. f.

⁹ Für das mit der Berliner Universität verbundene Collegium Hungaricum wurde Ende 1925 mit einem Neubau in der Dorotheenstraße begonnen; vgl. die Bauakten ab Februar 1926: Rep. 76, Va Sekt. 2 Tit. XIX Nr. 99. Ferner: Farkas, Julius v., Das Ungarische Institut und seine geschichtlichen Voraussetzungen, in: Ungarische Jahrbücher 17 (1937), S. 28; als Initiator wird hier der Lehrstuhlinhaber für ungarische Sprache und Literatur, Robert Gragger, genannt und nicht der ungarische Kultusminister K. Graf Klebelsberg; Wende, Erich, C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 250.

Nr. 25 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Oktober 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 124–125v; MF 1037. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister, Weismann, Sachs, Frick, Goslar, Mulert, Jaques, Lauenstein, Amelunxen, Zschintzsch [alle fünf zu 1].

1. Auslandskredite für Düsseldorf und Duisburg. Befürwortung der Aufnahme einer Düsseldorfener Anleihe [...] bei der Beratungsstelle für Auslandskredite mit Ausnahme von 10 Mio. RM für den Bau eines neuen gemeinsamen Elektrizitätswerks der beiden Städte.² [B] — **2. Ernennung.** [B] — **(3. Stenographie. Durchführung gemeinsamer Lehrgänge** für die Beamten und Angestellten aller Behörden eines Ortes.³ [B] — **4. Staatsregierung und Staatsminister, Repräsentation. Weismann wird beauftragt, alles in die Wege zu leiten, um eine angemessene Berücksichtigung [...]** bei der Teilnahme an künftigen offiziellen Veranstaltungen zu gewährleisten.⁴ [B]) — **5. Monarchie.** Beseitigung des Wortes „Königlich“ auf Akten, Verwaltungsgebäuden usw. Braun ersucht die Ressortchefs, dafür – nötigenfalls durch Disziplinarmaßnahmen – Sorge zu tragen.⁵)

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 124 wurden von den TOP 3–4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. die Vorlage Severings v. 14.10.1925 in: Rep. 84a, Nr. 4452, Bl. 484–486. Eine Ausarbeitung von MinR v. Achenbach v. 14.10. zur Sitzung auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 76, IIa Sekt. 42 Nr. 4 Bd. 3, n. f.; hier auch weiteres Material. – Die Vossische Zeitung Nr. 491 v. 16.10.1925 meldete die Anwesenheit des Düsseldorfener OB Jarres in Berlin. Grundsätzlich: Ott, Rolf, Die Beratungsstelle für Auslandskredite beim Reichsfinanzministerium, in: Auslandsanleihen und Reparationen. Auslandskredit und Volkswirtschaft – Die Beratungsstelle für Auslandskredit – Reparationen und Wechselkurse. Wissenschaftliche Abhandlungen, Jena 1929, S. 77–182; zu Investitionen in der Elektrizitätserzeugung ebd., S. 137–140. Ferner: Schramm, Hermann, Die Beratungsstelle für Auslandskredit in der Wirtschaft der Weimarer Republik, Berlin, wirtschaftswiss. Diss. 1982 (MS). Zur Anleihepolitik 1925: McNeil, William, American Money and the Weimar Republic. Economics and Politics on the Eve of the Great Depression, New York 1986, S. 69–95. Zur Düsseldorfener Anleihe: Kuczynski, Robert, Deutsche Anleihen im Ausland 1924–1928, Berlin, 2. Aufl. 1929, v. a. S. 77.

³ Vgl. die Ausarbeitung von MinR Cohn v. 14.10.1925 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 485, n. f.; hier auch das Protokoll einer kommissarischen Beratung v. 23.10.

⁴ Vgl. das Rundschreiben Weismanns v. 26.11.1925 in: Rep. 120, CB I Nr. 39 Bd. 3, n. f. Ferner sein Schreiben v. 19.10. an den Berliner Polizeipräsidenten wegen der Beschwerden aus dem Kabinett über die Geringachtung seitens der Polizei, was wohl den Anlaß für die Erörterungen im Staatsministerium gegeben hatte, in: Rep. 151, HB Nr. 20, Bl. 54–56.

⁵ Nachdem bereits eine Fassung eines Runderlasses v. 5.10.1925 paraphiert worden war, wurde lt. einer Notiz verfügt, daß der Beschluß auf Mitteilung des St[aats]M[inisteriums] nicht zum Gegenstand eines Runderlasses gemacht werden, sondern in der Sitzung der Ober- und Reg[ierungs]Präs[identen] demnächst zur Sprache gebracht werden soll. In einer Anmerkung hieß es aber: Ist bei der Fülle der Erörterungen [?] nicht besprochen worden. Daraufhin erging ein Rundschreiben Höpker Aschoffs v. 5.11.1925. Alle Schriftstücke in: Rep. 151, I B Nr. 351, n. f. Ein gemeinsamer Erlaß mit Severing v. 31.12.1925 in: MinBl. Innere Verwaltung 1926, Sp. 3.

Besprechung des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder am 21. Oktober 1925.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 789–792, Dok. Nr. 202.

Anwesend: für Preußen [Braun].

Bericht der deutschen Delegation über die Konferenz in Locarno.

Nr. 26 Sitzung des Staatsministeriums¹ am 28. Oktober 1925.

Vollz. Reinschr.² mit einem hs. Zusatz, Bd. 174, Bl. 128–130; hs. Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, Rep. 90, Annex L Nr. 5³, Bl. 4–6v; MF 1037. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Lammers [für Becker], Pünder [RK], Weismann, Sachs, Frick, Goslar, Arndt, Greeven [beide zu 1], Cohn [zu 1, 6, 10–11a], Mulert [zu 5 und 11b], v. Leyden [zu 5–6], Scheche [zu 5], Frielinghaus [zu 5 und 10], Conring [zu 5], Klausener [zu 5 und 7], Sommer, Bothe [beide zu 6], Sandrock [zu 6–7], Kämper [zu 7], Borggreve [zu 3 und 7], Kasper [zu 7], Amelunxen [zu 3–4, 7, 11b], Remak, Reschke, Schönbeck [alle drei zu 8], Hog, Dziegalowski, Eggert [alle drei zu 10], Rathenau, Metz [beide zu 3], Renner, v. Schenck [beide zu 4], F. Ernst [zu 11a], Römer [zu 11b].

1. Zwei Todesurteile. Kein Gebrauch vom Begnadigungsrecht.⁴ [B] — **2.** Genehmigung zum Rangwechsel für die Hypotheken der Landschaftlichen (Ritterschaftlichen) Kreditanstalten; *Beschluß vertagt.* — **3.** Ankauf des Waldbesitzes Malepartus in Oberschlesien. *Ermächtigung für Steiger zu Verhandlungen über einen günstigen Reichskredit.*⁵ [B] — **4.** Entwurf⁶ des Staatsvertrages zwischen Preußen und Thüringen *betr.* Durchführung der Grundstückszusammenlegungen, Gemeinheitsteilungen und Ablösungen in Thüringen durch die Preußischen Landeskulturbehörden. *Zustimmung.* [B] — **5.** *Kommunale* Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. *Überweisung eines Gesetzentwurfs betr.* Neuregelung an den

¹ *Lt. dem Auszug aus der Tagesordnung in Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 12, Bl. 506 sollte die Sitzung im Ministersaal des Landtages stattfinden.*

² *Lt. Aktenvermerk Bl. 128v wurden von den TOP 3–4 und 6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

³ *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–6, 8 und 10 sowie Vorlagen zu den TOP 1–2.*

⁴ *Vgl. die Vorlagen am Zehnhoffs v. 16. u. 17.10.1925 zu den Urteilen gegen F. Angerstein u. O. Krause in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Bd. 3, Bl. 84–88.*

⁵ *Vgl. die Vorlage Steigers v. 25.10.1925 in: Rep. 90, Nr. 1628, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Amelunxen v. 28.10. zur Sitzung. Unterlagen zur Bewertung der Ländereien und zu den Kaufverhandlungen in: Rep. 151, IC Nr. 13080, n. f.; hier auch eine Notiz von MinR Metz v. 27.10. in Vorbereitung der Sitzung sowie ein eigenhändiger Vermerk Höpker Aschoffs zum Beratungsergebnis.*

⁶ *Von Steiger mit Anschreiben v. 19.8.1925 (versehentlich in der Fassung eines unverbindlichen Vorentwurfs) vorgelegt, in: Rep. 76a, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 25 Bd. 3, n. f.; hier auch Voten. Die verbindliche Fassung in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 24 Beiakten 2, Bl. 15–22; hier auch Bl. 28–28v eine Ausarbeitung von MinR Schütze für Severing zur Sitzung. Der Vertrag datiert v. 3.12.1925; in Kraft ab 26.7.1926 und veröffentlicht durch Bekanntmachung v. 3.12.1926, GS, S. 320.*

Staatsrat zur Begutachtung und dann an den Landtag.⁷ [B] — 6. Reichspost. Im Verwaltungsrat ist grundsätzlich gegen die beabsichtigte [...] Versorgungsanstalt zu stimmen.⁸ [B] — 7. Wohnungsbau. Der Gemeinnützigen Siedlungs- und Kriegerheimstätten-A. G. Berlin-Pankow wird im Grundbuch der Vorrang für einen Kredit über 300 000 RM gegen ein staatliches Wiederkaufsrecht gewährt.⁹ [B] — 8. Fürstenabfindung. Schiedsgerichtliche Einigung betr. der Aufwertung von hessischen Rentenansprüchen sowie Erhöhung der vorläufigen Abschlagszahlungen.¹⁰ [B] — 9. Drei Ernennungen. Zwei weitere Ernennungen werden vertagt. [B] — 10. Grundsteuer. Überweisung eines Gesetzentwurfs¹¹ betr. Änderung des Abänderungsgesetzes v. 28.2.1924 betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen an den Staatsrat zur Begutachtung und dann an den Landtag. [B] — (11a. Pressepolitik. Keine Beteiligung an einer Sondernummer des Manchester Guardian für Deutschland.¹² [B] — 11b. Nochmals zur Auslandsanleihe für Düsseldorf. In dem bei der Beratungsstelle für Auslandskredite [...] vorgesehenen [...] Länderausschuß ist entsprechend dem Beschluß v. 14.10.1925 zu stimmen.¹³ [B])

⁷ Vom 24.10.1925, in: Rep. 84a, Nr. 9676, Bl. 156–296; hier auch weiteres Material. Eine Ausarbeitung von MinR v. Achenbach v. 27.10. zur Sitzung auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 12, Bl. 505; hier auch ein hs. Vermerk von StS Lammers zum Beratungsergebnis. Die dem Staatsrat vorgelegte Fassung in: StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 232 v. 28.10.1932; im Landtag als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1612 v. 16.11.1925 mit der Stellungnahme des Staatsrats v. 12.11.1925. Ferner eine Einladung an die Staatsratsmitglieder zu einer Besichtigungsreise am 10.11.1925 in: Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 5, n. f.

⁸ Vgl. die gedr. Vorlage des Verwaltungsrats der Reichspost Nr. 22 v. 26.10.1925 (Satzung) in: Rep. 120, A XIV Nr. 31 Bd. 1, n. f.; hier auch weiteres Material sowie eine hs. Notiz Schreibers v. 28.10. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis.

⁹ Zum im Protokoll erwähnten Veltener Projekt und seiner Finanzierung vgl. die Große Anfrage Nr. 37 Ladendorff u. Gen. (Wirtschaftliche Vereinigung) v. 5.11.1925 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1548, beantwortet von Hirtsiefer in der Sitzung am 15.12., in: Ebd., Sp. 7486 f. Ferner: Kruchen, Paul, Gemeinnützige Siedlungs- und Kriegerheimstätten-Aktiengesellschaft Berlin-Pankow, o. O. (Berlin um 1925), S. 17–28. Zum Jahresende ging die Gesellschaft in Konkurs; vgl. z. B.: Der Zusammenbruch der Pankower Siedlungsgesellschaft. Wer führte die Öffentlichkeit irre?, in: Berliner Börsen-Zeitung Nr. 13 v. 9.1.1926, S. 1.

¹⁰ Die Vorlage aus dem Justizministerium konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden: Von der Akte Rep. 84a, Nr. 43582 „Aufwertung des Rentenanspruchs des Alexander Friedrich Landgraf von Hessen und des Friedrich Karl Prinz von Hessen gegen den preußischen Staat“ (1924–25) ist nur noch der Deckel ohne Inhalt überliefert. – Die Vergleichsverhandlungen scheiterten, und Hessen selbst lehnte ein Schiedsgericht ab; vgl. Jung, Volksgesetzgebung, Teil 1, S. 102.

¹¹ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 24.10.1925 in: Rep. 84a, Nr. 8714, Bl. 148–154v. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 233 v. 29.10.1932; beraten in der Sitzung am 11.11., in: Ebd., S. 524. Im Landtag als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1683 v. 23.11.1925. Hier auch im Anschreiben des Staatsministeriums die Information, daß der Staatsrat keine Einwendungen hatte.

¹² Vgl. das Schreiben Brauns v. 22.9.1925 mit der Bitte um Vorschläge zur Beteiligung der Ressorts in: Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 14 Bd. 1, Bl. 106–108; hier auch weiterer Schriftwechsel einschl. des Schreibens des MinPräs. v. 24.10.1925 betr. einer Nichtbeteiligung (Bl. 116). Dieses auch in: Rep. 203, Nr. 414, n. f.; hier auch weiteres Material. Die Sondernummer „The Manchester Guardian Weekly“ (Bd. 14, Nr. 5 v. 29.1.1926) in: Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 14 Bd. 1, Bl. 142–161v. Bereits vom April 1922 bis zum Januar 1923 erschienen 12 Sondernummern in deutscher Sprache des „Manchester Guardian. Commercial. Der Wiederaufbau in Europa“; vgl. Ayerst, David, The Manchester Guardian. Biography of a Newspaper, Ithaca (N. Y.) 1971, S. 435.

¹³ Vgl. die Vorlage Severings v. 28.10.1925 in: Rep. 84a, Nr. 4452, Bl. 489–490. Die im Protokoll erwähnten Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten v. 23.12.1924, gedr. in: Denkschrift über das Arbeitsgebiet und die Tätigkeit der Beratungsstelle für Auslandskredite vom 1.1.1925 bis zum 30.9.1926, in: StenBerRT, Bd. 413, Drucks. Nr. 2897 v. 28.12.1926. Hier auch unter Lit. C, Abs. 2 zum Länderausschuß, der aber Zeit seines Bestehens in keinem Falle angerufen wurde. Zum Kredit für Düsseldorf ebd., S. 18.

Nr. 27 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1925.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 174, Bl. 131–132v; hs. Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, Rep. 90, Annex L Nr. 5¹, Bl. 2–3v; MF 1037. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], v. Meyeren [für Schreiber], Weismann, Sachs, Frick, Goslar, Lammers, F. Trendelenburg, Stalman, du Mesnil [alle drei zu 4], Conring [zu 2 und 4], Mulert, Zschintzsch, Klausener, Kügler, Scheche, Reschke [alle sechs zu 1], Gramsch, Reichau, Nirrheim [alle drei zu 2].

1. Trennung und Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien. *Überweisung des Gesetzentwurfs² an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat.* [B] — **2.** Anschluß von Schaumburg-Lippe. *Ermächtigung für Severing zur Fortsetzung der Verhandlungen.*³ [B] — **3.** *Vier Ernennungen.* [B] — **4.** *Pfarrbesoldungsgesetz. Der vom Landtage angenommene Gesetzentwurf⁴ ist [...] unannehmbar. Einzelheiten.* [B] — **(5.** *Information über den Wunsch der Witwe des Reichspostministers Höfle auf beschleunigten Abschluß der Vergleichsverhandlungen.*⁵ — *Finanzausgleichsgesetz. Wunsch Höpker Aschoffs, daß die Staatsminister [...] durch Einwirkung auf die Parteien dazu beitragen, daß die Regierungsvorlage⁶ betr. Änderung des Ausführungsgesetzes im Landtag unverändert zur Annahme gelangt.)*

¹ *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4 sowie Vorlagen zu den TOP 2 und 4.*

² *Vgl. die Vorlage Severings v. 21.7.1925 mit Berichtigung v. 27.10. in: Rep. 84a, Nr. 9841, Bl. 125–137. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 235 v. 5.11.1925; beraten in der Sitzung am 11.12., ebd., S. 616–636. Im Landtag als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 2241 v. 3.1.1926 mit der Stellungnahme des Staatsrats v. 11.12.1925. Ferner: Webersinn, Gerhard, Die Provinz Oberschlesien. Ihre Entstehung und der Aufbau der Selbstverwaltung, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 14 (1969), v. a. S. 314–317.*

³ *Vgl. die Vorlage Severings v. 30.10.1925 in: Rep. 90, Nr. 298, Bl. 143–146v; hier auch Bl. 148 eine Ausarbeitung von MinR Conring v. 2.11. für Braun zur Sitzung. Ferner Schulze, H., Otto Braun, S. 597 f. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 27.11.1923, TOP 10.*

⁴ *Vgl. StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1447, enthaltend die Fassung der 2. Lesung am 29.10.1925. Der Entwurf der Vorlage Beckers v. 1.11.1925 in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVIII Nr. 60 Bd. 8, n. f. Zur Sicht des Finanzministeriums vgl. du Mesnil, Herbert, Preußisch Dienen und Genießen. Die Lebenszeiterzählung des Ministerialrats Dr. Herbert du Mesnil (1875–1947), bearb. v. Jürgen Kloosterhuis, Köln, Weimar, Wien 1998, S. 382 f. Ferner: Hömig, Das preußische Zentrum, S. 183 f.*

⁵ *Vgl. das Schreiben v. K. Höfle v. 19.9.1925 in: Rep. 90, Nr. 854, n. f.*

⁶ *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1261 v. 19.10.1925.*

Besprechung von Reichsministern mit Ministerpräsidenten und Innenministern der Länder am 10. November 1925.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 847–851, Dok. Nr. 220.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Abegg.

Polizeifragen und Frage der militärischen Verbände aus Anlaß der Entwaffnungsnote.

Nr. 28 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 135–138v; MF 1037. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Sachs, Frick, Goslar, Bank, A. Abicht, Rohde [alle drei zu 4], Amelunxen [zu 4–5, 8 und 10], Schuster [zu 8], Kasper, Sattelmacher [beide zu 3], Cohn [zu 1 und 3], Hog, Mulert, Surén [alle drei zu 1], Rathenau [zu 2].

1. Lohnsteuergesetz. Keine grundsätzlichen Einwände gegen den Gesetzentwurf² in einer Vorbesprechung der Reichsratsausschüsse. Eine endgültige Stellungnahme ist aber erst nach umfassender Information über das Steueraufkommen der nächsten Monate³ möglich. [B] — 2. Stützung der Howaldt-Werke in Kiel. Besprechung in einer von Braun zu beantragenden gemeinsamen Sitzung mit der Reichsregierung.⁴ [B] — 3. Disziplinarsache.⁵ [B] — 4. Versuchsanstalt für Gemüsekulturen auf Moorboden in Großbeeren. Angesichts der Finanzlage wird der Bau eines Verwaltungs- und Wohngebäudes zurückgestellt und im nächsten Jahr erneut geprüft.⁶ [B] — 5. Beamtenpolitik. Nochmals zum Tragen außerdienstlicher Abzeichen [...] im Dienst. Bestätigung des Erlasses v. 15.7.1925, der sich aber nicht auf Angestellte und Arbeiter erstrecken soll.⁷ [B] — 6. Zehn Ernennungen, u. a. der Regierungspräsidenten in Kassel [...], Liegnitz und Wiesbaden⁸. [B] — 7. Groß-Hamburg-Frage. Ermächtigung für Braun, die Bereitschaft zur Wie-

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 135 wurden von den TOP 2 und 7–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. den Antrag Höpker Aschoffs v. 9.11.1925, den Entwurf in der Sitzung zu beraten, in: Rep. 84a, Nr. 9158, S. 483; hier auch S. 457–479 der Entwurf des Reichsministers der Finanzen v. 7.11. In der Sitzung des Reichskabinetts am 5.11.1925 hatte Luther die Gesetzesänderung angekündigt, worauf Verhandlungen mit den Ländern beschlossen worden waren, zu denen in dem o. g. Schreiben v. 7.11. eingeladen wurde; vgl. zur Sitzung: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 839, Dok. Nr. 217, TOP 1. Das Reichskabinett nahm in der Sitzung am 19.11. den Gesetzentwurf an, ebd., S. 891 f., Dok. Nr. 229, TOP 2; hier auch zur weiteren Behandlung.

³ Vgl. aber die Aktennotiz v. 12.11. auf einer Vorlage des Finanzministerium v. 4.11.1925 zum Haushaltsentwurf 1926: Das Staatsministerium hat am 11.11. beschlossen, daß das Ergebnis des Monats Oktober [geändert aus November] noch abgewartet werden soll., in: Rep. 120, C V Nr. 92 Bd. 2, Bl. 49.

⁴ Vgl. die gemeinsame Sitzung mit dem Reichskabinett am 12.11.1925 in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 851–855, Dok. Nr. 222; hier auch S. 851, Anm. 1 ein Auszug aus dem Schreiben Brauns v. 11.11. sowie weitere Materialien. Ein Aktenvermerk über eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 10.11. über Vulcan-Werke Stettin und Howaldt-Werke Kiel in: Rep. 120, C XVII 4 Nr. 58d Bd. 1, n. f.

⁵ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

⁶ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 2.11.1925 in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n. f.; hier auch eine Aktennotiz von MinR v. Achenbach v. 10.11. für Becker in Vorbereitung der Sitzung.

⁷ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Amelunxen v. 9.11.1925 für Braun zur Sitzung sowie weitere Materialien in: Rep. 90, Nr. 479, n. f. Der Antrag Brauns v. 9.11. auf Beratung im Staatsministerium in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Beiakten V, Bl. 29; hier auch vorangegangener Schriftwechsel mit dem Regierungspräsidenten in Liegnitz betr. einer Anweisung für Angestellte und Arbeiter. Eine Ausarbeitung von MinR Fimmen für Höpker Aschoff v. 10.11. zur Sitzung in: Rep. 151, I B Nr. 4455, n. f.

⁸ Vgl. den Erlaß Severings v. 17.11.1925 für F. Ehrler in: Müller, Karlheinz, Preußischer Adler und Hessischer Löwe. Hundert Jahre Wiesbadener Regierung 1866–1966. Dokumente der Zeit aus den Akten, Wiesbaden 1966, S. 251.

deraufnahme der Verhandlungen *auf der Grundlage des Drews-Roedern'schen Entwurfs*⁹ zu erklären. [B] — **8. Nochmals zur Zeppelin-Eckener-Spende.** Genehmigung zum Verkauf von Erinnerungszeichen und Postkarten. *Es dürfen Sammlungen aber weder durch Schulkinder*¹⁰ noch bei Behörden oder Schulen stattfinden.¹¹ [B] — **(9. Nochmals zur Bewilligung einer Rente für Frau Höfle.** [B])

⁹ Gemeint ist die von den preußischen Ministern a. D. Bill Drews und Siegfried Graf v. Roedern verfaßte „Skizze für einen Staatsvertrag zwischen Preußen und Hamburg über einen Austausch von Gemeinden und Gutsbezirken und die Schaffung einer Verwaltungsgemeinschaft“, Hamburg o. J. – Nachdem Hamburg mit Schreiben v. 18.8.1925 in der Angelegenheit wieder aktiv geworden war, bat Braun am 9.9. um Mitteilung, ob der Senat zu mündlichen Verhandlungen bereit ist; vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 25 Bd. 3, n. f.; hier auch die zustimmende Antwort Brauns v. 23.11. Ein Votum Höpker Aschoffs v. 23.10.1925 in: Rep. 90, Nr. 289, Bl. 51–53, ferner Bl. 18–48 eine Darstellung des Bisherigen sowie der preußischen Mindestwünsche, ebenso Bl. 58–58v eine Ausarbeitung v. 10.11. von MinR Conring für Braun zur Sitzung. Das Votum Höpker Aschoffs auch in: Rep. 120, C IX 8 Nr. 8, n. f. Grundsätzlich: Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, S. 499–502. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 21.10.1924, TOP 3.

¹⁰ Geändert aus Jugentliche (Bl. 138).

¹¹ Vgl. den Antrag Hirtsiefers v. 6.11.1925, die Angelegenheit nochmals zu beraten, in: Rep. 76a, Vc Sekt. 1 Tit. 11 Teil V A Nr. 4 Bd. 3, Bl. 374; hier auch eine Ausarbeitung eines Referenten v. 9.11. zur Sitzung.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem Preußischen Staatsministerium am 12. November 1925.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 851–855, Dok. Nr. 222.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Schreiber, Höpker Aschoff, Steiger, Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Fritze, Lammers, Amelunxen, Rathenau, Sommer, Scholtz.

Kreditfragen. Unterstützung von Betrieben wie Stumm, Röchling, Vulcan und Mansfeld sowie der Schichau-Werft.

Besprechung des Reichskabinetts mit den Ministerpräsidenten der Länder am 19. November 1925.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 880–890, Dok. Nr. 228.

Anwesend: für Preußen Braun

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Abegg.

Gesetz über die Locarno-Verträge; Eintritt in den Völkerbund; Rheinlandfragen.

Nr. 29 Sitzung des Staatsministeriums am 20. November 1925.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 139–141v; MF 1037. — *Abschr.:* GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — *Prot.:* Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Schleusener, Ramm, Lammers, Weismann, Sachs, Frick, Goslar, Hog, Wellmann, v. Heusinger, Conze, Lehmann, Frielinghaus, Mulert, Surén, Hellich [alle neun zu 2], Cohn [zu 2, 4 und 7], Frh. von dem Bussche, Borggrewe, Kasper, Borchart [alle vier zu 3], Rathenau, Amelunxen [beide zu 3 und 5], Wellmann [zu 3], Huber [zu 4], Sommer, Deichmann [beide zu 5], Rosenfeld [zu 7].

(1. Kredit für die Firma Röchling. Vertagung einer Beschlußfassung zur Fühlungnahme mit der Reichsregierung wegen einer [...] höheren Beteiligung.² [B]) — 2. Entwürfe³ eines Gesetzes zur Änderung der preußischen Steuernotverordnung sowie eines Gebäudeentschuldungssteuergesetzes. Beschlußfassung [...] vertagt. [B] — 3. Nochmals zum Ankauf der Herrschaft Malepartus. Ein Erlös aus dem Verkauf des Dauerwaldes soll der Finanzverwaltung zufließen und [...] nicht mehr von der Forstverwaltung zu *Waldkäufen* verwendet werden.⁴ [B] — 4. Nochmals zur Rente für Frau Höfle. Bewilligung.⁵ [B] — 5. Geschäftsordnung. Anlässlich eines Briefes von Schreiber an die Reichsregierung zum Kreditantrag der *Schichau-Werft*⁶ in Elbing verlangt Braun, daß bei Schreiben von grundsätzlicher und politischer Bedeutung die Zustimmung des Staatsministeriums eingeholt wird. — 6. Zwei Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — 7. Todesurteil. Kein Gebrauch vom Begnadigungsrecht.⁷ [B] — (8. Beamtenpolitik. Die Landeszentralbehörden sollen die Provinzialbehörden anweisen⁸, für die Wahlen zum Provinziallandtag den Kandidaten, die Beamte oder Lehrer sind, möglichst Urlaub zur Vorbereitung dieser Wahlen zu gewähren. [B] — 9. Minister. Genehmigung für Hirtsiefer zur Zeugenaussage in der Strafsache gegen den Landrat z. D. Luthmer⁹. [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 139 wurden von den TOP 1 und 4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. zur Fa. Röchling bereits die gemeinsame Sitzung mit dem Reichskabinett am 12.11.1925 in: *Die Kabinette Luther I und II*, Bd. 2, S. 853, Dok. Nr. 222.

³ Vgl. die Gesetzentwürfe v. 14.11.1925 in: Rep. 84a, Nr. 9204, Bl. 159–166v; hier auch Voten und weiteres Material. Entwürfe und Ausfertigungen in: Rep. 151, II Nr. 1065, n. f.

⁴ Vgl. die Vorlage Steigers v. 14.11.1925 in: Rep. 90, Nr. 1628, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Amelunxen v. 18.11. für Braun zur Sitzung. Eine Ausarbeitung von MinR Metz v. 10.11. zur Sitzung sowie eine eigenhändige Notiz Höpker Aschoffs zum Beratungsergebnis in: Rep. 151, I C Nr. 13080, n. f.

⁵ Vgl. das Schreiben des Justizministers an den Finanzminister v. 10.11.1925 in: Rep. 90, Nr. 854, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Cohn v. 19.11. für Braun zur Sitzung sowie weiteres Material.

⁶ Vgl. zur Werft bereits die gemeinsame Sitzung mit dem Reichskabinett am 12.11.1925 in: *Die Kabinette Luther I und II*, Bd. 2, S. 854, Dok. Nr. 222; ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 3.3.1926 in: *Ebd.*, S. 1183 f., Dok. Nr. 305, TOP 6.

⁷ Vgl. die Vorlage des Justizministeriums v. 17.11.1925 zum Urteil gegen A. Schuschel in: Rep. 87, B Nr. 8089, Bl. 23–24v.

⁸ Geändert aus anheimstellen (Bl. 141v).

⁹ Zum Fall Luthmer vgl. Sitzung am 9.7.1925, TOP 5.

Nr. 30 Sitzung des Staatsministeriums am 21. November 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 142–143v; MF 1037. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: E. Trendelenburg, Schaeffer [beide Reichswirtschaftsministerium], Pünder [RK], Weismann, Sachs, Frick, Goslar, Ernst, Amelunxen [beide zu 1], Dziegalowski, v. Heusinger, Conze, Klausener, Lehmann, Mulert, Surén, Hellich, Cohn [alle neun zu 3].

1. Nochmals zum Kredit für die Firma Röchling. Bericht der Reichsvertreter über die Verhandlungen und die Beschränkung einer Beteiligung des Reichs auf 10 Mio. RM. Beschluß gegen Höpker Aschoff zur Beteiligung Preußens in gleicher Höhe. [B] — **(2.** Locarno-Vertrag und Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Bericht Brauns zu den Verhandlungen der Reichsregierung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder über den Gesetzentwurf². Im Reichsrat ist für den Entwurf und gegen etwaige Anträge auf Vertagung der Abstimmung über den Eintritt [...] in den Völkerbund zu votieren. [B]) — **3.** Nochmals zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der preußischen Steuernotverordnung sowie zum Entwurf eines Gebäudeentschuldungssteuergesetzes. Zustimmung gegen die Anträge Hirtsiefers, einen Teil einer erhöhten Miete zum Wohnungsbau zu verwenden, sowie Severings, einen höheren Teil der Entschuldungssteuer den Gemeinden zukommen zu lassen. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 142 wurden von den TOP 1–2 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vom 19.11.1925, in: StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 167; am 21.11. gegen Mecklenburg-Schwerin und bei Stimmenthaltung Bayerns angenommen; vgl. ebd., S. 520, § 674. Vgl. die Besprechung des Reichskabinetts mit den Ministerpräsidenten der Länder am 19.11.1925. – Insgesamt: Lokarnskaja koferenzija 1925. Dokumentij, Moskau 1959 (russ.); Locarno-Konferenz 1925. Eine Dokumentensammlung, Berlin 1962. Zu den innenpolitischen Problemen: Jacobson, Jon, Locarno Diplomacy. Germany and the West, 1925–1929, Princeton (N. J.) 1972, S. 66–71.

Nr. 31 Sitzung des Staatsministeriums am 30. November 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 144–148v; MF 1037. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.²

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Lammers [für Becker], Pünder [RK], Nobis, Sachs, Goslar, Lindemann [zu 7 und 13], Brathuhn, Krücke [beide zu 13], Kasper [zu 9 und 13], Cohn [zu 7, 9 und 13], Hermann Lucas, Kügler, Thalau, Flatow [alle vier zu 7], Kühne, Albrecht (HandMinm.), du Mesnil, Conring [alle vier zu 4], Sattelmacher [zu 8–9], Arthur Schmidt [zu 8], Schulze [zu 11], Amelunxen [zu 1, 5–6, 11–12 und außerhalb der TO], Frh. v. Tschammer, Backhaus [beide zu 5–6], Bansi, Wilhelmy, Gall, Erythropel, Weyhe, Frank (FinMinm.) [alle sechs zu 1].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 144 wurden von den TOP 1–2 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Falsch geheftet.

1. Fürstenabfindung. Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern. Ermächtigung für Höpker Aschoff zu Pressemitteilungen über den Gesetzentwurf³. Die Beschlußfassung über eine Vorlegung [...] beim Staatsrat wird vertagt. [B] — (2. Beamtenbesoldung. Vertrauliche Mitteilungen Höpker Aschoffs über den Stand der Besoldungsfrage [...] im Reichstag. Beschluß, vorläufig Zurückhaltung zu üben und⁴ die Entschließungen der Reichsregierung [...] abzuwarten.⁵ [B]) — 3. Gerichtskosten und Rechtsanwaltsgebühren. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ mit einer Änderung. [B] — 4. Berufsschulen. Zustimmung zur Erhöhung der im Haushalt 1925 vorgesehenen Zuschüsse unter Vorbehalt eines Widerspruchs von Höpker Aschoff.⁷ [B] — 5. Ärztekammern und Ärztekammerausschuß. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁸ [...] mit der Maßgabe, daß in [...] Ober- und Niederschlesien je eine besondere Kammer eingerichtet wird. [B] — 6. Ärzte. Gesetzentwurf⁹ zu den ärztlichen Ehrengerichten, zum Umlagerecht u[nd] zu den Kassen der Ärztekammern. Zustimmung mit der Maßgabe, daß in Ober- und Niederschlesien je besondere [...] Ehrengerichte entstehen. [B] — 7. Arbeitsgerichte. Zustimmung zum Gesetzentwurf¹⁰ im Reichsrat bei Zulassung von Rechtsanwälten in erster Instanz. Unterstützung Hessens hinsichtlich einer Entschädigung der Länder wegen der Mehrkosten bei den Arbeitsbehörden. [B] — 8. Pensionssache.¹¹ [B] — 9. Disziplinarsache.¹² [B] — 10. Vier Ernennungen, u. a. Budding zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Marienwerder, sowie Versetzung seines Vorgängers Braunweiler [...] in den einstweiligen Ruhe-

³ Vgl. die Entwürfe v. 23. u. 27.11.1925 in: Rep. 90, Nr. 237, n. f.; hier auch eine Notiz v. 28.11. von MinR Amelunxen für Braun zur Sitzung sowie eine Mitteilung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes v. 2.12. Die Entwürfe auch in Rep. 120, CB I Nr. 155, Bd. 2, n. f. Mit Bezug auf das Protokoll: Schüren, Volksentscheid, S. 45; auch Jung, Volksgesetzgebung, Teil 1, S. 512. Ferner Artikel der Vossischen Zeitung mit Berichten und Kommentaren zu den Reichstagsdebatten, z. B.: 250 Millionen für die Hohenzollern?, in: Nr. 569 v. 2.12.1925 (M); Die Fürstenabfindung vor dem Reichstag, in: Ebd., Nr. 571 v. 3.12.1925 (M), sowie der Leitartikel: Arme Länder, reiche Fürsten, in: Ebd., Nr. 573 v. 4.12.1925 (M).

⁴ Hs. Zusatz Zurückhaltung zu üben und (Bl. 144v).

⁵ Vgl. die Anträge Neubauer u. Gen., Müller (Franken) u. Gen. sowie Frick u. Gen. v. 19. bzw. 20.11.1925 in: StenBerRT, Bd. 405, Drucks. Nr. 1491, 1495 u. 1506; beantwortet von Rklr. Luther am 14.12., ebd., Bd. 388, S. 4867. Am 25.11. fragte der Reichsfinanzminister bei den Ländern an, was eine einprozentige Erhöhung des Zuschlages zum Grundgehalt kosten würde, in: Rep. 90, Nr. 731, n. f.; hierzu mit den preußischen Zahlen eine Referentennotiz auf einem Auszug aus der Tagesordnung des Staatsministeriums. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 8.11.1925 in: Die Kabinette Luther I und II, S. 987–989, Dok. Nr. 247, TOP 1.

⁶ Vom 19.11.1925, in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 264 Bd. 8, Bl. 282–285. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 18.12.1923, TOP 3.

⁷ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 20.11.1925 in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 63 Beiheft I zu Bd. 1, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR v. Leyden v. 25.11. zur Sitzung.

⁸ Vom 21.11.1925, in: Rep. 77, Tit. 87 Nr. 140, Bl. 114–124. Ein Entwurf v. 6.11. in: Rep. 76, VIII B Nr. 767, n. f. Veröffentlicht als StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 266 v. 2.12.1925. – Der Antrag Wende (Winzig) u. Gen. v. 27.1.1926 gegen gesonderte Kammern wurde am 13.10.1926 abgelehnt; vgl. StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 2047 sowie ebd., Sp. 14432.

⁹ Vom 21.11.1925, in: Rep. 77, Tit. 87 Nr. 140, Bl. 133–182. Ein Entwurf v. 6.11. in: Rep. 76, VIII B Nr. 788, n. f. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 265 v. 2.12.1925. Eine Ausarbeitung v. 26.11.1926 auf einem Auszug aus der Tagesordnung sowie der hs. Vermerk Höpker Aschoffs zum Beratungsergebnis in: Rep. 151, I C Nr. 8870, n. f. Zur Tätigkeit der Ehrengerichtshöfe: Rabi, Barbara, Ärztliche Ethik – Eine Frage der Ehre? Die Prozesse der ärztlichen Ehrengerichtshöfe in Preußen und Sachsen 1918–1933, Frankfurt/M. u. a. 2002.

¹⁰ Vom 18.7.1925, in: StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 125; in der Sitzung am 27.7.1925 in die Ausschüsse verwiesen, ebd., S. 333 f., § 465. Auf breiter Quellenbasis: Bohle, Thomas, Einheitliches Arbeitsrecht in der Weimarer Republik. Bemühungen um ein deutsches Arbeitsgesetzbuch, Tübingen 1990, S. 107 f. Ferner Weiß, Jochen, Arbeitsgerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsverband im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. u. a. 1994, S. 131–133. – Vorangegangenes vgl. Sitzung am 7.10.1921, TOP 5.

¹¹ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H.

¹² Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F. Zum Fall des Veterinärrats L. Johann vgl. die Vorlage des Landwirtschaftsministers (i. A. Müssemeier) v. 3.6.1926 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 207 Bd. 11, Bl. 203–219. Eine hs. Notiz Höpker Aschoffs auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis in: Rep. 151, I B Nr. 4352, n. f.

stand. [B] — **11.** Rheinisch-Westfälische Schnellbahn. *Genehmigung des Antrages der zur Gründung einer Aktiengesellschaft [...] gebildeten Studiengesellschaft auf Verlängerung der [...] Ausschußfrist.*¹³ [B] — **12.** Fürstenabfindung. *Nochmals zur Aufwertung der hessischen Rentenansprüche.* [B] — (**13.** *Getreideversorgung. Eine Beschlußfassung über den [...] Entwurf*¹⁴ eines Gesetzes zur Sicherung der Getreidebewegung im Wirtschaftsjahre 1925/1926 wird vertagt. [B] — **14.** *Disziplinarsache. Information Hirtsiefers zur fristlosen Entlassung des Intendanten der Staatsoper Berlin Schillings und die Vergleichsverhandlungen.*¹⁵ [B])

¹³ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 24.8.1925 in: Rep. 76, Ila Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n. f. Ferner mit Bezug auf regionale Archivalien: Hüttenberger, Peter, *Strukturentwicklungen in deutschen Wirtschaftsregionen vom 19. Jahrhundert bis Ende der 1960er Jahre*, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 34 (1989), S. 160. – Im *Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften. Ein Hand- und Nachschlagebuch für Bankiers, Industrielle, Kapitalisten, Behörden etc.*, Berlin, Leipzig, 31. Aufl. 1926, Bde. 1–4, sowie 32. Aufl. 1927, Bde. 1–4, ist eine Firma unter diesem Namen nicht zu ermitteln.

¹⁴ Vom 26.11.1925, in: *StenBerReichsR*, Jg. 1925, Drucks. Nr. 174.

¹⁵ Vgl. zur Entlassung: Marcard, Micaela v., *Auf zu neuen Ufern. Die preußischen Staatstheater in der Weimarer Republik*, in: *APOLLINI et MVSIS. 250 Jahre Opernhaus Unter den Linden*, hrsg. v. Georg Quander, Frankfurt/M., Berlin 1992, S. 163–171; hier auch S. 171 ein Zitat aus dem Entlassungsschreiben v. 26.11.1925. Ferner: Schillings, Max v., *Mein Konflikt mit dem Kultusminister*, in: *Vossische Zeitung* Nr. 567 v. 1.12.1925 (M), 1. Beilage. Zu den Vergleichsangeboten seitens des Kultusministeriums: „Minister und Intendant“, in: *Ebd.* Nr. 569 v. 2.12.1925 (M), *Unterhaltungsblatt*.

Nr. 32 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Dezember 1925.

Vollz. Reinschr. mit einer Streichung, Bd. 174, Bl. 149–150v; MF 1037. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 9, Bl. 249–249v; Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Burckhardt, Römhild, Lippert, Jende, Koch, Amelunxen [alle sechs zu 1], Weyhe, Cohn [beide zu 2].

1. *Getreideversorgung. Nochmals zum Gesetz zur Sicherung der Getreidebewegung im Wirtschaftsjahre 1925/26. Der dem Reichsrat vorliegende Gesetzentwurf ist abzulehnen. Sollte die zeitliche Beschränkung aufgegeben werden, ist eine Vertagung für einen neuen Beschluß des Staatsministeriums zu erreichen. Bei Annahme trotz Ablehnung von seiten Preußens soll allein die Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung, G. m. b. H. ermächtigt werden, im Rahmen ihrer Liquidation noch die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Geschäfte vorzunehmen.*¹ [B] — **2.** *Beamtenunternehmungen. Zustimmung zu der von Braun vorgeschlagenen Befreiung aus der Mithaftung für Verbindlichkeiten der Deutschen Beamtengenossenschaftsbank.*² [B] — (**3.** *Fürstenabfindung. Nochmalige Vertagung der Beschlußfassung über eine Vorlegung des Gesetzentwurfs betr. Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern bis Januar.* [B] — **4.** *Beamtenbesoldung. Bericht Höpker Aschoffs zur Lage im Reiche.*)

¹ In der Sitzung am 9.12.1925 wurde eine den preußischen Forderungen widersprechende Fassung angenommen; vgl. *StenBerReichsR*, Jg. 1925, S. 541 f., § 724.

² Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 12.11.1925 in: Rep. 120, A XI 1 Nr. 41 Bd. 1, n. f. – Die *Beamtengenossenschaftsbank*, ein Zusammenschluß von rd. 250 *Beamtenbanken*, befand sich wegen *Geschäftsfehlern und den Auswirkungen der Inflation in Liquidation*. Vgl. ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 22.12.1925, TOP 15 in: *Die Kabinete Luther I und II*, Bd. 2, S. 1021, Dok. Nr. 258.

Nr. 33 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1925.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 174, Bl. 151–154; MF 1037. — *Abschr.: GStAPK*, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Schleusener, Pünder [RK], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Schalfjew [zu 1], Amelunxen [zu 1–2, 5–6 und 8], Mussehl [zu 1], Fimmen, Borsdorf [beide zu 2], Cohn [zu 3–4 und 7], Hiecke, Schnitzler, Gall, Bergmann [alle vier zu 4], Krohne [zu 5], Nelz, Breuhahn [beide zu 6], Backhaus, Wellmann [beide zu 7], Conring, Müsse-meier, Burckhardt [alle drei zu 9].

1. Wirtschaftsabkommen mit Spanien. Zustimmung zum Gesetzentwurf im Reichsrat unter Betonung, daß die Ausdehnung² des Abkommens auf ein Jahr erwünscht gewesen wäre.³ [B] — **2.** Beamtenpolitik. Keine förmliche Aufhebung der im preußischen Allgemeinen Landrecht festgeschriebenen, aber mit den Zeitverhältnissen nicht mehr zu vereinbarenden Residenzpflicht der Beamten, wohl aber Bereitschaftserklärung, im Verwaltungswege etwaige Anträge wohlwollend zu behandeln.⁴ [B] — **3.** Staatsministerium. Vereinbarung zwischen dem Justiz- und dem Innenminister über die Auslegung des Begriffs „Juristische Personen“ in der Geschäftsordnung⁵. — **4.** Denkmalsschutz. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ mit Änderungen. [B] — **5.** Titelverleihungen. Eine Wiederverleihung der Bezeichnung „Professor“ an ärztliche Leiter großer Krankenhäuser wird zur Zeit abgelehnt und soll im Rahmen der allgemeinen Erledigung der

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 151 wurden von den TOP 5–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Geändert aus Beschränkung (Bl. 151).

³ Im Reichsrats war der Entwurf, *StenBerReichsR*, Jg. 1925, Drucks. Nr. 178 v. 28.11.1925, am 3.12.1925 an die Ausschüsse überwiesen worden, ebd., S. 534, § 696h. Beschlossen am 14.5.1926, ebd., Jg. 1926, S. 186, § 304 (hier als Beschluß zur Drucks. Nr. 90 sowie zu Nr. 90 v. 12.5.1926). Dem Reichstag übergeben als *StenBerRT*, Bd. 398, Drucks. Nr. 356 v. 14.1.1926 sowie zu Nr. 356 v. 24.1.1926. — Zu den preußischen Positionen im Reichsrat vgl. das Schreiben Steigers v. 5.12.1925 in: *Rep. 120, C XIII 12 Nr. 32 I Bd. 4, n. f.*; hier auch eine Notiz v. 8.12., daß Braun noch heute eine Stellungnahme anfordert, sowie Material und Voten. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts v. 16.11.1925, TOP 1, in: *Die Kabinette Luther I und II*, Bd. 2, S. 867 f., Dok. Nr. 225. Ferner Hummel, *Preußen und seine Provinzen*, S. 85. Ausführlich: Rüchardt, *Benedikt, Deutsch-spanische Beziehungen 1898–1931*, München, phil. Diss. 1988, S. 303–308.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 24.11.1925 und die widersprechende Antwort Brauns v. 3.12. in: *Rep. 77, Tit. 184 Nr. 232 Bd. 2, Bl. 12–12v, 14.* Anlaß war die Kleine Anfrage Nr. 625 Müller (Hannover) u. Gen. (SPD) v. 6.11.1925, in: *StenBerLT*, Drucks. Nr. 1554 D. Dazu die Antwort v. 20.1.1926 in: *Ebd.*, Drucks. Nr. 1988 A. Es ging um die Aufhebung der §§ 92 u. 93 des ALR, II. T., Tit. 10.

⁵ Vgl. das Schreiben des Ministerpräsidenten v. 15.9.1925 in: *Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 305–306*; hier auch weiteres Material. Ein Aktenvermerk zu den Hintergründen des Beschlusses auf einer Abschrift des TOP in: *Rep. 84a, Nr. 11869, Bl. 347.* — Die Grundsätze für die Erledigung von Geschäften des Staatsministeriums, in: *Bd. 170, Bl. 155–158, Anlage zum Protokoll der Sitzung v. 16.12.1921. Ziff. X, A 13,* führten die Verleihung der Rechte einer juristischen Person als eine jener Entscheidungen auf, die von den für die Bearbeitung zuständigen Fachministern [...] getroffen werden, dabei aber die Grundsätze darüber, inwieweit noch andere Fachminister an der Erledigung der Angelegenheit zu beteiligen sind, [...] unberührt bleiben (Bl. 156–156v, Ziff. X, Abs. 1).

⁶ Vgl. die Vorlage Beckers v. 15.9.1925 in: *Rep. 90, Nr. 1797, n. f.*; hier auch Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Cohn v. 15.12. für Braun zur Sitzung. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 13.2.1923, TOP 3.

Titelfrage (Art. 109 R[eichs]Verfassung) weiterverfolgt werden.⁷ [B] — **6. Besetzte Gebiete.** Bericht über die Verhandlungen mit der Interalliierten Rheinlandkommission. *Es ist, vorbehaltlich noch möglicher Ergänzungs- oder Abänderungswünsche der Ressorts, [...] eine geeignete Grundlage für die bei der Räumung der Kölner Zone zu treffenden Befriedungsmaßnahmen gefunden worden.*⁸ [B] — **7. Staatshaushalt für 1926.** *Zustimmung zur Übergabe der Einleitung des Etatgesetzes und des Haushaltsplans [...] an den Staatsrat.*⁹ [B] — **8. Gesetzliche Miete.** Erhöhung um 2 %.¹⁰ [B] — **9. Früherer deutscher Grundbesitz in Polen.** *Steiger soll hierzu zunächst eine schriftliche Vorlage erarbeiten.*¹¹ [B]

⁷ Vgl. das Schreiben Hirtsiefers v. 9.12.1925 mit der Bitte, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 84a, Nr. 5184, Bl. 248–248v; hier auch eine Notiz v. 15.12. in Vorbereitung der Sitzung. Die Vorlage Brauns v. 12.12.1925, Voten, weiteres Material und eine Ausarbeitung v. 14.12. für Severing zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 39 Beiakten 4b, n. f. Vgl. mit weiterführender Anmerkung die Sitzung des Reichskabinetts am 18.12.1926, TOP 4, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 463 f., Dok. Nr. 162.

⁸ Vgl. die Aufzeichnung v. 12.12.1925 über die Besprechung mit der Rheinlandkommission in Koblenz v. 7.–10.12.1925 zur Amnestiefrage in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 993–100, Dok. Nr. 251, v. a. S. 996 f. zu den Sonderbesprechungen Preußens, Bayerns und Hessens. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 1.2.1926, TOP 5, in: Ebd., S. 1077, Dok. Nr. 277. Ferner: Kaiser, Angela, Lord d' Abernon und die englische Deutschlandpolitik 1920–1926, Frankfurt/M. u. a. 1989, S. 287–305.

⁹ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 16.12.1925 in: Rep. 90, Nr. 1394, n. f. Dem Staatsrat zugeleitet als StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 292 v. 23.11.1925; der Ausschußbericht in: Ebd., Jg. 1926, Drucks. Nr. 44.

¹⁰ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 15.12.1925 mit dem Entwurf einer Verordnung in: Rep. 84a, Nr. 5824, Bl. 273–274. Auch in Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 10, Bl. 293–294; hier ferner Bl. 292 der Antrag Hirtsiefers vom Vortag, die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen. – Die Verordnung v. 16.12.1925, GS, S. 177. Ferner zur reichseinheitlichen Regelung der gesetzlichen Miete ab 1.1.1926: Ruck, Michael, Die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung in der Weimarer Republik. Zielsetzungen, Ergebnisse, Probleme, in: Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, hrsg. v. Axel Schildt u. Arnold Sywottek, Frankfurt/M., New York 1988, S. 161.

¹¹ Vgl. die Sitzung des Reichskabinetts am 22.12.1925, TOP 2, in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1016 f., Dok. Nr. 257. Die Kabinettsvorlage Stresemanns v. 11.12.1925 in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Bd. 2,1: Dezember 1925 bis Juni 1926. Deutschlands Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen, Danzig und den baltischen Staaten, Göttingen 1967, S. 24–26, Dok. Nr. 6.

Nr. 34 (2.) Sitzung¹ des Staatsministeriums im Landtag am 16. Dezember 1925, nachmittags 16 Uhr.

Vollz. Reinschr., Bd. 174, Bl. 155–155v; MF 1037. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: [Weismann, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

12 Ernennungen. [B]

¹ Die Überschrift Vertrauliche Besprechung (Bl. 155) ist gestrichen.

Nr. 35 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1926.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 175, Bl. 1–1v; *hs. Urschrift von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 6*², Bl. 2–3; MF 1037. — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Mulert [für Severing], Lammers [für Becker], Ramm [für Steiger], Weismann, Nobis, Sachs, Scherek, v. Heusinger, Conze, Lehmann, Bergbohm, Hellich [alle fünf zu 1–2].

1. Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. *Im Reichsrat ist die Stellungnahme des Reichs zum Änderungsantrag³ im Reichstag Müller (Franken) und Gen. [...] zunächst [...] abzuwarten und einer möglichen Ablehnung beizutreten. Bei einer Befürwortung aber ist zu fragen, wie die den Ländern so entstehenden finanziellen Ausfälle gedeckt werden sollen.* [B] — **2. Preußische Steuernotverordnung.** *Rücknahme der dem Staatsrat zur Begutachtung vorliegenden Änderungsvorlage.*⁴ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 1v wurde von dem TOP 1 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch eine Ausarbeitung eines Referenten im Staatsministerium sowie eine Vorlage zu TOP 1.

³ Vom 10.12.1925, in: *StenBerRT*, Bd. 405, Drucks. Nr. 1657. — Im Reichsrat wurde am 31.3.1926 Einspruch unter Vorbehalt der Begründung erhoben; vgl. *StenBerReichsR*, Jg. 1926, S. 100, § 209. Der Antrag Höpker Aschoffs v. 23.12.1925, die Frage der Zurückziehung des Gesetzentwurfs [...] auf die Tagesordnung [...] setzen zu wollen, in: *Rep. 151, II Nr. 1069, n. f.*; hier auch sein Schreiben v. 6.1.1926 sowie Referentennotizen zur Position des Ressorts und zum Beratungsergebnis.

⁴ *StenBerStR*, Jg. 1925, Drucks. Nr. 255 v. 21.11.1925. — Der Gesetzentwurf stieß auf einen breiten Widerstand in der Bevölkerung; vgl. zahlreiche Eingaben in: *Rep. 84a, Nr. 9204.*

Nr. 36 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 13. Januar 1926.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 175, Bl. 4–5; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 6*², Bl. 4–4v; MF 1037. — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Lammers [für Becker], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Sachs, Goslar, Meister [zu 1], Mulert [zu 1 u. 5], Zschintzsch, Finger [beide zu 1], Bansi [zu 1–2 u. 5], Reschke [zu 1–3 u. 5], K. Meyer, Wagemann [beide zu 2], Reichau [zu 3], Sattelmacher [zu 4], Gramsch, Storck [beide zu 5].

1. Nochmals zur Trennung und Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien. *Berücksichtigung des Gutachtens³ des Staatsrats.* [B] — **2. Fürstenabfindung.** *Verträge mit den*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 5 wurde von TOP 2 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 3 und 5 sowie Vorlagen zu TOP 2.

³ Vom 11.12.1925, mitgeteilt als Anlage A zum Gesetzentwurf, in: *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28*, Drucks. Nr. 2241 v. 30.1.1926. Der Ausschußbericht in: *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28*, Drucks. Nr. 3311 v. 27.4.1926. Materialien des Verfassungsausschusses des Landtages in: *Rep. 87, F Nr. 1502, n. f.* Die Vorlage Severings v. 21.12.1925 zur Staatsministerialsitzung in: *Rep. 84a, Nr. 9841, Bl. 170–174.*

*schleswig-holsteinischen Fürstenhäusern sowie O. Fst. zu Salm-Horstmar*⁴. *Beschluß* ausgesetzt. — **3.** *Warenversorgungsstellen der Beamten und Warenhandel bei örtlichen Dienststellen. Beschluß* ausgesetzt. — **4.** *Pensionssache*.⁵ [B] — **5.** *Verwaltungsstruktur. Grundsätzliche Billigung der Absicht Severings, vom Landtage [...] eine gesetzlich befristete Ermächtigung für das Staatsministerium zu erbitten, zwecks Vereinfachung der Verwaltung oder zur Schaffung leistungsfähiger Kommunalverbände Kreisstrukturen zu ändern*.⁶ [B]

⁴ *Vgl. die Voten, beginnend mit dem Schreiben Höpker Aschoffs v. 23.12.1925, in: Rep. 90, Nr. 38, Bl. 149–151v; hier auch Bl. 162 eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 12.1. für Braun zur Sitzung.*

⁵ *Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H.*

⁶ *Vgl. die Vorlage Severings v. 30.12.1925 in: Rep. 84a, Nr. 4799, Bl. 139–142; hier auch Bl. 143 Ausarbeitung eines Referenten zur Sitzung sowie Bl. 144 ein Votum Höpker Aschoffs v. 4.1.1926. Eine hs. Notiz Schreibers v. 13.1.1926 auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Adhib. Bd. 9, n. f. Ferner Orlow, Dietrich, Weimar Prussia 1925–1933. *The Illusion of Strength*, Pittsburgh, Pa. 1991, S. 95.*

Nr. 37 (2.) Sitzung des Staatsministeriums im Landtag am 13. Januar 1926, nachmittags 16 Uhr.

Vollz. Reinschr., Bd. 175, Bl. 2–3v; MF 1037. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: [Weismann, U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Lammers [für Becker], Weismann.

1. *Sechs Ernennungen und eine Versetzung*¹ in den einstweiligen Ruhestand. [B] — **2.** *Hinausschiebung der Altersgrenze in 15 Fällen.* [B] — **3.** *Hochwasserschäden.*² *In einer von Braun zu beantragenden gemeinsamen Sitzung mit dem Reichskabinett sollen ein neuer Verteilungsschlüssel für die Gewährung der Notstandsbeihilfen gemäß den durch den Finanzausgleich veränderten Verhältnissen bei angemessener Beteiligung des Reichs und außerdem Vorbeugungsmaßnahmen besprochen werden.* [B]

¹ *Vgl. zum Fall des Landrats W. Kramer in Osterode den Antrag Severings v. 1.1.1926 in: Rep. 77, Nr. 4393, Bl. 47–50. Ferner: Hartmann, Stefan, Ostpreußen und Regierungsbezirk Westpreußen, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens, hrsg. v. Ernst Oppenoorth, Teil 4: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918–1945, Lüneburg o. J. (ca. 1994), S. 30.*

² *Vgl. den Entwurf Severings v. 14.1.1926 für einen Antrag des Ministerpräsidenten an die Reichsregierung in: Rep. 90, Nr. 1130, n. f.; hier auch ein Telegramm von Reichsinnenminister Daniels v. 27.1. mit der Einladung zu einer Ressortberatung. Der Entwurf ferner in: Rep. 87, F Nr. 1260, Bl. 156–157v. Ein Schreiben Brauns v. 21.1.1926, indem allerdings keine gemeinsame Sitzung beantragt wurde, in: Rep. 84a, Nr. 3425, n. f. – Vorangegangenes vgl. Sitzung am 6.11.1924, TOP 4a.*

Nr. 38 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1926.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 175, Bl. 6–7; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 6*², Bl. 4–6v; MF 1037. — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Meister, Badt, Scheche, Bansi [alle drei zu 1], Reschke [zu 1–2], Frh. von dem Bussche, Rose [beide zu 2], Arnoldi, Krause, Cohn [alle drei zu 4].

1. Reichsrat. *Im Staatsrat sollen ausführlich die verfassungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Bedenken zu dem vom Landtag beschlossenen Gesetz³ zur Änderung des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen dargelegt werden. Weitere Beschlüsse sind von der Beschlußfassung des Staatsrats abhängig. [B] — 2. Nochmals zur Forstverwaltung der Regierung in Düsseldorf. Aufhebung der Beschlüsse vom 1.4.1924 und 30.6.1925 hinsichtlich einer Angliederung an die Regierung in Köln sowie Beantwortung einer Landtagsanfrage⁴. [B] — 3. Zwei Ernennungen. [B] — (4a. Staatshaushalt. Zustimmung zum geplanten Vorgehen Höpker Aschoffs zwecks nachträglicher Genehmigung der als Vorgriff auf später zu erlassende Anleihegesetze gemachten Ausgaben. [B] — 4b. Volkstrauertag. Übersendung der Anregung⁵ des Volksbundes „Deutscher Kriegsgräberfürsorge“ zu einem Gedenktag für die Opfer des Krieges am 28.2.1926 [...] zur Stellungnahme. [B] — 4c. Reichsehrenmal. Information über die Verhandlungen zur Errichtung eines Nationaldenkmals.⁶)*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 7 wurden von den TOP 1 und 4b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2.

³ *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 192 v. 2.2.1925, Nr. 1710 v. 1.12.25 u. Nr. 1956 v. 14.1.1926. Vgl. dazu StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 48 v. 22.1.1926. Die Vorlage Brauns v. 29.12.1926 in: Rep. 120, CB I Nr. 9c Bd. 2, n. f.; hier auch Voten und weiteres Material. Hierzu zeitgenössisch: Duesberg, Gerd, Die rechtliche Stellung der von den preußischen Provinzen bestellten Reichsratsbevollmächtigten, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 51 (= N. F. Bd. 12), 1927, S. 321–392, zur Stellung des Staatsrats v. a. S. 350 f. Ferner Hummel, Preußen und seine Provinzen, S. 98–107.*

⁴ *Vgl. die Kleine Anfrage Jordans (Marienbaum)/Zentrum u. Gen. v. 3.12.1925 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 666; beantwortet ebd., Drucks. Nr. 1992 C v. 20.1.1926. Das Schreiben des Landwirtschaftsministeriums v. 6.1.1926, in dem eine Beratung im Staatsministerium erbeten wurde, in: Rep. 90, Nr. 2317, Bl. 11; hier auch Bl. 13 eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 19.1. für Braun zur Sitzung.*

⁵ *Mitgeteilt im Schreiben des Reichsministers des Innern v. 11.1.1926 in: Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 41–42; hier auch Voten.*

⁶ *Vgl. die Schreiben Hirtsiefers und Schreibers v. 3.10. u. 13.11.1925 mit Anlagen in: Rep. 77, Tit. 1215 Nr. 3c Bd. 1, Bl. 44–52. Ferner auch zur Vorgeschichte und mit Quellennachweisen die Sitzung des Reichskabinetts am 19.7.1926, TOP 2, in: Die Kabinette Marx III und IV, 17.5.1926 bis 29.1.1927, 29.1.1927 bis 29.6.1928, Bd. 1: Mai 1926 bis Mai 1927, Boppard a. Rh. 1988, S. 137 f., Dok. Nr. 62.*

Nr. 39 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Januar 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 8–10; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 6², Bl. 2–4v; MF 1038.* — Abschr.: *GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Goslar, Meister, Fritze, Conze, v. Meyeren, Bail, Schleusener [zu 1–2], Stalman, Bansi, du Mesnil [alle drei zu 1], Conring [zu 1 und 4], Wellmann [zu 1], v. Heusinger [zu 2], Hellich [zu 2, 4 und 6], Cohn [zu 2 und 9], Wittelshöfer [zu 2], Hog [zu 2 und 4], Warncke, Becker (FinMinm.) [beide zu 3], Amelunxen [zu 3 und 6], Thalau [zu 4], Gerbaulet, Articus, Müssemeier, Stadermann, Backhaus [alle fünf zu 6], Reschke [zu 7], Hubrich [zu 9].

1. Pfarrbesoldungsgesetz. *Bekräftigung der gegenüber dem Staatsrat geäußerten Position, daß die vom Landtag [...] beschlossenen Gesetze [...] wegen der [...] vorgesehenen Vorschußpflicht mit Art. 66 der preußischen Verfassung [...] nicht vereinbar und finanzpolitisch nicht tragbar sind. Höpker Aschoff soll im Staatsrat eine gemeinsam abgestimmte Erklärung abgeben, daß in Fällen von nachgewiesenen Notständen mit vorübergehenden Vorschüssen³ ausgeholfen wird. [B] — **2. Gebäudeentschuldungssteuer.** *Zur Einbringung des Gesetzentwurfs im Landtag ist das Gutachten⁵ des Staatsrats zu berücksichtigen.* [B] — **3. Enquête-Ausschuß.** *Die im Reichsrat zum Gesetzentwurf⁶ betr. den Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft zu stellenden Anträge. Einzelheiten.* [B] — **4. Wanderarbeiter.** *Der Antrag⁷ Lippes auf Bereitstellung eines Ausgleichsfonds zur Unterstützung der durch Wanderarbeit schwer benachteiligten Länder ist im Reichsrat [...] nicht zu unterstützen.* [B] — **(5. Erwerbslosenfürsorge in Lippe.** *Angesichts des Wunsches auf Bereitstellung von 100 000 M von Preußen soll Severing neue Verhandlungen führen.*⁸ [B]) — **6. Abwasserverhältnisse der Stadt Neumünster.**⁹*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 10 wurden von den TOP 3–4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4, 6–7 und 9 sowie Vorlagen zu den TOP 3 und 7.

³ Geändert aus: in Fällen finanzieller Not mit Staatsmitteln zu helfen (Bl. 8v). Reschke vermerkte am 29.1.1926: Die Fassung am Schluß von 1) ist mit dem [...] Finanzminister so vereinbart. Der Gedanke, daß es sich dabei um Vorschüsse auf die den Kirchen zustehenden Renten handelt, bleibt offen. Ob er in der Erklärung zum Ausdruck kommen soll, wird in der nächsten Sitzung zu entscheiden sein. (Bl. 7a)

⁴ Vgl. den Entwurf des gemeinsamen Schreibens von Braun und Becker v. 20.11.1925 an den Staatsrat in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVIII Nr. 60 Bd. 8, n. f.; hier auch eine Beschwerde Adenauers v. 26.11., daß das Gesetz dem Staatsrat erst nach Ablauf der Einspruchsfrist zugeleitet worden war. Das Schreiben v. 20.11. ferner in: StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 259 v. 24.11.1925. Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, *Das preußische Zentrum*, S. 184.

⁵ Vgl. das Schreiben Adenauers v. 21.1.1926 zur Drucks. Nr. 255 v. 21.11.1925, übersandt mit Anschreiben Höpker Aschoffs v. 23.1.1926, in dem sich der Minister eine mündliche Beratung vorbehält, in: Rep. 151, II Nr. 1085, n. f. Der Entwurf wurde dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 2242 v. 3.2.1926.

⁶ Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 2 v. 11.1.1926. In der Sitzung am 14.1.1926 in die Ausschüsse überwiesen und am 16.2. in revidierter Fassung angenommen; vgl. ebd., S. 5 u. 48, § 22 bzw. 99; die beschlossene Fassung in der Anlage S. 49f. Im Reichstag als StenBerRT, Bd. 407, Drucks. Nr. 2014 v. 5.3.1926. Vgl. zur Vorgeschichte der Enquête die Sitzung des Reichskabinetts am 22.12.1925, TOP 7, in: *Die Kabinette Luther I und II*, Bd. 2, S. 1018f., Dok. Nr. 257.

⁷ Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 3 (o. D.); in der Sitzung am 21.1.1926 den Ausschüssen überwiesen, ebd., S. 18, § 45a. – Ausweislich des Registers für 1926 u. 1927 erfolgte keine Beschlußfassung im Plenum.

⁸ Vgl. das Schreiben des Lippischen Landespräsidiums v. 29.1.1926, in dem auf eine Unterredung mit Braun am 26.1. verwiesen und nochmals die eigene Position lautert wird, in: Rep. 90, Nr. 1144, n. f. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 24.2.1925, TOP 4.

Beschluß vertagt. — 7. *Amtsbezeichnungen und Titelverleihungen. Beschluß zur Verleihung der Amtsbezeichnung „Direktor und Professor“ für den Chef des Akademischen Auskunftsamts an der Universität Berlin.*¹⁰ [B] — 8. *Zwei Ernennungen.* [B] — 9. *Personalabbau.* Einspruch. [B]

⁹ Vgl. zur öffentlichen Beachtung des Problems die Kleine Anfrage Bundtzen u. Gen. v. 13.11.1925 (DNVP) in: *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1628 E, beantwortet ebd., Drucks. Nr. 1835 B v. 7.12.* Ferner die Förmliche Anfrage Graf v. Rantzau-Rastorf u. Gen. v. 11.11.1925 in: *StenBerStR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 242.* Hierzu das Schreiben des Innenministeriums v. 14.12. zur Form der Beantwortung in: *Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 5, n. f.*

¹⁰ Vgl. den Antrag Beckers v. 19.8.1925 in: *Rep. 90, Nr. 580, n. f.*; hier auch zahlreiche Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 25.1.1926 für Braun zur Sitzung. *Die Information Brauns v. 18.1., den Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 84a, Nr. 2904, Bl. 163.*

Chefbesprechung der Reichsregierung mit dem Preußischen Staatsministerium am 30. Januar 1926.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1072–1074, Dok. Nr. 276.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Fritze, Weismann.

Fememordprozesse.

Nr. 40 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 12–13v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 6², Bl. 2–3; MF 1038. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Reschke [zu 1 und 4], Schubart [zu 2], Cohn [zu 2–3], Arens, Surén [beide zu 3], Amelunxen [zu 6].

1. Reichsrat. Nochmals zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen;³ abgesetzt. — 2. Arbeitsbeschaffung.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 14 wurde von TOP 1 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4 und 6a sowie Vorlagen zu den TOP 4 und 6a.

³ Die Stellungnahme des Staatsrates v. 22.1.1926, auf Grund derer die Angelegenheit nochmals zur Sprache kommen sollte, in der Anlage zum Gesetzestext in: *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 2100 v. 30.1.1926.* Zu den Schwierigkeiten mit den Provinzialvertretern im Reichsrat rückblickend: Braun, *Von Weimar zu Hitler, 1949, S. 63 f.* In seinem Nachlaß findet sich ein mehrseitiger Auszug aus der Zusammenstellung der Ergebnisse der Abstimmungen des Reichsrats in den Jahren 1921 bis 14.10.1927 hinsichtlich der Provinzen, Provinzialvertreter und nichtpreußischen Länder, die das Preußische Staatsministerium überstimmt haben, VI. HA, *NL Otto Braun, D Nr. 85, n. f. – Vorangegangenes vgl. Sitzung am 9.4.1920, TOP 1.*

Auftrag an Höpker Aschoff, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlichen Maßnahmen wie sofortige Inangriffnahme von Staatsbauten usw. zu ergreifen und insbesondere mit den Parteien des Landtags und mit dem Staatsrat Fühlung zu nehmen.⁴ [B] — **3.** Gewerbesteuer für [...] 1925 und 1926. *Der Gesetzentwurf ist vor der Weiterleitung an den Landtag vom Staatsrat zu begutachten.*⁵ [B] — **4.** *Geschäftsordnung. Pensionssachen.* Vereinfachung des Verfahrens [...] bei der Beratung von Rekursen in Zwangspensionierungssachen.⁶ [B] — **5.** *Drei Ernennungen⁷ und Hinausschiebung der Altersgrenze in neun Fällen.* [B] — **(6a.** Kultivierung der rechtsemisschen Moore. *Teilweise Berücksichtigung der Wünsche Schreibers bei einem Schreiben an den Reichskanzler.*⁸ [B] — **6b.** *Arbeitsbeschaffung durch* Weiterführung des Mittellandkanals. *Beratung in der nächsten Sitzung.* [B])

⁴ Vgl. das Schreiben Brauns v. 1.2.1926 mit der Bitte um Vorschläge auf der Beratung in: Rep. 90, Nr. 1151, n. f. Ein Vorschlag des Finanzministers v. 17.2.1926 zu baulichen Unterhaltungsarbeiten an den staateigenen oder vom Staate angemieteten Gebäuden in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3a Bd. 5, Bl. 100–101v. Ein Runderlaß des Kultusministeriums v. 1.3. mit einer Liste von Objekten im Ressortbereich in: Rep. 76, I Sekt. 2, Nr. 3, Bl. 112–113.

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 29.1.1926 in: Rep. 120, C V Nr. 6 Bd. 15, n. f.; hier auch Voten. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 55 v. 4.2.1926; die Stellungnahme ebd., Drucks. Nr. 92.

⁶ Vgl. die Vorlage Brauns v. 8.12.1926 in: Rep. 84a, Nr. 3079, Bl. 197; hier auch Bl. 199–200v eine Ausarbeitung von MinR Sattelmacher v. 27.11. zur Sitzung.

⁷ Zur Übernahme der neu zu errichtenden staatlichen Polizeiverwaltung in Bielefeld (Bl. 13) durch RegDir. Fiehn vgl. die Vorlage Severings v. 14.1.1926 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 40 Bd. 5, n. f.; hier auch das Votum Höpker Aschoffs v. 3.2.1926.

⁸ Vgl. das Schreiben Brauns v. 4.2.1926 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 9, n. f.; hier auch weiteres Material einschl. einer Ausarbeitung von MinR v. Achenbach für Becker v. 3.2. zur Sitzung.

Besprechung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 6. Februar 1926.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1088–1089, Dok. Nr. 283.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Eintritt in den Völkerbund.

Nr. 41 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 15–16; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 6², Bl. 2–3v; MF 1038. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 15v wurden von allen TOP Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4, 6–7 und 9 sowie die Vorlage zu TOP 3.

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar, Lammers, v. Meyeren, Kaestner, Schnitzler, Gall, Loehrs, Rathenau [alle vier zu 1], Bansi [zu 1 und 5], Kühne [zu 1–2], v. Schenck [zu 1], Conring [zu 1–2], v. Seefeld, du Mesnil [beide zu 1–2], Oldenburg [zu 2], Gerbaulet [zu 4], Articus [zu 4 und 6], Müssemeier, Hellich, Backhaus [alle drei zu 4], Amelunxen [zu 4 und 6], Beninde [zu 4], Cohn [zu 5], Klausener [zu 5–6], Scholtz [zu 6], Gerlach, Niermann, Thalau, Sandrock, Metz, Verlohr [alle sechs zu 6].

1. Schleswig. Erlaß³ zur Regelung der Minderheits-Schulverhältnisse im Grenzgebiet des Regierungsbezirks. Zustimmung. [B] — 2. Schiffahrtslinie Kiel-Korsör⁴; abgesetzt. — 3. Berufsschulen. Erhöhung der Staatszuschüsse.⁵ [B] — 4. Abwasserverhältnisse der Stadt Neumünster. Keine Aufhebung einer viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Regierungspräsidenten.⁶ [B] — 5. Volkstrauertag. Ausnahmsweise [...] Halbmast-Beflaggung der staatlichen Dienstgebäude sowie der Liegenschaften der Selbstverwaltungskörper [...]. Die Reichsregierung soll [...] für den Fall, daß ein Volkstrauertag beibehalten werden soll, noch 1926 eine reichsrechtliche Regelung schaffen.⁷ [B] — 6. Arbeitsbeschaffung. Weiterführung des Mittellandkanals; abgesetzt.

³ Vgl. den Entwurf v. 1.2.1926 in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 154, Bl. 332–337; hier auch weiteres Material. Veröffentlicht am 10.3.1926, AmtsBl. Regierung Schleswig, S. 55. – Vorangegangenes vgl. Sitzung am 2.10.1924, TOP 1.

⁴ Vgl. die Vorlage Severings v. 27.1.1926 in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n. f.; hier auch weiteres Material. Eine Ausarbeitung von MinR v. Achenbach für Becker v. 8.2. zur Sitzung in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 9, n. f. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 30.10.1924, TOP 2.

⁵ Vgl. den Einspruch Höpker Aschoffs v. 14.12.1925 in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 63 Beiheft I zu Bd. 1, n. f.; hier auch Voten.

⁶ Vgl. Voten Schreibers und Steigers v. 11.12.25 bzw. 29.1.1926 in: Rep. 77, Tit. 3880 Nr. 4, n. f.; hier auch weiteres Material einschl. Schriftwechsel mit dem Regierungspräsidenten. Eine Ausarbeitung von MinR v. Achenbach v. 3.2.1926 in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 2, Bl. 360–360v.

⁷ Vgl. das Schreiben Brauns v. 5.2.1926 an den Reichsinnenminister in: Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 60–60v. Ein Aktenvermerk im Innenministerium v. 29.1. zur Initiative, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 77, Tit. 4011 Nr. 3 Bd. 1, Bl. 188. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 22.2.1926, TOP 6, in: Die Kabinette Luther I und II, S. 1151, Dok. Nr. 298. Auch Schellack, Fritz, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt/M. u. a. 1990, S. 238–246.

Nr. 42 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Februar 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 17–19; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 6², Bl. 2–4; MF 1038. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], Fritze [für am Zehnhoff], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Scherek, Lammers, Klotzsch, von den Driesch, Schneider (WissMinm.) [alle drei zu 1], Conring [zu 1 und 6], Cohn [zu 2–3 und 5], Sattelmacher [zu 3], Mulert [zu 5–6], Klausener, Wittelshöfer, Sandrock, Klempin, Thalau [alle fünf zu 5], Bansi [zu 6].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 19 wurden von den TOP 1–2 u. 5 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 5–6 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 4.

1. Pädagogische Akademie [...] in Frankfurt a./M. Gründung auf simultaner christlicher Grundlage als Versuchsanstalt. Dies steht nicht im Widerspruch zu Art. 174³ der Reichsverfassung.⁴ [B] — 2. Polizei. Der Entwurf⁵ zum Zweiten Gesetz über die weitere Gültigkeit des Schutzpolizeibeamtengesetzes ist vor der Weiterleitung an den Landtag [...] dem Staatsrat zur Begutachtung mitzuteilen. [B] — 3. Disziplinarsache.⁶ [B] — 4. Fünf Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in zwei Fällen. [B] — 5. Kurzarbeiterfürsorge. Bedingte Zustimmung zur Vorlage⁷ im Reichsrate. Einzelheiten, u. a. ist die Dauer der Unterstützung [...] auf 8 Wochen auszudehnen. [B] — 6. Oberschlesien. Der Entwurf⁸ eines Gesetzes über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung von Gemeinden und Kreisen ist vor der Weiterleitung an den Landtag [...] dem Staatsrat zur Begutachtung mitzuteilen, sofern Severing und Höpker Aschoff ein Einvernehmen erzielen. Andernfalls ist erneut zu beraten. [B]

³ Hier heißt es u. a.: Das Gesetz hat Gebiete des Reichs, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen. (Art. 174, Satz 2)

⁴ Vgl. die Vorlage Beckers v. 23.1.1926 in: Rep. 90, Nr. 1759, Bl. 153–154v; hier auch Bl. 155–155v eine Ausarbeitung von MinR Conring v. 17.2. für Braun zur Sitzung sowie Schriftwechsel mit Reichsinnenminister Külz. Schriftwechsel mit dem Staatsrat in: Rep. 90, Nr. 1761, Bl. 3–9v. Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, Das preußische Zentrum, S. 208; Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985, S. 529 f. Unter Benutzung des Becker-Nachlasses: Kittel, Helmuth, Die Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen 1926–1932. Eine zeitgeschichtliche Studie über das Verhältnis von Staat und Kultur, Berlin, Hannover, Darmstadt 1957, S. 93 f., 181 f.

⁵ Mit Anschreiben Severings v. 6.2.1926 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 40 Bd. 5, n. f.; hier auch auf einem Auszug aus der Tagesordnung eine hs. Notiz Schreibers v. 18.2. zum Beratungsergebnis. Dem Staatsrat zugeleitet als StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 72 v. 18.2.1926. Im Landtag beraten als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 2634 v. 4.3.1926. Zusammenfassend: Harnischmacher, Robert/Semerak, Arved, Deutsche Polizeigeschichte. Eine allgemeine Einführung in die Grundlagen, Stuttgart u. a. 1986, S. 77 f.

⁶ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

⁷ Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 16 v. 8.2.1926; beraten in der Sitzung am 20.2.1926, ebd., S. 61 f., § 125; hier auch der Wortlaut einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der die Länder eine Übernahme der neuen Kosten als unmöglich bezeichneten. Umfangreiches Material zur Entstehung der Anordnung sowie Schriftwechsel mit den Reichsbehörden in: Rep. 90, Nr. 1144, n. f. Eine Referentennotiz v. 17.2. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 1, n. f. Eine Aufzeichnung über eine Ressortberatung am 16.2. in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3y Bd. 9, Bl. 481. Ferner mit weiterführenden Anmerkungen die Sitzungen des Reichskabinetts v. 10. u. 15.2.1926, TOP 2 bzw. 7a, in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1113 f. u. 1128 f., Dok. Nr. 287 bzw. 292.

⁸ Vom 16.2.1926, in: Rep. 84a, Nr. 9841, Bl. 217–248. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 74 v. 19.2.1926; Gutachten und Bericht v. 16.3. bzw. 14.4.1926 in: Ebd., Drucks. zu Nr. 74 bzw. Nr. 146. Vgl. auch Gerlach, Friedrich, Vorschlag zur endgültigen Lösung des obereschl[esischen] Eingemeindungsproblems unter Berücksichtigung der Städte Beuthen, Hindenburg und Gleiwitz. Nachtrag zu den Bemerkungen über den Preußischen Gesetzentwurf über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in Oberschlesien, Berlin 1926.

Nr. 43 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Februar 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 20–21v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 6², Bl. 3–3v u. 16; MF 1038. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 21v wurden von den TOP 2 und 5–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 und 5–6 sowie Vorlagen zu TOP 3.

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Frick, Sachs, Goslar, Scherek, Schleusener, Wellmann [zu 1–3], Backhaus, Boës, Cohn, Fritzsche [alle vier zu 1], Richert [zu 2], Landé [zu 2–3], Amelunxen [zu 2–3 und 5–6], Risse, du Mesnil, v. Leyden [alle drei zu 3], Leeser [zu 6].

1. Staatshaushalt für 1926. Notwendigkeit einer nochmaligen Prüfung der Voranschläge, um die von Höpker Aschoff für erforderlich erachtete Kürzung des Gesamtausgabebedarfs zu erreichen.³ [B] — **2. Schulen.** Das Tragen der verfassungsmäßigen Reichs- und Landesfarben durch Schüler an Schulfesttagen soll für zulässig erklärt werden.⁴ [B] — **3. Schulen. Erhöhung des Schulgeldes und Kürzung von Zuschüssen.**⁵ [B] — **4. Sieben Ernennungen.** [B] — **5. Oberschlesien. Teilnahme Severings an der Feier zum 5. Jahrestag der Abstimmung.** [B] — **6. Exportförderung. Beteiligung Preußens an einer Ausfallgarantie für den Export in die Sowjetunion. Einzelheiten.**⁶ [B] — **(7. Landtag. Information Schreibers über durch die Tagesordnung des Parlaments entstandene Schwierigkeiten. Bitte um [...] Einwirkung auf den Geschäftsordnungsausschuß.**⁷)

³ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 10.2.1926 in: Rep. 90, Nr. 1394, n. f.; hier auch Voten. Mit Schreiben v. 27.2. bat der Finanzminister um Mitteilung der Kürzungsvorschläge, in: Rep. 84a, Nr. 6817, Bl. 550.

⁴ Vgl. die Vorlage Beckers v. 18.2.1926 in: Rep. 84a, Nr. 4516, Bl. 172. Es erging der Erlaß v. 18.6.1926, ZBl. Unterrichtsverwaltung, S. 250. Mit Bezug auf das Protokoll: Wittwer, Die sozialdemokratische Schulpolitik, S. 301.

⁵ Vgl. den Erlaß betr. öffentliche höhere Schulen v. 25.2.1926, ZBl. Unterrichtsverwaltung, S. 114.

⁶ Vgl. das Schreiben des Reichswirtschaftsministers v. 18.2.1926 betr. eine 35%ige Ausfallgarantie in: Rep. 120, Anhang Nr. 911, Bl. 35–41. Ferner die Sitzungen des Reichskabinetts am 15.2. u. 19.3.1926, TOP 2 bzw. 3, in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1125 f. u. 1215, Dok. Nr. 292 u. 318.

⁷ Vgl. die Beschwerde des StS im Handelsministeriums Dönhoff v. 10.3.1926 in: Rep. 90, Nr. 113, n. f.; hier auch ein Schreiben Brauns v. 17.3. an Landtagspräsident Bartels. Dessen Antwort v. 27.3. in: Rep. 151, HB Nr. 551, Bl. 190–190v.

Nr. 44 Sitzung des Staatsministeriums am 4. März 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 22–23v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 7², Bl. 59–60v; MF 1038. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Nobis, Goslar, Meister, Schleusener, Richter I [zu 1], v. Leyden [zu 1 und 3], Reschke [zu 1–2], Weyhe, Fimmen [beide zu 2], Landé [zu 2–3], Schnitzler, Sondag, Kühne, du Mesnil, Conring [alle fünf zu 3].

1. Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Besoldungssperrgesetzes bis zum 1.4.1927. Im Reichsrat ist gegen die Einbringung des Entwurfs³ an den Reichstag zu stimmen. [B] — **2. Preußen-Reich-Verhältnis.** Anrufung des Staatsgerichtshofs zu den Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Wirkung von Art. 14 der Reichspersonalabbauverordnung.⁴ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 23v wurden von den TOP 1–2 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 3.

³ StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 23 v. 12.2.1926; an die Ausschüsse in der Sitzung am 25.2.1926 überwiesen, ebd., S. 66, § 128e. Vgl. Sitzung des Reichskabinetts am 15.2.1926, TOP 3, in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1126, Dok. Nr. 292.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 20.2.1926 in: Rep. 90, Nr. 742, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 3.3. für Braun zur Sitzung. Ebenfalls in: Rep. 90, Annex L Nr. 7, Bl. 64–71.

— 3. *Schulen.* Ungeachtet der grundsätzlich zu erstrebenden Einheitlichkeit der Regelung der Schulverhältnisse im gesamten Staatsgebiet sind in den öffentlichen höheren Schulen des besetzten und besetzt gewesenen Gebiets *Sonderregelungen u. a. zur Pflichtstundenzahl der Lehrer sowie zur Klassenfrequenz* vorläufig aufrecht zu erhalten. [B] — 4. *Acht Ernennungen, eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand⁵ und eine Hinausschiebung der Altersgrenze.* [B]

⁵ Vgl. zum Fall des Landrats in Nauen, Giese, der aufgrund der Erschütterung seiner Stellung als Landrat durch den Skandal wegen Beziehungen zu weiblichen Personen in Berlin abberufen wurde, das Schreiben Severings v. 27.2.1926 in: Rep. 77, Nr. 5395, Bl. 16–17, das Zitat Bl. 16.

Sitzung des Reichskabinettes mit dem Preußischen Staatsministerium am 6. März 1926.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1199–1200, Dok. Nr. 311.

Anwesend: für Preußen Braun, Höpker Aschoff, Hirtsiefer, Schreiber [zu 1].

Weitere Teilnehmer: für Preußen Schleusener, Loehrs, Grosser, Sommer, Schniewind [zu 1].

1. *Wirtschaftliche Lage im oberschlesischen Industriegebiet.* — [...]

Nr. 45 Sitzung des Staatsministeriums am 11. März 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 24–26, Anlage [zu 3]: Bl. 27–30; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 7², Bl. 3–6v u. nach Bl. 14; MF 1038. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Conze [für Hirtsiefer], Wachsmann [RK], Weismann, Nobis, Frick, Goslar, Articus, Krause, v. Both [alle drei zu 2], v. Schenck [zu 2–3], Rathenau, Gramsch, Amelunxen [alle drei zu 2], Lippert, Cohn, Koch [alle drei zu 3], Gf. v. Hardenberg [zu 4], Conring [zu 4–5], Gernlein, Kasper, Staudinger (LandMinm.) [alle drei zu 5].

(1. *Kohlenversorgung.* Die preußischen Behörden in Groß-Berlin sollen bis auf weiteres keine Verträge für die nächste Heizperiode eingehen. Über ein Weisungsrecht Höpker Aschoffs wird später entschieden. [B]) — 2. *Ansiedlungspolitik.* Stellungnahme zur Gründung eines Reichssiedlungsverbandes zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung. *Besondere Berücksichtigung der Grenzlandsiedlung.* Ablehnung der Errichtung einer Reichssiedlungskommission oder einer anderen neuen Behörde.³ [B] — 3. *Preußische Staatsbank.* Annahme

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 23v wurden von den TOP 2 und 7a Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–5 sowie die Vorlage zu TOP 3.

³ Vgl. das Votum Steigers v. 10.3.1926 in: Rep. 87, B Nr. 9374, Bl. 8–17. Zusammen mit einer Stellungnahme aus der Reichskanzlei als Anlage in: Rep. 76, II a Sekt. 43 Gen. Nr. 56 Bd. 1, n. f.; hier auch eine Aktennotiz von MinR v. Achenbach v. 10.3. für Becker zur Sitzung. Eine hs. Notiz Schreibers v. 11.3. zum Beratungsergebnis in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 3, Bl. 87; hier auch Bl. 94–94v ein Schreiben v. 3.5. an Rklr. Luther sowie weiterer Schriftwechsel. Vgl. die Sitzungen der Reichsleitung am 22.2., 3.3. u. 3.5.1926, u. a. zu Fragen der Ost- bzw. Grenzlandsiedlung und mit umfangreichen Anmerkungen zu den Verhandlungen mit Preußen, in: Die Kabinette Luther I

einer neuen Verfassung und deren Veröffentlichung.⁴ [B] — 4. Erweiterung des Stadtkreises Potsdam.⁵ [B] — 5. Einstellung der Lieferung von Deputatholz an Pfarrwitwen in Ostpreußen.⁶ [B] — 6. Zehn Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in 13 Fällen. [B] — (7a. Staatsministerium. Vertretung bei der Befreiungsfeier der geräumten ersten Rheinlandszone⁷ sowie bei der Universitätsfeier in Bonn. [B] — 7b. Staatsministerium. Stellungnahme Höpker Aschoffs zu den Erörterungen der [...] Ressortminister über die Verwaltungsreform in der Öffentlichkeit.)

und II, Bd. 2, S. 1146–1150, 1182 u. 1321–1324, Dok. Nr. 297, 305 u. 351. Auf der Basis von Akten der Reichsregierung ausführlich Hertz-Eichenrode, Dieter, Reichskredite für die Ostsiedlung. Eine innenpolitische Streitfrage der Jahre 1925 bis 1927, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 27 (1978), S. 266–290.

⁴ Vgl. den Entwurf Bl. 27–30. Das Begleitschreiben Höpker Aschoffs v. 4.3.1926 in: Rep. 120, A X Nr. 8 Bd. 9, Bl. 208–211v. Der Erlaß wurde veröffentlicht am 11.3.1926, GS, S. 123.

⁵ Vgl. die Vorlage Severings v. 5.3.1926 in: Rep. 84a, Nr. 4799, Bl. 151–154; hier auch Bl. 156–159 der Vertrag mit dem Kreis Zauch-Belzig v. 27./30.10.1925. Eine hs. Notiz Schreibers v. 11.2.1926 zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, A II 5e Nr. 8 Bd. 11, n. f. Der Entwurf wurde dem Staatsrat übergeben als StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 199 v. 19.3.1926. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 3305 v. 27.4.1926.

⁶ Vgl. den Votenwechsel ab 17.11.1925 in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 152 Bd. 2, Bl. 131–135.

⁷ Am 21.3.1926. Vgl. Deutscher Geschichtskalender, begründet von Karl Wippermann, hrsg. v. Friedrich Purlitz u. Sigfrid H. Steinberg, 42. Jg. 1926, Abt. A: Inland, Bd. 1, Leipzig 1926, S. 214–218; hier auch S. 215 f. die Rede Severings.

Nr. 46 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 16. März 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 31–32; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 7², Bl. 18–20; MF 1038.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Dönhoff [für Schreiber], Frick, Sachs, Schereck, Amelunxen, Loerbrocks, Cohn [beide zu 1], Klausener, Elfgen, Landfried, Umpfenbach, Zachariae, Wittelshöfer [alle acht zu 2], Weyhe, v. Leyden, Richter I, Brand, Ganschow, Reschke [alle sechs zu 3].

1. Todesurteil. Kein Gebrauch vom Begnadigungsrecht.³ [B] — 2. Bad Kreuznach. Befürwortung eines Darlehns zum Erwerb der Aktienmehrheit der Kreuznach Solbäder AG aus dem Fonds zur Unterstützung der Heilbädergemeinden des besetzten Gebietes.⁴ [B] — 3. Nochmals zum Gesetzentwurf⁵ betr. die Verlängerung des Besoldungssperrgesetzes hinsichtlich einer ein-

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 32 wurden von den TOP 2–3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 3.

³ Vgl. die Vorlage am Zehnhoffs v. 11.3.1926 zum Urteil gegen Th. Musiol in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Bd. 3, Bl. 93–94v.

⁴ Vgl. das Schreiben Steigers v. 6.3.1926 in: Rep. 87, B Nr. 19344, n. f.; hier auch ein Schreiben v. 30.4.1925 zu früheren Verhandlungen. Ferner die von Bürgermeister und Kurdirektor dem Kultusministerium vorgelegte Denkschrift über die Notlage des Bades Kreuznach v. 8.2.1928 in: Rep. 76, VIII B Nr. 1517, n. f.

⁵ Vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. I Bd. 18, n. f. (ohne das Begleitschreiben Höpker Aschoffs v. 13.3.1926). Im Reichsrat wurde in der Sitzung am 18.3.1926 gegen das Votum Bayerns der überarbeitete, hier mitgeteilte Entwurf als Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses angenommen; vgl. StenBerReichsR, Jg. 1926, S. 82 f. Dem Reichstag vorgelegt als StenBerRT, Bd. 407, Drucks. Nr. 2094 v. 18.3.1926. Der Entwurf einer 4. Änderung des Besoldungssperrgesetzes in: Ebd., Bd. 399, Drucks. Nr. 665 v. 10.3.1926. Ferner: Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, S. 550.

heitlichen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses. *Zustimmung zu einer entsprechenden Vorlage im Reichsrat sowie zu einer zwischen den Regierungen von Reich und Preußen im Verwaltungswege zu treffenden Vereinbarung über ein abgestimmtes Vorgehen in den Besoldungsfragen und der Bereitschaft, Streitfragen einer noch zu schaffenden gemeinsamen Schiedsstelle vorzulegen.* [B] — **(4a.** Rheinprovinz. Unterstützungsaktion zu Gunsten der Bezirksfürsorgeverbände *mit notleidenden Winzern.*⁶ [B] — **4b.** *Besetzte Gebiete. Bereitstellung von Mitteln für erholungsbedürftige Kinder anlässlich der Reise Hindenburgs in die geräumte Kölner Zone.*⁷ [B]) — **5.** *Personalvorschläge. In anschließender geheimer Besprechung beraten.*

⁶ *Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 16.3.1926 in: Rep. 76, Ila Sekt. 47 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n. f. Eine hs. Notiz Höpker Aschoffs zum Beratungsergebnis auf dem Brieftelegramm des Ministers für Volkswohlfahrt v. 17.3. in: Rep. 151, I A Nr. 7523, n. f.; hier auch weiteres Material. Ein Zeichen für die Schwierigkeit der Lage war z. B., daß bei einer Winzerkundgebung in Bernkastel am 25.2.1926 das Finanzamt gestürmt wurde; vgl. Deutscher Geschichtskalender, 1926 A Bd. I, S. 213. – Mit Schreiben v. 22.2.1926 berichtete Steiger über eine von ihm geleitete Besprechung in Koblenz am 13.2. zur Notlage des Weinbaues, in: Rep. 87, B Nr. 24553, Bl. 194–195. Mit Verweis auf weiterführende Literatur du Mesnil, Preußisch Dienen und Genießen, S. 452, Anm. 1008.*

⁷ *Vgl. eine Aufzeichnung v. 30.3.1926 aus dem Finanzministerium über eine Besprechung am 26.3., in der unter b) die Bereitstellung von 300 000 RM für die Kindererholungsfürsorge erörtert wurde, in: Rep. 87, B Nr. 19358, n. f.; hier auch weiteres Material zur Umsetzung des Beschlusses. Die Reise des Reichspräsidenten erfolgte zur Befreiungsfeier am 21.3.1926 in Köln; vgl. Deutscher Geschichtskalender, 1926 A Bd. I, S. 214–218.*

Nr. 47 (2.) Geheime Besprechung der Staatsminister am 16. März 1926.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 175, Bl. 33; MF 1038. — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

*Drei Ernennungen und die Hinausschiebung der Altersgrenze für den Sekretär der Akademie der Wissenschaften Roethe*². [B]

¹ *Sowohl als Aktenvermerk als auch als Anlage zum Staatsmin[isterial]-Protokoll vom 16.3.1926 bezeichnet.*

² *Vgl. das Votum Beckers v. 16.3.1926 in: Rep. 90, Annex L Nr. 7, Bl. 26–28. Hier wird Bezug genommen auf den Staatsministerialbeschluß in der letzten Sitzung [...], Roethe nicht über den 1. April hinaus zu verlängern (Bl. 26). Der Beschluß ist in den überlieferten Protokollen nicht nachweisbar.*

Nr. 48 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1926.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 175, Bl. 49–52; MF 1038/1039. — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Sachs, Goslar, Ramm, Wellmann [zu 2], Backhaus [zu 2 und 5], Schneller, Wackermann, Fritzsche, Weyhe [alle vier zu 2], Trendelenburg, Paul,

¹ *Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–4 und 6 in: Rep. 90, Annex L Nr. 7.*

Schäfer [alle drei zu 3], Cohn [zu 3–4], Hubrich [zu 4], Conze, Bergbohm [beide zu 6], Amelungen [zu 5 und 7–8], Zachariae, Bansi, Umpfenbach [alle drei zu 5], Vollbach [zu 5 und 8], Articus, Bank [beide zu 7], v. Schenck, Lippert [beide zu 8].

(1. Reichshaushalt. Information über die Reichsratsvorlage² zum Nachtrag [...] für 1925, der zuzustimmen ist. [B] — Haushaltsplan für 1926. Einzelheiten zum Stimmverhalten im Reichsrat in Abhängigkeit von der Haltung der Reichsregierung zu den vom Reichstag vorgenommenen Neueinsparungen oder Erhöhungen von Ausgabeansätzen, u. a. bei Personalstellen und bei dem wie 1925 schon abgelehnten Fonds „für kulturelle Zwecke“.³ [B]) — 2. Staatshaushalt für 1926. Grundsätzliche Zustimmung zu einer Kontingentierung der Ausgaben für ein Vierteljahr.⁴ [B] — 3. Feuerbestattung. Für eine reichsgesetzliche Regelung⁵ besteht gegenwärtig kein Bedarf. [B] — 4. Personalabbau. Einspruch. [B] — 5. Wasser. Verunreinigung der Niers. Finanzierung einer Baumaßnahme aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Möglichste Beschleunigung der Vorlage eines [...] Gesetzentwurfs.⁶ [B] — 6. Mietzinsbildung ab 1.4.1926.⁷ [B] — (7. Kredit für die Niedersächsische Kreditgenossenschaft e. G. m. H. zur Wiedererlangung der Grundschuldbriefe von der Hannoverschen Landeskreditanstalt.⁸ [B] — 8. Erholungsurlaub für 1926.⁹ [B])

² StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 44 v. 22.3.1926 sowie zu Nr. 44; in der Sitzung am 25.3.1926 an die Ausschüsse überwiesen, ebd., S. 90, § 187, geändert in der Sitzung am 21.4., ebd., S. 153 f., § 245, und am 20.5. angenommen, ebd., S. 274, § 333.

³ Die Reichsratsdrucksache Nr. 145 v. 13.10.1925, StenBerReichsR, Jg. 1925, wurde in der Sitzung am 27.3.1926, ebd., S. 99 f., § 209, angenommen; hier eine Erklärung von Nobis seitens der preußischen Staatsregierung, der sich andere Bundesstaaten anschlossen, sowie eine gemeinsame Erklärung. Letztere auch im Schreiben des Reichsfinanzministeriums v. 27.4.1926 an den Präsidenten des Reichstags, in: StenBerRT, Bd. 408, Drucks. Nr. 2247. Vgl. ferner die Zusammenstellung der Beschlüsse in 2. Beratung in: Ebd., Bd. 407, Drucks. Nr. 2155 v. 26.3.1925.

⁴ Ein Rundschreiben Beckers v. 30.3.1926 zur Umsetzung des Beschlusses an seine Ministerialabteilungen in: Rep. 76, Vc Sekt. 1 Tit. 5 Nr. 2 Bd. 1, n. f.; hier auch ein Schreiben an Höpker Aschoff zur Kontingentierungsfrage v. 3.4.

⁵ Vgl. den Gesetzentwurf v. 9.11.1925, in: StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 157. Die Vorlage Beckers v. 13.3.1925 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 120, A I 1 Nr. 134, n. f.; hier auch Voten und weiteres Material.

⁶ Vgl. den Antrag Schwenk u. Gen. (KPD) v. 12.12.1925 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1833 sowie den befürwortenden Bericht des 24. Ausschusses hierzu in: Ebd., Drucks. Nr. 2873 v. 23.3.

⁷ Vgl. den Antrag Hirtsiefer v. 22.3.1926, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 151, II Nr. 1069, n. f.; hier auch eine Referentennotiz v. 24.3. zur Sitzung. Die Vorlage v. 24.3. in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 11, Bl. 162–163. Erlassen als Verordnung v. 26.3.1926, GS, S. 130.

⁸ Vgl. den Entwurf eines (abgesandten?) Schreibens Steigers vom (?) März 1926 sowie eine Ausarbeitung von ORegR Vollbach v. 15.1.1926 für den Minister in: Rep. 87, B Nr. 10180/1, n. f.

⁹ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 25.3.1926 in: Rep. 77, Tit. 35 Nr. 3 Bd. 6, n. f.; hier auch Voten und weitere Materialien. Der Runderlaß v. 30.3.1926, in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 42.

Nr. 49 (2.) Geheime Besprechung der Staatsminister am 25. März 1926.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 175, Bl. 53–54v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

¹ Als Anlage zum Staatsministerial-Protokoll vom 25.3.1926 bezeichnet. In der Abschrift auch als Aktenvermerk bezeichnet.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Zehn Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in acht Fällen. [B]

Nr. 50 Sitzung des Staatsministeriums am 30. März 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 56–56v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 7, Bl. 49–50; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Am Zehnhoff [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Steiger], Schleusener [für Höpker Aschoff], Kempner [RK], Nobis, Frick, Scherek, Burckhardt, Bank, Deichmann, Wagemann, Lippert, Jende, Amelunxen.

1. Reichshaushalt 1926. Zustimmung im Reichsrat zu einem Kredit [...] an die neu zu gründende Deutsche Getreide-Handelsgesellschaft m. b. H. unter Darlegung der bestehenden Bedenken.² [B] — (2a. Reichshaushalt 1926. Kein Widerspruch im Reichsrat gegen eine Beihilfe zur Ausbildung gesetzlicher Arbeitnehmervertreter. Wunsch, daß aber der Fonds durch Vermittlung der Länder verwertet wird.³ [B] — 2b. Ernennung. [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 56v wurden von den TOP 1–2a Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. die Erklärung der Preußischen Staatsregierung im Reichsrat, abgegeben durch MinDir. Nobis, in: Rep. 87, B Nr. 3240, Bl. 1; hier auch Bl. 9 eine Abschrift mit einem hs. Vermerk des StS Ramm v. 1.4.1926 zum Beratungsergebnis im Staatsministerium. Sechs Anträge des Unterausschusses des 8. Reichstags-Ausschusses v. 10.–19.3.1926 in: Rep. 90, Annex L Nr. 7, Bl. 52–56. Ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten des Reichsrats, Jg. 1926, wurde der Kredit im Plenum nicht beraten. Ferner mit weiterführenden Anmerkungen die Sitzung des Reichskabinetts v. 25.3.1926, TOP 9, in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1233 f., Dok. Nr. 322.

³ Mit Schreiben v. 6.5.1926 erbat Schreiber vom Reichsarbeitsminister Auskunft, in welcher Weise er dem Wunsche des [...] Staatsministeriums zu entsprechen gedenke; vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 9 Adhib. 5 Bd. 5 Generalia, Bl. 310. Zur Mittelvergabe vgl. die Aufzeichnung von MinDir. v. Seefeld v. 25.6.1927 in: Rep. 120, A X Nr. 46 Bd. 3, Bl. 60. – Ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten des Reichsrats, Jg. 1926, wurde die Frage im Plenum nicht behandelt.

Nr. 51 Sitzung des Staatsministeriums am 15. April 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 58–60v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 7², Bl. 79–80, 85; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 61 wurden von den TOP 1 und 2b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1, 2a, 3, 5–6 und 8 sowie die Vorlage zu TOP 7.

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Schleusener [für Höpker Aschoff], Lammers [für Becker], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Meister, Gramsch [zu 1], Stalman [zu 1 und 5], Conring [zu 1–2 und 6–7], Schniewind, Müssemeier, Mussehl [alle drei zu 2], v. Seefeld, Jordan, Cohn [alle drei zu 3], Reschke [zu 5 und 8], Sitzler [zu 7].

1. Anschluß Schaumburg-Lippes an Preußen. *Information über das beabsichtigte Vorgehen Severings.*³ [B] — **2a.** Handelsvertragspolitik. *Ministerielle Zuständigkeit anlässlich der Regelung des Pferdezolles in den Vertragsverhandlungen mit Dänemark.*⁴ [B] — **2b.** Handelsvertrag mit Dänemark. *Zustimmung im Reichsrat zum Gesetzentwurf*⁵ über Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse und Behandlung deutscher Handlungsreisender in Dänemark. [B] — **3.** *Titelverleihungen. Die Amtsbezeichnung „Polizeischulrat“.*⁶ [B] — **4.** *13 Ernennungen.*⁷ [B] — **5.** *Geschäftsordnung. Keine Änderung in der formellen Behandlung der Gesetzesvorlagen, bei denen die Abänderungsvorschläge des Staatsrats nicht berücksichtigt werden.*⁸ [B] — **6.** *Rechtsstellung der evangelischen Domstifter. Termin zur Fertigstellung von Gutachten.* [B] — **7.** *Schulordnung für die Elementarschulen der ehemaligen Provinz Preußen. Der Gesetzentwurf*⁹ *zur Abänderung der Ordnung von 1845 ist vor der Weiterleitung an den Landtag [...] dem Staatsrate zur Begutachtung mitzuteilen.* [B] — **8.** *Errichtung einer Landwirtschaftskammer für die Provinz Oberschlesien. Der Verordnungsentwurf*¹⁰ *ist dem Staatsrat zur Begutachtung mitzuteilen.* [B]

³ Vgl. die Vorlage Severings v. 6.4.1926 in: Rep. 90, Nr. 298, Bl. 179–181; hier auch Bl. 182 eine Ausarbeitung von MinR Conring v. 14.4. für Braun zur Sitzung.

⁴ Vgl. die Schreiben Steigers und Schreibers v. 5.3. u. 2.4.1926 in: Rep. 120, C XIII 1 Nr. 4 Adhib. 2 Bd. 6, Bl. 60–69. In einem weiteren Votum v. 13.4., ebd., Bl. 88–89, nahm Steiger Bezug auf den Beschluß v. 13.5.1925, TOP 4. Der Antrag Schreibers v. 8.4., die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 120, C XIII 8 Nr. 27 Bd. 1, n. f. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts v. 15.3.1926, TOP 1, in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1207, Dok. Nr. 315.

⁵ StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 46 v. 24.3.1926; in der Sitzung am 29.4.1926 angenommen, ebd., S. 159, § 258. Dem Reichstag vorgelegt als StenBerRT, Bd. 408, Drucks. Nr. 2240 v. 29.4.1926. Zum Stand der Wirtschaftsverhandlungen vgl. einen ausführlichen Aktenvermerk v. 19.3.1926 in: Rep. 120, C XIII 8 Nr. 27 Bd. 2, n. f. Ferner Hummel, Preußen und seine Provinzen, S. 84.

⁶ Vgl. bereits den Entschließungsantrag Leid u. Gen. (SPD) v. 14.10.1925 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1247; angenommen in der Sitzung am 2.12.1925 als Zustimmung zum Ausschußbericht v. 2.11.1925 in: Ebd., Sp. 6822. Der Bericht in: Ebd., Drucks. Nr. 1547 (D). Die Vorlage Severings v. 23.2.1926 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 90, Nr. 581, n. f.; hier auch Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Cohn v. 14.4. für Braun zur Sitzung.

⁷ Zum Fall des Eislebener Landrats v. Mettenheim, der risikoreiche Engagements der Kreissparkasse initiierte und daraufhin als Oberregierungsrat in die allgemeine Verwaltung versetzt wurde, vgl. den Bericht Severings v. 6.4.1926 in: Rep. 77, Nr. 5173, Bl. 1–4.

⁸ Vgl. die Vorlage Severings v. 6.4.1926 in: Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 2, Bl. 387–388; hier auch ein Aktenvermerk von MinR v. Achenbach für Becker zur Sitzung.

⁹ Vgl. die Vorlage Beckers v. 8.4.1926 in: Rep. 77, Tit. 127 Nr. 2 Bd. 3, n. f. Dem Landtag mit dem Hinweis, daß der Staatsrat keine Einwendungen erhoben hatte, vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 3665 v. 8.6.1926.

¹⁰ Vom 10.3.1926, in: Rep. 84a, Nr. 1963, Bl. 99–103v; hier auch Voten. Dem Staatsrat zugeleitet mit Schreiben v. 15.4.; vgl. StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 164.

Nr. 52 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 20. April 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 62–63v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], Lammers [für Becker], Weismann, Sachs, Pünder [RK], Goslar, Lippert, Hüser, Schniewind, Landfried, Gossel, Mussehl, Amelunxen [alle sieben zu 1], Schäfer [zu 3], König [zu 2–3], Hoffmann, Cohn [beide zu 2], Radler [zu 3], Reichau, Bachmann [beide zu 4].

1. Kredit für die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben zusammen mit dem Reich², um den aus nationalwirtschaftlichen Gründen gewünschten Bau einer Zinkhütte in Deutsch-Oberschlesien zu fördern. Einzelheiten.³ [B] — 2. Zweikampf. Zustimmung zum Entwurf⁴ eines Gesetzes über die Bestrafung des Zweikampfes. [B] — 3. Behörden. Regelung des Dienstes [...] am 1. Mai 1926.⁵ [B] — 4. Disziplinarrecht. Keine generelle Amnestierung von Disziplinarvergehen in Preußen in Anlehnung an das Reich. Der Antrag⁶ Severings wird zurückgezogen. [B] — (5. Geheimhaltung und Geschäftsordnung. Da der Votenwechsel über die Frage der Beamtenbanken bei Beamtenorganisationen bekanntgeworden ist,⁷ soll eine Kommission den Fall untersuchen und allgemeine Grundsätze für die Sicherung vertraulicher Behandlung amtlicher Schriftstücke ausarbeiten. [B] — 6. Staatshaushalt für 1926. Zustimmung zur Vorlegung des Etats der Polizei und der Landjägerei als Ergänzung zum Haushalt des MdI bei Landtag und Staatsrat.⁸ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 62 wurden von den TOP 2–3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

In Rep. 90, Annex L Nr. 7, Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4.

² Die Passage gegebenenfalls Preußen allein mit Unterbeteiligung des Reichs zu einer Hälfte (Bl. 62) ist gestrichen.

³ Vgl. die Vorlage Schreibers (o. D.) in: Rep. 120, A X Nr. 46 Beiheft 1 Bd. 3, Bl. 222–231; hier auch Vertragsentwürfe und weiteres Material. Die Vorlage ebenfalls in: Rep. 84a, Nr. 11093, Bl. 70–79. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Staatsministerium am 21.4.1926, TOP 2, in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1295, Dok. Nr. 340. Auf breiter Aktenbasis: Sauerzapf, Rudolf, Subventionsgewährung im Dienste der deutschen Revisions- und Revanchepolitik gegen Polen 1925/26–1933. Die Industrie-, „Osthilfe“ der Weimarer Republik, Halle-Wittenberg, phil. Diss. 1965, S. 135–158. Ferner Treue, Wilhelm, Preußens Wirtschaft vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Nationalsozialismus, in: Handbuch der preußischen Geschichte, hrsg. v. Otto Büsch, Bd. 2: Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin, New York 1992, S. 593.

⁴ Vom 28.3.1926, in: StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 52. Der im Staatsministerium erwähnten Antrag der Reichsregierung v. 17.4. in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 223 Bd. 2, Bl. 59. Hierzu die Besprechung der Reichsminister am 15.4. in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1273, Anm. 10, Dok. Nr. 333. Ferner die Aufzeichnung von MinDir. Pünder über Besprechungen mit dem preußischen Staatsministerium am 20.4. in: Ebd., S. 1291–1293, Dok. Nr. 338.

⁵ Der Runderlaß Höpker Aschoffs v. 21.4.1926 in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 50.

⁶ Vom 16.4.1926, in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 9, n. f.; als Anlage das Schreiben von Reichsinnenminister Külz v. 8.3. Vormaterial, beginnend mit einem Schreiben am Zehnhoffs an Braun v. 6.8.1925, in: Rep. 84a, Nr. 3079, Bl. 257.

⁷ Vgl. Nr. 12 der „BeKo. Beamten-Korrespondenz“, hrsg. v. StadtR a. D. Fuß, Berlin, v. 9.3.1926, sowie mit einem Abdruck der vertraulichen Schreiben deren „Vertrauliche Mitteilung“ v. 17.3. in: Rep. 120, A XI 1 Nr. 41 Bd. 1, n. f.; hier auch Aktenvermerke v. 15.3.1926 ff. zur Indiskretion sowie zum Untersuchungsverfahren. – Am 21.4.1926 erließ Höpker Aschoff unter Bezugnahme auf Veröffentlichungen in der Beamtenfachpresse eine Anweisung zur verschärften Amtsverschwiegenheit, in: Rep. 120, A I 2 Nr. 24, n. f. Mit Schreiben v. 3.5. weigerte er sich aber wegen der großen Zahl der in Betracht kommenden Personen und im Hinblick auf die inzwischen verflossene Zeit, [...] eine Untersuchung [...] einzuleiten, Rep. 120, CB I Nr. 25, Bl. 71.

⁸ Vgl. Ausarbeitungen zum Haushalt (z. T. als Anlage zur Vorlage v. 19.3.1926, die jedoch nicht beiliegt) in: Rep. 151, IC Nr. 1687, n. f. – Die Vorlage selbst konnte nicht ermittelt werden. Die im Gefolge der Staatsministerialsitzung erarbeitete Ergänzung zum Entwurf des Haushalts des Ministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1926, übersandt mit Anschreiben Höpker Aschoffs v. 26.4.1926, in: Rep. 84a, Nr. 6818, Bl. 28–42. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 3546 v. 29.5.1926; hier auch das Gutachten des Staatsrats v. 19.5.

Nr. 53 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 20. April 1926.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 175, Bl. 64; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Weismann [U]

1. Fürstenabfindung. Stellungnahme zu den Verhandlungsergebnissen im Rechtsausschuß des Reichstags. Einzelheiten.² [B] — **2. Handelspolitik. Stellungnahme zum Entwurf eines Reichsgesetzes über die vorläufige Anwendung von Wirtschaftsabkommen.**³ [B]

¹ Sowohl als „Anlage“ als auch als „Aktenvermerk“ zum Staatsmin[isterial-] Protokoll vom 20.4.1926 bezeichnet.

² Vgl. vor allem die Besprechung der Reichsminister v. 15.4.1926 in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1273–1275, Dok. Nr. 334, sowie zur im Staatsministerialprotokoll erwähnten Frage des Reichssondergerichts die Besprechung von Rklr. Luther mit Parteiführern am 16.4. TOP 1, in: Ebd., S. 1275 f., Dok. Nr. 335. Zu den Reichstagsverhandlungen: Jung, Volksgesetzgebung, Teil 2, S. 738–750.

³ StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 181 v. 1.12.1925; in der Sitzung am 20.4.1926 angenommen, ebd., S. 159, § 257. Notizen von MinR Sommer zu Ausschusssitzungen im Reichsrat am 4.1. bzw. 24.4. in: Rep. 120, C XIII 1 Nr. 4 Adhib. 2 Bd. 6, Bl. 7–7v, 87. Bereits mit Schreiben des Handelsministers v. 23.12.1925 wurde den Ministern der preußische Reichsratsantrag zugeleitet, in: Rep. 120, C XIII 1 Nr. 4 Adhib. 2 Bd. 5, Bl. 346–353.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Staatsministerium am 21. April 1926.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1295–1297, Dok. Nr. 340.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff, Schreiber, Steiger.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Lippert, Schniewind.

1. Stellung von Strafanträgen wegen Beleidigung der Reichsregierung. — 2. Kreditgewährung an die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben. — 3. Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volksentscheid. — 4. Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswerks¹; vertagt. — 5. Zollerhöhung für landwirtschaftliche Erzeugnisse. — (6. Entwurf eines Knappschaftsgesetzes.)

¹ Vg. den Bericht Schniewinds v. 21.4.1926 über die Beratung in: Rep. 87, B Nr. 974, Bl. 83–84v.

Nr. 54 Sitzung des Staatsministeriums am 27. April 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 62–63v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

¹ Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 und 5 sowie die Vorlage zu TOP 2 in: Rep. 90, Annex L, Nr. 7.

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], Weismann, Frick, Sachs, Goslar, Ramm, v. Leyden, Surén, ORegR Simon [alle drei zu 1], Hans Lucas [zu 1–2], Brathuhn, Hellich, Mussehl, Riewald, Lippert [alle fünf zu 1], Cohn [zu 1, 3 und 5], Neumann [zu 1], Bansi [zu 2 und 5], Scheche, Reschke [beide zu 2], Kuhnt, Thalau [beide zu 5].

1. Körperschaftsteuer. Reichsratsantrag zur Steuerpflicht der öffentlichen Sparkassen.² [B] — 2. Landtag. Gesetzliche Regelung der Ordnungsgewalt in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. Ablehnung des Urantrags Leid u. Gen. (SPD)³. Es ist zu versuchen, mit dem Landtag eine gesetzliche Regelung [...] herbeizuführen. Dabei ist besonders zu prüfen, ob ein solches Gesetz verfassungsändernd sein würde. [B] — 3. Entwurf eines Gesetzes über die Prüfung lippischer Referendare durch das Juristische Landesprüfungsamt in Berlin. Zustimmung.⁴ [B] — 4. Drei Ernennungen. [B] — 5. Pressepolitik. Severing wird beauftragt, eine Vertagung der Beratung im Reichsrat über die Stellung der Schriftleiter im Entwurf⁵ zu einem Änderungsgesetz zum Reichspressegesetz herbeizuführen. [B] — (6. Reichsrat. Nochmals zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen. StS Meister wird beauftragt, an den Landtagsberatungen teilzunehmen, zuvor aber wegen bestehender Bedenken vorstellig zu werden⁶. [B] — 7. Beamtenpolitik. Vorschlag Brauns zu Erwägungen darüber, einen Beschluß zu fassen, künftig die Vereidigung der Beamten [...] ohne einen ihre Bedeutung abschwächenden Hinweis auf die Gesinnungsfreiheit vorzunehmen.)

² Voten Schreibers v. 16. u. 19.4.1926 in: Rep. 120, C V Nr. 73 Bd. 3, n. f. – Die Vorlage Severings v. 14.4. konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden. In dem Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes, StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 45 v. 20.3.1926, war die Steuerpflicht für die Sparkassen vorgeschlagen worden und am 29.4.1926 in die Ausschüsse überwiesen, S. 158, § 252. Am 6.5. mit Korrekturen angenommen, ebd., S. 171, § 292b.

³ Vom 6.3.1926, in: StenBerLT, Drucks. Nr. 2651. Vgl. das Votum des Innenministeriums v. 19.4.1926 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Beiakten 21, n. f.; hier auch weiteres Material. Eine hs. Notiz Schreibers v. 27.4. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung, in: Rep. 120, C B I Nr. 8a Bd. 2, n. f. Grundsätzlich zu den rechtlichen Begrenzungen parlamentarischer Untersuchungsbefugnisse: Steffani, Winfried, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960, v. a. S. 83–106.

⁴ Vgl. die Vorlage des Justizministeriums v. 18.3.1926 in: Rep. 84a, Nr. 6422, Bl. 150–153v; hier auch umfangreiches weiteres Material.

⁵ StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 42 v. 18.3.1926; beschlossen in der Sitzung am 11.11.1926, ebd., S. 441, § 639. Veröffentlicht als StenBerRT, Bd. 411, Drucks. Nr. 2682 v. 13.11.1926. Vgl. mit weiterführender Anmerkung die Sitzung des Reichskabinetts am 9.3.1926, TOP 5, in: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1202, Dok. Nr. 312.

⁶ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 23.5.1926 zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 109, n. f.; hier auch eine Aktennotiz auf dem Protokollauszug zum weiteren Gang der Angelegenheit. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 89.

Nr. 55 Sitzung des Staatsministeriums am 30. April 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 68–68v; MF 1039; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 7, Bl. 112–113. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 68 wurde von TOP 1 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

Weitere Teilnehmer: Loehrs [für Severing], Lammers [für Becker], Frick [für Schreiner], Pünder [RK], Weismann, Frick, Sachs, Goslar, v. Leyden, ORegR Simon, Becker (FinMinm.) [alle drei zu 1].

1. Volksentscheid in Aufwertungsfragen. Grundsätzliche Zustimmung im Reichsrat zum Entwurf² eines Zweiten Gesetzes über den Volksentscheid, jedoch keine Verwendung des Ausdrucks „Folgen der Geldentwertung“, da hiermit in der Rechtsauslegung eine zu weitgehende Einschränkung der Verfassungsbestimmungen über die Volksgesetzgebung möglich sein kann. In den Gesetzestext selbst und nicht nur in die Begründung soll ein Hinweis auf die Fürstenabfindung aufgenommen werden. [B] — (2. Zwei Ernennungen. [B])

² Vom 21.4.1926, in: *StenBerReichsR, Jg. 1926. Drucks. Nr. 69; am 6.5. mit Änderungen angenommen, ebd., S. 172, § 295. Die geänderte Fassung S. 181 als Anlage. Mit Bezug auf das Protokoll: Schiffers, Reinhard, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971, S. 206.*

Besprechung der Reichsminister mit dem preußischen Staatsministerium am 4. Mai 1926.

Druck: Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, S. 1331–1333, Dok. Nr. 353.

Anwesend: für Preußen Braun, Steiger.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Loehrs, Erythropel.

Ostsiedlungsfragen.

Nr. 56 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Mai 1926.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 69–71v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Conze [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Gf. v. Hardenberg, Gossel [beide zu 2], Kuhnt [zu 2–3], Cohn [zu 2–3], Erythropel, Frank (FinMinm.), Bansi [alle drei zu 3], Amelunxen [zu 5].

(1. Reichshaushaltsplan für [...] 1925. Bericht über den Stand der Beratungen im Reichstag zum Einspruch¹ des Reichsrats.²) — 2. Pressepolitik. Nochmals zum Gesetzentwurf zur Änderung des Reichsgesetzes über die Presse. Zustimmung im Reichsrat.³ [B] — 3. Fürstenabfin-

¹ *Lesung unsicher.*

² *In der Reichsratssitzung am 30.1.1926, StenBerReichsR, Jg. 1926, S. 23 f., § 66, wurde dem vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für 1925 teilweise zugestimmt. In der Sitzung am 22.4. schließlich wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan, ebd., Drucks. Nr. 44 v. 22.3.1926, mit Änderungen angenommen. Dem Reichstag zugeleitet als StenBerRT, Bd. 408, Drucks. Nr. 2226 v. 22.4.1926. Angenommen am 19.5., in: Ebd., Bd. 390, S. 7315–7320.*

³ *Dem Entwurf wurde mit Änderungen in der Sitzung am 11.11.1926 zugestimmt, StenBerReichsR, Jg. 1926, S. 441, § 639.*

ding. Information zur Reichsratsvorlage⁴. Zustimmung mit zwei Änderungen. Keine Unterstützung des bayerischen Wunsches nach einer Erklärung über das [...] Verbleiben der Schack-Galerie in München. [B] — (4. Uferweg am Cecilienhof bei Potsdam. Prüfung der Wünsche der Potsdamer Bevölkerung zu einer möglichen Freigabe.⁵ [B]) — 5. Staatsministerium. Keine Bereisung der Provinz Schleswig-Holstein, da in der Einladung⁶ der Provinzialverwaltung [...] weder Zweck noch Ziel [...] bekanntgegeben wurden. [B] — 6. Sieben Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in zwei Fällen. [B] — (7. Wirtschaftspolitik. Der vom Reich beabsichtigte Kredit für die deutsche Flachswirtschaft. Beschlußfassung vertagt.⁷)

⁴ StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 78 v. 1.5.1926. In der Sitzung am 14.5.1926 mit Änderungen beschlossen, ebd., S. 89f., § 318.

⁵ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 18.3.1926 in: Rep. 90, Nr. 238, n. f.

⁶ Vom 6.5.1926, in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n. f.

⁷ Vgl. das Schreiben des Reichswirtschaftsministers v. 3.4.1926 sowie die gemeinsame Stellungnahme von Schreiner und Steiger v. 20.4.1926 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 82 Bd. 6, n. f. Die Reaktion Höpker Aschoffs v. 15.5. zu letzterer in: Rep. 84a, Nr. 3425, n. f.

Nr. 57 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juni 1926.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 72–74v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], v. Leyden [für Severing], Lammers [für Becker], v. Meyeren [für Schreiber], Weismann, Nobis, Frick, Pünder [RK], Goslar, Scheidt, Jaques, Verlohr [beide zu 1], Articus, Niermann [beide zu 1 und 5], Stadermann, Bank, Amelunxen [alle drei zu 1], Cohn [zu 4], ORegR Simon [zu 5], Bail, Sommer [beide zu 5].

1. Campe-Dörpen-Kanal. Steiger soll eine Gesetzesvorlage über die für den Weiterbau des Vorfluters erforderlichen Mittel vorbereiten.¹ — 2. Grundsteuer. Zustimmung zum Entwurf² eines Gesetzes über die Nachprüfung und Berichtigung der auf Grund des Gesetzes betr. die anderweite Regelung der Grundsteuer v. [...] 1861 [...] erfolgten Einschätzung der Liegenschaften. [B] — 3. Fünf Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in sechs Fällen. [B] — 4. Wappen. Zustimmung zum vorgeschlagenen Provinzialwappen für Oberschlesien.³ [B] — Geschäftsordnung. Derartige Anträge sind nur vom Zweckmäßigkeitsstandpunkte zu beurteilen, aber nicht einer künstlerischen Nachprüfung zu unterziehen. [B] — 5. Ablösung öffentlicher Anleihen. Der Kompetenzstreit zwischen Severing und Steiger zur Anwendung des Gesetzes⁴ auf die wasserwirtschaftlichen Verbände öffentlichen Rechts soll in erneuten kommissarischen Beratungen geklärt werden. [B] —

¹ Vorangegangenes vgl. die Sitzungen am 17.3.1925, TOP 1, sowie am 4.2.1926, TOP 6b.

² Vom 29.4.1926, in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 4, n. f.; dem Staatsrat übersandt als StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 208 v. 7.6.1926. Eine Referentenausarbeitung v. 26.5. zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 77, Tit. 43 Nr. 84 Bd. 7, Bl. 45–45v.

³ Vgl. das dem GStA mit Anschreiben v. 4.11.1926 übersandte Wappen in: Rep. 178 B 2, Nr. 318, Bl. 2 sowie Beilage.

⁴ Vom 16.7.1925, RGBl., I, S. 137.

(6. Deutsch-schwedischer Handelsvertrag⁵. Bericht zum Stand der Verhandlungen und Zustimmung im Reichsrat. [B])

⁵ Vom 14.5.1926; dem Reichsrat vorgelegt als *StenBerReichsR*, Jg. 1926, Drucks. Nr. 93 v. 18.5.1926; in der Sitzung am 4.6.1926 angenommen; vgl. *ebd.*, S. 286 f., § 353 mit dem Wortlaut einer preußischen Erklärung. Ein Aktenvermerk vom April 1926 über die Handelsvertragsverhandlungen, in: *Rep. 120, C XIII Nr. 1a Bd. 11, Bl. 116–119*. Ferner mit weiterführenden Anmerkungen die Besprechung der Reichsminister am 17.5.1926, TOP 3, in: *Die Kabinette Marx III und IV, 17.5.1926 bis 29.1.1927, 29.1.1927 bis 29.7.1928, Bd. 1, Mai 1926 bis Mai 1927, Boppard a. Rh. (1988), S. 3, Dok. Nr. 1; Geßner, Dieter, Industrie und Landwirtschaft 1928–1930, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Bd. 2, S. 769, 776.*

Besprechung der Reichsminister mit dem Preußischen Ministerpräsidenten am 4. Juni 1926.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, 17.5.1926 bis 29.1.1927, 29.1.1927 bis 29.6.1928, Bd. 1, Mai 1926 bis Mai 1927, bearb. v. Günter Abramowski, Boppard a. Rh. 1988, S. 29–31, Dok. Nr. 13.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Abegg, Schönner.

Innenpolitische Umtriebe.

Nr. 58 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juni 1926.

Vollz. Reinschr., Bd. 175, Bl. 77–78v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Amelunxen [U].

Weitere Teilnehmer: Lindemann [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Ramm [für Steiger], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Lammers, Erythropel, Frank (FinMinm.), Gall, Nentwig, Frh. von dem Bussche, Rose [alle sechs zu 1], Amelunxen [zu 1–7], König [zu 2 und 6], Deichmann [zu 2], Werner Richter, v. Rottenburg, Leist [alle drei zu 3], Pauly, F. W. Fischer, Herrmann (WohlfMinm.), Wever, v. Heusinger, Hiecke, Boddin, Renner [alle acht zu 4], v. Leyden [zu 4 und 6], Krauthausen, Frielinghaus, Alsleben [alle drei zu 4], Richter I, Koch [beide zu 5], Heuser [zu 6], Fürstenau [zu 7].

1. Fürstenabfindung. Neuregelung der Verwaltung des [...] beschlagnahmten Vermögens des vormaligen Königshauses; u. a. wird die Hofkammer der [...] Familiengüter dem Landwirtschaftsministerium unterstellt.¹ [B] — **2. Beamtenpolitik.** Erneute kommissarische Beratung zu den Aufwandsentschädigungen usw. an Beamte im Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. *Notwendigkeit allgemeiner Grundsätze zur Annahme* derartiger

¹ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 31.5.1926 in: *Rep. 90, Nr. 238, n. f.*; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Cohn v. 5.6.1926 für Braun zur Sitzung und weiteres Material.

Entschädigungen durch Beamte, wozu Höpker Aschoff eine Denkschrift vorlegen soll.² [B] — 3. „Fall Lessing“. Billigung der Maßnahmen Beckers wegen der Studentenausschreitungen an der TH Hannover gegen Th. Lessing, um die Staatsautorität unbedingt aufrechtzuerhalten.³ [B] — 4. Städtebaugesetz. Verschiebung der Beschlußfassung. — 5. Beamtenbanken. Von einer Förderung ist ganz abzusehen und [...] die Angelegenheit erneut kommissarisch zu beraten.⁴ [B] — 6. Beamtenvertretungen. Höpker Aschoff soll dem Reichsinnenminister erneute Verhandlungen mit den bestehenden Vertretungen zum Gesetzentwurf⁵ über Beamtenvertretungen anheimstellen. Wenn Külz die Regierungsvorlage im Reichsrat wiederherstellen will, wird das Staatsministerium [...] nochmals [...] Stellung [...] nehmen. [B] — (7. Umbau des Staatlichen Opernhauses in Berlin; vertagt.) — 8. Personalvorschläge; abgesetzt.

² Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 29.5.1926 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 154 Bd. 5, Bl. 29–29v; hier auch Voten. Ferner der im Amtlichen Preußischen Pressedienst verbreitete und vielfach nachgedruckte Erlaß des Kultusministeriums v. 3.6.1926 in: Rep. 90, Nr. 1780, n. f.

³ Vgl. die Materialsammlung vom März 1925 bis Sept. 1926 in: Rep. 76, Vb Sekt. 13 Tit. III Nr. 2 C Beiheft Bd. 1 u. 2. Mit weiterführenden Literatur- und Quellennachweisen: Hartwig, Jochen, „Sei was immer du bist“. Theodor Lessings wendungsvolle Identitätsbildung als Deutscher und Jude, Oldenburg 1999, S. 67–70.

⁴ Vgl. die Vorlage Severings v. 10.5.1926 in: Rep. 120, A XI 1 Nr. 41 Bd. 1, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von RegR Koch v. 8.6. zur Sitzung.

⁵ Vom 18.5.1925, in: StenBerReichsR, Jg. 1925, Drucks. Nr. 85. Interministerieller Schriftwechsel und mit den Reichsbehörden, Kommissionsanträge im Reichsrat sowie das Schreiben Höpker Aschoffs v. 7.6., die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 151, I B Nr. 4493, n. f.

Nr. 59 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Juni 1926.

Vollz. Reinschr., Bd. 175, Bl. 79–80v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Amelunxen [U].

Weitere Teilnehmer: Lindemann [für am Zehnhoff], v. Leyden [für Severing], Ramm [für Steiger], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Scheidt, Pauly, F. W. Fischer, Friedrich, Herrmann (WohlfMinm.), Wever, v. Heusinger [alle sechs zu 1], Hiecke [zu 1 und 3], Boddin, Renner [beide zu 1], Zschintzsch [zu 1–2], Krauthausen, Frielinghaus, Alsleben [alle drei zu 1], Amelunxen [zu 1–3], Gürich, Schultz, Fürstenau, Nentwig, Hiecke [alle fünf zu 3].

1. Städtebaugesetz. Einzelheiten, u. a. zum Baumschutz, zu Kleingartenflächen, zu den Beziehungen zum geplanten Reichsbodenreformgesetz sowie zu Entschädigungen an Eigentümer für Erholungsflächen.¹ [B] — 2. Oberschlesien. Die der oberschlesischen Bevölkerung seiner Zeit gegebenen Versprechungen werden unter allen Umständen erfüllt. — Anträge² zum Gesetzentwurf über die Trennung und Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien sollen vor Beschlußfassung im Staatsministerium von Severing vorab im Interfraktionellen Ausschuß des

¹ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 7.6.1926 in: Rep. 120, A 11 Nr. 171 Bd. 1, Bl. 464–465; hier auch verschiedene Fassungen des Gesetzentwurfs sowie Voten. Zusammenfassend: Graafen, Rainer, Die räumlichen Auswirkungen der Rechtsvorschriften zum Siedlungswesen im Deutschen Reich, unter besonderer Berücksichtigung von Preußen, in der Zeit der Weimarer Republik, Bonn 1991, S. 151–153.

² Der im Protokoll erwähnte Zentrums-Antrag Nr. 36 v. 8.6.1926 im Verfassungsausschuß des Landtags in: Rep. 84a, Nr. 9841, Bl. 281; hierzu auch die Stellungnahme Severings v. 11.6.1926. Vgl. ferner die Aktennotiz von MinR Lucas v. 10.6. über eine im Gefolge der Staatsministerialsitzung abgehaltene kommissarische Beratung. Der ebenfalls erwähnte DDP-Antrag Nr. 37 v. 8.6. in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 13, n. f.

Landtags besprochen werden. [B] — **3.** Umbau des Staatlichen Opernhauses in Berlin. Beschlußfassung erst nach der Beratung im Hauptausschuß des Landtags. Severing soll bis dahin die in Betracht kommenden Rechtsfragen [...] klären.³ [B]

³ Vgl. das Referentenmaterial v. 8.6.1926 für Höpker Aschoff zur Sitzung in: Rep. 151, IV Nr. 2319, Bl. 317; hier umfangreiches weiteres Material. Das gedr. Protokoll des Hauptausschusses v. 11.6.1926 in: Ebd., IV Nr. 2320, Bl. 22–28. Der Ausschußbericht v. 11.6.1926 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 3694. Ferner: Eduard Fürstenau, Der Um- und Erweiterungsbau des Bühnenhauses der Staatsoper in Berlin, in: Zentralblatt Bauverwaltung, Jg. 1926, S. 167–170.

Nr. 60 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juni 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 81–82v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Klausener [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Werner Richter [zu 1], Meister, Schütze, Graubner, Conring [alle vier zu 2], Cohn [zu 3].

(1. Nochmals zum „Fall Lessing“. Bericht Beckers.) — **2.** Waldeck. Kündigung des Akzessionsvertrages v. 1887². Ablehnung des von Severing vorgelegten Gesetzentwurfs³ über Landesfarben und -wappen von Waldeck. [B] — **3.** Beamtenpolitik. Nochmals zur Vereidigung der Beamten. Zukünftig wird der bisherige Hinweis auf die Gesinnungsfreiheit als überflüssig in Fortfall kommen.⁴ Bei der Reichsregierung soll angeregt werden, entsprechend zu verfahren. [B] — **4.** Zwei Ernennungen. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 81 wurde von TOP 3 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. das Schreiben des Staatsministeriums an den Landesausschuß von Waldeck v. 29.6.1926 in: Rep. 120, A I I Nr. 83, Bd. 6, n. f. Gekündigt wurde der Vertrag zwischen Preußen und Waldeck betr. die Fortführung der Verwaltung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont durch Preußen v. 2.3.1887, GS, S. 177.

³ Vom 2.6.1926, in: Rep. 120, A I I Nr. 83 Bd. 6, n. f. Vgl. ferner das Schreiben des Innenministeriums v. 3.3.1926, dem als Beilage u. a. der Entwurf der Verfassung Waldecks beigegeben wurde, in dem Art. 1, Abs. 3 u. 4 die Landesfarben sowie -wappen bestimmt, in: Rep. 76, Ila Sekt. 41 Gen. Nr. 20 Beiheft A, n. f. Mit Bezug auf das Protokoll: Menk, Gerhard, Das Ende des Freistaates Waldeck. Möglichkeit und Grenzen kleinstaatlicher Existenz in Kaiserreich und Weimarer Republik, Bad Arolsen, 2. Aufl. 1998, S. 159. Ferner: Ploetz, Dietrich v., Der Anschluß Waldecks an Preußen, Göttingen, jur. Diss. 1932. – Vorangegangenes vgl. Sitzung am 9.12.1921, TOP 12.

⁴ Geändert aus: [...] daß bei der Vereidigung der Beamten künftighin der bisherige, die Bedeutung des Eides abschwächende Hinweis auf die Gesinnungsfreiheit in Fortfall kommen soll (Bl. 81v). – Vgl. die Ankündigung Brauns v. 9.6.1926, die Frage, da auf seine Anregung am 27.4. keine Reaktion erfolgte, erneut auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 84a, Nr. 10206, Bl. 40; hier auch Referentenausarbeitungen sowie weiteres Material. Eine Ausarbeitung von MinR König v. 14.6. für Höpker Aschoff zur Sitzung sowie dessen hs. Vermerk zum Sitzungsergebnis in: Rep. 151, I B Nr. 2688, n. f. Ein Rundschreiben Höpker Aschoffs v. 21.7. mit der Ankündigung eines Erlasses in: Rep. 120, CB I Nr. 82 Bd. 2, n. f. Der Runderlaß betr. Vorname der Vereidigung v. 26.7.1926 in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 144.

Nr. 61 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juni 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 83–84v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Huber [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Schleusener [für Höpker Aschoff], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Lammers, Mussehl, Becker (FinMin.), Eiffler, Bail, Beckhaus, Amelunxen [alle sechs zu 1], Conring [zu 2], Cohn [zu 4–5], Klausener, Wittels-höfer, Thalau, Sandrock, v. Leyden [alle fünf zu 5].

1. Wertbestimmung der Einfuhrscheine. Zustimmung zur Reichsratsvorlage, ohne daß damit eine Zollerhöhung gebilligt werden würde.² [B] — 2. Kommunale Selbstverwaltung. Auflösung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Oeynhausen.³ [B] — 3. Zwei Ernennungen. [B] — 4. Verfassungsfeier am 11. August [...] wie im Vorjahre. Keine besondere öffentliche Veranstaltung in Berlin, aber Fühlungnahme mit der Reichsregierung wegen möglichst eindrucksvoller Gestaltung ihrer Feier.⁴ [B] — 5. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und finanzielle Belastung der Gemeinden. Es soll mit der Reichsregierung verhandelt werden, um bei den geplanten Notstandsmaßnahmen [...] keine höhere Belastung für die Kommunen bzw. eine Ausgleichsmöglichkeit für sie und für die Länder zu schaffen.⁵ [B] — (6. Ernennung eines preußischen Verwaltungsratsmitglieds bei der Reichsbahngesellschaft. Informationen von Braun und einstimmige Billigung der bisher gegenüber der Reichsregierung eingenommenen Haltung, an der auch weiterhin festzuhalten ist.⁶ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 83 wurden von den TOP 2 und 5–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 111 v. 8.6.1926; in der Sitzung am 24.6.1926 angenommen, ebd., S. 345 f., § 424 – das Protokoll vermerkt keine preußische Stellungnahme. Ein Votum Steigers v. 18.6.1926 in: Rep. 120, C VII 1 Nr. 56 Bd. 6, n. f. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 2.9.1926, TOP 2, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 180 f., Dok. Nr. 74.

³ Vgl. die Verordnung v. 25.6.1926 in: Rep. 77, Tit. 3354 Nr. 1, Bl. 93; hier auch Bl. 89–90 der Antrag des Regierungspräsidenten v. 2.6. sowie die Vorlage Severings v. 11.6.

⁴ Vgl. die Vorlage Beckers v. 16.6.1926 in: Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 69. Der Beschluß in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 103. Ein Runderlaß des MdI v. 10.7.1926 in: Rep. 77, Tit. 35 Nr. 3 Bd. 6, n. f.

⁵ Vgl. den Bericht des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages v. 25.6.1926 über produktive Erwerbslosens-fürsorge in: StenBerRT, Bd. 409, Drucks. Nr. 2455. In der Debatte am 28.6., ebd., Bd. 390, S. 7633–7653, trug Reichsarbeitsminister Brauns das in Aussicht genommene Programm vor, ebd., S. 7639–7642. Mit weiterführenden Anmerkungen die Besprechung der Reichsminister am 28.6.1926, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 94 f., Dok. Nr. 40.

⁶ Vgl. das unbeantwortete Schreiben Brauns an Rklr. Luther v. 20.3.1926, in dem ein Verwaltungsratssitz gefordert wurde, in: Rep. 90, Nr. 1679, n. f.; hier auch weiteres Material sowie der Entwurf eines neuerlichen Schreibens v. 25.6. Mit Bezug auf die Staatsministerialsitzung in der Anmerkung die Besprechung der Reichsminister am 17.6.1926, TOP 2, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 61 f., Dok. Nr. 27. Ferner: Braun, Von Weimar zu Hitler, 1949, S. 117. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 2.10.1924, TOP 10.

Nr. 62 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juni 1926.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 85–87v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Becker, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Huber [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Scheidt [für Hirtsiefer], Ramm [für Steiger], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Trendelenburg, Naß, Sölling, Nirrheim, Conring [alle fünf zu 3], Kricke [zu 4], Cohn [zu 2 und 4], Mayer [zu 4], Waetzoldt, Heuser [beide zu 2].

(1. Reichshaushaltsplan für 1926. *Nochmals zu dem vom Reichsrat abgelehnten Fonds „Für kulturelle Zwecke [...]“ in Höhe von 1 Million RM. Ablehnung einer nachträglichen Zustimmung durch Preußen. Der Reichstag soll verfassungsmäßig seinen eigenen Beschluß zur Aufnahme des Fonds gegen den Reichsrat [...] mit Zweidrittelmehrheit durchsetzen*¹. [B]) — 2. Wiedereinführung der Verleihung einer Medaille für Kunst und Wissenschaft. *Ansetzung kommissarischer Beratungen*.² [B] — 3. *Nochmals zur Rechtsstellung der Domstifter. Es soll unter Darlegung des bestehenden Rechts- und Verwaltungszustandes*³ ein Vorschlag über die künftige, den veränderten staatsrechtlichen Verhältnissen angepaßte rechtliche und wirtschaftliche Gestaltung erarbeitet werden.⁴ [B] — 4. *Uneheliche Kinder. Bedingte Zustimmung zum Gesetzentwurf*⁵ über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindes Statt im Reichsrat. *Einzelheiten*. [B] — 5. *Nochmals zum Umbau der Staatsoper in Berlin*. [B] — (6. *Information über den Gesundheitszustand von Severing, der keinen Anlaß zur Besorgnis gibt*.⁶)

¹ Die Forderung wurde erst mit dem Änderungsantrag Kahl u. Gen. zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs zum 2. Nachtragshaushalt für 1926, *StenBerRT*, Bd. 412, Drucks. Nr. 2859 v. 15.12.1926, wieder aufgegriffen.

² Vgl. die Vorlage Beckers v. 18.6.1926 in: *Rep.* 84a, Nr. 2763, Bl. 76–77. Die Protokollniederschrift zur kommissarischen Beratung am 7.7.1926 in: *Rep.* 76, Vc Sekt. 1 Tit. II Nr. 15 Bd. 2, Bl. 199–199v.

³ Korrigiert aus Rechtszustandes (Bl. 86).

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 6.5.1926 in: *Rep.* 77, Tit. 156 Nr. 160 Beiakten 2 Bd. 2, Bl. 25–36; hier auch umfangreiches weiteres Material. Schreiber vermerkte am 29.6. auf einem Auszug aus der Tagesordnung: Es sollen noch kommissarische Beratungen stattfinden (*Rep.* 120, CB I Nr. 103 Bd. 9, n. f.). Ferner auf der Basis von *Rep.* 77: Heckel, Johannes, *Die evangelischen Dom- und Kollegiatstifter Preußens*, Stuttgart 1924.

⁵ Vgl. *StenBerReichsR*, Jg. 1925, Drucks. Nr. 108 v. 22.5.1925. Ausweislich der Register zu den Stenographischen Berichten, ebd., Jg. 1926 u. 1927, wurde die Vorlage nicht im Plenum behandelt. Die Entwürfe zu den preußischen Anträgen im Schreiben des Justizministeriums v. 1.6.1926 in: *Rep.* 77, Tit. 114 Nr. 366 Bd. 1, Bl. 107–135v; hier auch Bl. 138–138v eine Ausarbeitung von MinR Bandmann v. 29.6. zur Sitzung sowie Bl. 139 der Antrag v. 28.6., den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Zusammenfassend: Nörr, *Zwischen den Mühlsteinen*, S. 98.

⁶ Vgl. zum Sanatoriumsaufenthalt Severing, Carl, *Mein Lebensweg*, Bd. 2: *Im Auf und Ab der Republik*, Köln 1950, S. 92.

Nr. 63 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juli 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 88–90; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: *GStAPK*, I. HA, *Rep.* 90, Annex L Nr. 8², Bl. 5–7; MF 1039. — Abschr.: *GStAPK*, I. HA, *Rep.* 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker [zeitweise], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Huber [für am Zehnhoff], Loehrs [für Severing], Nentwig [für Becker], Pünder [RK], Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Schleusener, Wellmann, Schneller, Jodehl [alle drei zu 3], Fritzsche [zu 3 und 7], Weyhe [zu 3], Hüser [zu 5], Warncke [zu 5–6], Mickel [zu 5], König [zu 5]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 90 wurden von den TOP 3 und 5–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–8.

und 7], Amelunxen [zu 5], Riewald, Lippmann (LandMinm.) [beide zu 6], Richter I, Breuhahn, [beide zu 7], Fürstenau, Cohn [beide zu 8].

(1. *Polizei. Nochmals zur Gültigkeit* des Schutzpolizeibeamtengesetzes. Das vom Landtag [...] beschlossene *Änderungsgesetz ist im Zusammenhang mit dem Einspruch des Staatsrats [...]* zur nochmaligen Beschlußfassung vorzulegen.³ [B] — 2. *Personalabbau*. Einspruch.⁴ [B] — 3. *Staatshaushalt*. Kontingentierung der Ausgaben für ein *weiteres* Vierteljahr. [B] — 4. *Vier Ernennungen, u. a. des MinR* im Staatsministerium [...] Amelunxen⁵ zum Regierungspräsidenten in Münster. [B] — 5. *Kohlenwirtschaftsgesetz und [...]* Kaliwirtschaftsgesetz. *Bedingte Zustimmung im Reichsrat zu den Änderungen der Ausführungsbestimmungen*.⁶ [B] — 6. *Staatsbäder*. *Keine Zustimmung zur Befreiung [...]* von der Industrieaufbringungslast *im Reichsrat*.⁷ [B] — 7. *Beamtenbesoldung*. *Einzelheiten zu erhöhten und vermehrten Ministerialzulagen*. Höpker Aschoff erhebt gegen diesen Beschluß [...] ausdrücklich Widerspruch.⁸ [B] — 8. *Nochmals zum Umbau der Staatsoper in Berlin*. *Einzelheiten*.⁹ [B]

³ Vgl. das Schreiben des Staatsrats v. 30.6.1926 über seine Sitzung am 24.6. in: Rep. 151, I C Nr. 1710, n. f. Der Ausschußbericht v. 30.6. in: StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 241. Grundsätzlich: Leßmann, Peter, *Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf*, Düsseldorf 1989, S. 120–136.

⁴ Zum Fall des ORegR z. D. von der Decken vgl. die Vorlage des Einspruchsausschusses für den Personalabbau in der Preußischen Staatsverwaltung v. 8.7.1925/Einspruchnummer 32 in: Rep. 76, I Sekt. 4 Nr. 1a Bd. 2, n. f.

⁵ Vgl. die Mitteilung Brauns v. 21.7.1926 über das Ausscheiden von Amelunxen und die Berufung von MinR Elfgen aus dem MdI zum Nachfolger in: Rep. 120, CB I Nr. 2a Bd. 2, Bl. 220.

⁶ Vgl. den Entwurf einer Verordnung zur Abänderung der Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft in: StenBerReichsr, Jg. 1925, Drucks. Nr. 172 v. 25.11.1925. Ausweislich des Registers der Stenographischen Berichte zu den Reichsratsverhandlungen, ebd., Jg. 1926 u. 1927, wurden die Gesetzentwürfe im Plenum nicht beraten. Eine Vorlage aus dem Handelsministerium konnte in den Akten nicht ermittelt werden.

⁷ Die im Protokoll erwähnte Anregung des sächsischen Reichsratsmitgliedes Graf v. Holtzendorff v. 22.4.1926 in: Rep 90, Nr. 1667, Bl. 116–117; hier auch Voten sowie Bl. 129–129v eine Ausarbeitung von MinR Amelunxen für Braun zur Sitzung.

⁸ Vgl. das Schreiben Höpker Aschoffs v. 4.6.1926 in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 18, n. f. Schriftwechsel und Voten, beginnend mit einem Schreiben Brauns v. 13.1.1926, in: Rep. 120, CB I Nr. 78 Bd. 8, n. f.; hier auch der ausführliche Einspruch Höpker Aschoffs v. 8.7.

⁹ Vgl. die Vorlage Beckers v. 2.7.1926 in: Rep. 84a, Nr. 9252, Bl. 56–57.

Nr. 64 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juli 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 91–93v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 8², Bl. 21, 23–24v; MF 1039. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Nentwig [für Becker], Ramm [für Steiger], Dönhoff [für Schreiber], Weismann, Offermann [RK], Goslar, Meister, Conze, F. W. Fischer [zu 1], Amelunxen [zu 1–2, 6 und 9], Kühne, du Mesnil [beide zu 1], König, Fritzsche [beide zu 3], Werner Richter, Cohn, Weber [alle drei zu 5], Müssemeier, Staab, Gossel [alle drei zu 6], Frank (WissMinm.) [zu 7], Reschke [zu 7–8], Erythropel [zu 7], v. Leyden [zu 9].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 93v wurden von den TOP 3 und 7–9 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1, 3 und 6–9.

1. *Nochmals zur Verleihung des Promotionsrechts an die Handelshochschule Berlin. Ermächtigung für Schreiber zum Vertragsabschluß mit der Industrie- und Handelskammer sowie zur Verleihung einer Satzung.*³ [B] — 2. *Besiedlung von Grünflächen und Dauerwald durch die Deutsche Genossenschaft Eichkamp-Siedlungsgenossenschaft Selbsthilfe.* a) *Eine Klärung der grundsätzlichen Notwendigkeit und Zulässigkeit hat zwischen den beteiligten Ministerien zu erfolgen.* b) *Vor einer Stellungnahme zur Beschwerde der Genossenschaft [...]* sind weitere Verhandlungen zu führen.⁴ [B] — 3. *Beamtenbesoldung. Nochmals zur Ministerialzulage. Aussetzung der Beschlußfassung zu der von Höpker Aschoff in der Sitzung vom 6. Juli kritisierten Erhöhung, nicht jedoch zur Herabsetzung der [...] Mindestaltersgrenze.*⁵ [B] — 4. *Drei Ernennungen, zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand⁶ sowie Hinausschiebung der Altersgrenze in 17 Fällen.* [B] — 5. *Disziplinarsache.*⁷ [B] — 6. *Tierärztekammergesetz. Überweisung des Gesetzentwurfs⁸ an den Staatsrat und dann an den Landtag.* [B] — 7. *Nochmals zur Fürstenabfindung. Beantwortung des Schreibens⁹ des Generalbevollmächtigten des vormaligen Königshauses vom 4.7.1926.* [B] — 8. *Nochmals zur Verfassungsfeier. In Abänderung des Beschlusses [...] vom 22.6. soll nun doch wie 1925 eine öffentliche Feier stattfinden. — Regelung des Dienstes wie [...] für die Reichsbehörden.*¹⁰ [B] — 9. *Hochwasserschäden. Erneute Beantragung von Reichsmitteln sowie Einspruch gegen die für Preußen nachteilige Verteilung schon bereitgestellter Gelder.*¹¹ [B]

³ Vgl. das Schreiben des Handelsministeriums v. 16.7.26 an die IHK Berlin zum Vertragsabschluß sowie eine Abschrift des Vertrages in: Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. VI Nr. 1 L Bd. 1, Bl. 294–301. Vertragsentwürfe ab März 1926 in: Rep. 120, E XIII Fach 3 Nr. 5 Bd. 9, Bl. 164 ff.

⁴ Vgl. die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums v. 10.7.1926 in: Rep. 84a, Nr. 5585, Bl. 263–264.

⁵ Vgl. die Voten in: Rep. 120, CB I Nr. 78 Bd. 8, n. f.

⁶ Vgl. zum Fall des Landrats Johannes (Hans) Krüger in Linden, dem finanzielle Mißwirtschaft im Kreis vorgeworfen wurde, die Vorlage Severings v. 10.5.1926 in: Rep. 77, Nr. 4769, Bl. 27–34.

⁷ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

⁸ Vom 26.6.1926, in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 13, n. f. Vgl. StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 272 v. 27.7.1926. Dem Landtag mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen hatte, vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 4546 v. 26.11.1926.

⁹ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 12.7.1926 mit dem Entwurf der Antwort in: Rep. 90, Nr. 237, n. f.; hier auch das Schreiben v. Bergs v. 4.7.1926. Mit Bezug auf das Protokoll: Jung, Volksgesetzgebung, Teil 1, S. 515.

¹⁰ Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 4.7.1926 in: Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 78–79. Der Erlaß v. 16.7.1926 in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 718.

¹¹ Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 15.7.1926 sowie den beschlossenen Entwurf des Schreibens von Braun an Rklr. Marx v. 26.7. in: Rep. 90, Nr. 1130, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Amelunxen v. 15.7. für Braun zur Sitzung. Ferner die Niederschrift von StS Pünder über eine Besprechung zu den zwischen dem Reich und Preußen bestehenden Streitpunkten in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 567, Dok. Nr. 192.

Nr. 65 Sitzung des Staatsministeriums am 3. August 1926.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 95–98; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 8¹, Bl. 39; MF 1039/1040. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

¹ Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1 und 3 sowie eine Vorlage zu TOP 3.

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], A. Abicht [für Steiger], Schleusener [für Höpker Aschoff], Dönhoff [für Schreiber], Pünder [RK], Nobis, Sachs, Scherek, Conze, Huber, Keil [beide zu 1], Conring [zu 1 und 3], Lehmann, Kayser, Scholtz, Frielinghaus, v. Heusinger, Sandrock [alle sechs zu 3].

1. Vier Todesurteile. Kein Gebrauch vom Begnadigungsrecht in zwei Fällen.² [B] — **2. 32 Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in 22 Fällen.** [B] — **3. Wirtschaftsförderung und Arbeitsbeschaffung. Bereitstellung von Geldern für Hauszinssteuerhypothecken sowie für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Notwendigkeit beschleunigter kommissarischer Verhandlungen [...]. Die Beschlußfassung wird [...] ausgesetzt.**³

² Vgl. die Vorlage am Zehnhoffs v. 17.7.1926 im Verfahren gegen A. Spik, F. Koczirok, J. Grundiss und J. Skoczylas in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Bd. 3, Bl. 98–102; hier auch Bl. 103–103v eine Referentenausarbeitung v. 20.7. zur Sitzung.

³ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 30.7.1926 in: Rep. 90, Nr. 1151, n. f.; hier auch das Protokoll einer Sitzung der Preußischen Ministerialkommission für Arbeitsbeschaffung am 7.8.1926. Eine Aktennotiz zu einer kommissarischen Beratung am 6.8.1927 in: Rep. 84a, Nr. 5825, Bl. 204–204v.

Nr. 66 Sitzung des Staatsministeriums am 13. August 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 100–101v; Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 8, Bl. 52–54v; MF 1040. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend. Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Conring [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Wachsmann [RK], Sachs, Reschke, Scherek, Conze [zu 1], Klausener [zu 1–2 und 5], Lehmann, Kayser, v. Heusinger [alle drei zu 1], Albersmann [zu 1–2], Frielinghaus [zu 1], Sommer [zu 1–2], Conring [zu 1–2 und 5–6], Scholz [zu 2], Sandrock [zu 2 und 5], Lippert [zu 2], Erythropel, K. Meyer [beide zu 3], Röhm, F. Ernst [beide zu 6].

1. Wirtschaftsförderung und Arbeitsbeschaffung. Nochmals zur Bereitstellung von 100 Mio. RM für Hauszinssteuerhypothecken. Aufnahme eines Darlehns von 60 Mio. RM beim Reich entsprechend dem Vorschlag² Schreibers. [B] — **2. Arbeitsbeschaffung. Bereitstellung weiterer Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge im Staatshaushalt; die Beschlußfassung wird ausgesetzt. Einverständnis, [...] die für 1926 erreichbaren Reichsmittel voll zu beanspruchen.** — Bericht über das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichs.³ — **3. Fürstenabfindung. Es sollen Besprechungen mit dem Generalbevollmächtigten der Hohenzollern, v. Berg, stattfinden.**⁴ [B] — **4. Vier Ernennungen.** [B] — **5. Jugendwohlfahrtsgesetz. Dem Änderungsvorschlag des**

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 101v wurden von den TOP 1–3 und 6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vom 12.8.1926, in: Rep. 84a, Nr. 5825, Bl. 343–349.

³ Vgl. umfangreiches Material in: Rep. 90, Nr. 1151, n. f.; hier u. a. der Bericht Schreibers v. 29.7.1926 sowie eine Ausarbeitung von MinR Conring v. 12.8.1926 für Braun zur Sitzung.

⁴ Vgl. das Schreiben v. Bergs v. 5.8.1926 in: Rep. 90, Nr. 237, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 9.8.1926 für Braun zur Sitzung. Mit Bezug auf das Protokoll: Schüren, Volksentscheid, S. 254; Jung, Volksgesetzgebung, Teil I, S. 515.

Staatsrats zu einer Ausführungsverordnung soll nicht entsprochen werden.⁵ [B] — 6. Saargebiet. Fürsorge für die hier sowie in Luxemburg tätigen, aber in Preußen wohnenden Arbeitnehmer. Zustimmung zu einer Hilfsaktion gegen das Votum Höpker Aschoff.⁶ [B]

⁵ Vgl. die Vorlagen Hirtsiefers v. 2.2. sowie 6.8.1926 in: Rep. 151, I C Nr. 11735, Bl. 433–435 bzw. Nr. 11731, Bl. 41–45; hier auch in der Anlage das Votum des Staatsrates v. 30.6. Es erging am 12.10.1926 die Verordnung betr. die Wahrnehmung der Befugnisse aus § 77 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt v. 9.7.1922 i. d. F. der Verordnung über das Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt v. 14.2.1924, GS 1926, S. 265.

⁶ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 10.8.1926 in: Rep. 151, I A Nr. 7475, n. f.; hier auch Schriftwechsel mit Reichsministerien sowie ein hs. Vermerk Höpker Aschoffs v. 13.8. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Zu dem mit Frankreich abgeschlossenen Protokoll v. 14.9.1926 über den Arbeiterverkehr an der deutsch-saarländischen Grenze vgl. Deutscher Geschichtskalender, 1926 A Bd. II, S. 105 f.

Nr. 67 Sitzung des Staatsministeriums am 19. August 1926.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 102–102v; MF 1040. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Schleusener [für Höpker Aschoff], Reschke, Sachs, Stäcker, Cohn.

1. Todesurteil. Kein Gebrauch vom Gnadenrecht.¹ [B] — (2. Verlegung der Einberufung des Landtags vom 21.9. auf den 25.9.1926. [B])

¹ Vgl. die Vorlage am Zehnhoffs v. 14.8.1926 zum Fall H. Geilenbrügge, in: Rep. 87, B Nr. 8089, Bl. 27–30v.

Nr. 68 Sitzung des Staatsministeriums am 13. September 1926.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 175, Bl. 103–104; ms. Protokollentwurf mit hs. Ergänzungen sowie Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 89, Bl. 5–8; MF 1040.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], Klausener [für Hirtsiefer], Offermann [RK], Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Erythropel, Frank (FinMinm.), Reschke.

Nochmals zur Fürstenabfindung. Bei der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Staat und dem vormaligen Königshaus wird ein Vergleich als möglich erachtet. Dabei kann aber nur noch eine Lösung in Anlehnung an das bisherige Beratungsergebnis des Reichstags in Betracht kommen, wobei jedoch Verhandlungsspielraum besteht. Einzelheiten.² [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 104 wurde eine Abschrift des Protokolls an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. mit Bezug auf das Protokoll: Jung, Volksgesetzgebung, Teil 1, S. 516. Detailliert zu den Reichstagsverhandlungen ebd., Teil 2, S. 1007–1032.

Nr. 69 Sitzung des Staatsministeriums am 27. September 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 105–108v; MF 1040. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 9, Bl. 1–2v²; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Meister, Articus, Gerlach, Niermann, Verlohr, Bank [alle fünf zu 1], Metz [zu 1–2], Klausener, Scholtz, Elfgen [alle drei zu 1–2], Rathenau [zu 1–2], Beckhaus [zu 2], Bansi [zu 2–3], Graubner, Conring [beide zu 3], Wellmann [zu 4], Reichau [zu 4–5], Frielinghaus [zu 4], Fritzsche [zu 4 und 6], König [zu 5], Klempin [zu 1 und 5], Cohn [zu 5], Richter I [zu 6], Sandrock [zu 1].

1. Preußisches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Beschluß zu einzelnen Kanalbauten, auch in Bezug auf das Programm des Reichs. Hierzu sowie zu den von Preußen an das Reich zu stellenden Forderungen ist der Landtag zu informieren.³ [B] — **2.** Schifffahrtslinie Kiel-Korsör. Nochmalige Beratung zwischen Finanz- und Innenministerium.⁴ [B] — **3.** Nochmals zur Kündigung des Akzessionsvertrages mit Waldeck ab 1.1.1927.⁵ [B] — **4.** Staatshaushalt. Kontingentierung der Sachausgaben für ein weiteres Vierteljahr. [B] — **5.** Nochmals zum Gesetzentwurf⁶ über Beamtenvertretungen. An der in den Reichsratsausschüssen befürworteten Mitwirkung des Reichstags beim Erlaß der Wahlordnung ist festzuhalten. [B] — **6.** Beamtenbesoldung. Erhöhung der Ministerialzulagen ab 1.4.1927 um 50 %. [B] — **7.** Zwei Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — **(8.)** Geschäftsordnung. Zustimmung zum Vorschlag Brauns, künftighin die Konfession in den Personalvorschlägen mit anzugeben, da verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen.⁷ [B] — **9.** Bericht zu den Beschlüssen der Reichsregierung zum „Sofortprogramm zugunsten des Ostens“. ⁸⁾

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 105 wurden von den TOP 1 und 9 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Der Text von TOP 1 (Bl. 1) wurde teilweise ausgeschnitten.

³ Vgl. die Stellungnahme Scheibers v. 1.9.1926 zum Ausbau der Reichswasserstraßen in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 10, n. f. Die Niederschrift über eine kommissarische Beratung am 5.10.1926 in: Rep. 90, Nr. 1152, n. f. Ferner das Votum Hirtsiefers v. 25.10. in Ausführung des Staatsministerialbeschlusses in: Rep. 84a, Nr. 1070, Bl. 219–222v. Zum Campe-Dörpen- und zum Aachen-Rhein-Kanal vgl. die Sitzung des Reichskabinetts am 6.10.1926, TOP 3–4, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 243, Dok. Nr. 87.

⁴ Vgl. die Vorlage Severings v. 16.9.1926 in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n. f. In Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 10, n. f. eine Stellungnahme von MinR v. Achenbach für Becker zur Sitzung.

⁵ Vgl. die Vorlage Severings v. 4.8.1926 in: Rep. 76, IIa Sek. 41 Gen. Nr. 20 Beiheft A, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR v. Achenbach für Becker zur Sitzung. Ein hs. Vermerk Severings v. 27.9. zum Beratungsergebnis in: Rep. 120, A I 1 Nr. 83 Bd. 6, n. f. Ein Votum des Ministerpräsidenten (i. V. Weismann) v. 28.8. in: Rep. 84a, Nr. 9874, Bl. 80.

⁶ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 18.9.1926 in: Rep. 151, I B Nr. 4492, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung v. 25.9. für Schreiber zur Sitzung sowie Reichsratsanträge.

⁷ Vgl. das Rundschreiben Brauns v. 4.8.1926 in: Rep. 120, CB I Nr. 4a, Bl. 102. Ein ablehnendes Votum Severings v. 31.8. wegen verfassungsrechtlicher Bedenken in: Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 163–163v; hier auch Bl. 166–167v eine Ausarbeitung v. 13.9. für Braun zur Sitzung.

⁸ Vgl. die Vorlage von Reichsinnenminister Külz v. 17.9.1926 für das Reichskabinett sowie dessen Sitzung am 27.9.1926, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 203–207, 241 f., Dok. Nr. 81 bzw. 86. Die Mitteilung Steigers v. 20.12.1926 über die Verteilung der vom Reichstag bewilligten 3,28 Mio. RM in: Rep. 87, B Nr. 10384, Bl. 185–187. Ferner unter Auswertung v. a. von Rep. 203: Wessling, Wolfgang, Die wirtschaftliche Notlage der Provinz Ostpreußen in den Jahren 1920 bis 1930 und die Hilfsmaßnahmen des Reiches und Preußens, Berlin, FU phil. Diss. 1956 (MS), v. a. S. 68–71; Hertz-Eichenrode, Dieter, Politik und Landwirtschaft in der Weimarer Republik, Köln, Opladen 1969, S. 188–204.

Nr. 70 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Oktober 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 110–113v; MF 1040. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], Lammers [für Becker], Pünder [RK], Nobis, Frick, Goslar, Articus, Metz [beide zu 1], Elfgem [zu 1 und 10], Niermann, Gerlach [alle drei zu 1], Hog [zu 2], v. Leyden [zu 2 und 5], Surén [zu 2], Bansi [zu 2–3], Frielinghaus [zu 2], Cohn [zu 2–5 und 7–8], Riewald [zu 2], Scheche [zu 3–4 und 7], Schütze [zu 3–4], v. Meyeren [zu 4 und 6], du Mesnil, Breuhahn, Reichau [alle drei 6], Sattelmacher [zu 8], F. Ernst, Hellich [beide zu 10].

(1. Einrichtung einer Reichswasserstraßenverwaltung. Bericht zum Stand der Verhandlungen. Es wird bei der Reichsregierung eine Vertagung [...] unter Ankündigung einer preußischen Gegen-Denkschrift² beantragt.³ [B] — 2. Finanzausgleich zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden. Einzelheiten zum Stimmverhalten im Reichsrat.⁴ [B] — 3. Das geplante Gesetz über einen Preußischen Staatsgerichtshof, der nur der Behandlung preußischer Ministeranklagen dienen soll, während Verfassungsstreitigkeiten weiterhin vor den Reichsstaatsgerichtshof gelangen.⁵ [B] — 4. Gesetzentwurf über das Reichsverwaltungsgericht. Zustimmung zur Vorlage Severings.⁶ [B] — 5. Amtsbezeichnung des Vertreters des Verbandspräsidenten des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk.⁷ [B] — 6. Gewerbeaufsichtsbeamte. Entwurf⁸ einer Anordnung über Annahme, Ausbildung und Prüfung von Kandidaten ohne technisch-wissenschaftliche Vorbildung. [B] — 7. Nochmals zur Wiedereinführung der

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 110 wurden von den TOP 1–2 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Geändert aus Denkschrift (Bl. 110).

³ Vgl. zum Stand der Verhandlungen bis April 1926: Rep. 90, Nr. 390. Ausarbeitungen der MinR Nobis und Conring v. 2. bzw. 4.10.1926 für Braun zur Sitzung in ebd., Nr. 391, n. f. Die Denkschrift der Reichsregierung, übersandt mit Anschreiben v. 5.7.1926, in: Ebd., Nr. 389, n. f.; hier auch Voten, beginnend mit einem Schreiben des Landwirtschaftsministeriums v. 19.7. In Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 10, n. f. eine Ausarbeitung von MinR v. Achenbach v. 4.10. für Becker zur Sitzung. Ferner mit weiterführenden Anmerkungen die Besprechungen der Reichsminister am 29.6.1926, TOP 2, sowie am 11.11.1926, TOP 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 102 f., 320, Dok. Nr. 44 bzw. 114. Vorgegangenes vgl. Sitzung am 3.1.1925, TOP 1.

⁴ Der Entwurf eines Gesetzes zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 178 v. 13.11.1926 wurde in der Sitzung am 9.12.1926 mit Änderungen angenommen; vgl. ebd., S. 512–514, § 716 mit dem Wortlaut der beschlossenen Fassung. Eine Protokollnotiz zur Referentenbesprechung am 29.9.1926 im Reichsfinanzministerium in: Rep. 151, II Nr. 1283, Bl. 212–215. Ferner mit weiterführenden Anmerkungen die Besprechung der Reichsminister am 22.10.1926, TOP 6, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 265 f., Dok. Nr. 95. Zur geplanten Aufhebung von § 35, der einen Mindestanteil an den Einkommens- und Körperschaftssteuern für finanzschwache Länder bestimmte, vgl. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, S. 543 f.

⁵ Verschiedene Entwürfe von 1925 und 1926 sowie Votenwechsel vom März 1926 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 352A. Hier auch Bl. 140 die Information Brauns v. 6.8.1926, die Angelegenheit im September auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Eine hs. Notiz Schreibers v. 5.10. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis in: Rep. 120, A I 1 Nr. 141d, Bl. 147. Ferner: Möller, Horst, Preußen von 1918 bis 1947: Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: Handbuch der Preußischen Geschichte, hrsg. v. Wolfgang Neugebauer, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin, New York 2001, S. 261.

⁶ Vom 14.9.1926, in: Rep. 90, Nr. 385, n. f.; hier auch Voten. Der Gesetzentwurf lag vor als StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 34 v. 9.3.1926. Ausarbeitungen von ORegR Scheche v. 25.9. u. 2.10. für Höpker Aschoff zur Sitzung sowie dessen hs. Notiz zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 151, HB Nr. 606, n. f.

⁷ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 26.6.1926 in: Rep. 90, Nr. 581, n. f.

⁸ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 26.6.1926 in: Rep. 84a, Nr. 11318, Bl. 241–246; hier auch Voten. Vormaterial, beginnend mit einem Entwurf v. 13.5.1923, in: Rep. 151, I C Nr. 9318, Bl. 67–74.

Medaille für Kunst und Wissenschaft.⁹ *Ansetzung einer erneuten kommissarischen Besprechung [...]. Bis zur Entscheidung des Staatsministeriums [...] soll die Verleihung von derartigen Auszeichnungen unterbleiben*¹⁰. [B] — **8. Zwei Disziplinarsachen.**¹¹ [B] — **9. Neun Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.** [B] — **(10. Gesetzentwurf zum Reichs-spiritusmonopol. Da lt. Zusage des Reichs** preußischen Interessen bei der Ernennung ehrenamtlicher Mitglieder zum Verwaltungsrat [...] Rechnung getragen werden soll, *ist von der Forderung abzusehen, [...] Vertreter der Länder oder des Reichsrats unmittelbar zu benennen.*¹² [B])

⁹ Vgl. die Vorlage Severings v. 20.9.1926 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 39 Beiakten 4b, n. f.

¹⁰ Geändert aus [...] sollen sich die Herren Staatsminister bei der Verleihung von Auszeichnungen Zurückhaltung auferlegen (Bl. 111v).

¹¹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

¹² Vgl. die Vorlage Brauns v. 29.9.1926 in: Rep. 120, C V Nr. 97 Bd. 2, n. f.; hier sowie ebd., Bd. 1, n. f. weiteres Material einschl. der Drucksachen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Dem Reichsrat vorgelegt als StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 91 v. 7.5.1926; beraten in der Sitzung am 11.11.1926, in: Ebd., S. 441 f., § 640; hier auch S. 445–472, Anlage 3 die beschlossene Fassung.

Nr. 71 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Oktober 1926.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 114–115; MF 1040. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Goslar.

([1.] *Amtseid des neu ernannten Ministers Grzesinski.*¹ — [2.] *Nochmals zur Fürstenabfindung. Zustimmung zum Gesetzentwurf*² über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses. [B]) — **3. Sechs Ernennungen, u. a. von Abegg**³ [...] zum Staatssekretär im Innenministerium, von Klausener⁴ zum Ministerialdirektor und von Zörgiebel [...] zum Polizeipräsidenten in Berlin, sowie die Versetzung von Staatssekretär [...] Meister⁵ [...] in den einstweiligen Ruhestand. *Weitere Personalvorschläge werden zurückgestellt.*⁶ [B])

¹ Das Schreiben Brauns v. 6.10.1926 zum Amtswechsel in: Rep. 120, C B I Nr. 2a Bd. 2, Bl. 223. Druck: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 4143. Zur Ernennung vgl. Braun, Otto, *Von Weimar zu Hitler*, New York, 3. Aufl. 1940 (Reprint Hildesheim 1979), S. 238 f.; Albrecht, *Für eine wehrhafte Demokratie*, S. 155–164.

² Vom 7.10.1926, in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 4160, u. Beilage, ebd., Drucks. Nr. 4173.

³ Vgl. zu den Hintergründen: Leßmann, *Streifendienst*, S. 256 f.

⁴ Vgl. Graf, Christoph, *Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches*, Berlin 1983, S. 20.

⁵ Vgl. zum Wechsel Meister/Abegg: Grzesinski, Albert, *Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten*, hrsg. v. Eberhard Kolb, München 2001, S. 184 f.; Runge, Wolfgang, *Politik und Beamtenum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933*, Stuttgart 1965, S. 75 f.

⁶ Lt. Schreiben Grzesinskis v. 15.10.1926 wurden die Ernennung von MinR Badt zum MinDir. im Innenministerium sowie weitere Personalvorschläge im Anschluß an Erörterungen zur Neugliederung der Behörde zurückgestellt; vgl. Rep. 84a, Nr. 10066, Bl. 113–124. Mit Bezug auf das Protokoll (hier fälschlich auf den 8.10. datiert): Ehni, Hans-Peter, *Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932*, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 53.

Nr. 72 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1926.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 175, Bl. 116–118; MF 1040. — *Abschr.:* GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Grzesinski, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — *Prot.:* Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Pünder [RK], Nobis, Goslar, Dönhoff, Wellmann, Schneller, Wackermann [alle vier zu 1], Cohn [zu 1 und 3], Hog [alle fünf zu 1], Erythropel [zu 2], Klause-ner, Sandrock, v. Leyden, Klempin, Thalau, Herrstadt, v. Meyeren [alle sieben zu 3], Leeser, Müsse-meier, Mussehl, Conring [alle vier zu 4].

1. Staatshaushalt für 1927. Notwendigkeit erneuter Haushaltsbesprechungen zwischen den Res-sorts, um den schon für 1926 festgestellten Zuschußbedarf nicht zu überschreiten, wobei für werbende Zwecke eine Anleihe aufgenommen werden soll. Außerdem können die den einzelnen Ressorts zustehenden Kontingentsbeträge um 56 Mio. RM aus dem Reichsfinanzausgleich [...] erhöht werden.² [B] — **2. Nochmals zur Fürstenabfindung.** Neuregelung der Verwaltung des [...] Vermögens des vormaligen Königshauses im Staatshaushalt für 1927. Ernennung von OFinR Hübner [...] zum Direktor der „Verwaltung der Schlösser und Gärten“.³ [B] — **3. Arbeitslosenversicherung. Beschlußfassung zum Gesetzentwurf⁴ im Reichsrat. Einzelheiten, u. a. Ablehnung einer Beteiligung der Gemeinden an den Ausgaben und im Verwaltungs-apparat sowie einer Staatsaufsicht. Ferner sollen die Unterstützungen** möglichst den notwendigen Lebensunterhalt gewähren, und die produktive Erwerbslosenfürsorge [...] soll bestehen bleiben. [B] — **(4. Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen.** Von der Reichsregierung ist eine Beteiligung zu verlangen, damit die preußischen Interessen hinreichend wahrgenommen werden können.⁵ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 116 wurde von TOP 4 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 20.9.1926 in: Rep. 90, Nr. 238, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Cohn für Braun zur Sitzung.

³ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 20.9.1926 in: Rep. 90, Nr. 238, n. f.; hier auch weiteres Material einschl. Ausar-beitungen für Braun zur Sitzung.

⁴ StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 139 v. 15.9.1926; beraten in der Sitzung am 18.11.1926, ebd., S. 477–485, § 651 mit dem Wortlaut der beschlossenen Fassung. Eine *hs. Notiz* von MinDir. v. Meyeren v. 13.10.1926 zum Ergebnis der Staatsministerialsitzung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3y Beiheft 6 Bd. 2, Bl. 273. Ferner mit weiterführenden Anmerkungen die Sitzungen des Reichskabinetts am 6.10. sowie 11.11.1926 (II), TOP 5 bzw. 2, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 243, 324, Dok. Nr. 87 u. 115. Zusammenfassend: Führer, Karl Christian, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902–1927, Berlin 1990, S. 263 f.; Fukuzawa, Naoki, Staatliche Arbeitslosenunterstützung in der Weimarer Republik und die Entstehung der Arbeitslosenversiche-rung, Frankfurt/M. u. a. 1995, S. 255– 267; Berringer, Christian, Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenversicherungspolitik in Deutschland und Großbritannien im Vergleich 1928–1934, Berlin 1999, S. 75 f. Zur Schwächung der Länder und Kommunen vgl. Lewek, Peter, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik, Stuttgart 1992, S. 312–328.

⁵ Es wurde anscheinend kein Schreiben verfaßt; auf einer Abschrift von TOP 4 in den Akten des Handelsministeriums findet sich der Vermerk Die genannten [...] Minister haben an der Reichskabinettsitzung am 15. X. teilgenommen, in: Rep. 120, C XIII 6b Nr. 8a Bd. 3, Bl. 182; hier auch Bl. 173–173v eine Aktennotiz von ORegR Leeser v. 16.10. über die Kabinettsitzung. Diese in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 251 f., Dok. Nr. 90, TOP 1.

Sitzung des Reichskabinetts am 15. Oktober 1926.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 251–254, Dok. Nr. 90.

Anwesend: für Preußen Schreiber.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis, Müssemeier, Leeser.

1. Handelsvertragsverhandlungen mit Polen. — 2. Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. — (3. Rückkehr des früheren Kaisers Wilhelm II. nach Deutschland.)

Nr. 73 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 122–123v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 9², Bl. 12–14v; MF 1040. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Becker [zeitweise], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt, Lammers [für Becker während dessen Abwesenheit und zu 1], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Goslar, Abegg, Articus [zu 1 und 6], Gerlach [zu 1 und 6], Metz [zu 1], Elfgen [zu 1 und 6], Niermann [zu 1 und 6], Klausener, Bachmann, Gossehl, Reichau, Backhaus [alle fünf zu 2], Corsing [zu 2 und 4], Schniewind, Mussehl, Deichmann, Conring, Rathenau [alle fünf zu 3], Hans Lucas [zu 4 und 7], Krücke [zu 4], Reschke, Schütze [beide zu 7].

1. Mittellandkanal.³ Bericht zum Stand der Angelegenheit. a) Es ist zu klären, ob Provinzialverbände per Gesetz zu einer Garantieübernahme verpflichtet werden können. b)–c) Einzelheiten zur Finanzierung des Hamm-Lippstadt- sowie des Hansa-Kanals durch das Reich. Wenn im Reichsrat gegen letzteren Preußen [...] seine Bedenken zurückstellt, so können daraus aber keine Schlußfolgerungen für die grundsätzliche Einstellung [...] zu dem Kanalbau-Programm des Reichs gezogen werden. [B] — 2. Staatshaushalt für 1927. Erhöhungen im Etat der Polizei. Einzelheiten.⁴ [B] — 3. Kreditgewährung an die ostpreußische Industrie von der Preußischen Staatsbank und der Reichskreditgesellschaft AG. Einzelheiten.⁵ [B] — 4. Gerichte. Ablehnung der Forderung am Zehnhoffs nach einer Besetzung der Senate der Oberlandesgerichte mit 5 Mitgliedern.⁶ [B] — 5. Gesetzentwurf⁷ über die Prüfung der

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 122v wurden von den TOP 1–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4 und 6 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 4–5.

³ Vgl. den Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche einerseits sowie den Ländern Preußen, Sachsen, Braunschweig und Anhalt andererseits wegen Vollendung des Mittellandkanals v. 24.7.1926, in: StenBerRT, Bd. 421, Drucks. Nr. 3871 v. 18.1.1928, Teil I: Der Mittellandkanal, S. 33 f., Anlage 5.

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 20.1.1926 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 40 Bd. 5, n. f.

⁵ Vgl. den Antrag Schreibers v. 11.10.1926, die Kreditnot der ostpreußischen Industrie [...] auf die Tagesordnung [...] zu setzen, in: Rep. 90, Nr. 1069, n. f.; hier auch umfangreiches Material sowie eine Ausarbeitung von MinR Conring v. 25.10. für Braun zur Sitzung. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 20.9.1926, TOP 2, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 208, Dok. Nr. 82.

⁶ Vgl. die Vorlage am Zehnhoffs v. 9.9.1926 in: Rep. 87, B Nr. 8094, n. f.; hier auch Voten. Ferner der Landtagsbeschluß v. 23.6.1926 im Rahmen der zweiten Debatte zum Haushalt der Justizverwaltung in: StenBerLT, Sitzungs-

Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts. *Beschluß zur Antragstellung im Reichsrat.* [B] — **6. Nochmals zum preußischen Arbeitsbeschaffungsprogramm.** In Auslegung des Beschlusses v. 27.9.1926 behält sich Preußen vor, Abänderungsanträge zu dem vom Reich aufgestellten Programm zusammenzustellen; es ist jedoch der Ausdruck „Preußisches Arbeitsbeschaffungsprogramm“ [...] zu vermeiden. *Einzelheiten zum Umbau des Oberländischen Kanals.*⁸ [B]

periode 1925–28, Sp. 12910–12917. Zur grundsätzlichen Bedeutung der Regelung vgl. Kern, Eduard, *Geschichte des Gerichtsverfassungsrechts*, München, Berlin 1954, S. 162.

⁷ *StenBerReichsR*, Jg. 1926, Drucks. Nr. 110 v. 3.6.1926; beraten in der Sitzung am 11.11.1926, ebd., S. 442, § 642; hier auch S. 473 f., Anlage 4, der beschlossene Wortlaut. Die Vorlage des Mdl v. 12.6.1926 in: *Rep.* 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 13, n. f.; hier auch ein Votum aus dem Justizministerium v. 18.6.

⁸ Vgl. den Antrag des Finanzministers v. 11.10.1926, die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, sowie eine Aktennotiz v. 25.10. in: *Rep.* 90, Nr. 1152, n. f.

Nr. 74 (2.) Geheime Besprechung der Staatsminister am 26. Oktober 1926.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 175, Bl. 124–124v; MF 1040. — *Abschr.*: *GStAPK*, I. HA, *Rep.* 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — *Prot.:* Weismann [U].

17 Ernennungen. [B]

¹ Als Anlage zum Staatsministerial-Protokoll vom 26.10.1926 bezeichnet.

Nr. 75 Sitzung des Staatsministeriums am 9. November 1926.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 175, Bl. 132–133v; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK*, I. HA, *Rep.* 90, Annex L Nr. 10², Bl. 5–7; MF 1040. — *Abschriften:* ebd., Bl. 3–4v; *GStAPK*, I. HA, *Rep.* 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Hirtsiefer, Becker [zeitweise], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — *Prot.:* Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker während dessen Abwesenheit], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Abegg, Articus, Niernann [beide zu 1–2], Elfgen [zu 1], Metz [zu 1–2], Gerlach, Krieger, Verlohr, Stadermann, Kerstiens, Borchard [alle sechs zu 2], König, Breuhahn, Reichau, Heuser, Fritzsche, v. Gelder, Jodehl [alle sieben zu 4], Schäfer, Ziertmann, Corsing, Schnitzler, Richter (WohlfMinm.) [alle fünf zu 5].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 132v wurde von TOP 3 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4–5, ferner zu TOP 1 der Beschlußentwurf sowie Vorlagen zu TOP 4.

(1. *Nochmals zum Campe-Dörpen sowie zum Dortmund-Ems-Kanal. Einzelheiten; u. a. zur Wahrung der verfassungsmäßig gewährleisteten landeskulturellen und wasserwirtschaftlichen Belange.* [B]) — 2. *Nochmals zur Verreichlichung der Wasserstraßenbehörden. Zustimmung zur Gegendenschrift Preußens.*³ [B] — 3. *Vier Ernennungen.* [B] — 4. *Staatshaushalt für 1926. Besserstellung der höheren Beamten und [...] Vermehrung der Amtratsstellen.*⁴ [B] — 5. *Jugendpolitik. Einzelheiten zur Stellungnahme der Regierungsvertreter Preußens bei der Beratung des Entwurfs*⁵ eines Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften im Reichstage. [B] — (6. *Braun erinnert an die früheren Beschlüsse, daß a) die Instruktion der Stimmen Preußens im Reichsrat Sache des Staatsministeriums ist, sowie b) die vom Staatsministerium getroffenen Entscheidungen von sämtlichen Ministerien und nachgeordneten Stellen einheitlich und geschlossen als Wille der Staatsregierung zu vertreten sind.*)

³ Vgl. den mit Anschreiben v. 6.10.1926 übersandten Entwurf in: Rep. 90, Nr. 391, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Elfgen v. 8.11. für Braun zur Sitzung sowie der Druck vom Oktober 1926 (46 S.). Der Entwurf auch in: Rep. 77, Tit. 76 Nr. 47 Bd. 1, Bl. 163–219. Ferner die Druckschrift: *Zur Frage der Reichswasserstraßenpolitik*, hrsg. v. Reichsverkehrsministerium, o. O. (Berlin 1927).

⁴ Vgl. Vorlage und Voten in: Rep. 90, Nr. 1394, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Fritzsche v. 9.11.1927 für Braun zur Sitzung. Ferner die dem Landtag übergebene Übersicht über die durch den Haushaltsplan für 1926 sowie auf Grund der Vermerke 4 und 5 zum Haushaltsplan [...] erfolgten Stellenumwandlungen v. 25.10.1926, in: *StenBerLT, Wahlperiode 1925–1928, Drucks. Nr. 4423. Mit Bezug auf das Protokoll: Aders, Die Utopie vom Staat*, S. 105.

⁵ Vom 6.8.1925, in: *StenBerRT, Bd. 404, Drucks. Nr. 1461; der Ausschußbericht v. 12.6.1926 mit preußischen Stellungnahmen* in: *Ebd., Bd. 409, Drucks. Nr. 2372*. Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 5.11.1926 in: Rep. 77, Tit. 2772 Nr. 3 Bd. 3, n. f.; hier auch weiteres Material. Zur Entstehung des Gesetzes und dem Aufbau der Prüfstellen vgl. Stieg, Margaret, *The 1926 German Law to Protect Youth against Trash and Dirth. Moral Protection in an Democracy*, in: *Central European History* 23 (1990), S. 37–49; Zusammenfassend: Lehman, Robin, *Mass Culture and the State in Germany, 1900–1926*, in: *Ideas into Politics. Aspects of European History 1880 to 1950*, hrsg. v. R. J. Bullen, Hartmut Pogge von Strandmann u. A. B. Polonsky, London, Sydney, Totowa, N. J. 1984, S. 56.

Nr. 76 Sitzung des Staatsministeriums am 24. November 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 134–136; hs. Urschrift, ms. Urschriften und Protokollnotizen von Reschke in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 10², Bl. 66–73v; MF 1040*. — Abschr.: *GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Offermann [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Scherek, Abegg, v. Leyden [zu 1 und 6], Ganschow [zu 1], Hog [zu 1 und 5–6], Finger, Scheche [beide zu 1], Frielinghaus [zu 1 und 6], Lohmeyer, Borchard [beide zu 1], Bansi [zu 1 und 7], Corsing [zu 1–2 und 5–7], F. W. Fischer [zu 1], Hellich [zu 2], Elfgen [zu 2 und 8], Wirth [zu 4], Wellmann, Backhaus, Fritzsche [alle drei zu 5], Riewald, Surén, Hellich [alle drei zu 6], Badmann, Schnitzler [beide zu 7], F. Ernst, Eggert [beide zu 8].

1. **Finanzausgleich für [...] Randgemeinden und -Kreise sowie Änderung kommunaler Grenzen im Untereifelgebiet.** — a) *Umarbeitung des vorgelegten Entwurfs*³ zu zwei

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 134v wurden von den TOP 3 und 5 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium für Braun zu den TOP 1–2, 4 und 6, ferner Vorlagen zu den TOP 4 und 6.

Gesetzentwürfen und Vorlage Gebietsreform an den Landtag. — b) *Beschluß zur Gebietsreform. Einzelheiten.* — c) Der [...] Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Mitteln für die Wasserbauarbeiten im Untereifelgebiet wird gesondert bearbeitet.⁴ [B] — **2.** *Briefmarken mit dem Bild Friedrichs II. Zustimmung zur Position Brauns.*⁵ [B] — **3.** *Fünf Ernennungen.* [B] — **4.** *Vier Todesurteile. Umwandlung der Strafen im Gnadenwege.*⁶ [B] — **5.** *Staatshaushaltsplan für 1927. Vorlage an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat.*⁷ [B] — **6.** *Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Gesetzentwurf⁸ zur Übergangsregelung. Bedingte Zustimmung im Reichsrat. Einzelheiten.* [B] — **7.** *Nochmals zum Entwurf eines Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften. Korrektur des Protokolltextes vom 9.11.1926, TOP 4, und Abgabe einer Reichstagsklärung⁹.* [B] — **8.** *Errichtung eines Reichsmuseums für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde in Düsseldorf.*¹⁰ [B] — **(9.** *Bericht über den Schulstreik in Dortmund.*¹¹ [B])

³ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 20.11.1926 in: Rep. 84a, Nr. 9174, Bl. 426–460.

⁴ Vgl. das Einladungsschreiben Grzesinskis v. 10.11.1926 zu einer kommissarischen Beratung am 12.11. mit beiliegendem Material in: Rep. 77, Tit. 3852 Nr. 3 Bd. 2, n. f. Ferner die beiden Denkschriften: Für ein lebenskräftiges Altona. Denkschrift des Magistrats der Stadt Altona zu den Gesetzentwürfen über die Regelung der kommunalen Verhältnisse im Untereifelgebiet, Altona 1926; Altonaische Leitsätze zur kommunalen Neuregelung im preußischen Untereifelgebiet, Altona 1927.

⁵ Im Rahmen einer am 1.10.1926 herausgegebenen Briefmarkenserie von zehn Werten in neun Motiven mit Porträts deutscher Geistesgrößen war auch ein 10-Pf-Wert mit dem Bild Friedrichs II. v. Preußen erschienen. Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 23.10.1926 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 120, A XIV Nr. 3f Bd. 1, n. f.; hier auch das Schreiben Brauns an den Reichskanzler vom gleichen Tag sowie weiteres Material. Zur Kontroverse zwischen Reichsinnenminister Külz sowie Reichspostminister Stingl vgl. mit weiterführender Anmerkung die Besprechung der Reichsminister am 22.10.1926, TOP 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 263 f., Dok. Nr. 95.

⁶ Vgl. die Vorlage des Justizministeriums v. 22.11.1926 im Fall Schirmann u. Gen. in: Rep. 87, B 8089, Bl. 31–37v. Eine Referentenausarbeitung v. 23.11. sowie eine Antwort von MinR Badt v. 23.11. in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Bd. 3, Bl. 115–115v.

⁷ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 24.11.1926 in: Rep. 84a, Nr. 6818, Bl. 127–128v. Der Haushalt wurde dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Drucks. Nr. 4650 v. 11.12.1926; hier auch das Gutachten des Staatsrats v. 10.12.

⁸ StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 178 v. 13.11.1926; beraten in den Sitzungen am 9. sowie 22.12.1926, ebd., S. 512–514 (mit der beschlossenen Fassung), S. 536, § 716 bzw. 748. Vgl. die Vorlage Schreibers v. 22.11.1926 in: Rep. 84a, Nr. 9174, Bl. 461–463; hier auch Anträge in den Reichsratsausschüssen. Ferner mit weiterführender Anmerkung die Sitzung des Reichskabinetts am 18.12.1926, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 463, Dok. Nr. 165. Ferner Kommunale Finanzpolitik, S. 120–124.

⁹ Vgl. die Erklärung von StS Weismann am 26.11.1926 in: StenBerRT, Bd. 391, S. 8215. Der Entwurf als Anlage zum Schreiben Grzesinskis v. 20.11.1926 in: Rep. 77, Tit. 2772 Nr. 3 Bd. 3, n. f.

¹⁰ Vgl. die Sitzung des Reichskabinetts am 11.11.1926, TOP 6, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 325, Dok. Nr. 115.

¹¹ Im Schulaufsichtsbezirk Dortmund-Land I kam es im Gefolge der Übertragung der Schulaufsicht über alle nicht-katholischen Schulen an einen dissidentischen Schulrat zum Schulstreik. Im Landtag wurden daraufhin die Großen Anfragen Nr. 154 der DVP (v. Campe u. Gen.) v. 4.11.1926 sowie Nr. 167 der DNVP (Winckler u. Gen.) v. 30.11. gestellt, StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 4363 bzw. Nr. 4566; beantwortet von Becker im Plenum am 4.12.1926, ebd., Sp. 15695–15703. Ferner die Kleine Anfrage Nr. 1202 der DNVP (Weismann, Fr. v. Tiling) v. 9.11.1926 in: Rep. 90, Nr. 1745, Bl. 107; hier auch die Antwort Beckers v. 23.12. sowie weiteres Material.

Nr. 77 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Dezember 1926.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 175, Bl. 137–139v; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 10*², Bl. 50–54v; MF 1040. — *Abschr.:* *GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — *Prot. Reschke* [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Pünder [RK, zeitweise], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Weyhe, König, Fritzsche [alle drei zu 1], v. Leyden, Ganschow [beide zu 2], Bansi [zu 2–3 und 5], Lohmeyer, Finger, Scheche [alle drei zu 2], Conring [zu 2 und 4], Backhaus, Stalman, Schnitzler, Deichmann [alle vier zu 4], Hartwig, Schwister, Krücke, Corsing [alle vier zu 5].

(1. *Beamtenbesoldung. Preußen wird der von der Reichsregierung geplanten Gewährung einer Besoldungsbeihilfe folgen, aber Bedenken zur Sprache [...] bringen sowie Ersatzforderungen für die [...] erwachsenden Aufwendungen stellen.*³ [B]) — 2. *Nochmals zum Finanzausgleich für [...] Rand-Gemeinden und -Kreise im Untereifelgebiet. Einzelheiten, u. a. kein Sonderfinanzausgleich wegen der Nachbarschaft von Stadtstaaten.*⁴ [B] — 3. *Kreditantrag der Firma Krupp. Beschluß* ausgesetzt.⁵ [B] — 4. *Reichshaushaltsplan 1927. Bedingte Zustimmung im Reichsrat. Einzelheiten, u. a. sollen die Ansätze für die Steuereinnahmen herabgesetzt werden und Zurückhaltung bei neuen Stellen sowie Höherstufungen [...] geübt werden. Ferner soll die Reichsregierung daran festhalten, über die Reichsfonds, die nicht auf die Länder verteilt und nicht für die sog. reichswichtigen Aufgaben beansprucht werden, nur im Einvernehmen mit den Ländern zu verfügen. Dem Fonds „zur Förderung kulturell-gemeinnütziger Institute und Vereinigungen“ von 500 000 RM [...] kann zugestimmt werden. Die reichswichtigen Organisationen sollen von jeder Geldbewilligung [...] der zuständigen Landesregierung Kenntnis geben.*⁶ [B] — 5. *Gerichte. Keine Aufhebung der Oberlandesgerichte Marienwerder und Kassel*⁷, jedoch Errichtung eines Oberlandesgerichtes in Beuthen. [B] — 6. *Zwei Ernennungen.* [B] — (7. *Bericht Beckers über die Pädago-*

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 137v wurde von TOP 6 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–5.*

³ *Vgl. das Schreiben des Reichsfinanzministers (i. V. Popitz) an den Reichsrat v. 10.12.1926 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246A I, Bl. 190–190v. Ferner mit Bezug auf eine Abschrift von TOP 1 des Staatsministerialprotokolls die Sitzung des Reichskabinetts am 4.12.1926 in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 397–399, Dok. Nr. 137.*

⁴ *Vgl. den Entwurf eines Gesetzes über einen Sonderfinanzausgleich zu Gunsten preußischer Randgemeinden (-Kreise) in der Nachbarschaft von Stadtstaaten in: Rep. 84a, Nr. 9174, Bl. 477–487. Voten und weiteres Material in Rep. 90, Nr. 1103.*

⁵ *Zur preußischen Beteiligung an einer 1-Mio-RM-Unterstützung vgl. die Ausarbeitung von GehFinR Grosse Finanzielle Auseinandersetzung Preußens mit dem Reich aus Anlaß von Friedensvertragsfolgen usw. v. 1.11.1925, in: Rep. 151, IA Nr. 7268, Bl. 44–47v; hier Bl. 47v. Mit weiterführender Anmerkung auch zur preußischen Position die Sitzung des Reichskabinetts am 1.12.1926, TOP 4, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 389f., Dok. Nr. 134.*

⁶ *Vgl. den undatierten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1927 sowie den dazu gehörigen „Überblick“ in: StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 181 v. 16.11.1926 u. zu Nr. 181; beraten in der Sitzung am 22.12.1926, ebd., S. 527–536, 539–542, § 747 sowie Anlage 2. Eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 30.11.1926 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1407, n. f. Ein Votum Beckers v. 27.11.1926 betr. des 1-Mio.-RM-Fonds, dem sog. Mumm-Fonds, in: Rep. 120, CB I Nr. 8 Adhib., n. f.*

⁷ *Vgl. Schreiben des Oberpräsidenten, von Regierungspräsidenten und weiterer Interessenten aus Hessen in: Rep. 77, Tit. 1046 Nr. 2 Bd. 2, n. f.*

gische Simultanakademie in Frankfurt a./Main und die Stellung der katholischen⁸ Kirche zu ihr.⁹)

⁸ Hs. Zusatz Bl. 139v.

⁹ Vgl. den hs. Antrag Beckers v. 1.12.1926, einen mündlichen Bericht geben zu dürfen, in: Rep. 90, Nr. 1759, Bl. 229.

Nr. 78 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1926.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 175, Bl. 140–141; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 10², Bl. 64–65v; MF 1040. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Nobis, Goslar, [Corsing, Elfgén, Fritzsche]³.

1. Nochmals zum Gesetzentwurf zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften. *Kein Einspruch im Reichsrat.*⁴ [B] — **2.** Wohnungswesen. Keine Steigerung der gesetzlichen Miete um mehr als 10 % im Jahre 1927.⁵ [B] — **3.** Beamtenbesoldung. Keine Ausdehnung der einmaligen Zuwendung auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. [B] — **(4.** Reichstag und Reichsrat. Gemäß Art. 33 R[eichs]V[erfassung] soll keine ausdrückliche Anmeldung und Benennung von preußischen Regierungsvertretern [...] erfolgen. Dabei hat im allgemeinen [...] die Stellungnahme [...] zu Vorlagen usw. des Reichs im Reichsrat zu erfolgen und nur ausnahmsweise [...] im Reichstage. Die rechtzeitige Einladung zu dessen Sitzungen ist zusammen mit seinem Präsidium [...] sicherzustellen.⁶ [B] — **5.]** Pensionssache von Reichsminister [...] Bell. Bei der Zustimmung im Reichsrat soll die sofortige Vorlage eines Ministerpensionsgesetzes gefordert werden.⁷ [B] — **6.]** Nochmals zum Reichshaushalt 1927. Zustimmung zur Weserkanalisierung im Reichsrat.⁸ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 141 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 sowie Vorlagen zu den TOP 2–3.

³ Anwesenheit unklar.

⁴ Vgl. Ausarbeitungen für Grzesinski v. 4. u. 7. 12.1926 zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 2772 Nr. 3 Bd. 3, n. f.

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 4.12.1926 in: Rep. 84a, Nr. 5826, Bl. 59–63. Ferner unter Bezug auf diese die (2.) Sitzung des Reichskabinetts mit Vertretern der preußischen Staatsregierung im Reichstagsgebäude am 9.12.1926 in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 422 f., Dok. Nr. 144. Mit Bezug auf das Protokoll: Aders, Die Utopie vom Staat, S. 102.

⁶ Vgl. das Schreiben Brauns v. 23.12.1926 an Grzesinski mit Bezug auf den Beschluß in: Rep. 90, Nr. 113, n. f. Ferner ein Schreiben des StS im Justizministerium Fritze v. 27.12.1926 in: Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 6, n. f.

⁷ Vgl. die hs. Notiz Brauns v. 17.7.1926 auf einer Ausarbeitung Reschkes v. 16.7. Es scheint mir die höchste Zeit, daß das Reich endlich ein Ministerpensionsgesetz macht, in: Rep. 90, Nr. 852, n. f.; hier auch Anträge in den Reichsratsausschüssen und weiteres Material. Im Reichsrat in der Plenarsitzung am 9.12.1926 beraten; vgl. StenBerReichsR, Jg. 1926, S. 511, § 713. Das Protokoll enthält keinen Vermerk zu einem preußischen Antrag. Ferner die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Pensionen und Wartegelder der Reichskanzler, Reichsminister und Staatssekretäre sowie über die Pensionen der Generale aller Grade, in: StenBerRT, Bd. 411, Drucks. Nr. 2789 v. 19.11.1926. Eine Referentenausarbeitung für Höpker Aschoff zur Sitzung mit der hs. Notiz des Ministers zum Beratungsergebnis in: Rep. 151, I B Nr. 5697, n. f.

⁸ Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 181 v. 16.11.1926; beraten in der Sitzung am 22.12.1926, ebd., S. 527–536, hier S. 534, § 747, Anlage 2, S. 539–542, hier S. 541: Abschnitt XI, Kap. E 16, Tit. 50a.

Sitzung des Reichskabinetts mit Vertretern des Preußischen Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 9. Dezember 1926.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 422–423, Dok. Nr. 144.

Anwesend: für Preußen Grzesinski, Höpker Aschoff, Schreiber, Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: Weismann, Elfgen, Lehmann, Frielinghaus, v. Heusinger.

Mieterhöhung.

Nr. 79 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Dezember 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 142–144; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 10², Bl. 80–82; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Dönhoff [für Schreiber], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Goslar [zeitweise], Corsing [zu 1], Reschke [zu 2–3 und 7], Fritzsche [zu 5].

1. Nochmals zum Gesetz betr. Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften. Bedingte Zustimmung zum Entwurf³ der Ausführungsbestimmungen im Reichsrat. Einzelheiten. [B] — 2. Nochmals zu den Entwürfen eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht sowie eines Gesetzes zur Wahrung der Rechtseinheit. Bestätigung der Beschlüsse vom 5.10.1926.⁴ [B] — 3. Nochmals zur Fürstenabfindung. Zustimmung zum Antrag Thüringens zum Fürsten-Abfindungsgesetz im Reichsrat.⁵ [B] — 4. Bericht Stei-

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 144 wurden von den TOP 1–5 und 7a–7b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–5, ferner eine Vorlage zu TOP 2.

³ Vgl. die Vorlage aus dem Reichsinnenministerium v. 7.12.1926 in: Rep. 77, Tit. 2772 Nr. 3 Bd. 3, n. f.; hier auch Reichsratsanträge. Dem Reichsrat vorgelegt als Umdruckvorlage und nicht in seinen Drucksachen StenBerReichsR enthalten. Beraten in der Sitzung am 22.12.1926, ebd., S. 527, § 746; die beschlossene Fassung ebd., S. 537 f., Anlage 1. Zum Streit um die Reichs- und Länderprüfstellen vgl. Petersen, Klaus, Zensur in der Weimarer Republik, Stuttgart, Weimar 1995, S. 67.

⁴ Voten, beginnend mit einem Schreiben Grzesinskis v. 18.11.1926, in: Rep. 151, HB Nr. 606, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von ORegR Scheche v. 13.12. für Höpker Aschoffs zur Sitzung sowie dessen hs. Vermerk zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Die Vorlage zum Verwaltungsgericht, StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 34 v. 9.3.1926, wurde in der Sitzung am 18.3.1926, ebd., S. 82, § 176a, in die Ausschüsse verwiesen; ebenso die Vorlage zur Rechtseinheit, ebd., Drucks. Nr. 39 v. 15.3.1926, Sitzung am 25.3.1926, ebd., S. 90, § 187a.

⁵ Vgl. den Entwurf eines 4. Gesetzes über die Auseinandersetzung von Verfahren in: StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 186 v. 24.11.1926; beraten in der Sitzung am 14.12.1926, ebd., S. 517 f., § 724, mit Information über den dann abgelehnten Antrag Thüringens sowie den Wortlaut der beschlossenen Fassung. Dem Reichstag vorgelegt als StenBerRT, Bd. 412, Drucks. Nr. 2847 v. 14.12.1926. Ferner mit weiterführenden Anmerkungen die (1.) Sitzung des Reichskabinetts am 2.12.1926 sowie die Besprechung der Reichsminister am 13.12.1926, TOP 4 bzw. 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 391, 443, Dok. Nr. 135 bzw. 152.

gers über die landwirtschaftliche Siedlungstätigkeit in Preußen.⁶ — **5. Staatshaushalt und Geschäftsordnung.** Auf Anregung von Braun und unter Zustimmung Höpker Aschoffs wird beschlossen, angesichts der Ausgaben-Kontingentierung bei Meinungsverschiedenheiten vor der Sperrung von Kassen [...] die Vermittlung des [...] Ministerpräsidenten anzurufen.⁷ [B] — **6. Fünf Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze.** [B] — **(7a. Reichshaushalt. Bedingte Zustimmung zum Reichswehr- und Marineetat. Einzelheiten.** Damit ein ausgeglichener Etat vorgelegt wird und weil Mehreinnahmen nicht möglich sind, werden Ausgabenverminderungen bei allen Etats, vornehmlich beim Etat des Wehrministeriums,⁸ vorgenommen werden müssen.⁹ [B] — **7b. Jahrtausendfeier für den deutschen Osten.** [B])

⁶ Im Leitartikel der Frankfurter Zeitung v. 4.12.1926 war MinDir. Articus vorgeworfen worden, aus bürokratisch-partikularistischem Machtstreben Ansiedlungsbemühungen zunichte zu machen. Der Antrag Steigers v. 4.12.1926, einen Bericht auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 87, B Nr. 9374, Bl. 214. Eine allen Ministern zugeleitete Zusammenstellung Steigers v. 17.12. aus den Akten meines Ministeriums in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 3, Bl. 171–173. Ferner eine lt. Anschreiben v. 13.1.1927 für die Verhandlungen im [...] Landtage gefertigte Denkschrift vom 3.1. „Tatsachen zur Siedlung in Preußen“ (Druck, 8 S.; nicht in die StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, aufgenommen) in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 89 Bd. 2, Bl. 95–100. – Zusammenfassend zur Siedlungspolitik: Zehn Jahre Preußisches Landwirtschafts-Ministerium 1919–1928. Denkschrift des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Berlin 1929, S. 231–247.

⁷ Vgl. das Schreiben Höpker Aschoffs v. 1.12.1926 betr. Sperrung des Reisekostenfonds des Landwirtschaftsministeriums in: Rep. 84a, Nr. 7200, Bl. 204–204v; hier auch Voten. – Weiter vgl. Sitzung am 8.2.1927, TOP 4.

⁸ Von bei allen Etats bis Wehrministeriums hs. Zusatz (Bl. 143v).

⁹ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 8.12.1926 in: Rep. 90, Nr. 1407, n. f. Mit Bezug auf das Protokoll (hier fälschlich auf den 12.12. datiert): Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 25.

Nr. 80 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1926.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 175, Bl. 146–148; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 10², Bl. 100–102; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Becker [teilweise], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Pünder [RK], Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Albersmann [zu 1], Corsing [zu 1 und 5], Bansi, Conring, Werner Richter [alle drei zu 2], v. Heusinger, Mussehl, Koch [alle drei zu 3], Elfgen [zu 3–4], Pauly [zu 3], v. Rottenburg, Kummer, Rohde, Helbing [alle vier zu 4], Breuhahn, v. Geldern [beide zu 5], Hellich, Scheche, Scholtz [alle drei zu 7].

1. Arbeitsgerichtsgesetz. Zustimmung im Reichsrat.³ [B] — **2. Nochmals zur Jahrtausendfeier für den deutschen Osten.** Vor einer Beteiligung sind die Oberpräsidenten sowie die Reichsregierung zu

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 146v wurden von einzelnen TOP Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2, 4–5 und 7 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 8c.

³ Vgl. die Vorlage des Justizministeriums v. 16.12.1926 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 363 Bd. 2, Bl. 231–232v. Die vom Reichstag beschlossene Fassung in: StenBerRT, Bd. 411, Drucks. 2795 v. 10.12.1926, die in der Sitzung des Reichsrats am 22.12.1926 angenommen wurde; StenBerReichsR, Jg. 1926, S. 527, § 744b.

konsultieren.⁴ [B] — **3.** Bau- und Bodenbank. *Nochmalige Verhandlungen mit der Reichsregierung.*⁵ [B] — **4.** Verlegung des geodätischen Studiums von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin an die Technische Hochschule in Charlottenburg. [B] — **5.** Schaffung von 4 Ministerialratsstellen für 1926.⁶ [B] — **6.** *Fünf Ernennungen.* [B] — **7.** Autobahnstraße Köln-Düsseldorf. *Beantragung der Möglichkeit einer Maut als Ausnahmeregelung zum Finanzausgleichsgesetz von 1926 beim Reichsrat, wobei der Provinzialverwaltung [...] zu eröffnen ist, daß daraus keine Ansprüche auf Schadloshaltung durch den Staat erwachsen und die gebührenfreien Wege und Straßen nicht vernachlässigt werden dürfen.*⁷ [B] — **(8a.** *Beamtenpolitik. Verhalten der Staatsbeamten in Sigmaringen gegenüber dem Fürst von Hohenzollern. Notwendigkeit einer Fühlungnahme mit der Reichsregierung.*⁸ [B] — **8b.** *Beamtenbesoldung. Notwendigkeit jährlicher kommissarischer Besprechungen über die Gewährung von Unterstützungen an Unterbeamte sowie von Zulagen an Staatsarbeiter.* [B] — **8c.** *Nochmals zur Fürsorge für die in Deutschland wohnenden, jedoch in Luxemburg beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Zahlung einer einmaligen Beihilfe an die Bezirksfürsorgeverbände.*⁹ [B] — **8d.** *Strafprozeßordnung. Zustimmung zum Änderungsgesetz im Reichsrat.*¹⁰ [B])

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 10.12.1926 in: Rep. 87, B Nr. 19409, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung in Vorbereitung der Sitzung. Die Zeitschrift des Deutschen Ostbundes „Ostland. Wochenschrift für die gesamte Ostmark“ erschien in Nr. 43 v. 22.10.1926 mit dem programmatischen Artikel von Bundesdirektor E. Ginschel: Eine Jahrtausendfeier des Ostens! (S. 541–543). Ferner der Vermerk von StS Pünder über eine Besprechung zwischen Reichspräsident Hindenburg und Ministerpräsident Braun am 30.3.1927, in der zu dieser Frage volle Übereinstimmung erzielt wurde, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 667, Dok. Nr. 214.

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 10.11.1926 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 12, Bl. 279–285v. Das Schreiben des Finanzministers v. 11.12. mit der Bitte, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, ein Votum Grzesinskis v. 17.12. und weiteres Material in: Rep. 120, A XI 1 Nr. 36 Beiheft 4, n. f.

⁶ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 9.12.1926 in: Rep. 90, Nr. 1394, n. f.; hier Voten und eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 20.12.1927 für Braun zur Sitzung.

⁷ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 13.12.1926 in: Rep. 120, C V Nr. 79 Bd. 5, n. f. Der Antrag Hirtsiefers v. 18.12., die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung des MinR v. Achenbach für Becker zur Sitzung. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 11.3.1927, TOP 5, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 625, Dok. Nr. 199. Zum Bau, der von Oktober 1929 bis August 1932 ausgeführt wurde, vgl. Windisch-Hojnacki, Claudia, Die Reichsautobahn. Konzeption und Bau der RAB, ihre ästhetischen Aspekte sowie ihre Illustration in Malerei, Literatur, Fotografie und Plastik, Bonn, phil. Diss. 1989, S. 43 f.

⁸ Vgl. den Bericht von RegPräs. Scherer v. 15.9.1926 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. IX, Bl. 1–5; hier auch Bl. 9–9v eine Ausarbeitung von MinR Brand v. 20.9. zur Sitzung. Das Schreiben Brauns an den Reichskanzler v. 5.1.1927 in: Rep. 120, A III 1 Nr. 2 Bd. 15, n. f. Eine Information von MinBüroDir. Pfeiffer v. 20.12. für Braun, daß Grzesinski die Angelegenheit zur Sprache bringen will, in: Rep. 90, Nr. 465, n. f.; hier auch ein hs. Vermerk (Brauns?) zum Beratungsergebnis sowie späteres Material. Zur Versetzung von Beamten 1927/28 vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. IX Beiheft 1.

⁹ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 20.12.1926 in: Rep. 151, I A Nr. 7475, n. f.; hier auch eine Referentennotiz v. 21.12. für Höpker Aschoff zur Sitzung sowie dessen hs. Vermerk zum Beratungsergebnis.

¹⁰ Die vom Reichstag beschlossene Fassung in: StenBerRT, Bd. 411, Drucks. Nr. 2779 v. 30.11.1926; vom Reichsrat angenommen in der Sitzung am 22.12.1926; StenBerReichsR, Jg. 1926, S. 527, § 744. Referentenausarbeitungen zum Zeugnisverweigerungsrecht von Redakteuren (§ 53 StPO) v. 20. u. 22.11.1926 für MinDir. Badt bzw. StS Weismann in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 309 Bd. 4, Bl. 190–194. Zur Vorgeschichte vgl. Schubert, Werner, Einleitung, zu: Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozeßrechts, I. Abt.: Weimarer Republik (1918–1932), Bd. 4: Von dem Entwurf eines Gesetzes über den Rechtsgang in Strafsachen (1919/20) bis zu der Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege (lex Emminger) vom 4.1.1924, hrsg. v. W. Schubert, Berlin, New York 1999, S. XXII–XXV.

Nr. 81 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Januar 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 1–3v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 2–4v; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Lammers [für Becker], Wirkl. GehORegR Abicht, Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Abegg, Graubner [zu 2], Conring [zu 2–3, 5–6 und 11], v. Leyden [zu 3 und 5], Scheche [zu 1 und 3–4], Reschke [zu 1, 4 und 10], Schellberg [zu 5], Schnitzler [zu 5 und 11], Landé, Kühne, du Mesnil [alle drei zu 5], Landfried [zu 5, 9 und 11], Rietzsch [zu 7], Corsing [zu 7 und 9], Schnitzler, Richter (WohlfMinm.) [beide zu 9], Haslinde, Krauthausen [beide zu 11].

1. *Nochmals zum Volkstrauertag. Dem Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge E. V. ist die grundsätzlich ablehnende Stellungnahme der Staatsregierung, auch gegenüber geplanten Straßensammlungen, mitzuteilen.*³ [B] — 2. *Schaumburg-Lippe. Derzeit ist eine Kündigung [...] der Mitbenutzung preußischer Gerichts- und Verwaltungseinrichtungen [...] noch nicht beabsichtigt.*⁴ [B] — 3. *Erweiterung des Stadtkreises Königsberg i. Pr. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵, der vor der Einbringung in den Landtag dem Staatsrat vorzulegen ist.* [B] — 4. *Verfassungstag. Bei der Reichsregierung ist seine Erklärung zum gesetzlichen Feiertag anzuregen. Bis dahin soll in den Reichsbehörden Sonntagsdienst stattfinden, was in den preußischen Behörden selbst bei Ablehnung des Antrags durch das Reich erfolgen wird.*⁶ [B] — 5. *Nochmals zur Beibehaltung der Erleichterungen auf dem Gebiete des höheren Schulwesens im besetzten und besetzt gewesenen Gebiete. Beschlußfassung [...] zurückgestellt.* [B] — 6. *Minister. Beteiligung und Begrüßungsschreiben an Organisationen, Vereine usw. Anfragen sind dem*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 3v wurden von den TOP 1–6 und 9–12b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–6, 9–10 und 12a.

³ Vgl. den Antrag des Volksbundes v. 3.1.1927 sowie den Entwurf des Votums Grzesinskis v. 14.1.1927 in: Rep. 77, Tit. 4011 Nr. 3 Bd. 2, Bl. 10–11 bzw. Bl. 8–8v. Eine hs. Notiz Schreibers v. 18.1.1928 auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3 Bd. 4, Bl. 341.

⁴ Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 4.1.1927 in: Rep. 90, Nr. 298, Bl. 272–277; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Conring v. 12.1. für Braun zur Sitzung sowie weiteres Material.

⁵ Vom 28.12.1926, in: Rep. 84a, Nr. 4799, Bl. 177–199; hier auch Bl. 212–212v das Votum Hirtsiefers v. 8.1.1927. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Drucks. Nr. 12 v. 18.1.1927; im Landtag als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 5956 v. 19.3.1927. Eine hs. Notiz Schreibers v. 18.1. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, A II 5e Nr. 8 Bd. 12, n. f.

⁶ Vgl. das Schreiben des Reichsinnenministeriums v. 20.10.1926 in: Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 97–97v; hier auch Voten. Die Mitteilung Brauns v. 23.12.1928, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3 Bd. 4, Bl. 327; hier auch Bl. 328 eine hs. Notiz Schreibers v. 18.1 zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Der Beschluß des Staatsministeriums v. 8.7.1927 mit der Anordnung zur Sonntagsarbeit in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 690. Mit Bezug in der Anmerkung auf das Schreiben Brauns an den Reichsinnenminister v. 23.3.1927 vgl. die Besprechung der Reichsminister am 18.6.1927 in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, Juni 1927 bis Juni 1928, Boppard a. Rh. 1988, S. 794 f., Dok. Nr. 249. Höpker Aschoff vermerkte auf einer Ausarbeitung zur Staatsministerialsitzung am 3.6.1927 (auf der dann die Frage nicht behandelt wurde): Nach Rücksprache mit der Reichsregierung soll vorläufig kein Antrag gestellt werden (Rep. 151, HB Nr. 658, n. f.). Vgl. dennoch den Antrag Müller (Franken) u. Gen. v. 15.6.1927 in: StenBerRT, Bd. 416, Drucks. Nr. 3428. Zusammenfassend: Jasper, Gottward, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963, S. 232 f. Ohne Bezug auf die Diskussion in Preußen: Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland, S. 196–203.

Ministerpräsidenten mitzuteilen und binnen einer Woche zu beantworten.⁷ [B] — **7. Disziplinarsache.**⁸ [B] — **8. Acht Ernennungen.** [B] — **9. Wahl der Beisitzer der Oberprüfstelle für Schund- und Schmutzschriften.**⁹ [B] — **10. Einheitliche Auflösung des Fürst zu Hohenlohe-Öhringschen zwischenstaatlich gebundenen Vermögens. Beschlußfassung [...] vertagt.**¹⁰ [B] — **11. Landtag. Behandlung eines auf die Einsetzung regional bestimmter Ausschüsse und die Aufstellung von „Programmen“ für einzelne Landesteile gerichteten Urantrags**¹¹, gegen den Bedenken [...] bestehen. [B] — **(12a. Nochmals zum Reichsverwaltungsgericht. Im Reichsrat ist der Gesetzentwurf grundsätzlich abzulehnen.**¹² [B] — **12b. Nochmals zum Gesetzentwurf**¹³ über Beamtenvertretungen. *Bedingte Zustimmung, damit den Landesregierungen die Entscheidungsfreiheit über die Errichtung von Hauptbeamtenausschüssen erhalten bleibt.* [B])

⁷ Vgl. das *Votum Brauns* v. 13.12.1927 in: *Rep. 151, HB Nr. 22, Bl. 322*; hier auch eine Ausarbeitung von *OFinR Triebel für Höpker Aschoff zur Sitzung auf einem Auszug aus der Tagesordnung mit einem hs. Vermerk des Ministers zum Beratungsergebnis. Ferner Bl. 325 ein Rundschreiben Brauns* v. 9.3. zur Beschlußlage.

⁸ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. *Rep. 90, Annex F.*

⁹ Vgl. den *Votenwechsel, beginnend mit dem Schreiben Grzesinskis* v. 5.1.1927, in: *Rep. 77, Tit. 2772 Nr. 3b, Bl. 9–9v*; hier auch *Bl. 8–9 eine Ausarbeitung vom gleichen Tag für den Minister zur Sitzung.*

¹⁰ Vgl. die *Vorlage am Zehnhoffs* v. 14.1.1927 mit *Vertragsentwurf* in: *Rep. 90, Nr. 1596, n. f. In Rep. 76, IIa Sekt. 40 Gen. Nr. 5 Bd. 11, n. f., eine Referentennotiz* v. 17.1. zur Sitzung sowie der *hs. Vermerk von StS Lammers über die Vertagung. Ferner: Kuchinke, Kurt, Die deutsche Revolution von 1918 und ihre Folgen für das Privatfürstenrecht, in: Vom mittelalterlichen Recht zur neuzeitlichen Rechtswissenschaft. Bedingungen, Wege und Probleme der europäischen Rechtsgeschichte [Festschrift Winfried Trusen], hrsg. v. Norbert Brieskorn u. a., Paderborn u. a. 1994, S. 403–423.*

¹¹ *Heß u. Gen. betr. Westprogramm, in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 4517* v. 12.11.1926. *Votenwechsel sowie eine Ausarbeitung von MinR Conring* v. 13.1.1927 für *Braun zur Sitzung* in: *Rep. 90, Nr. 1125, n. f. Das Schreiben des Finanzministeriums* v. 24.1. an die Ressorts sowie *Unterbehörden zur Aufstellung einer Übersicht über die gesamten in den Rechnungsjahren 1924 bis 1926 für das besetzte und das Grenzgebiet aus preußischen planmäßigen Mitteln geleisteten Zahlungen* in: *Rep. 87, B Nr. 19350, Bl. 53–54v*; das *Zitat Bl. 53. In dieser Akte auch die Rückmeldungen aus dem Bereich des Landwirtschaftsministeriums.*

¹² *Der Entwurf war in der Sitzung am 18.3.1926, StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 82, § 176a, in die Ausschüsse verwiesen worden. Nach den Beschlüssen der 2. Lesung lag eine Fassung* v. 29.10.1926 (*Druck*) vor, in: *Rep. 151, I B Nr. 4492, n. f.*; hier auch die *Vorlage Höpker Aschoffs* v. 6.12. sowie weiteres Material. Eine Ausarbeitung von *MinR Reschke* v. 18.1.1927 für *Braun mit dem Vorschlag, die Frage* noch in der heutigen Staatsministerialsitzung zur Erörterung zu bringen, in: *Rep. 90, Nr. 385, n. f. Ein von Grzesinski mit Anschreiben* v. 31.1.1927 mitgeteilter *Aktenvermerk über die Sitzung der Reichsratsausschüsse am 21.1.* in: *Rep. 151, HB Nr. 606, n. f. – Ausweislich des Registers der Stenographischen Berichte zu den Reichsratsverhandlungen, StenBerReichsR, Jg. 1927, wurde die Vorlage im Plenum nicht beraten.*

¹³ *Ausweislich des Registers der Stenographischen Berichte zu den Reichsratsverhandlungen, StenBerReichsR, Jg. 1927 u. 1928, wurde der Entwurf im Plenum nicht beraten.*

Nr. 82 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 4–5*; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke sowie Teil-Urschrift von Renzi für TOP 1* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11, Bl. 31–32v, 35–35v; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Lammers [für Becker], Offermann [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Hog, Renzi, Hellich, Ganschow, Corsing [alle fünf zu 1],

¹ *Der Aktenvermerk Bl. 4v ist unklar, ob Abschriften an die Reichskanzlei gegeben wurden.*

Kirschmann, Faust, Nelz, Lwowsky, Klapper, F. Ernst, Landfried, Breuhahn, Conring, Albersmann, Wittelshöfer, Sondag [alle zwölf zu 2].

1. Grund- und Gebäudesteuer. *Bedingte Zustimmung zum Gesetzentwurf², der nach Begutachtung durch den Staatsrat dem Landtag einzureichen ist. Einzelheiten.* [B] — **2.** Saargebiet. *Wegen der Beunruhigung bei den aus dem Dienste der Regierungskommission des Saargebiets beurlaubten preußischen unmittelbaren Staatsbeamten soll das Reich mit einer Abordnung [...] aus allen Kreisen der Saarbevölkerung [...] unter Beteiligung der Länder verhandeln und geeignete Maßnahmen zur Beruhigung der Arbeitnehmerkreise [...] ergreifen.*³ [B]

² *Vom 14.1.1927, in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 5, n. f.; hier auch das Votum Steigers v. 15.1. sowie sein hs. Vermerk v. 19.1. zum Ergebnis der Sitzung. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 10 v. 20.1.1927.*

³ *Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 15.1.1927 sowie Voten in: Rep. 120, A III 1 Nr. 52a Bd. 2, n. f. Mit weiterführenden Anmerkungen ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 5.5.1927, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 709 f., Dok. Nr. 226.*

Nr. 83 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Januar 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 11–13; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 39–40v; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Lammers [für Becker], Offermann, Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Landfried [zu 1 und 5], Conring [zu 1], Faust [zu 1 und 5], Vollbach [zu 2], Reschke [zu 2 und 4], Hillebrandt [zu 4], v. Leyden, Klapper, F. Ernst.

1. Saargebiet. *Angesichts der möglichen Rückkehr des Saargebiets kommt nur ein gleichzeitiger, nicht vorfristiger Rückkauf der in dem preußischen Teil [...] gelegenen Steinkohlengruben ohne Beteiligung fremden, [...] ausländischen oder inländischen Kapitals in Frage, um den alleinigen Besitz des Preußischen Staates zu garantieren. Das Reich ist zu Rückkauf und Übergabe in natura in betriebsfähigem Zustande nebst einer angemessenen Entschädigung verpflichtet.*³ [B] — **2.** *Amtsbezeichnungen.*⁴ [B] — **3.** *24 Hinausschiebungen der Altersgrenze.* [B] — **4.** *Nochmals zur einheitlichen Auflösung des Fürst zu Hohenlohe-Öhringschen zwischenstaatlich gebundenen Vermögens. Die Beschlußfassung wird erneut unter Ansetzung kommissarischer Beratungen ausgesetzt.*⁵ [B] — **(5.** *Nochmals zur Fürsorge für die Saarbeamten.* [B])

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 13 wurden von den TOP 1–2 und 4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4 sowie Vorlagen zu TOP 2.*

³ *Vgl. mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 107.*

⁴ *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 10.1.1927 in: Rep. 84a, Nr. 5185, Bl. 1–6; hier auch Voten.*

⁵ *Vgl. das Protokoll der Beratung am 7.2.1927 als Anlage zum Schreiben am Zehnhoffs v. 10.2.1927 in: Rep. 76, IIa Sekt. 40 Gen. Nr. 5 Bd. 11, n. f.*

Nr. 84 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Februar 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 14–16v; MF 1041. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11, Bl. 52–54; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Grzesinski, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Conring [U].

Weitere Teilnehmer: Conze [für Hirtsiefer], Nobis, Frick, Badt, Goslar, Abegg, Wende, Jaeckel, Retzlaff [alle drei zu 2], Kühne [zu 2–3], Günther [zu 2], v. Leyden [zu 2–3 und 9], du Mesnil [zu 2–3], König [zu 2, 5 und 8], Richter II [zu 2], Conring [zu 2–3], Schellberg, Landé, Haslinde [alle drei zu 3], Reschke [zu 5 und 8–9], Strunden [zu 7], Hog, Backhaus, Brand, Bachmann [alle vier zu 8].

([1.] Die finanziellen Auswirkungen des [...] Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Beschlußfassung soll im Reichsrat vertagt und eine Erklärung der Reichsregierung über Mehrkostenerstattung an die Länder und Gemeinden herbeigeführt werden.² [B]) — [2.] Beamtenbesoldung. Der Gesetzentwurf³ zum Volksschullehrer-Diensteinkommen wird bis zu der dringenden allgemeinen Reform zurückgestellt. [B] — [3.] Nochmals zur Beibehaltung der Erleichterungen auf dem Gebiete des höheren Schulwesens im besetzten und besetzt gewesenen Gebiete. Verlängerung für ein weiteres Jahr. [B] — [4.] Preußisches Arbeitsbeschaffungsprogramm; abgesetzt. — [5.] Beamtenpolitik. Keine einheitliche Regelung für Anerkennungsschreiben bei Dienstjubiläen sowohl in Preußen als auch im Reich.⁴ [B] — [6.] Vier Ernennungen, eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand sowie eine Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — [7.] Einladung des Norddeutschen Lloyd zu einer Amerikareise. [B] — [8.] Staatsministerium und Landtag. Etwaige Meinungsverschiedenheiten sind im Staatsministerium zu klären, und der beschlossene Haushaltsplan ist von jedem Minister auch gegenüber Änderungsanträgen der Parteien im Landtag zu vertreten.⁵ [B] — ([9.] Nochmals zum Entwurf eines Grund- und Gebäudesteuergesetzes. Vorlage an den Landtag ohne Übernahme der Änderungsvorschläge des Staatsrats.⁶ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 14v wurden von den TOP 1–4 und 6–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. das vom Reichstag beschlossene Gesetz in: StenBerRT, Bd. 413, Drucks. Nr. 2926 v. 24.1.1927. Im Reichsrat am 9.2.1927 zusammen mit einer EntschlieÙung zur Kostenübernahme durch das Reich angenommen; vgl. StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 27, § 78.

³ Vom 8.12.1926, in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 28 Bd. 4, n. f.; hier auch eine Referentenausarbeitung v. 13.12. für Grzesinski zur Sitzung sowie Voten. Vgl. ferner den von Becker vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Volksschullehrer-Diensteinkommengesetzes vom 17. Dezember 1920/1. Januar 1925 in: Rep. 84a, Nr. 10943, Bl. 100–113v; hier auch Voten und weiteres Material.

⁴ Vgl. die Anfrage des Reichsinnenministers v. 12.7.1926 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 283, Bl. 4–4v; hier auch Bl. 19 die Information Brauns v. 28.1.1927, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, sowie Voten und Bl. 21 schließlich das Antwortschreiben v. 17.2. Eine Referentennotiz für Becker zur Sitzung in: BArch, R 4901, Nr. 319, Bl. 207–207v.

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 28.1.1927 in: Rep. 120, CB I Nr. 2a Bd. 2, Bl. 228–229; hier auch Bl. 230 eine hs. Notiz Schreibers zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Ein allen Ministerialabteilungen zugeleiteter Runderlaß des Kultusministeriums v. 18.2. mit dem Wortlaut des Beschlusses in: Rep. 76, I Sekt. 2, Nr. 3, Bl. 208.

⁶ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 3.2.1927 mit einer Stellungnahme zu den Änderungswünschen des Staatsrates in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 5, n. f.; hier auch ein hs. Vermerk Schreibers zum Beratungsergebnis. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 5358 v. 17.2.1927 mit dem Gutachten des Staatsrates.

Nr. 85 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Februar 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 17–18; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 58–59v; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Krohne [für Hirtsiefer], Lammers [für Becker], Löhrs [für Grzesinski], Offermann [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Beyer, Grosser, Scheche, Strunden, Albrecht [alle fünf zu 1], Richter II, Conring [beide zu 2], Backhaus, Fritzsche [beide zu 4], Gürich, Schnitzler, Landfried [alle drei zu 5].

1. Nochmals zum Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Kein Einspruch im Reichsrat.³ [B] — 2. Schulen. Keine Zustimmung zum Gesetzentwurf⁴ zur Änderung des Reichsgesetzes betr. die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen. Einzelheiten. [B] — 3. Ernennung. [B] — 4. Staatshaushalt. Mittel des Reisekostenfonds.⁵ [B] — (5. Nochmals zur Aufstellung von „Programmen“⁶ für einzelne Landesteile, die bedenklich sind. Die Verwendung des noch verbliebenen Rests aus dem Westprogramm. Grundsätze zur Mittelbereitstellung und Zahlungen des Reichs.⁷ B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 17v wurden von den TOP 1–2 und 4–5 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4–5.

³ In der Sitzung am 9.2.1927 wurde das vom Reichstag verabschiedeten Gesetz zur Kenntnis genommen und in einer Entschließung das Reich zur Übernahme der Mehrkosten der Länder aufgefordert; vgl. StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 27, § 76. Vgl. eine hs. Notiz Schreibers v. 8.2.1928 zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, BB V Nr. 65 Bd. 5, Bl. 8.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber die vom Reichstag beschlossene Fassung als Anlage zum Ausschußbericht v. 22.1.1927 in: StenBerRT, Bd. 413, Drucks. Nr. 2923. In der Sitzung des Reichsrats am 17.2.1927 wurde von dem Gesetz ohne Einspruch Kenntnis genommen; StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 30, § 88. Zur Einordnung vgl. Führ, Christoph, Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulausschuß (1919–1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924–1933). Darstellung und Quellen, Weinheim, 2. Aufl. 1972, S. 57.

⁵ Vgl. das Schreiben Steigers v. 5.2.1927 in: Rep. 84a, Nr. 7200, Bl. 229–230. – Vorangegangenes vgl. Sitzung am 13.12.1926, TOP 5.

⁶ Nachträglich in Anführungszeichen (Bl. 17v).

⁷ Vgl. Schriftwechsel der Ressorts und mit der Reichsregierung sowie eine Ausarbeitung von MinR Conring v. 2.2.1927 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1125, n. f. Anlaß war der Urantrag Heß u. Gen. (Zentrum) v. 12.11.1926, ein sog. Westprogramm aufzustellen, in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 4517.

Nr. 86 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 19–21v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 88–90v; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 19v wurden von den TOP 1–6 und 8–10 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–5 sowie die Vorlage zu TOP 9.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Grzesinski, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Offermann [RK], Weismann, Frick, Sachs, Goslar, Ramm, Abegg, Lammers, Richter II [zu 2], v. Leyden [zu 2–4 und 8], Conring [zu 2], Scholtz, Sandrock, Niermann, Kasper, Strunden [alle fünf zu 3], Landfried [zu 3 und 9], Scheche [zu 4 und 8], Hellich [zu 4 und 8], Frielinghaus [zu 4], Reschke [zu 4–6 und 8–9], Hog [zu 4], Surén [zu 4 und 8], K. Meyer [zu 5], Wittelshofer [zu 5 und 8], Klausener, van den Bergh [zu 9].

(1. Staatsministerium. Teilnahme an einer Trauerfeier sowie an den Beethoven-Ehrungen³ in Bonn und Wien. [B]) — 2. Nochmals zum Gesetzentwurf zur Änderung des Reichsgesetzes betr. die Grundschulen⁴ und Aufhebung der Vorschulen. Keine Beantragung oder Unterstützung eines Einspruchs im Reichsrat. [B] — 3. Arbeitsbeschaffungsprogramm. Zum Reichsprogramm sind nur Ergänzungsvorschläge zu Reichsbahnbauten zu machen. Für Preußen sollen außerhalb des Rahmens der produktiven Erwerbslosenfürsorge Arbeiten vorbereitet werden, die bei Verschlechterung der Arbeitsmarktlage unverzüglich begonnen werden können.⁵ [B] — 4. Kraftfahrzeugsteuer. Zustimmung zum Zuschlag [...] für [...] 1927 und Beantragung ihrer Verwendung auch zu Zwecken der öffentlichen Brückenunterhaltung bei Aufhebung der sog. Brückengelder.⁶ [B] — 5. Aufwertung von Renten. Gegenüber dem Antrag⁷ Müller (Franken) u. Gen., der sich auf die Ansprüche der früheren Landes- und Standesherrn beschränkt, soll dem Reichsinnenminister ein weitergehender Gegenvorschlag übersandt werden. Einzelheiten. [B] — 6. Staatsoper in Berlin. Bericht zum Umbau. — 7. Vier Ernennungen. [B] — 8. Gesetz zur Änderung des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz i. d. F. v. 5.5.1926. Vor der Einbringung im Landtag ist der Entwurf⁸ vom Staatsrat zu begutachten. [B] — 9. Polizeibeamtengesetz. Vor der Einbringung im Landtag ist der Entwurf⁹ vom Staatsrat zu begutachten. [B] — ([10.] Nochmals zum Finanzausgleich für Randgemeinden und -Kreise sowie zur Neuregelung der kommunalen

³ Vgl. die Bonner Einladung v. 12.2.1927 in: Rep. 90, Nr. 351, n. f. Die Vorlage Beckers v. 5.2.1927 in: Rep. 90, Nr. 337, n. f. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts mit Ministerbesprechung am 23.2.1927 in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 549, Dok. Nr. 188.

⁴ Irrtümlich: Grundschule (Bl. 19v).

⁵ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 10.1.1927 in: Rep. 90, Nr. 115, n. f.; hier auch Voten sowie Ausarbeitungen der MinR Conring und Strunden für Braun zur Sitzung. Ferner die Denkschrift über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung v. 19.1.1927 in: StenBerRT, Bd. 413, Drucks. Nr. 2921.

⁶ Vgl. den als Drucks. Nr. 9 v. 7.2.1927 vorliegenden Verordnungsentwurf, der in der Reichsratssitzung am 17.2.1927 in die Ausschüsse überwiesen und noch in der gleichen Sitzung unter Abgabe einer EntschlieÙung zum Brückengeld beschlossen wurde; StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 30, § 87c, sowie S. 32, § 94. Eine hs. Notiz Schreibers v. 15.2.1927 zum Ergebnis der Staatsministerialsitzung auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, C V Nr. 79 Bd. 5, n. f.

⁷ StenBerRT, Bd. 411, Drucks. Nr. 2755 v. 2.12.1926. Vgl. das Schreiben von Reichsinnenminister Külz v. 30.12.1926 in: Rep. 90, Nr. 38, Bl. 170–170v; hier auch Bl. 180–181 eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 14.2. für Braun zur Sitzung. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 16.2.1927, TOP 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 548, Dok. Nr. 187.

⁸ Vom 12.2.1927, in: Rep. 151, II Nr. 1292, Bl. 268–289; hier auch Bl. 290–291 eine Ausarbeitung von FinR Scheche v. 15.2. für Höpker Aschoff zur Sitzung, verschiedene Entwurfsfassungen sowie Voten. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 45 v. 15.2.1927, zu Nr. 45 sowie zu Nr. 45 A; beraten in der Sitzung am 24.2.1927, ebd., Sp. 109–120. Im Landtag beraten als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 5951–5955 v. 19.3.1927.

⁹ Vom 27.1.1927; dem Staatsministerium mit Anschreiben Grzesinskis v. 7.2. vorgelegt, in: Rep. 120, A I I Nr. 40 Bd. 5, n. f. Dem Staatsrat zugeleitet als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 50 v. 15.2.1927. Im Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 6217; hier auch das Gutachten des Staatsrats. Eine Referentennotiz v. 15.2.1927 für Höpker Aschoff zur Sitzung sowie dessen hs. Vermerk über die Annahme des Entwurfs in: Rep. 151, I C Nr. 1710, n. f. Ferner: Leßmann, Schutzpolizei, S. 133 f.

Grenzen im [...] Untereifelgebiet. Die Gesetzentwürfe¹⁰ sind ohne Stellungnahme zu den gutachterlichen Äußerungen des Staatsrats an den Landtag zu geben. [B])

¹⁰ Vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 5334 u. 5335 v. 15.2.1927, jeweils mit den Gutachten des Staatsrats.

Nr. 87 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Februar 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 22–24; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 117–120; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Pünder [RK], Weismann, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Ramm, Krücke, v. Both [beide zu 1], Reschke [zu 1 und 3], Werner Richter [zu 3], Bank, Gatermann, Strunden, Ullrich [alle vier zu 2].

1. Nochmals zur Auflösung des Fürst zu Hohenlohe-Öhringschen zwischenstaatlich gebundenen Vermögens. Zustimmung zum Vertragsentwurf³ mit Thüringen. Einzelheiten. [B] — 2. Staatshaushalt für 1927. Einzelheiten zur parlamentarischen Beratung des Haushalts der Gestütverwaltung.⁴ [B] — 3. Hinausschiebungen der Altersgrenze in 24 Fällen und eine Ernennung. [B] — (4a. Wohnungspolitik. Zur Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft soll beim Reich die Einführung obligatorischer Schiedsstellen angeregt und Mietwucher durch die Strafverfolgungsbehörden [...] besonders verfolgt werden.⁵ [B] — 4b. Tannenberg-Nationaldenkmal. Keine Unterstützung eines Sammlungsaufrufs durch das Staatsministerium.⁶ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 22v wurden von den TOP 1–2 und 4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2.

³ Vgl. zum Redaktionsstand des Entwurfs v. 14.1.1927 die Referentennotiz v. 21.2.1927 für Becker zur Sitzung in: Rep. 76, IIa Sekt. 40 Gen. Nr. 5 Bd. 11, n. f. – Die Vereinbarung v. 22./25.2.1927 wurde veröffentlicht als Anlage zur Verordnung v. 19.3.1927, GS, S. 34.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 21.2.1927 in: Rep. 84a, Nr. 6818, Bl. 174–177. Die am 6.4.1927 beginnende Plenardebatte in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Sp. 19153 ff.

⁵ Vgl. eine Aktennotiz über eine kommissarische Besprechung im Reichsarbeitsministerium am 10.3.1927 in: Rep. 84a, Nr. 5826, Bl. 377–378v.

⁶ Vgl. eine Aktennotiz des Hauptbüros des Staatsministeriums v. 22.2.1927 sowie das Schreiben Brauns v. 1.3.1927 an den Reichskanzler in: Rep. 90, Nr. 351, n. f.

Nr. 88 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 25–27v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 134–136v; MF 1041. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11, Bl. 137–139v; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 25v wurden von den TOP 1–2 und 4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 3–6 und Vorlagen zu TOP 6.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Grzesinski, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber [zeitweise]. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Schreiber], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Klapper, Lwowski, Warncke, Grosser [alle vier zu 1], MinR Simon, Albersmann, Bothe [alle drei zu 3], Reschke [zu 3–4 und 6], v. Leyden [zu 4 und 6], Sandrock, Schubart, Pfeiffer [alle drei zu 5], Hog, Gossel, Bansi [alle drei zu 6].

(1. Saargebiet. Stellungnahme für die [...] Beratung mit dem Reichskabinett über die Betreuung der Saararbeiterschaft.³) — 2. Neun Ernennungen, eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand sowie Hinausschiebung der Altersgrenze in zwei Fällen. [B] — 3. Entwurf⁴ eines Reichsgesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung. Anträge im Reichsrat zur Ausdehnung der Lohnzuschläge auf alle Fälle von Mehrarbeit sowie zu Gunsten aller Arbeitnehmer. [B] — 4. Verlegung des Landratsamtes des neugebildeten Landkreises Beuthen-Tarnowitz von Beuthen nach Hindenburg.⁵ [B] — 5. Arbeitsbeschaffung. Sofortige Inangriffnahme von erst für das Rechnungsjahr 1927 geplanten baulichen Unterhaltungsmaßnahmen an Staatsgebäuden.⁶ [B] — 6. Entschädigung Preußens durch das Reich für seine Vermögensverluste aus Anlaß des Friedensvertrages. Zustimmung zur Biersteuerentschädigung an Bayern, Württemberg und Baden unter Vorbehalt ähnlicher Aufwertungsansprüche und Entschädigungsforderungen Preußens. Einzelheiten.⁷ [B]

³ Ein Entwurf zur Stellungnahme konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden. Vgl. aber die Sitzung des Reichskabinetts am 2.3.1927, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 560, Dok. Nr. 191.

⁴ StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 17 v. 22.2.1927. Vgl. ferner das Schreiben Schreibers v. 4.3.1927 mit dem Wortlaut des preußischen Antrages in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 24 Bd. 10, Bl. 119–121; hier auch Bl. 122–122v die Drucksache der Reichsratsausschüsse v. 7.3. sowie weiteres Material.

⁵ Vgl. die Große Anfrage Nr. 177 Straube u. Gen. (DNVP) in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 5363. Zusammenfassend: Neubach, Helmut, Die Verwaltung Schlesiens zwischen 1848 bis 1945, in: Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung, hrsg. Gerd Heinrich, Friedrich-Wilhelm Henning, Kurt G. A. Jeserich, Stuttgart, Berlin, Köln 1992, S. 912 f.

⁶ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 22.2.1927 in: Rep. 90, Nr. 1152, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinVerwDir. Pfeiffer v. 1.3.1927 für Braun zur Sitzung.

⁷ Vgl. das Schreiben Brauns an Höpker Aschoff v. 18.2.1927 sowie dessen Vorlage v. 28.2. in: Rep. 120, A XIV Nr. 3b Bd. 3, n. f. Ferner die Niederschrift von StS Pünder über eine Besprechung zu den zwischen dem Reich und Preußen bestehenden Streitpunkten in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 564 f., Dok. Nr. 192; hier auch S. 573–577, Dok. Nr. 194, das Schreiben Brauns v. 4.3.1927 an den Reichskanzler. Dieses ebenfalls in: Rep. 84a, Nr. 9175, Bl. 296–303. Zusammenfassend Schulze, H., Otto Braun, S. 518–522.

Sitzung des Reichskabinetts am 2. März 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 560–563, Dok. Nr. 191.

Anwesend: für Preußen Grzesinski.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Grosser, Kirschmann, Haslinde, Faust.

1. Betreuungsaktion für die Saararbeiterschaft. — 2. Aufwertungsfragen. — 3. Ernennung eines Reichskommissars für die internationale Presseausstellung in Köln 1928. — (4. Beethoven-Feier.)

Nr. 89 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 28–29; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 171; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber [zu 1], Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Dönhoff [für Schreiber zu 2–4], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Conze, Lehmann, Bergbohm, Frielinghaus, Albrecht (LandMinm.), Surén, v. Heusinger [alle sechs zu 3], Strunden [zu 2 und 4], Hog [zu 2], Kerstiens, Pokrantz, Vollbach, Warncke [alle vier zu 4].

(1. Staatsministerium. Amtswechsel in der Leitung des Justizministeriums von am Zehnhoff zu Schmidt.³) — 2. Wohnungswesen. Entwurf⁴ einer Verordnung über Festsetzung einer Mindesthöhe der gesetzlichen Miete. Zustimmung im Reichsrat. [B] — 3. Vier Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — 4. Entwurf⁵ eines Schankstättengesetzes. Notwendigkeit kommissarischer Verhandlungen und Aussetzung der Beschlußfassung.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 28v wurden von den TOP 1–2 und 4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2 und 4 sowie die Vorlage zu TOP 2.

³ Vgl. das Rundschreiben Brauns v. 5.3.1927 an alle Minister in: Rep. 120, CBI Nr. 2a Bd. 2, Bl. 234; hier auch Bl. 235 sein Dankschreiben an den Verabschiedeten vom gleichen Tag. Zu Spekulationen in der Öffentlichkeit vgl. Presseauschnitte von Anfang März 1927 in: Rep. 84a, Nr. 3997.

⁴ StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 19 v. 24.2.1927; angenommen in der Sitzung am 10.3.1927, ebd., S. 44, § 125. Der Antrag Hirtsiefers v. 1.3.1927, die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Staatsministeriums zu setzen, in: Rep. 84a, Nr. 5826, Bl. 358–358v; hier auch Voten. Mit Bezug auf das Protokoll: Aders, Die Utopie vom Staat, S. 102.

⁵ Vom 22.11.1926, in: StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 193. Voten Schreibers v. 14.2. sowie 7.3.1927 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 44 Adhib. 2, n. f.

Nr. 90 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 15. März 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 30–32v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 187–190v; ebd., Bl. 196 Urschrift von anderer Hand zum Beschluß von TOP 4; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Becker [zu 2–8], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Offermann [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Abegg, Schütze [zu 2–3], Bansi [zu 2–3 und 7], Scheche [zu 2], Reschke [zu 2 und 5], Drews [zu 2], Graubner, Conring [beide zu 3], Thalau [zu 4], Corsing [zu 1, 4 und 6], Kuhnt [zu 4], Backhaus,

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 32v wurden von den TOP 2–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–5 sowie Vorlagen zu TOP 7.

König [beide zu 5], v. Leyden [zu 5 und 7], Sattelmacher, Werner Richter, Klingelhöfer [alle drei zu 6], Hog, Hellich [beide zu 7], Kerstiens, Pokrantz, Warncke, Schäfer [alle vier zu 1].

1. *Nochmals zum Entwurf³ eines Schankstättengesetzes. Bedingte Zustimmung im Reichsrat. Einzelheiten.* [B] — 2. *Nochmals zum geplanten Reichsverwaltungsgericht. Braun soll zusammen mit dem Präsidenten des Preußischen Oberverwaltungsgerichts Drews mit der Reichsregierung die Zurückziehung des vorliegenden Gesetzentwurfs mit dem geplanten Übergang des OVG auf das Reich [...] unter Betonung des hiermit von Preußen zu bringenden Opfers erörtern.*⁴ [B] — 3. *Waldeck und Preußen. Künftige Gestaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses. In kommenden informatorischen Besprechungen sollen keine Vorschläge gemacht werden. Es kann aber für eine kurze⁵ Übergangszeit eine vertragliche Regelung vereinbart werden mit einer Option auf einen Anschluß⁶ Waldecks. Andernfalls kommt es zu einem vertragslosen Zustand.*⁷ [B] — 4. *Ausbau des amtlichen preußischen Pressedienstes. Billigung der Grundsätze und Leitgedanken. Notwendigkeit der Besprechung der Pressestelle mit den Pressereferenten der Ministerien.*⁸ [B] — 5. *Amtsbezeichnung der Landwirtschaftskammerbeamten.*⁹ [B] — 6. *Disziplinarsache.*¹⁰ — 7. *Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern. Bericht zum Stand der Verhandlungen.*¹¹ — 8. *Personalvorschläge sowie eine weitere Frage werden in geheimer Besprechung der [...] Staatsminister erörtert, worüber eine besondere Niederschrift gefertigt wird.*

³ *StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 193 v. 22.11.1926; beraten in der Sitzung am 5.5.1927, ebd., S. 147 f., § 263 – die beschlossene Fassung S. 149–153.*

⁴ *Vgl. das Schreiben von StS Weismann an den StS in der Reichskanzlei Pünder v. 28.5.1927 in: Rep. 90, Nr. 385, n. f. Ferner die Niederschrift Pünders v. 2.3.1927 über eine Besprechung zu den zwischen dem Reich und Preußen bestehenden Streitpunkten in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 568, Dok. Nr. 192. Der Antrag Grzesinskis v. 23.2.1927, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, sowie eine Ausarbeitung von ORegR Scheche v. 14.3. für Höpker Aschoff auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 151, HB Nr. 606, n. f.*

⁵ *Hs. ergänzt (Bl. 31).*

⁶ *Geändert aus der spätere Anschluß (Bl. 31).*

⁷ *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 2.3.1927 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 83, Bd. 6, n. f. Ferner Schulze, H., Otto Braun, S. 598.*

⁸ *Vgl. das Schreiben des Leiters der Pressestelle v. 17.2.1927 zur Schaffung einer neuen Beilage zum Amtlichen Preußischen Pressedienst in: Rep. 90, Nr. 2415, Bl. 405–406; hier auch Bl. 410–410v eine Ausarbeitung von MinR Strunden v. 5.3. für Braun zur Sitzung. Eine hs. Notiz Schreibers v. 15.3. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, CB I Nr. 26 Bd. 4, n. f. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 37; Lau, Matthias, Pressepolitik als Chance. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern der Weimarer Republik, Stuttgart 2003, S. 144.*

⁹ *Vgl. die Vorlage Steigers v. 3.11.1926 in: Rep. 84a, Nr. 5185, Bl. 18–21; hier auch Voten. Die Ankündigung Brauns v. 15.2.1927, die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, sowie der Wortlaut eines Beschlusentwurfes in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Bd. 10, Bl. 179–180; hier auch Bl. 182–183 eine Ausarbeitung von MinR Schütze v. 10.3. zur Sitzung.*

¹⁰ *Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F. Ferner eine hs. Notiz Höpker Aschoffs auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis im Fall des Greifswalder Universitätsprofessors Th. Vahlen wegen politischer Betätigung im Sinne der Nationalsozialistischen Freiheitspartei in: Rep. 151, I B Nr. 4352, n. f.; hier auch Sachdarstellung und Gutachten v. 6.12.1926 im Disziplinarverfahren. Vgl. Universität Greifswald. 525 Jahre, Berlin 1982, S. 36. Ferner allgemein Heiber, Helmut, Universität unterm Hakenkreuz, T. 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München u. a. 1991, S. 49.*

¹¹ *Vgl. den Entwurf eines Gesetzes zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden v. 16.12.1926 in: StenBerRT, Bd. 413, Drucks. Nr. 2883, sowie dazu die parlamentarischen Anträge.*

Nr. 91 (2.) Geheime Besprechung der Staatsminister am 15. März 1927.

Vollz. Reinschr., Bd. 176, Bl. 33–33v; MF 1041. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: [Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt]. — Prot.: Weismann [U].

1. Fünf Ernennungen. [B] — **(2. Nochmals zur Beethoven-Feier in Wien. Teilnahme Hirtsiefers anstelle des verhinderten Becker.**¹ [B])

¹ Vgl. die Information Beckers v. 14.3.1927 betr. Nichtteilnahme in: Rep. 90, Nr. 337, n. f.; hier auch weiteres Material. Ferner Becker, Carl Heinrich, Zu Beethovens hundertstem Todestag. Rede, gehalten in Bonn am 22. Mai 1927, Leipzig 1927.

Nr. 92 Sitzung des Staatsministeriums am 22. März 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 37–38v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 224–227; MF 1042. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, Sommer, Mussehl [beide zu 4], Strunden [zu 1 und 4–5], Schulze, Gerlach, Conring [alle drei zu 2], Niermann, Bank [beide zu 4], Flatow, Graubner, Albrecht [alle drei zu 5], Schäfer, Krücke, Lippmann (FinMinm.), Corsing [alle vier zu 6].

1. Entwurf einer Verordnung über Zolländerungen. Keine Zustimmung im Reichsrat.³ [B] — **2. Beteiligung [...]** bei dem Besuch des Reichspräsidenten in [...] Schleswig-Holstein gelegentlich der Verkehrseröffnung über den Bahndamm nach [...] Sylt. [B] — **3. Fünf Ernennungen.** [B] — **4. Wasserbau. Zustimmung zum Entwurf**⁴ eines Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen, der vor der Einbringung in den Landtag vom Staatsrat zu begutachten ist. [B] — **5. Sozialpolitik. Beteiligung an der Hilfe der Reichsregierung [...]** für die Werkpensionskasse der Firma Krupp.⁵ [B] — **6. Strafrechtsreform. Stellungnahme zum Entwurf**⁶ eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs im Reichsrat. [B] —

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 37v wurden von den TOP 1–2 und 4–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4–6 sowie Vorlagen zu TOP 6.

³ Vgl. die Vorlage des Reichsministers der Finanzen v. 4.3.1927 in: Rep. 120, C VII 1 Nr. 41 N, n. f.; hier auch der Entwurf des Votums Schreibers v. 18.3. Die Vorlage wurde nicht in die Drucksachen des Reichsrats StenBerReichsR, Jg. 1927, aufgenommen, sondern gleich in der Sitzung am 24.3.1927, ebd., S. 60, § 168, beraten; hier auch die beschlossene Fassung. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 17.6.1927, TOP 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 790–793, Dok. Nr. 248.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Die beschlossene Fassung wurde dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 6051 v. 25.3.1927 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen hatte.

⁵ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 21.3.1927 in: Rep. 120, A XII 2 Nr. 199 Bd. 2, Bl. 104–105; hier auch weiteres Material einschl. Schriftwechsel mit Reichsressorts.

⁶ StenBerReichsR, Jg. 1924, Drucks. Nr. 174 v. 17.11.1924; beraten in der Sitzung am 5.4.1927, ebd., S. 74–76, § 203 – hier auch eine vorläufige Stellungnahme der Reichsregierung zu den preußischen Anträgen. Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 21.3.1927 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 46 Adhib. b Bd. 6, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 22.3. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Reichsratsanträge nicht nur Preußens sowie Protokolle der Ausschußsitzungen und weiteres Material in: Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozeßrechts, I. Abt., Bd. 2: Beratungen des Entwurfs eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs von 1924/25 im Reichsrat (1926/27), hrsg. v. Werner Schubert u. Jürgen Regge, Berlin, New York 1998. Vgl. ferner Schubert, Einleitung, ebd., Bd. 1: Entwürfe zu

(7. Reichshaushalt 1927. Ablehnung von hauptamtlichen Stellen für die Oberprüfstelle und die Prüfstellen für Schriften im Reichshaushalt für [...] 1927 bei der Beratung der Ergänzung⁷ zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für [...] 1927 im Reichsrat. Keine Einwände gegen neue Stellen bei den Landesfinanzämtern. [B])

_____ einem Strafgesetzbuch (1919, 1922, 1924/25 und 1927), hrsg. v. W. Schubert, Berlin, New York 1995, S. XVIII–XXI. Grundsätzlich: Kern, Geschichte des Gerichtsverfassungsrechts, S. 168 f.

⁷ Vgl. die mit Anschreiben v. 4.3.1927 vom Reichsfinanzminister übersandten Drucke und Metallogramme für die Beratung im Reichskabinett in: Rep. 90, Nr. 1408, n. f. Ferner die gedruckte Begründung für die Anforderung neuer Beamtenstellen im Bereich der Steuerverwaltung für das Rechnungsjahr 1927, Vorlage für die Ausschusssitzung am 23.3.1927, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 57 Bd. 9, n. f.

Nr. 93 Sitzung des Staatsministeriums am 29. März 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 39–40v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 11², Bl. 244–246; MF 1042. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f. (zwei Exemplare).

Anwesend: Braun [V], Grzesinski, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Goslar, MinR Simon, Albersmann [beide zu 1], Corsing [zu 1 und 3], Herrnstadt [zu 1], Krüche, Reichau, Lippmann (LandMinm.) [alle drei zu 3].

1. Nochmals zum Entwurf eines Reichsgesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung. Bedingte Zustimmung im Reichsrat. Einzelheiten.³ [B] — 2. Acht Ernennungen. [B] — 3. Strafrechtsreform. Nochmals zum Entwurf eines Allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches. Einzelheiten.⁴ [B] — (4a. Reichshaushalt 1927. Zustimmung im Reichsrat zum Gesetzentwurf⁵ über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts. [B] — 4b. Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Zustimmung im Reichsrat zum Entwurf⁶ des Übergangsgesetzes. [B] — 4c. Reichshaushalt 1927. Nochmals zum Stimmverhalten im Reichsrat bei der Entschädigung aus der Biersteuer⁷, beim Stellenplan sowie bei der Beamtenbesoldung. [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 40v wurden von den TOP 1 und 3–4c Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1 und 3 sowie Vorlagen zu TOP 1.

³ Angenommen in der Sitzung am 31.3.1927; StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 67 f., § 197; hier auch die beschlossene Fassung. Mit Bezug auf das Protokoll: Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 550.

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 26.3.1927 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 46 Adhib. b Bd. 6, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 29.3. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis.

⁵ Vgl. StenBerRT, Bd. 414, Drucks. Nr. 3200 v. 28.3.1927. In der Reichsratssitzung am 31.3.1927, StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 66, § 193b, ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

⁶ In der Reichsratssitzung am 7.4.1927, StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 81–84, § 214a, angenommen.

⁷ In der Reichsratssitzung am 7.4.1927, StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 81–84, § 214b, gegen den Einspruch u. a. Preußens angenommen. Weismann stellte dabei eine Anrufung des Staatsgerichtshofs in Aussicht. Die Klageschrift v. 12.5.1927 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 252 Beiakten 2D, Bl. 30–35.

Nr. 94 Sitzung des Staatsministeriums am 5. April 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 176, Bl. 41–42v; MF 1042. — *Abschr.:* GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — *Prot.:* Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Frick, Sachs, Badt, Scherek, Ramm, v. Heusinger, Frielinghaus, Albrecht [alle drei zu 2], Strunden [zu 2 und 5], Hog, Conze, Pauly [alle drei zu 2], Fritzsche [zu 6], Sommer, Schalfjew, Mussehl [alle drei zu 5], Klamroth, Bansi, Conring [alle drei zu 1].

1. *Kommunale Selbstverwaltung. Auflösung der Gemeindevertretung von Elmenhorst.*² [B] — 2. *Nochmals zur Deutschen Bau- und Bodenbank. Bedingte Zustimmung zum Gesetzentwurf*³ der Reichsregierung. [B] — 3. *Ernennung.* [B] — 4. *Kirchensteuer. Zustimmung zur Umlage auf die Reichseinkommenssteuer für [...] 1927 seitens der Berliner Stadtsynode.*⁴ [B] — 5. *Deutsch-französischer Handelsvertrag. Zustimmung zum Provisorium im Reichsrat.*⁵ [B] — 6. *Ernennung.* [B] — (7. *Staatsministerium. Notwendigkeit der Geheimhaltung über die Beratungen.* — 8. *Monarchie. Information über die Zurückweisung eines Schreibens*⁶ des ehemaligen Kronprinzen [...] mit der Aufschrift „Kronprinzliche Verwaltung“ wegen der unbefugten Führung⁷ des kronprinzlichen Titels.)

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 41 wurden von den TOP 2, 5 und 8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben. Vgl. ferner Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4–6 sowie Vorlagen zu den TOP 2 und 4 in: Rep. 90, Annex L Nr. 12.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; ein Gesetz wurde ausweislich der Register zum Reichsgesetzblatt, Jg. 1927 u. 1928, nicht erlassen.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber den Aktenvermerk v. 3.5.1927 über die in der Sitzung gewünschte Erklärung der Reichsregierung sowie das Schreiben Hirtsiefers v. 30.4. zur weiteren Behandlung der Angelegenheit in: Rep. 120, A XI 1 Nr. 36 Beiheft 4, n. f.

⁴ Vgl. die Vorlage Beckers (i. V. Lammers) v. 29.3.1927 in: Rep. 84a, Nr. 9103, Bl. 201–202.

⁵ Vgl. das vom Auswärtigen Amt am 1.4.1927 übersandte Zusatzabkommen in: Rep. 120, C XIII 11 Nr. 29 Bd. 6, n. f.; hier auch weiteres Material zu den Verhandlungen. Der Antrag Schreibers v. 2.4.1927, das Abkommen auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 120, C XIII 11 Nr. 29a Bd. 2, n. f.; hier auch eine umfangreiche Aufzeichnung von MinR Schalfjew v. 5.4. für den Handelsminister zur Sitzung. Das Abkommen wurde dem Reichsrat vorgelegt als StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 45 v. 5.4.1927; angenommen in der Sitzung am 6.4.1927, ebd., S. 78, § 206. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 2.6.1927, TOP 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 772, Dok. Nr. 243.

⁶ Vgl. die Abschrift des Schriftwechsels mit dem Justizministerium 28.3./9.4.1927 in: Rep. 90, Nr. 55, n. f.; auch in Rep. 90, Nr. 89, n. f.

⁷ Hs. korrigiert aus unrichtigen und unzulässigen Bezeichnung (Bl. 43).

Nr. 95 Sitzung des Staatsministeriums am 26. April 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 176, Bl. 44–49; MF 1042. — *Abschr.:* GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 44 wurden von den TOP 5–6 und 7–9 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Ramm [für Steiger], Weismann, Nobis, Frick, Sachs, Badt, Scherek, Fritze, Abegg, Wever, Sölling [beide zu 1], Stalman, Conring [beide zu 3], König, Fritzsche, Bachmann [alle drei zu 4], Vollbach [zu 5], Corsing [zu 5–6], v. Leyden [zu 10].

(1. Nochmals zum Städtebaugesetz. Zustimmung.² [B] — 2. Beamtenbesoldung. Nochmals zur Änderung des Gewerbe- und Handelslehrer-Dienstleistungsgesetzes. Prüfung der staatsrechtlichen Bedenken hinsichtlich der Stellungnahme³ des Staatsrats. [B]) — 3. Nochmals zum Pfarrbesoldungsgesetz. Zustimmung.⁴ [B] — 4. Ministerium des Innern. Der Beschluß zur Schaffung dreier neuer Ministerialratsstellen wird durch Widerspruch Höpker Aschoffs ausgesetzt. Fortführung kommissarischer Beratungen über die Notwendigkeit neuer Stellen in den Ressorts.⁵ [B] — 5. Landtag. Eine Entsendung von Abgeordneten in die Aufsichtsräte von Gesellschaften erfolgt nur, wenn deren Kapital sich ausschließlich in der Hand Preußens oder anderer öffentlicher Körperschaften befindet und eine Vertretung des Landtages durch Gesetz, Satzung oder Landtagsbeschluß ausdrücklich vorgesehen ist.⁶ [B] — 6. Verleihung der Rot-Kreuz-Medaille.⁷ — 7. Neun Ernennungen und Hinausschiebungen der Altersgrenze in drei Fällen. [B] — (8. Staatsministerium. Teilnahme an einer Bereisung des „Grenzgebiets“ Frankfurt a./O.⁸ Grundsätze für Beteiligungen von Staatsbehörden an [...] von privater Seite veranstalteten Besichtigungsreisen und Konferenzen. Verständigung der Reichsregierung hierzu. [B] — 9. Staatsministerium. Beteiligung an der Jahrtausend-Feier der Stadt Nordhausen.⁹ [B] — 10. Arbeitslosigkeit. Ablehnung des Entwurfs¹⁰ einer Verordnung über Einschränkung der Krisenfürsorge für Erwerbslose im Reichsrat. [B])

² Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 26.4.1927 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 171 Bd. 2, Bl. 362–362v. Der Gesetzentwurf wurde dem Staatsrat am 11.6.1926 zugeleitet als StenBerStR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 209, und an den Landtag überwiesen als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 4360 v. 4.11.1926.

³ Vgl. die Sitzung am 27.1.1927 in: StenBerStR, Jg. 1927, Sp. 27–32. Die gemeinsame Vorlage des Finanz- und des Handelsministers v. 17.2.1927 in: Rep. 84a, 10943, Bl. 121–123; hier auch Voten und weiteres Material.

⁴ Vgl. den Entwurf v. 14.4.1927 in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVIII Nr. 60 Bd. 9, n. f.; hier auch Entwurfsfassungen. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 169 v. 27.5.1927. Dem Landtag mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen erhoben hatte, als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 6733 v. 20.6.1927, vorgelegt.

⁵ Vgl. das Votum Höpker Aschoffs v. 13.4.1927 in: Rep. 84a, Nr. 6818, Bl. 214–214v; hier auch weitere Stellungnahmen.

⁶ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 7.4.1927 in: Rep. 84a, Nr. 1189, Bl. 123–125. Eine Ausarbeitung von ORegR Scheche v. 25.4. für Höpker Aschoff zur Sitzung in: Rep. 151, HB Nr. 551, Bl. 206; hier auch eine hs. Notiz des Ministers zum Beratungsergebnis.

⁷ Vgl. den Votenwechsel, beginnend mit dem Schreiben Grzesinskis v. 8.12.1926, in: Rep. 84a, Nr. 2763, Bl. 105–112.

⁸ Vgl. das Schreiben Steigers v. 15.4.1927 zur Einladung des Wirtschafts- und Kulturbundes für das Grenzgebiet Frankfurt/O. betr. Rundreise vom 5. bis 7.5. in: Rep. 98, B Nr. 19409, n. f.; hier auch Voten.

⁹ Vgl. die am 17.4.1927 im Staatsministerium eingegangene Einladung sowie das Antwortschreiben v. 7.5. an den Magistrat in: Rep. 77, Tit. 463 Nr. 1 Bd. 3, Bl. 142–143, 150. Ferner zur Teilnahme von Schreiber an Feierstunde und Festmahl am 28.5.1927: Verwaltungsbericht des Magistrats der Stadt Nordhausen für das Rechnungsjahr 1927, Nordhausen (1932?), S. 15.

¹⁰ Vom 13.4.1927, in: StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 47; in der Sitzung am 12.5.1927, ebd., S. 157, § 275, auf Antrag Preußens abgelehnt. Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 10.4.1927 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 90, Nr. 1145, n. f.; hier auch weiteres Material. Zur Gesamtproblematik 1926/27: Sachse/Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge, Bd. 2, S. 98.

Nr. 96 Sitzung¹ des Staatsministeriums am 3. Mai 1927.

Vollz. Reinschr.² mit Korrekturen, Bd. 176, Bl. 51–52v; MF 1042. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Dönhoff [für Schreiber], Weismann, Nobis, Frick, Badt, Offermann [RK], Goslar, Conring, Frank (WissMinm.) [beide zu 1], Articus, Strunden, Stadermann [alle drei zu 2], Reichau, Vollbach, Corsing [alle drei zu 4].

1. Schulpflicht. Zustimmung zum Gesetzentwurf³. [B] — 2. Nochmals zum Gesetz über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen für Meliorationen und zur Ausführung staatseigener Wasserbauten. Zustimmung zum Beschluß⁴ des Landtags. [B] — (3. Nochmals zum Entwurf einer Verordnung über Einschränkung der Krisenfürsorge für Erwerbslose. Ablehnung des Antrags Hirtsiefers auf Aufhebung des Beschlusses vom 26.4.1927. [B]) — 4. Disziplinarrecht. Ermächtigung für Schmidt, dem Landtag gegenüber die Bereitwilligkeit zur Vorlage einer Novelle zum Richterdisziplinargesetz zu erklären, durch die die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung eingeführt wird.⁵ [B] — 5. Ernennung. [B]

¹ *Lt. Auszug aus der Tagesordnung sollte die Sitzung im Ministersaal des Landtages stattfinden; vgl. Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 82 Bd. 1, Bl. 35.*

² *Lt. Aktenvermerk Bl. 51 wurde von TOP 3 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

³ *Vom 18.2.1927 i. d. F. v. 13.4.1927 in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 82 Bd. 1, Bl. 1–21, 32–33; hier auch Voten.*

⁴ *Vom 4.4.1927, in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Sp. 18970–18971.*

⁵ *Vgl. die Vorlage Schmidts v. 21.4.1927 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 215 Bd. 1, Bl. 179–180v; hier auch Voten und Bl. 182–183 eine Ausarbeitung von StS Abegg v. 3.5. für den Minister. Weitere Referentenausarbeitungen in: Rep. 84a, Nr. 3062, Bl. 102–105v. Eine hs. Notiz Höpker Aschoffs zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 151, I B Nr. 4353, n. f. Schmidt kündigte in der Etatdebatte am 5.5.1927 ein Gesetz an; StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Sp. 19523–19530, hier Sp. 19528. Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes betr. die Dienstvergehen der Richter wurde als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 7039 v. 5.8.1927, vorgelegt.*

Sitzung des Reichskabinetts am 5. Mai 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 709–712, Dok. Nr. 226.

Anwesend: für Preußen Grzesinski.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Kirschmann.

1. Rückwirkung der Betreuungsaktion für die Saarbeamten auf die Arbeiterschaft des Saargebiets. — 2. Reichsdienststrafordnung. — 3. Entwurf eines Gesetzes über Kriegsgerät. — 4. Beihilfen für wirtschaftlich oder kulturell gefährdete Grenzgebiete; vertagt. — 5. Vorbildung der Zollbeamten; vertagt. — 6. Pensionssache General a. D. Frh. v. Lüttwitz. — 7. Einladung des „Stahlhelms“ zum 8. Reichsfrontsoldatentag. — 8. Einladung der ausländischen Staaten zur Presseausstellung Köln 1928. — 9. Kapitalertragssteuer und Börsenproblem.

Nr. 97 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Mai 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 176, Bl. 53–55; MF 1042. — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Kaestner [für Becker], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Frick, Badt, Goslar, Günther [zu 1], Bansi [zu 1 und 5–7], Conring, Hermann Lucas [zu 1 und 5–7], F. Ernst [zu 2], Corsing [zu 2–3 und 5–7], Sattelmacher, Horstmann [zu 3], v. Leyden [zu 5–7].

1. Beamtenbesoldung. *Nochmals zum Gewerbe- und Handelslehrer-Dienstinkommensgesetz. Weiterleitung des Einspruchs des Staatsrats [...] an den Landtag² sowie Fühlungnahme mit den Parteien. [B] — 2. Museen.* *Museumsgründungen im Anschluß an Ausstellungen sollen nur mit ausdrücklichem Beschluß des Staatsministeriums gefördert werden.*³ [B] — **3. Disziplinarsache.**⁴ [B] — **4. Zwei Ernennungen.** [B] — **(5. Landtag.** *Information des Parlaments durch Grzesinski, daß an der Beratung des Urantrags⁵ v. Campe betr. Entwurf eines Gesetzes über die Vereinfachung der Verwaltung [...] kein Interesse besteht. — Bei der Städteordnung⁶ sowie der Landgemeindeordnung⁷ soll der weitere Verlauf der Beratungen abgewartet werden. [B] — 6. Behörden.* *Dienstzeit im Sommer.*⁸ [B] — **7. Amtsbezeichnung für die Beisitzer zur Oberprüfstelle und des Leiters der Prüfstelle Berlin [...]** *zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften⁹; vertagt.)*

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 53 wurden von den TOP 2–3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Vgl. das Gutachten des Staatsrates, abgedr. im Anschreiben zum Gesetzentwurf v. 4.3.1927, in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 5681. Ferner das Votum Höpker Aschoffs v. 28.4.1927 in: Rep. 84a, Nr. 10943, Bl. 155–157; hier auch weiteres Material.*

³ *Vgl. das Votum Grzesinskis v. 26.4.1927 in: Rep. 90, Nr. 1791, n. f.; Anlaß waren Bestrebungen von Wirtschaftsunternehmern aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und der Stadt Düsseldorf, hier ein Reichsmuseum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde zu gründen.*

⁴ *Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.*

⁵ *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 1744 v. 7.12.1925; ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten erfolgte keine Stellungnahme Grzesinskis im Plenum.*

⁶ *Vgl. den Entwurf v. 10.1.1925 bzw. den Ausschlußbericht mit der beschlossenen Fassung v. 16.1.1926 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 99 bzw. Nr. 1978 A–C.*

⁷ *Vgl. den Entwurf v. 10.1.1925 bzw. den Ausschlußbericht mit der beschlossenen Fassung v. 7.4.1927 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 100 bzw. Nr. 6260 A–C.*

⁸ *Vgl. die Bitte Grzesinskis v. 23.2.1927 betr. kommissarischer Verhandlungen in: Rep. 151, HB Nr. 308, n. f.; hier auch weiteres Material.*

⁹ *Vgl. das Votum Grzesinskis v. 11.5.1928 zur Erläuterung seines in der Sitzung [...] vom 10. d. Mts. außerhalb der Tagesordnung gestellten Antrages in: Rep. 77, Tit. 2772 Nr. 3b, Bl. 63–65.*

Nr. 98 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Mai 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 176, Bl. 53–57v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 12², Bl. 30–32; MF 1042.* — Abschr.: *GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Nobis, Frick, Badt, Goslar, Abegg, Ramm, Hog, Arens, Frielinghaus, Hellich, v. Leyden, Surén, Brathuhn [alle sieben zu 2], Corsing [zu 2 und 6], Reschke [zu 3–4], Waetzold, F. Ernst, Vollbach [alle drei zu 4], Graubner, Conring, Hermann Lucas [alle drei zu 5], Sattelmacher [zu 6].

(1. Zeitmessung. Einführung der Vierundzwanzigstundenzählung in der gesamten Staatsverwaltung.³ [B]) — 2. Steuervereinheitlichungsgesetz. Grundsätzliche Zustimmung zum Reichsgesetzesentwurf⁴. [B] — 3. Amtsbezeichnungen.⁵ [B] — 4. Staatsmedaillen. Wiederaufnahme der Verleihung [...] als staatliche Auszeichnung für besondere Verdienste. Einzelheiten. [B] — 5. Waldeck. Aufnahme von Verhandlungen mit dem Landesausschuß wegen der Abberufung des stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat [...] Sachs.⁶ [B] — 6. Disziplinarsache.⁷ [B] — 7.–8. Zwei Ernennungen. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 56v wurden von den TOP 1–5 und 8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 3–5.

³ Bis dahin waren Stundenzählungen von 1 bis 12 mit dem Zusatz vormittags/nachmittags üblich. – Vgl. das Rundschreiben des Innenministeriums v. 8.6.1927 betr. Entwurf eines Runderlasses im Ergebnis der Sitzung in: *Rep. 84a, Nr. 6073, Bl. 32. Der Erlaß v. 15.7.1931 in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 104.*

⁴ Vgl. den vom Finanzministerium mit Anschreiben v. 11.5.1927 übersandten gedr. Entwurf in: *Rep. 120, C V Nr. 101 Bd. 1, n. f.; hier auch das Votum Höpker Aschoffs v. 14.5. und weiteres Material. Eine Notiz zum Beratungsergebnis auf dem Anschreiben zum Votum in: Rep. 84a, Nr. 9217, n. f. Zusammenfassend: Braun, Ulrich, Die Besteuerung der Unternehmen in der Weimarer Republik von 1923 bis 1933, Köln 1988, S. 78–84.*

⁵ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 5.5.1927 zur Verleihung der Amtsbezeichnung „Professor“ an die früheren Medizinalbeamten im Kolonialdienst Hallenberger und Peiper in: *Rep. 84a, Nr. 2904, Bl. 278–280; hier auch Bl. 281–282 das Votum des Finanzministers v. 16.5.*

⁶ Vgl. den mit Anschreiben Brauns (gez. Weismann) v. 10.6.1927 an die Staatsminister übersandten Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Landesausschusses im Arolsen am 1.6.1927 in: *Rep. 120, A I 1 Nr. 83, Bd. 6, n. f. Die Denkschrift des Innenministers v. 28.6.1927 im Ergebnis der beschlossenen kommissarischen Beratungen zur Gestaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Waldeck und Preußen in: Rep. 84a, Nr. 9874, Bl. 133–146. Eine Ausarbeitung von MinR Conring v. 16.5. für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 7, n. f. Zur Abberufung auch Brecht, Arnold, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, S. 469.*

⁷ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. *Rep. 90, Annex F.*

Sitzung des Reichskabinetts am 18. Mai 1927.

Druck: *Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 748–750, Dok. Nr. 236.*

Anwesend: für Preußen Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Loehrs, Wittelshöfer, Kirschmann, Faust.

Abbau der Hilfsmaßnahmen für die sog. Saargänger.

Nr. 99 (1.¹) Sitzung des Staatsministeriums am 19. Mai 1927.

Vollz. Reinschr.², Bd. 176, Bl. 59; MF 1042. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 145; Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker [kurzzeitig³], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Weismann, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

1. Ehrengeschenk für Hindenburg zum 80. Geburtstag⁴. [B] — 2. Verfassungstag. Durchführung einer besonderen preußischen Feier. [B]

¹ Die Reihenfolge entspricht der Heftung in der Akte.

² Lt. Aktenvermerk Bl. 59 wurde von dem Protokoll eine Abschrift an den Staatssekretär der Reichskanzlei gegeben.

³ Nur für einige Minuten anwesend (Bl. 59).

⁴ Am 2.10.1927. — Vgl. mit weiterführenden Anmerkungen die Besprechung der Reichsminister am 20.5.1927, TOP 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 759 f., Dok. Nr. 240. Überreicht wurden als Geschenk Preußens vier von der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin gefertigte Bildtafeln mit Altberliner Landschaften zum Gesamtpreis von 10 000 RM; vgl. den Erlaß v. 18.10.1927 zur Bezahlung in: Rep. 151, HB Nr. 525, n. f.

Nr. 100 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 19. Mai 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 176, Bl. 60–61; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 12², Bl. 21–21v; MF 1042. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff [zeitweise], Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Kaestner [für Becker], Weismann, Nobis, Frick, Badt, Goslar, v. Meyeren, Vollbach, Wolff (Mdl), Reschke, Kämper [alle vier zu 1], Sommer, Hellich, Strunden [alle drei zu 2], Fritzsche [zu 3], Brand [zu 4].

1. Johanniterorden. Bestätigung der Rechtslage, [...] daß die Immediatstellung des Ordens in allen Beziehungen aufgehoben ist.³ [B] — 2. Reichspost. Die geplante Portoerhöhung erscheint vor der bevorstehenden Erhöhung der Löhne und Gehälter als unzumutbar.⁴ [B] — 3. Beamtenbesoldung. Nochmals zur Ministerialzulage.⁵ [B] — 4. Acht Ernennungen, zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand sowie eine Amtsenthebung. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 61 wurden von den TOP 1–3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3.

³ Vgl. die gemeinsamen Vorlagen des Innen- und des Wohlfahrtsministeriums v. 25.11.1926 u. 4.5.1927 in: Rep. 77, Tit. 530 Nr. 9, Bl. 18–19, 26–32.

⁴ Vgl. v. a. den Schriftwechsel zwischen Reichswirtschaftsminister Curtius und Reichspostminister Schätzel vom Mai 1927 in: Rep. 120, A XIV Nr. 3c Bd. 1, n. f. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts mit anschließender Besprechung der Reichsminister am 11.5.1927, TOP 2, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 736 f., Dok. Nr. 231.

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 16.5.1927 in: Rep. 120, CB I Nr. 78 Bd. 9, n. f.; hier auch die Richtlinien v. 21.5. über die Gewährung der Zulagen. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 2.6.1927, TOP 9, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 774, Dok. Nr. 243.

Nr. 101 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Mai 1927.

Vollz. Reinschr. mit einer hs. Korrektur, Bd. 176, Bl. 62; MF 1042.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Weismann, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

Zustimmung zum Einspruch Grzesinskis gegen das Gesetz¹ über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten. Vorlage von Voten bis zum 24. Mai.

¹ *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 19.5.1927 in: Rep. 120, BB VII 3 Nr. 36a, n. f. Der Ausschußbericht v. 20.1.1927 mit dem aktuellen Gesetzentwurf in: StenBerRT, Bd. 413, Drucks. Nr. 2913.*

Nr. 102 Sitzung¹ des Staatsministeriums am 27. Mai 1927.

Vollz. Reinschr.² mit hs. Korrekturen und Anlage [TOP 8–10³], Bd. 176, Bl. 64–67v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 12⁴, Bl. 41–43; MF 1042. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [TOP 1–7d, U], Weismann [TOP 8–10, U].

Weitere Teilnehmer: G. v. Meyeren [für Schreiber]⁵, Weismann, Nobis, Frick, Badt, Goslar [alle fünf zu 1–7d], MinR Simon, Albersmann [beide zu 2], Sölling [zu 2 und 5], Corsing [zu 1–2, 4–5 und 6], F. Herrmann [zu 1], Milatz, Ganschow, Hellich, Strunden, Scheche [alle fünf zu 3], Radler [zu 6].

1. Zwei Todesurteile. Begnadigung der Verurteilten.⁶ [B] — 2. Arbeitsschutzgesetz⁷. Bedingte Zustimmung im Reichsrat. [B] — 3. Nochmals zur Aufhebung der Brückengelder für Kraftfahrzeuge. Grundsätze für die Verteilung von Unterhaltungszuschüssen an Staat und Reichsbahn.⁸ [B] — 4. Minister. Genehmigung zur Zeugenaussage von Finanzminister a. D. v. Richter im Barmat-

¹ *Die ursprüngliche Formulierung in der Anlage als geheime Besprechung (Bl. 66) wurde von Weismann gestrichen.*

² *Aus dem Aktenvermerk Bl. 64v geht nicht hervor, von welchen TOP Abschriften an die Reichskanzlei gegeben wurden.*

³ *Separat gezählt als TOP 1–3 (Bl. 66–67v). Ferner eine Abschrift Bl. 68–69v.*

⁴ *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 5.*

⁵ *Teilnahme an den TOP 8–10 unsicher.*

⁶ *Vgl. die Vorlage Schmidts v. 24.5.1927 zum Urteil gegen die Täter des Leiferder Eisenbahnattentats 1926 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Beiakten 3, Bl. 9–14v. Zum Attentat vgl. Ritzau, Hans-Joachim u. Dietmunde, Schatten der Eisenbahngeschichte. Ein Vergleich britischer, US- und deutscher Bahnen, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1945, Pürgen 1987, S. 248–250 mit Foto von der Unglücksstelle, jedoch ohne Verweis auf die Begnadigung der Täter.*

⁷ *Vgl. die Vorlage Schreibers v. 17.5.1927 mit den Anträgen in den Reichsratsausschüssen in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 184 Bd. 1, n. f. Der Gesetzentwurf selbst in: StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 195 v. 1.12.1926. Er wurde erst in der Sitzung am 29.3.1928, ebd., Jg. 1928, S. 90 f., § 200, beschlossen.*

⁸ *Vgl. das Votum Schreibers v. 2.4.1927 in: Rep. 120, C V Nr. 79 Bd. 5, n. f.; hier auch weiterer interministerieller Schriftwechsel.*

*Prozeß.*⁹ [B] — **5.** *Urheberrecht.* Beibehaltung der [...] 30jährigen *Schutzfrist* für Werke der Literatur und Kunst.¹⁰ [B] — **6.** Staatsvertrag¹¹ zwischen Preußen, Bayern, Württemberg und Baden zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Beschlußfassung vertagt. — (**7a.** *Staatsministerium. Teilnahme von Höpker Aschoff am Empfang* der Stadt Kiel aus Anlaß der Anwesenheit von *Hindenburg.* [B] — **7b.** *Staatsministerium. Teilnahme von Becker am Musikfest* in Frankfurt a. M. [B] — **7c.** *Verfassungsfeier. Kontaktaufnahme* mit der Reichsregierung [...], ob Geneigtheit zu einer gemeinschaftlichen *Feier* besteht.¹² [B] — **7d.** *Nochmals zum Gesetz über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten. Im Reichsrat ist Einspruch zu erheben.*¹³ [B]) — [**8.**] *21 Ernennungen und eine Versetzung* in den einstweiligen Ruhestand. [...] — Die Veröffentlichung der Ernennungen und die Aushändigung der Bestellungen soll erst stattfinden, wenn feststeht, daß der Staatsrat gegen das Staatshaushaltsgesetz keinen Einspruch erhebt und das Gesetz selbst vom Staatsministerium vollzogen ist. [B] — [**9.**] [*Wiederholung des Beschlusses von TOP 7b.*] — [**10.**] [*Wiederholung des Beschlusses von TOP 7a.*]

⁹ Vgl. den Antrag des Gerichts v. 24.5.1927 in: Rep. 90, Nr. 616, n. f.; hier auch eine hs. Notiz über ein Telefongespräch mit Landgerichtsdirektor Neumann. In der gedruckten „Anklageschrift gegen Barmat und Genossen, Aktenzeichen 2 J 25.25 der Staatsanwaltschaft I Berlin“, Berlin 1926 (648 S.) wird Richter nicht in der Zeugenliste genannt. Zusammenfassend Malinowski, Stephan, *Politische Skandale als Zerrspiegel der Demokratie. Die Fälle Barmat und Sklarek im Kalkül der Weimarer Rechten*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 5 (1996), S. 46–65.

¹⁰ Vgl. die Sitzung des Reichskabinetts am 30.8.1927, TOP 2, in: *Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 900, Dok. Nr. 288.* Zum Zusammenhang mit dem möglichen Ablauf der Schutzfrist für die Kompositionen von Johannes Brahms (1833–1897) vgl. Nörr, *Zwischen den Mühlsteinen*, S. 165.

¹¹ Vgl. den Entwurf v. 25.5.1927 in: Rep. 90, Nr. 1470, n. f.

¹² Vgl. das Schreiben Grzesinskis v. 31.5.1927 mit einem Gesetzentwurf über den deutschen Nationalfeiertag in: Rep. 151, HB 658, n. f. Ferner der Antrag Müller (Franken) u. Gen. v. 15.6.1927 in: *StenBerRT, Bd. 416, Drucks. Nr. 3428.* Außerdem die Besprechung der Reichsminister am 18.6.1927, TOP 1, in: *Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 794 f., Dok. Nr. 249.*

¹³ *Kritische Voten zu der von Grzesinski zur vorangegangenen Sitzung geäußerten Position* in: Rep. 120, BB VII 3 Nr. 36a, n. f. In der Sitzung am 25.5.1927, *StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 168, § 309a*, wurde mit Stimmenmehrheit Einspruch erhoben und am 13.6.1927, *ebd., S. 180, § 337*, dazu die Begründung gegeben. Am 7.7.1927, *ebd., S. 211, § 408*, erging nach erneuten Verhandlungen mit der Reichsregierung der Reichsratsbeschluß, bei Erfüllung von Forderungen des Reichsrats den Einspruch für erledigt zu erklären. Vgl. ferner die Besprechung der Reichsminister am 30.5.1927 in: *Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 769, Dok. Nr. 242.*

Sitzung des Reichskabinetts mit Preußischen Ministerien am 30. Mai 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1, S. 763–765, Dok. Nr. 241.

Anwesend: für Preußen Grzesinski.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Scheidt, Loehrs, Bail, Grosser, Ernst, Flemming, Kirschmann, Faust.

Endgültige Erledigung der Saar- und Saargängerfrage.

Nr. 103 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 72–72v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 12², Bl. 67–67v; MF 1042. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Becker, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Steiger], Frick [für Schreiber], Weismann, Nobis, Badt, Goslar, Hermann Lucas, Corsing [beide zu 3].

(1. Unwetterschäden im Kreise Lingen. Bereitstellung von 200 000 RM staatlicher Beihilfe.³ [B] — 2. Staatsministerium. Eintritt von Hirtsiefer und Schreiber in das Ehrenpräsidium der „Deutschen Bäckereifach-Ausstellung Essen 1927“. ⁴ [B]) — 3. Nochmals zum Staatsvertrag zwischen Preußen, Bayern, Württemberg und Baden zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Zustimmung und Weiterleitung an den Staatsrat zur Begutachtung.⁵ [B] — (4. Information über die tatsächlichen Grundlagen der [...] Gerüchte über die Auslieferung von Wertgegenständen an [...] Polen durch die Preußische Staatsregierung.⁶)

¹ Aus dem Aktenvermerk Bl. 72v geht nicht hervor, von welchen TOP Abschriften an die Reichskanzlei gegeben wurden.

² Hier auch eine Ausarbeitung des Referenten im Staatsministerium zu TOP 3.

³ Am 1.6.1927 wütete in Lingen ein Wirbelsturm; vgl. den Antrag Biester u. Gen. (Wirtschaftl. Vereinigung) v. 4.6.1927 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 6639. Im Antrag Pieck u. Gen. (KPD) v. 16.6. wurde darauf verwiesen, daß die Stadt bereits 200 000 RM erhalten hätte, der Sachschaden aber rd. 1 Mio. M betrage und man weitere Mittel benötige, ebd., Drucks. Nr. 6667.

⁴ Vgl. die Information Hirtsiefers v. 27.5.1927 in: Rep. 151, HB Nr. 22, Bl. 347. Ferner die Information Schreibers, daß er an der Eröffnung der Ausstellung am 16.7. nicht teilnehmen wird, in: Rep. 90, Nr. 352, n. f.

⁵ Vgl. die Ausarbeitung von MinR Corsing v. 2.6.1927 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1470, n. f. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 198 v. 10.6.1927.

⁶ Vgl. eine Referentennotiz v. 2.6.1927 zur WTB-Meldung Nr. 916 v. 31.5.: Überlassung von Kunstgegenständen an Polen, in: Rep. 2402, Bl. 307–308.

Nr. 104 Sitzung des Staatsministeriums und anschließende Besprechung der Staatsminister am 24. Juni 1927.

Vollz. Reinschriften¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 73–73v, 75–75v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 12², Bl. 73–74; MF 1042. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [TOP 1–3, U], Weismann [TOP 4–6, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Weismann, Nobis, Frick, Badt, Goslar [alle drei zu 1–3], F. Herrmann, Corsing [beide zu 2], Conze, Bergbohm, v. Heusinger, Freidt, Albrecht [alle fünf zu 1], Strunden [zu 1–2], v. Seefeld, Günther, Hermann Lucas [alle drei zu 3].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 74 wurden von den TOP 1–3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3.

1. Wohnungspolitik. Bedingte Zustimmung zu den Entwürfen von Gesetzen zur Abänderung des Reichsmietengesetzes³ sowie des Mieterschutzgesetzes⁴ im Reichsrat; u. a. soll die Geltungsdauer des letztgenannten Gesetzes [...] um 2 Jahre verlängert werden. [B] — 2. Todesurteil. Kein Gebrauch vom Begnadigungsrecht.⁵ [B] — 3. Beamtenbesoldung. Nochmals zur Änderung des Gewerbe- und Handelslehrer-Dienstehinkommensgesetzes. Stellungnahme [...] zum Einspruch⁶ des Staatsrats [...]; Beschlußfassung ausgesetzt. — Bericht Höpker Aschoffs zur Reform der Besoldungsordnung. — [4.] Bericht zur parlamentarischen Lage [...] im Landtage und Vorschläge zum weiteren Verfahren. [B] — [5.] Reichsrat. Bericht zum Ausscheiden von Ministerialdirektor Sachs, stellvertretender Bevollmächtigter im Hauptamt, und die weitere Behandlung der Affäre.⁷ [B] — [6.] Hinausschiebung der Altersgrenze für Ministerialdirektor Frick. Ablehnung, aber kommissarische Wahrnehmung der Geschäfte eines [...] Reichsratsbevollmächtigten für die Dauer der Beratungen des Arbeiterschutzgesetzes.[B]

³ StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 73 v. 30.5.1927; beraten in der Sitzung am 24.6.1927, ebd., S. 191 f., § 368; hier auch die beschlossene Fassung.

⁴ StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 86 v. 17.6.1927; beraten in der Sitzung am 27.6.1927, ebd., S. 193, § 371; hier auch die beschlossene Fassung. Zusammenfassend Nörr, Zwischen den Mühlsteinen, S. 91–93.

⁵ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 22.6.1927 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Beiakten 3, Bl. 16–18v.

⁶ Vom 21.4.1927, in: Rep. 84a, Nr. 10943, Bl. 163–163v.

⁷ Das gedruckte Protokoll der Reichsratssitzung am 23.6.1927, StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 181 f., §§ 342–343, vermerkte nur das Ausscheiden von Sachs und die seine Tätigkeit würdigenden Worte des Vorsitzenden ohne nähere Erläuterungen.

Nr. 105 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juni 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 76–76v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 12², Bl. 79–80; MF 1042. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Frick, Badt, Goslar, Bail, Sommer, Mussehl, Becker (FinMinm.), Strunden [alle fünf zu I].

[1a.] Entwurf³ eines Gesetzes über Zolländerungen. Bedingte Zustimmung im Reichsrat. Einzelheiten. [B] — [1b.] Erhöhung des Zuckerzolles. Ablehnung im Reichsrat.⁴ [B] — [1c.] Entwurf⁵ eines Gesetzes über Änderungen des Zuckersteuergesetzes. Zustimmung zur Senkung der

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 76v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch eine Ausarbeitung des Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1a–1c.

³ Die Umdruckvorlage des Reichsfinanzministers v. 20.6.1927 in: Rep. 120, C VII Nr. 41 N, n. f.; hier auch der Entwurf des Votums Schreibers v. 27.6. Die Vorlage wurde nicht in die Drucksachen des Reichsrats aufgenommen und in der Sitzung am 1.7.1927, StenBerReichsR, Jg. 1927, ebd., S. 200, § 392, beraten. Die beschlossene Fassung als Anlage, ebd., S. 205.

⁴ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 27.6.1927 in: Rep. 120, C VII 1 Nr. 41 K „Z“, Bl. 197–198v. Der Gesetzentwurf in: StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 203 v. 11.12.1926; beraten in der Sitzung am 1.7.1927, ebd., Jg. 1927, S. 201, § 393.

⁵ StenBerReichsR, Jg. 1926, Drucks. Nr. 202 v. 11.12.1926; beraten in der Sitzung am 1.7.1927, ebd., Jg. 1927, S. 201, § 394. Die beschlossene Fassung in der Anlage 3, ebd., S. 206. Vgl. ferner das Schreiben des Reichsministers der Finanzen an die Reichsratsausschüsse v. 27.6.1927 in: Rep. 120, C V Nr. 12 Bd. 24, Bl. 125–131v.

Zuckersteuer im Reichsrat. — (2. Staatsministerium. Teilnahme von StS Dönhoff an der Eröffnung der Rhein-Ausstellung in Koblenz. [B])

Nr. 106 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juli 1927.

Vollz. Reinschr., Bd. 176, Bl. 76–76v; MF 1042. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Weismann, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Weismann.

1. 19 Ernennungen, u. a. von Regierungspräsident H. Krüger [...] zum Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft. *Eine Hinausschiebung der Altersgrenze.* [B] — **2.** Verfassungsfeier. *Beteiligung an der vom Reiche und der Stadt Berlin geplanten Feier.*¹ [B]

¹ *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 30.6.1927 in: Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 155–157v.*

Besprechung der Reichsminister mit dem Preußischen Staatsministerium am 4. Juli 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 835–837, Dok. Nr. 265.

Anwesend: für Preußen Grzesinski, Höpker Aschoff, Steiger.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Fritze, Conze, Wagemann.

Fürstenabfindung. Die Renten der Standesherrn.

Nr. 107 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juli 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 79–79; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 13², Bl. 4–4v; MF 1042/1043. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Becker [V], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Conze [für Hirtsiefer], Fritze [für Schmidt], Weismann, Nobis, Frick, Badt, Goslar, Deichmann, Albersmann, Conring [alle drei zu 1], Waetzoldt, Reschke [beide zu 2].

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 80 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2.*

1. Preußische Zentral-Genossenschaftskasse. Grundsätzliche Zustimmung zur Berufung von Reichsbeamten in den Ausschuß.³ [B] — 2. Nochmals zu den Staatsmedaillen. a) Billigung der vorgelegten Entwürfe. [B] — b) Verleihung der Goldenen Staatsmedaille an Max Liebermann.⁴ [B] — (3. Amnestie. Information zu Planungen anläßlich des 80. Geburtstages von Hindenburg. Aufnahme kommissarischer Verhandlungen zwischen den [...] Preußischen und Reichs-Ministerien.⁵ [B])

³ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 30.5.1927 in: Rep. 87, B Nr. 9895, Bl. 87–94v; hier auch eine Aktennotiz v. 5.7. zum Beratungsergebnis.

⁴ Vgl. die Anmeldung des TOP v. 2.7.1927 in: Rep. 84a, Nr. 2763, Bl. 151.

⁵ Vgl. zur sog. Begnadigungswelle des Jahres 1927: Gusy, Weimar – die wehrlose Republik?, S. 234 f.

Nr. 108 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Juli 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 84–84av; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 13², Bl. 11–12v; MF 1043. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Fritze [für Schmidt], Pünder [RK], Nobis, Frick, Badt, Goslar, Bail, Mussehl, Conring [alle drei zu 1], Corsing, v. Leyden [beide zu 2], Wagemann, Reschke, Lippmann [alle drei zu 3], Schäfer, Wiechmann [beide zu 4a–4e].

1. Nochmals zu den Zollvorlagen. Kein Einspruch im Reichsrat bei den vom Reichstag beschlossenen Gesetze über Zolländerungen [...], über Erhöhung des Zuckerzolles³ [...] und über Änderungen des Zuckersteuergesetzes, jedoch Abgabe einer Erklärung zu den preußischen Positionen.⁴ [B] — 2. Nochmals zum Arbeitslosen-Versicherungsgesetz; der Antrag⁵ Grzesinskis auf Einspruch wird zurückgezogen. [B] — 3. Fürstenabfindung. Aufwertung der Renten der Fürsten und Standesherrn. Nachfrage bei der Reichsregierung betr. ihrer Stellung zum Preußischen Gegenvorschläge zum Antrage⁶ Müller-Franken vom 2.12.1926. [B] — (4a. Nochmals zur Amnestie. Information über die kommissarischen Verhandlungen. Anwendung des Begnadigungsrechts der Preußischen Staatsregierung bei Fällen [...], in denen ein Zusammenhang zu der Person des [...] Reichspräsidenten gegeben ist.⁷ [B] — 4b. Nochmals zur Verfassungsfeier.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 84v wurden von den TOP 1–4d Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3.

³ StenBerRT, Bd. 416, Drucks. Nr. 3514 v. 2.7.1927.

⁴ In der Sitzung am 14.7.1927; StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 255, § 420. Ferner die Besprechung der Reichsminister am 2.7.1927, TOP 1–2, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 831–833, Dok. Nr. 264.

⁵ Vom 11.7.1927, in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3y Beiheft 6 Bd. 3, Bl. 516–518; hier auch Bl. 519 auf einem Auszug aus der Tagesordnung ein hs. Vermerk Schneiders v. 12.7. zum Beratungsergebnis. Zu den Positionen der Kommunen und Länder: Berringer, Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 77–79.

⁶ StenBerRT, Bd. 411, Drucks. Nr. 2755 v. 2.12.1926. Vgl. die Denkschriften der Reichsregierung zu den Staatsrenten der einzelnen Fürstenthäuser v. 4.7. u. 6.10.1927 in: Rep. 90, Nr. 38, Bl. 201–338v, 376–443v; hier auch Bl. 341–342v der von Höpker Aschoff vorgelegte Entwurf eines Schreibens an die Reichsregierung sowie Bl. 343–344 die Urschrift des Briefes v. 18.7. Eine Ausfertigung in: Rep. 84a, Nr. 43422, Bl. 248–249.

⁷ Vgl. den Vermerk von MinR Schäfer über die am 9.7. im Reichsjustizministerium stattgehabte Besprechung über Begnadigungsfragen in: Rep. 84a, Nr. 7921, Bl. 8–8v; hier auch Bl. 10 eine Aktennotiz v. 12.7.1927 zum Ergebnis der Staatsministerialsitzung.

Einzelheiten. — **4c.** Internationale Presseausstellung in Köln 1928.⁸ Ernennung eines Preußischen Staatskommissars. [B] — **4d.** Arbeitszeit. *Kein Einspruch im Reichsrat* gegen das Gesetz⁹ zur Abänderung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. [B] — **4e.** *Ernennung.* [B])

⁸ Vgl. das Schreiben Brauns v. 25.5.1927, der die Notwendigkeit eines besonderen preußischen Staatskommissars verneinte, in: Rep. 120, E XVI 2 Nr. 6 Beiheft 1 Bd. 1, n. f.; hierzu umfangreicher Votenwechsel. Zur Ausstellung insgesamt: *Pressa. Internationale Presse-Ausstellung Köln 1928. Amtlicher Katalog, Berlin, Köln 1928.* Ferner faktenreich: Fuchs, Peter, *Pressa Köln. Rückblick nach 30 Jahren auf die 1. Internationale Presseausstellung 1928 in Köln, Köln-Merheim 1958.*

⁹ *StenBerRT, Bd. 415, Drucks. Nr. 3383 v. 6.5.1927; die Fassung des Ausschußberichtes ebd., Bd. 417, Drucks. Nr. 3570. Im Reichsrat am 14.7.1927, StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 255, § 420n, ohne Änderungen zur Kenntnis genommen. Zahlreiche Eingaben und Schriftwechsel von August 1927 bis Juli 1927 in: Rep. 120, BB VII 3 Nr. 28 Adhib. 5 Bd. 6.*

Nr. 109 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Juli 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 85–87v; MF 1043. — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Grzesinski. — Prot.: [Conring, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Ramm [für Steiger], Dönhoff [für Schreiber], Fritze [für Schmidt], Reschke, Goslar, Albersmann [zu 3], Sandrock [zu 3 und 5], Frh. v. Tschammer und Quaritz, Wittelshöfer, Conring, v. Leyden, Mayer [alle fünf zu 6].

1. *Flaggenstreit.* Entwurf² eines Beschlusses zur Teilnahme von Vertretern der Staatsregierung an [...] Veranstaltungen, bei denen Flaggenschmuck verwendet wird. *Einzelheiten.* [B] — **2.** *Nochmals zur internationalen Presseausstellung in Köln 1928. Keine Ernennung eines Preußischen Staatskommissars.*³ [B] — **3.** *Beamtenbesoldung. Gewährung einer einmaligen Zuwendung (Weihnachtsgeld) auch an die Staatsarbeiter des Landwirtschaftsministeriums.* [B] — **4.** *Neun Ernennungen.* [B] — **5.** *Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Vorläufige Bestimmung des Wohlfahrtsministeriums im Einvernehmen mit dem Handelsministerium als oberste Landesbehörde gemäß Reichsgesetz v. 16.7.1927.*⁴ [B] — **6.** *Ausführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; abgesetzt.*⁵

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 85v wurden von den TOP 1–3 und 5–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben. In Rep. 90, Annex L Nr. 13, auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 und 5–6 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 6.*

² *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 13.7.1927 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. VIII Bd. 1, Bl. 40–41v; hier auch frühere Entwürfe und weiteres Material. Ferner zur politischen Brisanz der Flaggenfrage Braun, Von Weimar zu Hitler, 1940, S. 188–190.*

³ *Vgl. die Aufzeichnung zu einer Besprechung am 15.7.1928 über die Beschickung der internationalen Presseausstellung in: Rep. 120, E XVI 2 Nr. 6 Beiheft 1 Bd. 1, n. f.; hier auch eine Aktennotiz v. 15.9. über die telefonische Auskunft des Staatsministeriums (Reg[ierungs]Rat Conring), daß man von der Ernennung eines [...] Staatskommissars [...] abgesehen habe, da man sich [...] über die Person [...] nicht einigen konnte.*

⁴ *Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 23.7.1927 in: Rep. 90, Nr. 2284, Bl. 183–183v; hier auch Bl. 184 eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 25.7. für Braun zur Sitzung. Mit Bezug auf das Protokoll: Marcus, Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, in: *Archivalische Zeitschrift* 83 (2000), S. 117.*

⁵ *Geändert aus Zu Punkt 6 der Tagesordnung [...] wurde die Beschlußfassung nicht verhandelt. (Bl. 87v) Vgl. aber die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums v. 25.7.1927 in: Rep. 120, BB XV Nr. 65 Bd. 5, Bl. 34–35v.*

Nr. 110 Sitzung des Staatsministeriums am 4. August 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 88–90v; MF 1043. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Grzesinski. — Prot.: [Conring, U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener [für Höpker Aschoff], Dönhoff [für Schreiber], Fritze [für Schmidt], Ramm [für Steiger], Nobis, Badt, Pünder [RK], Goslar, Conring, Landé [beide zu 1–2], v. Leyden [zu 2].

1. Flaggenstreit. Sofortige Vorlage einer Notverordnung² über die Beflaggung gemeindlicher Dienstgebäude einschließlich der nicht vom Staat allein unterhaltenen Schulen beim ständigen Ausschuß des Landtags zur Beschlußfassung gem. Art. 55 der Verfassung. [B] — **1a. Flaggenstreit.** Beflaggung der Dienstgebäude des Staates und der Selbstverwaltungskörper am Verfassungstage. Wortlaut eines Beschlusses³ des Staatsministeriums; u. a. können Gemeinden [...] neben der Reichsflagge die Stadt- oder Provinzialfarben [...] zeigen. [B] — **2. Reichsschulgesetz.** Vorschlag Beckers zur Behandlung des noch nicht vollständig vorliegenden Entwurfs.⁴ [B] — **3. Drei Ernennungen,** u. a. von H. Waentig zum kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen⁵, sowie fünf Hinausschiebungen der Altersgrenze. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 88v wurden von den TOP 1–2 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. die Vorlage Grzesinkis v. 30.7.1927 in: Rep. 84a, Nr. 4566, Bl. 143–146. Dem Landtag zugeleitet als StenBerLT, Drucks. Nr. 7043 v. 15.8.1927. Ferner: Jasper, Der Schutz der Republik, S. 245.

³ Vgl. die Vorlage Grzesinkis v. 2.8.1927 in: Rep. 84a, Nr. 4566, Bl. 147–148. Der Staatsministerialbeschuß v. 8.8.1927 wurde veröffentlicht in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 821.

⁴ Dem Reichsrat wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Artikel 146 Abs. 2 u. 149 der Reichsverfassung am 19.7.1927 mit dem Vermerk zugeleitet, daß die Begründung baldmöglichst folge; StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 102. Diese dann am 9.8., ebd., zu Drucks. Nr. 102. Vgl. das Schreiben Beckers zum weiteren Vorgehen in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 59 Bd. 2, Bl. 13–13v; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Zschintzsch v. 4.8. in Vorbereitung der Staatsministerialsitzung. Ferner die Diskussion im Reichskabinett am 12.8.1927, TOP 2, zu Ausführungen Beckers im Reichsrat, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 892, Dok. Nr. 285. Umfassend und auf breiter Quellenbasis: Grünthal, Günter, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968, S. 223–237.

⁵ Vgl. zur Ablösung von OPräs. O. Hörsing durch H. Waentig: Möller, Horst, Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), S. 10, Anm. 29.

Nr. 111 Sitzung des Staatsministeriums am 29. August 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 91; MF 1043. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Steiger [V], Schreiber, Schmidt. — Prot.: [Strunden, U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Lammers [für Becker], Schleusener [für Höpker Aschoff], Abegg [für Grzesinski], Weismann, Katzenberger, Leeser, Gürich, Rathenau, Strunden, Narten, Lutterloh.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 91 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

Nochmals zum deutsch-polnischen Handelsvertrag. In der Reichsministerialsitzung am 30. August wird keine Stellungnahme zu den Verhandlungen abgegeben.² [B]

² Vgl. die Vorlage Schreibers v. 10.8.1927 in: Rep. 120, C XIII 6b Nr. 8a Bd. 4, Bl. 87–88v; hier auch Voten sowie Bl. 103–103v eine Aktennotiz v. 31.8. von MinR Leuser zum Ergebnis der Staatsministerialsitzung. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 30.8.1927, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 899 f., Dok. Nr. 288.

Nr. 112 Sitzung des Staatsministeriums am 31. August 1927.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 91a–93v; MF 1043. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt. — Prot.: [Strunden, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Schleusener [für Höpker Aschoff], Abegg [für Grzesinski], Frick, Reschke, Katzenberger, Dittmann [zu 1], Conring [zu 1–2 und 5–6], Thalau, Kügler [beide zu 2 und 5–6], Genzmer, Rathenau [beide zu 2], Steinbrecher, Surén [beide zu 5–6].

1. Zwei Todesurteile. Kein Gebrauch vom Gnadenrecht.² [B] — 2. Kontingent der ausländischen Landarbeiter im Jahre 1928. Eine Herabsetzung [...] auf 80 000 ist erforderlich.³ [B] — 3. Verteilung der Reichsosthilfe 1927; abgesetzt. — 4. Fünf Ernennungen, eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand sowie Hinausschiebung der Altersgrenze in 33 Fällen. [B] — 5. Vertreter der öffentlichen Körperschaften im Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Im Reichsrat soll über den vorzuschlagenden Verteilerschlüssel eine Plenarentscheidung⁴ [...] herbeigeführt werden. [B] — Grundsätze für künftige, im Reichsrat zu beschließende Sitzverteilungen. [B] — 6. Landesarbeitsämter. Zukünftige Abgrenzung ihrer Bezirke. Einzelheiten.⁵ [B] — ([7.] Flaggenstreit mit dem Hotelgewerbe. Veröffentlichung des Schreiben Brauns⁶ in allen Ministerialblät-

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 94 wurden von den TOP 1–3 und 5–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben. In Rep. 90, Annex L Nr. 13, auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 5–6 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 5–6.

² Vgl. die Vorlagen Schmidts v. 6. u. 8.8.1927 zu den Urteilen gegen J. Petrow und M. Urbanski in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Beiakten 3, Bl. 23–30.

³ Vgl. die Vorlage Steigers v. 18.8.1927 in: Rep. 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 4, Bl. 179–186v; hier auch Voten sowie Bl. 187 das Schreiben Brauns (i. A. Reschke) v. 6.9. an den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung zum Beschluß.

⁴ Am 15.9.1927, in: StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 291 f., § 490 mit dem angenommenen Verteilerschlüssel. Vgl. Herrmann, Volker, Vom Arbeitsmarkt zum Arbeitseinsatz. Zur Geschichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1929 bis 1939, Frankfurt/M. 1993, S. 7–13. Zum Bruch mit den Traditionen der dezentralen Armenverwaltung vgl. Bender, Gerd, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversorgung in der Weimarer Republik. Ein sozialrechtshistorischer Überblick, in: Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversorgung in der neueren deutschen Rechtsgeschichte, hrsg. v. Hans-Peter Benöhr, Tübingen 1991, S. 141.

⁵ Vgl. die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums v. 27.8.1927 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.; hier auch eine Stellungnahme von MinR v. Achenbach auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Ein weiteres Schreiben Hirtsiefers v. 29.8.1927 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 17 Bd. 24, Bl. 51–52; hier auch Voten und weiteres Material. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts mit anschließender Ministerbesprechung am 27.10.1927, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1025 f., Dok. Nr. 328.

⁶ Vom 25.8.1927, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 256; hier auch weiteres Material zum Streit mit den Hotels Kaiserhof, Bristol, Continental (die sog. Hotelbetriebsgesellschaft), Esplanade und Adlon. Das Schreiben wurde u. a. veröffentlicht im gemeinsamen Runderlaß des Innen- und Finanzministers v. 2.9.1927 in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 887. Der Entwurf Grzesinskis v. 1.9.1927 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. VII, Bl. 22–23; hier auch weiteres Material. Zusammenfassend Schulze, H., Otto Braun, S. 530. Mit Bezug auf Rep. 90, Nr. 2301: Fritzsche, Peter,

tern. [B] — [8.] *Staatsministerium. Teilnahme an der Besichtigung der Flotte durch Hindenburg.*⁷ [B])

Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany, New York, Oxford 1990, S. 272 f., Anm. 69.

⁷ *Vgl. das Schreiben des Chefs der Marineleitung Zenker v. 23.8.1927 in: Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 6, n. f.*

Besprechung der Reichsminister mit anschließender Sitzung des Reichskabinetts am 10. September 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 905–912, Dok. Nr. 291.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Reschke, König.

Entwurf eines Besoldungsgesetzes und einer Besoldungsordnung.

Nr. 113 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 13. September 1927, vormittags.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 95–96v; MF 1043. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 751, n. f.; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: [Conring, U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Köhler [RFinMinr.], v. Hagenow [RK], Schleusener, Lammers, Brecht, Katzenberger, Weyhe, König, Richter II, Frosch, Brand, Bachmann, Schöner, Kühne, Danckwortt, Jaeckel, Boës, v. Geldern, Wackermann, Reichau, Reschke.

Reform der Beamtenbesoldung.² Einzelheiten, u. a. zur Ministerialzulage sowie zur Einbeziehung der Gehälter der Reichswehrangehörigen und der Schutzpolizeibeamten, in der Weise, daß keine Besserstellung [...] gegenüber [...] Zivilbeamten erfolgt.³ [B]

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 95v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Vgl. die teilweise nicht datierten Vorlagen des Finanzministeriums, u. a. v. 10.9.1927, in: Rep. 90, Nr. 751, n. f.; hier auch umfangreiches weiteres Material sowie Voten. Zur Wirkung der Besoldungsreform v. a. auf das Verhältnis der höheren Beamtschaft zur Weimarer Republik und zur parlamentarischen Demokratie vgl. Sühl, Klaus, SPD und öffentlicher Dienst in der Weimarer Republik. Die öffentlich Bediensteten in der SPD und ihre Bedeutung für die sozialdemokratische Politik 1918–1933, Opladen 1988, S. 89.*

³ *Vgl. die Besprechung der Reichsminister mit anschließender Kabinettsitzung am 10.9.1927 in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 905–912, Dok. Nr. 291.*

Nr. 114 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 13. September 1927, nachmittags.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 176, Bl. 99–100v; MF 1043. — *Abschr.:* GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — *Prot.:* [Strunden, U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Feßler [RK], Brecht, Katzenberger, Kügler, Thalau [beide zu 1], Conring [zu 1–2 und 4], Kuhnt [zu 2], Wirth [zu 2 und 4], Röhm, Staab [beide zu 2], Schönner [zu 2 und 4], Lammers, Kaestner, Landé, Sölling, Zschintzsch, Ziertmann, Kühne, Richter II, Mussehl, Schönner [alle neun zu 4].

1. Nochmals zu den Vertretern im Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.² [B] — **2. Nochmals zur Amnestie anlässlich des 80. Geburtstages von Hindenburg. Änderung des Beschlusses vom 12.7.1927.**³ [B] — **3. Zwei Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze.** [B] — **4. Reichsschulgesetz. Allgemeine Aussprache zum Gesetzentwurf**⁴. — **5. Nochmals zur Bildung eines Landesarbeitsamts für den Ruhrkohlenbezirk; vertagt.** — **6. Beamtenbesoldung. Gewährung von Unterstützungen an Beamte und Angestellte; vertagt.** — **(7. Staatsministerium. Teilnahme Brauns oder Grzesinskis an der Einweihung des Tannenberg-Denkmal.**⁵ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 100v wurden von den TOP 1–2 und 4–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben. In Rep. 90, Annex L Nr. 13, auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4–6 sowie eine Vorlage zu TOP 2.

² Vgl. die Vorlagen des Wohlfahrtsministeriums v. 12.9.1927 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.; hier auch eine Stellungnahme von RegR Woldt v. 13.9. auf einem Auszug aus der Tagesordnung.

³ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 7.9.1927 in: Rep. 84a, Nr. 7921, Bl. 46–47; hier auch Schriftwechsel mit anderen deutschen Justizministerien sowie dem Reichsjustizministerium. Der Entwurf v. 20.9. einer Allgemeinen Verfügung in: Rep. 87, B Nr. 8089, Bl. 63–66.

⁴ Vgl. das mit Schreiben v. 22.8.1927 von Becker vorgelegte Gutachten betr. die Stellungnahme Preußens zu dem Entwurf eines Reichsgesetzes zur Ausführung der Artikel 146 Abs. 2 u. 149 der Reichsverfassung (Reichsrats-Drucksache Nr. 102) (Druck) in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 59 Bd. 2, Bl. 20–46; hier auch Voten, eine ebenfalls gedruckte Zusammenstellung v. 12.9. der bisherigen Anträge zu dem Entwurf eines Reichsschulgesetzes Bl. 78–85v sowie Bl. 54–56v eine Ausarbeitung von MinR Zschintzsch zur Sitzung. Im Nachlaß Beckers findet sich eine (irrtümlich auf den 20.9. datierte) ms. Skizze zu einer Einführungsrede im Staatsministerium, in: VI. HA, NL C.-H. Becker, Nr. 1201, S. 1–5; auf der Rückseite von S. 5 *hs. Notizen*. Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, Das preußische Zentrum, S. 211; Grünthal, Reichsschulgesetz, S. 225.

⁵ Vgl. die Denkschrift Grzesinskis zum Denkmal v. 3.8.1927 in: Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 194–214; hier auch weiteres Material. Zur Feier: Tietz, Jürgen, Das Tannenberg-Nationaldenkmal. Architektur, Geschichte, Kontext, Berlin 1999, S. 47–54.

Nr. 115 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 14. September 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 176, Bl. 101–103; MF 1043. — *Abschr.:* GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 751, n. f.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 103 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: [Strunden, U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Köhler [RFinMinr.], Hölscher, Schleusener, Lammers, Brecht, Katzenberger, Weyhe, König, Frosch, Brand, Bachmann, Jaeckel, Boës, v. Geldern, Beninde, Schopohl, Wackermann, Reichau, Hartwig, Kaestner, Stolze, Zierold, Heuser, Danckwortt, Frh. v. d. Bussche, Breuhahn, Reschke.

Nochmals zur Reform der Beamtenbesoldung. Einzelheiten zur Eingruppierung². [B]

² *Ursprünglich in Angleichung an die Eingruppierung der Reichsbeamten (Bl. 101).*

Nr. 116 (2.) Ministerbesprechung am 14. September 1927.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 104–104v; MF 1043. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 751, n. f.; Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers, Schleusener, Abegg.

Nochmals zur Reform der Beamtenbesoldung. Einzelheiten zu den obersten Beamtenkategorien einschließlich Minister sowie Staatssekretäre und zur Regelung der Ministerversorgungsbezüge.¹ [B]

¹ *Vgl. die Vorlage Steigers v. 14.9.1927, Bl. 105–106a.*

(1.) Sitzung des Reichskabinetts am 15. September 1927, 11 Uhr.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 913–916, Dok. Nr. 293.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen König, Frosch.

1. Entwurf eines Besoldungsgesetzes und einer Besoldungsordnung. — 2. Entwurf des 5. Gesetzes zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Versorgungsgesetze.

(2.) Besprechung der Reichsminister am 15. September 1927, abends.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 916–918, Dok. Nr. 294.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Entwurf eines Besoldungsgesetzes und einer Besoldungsordnung.

(1.) Besprechung der Reichsminister am 16. September 1927, 11 Uhr.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 918–919, Dok. Nr. 295.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Entwurf eines Besoldungsgesetzes und einer Besoldungsordnung.

(2.) Besprechung der Reichsminister am 16. September 1927, 16 Uhr.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 919–920, Dok. Nr. 296.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen König.

Entwurf eines Besoldungsgesetzes und einer Besoldungsordnung.

Nr. 117 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 20. September 1927.

Vollz. Reinschriften mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 109–112, 123¹, Anlage: Bl. 113–122; MF 1043/1044. — Abschr.²: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Weismann, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Lammers.

[1.] *Nochmals zum Entwurf³ eines Reichsschulgesetzes. Einzelheiten, u. a. zum Religionsunterricht sowie zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen. [B] — [2.] Zwei Ernennungen, u. a. des Reichsfinanzministers a. D. Lüdemann zum Regierungspräsidenten in Lüneburg. [B] — [3.] Nochmals zum Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.⁴ [B]*

¹ *Die TOP 2–3 wurden im Anschluß an die [...] Ministersitzung über den Reichsschulgesetzentwurf (Bl. 123) besprochen.*

² *Anlage fehlt.*

³ *Anlage, Bl. 113–122. Vgl. das gedruckte Material Zur Sitzung des Staatsministeriums am 20.9.1927 (Ergebnisse der Referenten-Besprechung vom 19.9.1927) in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 59 Bd. 2, Bl. 131–140. Mit Bezug auf das Protokoll: Schulze, H., Otto Braun, S. 536; Hömig, Das preußische Zentrum, S. 211 f.*

⁴ *Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 17.9.1927 mit dem Entwurf seiner Stellungnahme im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichsrats in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 17 Bd. 24, Bl. 89–89v.*

Nr. 118 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 20. September 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit einer *hs. Korrektur*, Bd. 176, Bl. 126–127; MF 1044. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 751, n. f.; Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — *Prot.*: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Frick, Brecht, Katzenberger, Schleusener, Abegg, Hölscher, Weyhe, Kaestner, Wende, Kühne, König, Frosch, v. Leyden, Brand, Bachmann, Römhild, Heuser, Danckwortt, v. Geldern, Jaeckel, Stolze, Boës, Zierold, Wackermann, Reichau, Reschke, Breuhahn, Beninde, Schopohl.

*Nochmals zur Reform der Beamtenbesoldung. Einzelheiten zur Eingruppierung sowie zu den Ministerialzulagen.*²

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 126v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. Voten und Vorlagen v. 19.9.1927 in: Rep. 90, Nr. 751, n. f.

Nr. 119 (3.) Ministerbesprechung am 20. September 1927.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 176, Bl. 128; MF 1044. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 751, n. f.; Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — *Prot.*: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Schleusener, Abegg, Hölscher, Lammers.

Nochmals zur Reform der Beamtenbesoldung. Einzelheiten zur Eingruppierung.

Sitzung des Reichskabinetts am 22. September 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 932–934, Dok. Nr. 302.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Frosch.

Entwurf eines Besoldungsgesetzes. Regelung der Bezüge der Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger. Örtliche Sonderzuschläge. Amtsbezeichnungen.

Nr. 120 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 28. September 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 176, Bl. 128a–133; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 13*², Bl. 71–72v; *MF 1044*. — *Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 751, n. f.; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Bartels [zu 9], Weismann, Nobis, Frick, Katzenberger, Abegg, Hölscher, Lammers, Schleusener, Weyhe, Richter II, Richter I, Frosch, Brand, Bachmann, Zschintzsch, König, Werner Richter, Kaestner, Wende, v. Geldern, Kühne, Römhild, Danckwortt, Heuser, Jaeckel, Stolze, Breuer (WissMinm.), Schnitzler, Boës, Zierold, Breuhahn, Kummer, Wackermann, Reichau, Döhl, Reschke, Syring, Beninde, Schopohl, Surén, von den Driesch, Fritzsche, Legler, Schneider (StMinm.) [alle 35 zu 9].

(1. Nochmals zur internationalen Presseausstellung Köln 1928. Ernennung von OPräs. Fuchs zum preußischen Staatskommissar.³ [B] — **[2.] Staatsministerium.** Reihenfolge [...] der Vertreter der [...] Staatsregierung [...] hinter den Ländervertretern beim Empfang zum 80. Geburtstag Hindenburgs.⁴ [B] — **[3.] Bericht zur Aufnahme einer Staatsanleihe in den USA.**⁵ — **[4.] Bergbau.** Notverordnung über einen erweiterten Staatsvorbehalt zur Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohle und Erdöl.⁶ [B] — **[5.] Fünf Ernennungen.** [B] — **[6.] Nochmals zum Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Verteilung der Sitze zwischen den Ressorts usw.**⁷ [B] — **([7.] Nochmals zur Bildung eines Landesarbeitsamtsbezirks für das Ruhrgebiet; vertagt. — [8.] Nochmals zur Flaggenstreit mit den Berliner Hotels.) — [9.] Nochmals zur Reform der Beamtenbesoldung. Einzelheiten zur Eingruppierung.**⁸ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 128av wurden von den TOP 3–4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch eine Ausarbeitung eines Referenten im Staatsministerium zu TOP 6.

³ Vgl. den Aktenvermerk v. 29.10.1928 zu den Hintergründen des Beschlusses auf einer Abschrift des TOP in: *Rep. 120, E XVI 2 Nr. 6 Beiheft 1 Bd. 1, n. f.*

⁴ Vgl. zu den Feierlichkeiten in den Verwaltungen den Beschluß v. 16.9.1927, *MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 931*.

⁵ Vgl. mit weiterführender Anmerkung die Besprechung der Reichsminister (Chefbesprechung) am 6.10.1927 in: *Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 962, Dok. Nr. 312*. Außerdem die Aufzeichnung des VortrLegR Ernst Eisenlohr im Auswärtigen Amt v. 29.9.1927 in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B: 1925–1933, Bd. 6: 1.7.–30.9.1927, Göttingen 1974, S. 515–517, Dok. Nr. 239*. Ferner: Link, Werner, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32, Düsseldorf 1970, S. 414–417*. Im Zusammenhang mit der deutschen Anleihepolitik insgesamt: McNeil, *American Money, S. 176–179*.

⁶ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 27.9.1927 in: *Rep. 151, I C Nr. 9934, n. f. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 282. Dessen Einspruch v. 10.12.1927 ebd., Drucks. Nr. 325*. In der genannten Akte auch Material zum Prozeß vor dem Leipziger Staatsgerichtshof 1929.

⁷ Vgl. die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums in: *Rep. 76, Ila Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.*

⁸ Vgl. Vorlagen und Voten in: *Rep. 90, Nr. 751, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 27.9.1927 für Braun zur Sitzung*.

Nr. 121 (2.) Ministerbesprechung am 28. September 1927.

Vollz. Reinschr., Bd. 176, Bl. 136–136v; MF 1044. — *Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 751, n. f.; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt.
— Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Schleusener, Lammers.

[1. u. 3.] *Nochmals zur Reform der Beamtenbesoldung. Einzelheiten zur Eingruppierung, zum neuen Stellenplan¹ der Ressorts sowie zu den Bezügen des Ministerpräsidenten und den Ministerruhegehältern.* [B] — [2.] *Nochmals zur Bildung eines Landesarbeitsamtsbezirks für das Ruhrgebiet mit Sitz in Essen.*² [B]

¹ Vgl. den mit Anschreiben v. 29.11.1927 übersandten Stellenplan für die Einweisung der in der Preußischen Besoldungsordnung aufgeführten, am 30. September 1927 vorhandenen Beamtenstellen in die aus dem Gesetz über die Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten (Preuß. Besoldungsgesetz) sich ergebenden Bezüge (*Druck, 174 S.*) in: *Rep. 90, Nr. 1397, n. f.*

² Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 9.9.1927 in: *Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.*; hier auch eine Ausarbeitung von RegR Woldt v. 13.9. auf einem Auszug aus der Tagesordnung sowie ein Votum Höpker Aschoffs v. 29.9.

Besprechung der Reichsminister am 30. September 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 938–939, Dok. Nr. 304.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Frosch.

1. *Regelung der Bezüge der Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger (Entwurf eines Besoldungsgesetzes).* — **2.** *Auswirkungen der Besoldungsvorlage; vertagt.*

(1.) Besprechung der Reichsminister am 3. Oktober 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 944–946, Dok. Nr. 306.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Frosch.

Regelung der Bezüge der Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger (Entwurf eines Besoldungsgesetzes).

(2.) Besprechung des Reichsministeriums mit den Ministerpräsidenten der Länder am 3. Oktober 1927, 15 Uhr.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 946–949, Dok. Nr. 307.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Nobis.

Steuerrahmengesetz, Besoldungsreform, Verhältnis des Reichs zu den Ländern.

Besprechung der Reichsminister (Chefbesprechung) am 6. Oktober 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 961–973, Dok. Nr. 312.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Anleihe- und Preispolitik.

Besprechung der Reichsminister am 7. Oktober 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 973–982, Dok. Nr. 313.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Anleihe- und Preispolitik.

Nr. 122 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1927.

Vollz. Reinschr., Bd. 176, Bl. 136a–137v; MF 1044. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 751, n. f.; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: [Corsing, U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt, Abegg, Nobis, Frosch.

1. Beamtenbesoldung. Einzelheiten zum Entwurf¹ eines Preußischen Besoldungsgesetzes, der bereits vor der endgültigen Beschlußfassung [...] dem Staatsrate vorgelegt werden soll. Höpker Aschoff soll mit der Reichsregierung die Frage der Ministerpensionen [...] verhandeln und insbesondere hinsichtlich der Voraussetzung einer vierjährigen Ministertätigkeit und eines Mindestalters von fünfzig Jahren eine Milderung² erreichen. [B] — **2. Beamtenbesoldung.** Ausdehnung des staatlichen Besoldungsgesetzes auf die Kommunalbeamten.³ Beschlußfassung [...] vertagt. — **(3. Staatsministerium.** Notwendigkeit einer grundsätzlichen Erörterung und Beschlußfassung zur Veranstaltung von Festlichkeiten seitens der Staatsregierung. [B])

¹ Vom 6.10.1927, in: Rep. 90, Nr. 751, n. f. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 263 sowie zu Nr. 263 v. 8.10.1927.

² Die ursprünglichen Fassungen beseitigt bzw. in Fortfall gebracht wurden gestrichen zugunsten der Formulierung gemildert (Bl. 136av).

³ Vgl. die Schreiben Grzesinskis (i. V. Abegg) v. 16.9.1927 sowie Höpker Aschoffs v. 8.10. in: Rep. 84a, Nr. 2553, Bl. 62–62v.

Nr. 123 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Oktober 1927.

Vollz. Reinschr., Bd. 176, Bl. 138–143v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 14¹, Bl. 3–6v; MF 1044. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Frick, Brecht, Badt, Katzenberger, Abegg, Hölscher, Lammers, Hans Krüger, Kaestner, Landé [beide zu 2], v. Leyden [zu 2–5, 8 und 12], Röhm, Mussehl, Sölling, Wirth [alle vier zu 2], Strunden [zu 2 und 8], Zschintzsch [zu 2], Kühne [zu 2–3 und 5], König, Wellmann, Frosch, Heuser, Danckwortt, Breuer (WissMinm.), Schnitzler, Jaeckel, Boës, Brand, Bachmann [alle elf zu 3 und 5], Reichau [zu 3–5], Reschke [zu 3–5 und 13], Arens, Wackermann [beide zu 3 und 5], Breuhahn [zu 4–5], Thalau, Kügler [beide zu 7 und 12], Bansi, Schnitzler, Pokrantz [alle drei zu 9].

(1. Nochmals zum Flaggenstreit. Bericht Weismanns zu den Verhandlungen mit dem Verein Berliner Hotels. Der Erlaß Brauns vom 25.8.1927 wird außer Kraft gesetzt.² [B]) — 2. Nochmals zum Reichsschulgesetz. Instruktion der Reichsratsvertreter. Einzelheiten.³ [B] — 3. Beamtenbesoldung. Nochmals zum Entwurf eines Preußischen Besoldungsgesetzes. Bedingte Zustimmung zum Entwurf⁴, der in revidierter Fassung dem Staatsrate zur Begutachtung vorzulegen und dann im Landtag einzubringen ist. [B] — 4. Beamtenbesoldung. Nochmals zur Ausdehnung des staatlichen Besoldungsgesetzes auf die Kommunalbeamten. Ablehnung des Antrags⁵ von Grzesinski. [B] — 5. Beamtenbesoldung und Finanzausgleichsgesetz. Festlegung zum Stimmverhalten in den Reichsratsausschüssen über die Anträge⁶ Bayerns bei der zweiten Lesung des Besoldungsgesetzes. [B] — 6. Staatshaushalt für 1928. Verringerung der Zahl der Hilfskräfte in den Ministerien um 10 %.⁷ Beschlußfassung vertagt. — 7. Ausländische Landarbeiter. Bewilligung von zusätzlich 1 100 [...] Arbeitern zur Ernte.⁸ [B] — 8. Erweite-

¹ Hier auch eine Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2, 4–9 und 11–13 sowie Vorlagen zu den TOP 3 und 13.

² Vgl. die Meldung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes v. 11.10.1927 zum Ergebnis einer Besprechung mit dem Verein Berliner Hotels in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 277; vielfach nachgedruckt. Der Erlaß v. 25.8.1927 wurde mit dem Runderlaß v. 25.10.1927 unter Bezug auf die Zusagen aufgehoben, MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 1019. Der Entwurf des Erlasses in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. VII, Bl. 72.

³ Vgl. die Information Beckers v. 3.10.1927 über die bisherigen Ausschußverhandlungen im Reichsrat in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 59 Bd. 2, Bl. 153–163; ferner Bl. 165–174 seine Vorlage v. 8.10. zur Staatsministerialsitzung. – Der Gesetzentwurf wurde in der Reichsratssitzung am 14.10.1927 abgelehnt; StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 338–342, § 566.

⁴ Vom 10.10.1927, in: Rep. 120, CB I Nr. 78 Bd. 9, n. f. Vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 7120 B v. 13.10.1927. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 173.

⁵ Vom 5.10.1927; konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁶ Vom 3.10.1927, in: Rep. 90, Nr. 731, n. f. Die Besoldungsvorlage in: StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 127 v. 22.9.1927 mit mehreren Anlagen. Die Anträge Bayerns in: Rep. 84a, Nr. 9176, Bl. 13–14v.

⁷ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 3.10.1927 in: Rep. 84a, Nr. 6818, Bl. 334–334v.

⁸ Lt. Vermerk auf einem Auszug aus der Tagesordnung ist das Schreiben des Landwirtschaftsministers v. 6.10.1927 [...] nur dem [...] Ministerpräsidenten zugegangen, in: Rep. 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 4, Bl. 203; hier auch ein hs. Vermerk Schreibers v. 11.10. zum Beratungsergebnis.

rung des Stadtkreises Breslau.⁹ [B] — **9.** Ausführung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften.¹⁰ Keine Beschlußfassung. — **10.** Die evangelischen Dom- und Kollegiatstifter.¹¹ Beschlußfassung vertagt. — **11.** Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. *Die Ausführung erfolgt* unter Beteiligung des Handelsministers unter Federführung des Wohlfahrtsministers.¹² [B] — **12.** Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. *Verteilung der* den Gemeinden und Gemeindeverbänden zugesicherten Verwaltungsratsitze. [B] — **13.** Vermächtnis des 1843 verstorbenen Prinzen August von Preußen. *Aufhebung des Staatsministerialbeschlusses vom 30.6.1920, daß dem jeweiligen Justizminister [...] das Amts des Testamentsvollstreckers zukommt.*¹³ [B] — **14.** Vier Ernennungen. [B]

⁹ Vgl. den Gesetzentwurf Grzesinskis v. 7.10.1927 in: Rep. 84a, Nr. 4452, Bl. 237–269; hier auch Vormaterial. Im Staatsrat begutachtet als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 260 v. 12.10.1929 und dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 7497 v. 27.12.1927.

¹⁰ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 23.9.1927 in: Rep. 77, Tit. 2772 Nr. 3a, Bl. 109; hier auch Voten.

¹¹ Vgl. die Vorlage Grzesinskis zur wirtschaftlichen Lage der Domstifter v. 20.5.1927 in: Rep. 77, Tit. 156 Nr. 160 Beiakten 2 Bd. 2, Bl. 174–205; hier auch Bl. 214–214v eine Ausarbeitung v. 8.10. für den Minister sowie weiteres Material.

¹² Vgl. den Antrag des Wohlfahrtsministers v. 8.8.1927, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 90, Nr. 2284 Bl. 186; hier auch Bl. 188 eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 10.10. für Braun zur Sitzung. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 17 Bd. 24, Bl. 175 eine hs. Notiz Schreibers v. 11.10. zur Sitzung. Mit Bezug auf das Protokoll: Marcus, Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, in: Archivalische Zeitschrift 83 (2000), S. 117.

¹³ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 7.10.1927 in: Rep. 87, B Nr. 8163, n. f.

Nr. 124 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1927.

Vollz. Reinschr., Bd. 176, Bl. 144–147, Abschr.: Bl. 148–149v; MF 1044. — Abschriften: GStA, I, HA, Rep. 90, Annex L Nr. 14, Bl. 39–40v; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: [Corsing, U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Lammers, Weismann, Nobis, Frick, Brecht, Badt, Katzenberger, Hölscher, Wellmann [zu 1], Breuhahn [zu 1–2 und 6], Backhaus [zu 1], Sattelmacher [zu 4], Corsing [zu 4–5], Becker (FinMinm.) [zu 5], Richter II, Frosch, Ahrendts, Fritzsche [alle vier zu 6].

1. Staatshaushalt für 1928. Nochmals zur Verringerung der Zahl der Hilfskräfte in den Ministerien um 10 %¹ sowie zum Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben. Die von Höpker Aschoff beantragte Kürzung der Dispositionsfonds wird abgelehnt, eine Entscheidung über die Erhöhung des Staatsanteils an der Hauszinssteuer [...] zurückgestellt und somit dem Landtag ein unausgeglichener Haushaltsplan [...] vorgelegt. [B] — Binnen drei Monaten sind von den Ressorts Vorschläge² für eine durchgreifende Verwaltungsreform dem Staatsministerium einzureichen. [B] — **2.** Behörden. Dienstzeit am Wochenende.³ [B] — **3.** Drei Ernennungen und eine

¹ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 3.10.1927 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 38a Bd. 7, Bl. 326–326v.

² Vgl. umfangreiche Ausarbeitungen z. B. in: Rep. 76, Ila Sekt. 46 Gen. Nr. 1 Adhib. A Bd. 5, n. f., sowie Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Adhib. Bd. 10, n. f. Grzesinski legte mit Anschreiben v. 24.7.1928 seinen Vorschlag für eine Verwaltungsreform vor, in: Rep. 77, Tit. 2779 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 113–138.

³ Vgl. das Schreiben Brauns v. 30.9.1927 in: Rep. 151, HB Nr. 308, n. f.

Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — **4. Zwei Disziplinarsachen.**⁴ [B] — **5. Auslandskredite.** *Bedingte Zustimmung zu den neuen Richtlinien*⁵ *zu ihrer Aufnahme [...] durch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, daß auch für die Länder*⁶ *ein Berufungsrecht gegen die Entscheidungen der Beratungsstelle geschaffen wird.* [B] — **6. Beamtenbesoldung.** *Bedingte Zustimmung zum von Höpker Aschoff vorgelegten Entwurf*⁷ *der Stellungnahme [...] zum Gutachten des Staatsrats über das Preußische Besoldungsgesetz.* [B]

⁴ *Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.*

⁵ *Vgl. den mit Einladung des Finanzministers v. 14.10.1927 zu einer Ressortbesprechung am 17.10. versandten Entwurf in: Rep. 120, A X Nr. 45 Bd. 3, n. f.; hier auch ein hs. Vermerk Schreibers v. 18.10. zum Beratungsergebnis des Staatsministeriums auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Die Richtlinien wurden veröffentlicht in: MinBl. Innere Verwaltung 1928, Sp. 503; damit wurden die Richtlinien v. 23.12.1924 (vgl. Sitzung am 28.10.1925, TOP 11b) außer Kraft gesetzt.*

⁶ *Geändert aus für den Präsidenten der Preußischen Staatsbank, die Länder ein Berufungsrecht (Bl. 146v).*

⁷ *Vom 17.10.1927; konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Das Gutachten des Staatsrats v. 12.10.1927 in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 7120 A. Die Stellungnahme des Staatsministeriums v. 23.10.1927 in: Ebd., Drucks. Nr. 7169.*

Nr. 125 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Oktober 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹, *Bd. 176, Bl. 150–153v, Abschr.: Bl. 154–155v; MF 1044. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Corsing, U].

Weitere Teilnehmer: Hölscher, Pünder [RK], Weismann, Brecht, Badt, Katzenberger, Hans Krüger, Löhrs, Zschintzsch, Frielinghaus [beide zu 4], Bansi [zu 4–6], Ahrendts [zu 4], Strunden [zu 4 und 6], v. Leyden [zu 5], Brand [zu 5 und 7], Landfried, Gürich [beide zu 5], Reschke [zu 5 und 7], Brandmann, Trendelenburg, Heckel, Soelling [alle vier zu 6], Radler, Corsing [beide zu 8].

(1. Reichsrat. *Angesichts des Fortfalls der regelmäßigen Besprechungen der Staatsregierung mit den [...] Reichsratsbevollmächtigten der Provinzen wird sie Braun zu einem Empfang laden.*² [B] — **2. Ministerien.** *Überschreitung der Vertretungsvollmacht durch einen Sachbearbeiter.*³ *Es sollen die bereits vorliegenden Staatsministerialbeschlüsse in Erinnerung gebracht werden.* — **3. Information zu den Einladungen für ein Bankett des Reichsverbandes der Deutschen Presse.)** — **4. Entwurf**⁴ *eines Gesetzes über eine weitere Neuregelung der kommunalen Grenzen im westfälischen Industriebezirk. Notwendigkeit weiterer Abstimmungen.* — **5. Verlegung des Landratsamts Beuthen-Tarnowitz nach**

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 150 wurde von TOP 8 ein Durchschlag an die Reichskanzlei gegeben.*

In Rep. 90, Annex L Nr. 14, auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 4–8 und 10–11 sowie Vorlagen zu den TOP 4 und 10.

² *Vgl. das Schreiben des Innenministeriums v. 15.10.1926 in: Rep. 90, N. 108, n. f.; hier auch die Antwort Brauns v. 31.10. sowie der Aktenvermerk (von MinR Nobis?) auf einem Protokollauszug: Die Angelegenheit ist durch die am 27. vor[igen] M[ona]ts stattgehabt Besprechung mit dem [...] Min[inister]Präs[identen] bis auf weiteres erledigt. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 91.*

³ *Vgl. die Stellungnahme von MinR Rathenau sowie den Bericht über dessen Vorgehen in der Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung am 21.10.1927 von MinR Kügler in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 17 Bd. 24, Bl. 252–264.*

⁴ *Vom 12.10.1927, in: Rep. 120, A II 5e Nr. 8 Bd. 13, n. f.; hier auch umfangreiches Vormaterial.*

Hindenburg. [B] — **6.** *Nochmals zu den evangelischen Dom- und Kollegiatstiftern. Notwendigkeit kommissarischer Klärungen und Vertagung der Beschlußfassung.*⁵ — **7.** *Beamtenpolitik. Vereidigung der Beamten. Zustimmung.*⁶ [B] — **8.** *Ostmarkenpolitik und Verteilung der Reichsosthilfe 1927; vertagt*⁷. — *Grzesinskis wird die Staatsregierung in der Sitzung der Reichsregierung am 27.10.1927 vertreten.* [B] — **9.** *Sieben Ernennungen.* [B] — **10.** *Nochmals zu den Lotterie-Staatsverträgen mit den süddeutschen Staaten.*⁸ Beschlußfassung ausgesetzt. — **(11.** *Beamtenbesoldung. Die Ausführung des Runderlasses vom 27. Juli betr. die Gewährung von Unterstützungen an Beamte und Angestellte und die Verstärkung der bezüglichen Fonds ist durch die Besoldungsvorlage überholt.)* — **12.** *Beteiligung der Minister an gesellschaftlichen Veranstaltungen; vertagt.*

⁵ Vgl. das Votum Beckers v. 12.9.1927 in: Rep. 77, Tit. 156 Nr. 160 Beiakten 2 Bd. 2, Bl. 206–209; hier auch Bl. 219–220 eine Notiz zum Ergebnis der Staatsministerialsitzung sowie Bl. 231–234v eine Aufzeichnung zur Ressortbesprechung am 2.11.

⁶ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 18.10.1927 mit dem Beschlußentwurf in: Rep. 151, I B Nr. 2688, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR König v. 24.10. für den Minister. Der Runderlaß in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 156.

⁷ Auf Antrag des StS des Wohlfahrtsministeriums Scheidt v. 24.10.1927, da Hirtsiefer erst am Abend von einer Dienstreise zurückkehrte; vgl. Rep. 90, Nr. 1108, Bl. 289.

⁸ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 24.10.1927 in: Rep. 90, Nr. 1470, n. f.

Sitzung des Reichskabinetts mit anschließender Ministerbesprechung am 27. Oktober 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1025–1029, Dok. Nr. 328.

Anwesend: für Preußen Grzesinski.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Bail.

1. *Bezirke der Landesarbeitsämter.* — **2.** *Ostpreußenfragen.* — **3.** *Handelsvertragsverhandlungen mit Polen.* — **4.** *Gesetzentwürfe über den Reichswirtschaftsrat.* — **[4.]** *Wechsel in der Leitung der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen.*

Nr. 126 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Oktober 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 176, Bl. 156–157v, Abschr.: Bl. 158–158v; MF 1044. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — *Prot.: [Corsing, U].*

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Lammers [für Becker], Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Feßler [RK], Katzenberger, Hog, Arens, v. Heusinger, Frielinghaus, F. Ernst, Sperl, Hans

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 156 wurden von den TOP 2–3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben. In Rep. 90, Annex L Nr. 14, auch die Ausarbeitung eines Referenten im Staatsministerium zu TOP 1.

Krüger, Krause, Mothes, Backhaus, Gatermann, Hellich, v. Leyden, Surén, Simon, Brathuhn, Wellmann, Corsing [alle 18 zu 1], Behrendt [zu 2].

1. *Nochmals zum Steuervereinheitlichungsgesetz des Reichs. Bedingte Zustimmung zur Reichsratsvorlage². Einzelheiten, u. a. zur Gewerbebesteuerung, zur Ablehnung einer Wiedereinführung der gemeindlichen Wein- und Branntweinbesteuerung sowie einer Grundsteuer auf öffentliche Flughäfen. Notwendigkeit einer erneuten Beratung zur Steuerbefreiung des unmittelbaren Sparkassenverkehrs der öffentlich-rechtlichen Sparkassen.* [B] — **2.** Staatsministerium. *Vertretung auf dem Empfang der sowjetischen Botschaft zum 10. Gründungstag der russischen Sowjetrepublik durch StS Weismann.* [B] — **3.** *Aufstockung des Gebäudes des Justizministeriums.* [B]

² *StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 104 und zu Nr. 104 v. 15.7.1927. Die Vorlage Höpker Aschoffs v. 26.10.1927 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 84a, Nr. 9217, Bl. 52–65v; hier auch Voten.*

Nr. 127 Sitzung des Staatsministeriums am 2. November 1927.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 176, Bl. 156–161, Abschr., Bl. 162–164; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 15², Bl. 6–8v; MF 1044/1045. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 15, Bl. 3–5; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Brecht, Badt, Goslar, Lammers, Hölscher, Hans Krüger, Wellmann, Flemming [beide zu 1], Wende, von den Driesch [beide zu 1–2], Backhaus [zu 1], Corsing [zu 1 und 3], Landfried [zu 1 und 5], Radler [zu 3], Bansi [zu 3–5], v. Leyden, Klamroth, Zschintzsch, Frielinghaus [alle vier zu 4], Strunden [zu 4–5], Löhrs, Rathenau, Gürich, Leeser, Richter (WohlfMinm.), Frankenbach, Hellich [alle sieben zu 5], Reschke [zu 6 und 8], Kübler, Bandmann, Krücke, Articus [alle vier zu 8].

1. *Nochmals zum Staatshaushalt [...] für 1928. Zustimmung und Überweisung an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat.*³ [B] — **2.** *Pädagogische Akademie in Köln. Zustimmung zur Errichtung [...] zu Ostern 1928 für die Ausbildung katholischer Volksschullehrerinnen.*⁴ [B] — **3.** *Nochmals zu den Lotterie-Staatsverträgen mit den süddeutschen Staaten, nachdem sie der Staatsrat abgelehnt hat, weil [...] die preußischen Interessen nicht genügend gewahrt sind. Notwendigkeit neuer Verhandlungen. Einzelheiten.*⁵ [B] — **4.** *Nochmals zum Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Neuregelung der kommunalen Grenzen im westfälischen Industriebezirk. Überweisung an den Staatsrat zur Begutachtung und dann an den*

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 161 wurden von den TOP 1–6 und 8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–6 und 8 sowie Vorlagen zu den TOP 1, 5 und 8.*

³ *Vgl. den Entwurf v. 31.10.1927 eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1928 in: Rep. 84a, Nr. 6818, Bl. 341–345; hier auch Bl. 346 eine Ausarbeitung v. 1.11. zur Staatsministerialsitzung. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 7473 v. 13.12.1927 mit einer Stellungnahme des Staatsrats.*

⁴ *Vgl. die Vorlage Beckers v. 31.10.1927 in: Rep. 90, Nr. 1759, Bl. 239–240; hier auch Bl. 241 eine Ausarbeitung von MinR Strunden v. 1.11. für Braun. Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, Das preußische Zentrum, S. 209.*

⁵ *Vgl. das Votum Steigers v. 1.11.1927 in: Rep. 90, Nr. 1470, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 25.10. für Braun zur Sitzung.*

Landtag.⁶ [B] — **5.** Ostmarkenpolitik und Reichsosthilfe 1927. *Notwendigkeit kommissarischer Verhandlungen.*⁷ [B] — **6.** Minister. Beteiligung [...] an gesellschaftlichen Veranstaltungen. *Übernahme der Position der Reichsregierung.*⁸ [B] — **7.** *Drei Ernennungen.* [B] — **8.** Einheitliche Auflösung des Hausvermögens des vorm. Herzog von Sachsen-Coburg-Gothaschen Hauses. *Zustimmung zur Vereinbarung*⁹ mit dem Freistaat Thüringen. *Einzelheiten.* [B]

⁶ Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 285 v. 2.11.1917. Im Landtag beraten als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 7282 v. 26.11.1927. Vgl. die hs. Notiz Schreibers v. 2.11.1927 zum Beratungsergebnis im Staatsministerium auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, A II 5e Nr. 8 Bd. 13, n. f.

⁷ Vgl. die Denkschrift Grzesinskis v. 7.7.1927 in: Rep. 90, Nr. 1108, Bl. 68–113; hier auch Voten sowie Bl. 290–291 zwei Ausarbeitungen von MinR Strunden für Braun zur Sitzung; außerdem Bl. 296 eine Aufzeichnung über eine kommissarische Beratung am 26.10. Ferner mit Bezug auf ein Schreiben Brauns v. 28.11.1927 an den Reichskanzler die (1.) Sitzung des Reichskabinetts am 30.11.1927, TOP 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1124–1126, Dok. Nr. 337. Mit Bezug auf das Protokoll: Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 214.

⁸ Vgl. eine Ausarbeitung von ORegR Scheche für Höpker Aschoff v. 31.10.1928 zur Sitzung in: Rep. 151, HB Nr. 22, Bl. 385; hier auch eine hs. Notiz des Ministers zum Beratungsergebnis. Die Stellungnahme der Reichsregierung wurde z. B. gedruckt in dem Artikel „Die gesellschaftlichen Pflichten des Kabinetts“, in: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 496 v. 22.10.1927.

⁹ Vgl. den Entwurf Schmidts v. 26.10.1927 in: Rep. 84a, Nr. 43620, Bl. 352–361; hier auch Voten. Umfangreiches weiteres Material bis zur Unterzeichnung der Vereinbarung am 2.2.1928 in: Rep. 84a, Nr. 43621. Der Vertrag wurde veröffentlicht mit der Verordnung v. 21.2.1928, GS, S. 11.

Nr. 128 Sitzung des Staatsministeriums am 8. November 1927.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 176, Bl. 165–167v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 15², Bl. 69–70v; MF 1045. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Seefeld [für Schreiber], Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Goslar [alle vier zu 1–8], Sattelmacher [teilw. zu 1 und zu 3], Corsing [zu 1 und 7], K. Weber [teilw. zu 1], Reschke [zu 3], Paul [zu 5], Strunden [zu 5–6], Sommer, Mussehl [beide zu 6], Gall [zu 7].

1. Zwei Disziplinarsachen.³ [B] — **2.** Nochmals zum Steuervereinheitlichungsgesetz; Erörterung und Beschlußfassung [...] vertagt.⁴ — **3.** Disziplinarsache.⁵ Gnadengesuch. [B] — **4.** Drei Ernennungen. — **5.** Kirchenpolitik. Getzentwurf⁶ wegen Anerkennung der Synagogen-

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 166v wurden von den TOP 2–3 und 5–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–6 und 8 sowie Vorlagen zu den TOP 4, 6 und 8.

³ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 26.10.1927 in: Rep. 84a, Nr. 9217, Bl. 52–65v; hier auch Bl. 106–106v eine Ausarbeitung von MinR Brathuhn v. 5.11. zur Sitzung.

⁵ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F.

⁶ Vom 28.10.1927, in: Rep. 84a, Nr. 47118, Bl. 121–123h. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 288 v. 8.11.1927; Änderungsvorschläge im sog. Mündlichen Bericht des Verfassungsausschusses v. 10.12.1927, ebd., Drucks. Nr. 323. Dem Landtag eingereicht als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 8077 v. 7.2.1928; hier auch die Stellungnahme des Staatsministeriums zum Gutachten des Staatsrats. Umfangreiches Vormaterial ab 1921 in Rep. 77, Tit. 416 Nr. 54 I.

gemeinde „Israelitische Religionsgesellschaft“ in Frankfurt a./M. als Körperschaft des öffentlichen Rechts. *Vorlage an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat.* [B] — **6.** Maiszoll. *Keine Zustimmung zur Zollerhöhung durch den Handels- und Schifffahrtsvertrag⁷ mit Jugoslawien im Reichsrat.* [B] — **7.** Verleihung des Schillerpreises an Hermann Burte [...], Fritz von Unruh und Franz Werfel. [B] — **(8.** *Geschäftsordnung.* Die beteiligten Oberpräsidenten und Landeshauptleute sowie die nachgeordneten Behörden haben sich ohne ausdrücklichen Auftrag jeglicher unmittelbarer Verhandlungen mit Vertretern des Freistaats Waldeck über Anschlußbedingungen zu enthalten.⁸ [B]) — **[9.]** *Nochmals zur Internationalen Presse-Ausstellung Köln. Kontaktaufnahme mit der Reichsregierung wegen der vom Preußischen Staatskommissar beantragten Finanzhilfe.* [B] — **[10.]** *Groß-Hamburg-Frage. Braun behält zunächst die Federführung bei den weiteren Verhandlungen. Einzelheiten.* [B] — **[11.]** *Staatsministerium. Zur jetzt brennenden Tagesfrage des Einheitsstaats soll demnächst eine Ministerbesprechung stattfinden.* [B]

⁷ Vgl. *StenBerReichsR*, Jg. 1927, Drucks. Nr. 144 v. 20.10.1927; beschlossen in der Sitzung am 17.11.1927, ebd., S. 364, § 627. Die Vorlage Schreibers v. 5.11.1927 in: *Rep.* 87, B Nr. 7828, n. f.; hier auch weiteres Material zum Handelsvertrag sowie Aktenvermerke von MinR Mussehl v. 10. u. 11.11. zum Ergebnis der Staatsministerialsitzung und der Beratung in den Reichsratsausschüssen. Ferner die Besprechung der Reichsminister am 11.11.1927, TOP 3, in: *Die Kabinette Marx III und IV*, Bd. 2, S. 1056, Dok. Nr. 335.

⁸ Vgl. das Schreiben Grzesinskis v. 15.11.1927 zum Beschluß in: *Rep.* 84a, Nr. 9874, Bl. 182. Mit Bezug auf das Protokoll: Menk, *Das Endes des Freistaates Waldeck*, S. 201.

Nr. 129 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1927.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 176, Bl. 165–167v; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 15², Bl. 120–120v; MF 1045. MF 1045. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Coßmann, Katzenberger, Hans Krüger, Mussehl, Sommer [beide zu 2–3], Strunden [zu 2], Scheche, Bansi [beide zu 4], Brathuhn, Corsing [beide zu 3–4].

1. *Sechs Ernennungen.* [B] — **2.** *Nochmals zum Maiszoll. Keine Änderung des Staatsministerialprotokolls v. 8.11.1927.*³ [B] — **3.** *Zollermäßigung für Wein. Zustimmung zum Reichsratsantrag⁴ der drei Hansestädte.* [B] — **4.** *Staatshaushalt für 1928 und Sonderfinanzausgleich. Übernahme der Regelung für 1927.*⁵ [B] — **5.** *Nochmals zum Steuervereinheitlichungsgesetz. Keine Beschlußfassung.*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 166v wurden von den TOP 2–3 und 5–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–5 sowie eine Vorlage zu TOP 4.

³ Vgl. eine Ausarbeitung von ORegR Narten v. 15.11.1928 für Steiger zur Sitzung in: *Rep.* 87, B Nr. 7828, n. f.

⁴ Vom 4.11.1927, in: *StenBerReichsR*, Jg. 1927, Drucks. Nr. 145; beschlossen in der Sitzung am 24.11.1927, ebd., S. 370, § 643. Vgl. die Vorlage Schreibers v. 12.11.1927 in: *Rep.* 120, C VII 2b Nr. 1 D 5² Bd. 1, n. f.; hier auch seine *hs. Notiz v. 17.11. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung.*

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 15.11.1927 in: *Rep.* 84a, Nr. 9176, Bl. 17–19; hier auch eine Referentenausarbeitung v. 15.11. zur Sitzung.

Nr. 130 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1927.

Vollz. Reinschr., Bd. 176, Bl. 170; MF 1045. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f. (zwei Exemplare); Rep. 120, BB VII 1 Nr. 1 Adhib. 53 Bd. 1, Bl. 31; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Weismann, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Weismann.

Nochmals zum Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung¹ und Arbeitslosenversicherung. Regelung des Vorschlagsrechts zwischen Handelsministerium und Volkswohlfahrtsministerium. [B]

¹ *So lt. Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung v. 16.7.1927, RGBl. I, S. 187. Im Protokoll Arbeitsnachweiswesen (Bl. 170). — Eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 15.11.1927 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 15, Bl. 126–126v.*

Nr. 131 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1927.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 176, Bl. 171–172; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 15², Bl. 112; MF 1045. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Hölscher [für Schmidt], Weismann, Badt, Coßmann, Katzenberger, Scheche, Hellich, Frielinghaus, v. Leyden, Ganschow, Corsing [alle sechs zu I].

1. Kraftfahrzeugsteuer. Bedingte Zustimmung zum Gesetzentwurf³ im Reichsrat. Einzelheiten. [B]
— 2. Zwei Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in zwei Fällen. [B]

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 172 wurde von TOP 1 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch eine Ausarbeitung des Referenten im Staatsministerium sowie die Vorlage zu TOP 1.*

³ *StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 146 v. 9.11.1927; beschlossen in der Sitzung am 24.11.1927, ebd., S. 370 f., § 644 mit den Änderungen. Vgl. Voten Grzesinskis und Höpker Aschoffs v. 18. bzw. 19.11.1927 in: Rep. 120, C V Nr. 79 Bd. 6, n. f.; hier auch weiteres Material. Ferner die Besprechung der Reichsminister am 9.11.1927, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1050 f., Dok. Nr. 334.*

Besprechung der Reichsminister am 22. November 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1086–1088, Dok. Nr. 347.

Anwesend: für Preußen Steiger, Schreiber.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Leeser.

Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen.

Sitzung des Reichskabinetts am 23. November 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1091–1093, Dok. Nr. 349.

Anwesend: für Preußen Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Borchart.

(1. Strafantrag gegen „Das rote Echo“.) — 2. Anwendung der deutschen Ortsbezeichnungen im deutschen Text von Verträgen mit fremden Staaten. — 3. Reichswehrzwischenfall bei der Verfassungsfeier in Giessen. — 4. Nürburgring. — 5. Beamtenvertretungsgesetz. — 6. Reichsehrenmal. — 7. Beratung des Strafgesetzentwurfs im Reichstagsausschuß. — 8. Unterstützung der Saararbeiter.

Besprechung der Reichsminister am 28. November 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1114–1116, Dok. Nr. 354.

Anwesend: für Preußen Schreiber, Steiger.

(1. Bauausstellung Berlin.) — 2. Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen.

Nr. 132 Sitzung des Staatsministeriums am 29. November 1927.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 176, Bl. 173–174v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 15², Bl. 135–136v; MF 1045. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

*Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Coßmann, Katzenberger, Abegg, Lutterloh [zu 1 und 4], Landfried [zu 1–2], Bansi [zu 1–2 und 5], Gürich [zu 1–2 und 4], Leeser [zu 1 und 4], Strunden, Mussehl [beide zu 1–2 und 4], Frankenbach [zu 1–2], Deichmann [zu 2], Wage-
mann [zu 2 und 5], Kügler [zu 6–7], Thalau [zu 6–7], Gossel [zu 7], Corsing [zu 6–7], Sandrock*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 174v wurden von den TOP 1–2 und 4–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4–8 sowie Vorlagen zu den TOP 4 und 6.

[zu 6–7], Bail [zu 4], K. Meyer [zu 5], Reschke [zu 5 und 8], Lippmann [zu 5], Schindler [zu 6], Werner Richter, Breuer (WissMinm.), Rohde, König, Brand, Syring, Kühne, Danckwortt, Reichau, Wackermann, Bachmann [alle elf zu 8].

1. Nochmals zur Ostpolitik. Beantragung von 15 Mio. RM als Osthilfe bei den Haushaltsberatungen im Reichsrat. Die von Grzesinski in seiner Denkschrift vom 7.7.1927 niedergelegten Vorschläge zur Stärkung und Erhaltung der Ostgebiete sind in kommissarischen Verhandlungen weiter zu erörtern. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob eine Ostpolitik auf längere Sicht als erforderlich anerkannt werden müsse.³ [B] — **2. Kreditnot in Ostpreußen.** Hilfsmaßnahmen sollen grundsätzlich [...] das ganze Ostgebiet umfassen.⁴ [B] — **3. Drei Ernennungen.** [B] — **4. Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen.** Benennung der preußischen Vertreter. [B] — **5. Entwurf**⁵ eines Gesetzes über Aufwertung und Ablösung staatlicher Renten. Grundsätzliche Zustimmung und weitere Diskussion in kommissarischen Beratungen. [B] — **6. Ernennung der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter sowie ihrer ständigen Stellvertreter.**⁶ [B] — **7. Nochmals zu den ausländischen Landarbeitern.** In der Frage ihrer Überwinterung wird die Beschlußfassung ausgesetzt.⁷ — **8. Beamtenbesoldung.** Einrichtung eines Sonderfonds zum Ausgleich von Besoldungsverschiedenheiten an wissenschaftlichen Instituten gegenüber der Reichsbesoldungsordnung. [B] — Höpker Aschoff hat in den kommenden Beratungen grundsätzlich die Vorlage der Staatsregierung zu vertreten. [B]

³ Von insbesondere bis müsse hs. ergänzt (Bl. 173v). – Mit Bezug auf das Protokoll: Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 214.

⁴ Vgl. die Ausarbeitung von MinR Strunden v. 28.11.1927 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1070, n. f.; hier auch eine Aufzeichnung über eine Besprechung vom gleichen Tag mit Vertretern von Reichsministerien. Eine Aufzeichnung von MinR Bansi v. 29.11. für Steiger zum Ergebnis dieser Beratungen in: Rep. 87, B Nr. 19423, Bl. 30–31. Mit Bezug auf das Protokoll: Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 228. Ferner grundsätzlich Treue, Preußens Wirtschaft, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2, S. 590.

⁵ Vom 26.11.1927, in: Rep. 90, Nr. 38, Bl. 446–463v; hier auch Bl. 464–464v eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 28.11. für Braun zur Sitzung.

⁶ Vgl. die Vorschlagsliste des Reichsarbeitsministers v. 18.11.1927, die Hirtsiefer mit Anschreiben v. 26.11. als Vorlage zur Staatsministerialsitzung einbrachte, in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.; hier auch eine Stellungnahme von MinR v. Achenbach auf einem Auszug aus der Tagesordnung.

⁷ Vgl. das Schreiben des Reichsarbeitsministers v. 12.11.1927 in: Rep. 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 4, Bl. 217–218; hier auch Bl. 237 ein hs. Vermerk Schreibers v. 29.11. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis.

Besprechung der Reichsminister am 1. Dezember 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1131–1133, Dok. Nr. 360.

Anwesend. für Preußen Höpker Aschoff.

Das Ergebnis der Beratungen des Reichshaushaltsausschusses zum Besoldungsgesetzentwurf in I. Lesung.

Nr. 133 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Dezember 1927.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 176, Bl. 175–177v; hs. und ms. Urschriften sowie Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 16², Bl. 3–9; MF 1045. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Brecht, Badt, Coßmann, Katzenberger, Lammers, Backhaus, Schnitzler [beide zu 1], Corsing [zu 1 und 3], Bansi, Strunden [beide zu 2], Kügler, Thalau [beide zu 3].

1. Reichshaushalt 1928.³ Instruktionen für die Beratung im Reichsrat. Einzelheiten, u. a. grundsätzliche Bedenken gegen die Rate zum Bau des Panzerschiffes A-1 sowie dessen artilleristische Armierung.⁴ Ferner soll die Vergabe von Zuschüssen im Einvernehmen mit den zuständigen Landeszentralbehörden erfolgen. Für Streichungsanträge insbesondere beim Haushalt vom Reichswehr- und -finanzministerium wird die Ermächtigung allgemein erteilt. [B] — 2. Wirtschaftsförderung und Erwerbslosenfürsorge. Darlehn zur Förderung des Frühgemüsebaus.⁵ [B] — 3. Nochmals zu den ausländischen Landarbeitern und der Entscheidung über [...] Kündigung oder Vertragsverlängerung.⁶ [B] — 4. Drei Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 177v wurden von den TOP 1–3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3.

³ Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 154; beschlossen in der Sitzung am 17.12.1927, ebd., S. 406–412, § 686. Ein Votum Beckers v. 5.12.1927 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 57 Bd. 10, n. f.; hier auch eine ausführliche hs. Notiz Schreibers v. 6.12. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Außerdem ein Schreiben Brauns v. 7.12. mit der Bitte, daß jedes Ressort [...] bei den Ausschusssitzungen [...] ständig durch mindestens einen Bevollmächtigten vertreten ist, damit Preußen mit der vollen Stimmenzahl seinen Einfluß geltend machen kann, in: Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 6, n. f. Mit Bezug auf preußische Vorschläge die Sitzung des Reichskabinetts am 15.12.1927, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1162–1164, Dok. Nr. 376.

⁴ Vgl. Grzesinski, Im Kampf um die deutsche Republik, S. 210; zusammenfassend Schulze, H., Otto Braun, S. 545–548.

⁵ Vgl. die Vorlage Steigers v. 28.11.1927 in: Rep. 87, B Nr. 508; Bl. 218–211; hier auch Schriftwechsel mit Reichsministerien. Eine Referentenausarbeitung v. 30.11. für Schmidt zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 11512, Bl. 290–290v; hier auch Bl. 291–298 seine Denkschrift: Die steigende Bedeutung des Gemüsebaues und seine Förderung. Denkschrift des Preußischen Landwirtschaftsministeriums v. 3.12.1926 (Druck). Zur regionalen Bedeutung der Kredite am Beispiel des Regierungsbezirks Lüneburg: Stegmann, Dirk, Politische Radikalisierung in der Provinz. Lageberichte und Stärkemeldungen der Politischen Polizei und der Regierungspräsidenten für Osthannover 1922–1933, Hannover 1999, S. 36.

⁶ Vgl. das Schreiben des Reichsarbeitsministers v. 5.12.1927 in: Rep. 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 4, Bl. 239–241; hier auch Bl. 238 eine hs. Notiz Schreibers v. 6.12.1927 auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Das Schreiben Brauns auch gedruckt in: StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 161.

Nr. 134 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1927.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 176, Bl. 178–178v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 16², Bl. 17–18v; MF 1045. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 178v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Nobis, Brecht, Badt, Coßmann, Goslar, Katzenberger, Hans Krüger, Hog, Riewald, Surén, Frielinghaus, Hellich, Corsing [alle sechs zu 1], Borchart [zu 2].

1. Einkommenssteuer. Entwurf eines Änderungsgesetzes. Instruktionen für die Beratung im Reichsrat.³ [B] — **2. Nürburgring. Zuschuß zur Sanierung.**⁴ [B] — **(3. Nochmals zum Reichshaushalt 1928. Ein bayerischer Antrag auf Zuschüsse zu Gunsten der Bayerischen Ostgrenzgebiete ist auf alle Grenzgebiete zur Tschechoslowakei auszudehnen.** [B])

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 sowie Vorlagen zu TOP 1.

³ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 5.12.1927 in: Rep. 84a, Nr. 9159, Bl. 28–35; hier auch Bl. 10–27v die Reichsratsvorlage des Reichsfinanzministers vom gleichen Tag, die als Umdruckvorlage nicht in die Drucksachen des Reichsrats aufgenommen wurde. Sie wurde in der Sitzung am 9.12.1927 beraten; vgl. StenBerReichsR, Jg. 1927, S. 380 f., § 661 – die beschlossene Fassung als Anlage 2, S. 383 f.

⁴ Vgl. die gemeinsame Vorlage des Innen- u. des Wohlfahrtsministeriums v. 5.12.1927 in: Rep. 120, E I Gen. Nr. 64 Bd. 1, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 8.12. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Der Nürburgring wurde 1927 eröffnet – zum Bau und zu den noch mehrere Jahre bestehenden provisorischen Schotter-Teilstücken vgl. Hornung, Thora, Die Nürburgring-Story. 60 Jahre Rennsport-Faszination, Stuttgart 1987, S. 31–40. Zu den Bauarbeiten detailliert, jedoch ohne Angaben zu den Finanzierungsproblemen die Zeitschrift: Der Nürburgring. Illustrierte Monatsschrift für Motorsport auf der deutschen Gebirgs-, Renn- und Prüfungsstraße im Kreise Adenau, Jg. 1–2 (1926–28).

Nr. 135 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Dezember 1927.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 176, Bl. 179–181; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 16², Bl. 40–42; MF 1045. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Coßmann, Goslar, Hermann Lucas, Krücke [beide zu 1], Corsing [zu 1 und 3], Thalau [zu 3], Wolff (Mdl), Soelling, Naß, Strunden, Heckel [alle fünf zu 4], Reschke, Schalfjew [beide zu 2 und 6].

1. Gerichte. Nochmals zur Besetzung der Senate der Oberlandesgerichte [...] mit fünf Richtern.³ [B] — **(2. Reichshaushalt [...] 1928. Nochmals zur Hinausschiebung der Ausgaben zum Bau des Panzerschiffes A [...] um ein Jahr und zu den Streichungsanträgen im Reichsrat.)** — **3. Nochmals zur Besetzung der leitenden Stellen in den Landesarbeitsämtern.**⁴ [B] — **4. Die evangelischen Dom- und Kollegiatstifter Preußens. Beschluß zur Umbildung der [...]**

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 181 wurden von den TOP 1–4 sowie 6b–f Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1 und 3–4 sowie Vorlagen zu den TOP 1, 3–4 und 6a.

³ Vgl. den Antrag Schmidts v. 7.9.1927 in: Rep. 87, B Nr. 8094, n. f.; hier auch Voten.

⁴ Vgl. die Vorschlagsliste Hirtsiefers v. 8.12.1927 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.

Domstifter unter Änderung der Stiftsstatuten.⁵ [B] — **5.** Zwei Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — (**6a.** Verleihung der silbernen Staatsmedaille an Reichsrundfunkkommissar [...] Bredow. [B] — **6b.** Kriegsschädenschlußgesetz.⁶ Instruktion für Beratung und Beschlußfassung im Reichsrat. [B] — **6c.** Nochmals zur Ernennung eines Verwaltungsratsmitgliedes der Reichsbahn-Gesellschaft. Zur weiteren Behandlung der verfassungsrechtlichen Streitigkeit zwischen [...] Preußen und dem Deutschen Reiche.⁷ [B] — **6d.** Verwaltungsstelle für die östlichen Grenzprovinzen. Erneute Kontaktaufnahme mit der Reichsregierung. [B] — **6e.** Staatsministerium. In Vorbereitung der nächsten Sitzung soll eine Information zu den Vorarbeiten für eine Gesetzesvorlage über Änderung der kommunalen Grenzen erfolgen.⁸ [B] — **6f.** Staatsministerium. Die Vertretung der [...] Staatsregierung auf einer Presse-Propagandafahrt nach Ostpreußen erfolgt durch den Oberpräsidenten. [B])

⁵ Vgl. die Vorlage Beckers v. 6. 12.1927 in: Rep. 77, Tit. 156 Nr. 160 Beiakten 2 Bd. 2, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung v. 12.12. für den Minister zur Sitzung sowie eine Aktennotiz v. 17.12. zum Beratungsergebnis.

⁶ Entwurf eines Gesetzes zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden (Kriegsschädenschlußgesetz) in: StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 109 v. 8.8.1927; beschlossen in der Sitzung am 15.12.1927, ebd., S. 390 f., § 680 – die beschlossene Fassung S. 401–404 als Anlage 3. Zur Vorgeschichte des Gesetzes einschl. zahlreicher Anträge in den Reichsratsausschüssen vgl. Rep. 84a, Nr. 1350. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 31.1.1928 in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1278–1281, Dok. Nr. 409.

⁷ Vgl. den Briefwechsel zwischen Braun und Rklr. Marx v. 7./9.12.1927 in: Rep. 90, Nr. 1680, Bl. 126–131; hier auch umfangreiches Vormaterial. Der Ministerpräsident sprach, wie in der Sitzung angekündigt, in der Haushaltsdebatte des Landtags am 16.12.1927, StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Sp. 22743–22747. Hierzu auch die Aufzeichnung über die Frage der Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft, in: Ebd., Drucks. Nr. 7795 v. 26.1.1928. Ferner mit Bezug auf das Schreiben Brauns v. 28.12.1927 an Reichskanzler Marx die Besprechung der Reichsminister am 9.12.1927, TOP 1, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1151, Dok. Nr. 369.

⁸ Vgl. die Referentennotiz von MinR Lucas zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 9677, Bl. 2 u. 4.

Chefbesprechung der Reichsleitung mit dem preußischen Staatsministerium am 19. Dezember 1927.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1169–1171, Dok. Nr. 379.

Anwesend: für Preußen Braun, Grzesinski, Steiger.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Schleusener, Nobis, Landfried.

1. Ostpreußen. — 2. Maßnahmen zur Erleichterung der Kreditnotlage der deutschen Landwirtschaft; vertagt.

Nr. 136 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1927.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 176, Bl. 182–185v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 16², Bl. 62–64v; MF 1045. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n. f.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 185v wurden von den TOP 1–2 sowie 5–9b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 und 6–8 sowie Vorlagen zu den TOP 3 und 5–8.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Goslar, Katzenberger, Abegg, Surén, Frielinghaus [beide zu 1], Hellich [zu 1 und 7], Dziegalowski [zu 1], Weichmann [zu 1 und 7], Hammans [zu 2], Strunden [zu 2 und 8], Werner Richter, Reichau, Rohde [alle drei zu 3], Reschke [zu 3 und 5–6], Richter I, Breuhahn [beide zu 5–6], v. Leyden, Klausener [beide zu 7], Krause [zu 8].

1. Grundvermögenssteuer und Auflösung von Gutsbezirken;³ vertagt. — **2.** Wasserwirtschaft. Gesetz zur Schwarzen Elster. Überweisung des abgeänderten Gesetzentwurfs⁴ an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat. [B] — **3.** Hinausschiebung der Altersgrenze in 24 Fällen.⁵ [B] — **4.** 13 Ernennungen. [B] — **5.** Beamtenbesoldung. Aufwandsentschädigungen für die Staatsminister und die Staatssekretäre und weitere oberste Beamte.⁶ [B] — **6.** Beamtenbesoldung. Einzelheiten zur Ministerialzulage.⁷ [B] — **7.** Regierungsbezirk Münster. Anschluß der neuen Stadtgemeinde Buer-Gelsenkirchen.⁸ [B] — **8.** Wohnungsbau. Im Reichsrat ist der Entwurf⁹ eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes betr. Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete abzulehnen. Einzelheiten zu einer ggf. dennoch möglichen Zustimmung. [B] — **(9a.** Nochmals zum Gesetz zur Änderung des Einkommenssteuergesetzes. Kein Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz. [B] — **9b.** Information zu den Verhandlungen mit der Reichsregierung wegen Ernennung eines Verwaltungsratsmitgliedes der Reichsbahn-Gesellschaft.¹⁰)

³ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 12.12.1927 mit der Ergänzung v. 15.12. in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 5, n. f.; hier auch das Votum Steigers v. 18.12. sowie ein hs. Vermerk des Ministers v. 21.12. zum Ergebnis der Sitzung. Ferner Schulze, H., Otto Braun, S. 576 f.

⁴ Vom 21.11.1927, in: Rep. 84a, Nr. 5770, Bl. 282–294v; hier auch Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Rieger v. 19.12. zur Sitzung. Dem Landtag mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen erhoben habe, vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 8627 v. 3.3.1928.

⁵ Vgl. den Votenwechsel zur grundsätzlichen Frage einer Emeritierung von Hochschulprofessoren, der im Zusammenhang mit der Vorlage Beckers v. 26.11.1927 entstand, beginnend mit einem Schreiben Grzesinskis v. 5.12.1927, in: Rep. 84a, Nr. 3790, Bl. 67–71 bzw. 83–84; hier auch Bl. 88v–89v eine Ausarbeitung von MinR Reichau v. 20.12. für Schmidt zur Sitzung.

⁶ Vgl. die Vorlage des Finanzministeriums v. 19.12.1927 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XII, Bl. 204–204v; hier auch Bl. 205 eine Ausarbeitung von MinR Brand v. 20.12. zur Sitzung. Auf diesem Schriftstück eine ausführliche hs. Notiz von StS Abegg zum Beschluß v. 20.12.

⁷ Vgl. die Vorlage des Finanzministeriums v. 19.12.1927 in: Rep. 120, CB I Nr. 78 Bd. 9, n. f.; hier auch Voten.

⁸ Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 19.12.1927 in: Rep. 90, Nr. 2313, Bl. 109–122; hier auch Bl. 113–114 eine Ausarbeitung v. 20.12. für Braun zur Sitzung. Eine hs. Notiz Schreibers v. 21.12. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis in: Rep. 120, A II 5e Nr. 8 Bd. 14, n. f.

⁹ StenBerReichsR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 92 v. 29.6.1927. Der Entwurf wurde in der Sitzung am 7.7.1927 in die Ausschüsse verwiesen, ebd., S. 210, § 401a. Ausweislich der Register, ebd., Jg. 1927 u. 1928, wurde der Entwurf nicht im Plenum beraten. Vgl. aber das Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Landesregierungen v. 3.11.1927 in: Rep. 120, A I I Nr. 179 Bd. 1, Bl. 163–163v.

¹⁰ Vgl. die Mitteilungen der Staatsregierung zur Frage der Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft v. 26.1.1928 mit Dokumentenanhang in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 7795; die Mehrzahl der hier abgedruckten Dokumente in: Rep. 90, Nr. 1680.

(1.) Chefbesprechung der Reichsregierung mit dem preußischen Staatsministerium am 21. Dezember 1927, 12 Uhr.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1182–1183, Dok. Nr. 382.

Anwesend: für Preußen Braun, Grzesinski, Höpker Aschoff, Steiger.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Landfried.

Ostpreußenhilfe.

(2.) Besprechung der Reichsminister beim Reichspräsidenten am 21. Dezember 1927, 16.30 Uhr

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1184–1190, Dok. Nr. 383.

Anwesend: für Preußen Braun, Grzesinski, Steiger, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis.

Ostpreußenhilfe.

Nr. 137 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Januar 1928.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 177, Bl. 1–2v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 17², Bl. 3–4; MF 1045.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Loehrs [für Grzesinski], Drews, Saemisch, Kammer [alle drei zu 3], Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Katzenberger, Brand, Reichau, Reschke, König [alle vier zu 3], Trendelenburg, Paul, Schütze, Weichmann [alle vier zu 5], Huber, Stienen, Bürger [alle drei zu 4], Corsing [zu 4 und 8], Hellich, Surén [beide zu 7–8], Strunden [zu 1 und 7], Arens [zu 7], Kehrl, Ullrich [beide zu 1].

1. Oder-Gesetz. Zustimmung zum Entwurf³ eines Gesetzes über die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, der nach der Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu geben ist. [B] — **2. Ernennung.** — **3. Beamtenbesoldung.** Nochmals zur Ministerialzulage. Angleichung an die Zahlungen für die Reichsbeamten.⁴ [B] — **4. Todesur-**

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 2v wurden von den TOP 1–3, 5 sowie 7–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–5 und 7–8 sowie Vorlagen zu den TOP 1, 4–5 und 8.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 8186 v. 16.2.1928 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen erhoben hatte.

⁴ Vgl. Schreiben des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts v. 3. u. 7.1.1928 zur Einbeziehung seiner Dienststelle in den Kreis der zulageberechtigten Behörden in: Rep. 120, CB I Nr. 78 Bd. 9, n. f.; hier auch auf einem Auszug aus der Tagesordnung eine hs. Notiz Schreibers v. 10.1. zum Beratungsergebnis. Das Schreiben des Finanzministeriums v. 10.2. im Ergebnis des Staatsministerialbeschlusses (hier irrtümlich auf den 10.2. datiert) betr. Änderung der Richtlinien über die Gewährung einer jederzeit widerruflichen Sondervergütung (Ministerialzulage) für die bei Zentralbehörden beschäftigten Beamten in: Rep. 120, CB I Nr. 78 Bd. 10, n. f.

teil. Keine Anwendung des Gnadenrechts.⁵ [B] — 5. Kirchenpolitik. Gesetzentwürfe⁶ wegen Gewährung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zugunsten der Altlutheraner, Herrnhuter Brüdergemeinden und Baptisten. Beschlußfassung ausgesetzt. — 6. Drei Ernennungen. [B] — 7. Nochmals zum Steuervereinheitlichungsgesetz⁷. Einzelheiten zum Stimmverhalten im Reichsrat bei der Berücksichtigung des Gewerbesteuerrahmengesetzes für die Steuerpflicht der Genossenschaften. [B] — 8. Hauszinssteuerverordnung. Der Gesetzentwurf⁸ über die Verlängerung der Geltungsdauer ist nach der Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu geben. [B]

⁵ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 7.1.1928 zum Fall K. Böttcher in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Beiakten 3, Bl. 33–45.

⁶ Vom 12.12.1927, in: Rep. 84a, Nr. 612, n. f.; hier auch ein Gutachten von GerAss. Hagemeyer v. 6.1.1928 zur Sitzung. — Vorangegangenes vgl. Sitzung am 15.7.1921, TOP 6. Ferner der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 137 Abs. 5 Satz 2 u. 3 der Reichsverfassung, der dem Staatsrat eingereicht worden war, als StenBerStR, Jg. 1924, Drucks. Nr. 209 v. 26.6.1924. Eine Aktennotiz über den Referentenvortrag für Grzesinski zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 416 Nr. 54 Bd. 2, Bl. 254–256.

⁷ Vgl. die Vorlage des Finanzministeriums v. 4.1.1928 in: Rep. 84a, Nr. 9218, Bl. 7; hier sowie in ebd., Nr. 9217, Bl. 96 ff. auch zahlreiche Anträge in den Reichsratsausschüssen. Das Gesetz wurde erst in der Reichsratssitzung am 23.11.1928 angenommen: StenBerReichsR, Jg. 1928, S. 286–294, § 579; die beschlossene Fassung S. 343 f., Anlage 6.

⁸ Vom 7.1.1928, in: Rep. 151, II Nr. 1072, Bl. 169–171; hier auch Bl. 172 ein hs. Vermerk Höpker Aschoffs zum Beratungsergebnis. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 8130 v. 11.2.1928 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen erhoben habe.

(1.) Sitzung der Unterkommission der Länderkonferenz am 18. Januar 1928, 9 Uhr.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1228–1231, Dok. Nr. 395.

Anwesend: für Preußen Braun.

Entwurf einer Verlautbarung über das Ergebnis der Länderkonferenz.

(2.) Sitzung der Unterkommission der Länderkonferenz am 18. Januar 1928, 14 Uhr.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1232–1234, Dok. Nr. 397.

Anwesend: für Preußen Braun.

Entwurf einer Verlautbarung über das Ergebnis der Länderkonferenz.

Nr. 138 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Januar 1928.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 177, Bl. 5–9; MF 1045. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 17, Bl. 81–84v.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 9 wurde von TOP 3 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Corsing, U].

Weitere Teilnehmer: Hans Krüger, Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Coßmann, Goslar, Abegg, Mussehl [zu 2 und 8], Corsing [zu 2–3, 5, 7 und 10–11], Brand, Reichau [beide zu 3], Schütze [zu 4], du Mesnil [zu 4–5], Hermann Lucas [zu 4], Weichmann [zu 4 und 9], Nentwig, Seelig, Gürich [alle drei zu 5], Landfried [zu 5–6], Frankenbach [zu 5], Loehrs, Kirschmann, Krauthausen, Breuhahn, Melsheimer [alle fünf zu 6], Strunden [zu 6 und 8], Lutterloh, Haslinde [beide zu 6], Sperl, Klimmeck [beide zu 8], Ganschow [zu 9], Wirth [zu 10], Thalau [zu 10–11], Kügler [zu 11].

1. Drei Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in 18 Fällen. [B] — **2. Ernennung der Mitglieder des Ausschusses bei der Preußischen Staatsbank.**² [B] — **3. Tragen außerdienstlicher Abzeichen im Dienst.** *Es soll verfügt werden, daß die Farben des Reichs und Preußens für sich allein und ohne Ergänzung [...] oder in Form von Vereinsabzeichen nicht verboten sind.*³ [B] — **4. Vereinigung Waldecks mit Preußen.** *Vorlage eines Entwurfs zum Staatsvertrag sowie zum Schlußprotokoll. Einzelheiten*⁴. [B] — **5. Staatsbeihilfe für das Stadttheater in Tilsit sowie Königsberg.**⁵ [B] — **6. Westhilfe. Bericht**⁶ Grzesinskis über die Bereisung der westlichen Grenzgebiete. *Beschluß zur Aufnahme planmäßiger Grenzfürsorge für den Westen.* [B] — **7. Geheimhaltung.**⁷ [B] — **8. Einfuhrverbot für [...] Büchsenfleisch.** *Ablehnung der von Steiger beantragten Beseitigung der Einfuhrerleichterung [...]. Der Beschluß soll wegen der Stimmung in der Landwirtschaft vertraulich behandelt werden.*⁸ [B] — **9. Kommunale Selbstverwaltung.** *Auflösung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pinneberg.*⁹ [B] — **10. Sonderausstellung für Ostpreußen auf der Internationalen Presseausstellung in Köln;**¹⁰ *bereits erledigt.* — **11. Ernennung.** [B]

² Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 9.1.1928 in: Rep. 120, A X Nr. 8 Bd. 10, Bl. 1–3v; hier auch Bl. 4 eine hs. Notiz Schreibers v. 20.1. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis.

³ Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 22.9.1927 in: Rep. 90, Nr. 479, n. f.; hier auch Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 16.1.1928 für Braun zur Sitzung. Eine Ausarbeitung v. 17.1.1928 für Höpker Aschoff zur Sitzung in: Rep. 151, I B Nr. 4455, n. f. Es erging der Erlaß v. 9.7.1928, Preußisches Besoldungsblatt, S. 244.

⁴ Vgl. den Gesetzentwurf v. 16.1.1928 in: Rep. 84a, Nr. 9874, Bl. 223–249; hier auch Bl. 255–258 eine Ausarbeitung von MinR Lucas v. 17.1. für Schmidt zur Sitzung sowie Bl. 260–267 Änderungsvorschläge des MdI v. 28.1. im Ergebnis der Sitzung sowie weiteres Material. Mit Bezug auf das Protokoll: Orlow, Weimar Prussia, S. 122.

⁵ Vgl. den Antrag des Tilsiter Magistrats v. 2.11.1927, mitgeteilt im befürwortenden Schreiben des Wissenschaftsministeriums v. 17.11.1927 an Höpker Aschoff, in: Rep. 151, I C Nr. 8212, Bl. 341–343v; hier auch Voten und früheres Material. Eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 16.1. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 5259, Bl. 97v.

⁶ Vom 5.1.1928 über die Reise v. 22.–26.11.1927, in: Rep. 90, Nr. 1126, n. f. Ferner die Ausarbeitung von MinR Stunden v. 17.1.1928 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1109, Bl. 17.

⁷ Vgl. dazu z. B. das Rundschreiben von StS v. Seefeld für das Handelsministerium v. 24.1.1928 in: Rep. 120, CB I Nr. 4a, Bl. 115.

⁸ Vgl. die Vorlage Steigers v. 17.12.1927 in: Rep. 87, B Nr. 7951, n. f.; der Wortlaut des Beschlusses konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁹ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Lucas v. 20.1.1928 auf einem Auszug aus der Tagesordnung für Schmidt zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 4453, Bl. 2.

¹⁰ Vgl. das Schreiben Grzesinskis v. 17.1.1928 in: Rep. 120, E XVI 2 Nr. 6 Beiheft 1 Bd. 1, n. f.; hier auch weiteres Material.

Nr. 139 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Januar 1928.

Vollz. Reinschr., Bd. 177, Bl. 14–14v; MF 1045.

Anwesend: Steiger [V], Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski [zeitweise anwesend], Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Lammers [für Becker], Weismann, Katzenberger, Arnoldi, Vollbach, v. Leyden, Tapolski.

Hilfsaktion für die Landwirtschaft der Provinz Pommern.¹ Einzelheiten. [B]

¹ Vgl. den Bericht des OPräs. zur Verweigerung von Krediten nach Ostpreußen v. 26.7.1927 in: Rep. 120, A X Nr. 45 Beiheft 1, Bl. 2–28.

Nr. 140 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Februar 1928.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 177, Bl. 15–16; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 17², Bl. 88–89; MF 1046.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Hans Krüger [für Steiger], Bergemann [zu 4], Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Goslar, Katzenberger, Abegg, v. Seefeld, Loehrs [zu 1 und 4], v. Leyden [zu 3–4], Brand, Klamroth, Pauly, Frielinghaus, Lucas [alle fünf zu 4], Bansi [zu 1 und 4], Landfried [zu 1 und 4], Scheche, Ahrendts, Weichmann [alle drei zu 4], Rathenau, Lutterloh, Schweckendieck, Frankenbach [alle vier zu 1], Scholtz, Borchart, Hellich, Strunden [alle vier zu 3], Richter (WohlfMinm.) [zu 3?].

1. Osthilfe. Verteilung des preußischen Grenzfonds 1927 und Lastensenkung in der Provinz Ostpreußen, Einzelheiten. Noch keine Zustimmung zu der vom Reich geplanten 100-Millionen-Anleihe für hypothekarische Beleihungen zur zweiten Stelle.³ [B] — **2. Ernennung von neun höheren Justizbeamten.** [B] — **3. Nochmals zur Sanierung des Nürburgringes.** [B] — **4. Kommunalgrenzen im Regierungsbezirk Düsseldorf.** Information von RegPräs. Bergemann zu den Änderungsplänen.⁴ — **[5. Gesetzentwurf zur Änderung der landesgesetzlichen Kostenvorschriften bei Gerichten; vertagt.**⁵]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 16v wurden von den TOP 1 und 3–4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen des Referenten im Staatsministerium zu TOP 1.

³ Vgl. das Schreiben Höpker Aschoffs 28.1.1928 in: Rep. 90, Nr. 1109, Bl. 21–23v. Ein Schreiben v. 31.1.1928 in: Rep. 87, B Nr. 19423, Bl. 104; hier umfangreiches weiteres Material. Ferner der Ministerrat beim Reichspräsidenten am 7.2.1928 in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1292–1297, Dok. Nr. 413; Wessling, Notlage, S. 76–89; Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 234. Zum Problem der zweiten Hypotheken: Ruck, Die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung, in: Massenwohnung und Eigenheim, S. 166 f.

⁴ Auf einem Auszug aus der Tagesordnung findet sich der Aktenvermerk Das Schreiben d[es] M[inisters] d[es] I[nnern] v. 10./12.27 ist nur an den [...] Min[ister]Präs[identen] gesandt worden; Rep. 120, A II 5e Nr. 8 Beiheft 1 Bd. 1, Bl. 15; hier auch Denkschriften sowie weiteres Material. Das Schreiben Grzesinskis konnte in Rep. 90 nicht nachgewiesen werden. Vgl. zum Vortrag: Das Eingemeindungsproblem. Kommunale Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 60 v. 4.2.1928.

⁵ Nicht protokollierter Tagesordnungspunkt; ergänzt gemäß dem Schreiben Schmidts v. 9.2.1928 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 264 Bd. 9, Bl. 99: In der Sitzung [...] vom 3. d. Mts. ist die Beratung des [...] Gesetzentwurfs vertagt worden.

Sitzung des Reichskabinetts und Besprechung der Reichsminister am 3. Februar 1928.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1287–1292, Dok. Nr. 412.

Anwesend: für Preußen Schreiber.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Flemming.

1. Bericht über den Empfang der Saarbergarbeiter und Weiterbehandlung der Angelegenheit. — **2. u. 4.** Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei. — **[3.]** Phoebus-Film-Gesellschaft. — **[5.]** Länderkonferenz. — **[6.]** In der laufenden Wahlperiode des Reichstags zu erledigende Gesetzesvorlagen. — **[7.]** Wahlrechtsreform und Bekämpfung der Splitterparteien. — **[8.]** Unterstützung des Pädagogischen Kongresses in Berlin. — **[9.]** Oberschlesische Frage.

Ministerrat beim Reichspräsidenten am 7. Februar 1928.

Druck: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1292–1297, Dok. Nr. 413.

Anwesend: für Preußen Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski.

Ostpreußenhilfe.

Nr. 141 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 13. Februar 1928.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 177, Bl. 17–18v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 17², Bl. 161–162; MF 1046.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Goslar, Katzenberger, v. Seefeld, Weyhe, Hermann Lucas [beide zu 1], Reschke [zu 1 und 3], Brand, Hausmann, Bansi [alle drei zu 3], F. Herrmann, Staab, Huber [alle drei zu 5].

1. Gerichte. Nochmals zur Wiederbesetzung der Senate der Oberlandesgerichte mit 5 Richtern; Beschlußfassung ausgesetzt.³ — **2.** Volkstrauertag 1928; Beschlußfassung ausgesetzt.⁴ — **3.** Verlegung des [...] Landratsamts Schleusingen [...] nach Suhl; *abgelehnt.* [B] —

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 18v wurden von den TOP 1–3 und 5–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 und 6–7 sowie eine Vorlage zu TOP 2.

³ Die Vorlage Schmidts v. 8.2.1928 in: Rep. 87, B Nr. 8094, n.f.; hier auch Voten. Eine Referentenausarbeitung v. 11.2.1928 für Grzesinski zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 307 Bd. 5, Bl. 153–153v.

⁴ Vgl. das im Beschluß erwähnte Schreiben Brauns v. 8.2.1928 in: Rep. 77, Tit. 4011 Nr. 3 Bd. 2, Bl. 76; hier auch ein Votum Grzesinskis v. 11.2. sowie weiteres Material. Dessen Runderlaß vom gleichen Tag in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 109. Eine hs. Notiz Schreibers v. 13.2. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, A I I Nr. 3 Bd. 4, Bl. 432.

4. Fünf Ernennungen⁵ sowie eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 5. Todesstrafen. Umwandlung der Strafen im Gnadenwege in vier Fällen.⁶ [B] — 6. Kommunale Auseinandersetzung mit Polen; Beschlußfassung vorerst nicht erforderlich. — 7. Nochmals zum Staatsvertrag mit Bayern, Württemberg und Baden zur Regelung der Lotterieverhältnisse; Beschlußfassung [...] vertagt.⁷

⁵ Zur Ernennung des Bürohilfsarbeiters und Landeskulturinspektors Hesterberg zum Amtsrat, obwohl er noch nicht das Alter von 35 Jahren erreicht hatte, vgl. die Vorlage und Voten in: Rep. 84a, Nr. 2660, Bl. 57 ff.

⁶ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 10.2.1928 zum Fall F. Fuhrmann u. Gen. in: Rep. 87, B Nr. 8089, Bl. 101–110.

⁷ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 10.2.1928 in: Rep. 90, Nr. 1470, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 13.2. für Braun zur Sitzung.

Nr. 142 (2.) Ministerbesprechung am 13. Februar 1928.

Vollz. Reinschr., Bd. 177, Bl. 19; MF 1046.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Weismann, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Weismann.

[1.] Ernennung. [B] — [2.] Einladung zu einem von seiten der [...] Ministerien gemeinsam zu veranstaltenden parlamentarischen Bierabend.¹ [B]

¹ Lt. Protokoll erfolgte der Beschluß im Anschluß an eine frühere Besprechung im Staatsministerium (Bl. 19), die anscheinend nicht protokolliert worden ist. – Zur Bedeutung der Bierabende vgl. Mergel, Thomas, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002, S. 135 f.

Nr. 143 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Februar 1928.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 177, Bl. 20–22v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 17², Bl. 181–185; MF 1046. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 17, Bl. 178–180.

Anwesend: Braun [V], Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Seefeld [für Schreiber], Lammers [für Becker], Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Katzenberger, Hog, Abegg, Jaeckel [zu 3–4], Wunram [zu 3], Zschintzsch [zu 3–4], Breuhahn [zu 3], Richter II [zu 3–4], Frosch [zu 3], Weichmann [zu 3–4], Wackermann, Vollbach, Preuß [alle drei zu 4], Hermann Lucas, Melsheimer, Staab, Krücke [alle vier zu 5], Corsing [zu 5 und 7–8], Schubart, Backhaus, Fritzsche [alle drei zu 6], Radler, Mussehl [beide zu 7], Holthöfer [zu 8], Kasper, Strunden [beide zu 9].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 22v wurden von den TOP 1, 3–7 und 9–10 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 3–11 sowie Vorlagen zu den TOP 3–5.

(1. Information über die von der Reichsregierung geplante Neueinteilung der Bezirke einiger Landesfinanzämter. Grundsätzliche Zustimmung. [B] — 2. Zwei Ernennungen. [B] — 3. Nochmals zum Volksschullehrer-Besoldungsgesetz. Einzelheiten. Die Vorlage³ ist nach der Überarbeitung und Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu bringen. [B] — 4. Mittelschullehrer-Besoldungsgesetz. Die Vorlage⁴ ist nach der Überarbeitung und Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu bringen. [B] — 5. Gerichtsverfassung und Verwaltungsreform. Grundsätzliche Zustimmung im Reichsrat zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über die Zuständigkeit der Amtsgerichte und die Besetzung der Kollegialgerichte⁵. Dabei ist eine Erweiterung hinsichtlich der Einzelrichter beim Landgericht sowie zur Erhöhung der Berufungssumme in Zivilsachen zu versuchen sowie zu prüfen, ob die Reichsregierung [...] die Geltungsdauer des „Weiteren Gesetzes über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen [...]“ über den 30. Juni 1928⁶ hinaus verlängert.⁷ [B] — 6. Staatshaushalt für 1928. Zustimmung zum Vorgriff auf die [...] erst für das Rechnungsjahr 1928 vorgesehenen Mittel für bauliche Unterhaltungsarbeiten an Staatsgebäuden usw. wie in den Vorjahren.⁸ [B] — 7. Nochmals zum Staatsvertrag mit Bayern, Württemberg und Baden zur Regelung der Lotterieverhältnisse. Vorlage im Landtage⁹. [B] — 8. Minister. Genehmigung zur Vernehmung von Schreiber in einem Strafprozeß.¹⁰ [B] — 9. Entwurf¹¹ eines Gesetzes über Bereitstellung von Staatsmitteln zum Ausbau der domänenfiskalischen Bäder und Mineralbrunnen. Das Kreditgesetz für Bäderanleihen ist nach der Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu bringen. [B] — 10. Kreditgesetz für die Meliorationen auf Staatsdomänen und anderem Domänenbesitz sowie für die Besiedelung domänenfiskalischen Neulandes; Beschlußfassung zurückgestellt.

³ Vom 11.2.1928, in: Rep. 84a, Nr. 10943, Bl. 259–293v. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 48 v. 21.2.1928.

⁴ Vom 16.2.1928, in: Rep. 84a, Nr. 10943, Bl. 231–249; hier auch Voten. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 47 v. 21.2.1928.

⁵ Der Reichsrat nahm ohne Einspruch in der Sitzung am 29.3.1928, StenBerReichsR, Jg. 1928, S. 89, § 194m, von dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz, StenBerRT, Bd. 422, Drucks. Nr. 4119 v. 20.3.1928, Kenntnis. Erlassen wurde allein das Gesetz zur Ergänzung der Vorschriften über den Vorsitz bei den Kollegialgerichten v. 30.3.1928, RGBl. I, S. 134. Vgl. zu Reformen im Justizwesen das Votum Schmidts v. 6.1.1928 in Ausführung des Staatsministerialbeschlusses v. 18.10.1927, TOP 1, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Adhib. Bd. 10, n. f. Ferner eine Ausarbeitung v. 21.2.1928 für Steiger zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 87, B Nr. 8094, n. f.

⁶ Vgl. den am 14.6.1928 in die Ausschüsse überwiesenen und in der gleichen Sitzung auch angenommenen Antrag Preußens in: StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 76 v. 7.6.1928, bzw. ebd., S. 186, § 328, bzw. S. 187, § 335. Erlassen als: Weiteres Gesetz über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen v. 14.7.1928, RGBl. I, S. 197. Ferner die Besprechung der Reichsminister am 3.7.1928, TOP 1, in: Das Kabinett Müller II, 28.6.1928–27.3.1930, Bd. 1: Juni 1928 bis Juli 1929, bearb. v. Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 11, Dok. Nr. 5.

⁷ Zu der im Titel des TOP allein genannten Wiederbesetzung der Senate der Oberlandesgerichte mit 5 Richtern (Bl. 21v) findet sich keine Aussage im Protokolltext.

⁸ Vgl. die Vorlage v. 13.2.1928 in: Rep. 151, IV Nr. 431, n. f.

⁹ Vgl. StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 8241 v. 23.2.1928.

¹⁰ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 18.2.1928 zur Aussage in einem Prozeß gegen den Magdeburger Bankier Maximilian Wiesenthal in: Rep. 90, Nr. 616, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 20.2. für Braun zur Sitzung.

¹¹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. – Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1927, Drucks. Nr. 49 v. 21.2.1928; ohne Einwendungen an den Landtag gegeben als StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 8628 v. 3.3.1928.

Nr. 144 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Februar 1928.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 177, Bl. 25–28, Anlage Bl. 29; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 17*², Bl. 260–263v, 265; MF 1046.

Anwesend: Braun [V], Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Coßmann, Goslar, Lammers, Landfried [zu 1–2], Tapolski [zu 1], Bansi [zu 1–2 und 5], Schnitzler, Schneller, Cor-sing [alle drei zu 1], Rathenau [zu 1–2], Surén [zu 2], Weichmann [zu 2 und 5], Niermann, Stadermann [beide zu 4], Strunden [zu 4 und 7], Bank, Thomas [beide zu 4], Wende [zu 5], Regie-rungsbaumeister Schmidt, Seydel, Frankenbach [alle drei zu 7].

(1. u. 3. Nachtrag³ zum Reichshaushaltsplan 1927. Einzelheiten zum Stimmverhalten im Reichsrat; u. a. soll gegenüber dem in der Öffentlichkeit vielfach bekundeten Optimismus darauf verwiesen werden, daß 1929 mit verminderten einmaligen Einnahmen (Münzgewinn usw.) sowie erhöhten Reparationen zu rechnen ist. Außerdem soll keine Erhöhung der für die Grenzfürsorge⁴ für 1928 zur Verfügung gestellten Mittel erfolgen. [B]) — 2. Ostpreußen. Nochmals zu Finanzhilfen in Anbetracht der besonderen Lage der Provinz. [B] — 4. Landeskultur und Wasserbau. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵ über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen für Meliorationen und zur Ausführung staatseigener Wasserbauten. Einzelheiten zur Finanzierung der wichtigsten Eindeichungen im Netze- und Warthegebiet. [B] — 5. Pädagogische Akademien. Eine Zulassung außerpreußischer Studenten [...] soll nicht von der Kostenbeteiligung der betreffenden Länder abhängig gemacht werden.⁶ [B] — 6. Vier Ernennungen und Hinausschiebungen der Altersgrenze in zwei Fällen. [B] — 7. Häfen. Entwurf⁷ eines Gesetzes über Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Wiederinstandsetzung und Verbesserung staatlicher Hafenanlagen. Zustimmung und Erweiterung betr. Ausbau des Fischereihafens Neukuhren. [B] — (8. Eine Einladung zum parlamentarischen Bierabend⁸ soll nur bis zu den

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 22v wurden von den TOP 1, 3–7 und 9–10 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–5 und 7 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 3–5.

³ *StenBerReichsR*, Jg. 1928, Drucks. Nr. 20 v. 18.2.1928; beschlossen in der Sitzung am 1.3.1928, ebd., S. 39–41, § 115; hier auch S. 39 f. zwei Entschlüsse zur Phoebus-Affäre. Der Bericht von MinDir. Brecht v. 16.12.1927 als Generalberichterstatte in der Plenarsitzung des Reichsrats in: *Rep. 120, A I 1 Nr. 57 Bd. 10, n. f.*; auch in: *Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 2 Bd. 2, n. f. Referentenausarbeitungen v. 3.–27.2. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 6297, Bl. 101–106v. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts mit Besprechung der Reichsminister am 2.3.1928, TOP 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1348–1350, Dok. Nr. 439. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 108.*

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 28.2.1928 in: *Rep. 90, Nr. 1126, n. f.*

⁵ Vom 18.2.1928, in: *Rep. 87, F Nr. 2910, Bl. 137–145*; hier auch Entwürfe sowie überarbeitete Fassungen. Dem Landtag vorgelegt als *StenBerLT*, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 9047 v. 24.3.1928 mit dem Gutachten des Staatsrats sowie der Stellungnahme der Staatsregierung dazu. Eine Ausarbeitung von MinR Wagemann v. 27.2. zur Sitzung in: *Rep. 84a, Nr. 1889, Bl. 35.*

⁶ Vgl. die Vorlage v. 1.2.1928 in: *Rep. 90, Nr. 1761, Bl. 19–20v*; hier auch eine Ausarbeitung für Braun zur Sitzung.

⁷ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 23.2.1928 in: *Rep. 84a, Nr. 4879, Bl. 102 ff.* (unvollständig paginiert). Auch in *Rep. 77, Tit. 39 Nr. 112, n. f.* mit einem *hs. Vermerk zur Position des Innenministeriums v. 27.2.* Dem Landtag vorgelegt als *StenBerLT*, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 103 v. 4.7.1928 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwände erhoben habe. – Vorangegangenes vgl. Sitzung am 13.3.1923, TOP 7.

⁸ Am 19.3.1928. Vgl. Feder, Ernst, *Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932*, hrsg. v. Cécilie Lowenthal-Hensel u. Arnold Paucker, Stuttgart 1971, S. 166 f.

Ministerialräten und gegebenenfalls solchen Referenten [...], die dienstlich in besonderen Beziehungen zu den Parlamenten und Abgeordneten stehen, erfolgen. [B])

Nr. 145 Sitzung des Staatsministeriums am 6. März 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 30–31v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 18², Bl. 5–6; MF 1046. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Annex L Nr. 18, Bl. 3–4v.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Coßmann, Goslar, Hans Krüger, Brathuhn [zu 1–3], Lapuse, Gottschick [beide zu 1], Strunden [zu 1–3], Sommer [zu 2–3], Burckhardt [zu 2], Mussehl [zu 2–3], Kerstiens, Schäfer, Tönnemann, Corsing [alle vier zu 4], Kühne, Wackermann, Weichmann, Rohde [alle vier zu 6].

1. I. G. Farbenindustrie AG und Gelsenkirchener Bergwerks-AG. Keine Gebührenermäßigung bei Gerichtskosten für Erhöhungen des Grundkapitals.³ [B] — 2. Fleisch. Zustimmung zum Entwurf⁴ eines Gesetzes über zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch im Reichsrat. [B] — 3. Zölle und Einfuhrscheine. Zustimmung zum Entwurf⁵ eines Gesetzes über Änderung des Zolltarifgesetzes im Reichsrat. Einer Zulassung von Einfuhrscheinen⁶ bei der Einfuhr von Kaffee ist zu widersprechen. [B] — 4. Aufhebung des Hannoverschen Polizeistrafgesetzes v. 25.5.1847. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁷, der nach der Begutachtung durch den Staatsrat dem Landtag vorzulegen ist. [B] — 5. Zwei Ernennungen. [B] — 6. Vergütungen für den nebenamtlichen Unterricht an Berufsschulen. [B] — (7. Nochmals zur Lehrerbesoldung. Um die Verabschiedung der Besoldungsgesetze vor Ende der Landtagswahlperiode sicherzustellen, sollen die Begutachtung durch den Staatsrat beschleunigt oder die Entwürfe unter Vorbehalt der gutachterlichen Äußerung [...] zur Vorberatung übermittelt werden.⁸ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 31v wurden von den TOP 1–4 und 6–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 4.

³ Es handelte sich bei der I. G. Farben um 544 840 RM und bei Gelsenkirchen um 150 016 RM Gebühren. Vgl. die gemeinsame Vorlage Höpker Aschoffs und Schmidts v. 27.2.1928 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 264 Bd. 9, Bl. 92–94v; hier auch Bl. 94v eine Ausarbeitung von MinR Bandmann für Schreiber v. 5.3. zur Sitzung sowie dessen hs. Vermerk zum beabsichtigten Votum. Zu den Fusionen: Handbuch der Deutschen Aktien-Gesellschaften, 35. Aufl. 1930, Bd. 2, S. 2810, bzw. Bd. 3, S. 3935.

⁴ Vom 27.2.1928, in: StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 28; beschlossen in der Sitzung am 8.3.1928, ebd., S. 55, § 143. Vgl. das Votum Schreibers v. 2.3.1928 mit dem Antrag, die Frage auf die Tagesordnung des Staatsministeriums zu setzen, in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 14 Bd. 18, n. f.; hier auch ein hs. Vermerk des Ministers v. 6.3. zum Ergebnis der Beratung.

⁵ Vom 27.2.1928, in: StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 28; beschlossen in der Sitzung am 8.3.1928, ebd., S. 55, § 143.

⁶ Die im TOP genannten Einfuhrscheine für Schweine (Bl. 30v) werden im Protokoll nicht erwähnt.

⁷ Vom 16.12.1927, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 36, n. f.; in der Gesetzesbegründung auch der Wortlaut der noch geltenden Paragraphen des Gesetzes von 1847.

⁸ Vgl. eine Ausarbeitung von ORegR Scheche v. 12.3.1928 für Höpker Aschoff zur Sitzung in: Rep. 151, HB Nr. 530, n. f.

Nr. 146 Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1928.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 177, Bl. 32–34; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 18*², Bl. 33–36v; *MF 1046*. — *Abschr.:* *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 18, Bl. 31–32v*.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — *Prot.:* [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Goslar, Fimmen, Kayser, AGerR Richter [alle drei zu 1], Corsing [zu 1 und 6], Vollbach, Deichmann [beide zu 1], Wolff (MdI), Leeser, Gottschick, Lindenau [alle vier zu 2], Weichmann [zu 2–], Frankenbach [zu 2], Trendelenburg, Paul [beide zu 3], Riewald [zu 3 und 6], Hellich, Brathuhn [beide zu 3 und 6], Bansi [zu 4], Reschke [zu 4–5], Hog.

(1. Zentralgenossenschaftskasse. Zustimmung zum Gesetzentwurf³ mit Änderungen zur Unterstellung des Direktoriums unter den Finanzminister und Vorlage an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat. [B]) — 2. Ratifizierung des deutsch-litauischen Abkommens⁴ über den kleinen Grenzverkehr. Zustimmung trotz veterinärpolizeilicher Bedenken Steigers hinsichtlich der Aufhebung des Verbots des Verkehrs mit Wiederkäuerfleisch im Grenzbezirk. [B] — 3. Kirchensteuern. Die von Becker vorgelegten Gesetzentwürfe⁵ zur Änderung der bestehenden Regelungen sollen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zum Landtag gegeben werden. [B] — 4. Nochmals zur Lehrerbesoldung. Keine zwangsweise Einberufung des Staatsrats auf Grund des Art. 38 Abs. 1 Satz 3 der preußischen Verfassung.⁶ [B] — 5. Verleihung der Großen Silbernen Staatsmedaille an [...] Helene Lange [...] wegen ihrer Verdienste um die Hebung der Frauenbildung. [B] — 6. Vermögenssteuer-Nachzahlung für 1926. Im Reichsrat ist für eine Vertagung [...] bis nach den Wahlen zu stimmen.⁷ [B] — (7a. Verfassungstag. Gemeinsame Feier mit der Reichsregierung wie [...] 1927. [B] — 7b. Instandhaltung des Goethe-Hauses in Frankfurt a./Main.⁸ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 34v wurden von den TOP 1–4 und 6–7d Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–6 sowie Vorlagen zu den TOP 1, 3 und 5–6.

³ Vom 13.3.1928, in: *Rep. 87, B Nr. 9895, Bl. 324–324a*; hier auch frühere Entwürfe. Ausarbeitungen von RegR Tapolski v. 10. u. 12.3.1928 für Grzesinskis zur Sitzung in: *Rep. 77, Tit. 146 Nr. 134 Bd. 1, Bl. 48–50*. Dem Landtag vorgelegt als *StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 9017 v. 22.3.1928*. Das Gutachten des Staatsrats mit der Stellungnahme des Staatsministeriums in: *Ebd., Drucks. Nr. 9042 v. 24.3.1928*.

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 6.3.1928 in: *Rep. 120, CXIII 6b Nr. 56 Bd. 5, n. f. Zu den veterinärpolizeilichen Verhandlungen mit Litauen ferner das Telegramm des StS des Auswärtigen Amtes v. Schubert an die Gesandtschaft in Kowno v. 26.3.1928* in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B: 1925–1933, Bd. 8: 1. Januar bis 30. April 1928, Göttingen 1976, S. 394 f., Dok. Nr. 190*. Die Vereinbarung zum kleinen Grenzverkehr trat in Kraft als Zusatzabkommen zu Art. 20 des deutsch-litauischen Handelsvertrages v. 1.6.1923, *RGBl. II, 1928, S. 378*.

⁵ Die Entwürfe der Gesetze zur Änderung des Kirchensteuerrechts der evangelischen Landeskirchen sowie zur Änderung des Kirchensteuerrechts der katholischen Kirchengemeinden und Gemeindeverbände in: *Rep. 84a, Nr. 9103, Bl. 217–231b*; hier auch weiteres Material.

⁶ Vom 30.11.1920, *GS, S. 543*: Der Vorsitzende hat den Staatsrat einzuberufen, wenn ein Fünftel seiner Mitglieder, die sämtlichen Vertreter einer Provinz oder das Staatsministerium es verlangen.

⁷ Die Vorlage Höpker Aschoffs v. 10.3.1928 in: *Rep. 84a, Nr. 9140, Bl. 54–54v*. Im Reichsrat wurde erst in der Sitzung am 8.5.1928, *StenBerReichsR, Jg. 1928, S. 176, § 326*, der Entwurf einer Verordnung über die Einheitsbewertung und Vermögenssteuerveranlagung 1928 (*RBew.VSt.VO 1928*) angenommen (*ebd., Drucks. Nr. 73*); die beschlossene Fassung in der Anlage in: *Ebd., S. 177–183*. Die §§ 1–2 bestimmten u. a. die Anwendbarkeit auf die Veranlagung 1925 und 1926.

⁸ Anlaß waren zwei Zeitungsmeldungen im *Berliner Lokal-Anzeiger Nr. 121 v. 11.3.1928* Goethe mag betteln gehen sowie in der *Berliner Nachtausgabe Nr. 69 v. 12.3.1928* Das gefährdete Goethehaus über die Streichung des bisherigen jährlichen Zuschusses von 15 000 RM; beide Ausschnitte in: *Rep. 90, Nr. 1791, n. f. Zu den Sanierungsarbeiten*

— **7c. Geschäftsordnung.** *Konsens über eine tunlichst ablehnende Haltung bei Gesuchen [...] um Empfang zwecks Vortrag von Interessenverbänden.*⁹ [B] — **7d. Versammlungsrecht.** *Erlaß einer dienstlichen Anweisung zwecks Notwendigkeit entschiedenen Vorgehens gegen die Abhaltung verhetzender und aufreizender Versammlungen und ähnlicher Veranstaltungen [...]. Der wesentliche Inhalt dieser Anweisungen soll veröffentlicht werden.*¹⁰)

ab 1927 vgl. Perels, Christoph, Bauen und Wiederaufbauen, in: Ernst Beutler 1885–1960, hrsg. v. Ch. Perels, München 1985, S. 17 f.

⁹ *Anlaß war das Gesuch des Vorstandes des Pommerschen Landbundes um Empfang zwecks Vortrags über die Not der Landwirtschaft Pommerns (Bl. 34).*

¹⁰ *Vgl. den Runderlaß betr. die polizeiliche Behandlung von Versammlungen, Druckschriften und Plakaten unter besonderer Berücksichtigung der Vorschriften für die Wahlzeit, v. 23.3.1928, MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 313. – Die nicht veröffentlichte Langfassung konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden.*

Nr. 147 Sitzung des Staatsministeriums am 20. März 1928.

*Vollz. Reinschr.*¹ *mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 35–35v; MF 1046.*

Anwesend: Hirtsiefer [V], Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Brecht, Badt, Coßmann, Goslar, Hans Krüger, Jaeckel, Zschintzsch, Rohde, Wackermann, Weichmann [alle vier zu 1–2], Wende [zu 1], Kühne, Thalau [beide zu 2].

1. Nochmals zur Lehrerbesoldung. Dem Gutachten² des Staatsrats zum Volksschullehrer-Besoldungsgesetz wird nicht beigetreten; *es ist mit dem Mittelschullehrer-Besoldungsgesetz [...] an den Landtag zu geben.* [B] — **Besprechung zur Finanzlage, insbesondere zu den Ausgaben der Kultusverwaltung.**³ — **2. Nochmals zur Lehrerbesoldung.** Dem Gutachten⁴ des Staatsrats zum Berufsschullehrer-Besoldungsgesetz wird nicht beigetreten; *es ist dennoch an den Landtag zu geben.* [B] — **3. Nochmals zu den ausländischen Landarbeitern. Zustimmung zur Erhöhung der Notreserve [...] über die Zahl von 10 000 hinaus für [...] 1928.**⁵

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 35v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

In Rep. 90, Annex L Nr. 18, Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3.

² *Vom 20.3.1928, abgedruckt im Begleitschreiben des Staatsministeriums v. 22.3.1928 zum Gesetzentwurf in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 9007.*

³ *Mit Schreiben v. 21.3.1930 übermittelte Höpker Aschoff entsprechend dem in der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums geäußerten Wunsche [...] Aufstellungen zum Finanzbedarf der Kultusverwaltung; Rep. 120, A I 1 Nr. 38a Bd. 7, Bl. 335–341, das Zitat Bl. 335.*

⁴ *Vom 20.3.1928, abgedruckt im Begleitschreiben des Staatsministeriums v. 22.3.1928 zum Gesetzentwurf, in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Drucks. Nr. 9006.*

⁵ *Vgl. das Votum Brauns v. 10.3.1928 in: Rep. 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 4, Bl. 301; hier auch Bl. 303 ein hs. Vermerk Schreibers v. 21.3. zum Beratungsergebnis.*

Nr. 148 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 21. März 1928.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 177, Bl. 36–36v; *hs. Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 18, Bl. 104–104v; MF 1046.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt.
— *Prot.: [Reschke, U].*

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Goslar, Lippert, Sperl [beide zu 2].

1. Nochmals zur Vereinigung Waldecks mit Preußen. Einzelheiten zu den Zahlungen an den Zweckverband aus dem Gewinn des Bades Wildungen.² [B] — **2. Entwurf**³ eines zweiten Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. *Zustimmung im Reichsrat.* [B]

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 36v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 16.3.1928 in: Rep. 84a, Nr. 9874, Bl. 303–308, 320–343; hier auch weiteres Material sowie Bl. 344–344v eine Notiz von MinR Lucas v. 19.3. zur Sitzung.*

³ *Vom 27.2.1928, in: StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 26; angenommen in der Sitzung am 21.3.1928, ebd., S. 84, § 184– die beschlossene Fassung in Anlage 1, S. 185. Vgl. die anscheinend zur Staatsministerialsitzung vorgelegte Denkschrift des Reichsernährungsministeriums v. 12.3.1928 zur Begründung der Ergänzung zum Haushalt 1928 des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft sowie des zweiten Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt in: Rep. 120, A X Nr. 27g Bd. 3, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 21.3. auf einem Auszug aus der Tagesordnung: Der Finanzminister berichtete über die Einigung mit dem Reichsernährungsminister. Der Verminderung [?] wurde zugestimmt.*

Nr. 149 (2.) Ministerbesprechung am 21. März 1928.

Vollz. Reinschr., Bd. 177, Bl. 37; MF 1046. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1166, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt.
— *Prot.: [Weismann, U].*

Weitere Teilnehmer: Weismann.

1. Ernennung. [B] — **2. Zulassung der Deutschen Realkreditbank in Dessau im gesamten Deutschen Reich. Zustimmung im Reichsrat.**¹ [B]

¹ *Ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten des Reichsrats, Jg. 1928, wurde die Frage im Plenum nicht behandelt. Die Anträge in den Reichsratsausschüssen einschl. Unterlagen zur Bank in: Rep. 120, A XI 15 Nr. 6, n. f.; ferner ein Aktenvermerk v. 31.3.1928 zum Stimmverhalten im Reichsrat. Ein Schreiben des anhaltinischen Staatsministeriums v. 15.12.1927 in: Rep. 90, Nr. 1166, n. f.; hier auch weiteres Material.*

Nr. 150 Sitzung des Staatsministeriums am 29. März 1928.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 177, Bl. 38–42; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 18², Bl. 107–109; MF 1046.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], v. Seefeld [für Schreiber], Weismann, v. Leyden [zu 1].

(1. Polen. Zustimmung zum Abschluß eines Teilabkommens zur Regelung der kommunalen Auseinandersetzung bei der Schuldenerhöhung für die Provinzialhilfsskassen der ehemaligen Provinzen Posen sowie Schlesien.³ [B]) — 2. 69 Ernennungen, acht Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und eine Versetzung in den Ruhestand.⁴ [B] — 3. Vereinbarung mit dem Reich über die Verwendung von der Reichswehr nicht genutzter Liegenschaften der alten Wehrmacht; abgesetzt. — 4. Beamtenbesoldung. Ansetzung kommissarischer Besprechungen zu einem Härteausgleich in den Besoldungsvorschriften.⁵ [B] — 5. Beamtenbesoldung. Vergütung für die Tätigkeit von Staatsbeamten als Aufsichtsratsmitglieder; abgesetzt. — 6. Wohnungsbau. Erneute kommissarische Verhandlungen zur Bereitstellung von Mitteln zur Schaffung von Staatsbediensteten- und Lehrerwohnungen.⁶ [B] — 7. Entwürfe eines Gastschulbeitragsgesetzes⁷ und eines Studienrats-Dienstleistungsgesetzes;⁸ zurückgezogen. — (8. Nochmals zur Zentralgenossenschaftskasse. Stand der Beratungen des Landtags und Staatsrats. Bei Ablehnung des Regierungsentwurfs wird eine Notverordnung in Aussicht genommen. [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 42 wurden von den TOP 1 und 3–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 3–6 sowie Vorlagen zu den TOP 3–4.

³ Vgl. die Vorlagen Grzesinskis v. 17.1. u. 22.3.1928 in: Rep. 87, B Nr. 19309, n. f. Zu den Aufwertungsverhandlungen ab Juni 1928 vgl. Rep. 87, B Nr. 19310. Zum Stand der Handelsvertragsverhandlungen die Aufzeichnung von LegR Noebel v. 7.7.1928 in Vorbereitung der Sitzung des Reichskabinetts am 9.7. in: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, Serie B, Bd. 9: 1. Mai bis 30. August 1928, Göttingen 1976, S. 291–294, Dok. Nr. 125.

⁴ Vgl. das Schreiben Brauns v. 30.3.1928 mit der Forderung nach Untersuchungen wegen einer Zeitungsmeldung vom gleichen Tag über die Personalentscheidungen trotz der vereinbarten Geheimhaltung in: Rep. 120, CB I Nr. 4a, Bl. 116–117. Aufgrund der Indiskretion brachte MdL v. Winterfeld (DNVP) die Außerdienststellung von MinDir. Erythropel sowie von acht rechtsstehenden Regierungsvizepräsidenten im Landtag zur Sprache, was der Regierung um so unerwünschter war, als es sich um die letzte Sitzung vor den schon anberaumten Neuwahlen handelte; vgl. StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Sp. 26542 f., Sitzung am 30.3.1928. Mit Bezug auf eine Anlage zum Protokoll (hier fälschlich datiert auf den 22.3.): Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 55.

⁵ Vgl. die Vorlage des Justizministeriums v. 23.3.1928 in: Rep. 90, Nr. 755, n. f.; hier auch Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Fritzsche v. 28.3. für Braun zur Sitzung.

⁶ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 13.3.1928 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 240 Beiakte V, Bl. 102–104v.

⁷ Vgl. den Entwurf v. 5.12.1927 in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 81 Bd. 2, n. f.; hier auch Voten sowie eine Referentenausarbeitung v. 26.3. für Grzesinski zur Sitzung. Ein überarbeiteter Gesetzentwurf v. 15.8.1929 in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 81 C Bd. I, n. f.

⁸ Vgl. die Vorlage Beckers v. 8.3.1928 in: Rep. 84a, Nr. 4692, Bl. 218–222; hier auch Voten sowie Entwürfe v. 5.12.1927.

Nr. 151 Sitzung¹ des Staatsministeriums am 30. März 1928.

Vollz. Reinschr.² mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 48–48v; MF 1046.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: [Reschke, U].

Weitere Teilnehmer: Lammers, Hans Krüger, Weismann, Badt, Brecht, Goslar, Katzenberger.

1. Reichshaushalt für 1928 und Nachtragshaushalt für 1927. Bedingte Zustimmung im Reichsrat zu den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwürfen³. [B] — 2. Zwei Ernennungen. [B]

¹ Lt. Auszug aus der Tagesordnung sollte die Sitzung im Ministersaal des Landtages stattfinden; vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 2 Bd. 2, n. f.

² Lt. Aktenvermerk Bl. 48v wurde von TOP 1 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

³ Vgl. v. a. die Zusammenstellung der Beschlüsse des Reichstags in 2. Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1928 ..., in: StenBerRT, Bd. 422, Drucks. Nr. 4186 v. 28.3.1928, und den Mündlichen Bericht des 5. Ausschusses (Reichshaushalt) über ... den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927..., in: Ebd., Drucks. Nr. 4163 v. 26.3.1928. Angenommen in der Reichsratssitzung am 31.3.1928, in: StenBerReichsR, Jg. 1928, S. 124, § 223 mit dem Wortlaut einer Erklärung Weismanns zum Reichshaushaltsgesetz 1928. Eine Ausarbeitung von Ministerialdirektor Schnitzler v. 30.3. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. 2 Bd. 2, n. f.; hier auch der Bericht von Ministerialdirektor Brecht im Plenum des Reichsrats am 31.3.

Nr. 152 Sitzung des Staatsministeriums am 28. April 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 49–53; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 18², Bl. 144–146v; MF 1046. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 18, Bl. 139–143.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker [zeitw.], Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: G. v. Meyeren [für Schreiber], Lammers [für Becker zeitw.], Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Katzenberger, v. Leyden [zu 1a–2 und 4], Tapolski, Vollbach [beide zu 1a–1b], Bessau, Breuer (WissMinm.) [beide zu 13], Corsing [zu 1b, 4–5 und 12–14], Sattelmacher [zu 14], v. Both [zu 2], Conze [zu 2–3], Wever [zu 2], Strunden [zu 2–3 und 7–8], Baumgarten [zu 2–3], Hog [zu 2], Lippert [zu 4], Bachmann, Preuß [beide zu 8], Landfried [zu 8 und 10], Hausmann, Reschke [beide zu 9], Gürich, Loehrs, Rathenau, Tejessy, Südhof, Lutterloh, Weichmann [alle sieben zu 10], Scholtz [zu 7].

(1a. Ostpreußen. Bereitstellung eines Kredits zur Beschaffung von Saatgut, wenn sich auch das Reich sowie die Provinz und die einbezogenen Kreise [...] beteiligen.³ [B] — 1b. Ostpreußen. Bereitstellung von 20 000 RM zur Finanzierung des Abwehrkampfes bei den [...] Wahlen. [B]) —

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 53 wurden von den TOP 1–10 und 12 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–10 sowie Vorlagen zu den TOP 1a–1b und 7–8.

³ Vgl. das Schreiben Grzesinskis v. 30.4.1928 an die Reichsminister für Landwirtschaft sowie des Innern zur Umsetzung des Staatsministerialbeschlusses in: Rep. 87, B Nr. 19423, n. f. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 3.4.1928, TOP 3, in: Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2, S. 1448, Dok. Nr. 467.

2. Hauszinssteuer-Darlehn für die landwirtschaftliche Siedlung. *Finanzierung für 1928 aus dem Haushalt des Ministeriums für Volkswohlfahrt* [...] gegen den [...] Widerspruch *Hirtsiefers*.⁴ [B] — 3. *Wohnungsbau. Nochmals zur Schaffung von Staatsbediensteten- und Lehrerwohnungen. Bereitstellung von 18 Mio. RM aus einer Wohnungsbauanleihe*.⁵ [B] — 4. *Nochmals zur Zulassung der Deutschen Realkreditbank in Dessau im gesamten Reich. Aufhebung des Beschlusses vom 21.3.1928*.⁶ [B] — 5. *Nochmals zur Internationalen Presseausstellung (Pressa) Köln. Zustimmung zu einer Beihilfe* [...] von 100 000 RM.⁷ [B] — 6. *Staatsministerium. Teilnahme an der Eröffnungsfeier der Presseausstellung*.⁸ [B] — 7. *Nochmals zum Nürburgring. Bereitstellung von bis zu 2,05 Mio. RM aus den Ersparnissen der produktiven Erwerbslosenfürsorge* [...] 1926 zur *Sanierung*. [B] — 8. *Hilfe für die Siedlungsgenossenschaft der Polizei- und Strafanstaltsbeamten Spandau e. G. m. b. H.* [B] — 9. *Nochmals zur Verlegung* [...] des Landratsamts Schleusingen [...] nach Suhl. *Zustimmung*.⁹ [B] — 10. *Minderheiten. Grundsätze zur Regelung des Minderheitsschulwesens bei vorläufiger Beschränkung* [...] auf das polnische Minderheitsschulwesen.¹⁰ [B] — 11. *23 Ernennungen*. [B] — 12. *Zentralgenossenschaftskasse. Entwurf*¹¹ einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Ausschuß. [B] — 13.–14. *Zwei Disziplinarsachen*.¹² [B] — 15. *Die Beschlußfassung zu den TOP 8 und 9 sowie zu a) außerhalb der TO wird vertagt*.¹³

⁴ Vgl. Schreiben Steigers und Höpker Aschoffs v. 29.3. bzw. 26.4.1928 in: *Rep. 120, A I 1 Nr. 179 Bd. 2, n. f.*

⁵ Vgl. eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Bachmann in Vorbereitung der Sitzung in: *Rep. 77, Tit. 184 Nr. 240 Beiakte V, Bl. 124–124v.*

⁶ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 25.4.1928 für Braun zur Sitzung in: *Rep. 90, Nr. 1166, n. f.; hier auch weiteres Material.*

⁷ Vgl. das Schreiben Grzesinskis v. 23.4.1925 mit der Bitte, die Frage einer Finanzhilfe auf die Tagesordnung zu setzen, in: *Rep. 120, E XVI 2 Nr. 6 Beiheft 1 Bd. 1, n. f.*

⁸ Vgl. die Informationen der Minister zur Teilnahme in: *Rep. 120, E XVI 2 Nr. 6 Beiheft 1 Bd. 1, n. f. Zur preußischen Delegation: Köln im Feiertags-Schmuck*, in: *Vossische Zeitung Nr. 223 v. 12.5.1928 (M).*

⁹ Vgl. das Schreiben des Innenministers an den Regierungspräsidenten in Erfurt v. 30.4.1929 mit der Anweisung, die Verlegung zum 1.7.1929 in die Wege zu leiten, in: *Rep. 77, Nr. 4631, Bl. 34.*

¹⁰ Vgl. die Vorlage Beckers v. 3.3.1928 in: *Rep. 84a, Nr. 1415a, S. 7–62; hier auch Voten. Mit Bezug auf das Protokoll: Broszat, Martin, Außen- und innenpolitische Aspekte der preußisch-deutschen Minderheitenpolitik in der Ära Stresemann. Dargestellt an der Genesis der preußischen „Ordnung zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit“ v. 31.12.1928*, in: *Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 60. Geburtstag*, hrsg. v. Kurt Kluxen u. Wolfgang J. Mommsen, München, Wien 1968, S. 434.

¹¹ Vgl. die Vorlage des Finanzministeriums v. 25.4.1928 in: *Rep. 87, B Nr. 9895, Bl. 379–379v.*

¹² Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. *Rep. 90, Annex F.*

¹³ Lt. *Materialien in Rep. 90, Annex L Nr. 18 handelte es sich 1. um die Frage der Vergütung für die Tätigkeit von Staatsbeamten als Aufsichtsratsmitglieder (Bl. 165); 2. um die Vereinbarung zwischen Preußen und dem Reich über die Verwendung von der Reichswehr nicht genutzter Liegenschaften der alten Wehrmacht (Bl. 173) sowie 3. um Maßnahmen zur Verhütung der Umgehung des Artikels 109 Abs. 5 der Reichsverfassung (Bl. 183).*

Nr. 153 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 7. Mai 1928.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 177, Bl. 58–59; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 19², Bl. 3–3v, 10–10v; MF 1046/1047.*

Anwesend: Braun [V], Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

¹ Lt. *Aktenvermerk Bl. 59 wurden von den TOP 1–4 und 5b–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

² Hier auch *Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4 und 6 sowie eine Vorlage zu TOP 4.*

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Kaestner[für Becker], v. Meyeren [für Schreiber], Pünder [RK], Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Katzenberger, Strunden [zu 3 und 6], Bank, Niermann [beide zu 3], Reschke [zu 4].

1. Beamtenbesoldung. Nochmals zur Vergütung für die Tätigkeit von Staatsbeamten als Aufsichtsratsmitglieder; Beschlußfassung zurückgestellt.³ — **2. Orden und Titel.** Maßnahmen zur Verhütung der Umgehung des Art. 109 Abs. 6 der R[eichs]V[erfassung]⁴; Beschlußfassung bis [...] nach den [...] Reichs- und Landtagswahlen zurückgestellt.⁵ — **3. Wasser.** Nochmals zum Gesetz über Beihilfen für Meliorationen und zur Ausführung staatseigener Wasserbauten. Zustimmung zur Ausgabenerhöhung durch den Landtag gegen den Widerspruch Höpker Aschoffs, der eine Anleihe für erfolglos hält und Mittel auch nicht zur Verfügung [...] stellen kann.⁶ [B] — **4. Verfassungstag (Nationalfeiertag).** Einbringung eines Initiativgesetzes im Reichsrat.⁷ [B] — **(5a. Ernennung. [B] — 5b. Staatsministerium.** Beteiligung an der [...] Grundsteinlegung für den Neubau der Reichskanzlei.⁸ — **6. Ernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des ärztlichen Ehrengerichtshofs;**⁹ Beschlußfassung zurückgestellt.)

³ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 12.3.1928 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 154 Bd. 5, Bl. 198–200; hier auch Bl. 201–211 Referentenausarbeitungen v. 27. u. 28.3. für Grzesinski zur Sitzung.

⁴ Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen. (Art. 109, Abs. 6) Vgl. den Entwurf einer Vorlage des Innenministers v. 23.3.1928 mit dem Vermerk, daß das Schreiben zunächst nur an den [...] M[inister]Präs[identen] geht, in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 39 Beiakten 4b, n. f.

⁵ Auf einem Protokollauszug vermerkte man im Innenministerium am 15.5.1928 als Anmerkung: wobei der [...] Ministerpräsident sich mehrfach im Sinne unserer Ausführungen gegendas Tragen der Rote-Kreuz-Medaille und der österreichischen u[nd] afghanischen „Erinnerungszeichen“ aussprach; Rep. 77, Tit. 253a Nr. 39 Beiakten 4b, n. f.

⁶ Angenommen in der Sitzung am 30.3.1928, in: StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, Sp. 26501. Das Votum Steigers v. 14.4.1928 in: Rep. 87, F Nr. 2911, n. f.; hier auch der Einspruch Höpker Aschoffs v. 16.4. Eine Ausarbeitung von MinR Wagemann zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 1889, Bl. 108. Das Gesetz wurde veröffentlicht am 5.6.1928, GS, S. 165.

⁷ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 3.5.1928 zu einem Nationalfeiertag in: Rep. 151, HB Nr. 658, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Scheche für Höpker Aschoff zur Sitzung sowie dessen hs. Vermerk zum Beratungsergebnis auf einem Auszug zur Tagesordnung. Eine Ausarbeitung von MinR Lucas v. 5.5. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 2700, Bl. 147. Das Initiativgesetz wurde vorgelegt als StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 69 v. 11.5.1928.

⁸ Zur Einweihungsfeier vgl. Wilderotter, Hans, Alltag der Macht. Berlin Wilhelmstraße, Berlin 1998, S. 61–67.

⁹ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 11.4.1928 in: Rep. 151, I C Nr. 8870, n. f.

Nr. 154 (2.) Ministerbesprechung am 7. Mai 1928.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 177, Bl. 60–60v; MF 1047.

Anwesend: [Braun [V], Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt]. — Prot.: Nobis [U].

1. Oberschlesien. Bereitstellung von bis zu 20 000 RM zwecks Abwehr polnischer Propaganda.¹ [B] — **2. Staatsministerium.** Nochmals zur Teilnahme an der Grundsteinlegung für den Neubau der Reichskanzlei. [B] — **3. Ansiedlungspolitik.** Übernahme von einem Drittel der Bürgerschaft für eine

¹ Vgl. ein Schreiben von OPräs. Proske zwecks Gewährung von mindestens 5–6 000 RM zur freien Verfügung als Wahlkampfmittel in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 698, Bl. 109–110v, das Zitat Bl. 110; hier auch Bl. 112–112v eine Ausarbeitung von MinDir. Loehrs v. 5.5. für Grzesinski zur Sitzung.

von der Landesbankzentrale aufzunehmenden Auslandsanleihe zum Zwecke der Ansiedlung² in der Landwirtschaft. [B]

² Lesung unsicher.

Nr. 155 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juni 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 62–64; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 19², Bl. 23–25v; MF 1047.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Pünder [RK], Katzenberger, Hans Krüger, Eiffler [zu 1], Corsing [zu 1, 7 und 9], Arlt, Breuhahn [beide zu 2], Deichmann [zu 2 und 8], Strunden [zu 2, 5 und 8], Gossel [zu 2 und 6], Pfeiffer [zu 3], Sandrock, Scholtz, Lehmann, Tapolski [alle vier zu 5], Trendelenburg, Haslinde, Mayer, Richter (WohlfMinm.) [alle vier zu 6], Rathenau [zu 6 und 8], Weichmann [zu 6], Renzi, Hellich [beide zu 9].

1. Herabsetzung der deutschen Paß- und Sichtvermerksgebühren.³ [B] — 2. Kreditgesuch⁴ der Gewerkschaft Mechernicher Werke. [B] — 3. Beamtenpolitik. Grundsätze für die Gewährung von Unterstützungen an Beamte.⁵ [B] — 4. Sieben Ernennungen. [B] — 5. Ansiedlungspolitik und Wohnungsbau. Notwendigkeit der Einheitlichkeit des Verfahrens der Ressorts in der Förderung der Schaffung von Landarbeiterstellen und von Landarbeiterwohnungen. Vorerst keine Beschlußfassung zum Landarbeiterwohnungsbau und keine bindende Stellungnahme in der Öffentlichkeit.⁶ [B] — 6. Reichsgrenzfonds 1928. Abstimmung mit der neuen Reichsregierung über die Verteilung der Mittel, die grundsätzlich Sache der Länder ist.⁷ [B] — 7. Beleidigung. Prüfung der Strafverfolgung.⁸ — 8. Vereinigte schleswig-holsteinische Meierei-Verbände in Kiel; keine Beschlußfassung vor völliger Klärung der wirtschaftlichen Verhältnisse. — 9. Weinbau. Entwurf⁹ der Verordnung über die Bildung von Ertragswertklassen und Rahmensätzen zur Feststellung der Einheitswerte von Weinbaubetrieben für den zweiten Hauptfeststellungszeitraum. Zustimmung im Reichsrat. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 64 wurden von den TOP 1–3 und 5–9 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu allen TOP sowie Vorlagen zu den TOP 1, 5 und 8–9.

³ Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 30.5.1928 in: *Rep. 84a, Nr. 3711, n.f.*; hier auch ein *Votum Höpker Aschoffs* v. 6.6. sowie Ausarbeitungen von *LGR Melsheimer* v. 4. bzw. 6.6. zur Sitzung.

⁴ Vom 5.2.1928, in: *Rep. 120, A X Nr. 46 Beiheft 317 Bd. 1, n.f.*; hier auch Schriftwechsel mit den Reichsbehörden und weiteres Material einschl. verschiedener Fassungen des Vertrages zwischen der Reichskredit-Gesellschaft AG und der Preußischen Staatsbank (Seehandlung).

⁵ Vgl. die Vorlage des Finanzministeriums v. 5.5.1928 in: *Rep. 77, Tit. 184 Nr. 151 Bd. 5, Bl. 7–7v.*

⁶ Vgl. den *Votenwechsel*, beginnend mit dem Schreiben Höpker Aschoffs v. 29.5.1928, in: *Rep. 120, A I 1 Nr. 179 Bd. 2, n.f.*; hier auch eine hs. *Notiz Schreibers* v. 8.6.1928 auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Ausarbeitungen von *RegR Tapolski* v. 6. u. 7.6.1928 für *Grzesinski* zur Sitzung, in: *Rep. 77, Tit. 146 Nr. 89 Beiakten 6 Bd. 1, Bl. 55–58v.*

⁷ Vgl. die Vorlage *Grzesinskis* v. 5.6.1928 in: *Rep. 90, Nr. Nr. 1109, Bl. 306–317*; hier auch eine Ausarbeitung von *RegR Weichmann* v. 6.6. für *Braun* zur Sitzung.

⁸ Gegen den *Schriftleiter der Halle'schen Zeitung Oskar Friederici* wg. des Artikels „Wofür kein Geld da ist“ in: *Halle'sche Zeitung* Nr. 79 v. 1.4.1928.

⁹ Vom 16.5.1928, in: *StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 73, Ziff. 4*; angenommen in der Sitzung am 8.6.1928, in: *Ebd., S. 176, § 326*; hier auch ein *angenommener preußischer Antrag*.

Nr. 156 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Juni 1928.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 177, Bl. 65–66v; *Abschr.*, Bl. 67–68v; MF 1047.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski.— Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Pünder [RK], Goslar, Abegg, Thalau, Wolff (MdI) [beide zu 1], Corsing [zu 1, 3 und 6–7], Wilke, Metz, Klamroth, Strunden [alle vier zu 2], Steinbrecher [zu 3–4 und 6], Vollbach [zu 3 und 5–6], Scheche [zu 3–5], Bandmann [zu 4 und 6], Zschintzsch, Weichmann [beide zu 5], Leist [zu 7].

1. Ausländische Landarbeiter. Keine Nachbewilligung [...] für die Provinz Sachsen entgegen dem Antrag² Steigers. [B] — **2. Küstenschutz. Keine staatliche Beteiligung am Schutz der Helgoländer Düne wegen der Ablehnung des Vertragsangebots durch die Gemeinde. Einzelheiten zum Bau des Schutzwerks am Unterland für die Biologische Anstalt.**³ [B] — **3. Nochmals zum Reichsverwaltungsgericht. Beteiligung an der vom Reichsinnenminister einberufenen kommissarischen Besprechung.**⁴ [B] — **4. Nochmals zum Verfassungstag. Gemeinsame Feier mit der Reichsregierung wie 1927. Zustimmung zum Programm. Die Behörden sollen außerhalb der amtlichen Feier durch Anregung von sportlichen und anderen Veranstaltungen in der Bevölkerung für eine möglichst volkstümliche Feier sorgen.**⁵ [B] — **5. Gesetzentwurf⁶ über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreistagen, sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18.4.1928. Zurückstellung der Vorlage bis nach den Reichstags- und Landtagswahlen.** [B] — **6. Durchführung des preußischen Adelsgesetzes v. 23.7.1920. Zustimmung zu einem Rund-erlaß⁷ Grzesinskis mit Änderungen. Einzelheiten.** [B] — **7. Neubau des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung [...] und des Neurobiologischen Instituts der Universität Berlin.**⁸ *Bewilligung eines Zuschusses.* [B] — **8. Fünf Ernennungen.** [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 66v wurden von den TOP 3–4, 6 und 7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. eine hs. Notiz Schreibers v. 26.6.1928 zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 4, Bl. 333; hier auch der Büro-Vermerk, daß keine Vorlagen im Handelsministerium eingegangen waren.

³ Vgl. die Vorlage Steigers v. 20.6.1928 mit dem Vertragsentwurf in: Rep. 76, Vc Sekt. 1 Tit. 11 Teil II Gen. Nr. 10 Bd. 12, Bl. 364–371v; hier auch früheres Material. Zu den langjährigen Spannungen zwischen der Gemeinde und dem Staat u. a. wegen der Steuern vgl. Werner, Petra, Die Gründung der Königlichen Biologischen Anstalt auf Helgoland und ihre Geschichte bis 1945, Hamburg 1993, S. 49.

⁴ Vgl. das Schreiben Brauns v. 2.5.1928 mit einer Einladung des Reichsinnenministers v. Keudell zur Besprechung am 10.5. in: Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 30, n. f.; hier auch die Bitte des Ministerpräsidenten um Terminverschiebung auf den 20.5., ein Votum Grzesinskis v. 25.6. und das Schreiben des Innenministers v. 7.7. mit dem Aktenvermerk über die endlich am 29.6. realisierte Beratung.

⁵ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 15.6.1928 in: Rep. 84a, Nr. 2172, Bl. 330–331; hier auch weiteres Material. Ferner der Festtagsartikel: Braun, Otto, Volk und Verfassung - Opfer für die Verfassung, in: Vorwärts Nr. 377 v. 11.8.1928.

⁶ Vom 20.6.1928, in: Rep. 84a, Nr. 4682, Bl. 271–277.

⁷ Betr. unerlaubte Namenführung und Titelverleihung durch Angehörige früherer Adelsfamilien, v. 5.9.1928, MinBl. Innere Verwaltung, S. 267. Die Vorlage Grzesinskis v. 15.5.1928 mit dem Entwurf des Erlasses in: Rep. 76, IIa Sekt. 40 Gen. Nr. 5 Bd. 11, n. f.

⁸ Vgl. das Schreiben Beckers v. 11.6.1928 in: Rep. 84a, Nr. 5283, Bl. 51–51v; hier auch weiteres Material. Die Niederschrift über die Sitzung des Senats der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften am 11.6.1928, S. 9, in: Rep. 76, Vc Sekt. 1 Tit. 11 Teil IX Nr. 12 Bd. 7, Bl. 270. Zur Gründungsgeschichte ab Oktober 1928 vgl. Rep. 76, Tit. X Nr. 228 Bd. 1. Ferner: Gill, Glenys/Klenke, Dagmar, Institute im Bild. Teil 1: Bauten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Berlin 1993, S. 12 u. 62.

Nr. 157 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juli 1928.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 69–69v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 19¹, Bl. 81–82; MF 1047.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Becker, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski.— Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Hölscher [für Schmidt], Hans Krüger [für Steiger], Corsing.

Stellungnahme zu einem in Aussicht genommenen Reichs-Amnestiegesetz². Eine Zuständigkeit für die an die Landesgerichte gehörenden Fälle wird abgelehnt und ein eigenes Landes-Amnestiegesetz in Aussicht genommen. Schnellste Information des Reichsjustizministers [...], um einer diesem Standpunkt nicht entsprechenden Beschlußfassung des Reichstages vorzubeugen. [B]

¹ Hier auch Vorlagen.

² Vgl. Gusy, Weimar, S. 234–237.

Nr. 158 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juli 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 70–74; Abschr. [TOP 7], Bl. 75; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 19², Bl. 92–94v; MF 1047. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 28, Bl. 180–183v.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Goslar, Katzenberger, Hubrich [zu 2], v. Leyden, Zschintzsch [beide zu 2–4], Bessau [zu 2], Weichmann [zu 2–4 und 10], Paul [zu 3], Lucas [zu 3–4], Breuhahn [zu 5–6 und 8], Schneller [zu 5], Fritzsche [zu 5 und 8], Spießbach, Reichau [beide zu 6], Reschke [zu 6–7 und 12], Scheche [zu 4, 7 und 12], König, Becker (FinMinm.), Pfeiffer [alle drei zu 8], Wolff (MdI), AGerR Richter [beide zu 10], Vollbach [zu 11–12], Deichmann, Wagemann [beide zu 11], Strunden [zu 11 und 13], Herrnstadt [zu 11], Veltman [zu 12], Articus, Krause, v. Heusinger, Köhn [alle vier zu 13].

1. Wohnungsbau. Rückennahmen aus der zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens verwendeten Hauszinssteuer; Beschlußfassung [...] abgesetzt. — **2. Lehrerbesehung.** Zustimmung zum Studienrats-Dienststeuergesetz, das nach der Begutachtung durch den Staatsrat dem Landtag vorzulegen ist.³ [B] — **3. Kirchenpolitik.** Verbot des gemeinsamen Tischgebets, der Abhaltung von Andachten und von religiösen Weihnachtsfeiern in Städtischen Krankenanstalten der Stadt Berlin. Klärung der Angelegenheit durch Becker und Grzesinski.⁴ — **4. Nochmals zum Entwurf zu dem**

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 74 wurden von den TOP 1–6, 8 und 10–14b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–6, 8, 10 und 12–14a sowie Vorlagen zu den TOP 1, 2 und 4.

³ Vgl. die Vorlage Beckers v. 28.6.1928 in: Rep. 84a, Nr. 4692, Bl. 229.

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinkis v. 18.6.1928 in: Rep. 76, VIII B Nr. 1769, Bl. 343–365; hier auch umfangreiches weiteres Material. Auf einem im Inneministerium am 23.7. eingegangenen Protokollauszug ergänzte MinR Zschintzsch am

Gesetz über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen v. 18.4.1928. Zustimmung und Vorlage an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat. [B] — **5. Ministerien.** Stellenplan für 1928. Die Beschlußfassung wird zurückgestellt. Ansetzung kommissarischer Beratungen.⁵ [B] — **6. Beamtenbesoldung.** Nochmals zur Vergütung für die Tätigkeit von Staatsbeamten als Aufsichtsratsmitglieder. Zustimmung zu Grundsätzen in Analogie zu der für die Reichsbeamten getroffenen Regelung.⁶ [B] — **7. Ausarbeitung eines Neubauprojektes für das Ministerium für Volkswohlfahrt und eines Vorschlags zur Verwertung des Gebäudes des ehemaligen [...] Kriegsministeriums.**⁷ [B] — **8. Minister.** Planmäßige Anstellung der *Chauffeure* auf Beamtenstellen. Einzelheiten. [B] — **9. Zwei Ernennungen, u. a.** des Regierungspräsidenten Lüdemann in Lüneburg zum Oberpräsidenten in Breslau sowie 27 Hinausschiebungen der Altersgrenze. [B] — **10. Nochmals zu den Satzungen der Domstifter Brandenburg, Merseburg, Naumburg und Zeitz;**⁸ Beschlußfassung ausgesetzt. — **11. Nochmals zur Niedersächsischen Kreditgenossenschaft in Hannover.** Fortsetzung der Hilfsaktion.⁹ [B] — **12. Nochmals zum Flaggenstreit.** Kein Erlaß einer neuen Verordnung, sondern Anwendung von Richtlinien für die von den einzelnen *Ministern* zu treffenden Anordnungen.¹⁰ [B] — **13. Ansiedlungspolitik.** Ausnahmsweise Kreditgewährung der Deutschen Bau- und Bodenbank an private Siedlungsgesellschaften zur landwirtschaftlichen Siedlung.¹¹ [B] — **14a.** Festvorstellung der Staatsoper für die Mitglieder der Interparlamentarischen Union anlässlich ihrer [...] 25. Konferenz¹². [B] — **14b.** Preußische Staatsbank (Seehandlung). Information über das Ausscheiden von Mitgliedern des letzten Landtags aus dem Ausschuß und Ernennung der neuen Mitglieder. [B]

24.7.: nachdem der Unterrichtsminister erklärt hatte, einen „neuen“ Vorschlag machen zu wollen (Hausrecht) (Rep. 77, Tit. 253a Nr. 39 Beiakten 4p^{II}, n. f.).

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 30.6.1928 in: Rep. 84a, Nr. 6819, Bl. 57–58v; hier auch Voten sowie Bl. 102–109 ein Schreiben des Finanzministers v. 22.10. zum Ergebnis der Verhandlungen über die Anmeldungen zum Haushaltsplan für 1929 mit den Fachressorts (Bl. 102). Der Stellenplan für das Rechnungsjahr 1928 in: Rep. 90, Nr. 1398, n. f.

⁶ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 18.1.1928 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 154 Bd. 5, Bl. 183–186; hier auch Bl. 212–214 eine Ausarbeitung von MinDir. Brand v. 10.7. für Grzesinski zur Sitzung.

⁷ Vgl. Denkschrift und Entwurfsskizzen v. 19.5.1927 in: Rep. 84a, Nr. 5589, Bl. 47–57. Ferner Schreiben von MinR Scheche v. 14.7.1928 sowie des Wohlfahrtsministeriums v. 27.7. an die Hochbauabteilung des Finanzministeriums zum Ergebnis der Staatsministerialsitzung in: Rep. 151, IV Nr. 1242, Bl. 40–42. Eine hs. Notiz Schreibers v. 11.7. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis in: Rep. 120, CB I Nr. 8a Adhib. Bd. 2, n. f. Mit Bezug auf das Protokoll: Marcus, Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, in: Archivalische Zeitschrift 83 (2000), S. 123. – Zu der im TOP benannten Unterbringung des Staatsrats (Bl. 71) enthält das Protokoll keine Aussage; vgl. aber Sitzung am 7.11.1928, TOP 1. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 16.7.1924, TOP 9.

⁸ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 30.5.1928 in: Rep. 77, Tit. 156 Nr. 160 Beiakten 2 Bd. 2, n. f.

⁹ Vgl. das Material in Rep. 87, B Nr. 10180/1, u. a. Bl. 99 die hs. Anfrage Steigers (v. 17.2.1928?): Was hat das L[andwirtschafts]M[inisterium] für die Niedersächsische Kreditgenossenschaft [...] tatsächlich getan?, sowie Bl. 100 eine daraufhin von MinR v. Achenbach angefertigte Aktennotiz v. 18.2.; hieran anschließend Briefwechsel zwischen den Ressorts.

¹⁰ Vgl. eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 10.7. zur Sitzung, in: Rep. 84a, Nr. 4566, Bl. 405–406v; hier auch umfangreiches Material zur Flaggenfrage.

¹¹ Vgl. die Vorlage Steigers v. 9.7.1928 in: Rep. 120, A XI I Nr. 36 Beiheft 4, n. f.

¹² 22.–28.8.1928 in Berlin; vgl. Deutscher Geschichtskalender 1928 A, S. 300–306. Lt. Schreiben Brauns an Schmidt v. 5.2.1927 sollte dieser in der Staatsministerialsitzung ein zuverlässiges Bild vom Umbau des Opernhauses geben; Rep. 84a, Nr. 9252, Bl. 63.

Sitzung des Reichskabinetts am 10. August 1928.

Druck: Das Kabinett Müller II, 28.6.1928–27.3.1930, Bd. 1, Juni 1928 bis Juli 1929, bearb. v. Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 55–60, Dok. Nr. 14.

Anwesend: für Preußen Schreiber, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Bail, Frankenbach.

1. *Deutsch-rumänische Verhandlungen.* — **2.** *Erweiterung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung.* — **3.** *Verlängerung der Bezugsdauer in der Krisenunterstützung.* — **4.** *Die Internationalen Übereinkommen von Genua 1920 und Genf 1921 über die Seeschifffahrt.* — **5.** *Schichau-Werft.* — **6.** *Aufhebung der Verordnung betr. Stilllegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität versorgen, v. 10.11.1920.*

Besprechung der Reichsregierung mit den präsidiierenden Mitgliedern der Landesregierungen am 2. Oktober 1928.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 138–140, Dok. Nr. 34.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Auswärtige Lage.

Nr. 159 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 3. Oktober 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 80–82; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 20², Bl. 6–8; MF 1047.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt.— Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Brecht, Coßmann, Goslar, Loehrs, Landfried [zu 3, 5 und 7], Melsheimer [zu 3 und 6], Faust, Haslinde [beide zu 3], Weichmann [zu 3 und 8], Schneller, Krauthausen, Strunden [alle drei zu 4], Scheche [zu 5], Krieger, Reschke [beide zu 5 und 9], Steinbrecher [zu 6 und 8–9], Schütze [zu 6 und 9], Corsing [zu 6–7 und 11], Prütz, Reichau [beide zu 7], Wolff (Mdl), Brandenburg, Stalman [alle drei zu 8], Böckenhoff, Kasper, Zachariae [alle drei zu 9], Feidt [zu 11].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 82 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–3 und 5–11 sowie Vorlagen zu den TOP 3, 5–6 und 10.

(1. *Nochmals zum Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen sowie zur Ergänzung des Gesetzes über die Festsetzung der Gemeindewahlen v. 18.4.1928. Entgegen dem Gutachten des Staatsrats [...] wird die Vorlage aufrechterhalten.*³ [B]) — 2. *Stilllegung der Zeche Johann Deimelsberg in Steele/Westfalen. Beschlußfassung wird der nachfolgenden Ministerbesprechung vorbehalten.*⁴ — 3. *Beamtenpolitik. Die Frage des Urlaubs der Saarbeamten soll erneut mit der Reichsregierung verhandelt werden.*⁵ [B] — 4. *Landtag. Bis auf weiteres keine Vorlage der vom vorigen Landtag angeforderten Zusammenstellung der Ausgaben des Rechnungsjahres 1926 in den östlichen und westlichen Grenzgebieten an den neuen Landtag.* [B] — 5. *Verlegung der Provinzialverwaltung der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen nach Schneidemühl.*⁶ *Keine Beschlußfassung zu einem Staatszuschuß und Verhandlungen zur Beteiligung des Reichs.* [B] *Vertretung des Staatsministeriums bei der Einweihung des Verwaltungsgebäudes.* [B] — 6. *Waldeck. Zuständigkeit für die Ausübung des Gnadenrechts; keine Beschlußfassung. — Über den Antrag⁷ der Aktiengesellschaft Vereinigte Stahlwerke in Berlin soll nach endgültiger Vereinigung Waldecks mit Preußen entschieden werden.* [B] — 7. *Beamtenbesoldung. Zustimmung zum Entwurf⁸ der Verordnung über die Anstellung der staatlichen Polizeibeamten der Besoldungsgruppen 7b bis 11.* [B] — 8. *Nochmals zu den Satzungen der Domstifter Brandenburg, Merseburg, Naumburg und Zeitz. Zustimmung zum Entwurf⁹ der Satzungen mit Änderungen.* [B] — 9. *Staatsbäder. Ressortzugehörigkeit des Bades Wildungen und der übrigen staatlichen Bäder. Wildungen wird dem Landwirtschaftsministerium unterstellt.*¹⁰ [B] — 10. *Maßnahmen zur Behebung des Geburtenrückganges; abgesetzt. — 11. Wohnungsbau. Nochmals zu den Rückennahmen aus der zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens verwendeten Hauszinssteuer; keine Beschlußfassung und Zurückstellung einer weiteren Erörterung.*

³ *Dem Staatsrat zugeleitet als StenBerStR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 165 v. 30.7.1928; im Landtag beraten als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 230 v. 29.9.1928 mit dem Gutachten des Staatsrats und der Stellungnahme des Staatsministeriums.*

⁴ *Vgl. umfangreiche Gutachten sowie Niederschriften zu kommissarischen Beratungen bis September 1928 in: Rep. 120, A X Nr. 46 Beiheft 304.*

⁵ *Vgl. den Votenwechsel, beginnend mit dem Schreiben des Justizministeriums v. 27.8.1928, in: Rep. 120, A III 1 Nr. 52a Bd. 3, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 3.10. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung: Es soll mit dem Reichskabinett alsbald verhandelt werden (gemeinsame Kabinettsitzung), wobei vor allem die außenpolitischen Konsequenzen geprüft werden sollen. Die Worte gemeinsame Kabinettsitzung sind nachträglich ergänzt worden. Die Bitte Brauns' wg. Einberufung einer gemeinsamen Besprechung des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts noch in dieser Woche in: Ebd., n. f. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 31.10.1928, TOP 1, in: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 184.*

⁶ *Vgl. zur Einweihungsfeier am 9.11.1928 unter Anwesenheit Höpker Aschoffs: Schultheß' 1928, S. 181. Zu den Neubauten: Boese, Karl, Geschichte der Stadt Schneidemühl, Würzburg, 2. Aufl. 1965, S. 195.*

⁷ *Vom 21./25.9.1928 betr. Anwendung des Steuermilderungsgesetzes, in: Rep. 120, C V Nr. 92a Bd. 2, n. f. Zusammenfassend auch zur steuerlichen Seite der Trust-Gründung: Reckendrees, Alfred, Das „Stahltrust“-Projekt. Die Gründung der Vereinigten Stahlwerke AG und ihre Unternehmensentwicklung 1926–1933/34, München 2000.*

⁸ *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 12.9.1928 in: Rep. 120, A I Nr. 40 Bd. 6, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 3.10. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis.*

⁹ *Vom 20.6.1928 (?), in: Rep. 77, Tit. 156 Nr. 160 Beiakten 2 Bd. 2, n. f.*

¹⁰ *Vgl. die Vorlage Steigers v. 22.9.1928 in: Rep. 84a, Nr. 9874, Bl. 429–432v; hier auch Bl. 433–434 das Votum Höpker Aschoffs v. 25.9. sowie eine Ausarbeitung von OLGR Krieger v. 1.10. zur Sitzung.*

Nr. 160 (2.) Ministerbesprechung am 3. Oktober 1928.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 83–83v; MF 1047.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt.— Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann [U].

1.–2. Elf Ernennungen. [B] — **3. Hinausschiebung der Altersgrenze.**¹ [B] — **4. Staatsministerium. Teilnahme an der Schlußfeier der Internationalen Presseausstellung.** [B]

¹ Zum Fall des Gartendirektors der Staatlichen Schlösser und Gärten Sanssouci, Friedrich (Fritz) Kunert, vgl. die Vorlage Beckers v. 7.8.1928 in: Rep. 84a, Nr. 3790, Bl. 108; hier auch Voten.

Nr. 161 Ministerbesprechung im Landtag am 5. Oktober 1928.

Vollz. Reinschr., Bd. 177, Bl. 84; MF 1047.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt.— Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann [U].

1. Nochmals zur Zeche Johann Deimelsberg der Adler Bergbau AG. Es wird kein Staatskredit gewährt.¹ [B] — **2. Pensionssache des Reichsministers [...] Brauns [...] im Reichsrat. Zustimmung nur, wenn vorher ein Reichsministerpensionsgesetz von der Reichsregierung vorgelegt wird.**² [B] — **3. Staatsministerium. Vertretung bei der Feier der Enthüllung der Büste des Turnvaters Jahn.**³ [B]

¹ Mit Bezug auf das Protokoll: Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, S. 533; hier auf den 3.10. datiert.

² Ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten des Reichsrats, Jg. 1928 u. 1929, wurden weder die Pension Brauns' noch das Pensionsgesetz im Plenum beraten. Vgl. aber das Schreiben des StS RArbMinm. Geib an Weismann v. 14.8.1928 sowie dessen Antworten v. 22.8. u. 5.10 in: Rep. 90, Nr. 872, n. f.

³ Anlässlich des 150. Geburtstages am 11.8.1928; hier vermutlich die Aufstellung der Jahn-Büste in der Walhalla am 14.10.1928. Vgl. Turnvater Jahn in der Walhalla, in: *Vossische Zeitung* Nr. 488 v. 15.10.1928 (A). Ferner: *Jahrbuch der Turnkunst 1929. Jahrbuch der deutschen Turnerschaft*, hrsg. v. Franz Paul Wiedemann, Dresden 1929, S. 2, 7 u. 38.

Sitzung des Reichskabinetts am 10. Oktober 1928.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 146–149, Dok. Nr. 39.

Anwesend: für Preußen Schreiber, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Lindenau.

1. Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen. — **2. Entwurf eines Gesetzes über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts.** — **3. Zusammensetzung der deutschen Rot-Kreuz-Delegation zur 13. Rot-Kreuz-Tagung im Haag; abgesetzt.** — **4. Schichau-Werft.**

Nr. 162 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Oktober 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 85–85v; hs. Urschrift und ein Protokollentwurf [TOP 3] von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 20², Bl. 94, 119; MF 1047.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt.— Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Loehrs [für Grzesinski], Weismann, Coßmann, Goslar, W. Bracht, Hubrich, Reichau, Gottschick, König, Rosenthal, Fritzsche [alle sieben zu 1], Thalau, Corsing [beide zu 3].

1. Beamtenbesoldung. Nochmals zum Härteausgleich bei der Überleitung der Beamten in die neue Besoldungsordnung. Keine ausdrückliche Beschlußfassung, sondern Einigung über die Vorlage gravierender Einzelfälle bei Höpker Aschoff.³ [B] — **2. Eine Ernennung und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.** [B] — **3. Staatsarbeiter.** Keine ausdrückliche Beschlußfassung zu einer Beteiligung des Finanzministers bei dem Abschluß von Tarifvereinbarungen, jedoch Einverständnis, daß eine Mitwirkung bei Verhandlungen [...] von finanzieller Tragweite [...] erforderlich ist. Keine Änderung bei den schwebenden Forstarbeiter-tarifverhandlungen.⁴ [B] — **4. Konkordat.**⁵

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 86 wurden von den TOP 1 und 3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen des Referenten im Staatsministerium zu TOP 1 sowie Vorlagen zu diesem TOP.

³ Vgl. die Mitteilung Brauns v. 12.9.1928, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 90, Nr. 755, n. f.; hier auch Vorlagen und Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Fritzsche v. 10.10. für den Ministerpräsidenten zur Sitzung.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 11.10.1928 in: Rep. 87, B Nr. 62, Bl. 61–64. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 36.

⁵ Lt. Schreiben Beckers v. 20.10.1928 gab er in der anscheinend der regulären Staatsministerialsitzung folgenden Ministerbesprechung vom 11. d. Mts. die Zusage, [...] „Vorschläge für eine Vereinbarung Preußens mit dem Apostolischen Stuhle“ zu geben; Rep. 90, Nr. 2390, Bl. 143; der Tagesordnungspunkt wurde nicht protokolliert. Mit Bezug auf die Sitzung: Golombeck, Dieter, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929), Mainz 1970, S. 93. Zusammenfassend Schulze, H., Otto Braun, S. 549–556.

Nr. 163 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 17. Oktober 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 86a–86b; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 20², Bl. 122–123; MF 1047.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt.— Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Loehrs [für Grzesinski], Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Goslar, Krohne, Ostermann, Strunden [alle drei zu 1], Corsing [zu 2].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 86b wurden von den TOP 1–2 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2.

1. *Bevölkerung. Ausarbeitung einer Denkschrift*³ für die Reichsregierung zu den bedrohlichen bevölkerungspolitischen Auswirkungen des Geburtenrückganges mit der Bitte [...], Beratungen über Maßnahmen zur Erhaltung des Bevölkerungsbestandes herbeizuführen. [B] — 2. *Beleidigung. Prüfung der Strafverfolgung.*[B] — 3. *Sechs Ernennungen, u. a. von Stieler zum Regierungspräsidenten in Aachen.* [B]

³ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 14.9.1928 mit dem Entwurf einer Denkschrift in: Rep. 120, BB XV Nr. 65 Bd. 5, Bl. 109–109v, 111–118v; hier auch Bl. 120 eine hs. Notiz Schreibers v. 17.10. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Die Denkschrift wurde veröffentlicht unter dem Titel: *Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Folgen und seine Bekämpfung. Denkschrift des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt, o. O. Oktober 1928 (15 S.).*

Nr. 164 (2.) Sitzung des Staatsministeriums (Ministerbesprechung) am 17. Oktober 1928, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 88; MF 1047.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt.— Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann [U].

[1.] *Staatsministerium.* Grundsätzlich werden bei Studienreisen privater Körperschaften keine Beamten mitgeschickt, also auch nicht bei der Reise des City-Ausschusses. [B] — [2.] *Einrichtung von provinziellen Pressestellen*¹; erledigt. — [3.] *Verkauf des Welfenschatzes. Kein Kauf von Objekten wegen der schlechten Finanzlage Preußens.* [B] *Höpker Aschoff soll den Sachverhalt betr. des Schlosses Herrenhausen bei Hannover prüfen und dazu berichten.*² [B] — [4.] *Reichswasserschutz. Es ist im Reichsrat gegen den Ausbau [...] Stellung zu nehmen und sein völliger Abbau*³ zu beantragen.⁴ [B]

¹ Vgl. *Aktennotiz und Anweisung an die Generalstaatskasse betr. Finanzierung von sieben Pressereferenten bei den Oberpräsidien Königsberg, Oppeln, Schneidemühl, Stettin, Münster, Magdeburg und Hannover v. 30.4.1928 in: Rep. 151, HB Nr. 892, n.f. Ein Schreiben von MinR Goslar von der Pressestelle des Staatsministeriums an MinR Stegemann (HandMinm.) zur Tätigkeit der Pressereferenten v. 30.5.1928 in: Rep. 120, CB I Nr. 26 Bd. 5, n.f.; hier auch Antworten (Stegemanns?) v. 16. u. 19.11. Zur Vorgeschichte vgl. Möller, *Die preußischen Oberpräsidenten, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 30 (1982), S. 24.*

² Vgl. das Schreiben des OPräs. von Hannover Noske v. 5.10.1928 in: Rep. 151, HB Nr. 869/1, n.f.; hier auch eine Referentenausarbeitung für Höpker Aschoff auf einem Auszug aus der Tagesordnung sowie dessen hs. Vermerk zum Beratungsergebnis. Zum Verkauf der Kunstgegenstände kurz: Kötzsche, Dietrich, *Der Welfenschatz im Berliner Kunstgewerbemuseum, Berlin 1973, S. 13. Zeitgenössisch z. B.: Der Verkauf des Welfenschatzes, in: Vossische Zeitung Nr. 478 v. 9.10.1928 (A) (S. 1). Ein Bericht des Finanzministers v. 9.11.1928 zum Schloß in: Rep. 151, HB Nr. 876, n.f.; hier auch die Nachfrage Brauns v. 14.12.1931, wann denn der beschlossene Bericht komme, sowie die Antwort des Finanzministers v. 26.1.1932, daß nicht klar sei, über welche Angelegenheiten betr. Herrenhausen ein Bericht in der Sitzung [...] vorbehalten worden ist. [...] Die seinerzeit behandelte Frage, ob es zweckmäßig ist, den Schloßpark unter Baumschutz zu stellen, sei bis zur Erledigung des [...] Rechtsstreits [...] wegen Aufwertung des Welfenfonds vertagt worden. Vgl. hierzu Sitzung am 8.1.1930.*

³ [...] seinen völligen Abbau zu beantragen; hs. geändert aus zu beantragen, ihn wieder als k[ann] w[eg] zu bezeichnen (Bl. 88).

⁴ Mit Schreiben v. 24.10.1928 informierte Braun den Reichskanzler über den Beschluß; vgl. Rep. 76, Ila Sekt. 46 Gen. Nr. 28, n.f. Ein weiteres Schreiben v. 3.12.1928 an Steiger in: Rep. 87 (D), Nr. 7353, Bl. 287–287v. Ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten des Reichsrats, Jg. 1928 u. 1929, wurde die Frage im Plenum nicht beraten.

Nr. 165 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Oktober 1928.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 177, Bl. 89–93; *hs. u. ms. Urschriften* sowie *Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 20*², Bl. 141–145, 151–154; *MF 1047*. — *Abschr. [mit größeren Textverlusten]: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 20, Bl. 146–150.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt.— Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, v. Seefeld, Hölscher, Hans Krüger, Hellich, König, Hellmann, Landfried, Schneller, Brand, Römhild, Corsing [alle teilw. zu 2], Pfeiffer [zu 1 und teilw. zu 2], Beninde, Arnoldi, Breuhahn, Reichau, Backhaus, Weil, Richter II, Metz, Radler, Kaestner, Werner Richter, Landé, Strunden [für Weichmann], Kühne, Scheche, Bank, Gürich, Vollbach, v. Heusinger [alle 19 teilw. zu 2].

([1.] Reform der juristischen Vorbildung; Beschlußfassung *hat sich zurzeit erübrigt*.³) — [2.] *Staatshaushalt für 1929. Einzelheiten zum Entwurf; a) zum Stellenplan insgesamt*⁴; b) *zur Reduzierung der Zahl der nichtbeamteten Hilfskräfte bei den Ministerien, wobei eine schematische Durchführung des Abbaues nach den von Höpker Aschoff festgesetzten Prozentsätzen abzulehnen ist; c) zu Versetzungen von Beamten, die wegen der Kosten allein dann vorzunehmen sind, wenn sie aus zwingenden dienstlichen Gründen notwendig sind oder wenn der Beamte alle Aufwendungen übernimmt sowie auf Wohnungsbeihilfen und Unterstützungen verzichtet; d) zu den Stellen- und Kostenplänen der einzelnen Ressorts. Hier u. a. 10.) zur Herabsetzung der Klassenstärken an den öffentlichen höheren Schulen; 11.) zur Unterstützung für Ordenslehrkräfte an katholischen Privatschulen für die weibliche Jugend*⁵; 13.) *zu den Westfonds, die entgegen der Forderung Höpker Aschoffs nach einer Kürzung [...] um 10 % ungekürzt in den Plan eingestellt werden*⁶; 14.) *zu einem Grenzfonds über 10,5 Mio. RM, der gegen den Antrag Grzesinskis abgelehnt wird,*⁷ *unbeschadet der grundsätzlichen Bereitschaft, Grenzgebiete innerhalb der Etatmittel bevorzugt zu berücksichtigen; sowie 18.) zur Schaffung von Staatsbediensteten- und Lehrerwohnungen, was in einer besonderen Staatsministerialsitzung beraten werden soll. [B] — [3.] Ernennung. [B]*

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 93 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1–2.*

³ *Vgl. zu den vom Reichsjustizministerium geführten Verhandlungen zur Vereinheitlichung der Juristenausbildung: Ebert, Ina, Die Normierung der juristischen Staatsexamina und des juristischen Vorbereitungsdienstes in Preußen (1849–1934), Berlin 1995, S. 328, 404.*

⁴ *Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 22.10.1928 in: Rep. 90, Nr. 1398, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Fitzsche v. 23.10. für Braun zur Sitzung. Eine Notiz über die beschlossene Referentenbesprechung am 24.10.1928 in: Rep. 84a, Nr. 6819, Bl. 110.*

⁵ *Vgl. die Vorlage Beckers v. 19.2.1928 in: Rep. 84a, Nr. 4692, Bl. 230–231.*

⁶ *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 6.10.1928 in: Rep. 90, Nr. 1126, n. f.; hier auch Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Strunden v. 20.10. für Braun zur Sitzung.*

⁷ *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 20.10.1928 in: Rep. 90, Nr. 1110, Bl. 53–54; hier auch Bl. 55 eine Ausarbeitung von MinR Weichmann v. 22.10. für Braun zur Sitzung. Eine den Grenzfonds ablehnende Stellungnahme Höpker Aschoffs v. 18.10. in: Rep. 120, E I Gen. Nr. 57 Bd. 2, n. f. Mit Bezug auf das Protokoll: Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 239 u. 330.*

Sitzung des Reichskabinetts am 31. Oktober 1928.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 184–185, Dok. Nr. 53.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff, Schreiber [nur zu 1].

Weitere Teilnehmer: für Preußen Hölscher, Hans Krüger, Loehrs, Haslinde, Faust, Breuhahn, Weichmann [alle nur zu 1].

1. Saarbeamtenfrage. — [...]

Nr. 166 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 2. November 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 96–96v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 21², Bl. 3–4; MF 1047.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Goslar, Katzenberger, Scheche, Strunden [beide zu 1], Weichmann, Wende, Frank (WissMinm.) [alle drei zu 2].

1. Straßenbau. Im Landtag wird Höpker Aschoff die grundsätzlichen finanziellen Bedenken gegen die vom Hauptausschuß beschlossene Gewährung eines Staatszuschusses für den Ausbau der rechtsrheinischen Uferstraßen vortragen, um die Frage dann bei den Haushaltsberatungen zu erörtern.³ [B] — 2. Schulpolitik. Im Landtag wird Höpker Aschoff den Beschluß des Hauptausschusses über die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel zu außerordentlichen Beihilfen an leistungsschwache Schulverbände zurückweisen und im Ausschuß aber staatliche Maßnahmen [...] in Aussicht stellen.⁴ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 96v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch eine Ausarbeitung des Referenten im Staatsministerium sowie die Vorlage zu TOP 1.

³ Vgl. z. B. die Uranträge Schwenk u. Gen. (KPD) sowie Haas u. Gen. (SPD) mit Abgeordneten der DNVP, des Zentrums, der DVP, DDP, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Fraktion, StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 197 u. 201 v. 5. bzw. 11.9.1928. Ausweislich des Protokolls der Landtagssitzungen ergriff entgegen der Ankündigung im Staatsministerium der Finanzminister in der 16. Sitzung am 5.11. nicht das Wort; vgl. ebd., Sp. 887–916.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 31.10.1928 in: Rep. 84a, Nr. 4692, Bl. 234–236v. — Ausweislich des Sprecherregisters zu den Landtagsverhandlungen ergriff der Finanzminister zu dieser Frage im Plenum nicht das Wort.

Nr. 167 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 2. November 1928.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 201–202v; MF-Suppl. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 10d Beiheft, Bl. 50–52.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Trendelenburg.

Konkordat. Beratung der von Becker vorgelegten Vorschläge¹ für eine Vereinbarung mit dem Apostolischen Stuhle. Einzelheiten, u. a. zur Errichtung kirchlicher Ämter sowie zur Besetzung der bischöflichen Stühle und allgemein zur Besetzung kirchlicher Stellen. Ferner Zustimmung zu einer Eingliederung des bisher exempten Bistums Ermland in die Breslauer Kirchenprovinz, wenn keinerlei Mehrkosten entstehen. Es wird an der Vereidigung der Bischöfe auf die Verfassung festgehalten. Außerdem soll versucht werden, eine Lösung zu finden, die von einer Schulformel in der Vereinbarung [...] absieht. [B]

¹ Vom 20.10.1928, in: Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 144–196v.

Nr. 168 Sitzung des Staatsministeriums am 6. November 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 98–101v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 21², Bl. 4–7v; MF 1047/1048.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Katzenberger, Abegg, v. Seefeld, Hellich [zu 1 und 10], Narten, Lutterloh [beide zu 1], Weichmann [zu 1 und 3–5], König, Richter I [beide zu 2], v. Leyden [zu 2–3 und 10–11], Reichau [zu 2–3 und 7], Reschke [zu 2–3 und 6], Landé [zu 2–3], Conze [zu 4–5], Lehmann, Tapolski, Articus, v. Both [alle vier zu 4], v. Heusinger [zu 4–5], Wagemann [zu 4], Frielinghaus [zu 4 und 10], Baumgarten, Freidt [beide zu 5], v. Rottenburg, Ottendorff, Rohde [alle drei zu 6], Corsing [zu 7 und 10], Metz, Finger, Ganschow, Lohmeyer, Fritsch, Loesener [alle sechs zu 11], Arens, Surén, Simon (Mdl), F. Ernst, Melsheimer [alle fünf zu 10].

1. Nochmals zum Zusatzabkommen zu dem Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Jugoslawien. Zustimmung im Reichsrat sowie Einführung eines Einheitszolls für Mais und Dari.³ [B] — 2. Beamtenbesoldung und Landtag. Höpker Aschoff wird zu der Erklärung⁴ ermächtigt, daß lt. Besoldungsgesetz die Ausführungsbestimmungen dem Parlament nur zur Kenntnis vorzulegen sind, ohne daß dieses die Möglichkeit hat, aus sich heraus unmittelbar materielle Änderungen vorzunehmen. [B] — 3. Schulen. Nochmals zur Herabsetzung der Klassenstärke an den öffentlichen höheren Lehranstalten. Zustimmung allein für die Unterstufe. [B] — 4. Ansiedlung. Nochmals zur Aufbringung der Hauszinssteuerdarlehn für die landwirtschaftliche Siedlung. Keine Aufhebung des

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 102v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1, 3–7 und 9–11 sowie Vorlagen zu den TOP 3–6 und 10.

³ Vgl. die Vorlagen des Handelsministeriums v. 27.10. u. 5.11.1928 in: Rep. 87, B Nr. 7828, n. f.; hier auch das Votum Steigers v. 31.10. (?) sowie eine Ausarbeitung von MinR Mussehl v. 29.10. für den Landwirtschaftsminister zur Sitzung. Der Entwurf des Zusatzabkommens, StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 122 v. 26.10.1928, wurde in der Reichsratssitzung am 8.11.1928, ebd., S. 266, § 542, angenommen. Der als Umdruckvorlage des Reichsfinanzministeriums v. 23.10.1928 (Az: IIa 13692/Rr 81) vorgelegte Entwurf einer Verordnung über Zollvergütungen für Mais und Dari [eine Hirsesorte], wurde am gleichen Tag angenommen, ebd., S. 266, § 543; hier auch die beschlossene Fassung.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 17.10.1928 in: Rep. 90, Nr. 755, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 5.11. für Braun zur Sitzung. Ausweislich des Registers zu den StenBerLT, Wahlperiode 1925–28, äußerte sich der Finanzminister dazu nicht im Plenum.

Beschlusses vom 28.4.1928.⁵ [B] — **5.** *Wohnungsbau. Nochmals zur Bereitstellung von Geldmitteln zur Schaffung von Staatsbediensteten- und Lehrerwohnungen. Keine Aufnahme einer besonderen Anleihe von 30 Mio. RM, sondern Beschaffung von 8 Mio. RM Kommunaldarlehn unter Staatsbürgerschaft.*⁶ [B] — **6.** *Zuweisung der ehemaligen Exerzierhalle in der Karlstraße 12 als Turnhalle an die Universität Berlin.*⁷ [B] — **7.** *Kaiserlicher Yachtclub in Kiel. Zustimmung zur Absicht Beckers, an beamtete Mitglieder in seinem Ressort ein Schreiben gleichen Inhalts zu richten, wie es Grzesinski in seinem Geschäftsbereich versandt hat.*⁸ [B] — **8.** *Zwei Ernennungen sowie Billigung der Stellungnahme⁹ Grzesinskis zum Verhalten des Zeitzer Landrats Jaenecke bei der dortigen Verfassungsfeier 1928.* [B] — **(9.)** *Entlassung von Arbeitern in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie trotz eines anderslautenden Schiedsspruches. Stellungnahme¹⁰ im Landtag und Kontaktaufnahme mit der Reichsregierung [...], um alle zur Entspannung der Lage geeigneten Schritte zu unterstützen.* [B]) — **10.** *Nochmals zum Steuervereinheitlichungsgesetz. Richtlinien¹¹ zur Beratung des Gesetzentwurfs im Reichsrat. Einzelheiten.* [B] — **11.** *Verhandlungen mit Hamburg [...] zur Regelung des Busverkehrs sowie zum Plan einer Hafengemeinschaft.*¹² [B]

⁵ Vgl. den Votenwechsel, beginnend mit dem Schreiben Hirtsiefers v. 25.10.1928, in: *Rep. 120, A 11 Nr. 179 Bd. 2, n. f.*; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 6.11. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis.

⁶ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 17.10.1928 in: *Rep. 77, Tit. 184 Nr. 240 Beiakte V, Bl. 163–165v*; hier auch mehrere Referentenausarbeitungen.

⁷ Vgl. die Vorlage Beckers vom 26.10.1928 in: *Rep. 84a, Nr. 5263, Bl. 203–206v.*

⁸ Vgl. die Vorlage Beckers v. 15.10.1928 in: *Rep. 76, Ila Sekt. 54 Gen. 1 Adhib. H, Bl. 87–87v*; hier auch Bl. 88–89 eine Ausarbeitung von MinR Boës v. 5.11. zur Sitzung mit einem Vorschlag für das angedachte Schreiben sowie weiteres Material. Ferner das Rundschreiben Brauns v. 15.6.1928 an die Ressortminister mit der Bitte, Mitgliedschaften ihrer Beamten im Club zu ermitteln, in: *Rep. 90, Nr. 478, Bl. 23–23v*; hier auch Bl. 42–42v ein Ausarbeitung von MinR Corsing v. 5.11. für Braun zur Sitzung sowie Meldungen der Ressorts. Die Umfragen im Bereich des Innenministeriums in: *Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Beiakten XI*; hier auch Stellungnahmen einzelner Beamter sowie ein Auszug aus der Deutschen Tageszeitung Nr. 106 v. 3.3.1929 mit einem Hinweis auf eine Verfügung Beckers mit dem Titel „Hochschullehrer und Kaiserlicher Yachtclub“.

⁹ Vom 10.11.1928, in: *Rep. 77, Nr. 5208, Bl. 247–248*; hier auch mehrere Entwurfsfassungen sowie umfangreiches weiteres Material zu der Affäre; ferner ebd., Bl. 145 u. 147 die Kleinen Anfragen Nr. 141 (Kube, NSDAP) v. 16.8.1928 u. Nr. 152 (v. Winterfeldt, DNVP) v. 20.8. (Umdruckfassungen).

¹⁰ Weismann am 7.11.1928, in: *StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Sp. 991. Anlaß war der Urantrag Schwenk u. Gen. (KPD), in: Ebd., Drucks. Nr. 318 v. 3.11.1928. Umfangreiches Material zum Streik in: Rep. 120, BB VI Nr. 177. Ferner ohne Hinweis auf eine preußische Intervention die Besprechung der Reichsminister am 10.11.1928 in: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 212, Dok. Nr. 60.*

¹¹ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 2.11.1928 in: *Rep. 84a, Nr. 9218, Bl. 78–82*; hier auch Bl. 83–84 das Votum Grzesinskis v. 3.11. und Bl. 86–86v eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 5.11. zur Sitzung sowie weiterhin zahlreiche Anträge in den Reichsratsausschüssen. Der Entwurf v. 15.7.1927 wurde in der Reichsratsitzung am 23.11.1928 angenommen; vgl. *StenBerReichsR, Jg. 1928, S. 286–294, § 579*; hier auch Einzelanträge Preußens. Eine mit Anschreiben v. 10.9.1928 übersandte Denkschrift betr. die Heranziehung der Girozentralen (Landesbanken) zu den direkten Reichs- und Landessteuern des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (Druck) in: *Rep. 84a, Nr. 8825, n. f.*

¹² Vgl. die Aufzeichnung Weichmanns v. 27.10.1928 zum Stand der Verhandlungen in: *Rep. 90, Nr. 291, Bl. 12–16*; der Entwurf in *Rep. 90, Nr. 2491, Bl. 8–11*. Vgl. die Aufzeichnungen von MinDir. Hans Staudinger: *Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934*, hrsg. v. Hagen Schulze, Bonn 1982, S. 60–66.

Nr. 169 Ministerbesprechung am 7. November 1928.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 206–207; MF-Suppl.; Reinschr.¹ [TOP 1–2, 4–5], Bd. 177, Bl. 103–103v; MF 1048.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Trendelenburg.

1. Staatsrat. *Angesichts der Raumnot wird Höpker Aschoff innerhalb kurzer Frist ein Neubau-projekt² vorlegen. Zwischenzeitlich soll im Hotel Kaiserhof [...] eine Wohnung für den [...] Präsi-denten angemietet werden.* [B] — 2. Sanierung der Schichau-Werft. *Beteiligung Preußens, falls überhaupt das Reich trotz der bestehenden großen Bedenken zu Hilfsmaßnahmen bereit ist, der preußische Anteil für den Elbinger Betrieb genommen und Einfluß auf die Geschäftsgestaltung gewährt wird.*³ [B] — 3.⁴ Konkordat. *Einzelheiten, u. a. Grundsätze zur weiteren Redaktion der Dotationsvorschläge.*⁵ *Es soll der Frage, welche Folgerungen aus einer Vereinbarung [...] mit der Kurie gegenüber den evangelischen Landeskirchen zu ziehen sein würden, [...] nach dem Zustan-dekommen der Vereinbarung nähergetreten werden*⁶. — 4. *Ernennung.*⁷ [B] — 5. *Keine Ernen-nung [...] der drei hauptamtlichen stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat sowie des Staatssekretärs und des Ministerialdirektors im Staatsministerium zu Bevollmächtigten zum Reichsrat.*⁸ [B]

¹ Auf dem Titelblatt der Abschrift findet sich der hs. Vermerk von MinR Pfeiffer Gilt als Originalprotokoll (Bl. 103).

² Vgl. bereits das Schreiben Adenauers v. 21.6.1928, das Braun mit Anschreiben v. 25.6. als Vorlage für eine Staatsmi-nisterialsitzung übersandte, in: Rep. 84a, Nr. 5166, Bl. 288–288c.

³ Vgl. die hs. Notiz Schreibers v. 7.11.1928 zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, C XVII 4 Nr. 58e Bd. 5, n. f.; hier umfangreiches weiteres Material. Ebenfalls informativ: XX. HA, Rep. 2, Nr. 2042. Ferner mit weiterführenden Anmerkungen die Sitzung des Reichskabinetts am 25.2.1929 in: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 446–448, Dok. Nr. 134. Auf breiter Aktenbasis Sauerzapf, Subventionsgewährung, S. 293–363. Ferner Treue, Preußens Wirtschaft, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2, S. 594. Eine Materialsammlung zur Werft in: Richter, Friedrich, Beiträge zur Industrie- und Handwerksgeschichte Ostpreußens 1919–1939, Stuttgart 1988, S. 316–332.

⁴ Auf der Reinschrift in der Protokollhauptreihe findet sich nur der Vermerk Punkt 3. (Besonderes Protokoll). (Bl. 103).

⁵ Vgl. das Schreiben Beckers v. 4.12.1928 im Ergebnis der Sitzung in: Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 212–219. Mit Bezug auf das Protokoll: Golombeck, Die politische Vorgeschichte, S. 93 u. 99.

⁶ Geändert aus soll nähergetreten werden, nachdem die Möglichkeit des Zustandekommens einer solchen Vereinbarung geklärt sein wird (Bl. 206v–207). – Mit Bezug auf das Protokoll: Golombeck, Die politische Vorgeschichte, S. 101.

⁷ Vgl. die Vorlage Schreibers zur Benennung von MinDir. Schulze (HandMinm.) als Verwaltungsratsmitglied der Reichsbahn in: Rep. 90, Nr. 1680, Bl. 226–226v.

⁸ Vgl. den Antrag v. 6.11.1928 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 42 Beiakten Bd. 2, Bl. 47–51.

Nr. 170 Sitzung des Staatsministeriums am 13. November 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 104–105v; hs. Urschrift und Protokollnoti-zen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 21², Bl. 4–5v; MF 1048.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 105v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–5 sowie Vorlagen zu den TOP 3 und 5.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt.
— Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Ritter [AA, für Pünder zu 2], Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Abegg, Hans Krüger, Schleusener, v. Leyden, Ganschow, Metz, Finger, H. Staudinger, Lohmeyer, Loesener, Frankenbach, Weichmann [alle neun zu 1], Leuser, Boehm, Arnoldi, Lindenau, Narten, Loehrs, Lutterloh, Strunden [alle acht zu 2], Bachmann, v. Rottenburg [beide zu 3], Corsing [zu 3–4], Reichau, Reschke, Fritzsche, Arens [alle vier zu 4], Schneller, Pfeiffer, Boës [alle drei zu 5].

1a. Nochmals zu den Verhandlungen mit Hamburg.³ [B] — **1b.** Verfassungsklage gegen das Deutsche Reich betr. Eintritt von Bayern, Württemberg und Baden in die Biersteuergemeinschaft. Vertretung Preußens durch Beamte des [...] Finanzministeriums. [B] — **2.** Nochmals zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Einzelheiten zum Schweineimport.⁴ [B] — **3.** Nochmals zur Zuweisung der ehemaligen Exerzierhalle in der Karlstraße 2 als Turnhalle an die Universität Berlin.⁵ [B] — **4.** Beamtenbesoldung. Einzelheiten betr. Kreisassistentenstellen. — **5.** Nochmals zum Staatshaushalt für 1929. Einzelheiten zu den „Vermerken“.⁶ [B] — **6.** Verwaltungsreform; vertagt.

³ Vgl. die Aufzeichnung Weichmanns v. 22.11.1928 über Verhandlungen am 15. u. 16.11. 1928 in: Rep. 90, Nr. 2491, Bl. 44–44v; auch in Rep. 120, A I 1 Nr. 146, n. f.

⁴ Vgl. eine von Schreiber am 19.10.1928 abgezeichnete Aktennotiz v. 15.10. über die Sitzung des Reichskabinetts am 10.10. in: Rep. 120, C XIII 6b Nr. 8a Bd. 5, n. f. Ferner das Schreiben des Gesandten in Warschau Rauscher an Stresemann v. 25.10.1928 in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B: 1925–1933, Bd. 10: 1. September bis 31. Dezember 1928, Göttingen 1977, S. 216 f., Dok. Nr. 82.

⁵ Vgl. die Voten Höpker Aschoffs v. 9.11.1928 sowie Grzesinskis v. 13.11. in: Rep. 84a, Nr. 5263, Bl. 209–213; hier auch weiteres Material.

⁶ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 12.11.1928 in: Rep. 84a, Nr. 6819, Bl. 182–185.

Besprechung der Reichsminister mit dem preußischen Staatsministerium am 17. November 1928.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 230–232, Dok. Nr. 67.

Anwesend: für Preußen Braun, Grzesinski.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Schleusener, Scheidt, Wittelsdörfer, Zscheche, Zschintzsch.

Notlage der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ausgesperrten Arbeiter.

Nr. 171 Sitzung des Staatsministeriums am 20. November 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 106–107; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 21², Bl. 3–5, 13; MF 1048.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 107 wurden Abschriften von den TOP 1–2 und 4 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1, 2 und 4 sowie Vorlagen zu den TOP 2 und 4.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt.
— Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Katzenberger, Abegg, Hans Krüger, Schleusener, Lammers, v. Leyden, Brand, Graf v. Hardenberg [alle drei zu 1], Landé [zu 1 und 4], Arnoldi, Vollbach, Ahrendts [alle drei zu 1], Pritsch [zu 1 und 4], Reschke [zu 1], Gürich, Loehrs, Rathenau, Südhof, Lutterloh, Weichmann, Frankenbach [alle sieben zu 2], Corsing [zu 4].

1. Verwaltungsreform. Auftrag an Grzesinski zur Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen, wobei die Verwaltungsebenen Oberpräsident – dieser unter Beseitigung der zweitinstanzlichen Zuständigkeit – und Regierungspräsident beizubehalten und die landwirtschaftliche [...] sowie die Schulverwaltung [...] in der Provinzialinstanz [...] zusammenzufassen sind.³ [B] — **2.** Minderheiten. Zustimmung zu den vorgelegten Schulordnungen für die polnische Minderheit sowie im Grenzgebiet des Regierungsbezirks Schleswig.⁴ [B] — **3.** Ernennung. [B] — **4.** Zustimmung zu den Vorlagen zur Entlastung des Reichsgerichts im Reichsrat.⁵

³ Vgl. das Schreiben Grzesinkis v. 9.11.1928 mit der Zusammenstellung derjenigen Punkte, in denen eine grundsätzliche Beschlußfassung des Staatsministeriums [...] erforderlich ist, in: Rep. 77, Tit. 2025 Nr. 12 Bd. 5, Bl. 8–18. Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Möller, Die preußischen Oberpräsidenten, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), S. 23; Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 120; Schulze, H., Otto Braun, S. 577.

⁴ Vgl. die Vorlage Beckers v. 15.(?)11.1928 mit umfangreichen Anlagen in: Rep. 84a, Nr. 1415a, S. 103–279. Mit Bezug auf das Protokoll: Broszat, Außen- und innenpolitische Aspekte der preußisch-deutschen Minderheitenpolitik, S. 438. Zur Entstehung der Verordnung zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit v. 31.12.1928: Zentralbl. Unterrichtsverwaltung 1929, S. 39, sowie zu der Rolle F. Rathenaus: Rink, Thomas, Doppelte Loyalität. Fritz Rathenau als deutscher Beamter und Jude, Hildesheim, Zürich, New York 2002, v. a. S. 163–169.

⁵ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 8.11.1928 in: Rep. 76, Ila Sekt. 46 Gen. Nr. 30, n. f.; mit Voten sowie einer Referentenausarbeitung v. 17.11. für Grzesinski in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 354, Bl. 148–155v. Der Entwurf einer zweiten Verordnung über die Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 126 v. 1.11.1928, wurde in der Reichsratssitzung am 14.12.1928 angenommen, ebd., S. 347, § 592. Der Entwurf eines weiteren Gesetzes zur Entlastung des Reichsgerichts, ebd., Drucks. Nr. 125 v. 1.11.1928, wurde in der Sitzung am 7.2.1929 angenommen, ebd., Jg. 1929, S. 54, § 76.

Sitzung des Reichskabinetts mit anschließender Ministerbesprechung am 28. November 1928.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 250–257, Dok. Nr. 73.

Anwesend: für Preußen Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Scheidt, Sandrock, Wittelshöfer.

Unterstützung der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Ausgesperrten.

Sitzung des Reichskabinetts und Ministerbesprechung am 3. Dezember 1928.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 281–287, Dok. Nr. 79.

Anwesend: für Preußen Hirtsiefer [zu 1].

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Abegg [zu 3], Badt, Bandmann.

1. Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen in Köln über die Fürsorge für die Ausgesperrten.
- 2. Vorlage der Übersicht der Entschließungen des Reichstags und der Beantwortung der Reichsregierung an den Reichstag.
- 3. Bericht über den Stand der Reparationsverhandlungen.
- 4. Landesverratsbestimmungen im neuen Strafgesetzbuch.

Nr. 172 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Dezember 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 108–109a; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 21², Bl. 6–7; MF 1048. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 21, Bl. 15–17; ebd., Nr. 35, Bl. 350–352.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Pfeiffer [zu 1], Corsing [zu 3 und 5], H. Staudinger, Lohmeyer, Loesener, Metz, Ganschow, Weichmann, Vollbach, Frielinghaus [alle acht zu 4], Thalau, Bank, Kügler, Frankenbach [alle vier zu 5].

1. Behörden. Dienstzeit zum Jahresende.³ [B] — 2. Acht Ernennungen, eine Hinausschiebung der Altersgrenze und zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 3. Reichsrat. Vertretung des erkrankten Ministerialdirektors Dr. Brecht durch [...] Badt beim Reichshaushalt für 1928. Es soll die Beratung des Nachtragshaushalts⁴ verschoben werden. [B] — 4. Nochmals zu den Verhandlungen in der Groß-Hamburg-Frage. Bericht von Nobis.⁵ [B] — 5. Ausländische Landarbeiter. Zustimmung zur von der Reichsregierung vorzuschlagenden Regelung.⁶ [B] — (6a. Information zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeitnehmer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — 6b. Gerichtsverfassung. Bei der Regelung der Armengebühren für Rechtsanwälte wird der Versuch einer Einwirkung auf die Koalitionsparteien gutgeheißen. [B] — 6c. Handelsabkommen mit der Sowjetunion. Es ist als äußerste Konzession der Einrichtung von Handelsniederlassungen in Köln und Bremen zuzustimmen.⁷ [B] — 6d. Innere Sicherheit und Versammlungsrecht. Erneute Einwirkung auf die Strafverfolgungsbehörden wegen mehrerer Fälle von Aufreizungen der Bevölkerung gegen die Staatsautorität. [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 109a wurden Abschriften von den TOP 1 und 3–5 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1 und 5 sowie Vorlagen zu diesen TOP.

³ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 27.11.1928 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 257 Bd. 2, Bl. 79; hier auch Voten sowie Bl. 83 eine Ausarbeitung von ORegR Hoch v. 3.12. zur Sitzung. Es erging z. B. der Erlaß Beckers v. 13.12.1928 in: Zentralbl. Unterrichtsverwaltung, S. 383.

⁴ StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 133 v. 20.11.1928. Badt erstattete am 14.12. den Bericht zu den Ausschußberatungen, ebd., S. 369–374, § 620. MinR Corsing vermerkte am 1.12. für Braun zur Sitzung, daß in der Staatsministerialsitzung nur ein mündlicher Bericht von MinDir. Brecht zu erwarten sei; Rep. 90, Nr. 1409, n. f.

⁵ Für den 5. u. 6.12.1928 war ein Besuch Brauns in Hamburg geplant; vgl. das Programm v. 3.12. in: Rep. 90, Nr. 2491, Bl. 73–73v; hier auch weiteres Material.

⁶ Vgl. die Vorlage Steigers v. 3.12.1928 in: Rep. 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 4, Bl. 375–378v; hier auch Bl. 373 eine hs. Notiz Schreibers v. 4.12. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung.

⁷ Vgl. den Schnellbrief des Auswärtigen Amtes Nr. IV Ru 7461 v. 4.12.1928 in: Rep. Rep. 120, C XIII 6a Nr. 35A Bd. 4, Bl. 166–169.

Nr. 173 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 11. Dezember 1928.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 177, Bl. 110–111v; *hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 21*², Bl. 3–4; MF 1048.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Eisenlohr [AA, vermutl. nur zu 2], Weismann, Nobis, Badt, Cofsmann, Goslar, Katzenberger, Lammers, Corsing [zu 1 und 3], Müssemeier, Strunden, Frankenbach [alle drei zu 2].

(1. Reichshaushalt 1928. Bedingte Zustimmung zum Entwurf eines Nachtragshaushalts im Reichsrat.³ [B]) — **2. Nochmals zum Deutsch-Litauischen Handelsvertrag. Entsendung preußischer Veterinärbeamter nach Litauen als eine Voraussetzung für die Einfuhr von litauischem Vieh.**⁴ [B] — **3. Nochmals zum Staatszuschuß für die Internationale Presseausstellung.** [B] — **4. Drei Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in elf Fällen.** [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 110v wurden Abschriften von den TOP 1–3 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–3 sowie die Vorlage zu TOP 3.

³ Lt. Aktenvermerk v. 10.12. wurde in der Staatsministerialsitzung nur ein mündlicher Bericht von MinDir. Badt erwartet; Rep. 90, Nr. 1409, n. f. Eine *hs. Notiz* Schreibers zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung für den 11.12. (nachträglich geändert aus 4.12.) in: Rep. 120, A 11 Nr. 57 Bd. 11, n. f.; hier auch der Bericht von MinDir. Badt als Generalberichterstatter in der Plenarberatung des Reichsrats am 14.12.

⁴ Vgl. die *hs. Notiz* Schreibers v. 11.12.1928 zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, C XIII 6b Nr. 56 Bd. 6, n. f.; hier auch der Aktenvermerk, daß die Vorlage Steigers v. 30.11.1928 nur an Braun ging.

Nr. 174 (2.) Ministersitzung am 11. Dezember 1928.

*Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 221–221v, Anlage: Bl. 222–226v; MF-Suppl.; Reinschr.*¹ [TOP 2–4], Bd. 177, Bl. 112–112v; MF 1048.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Trendelenburg, Schnitzler, K. Meyer.

[1.] Konkordat. Beratung der überarbeiteten „Vorschläge“². Einzelheiten. [B] — **[2.] Ernennung. Vorschlag des Geschäftsinhabers der Disconto-Gesellschaft G. Solmssen als preußischer Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn wegen der Reparationen anstelle eines Ministerialbeamten.**³ [B] — **[3.] Auflösung des Vertrags mit dem Direktor der Staatlichen Porzellanmanufaktur**

¹ Auf dem Titelblatt der Abschrift findet sich der *hs. Vermerk* von MinR Pfeiffer Auszug als Original in den Geschäftsgang (Bl. 112), wobei das *ms. Wort* Abschrift mit dem Wort Auszug überschrieben wurde.

² Anlage zum Protokoll, in: Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 222–226v. Mit Bezug auf das Protokoll: Golombeck, *Die politische Vorgeschichte*, S. 94.

³ Vgl. eine *hs. Vermerk* Reschkes zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung, in: Rep. 90, Nr. 1680, Bl. 253.

N. Moufang. [B] — [4.] Fürstenabfindung. Änderungen in der Besetzung des Schiedsgerichts mit dem vormaligen preußischen Königshause.⁴ [B]

⁴ Vgl. die Aktennotiz (Reschkes?) auf einem Protokollauszug zum Verfahren, in: Rep. 90, Nr. 237, n. f.

Besprechung der Reichsminister am 11. Dezember 1928.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 294–298, Dok. Nr. 83.

Anwesend: für Preußen Braun, Schreiber, Grzesinski, Schmidt, Steiger, Höpker Aschoff, Hirtsiefer.

1. Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahn. — **2.** Unterstützung für die Ausgesperrten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Nr. 175 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Dezember 1928.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 177, Bl. 113–113v; MF 1048.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Coßmann, Goslar, Katzenberger, Abegg, Lammers, v. Leyden, Klamroth, Zschintzsch, Vollbach, Hog, Scheche, Frielinghaus, Landé, Veltman, Wever, Weichmann [alle elf zu 2].

1. Vier Ernennungen. [B] — **2.** Kommunale Neugliederung der Regierungsbezirke Düsseldorf, Münster, Arnberg. Keine Beschlußfassung vor den Stellungnahmen der beiden Provinzialausschüsse.²

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 113v wurde eine Abschrift von TOP 2 an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 14.12.1928 in: Rep. 84a, Nr. 9677, Bl. 58 ff. (unvollständig paginiert); hier auch Bl. 53–54 eine Ausarbeitung für Schmidt zur Sitzung sowie Bl. 55 der ausformulierte Vorschlag zu einer Änderung im Einführungsgesetz. Ferner Grzesinski, Im Kampf um die deutsche Republik. S. 198 f.

Nr. 176 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Januar 1929.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 178, Bl. 1a–3; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 22², Bl. 2–3v, 6; MF 1048.

Anwesend: Braun [V], Höpker Aschoff, Grzesinski. — Prot.: Reschke [U].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 3 wurden Abschriften von den TOP 1–2 und 4–6b an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2.

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Lammers [für Becker], Hans Krüger [für Steiger], v. Seefeld [für Schreiber], Hölscher [für Schmidt], Goslar, Frosch, Weyhe, Fritzsche [alle drei zu 1], Weichmann, Lohmeyer [beide zu 2], Hellich, Frielinghaus, Surén [alle drei zu 4] Corsing [zu 4–5], Dziegalowski, Wellmann [beide zu 5].

1. Beamtenbesoldung. Bedingte Zustimmung zum Entwurf¹ eines Gesetzes über die Änderung der Rechtsverhältnisse der Wartegeldempfänger im Reichsrat. Einzelheiten. [B] — **2. Ernennung der preußischen Mitglieder des vereinbarten Preußisch-Hamburgischen Ausschusses.**² [B] — **3. Vier Ernennungen.** [B] — **4. Entwurf**³ eines Gesetzes zur Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes v. 14.2.1923. Überweisung des Entwurfs an den Staatsrat zur Begutachtung und danach an den Landtag. [B] — **5. Landtag. Zustimmung zur Fühlungnahme mit dem interfraktionellen Ausschuß zur beschleunigten Beratung des Haushalts für 1929.**⁴ [B] — **(6a. Minister. Ein Eintritt in Ehrenausschüsse für Vereinsfestlichkeiten usw. soll im allgemeinen nur bei einer ressortmäßigen Beziehung erfolgen. Abstimmung mit der Reichsregierung. Bestätigung des Beschlusses v. 18.1.1927 betr. einer Mitteilung an den [...] Ministerpräsidenten, bevor endgültige Entscheidungen bezüglich einer Beteiligung an Organisationen gefaßt werden, was auch für die o. a. Ehrenausschüsse gelten soll.** [B] — **6b. Keine Beteiligung oder Vertretung bei Reichsgründungsfeiern am 18. Januar.** [B])

¹ StenBerReichsR, Jg. 1928, Drucks. Nr. 156 v. 21.12.1928; angenommen in der Sitzung am 17.1.1929, ebd., Jg. 1929, S. 7 f., § 20; ferner S. 35–37 die beschlossene Fassung.

² Vgl. die Ausarbeitung von MinR Weichmann v. 9.1.1929 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 2491, Bl. 199.

³ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 2.1.1929 in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 5, n. f.; hier auch ein hs. Vermerk Steigers auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 6 v. 12.1.1929; im Landtag beraten als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 1365 v. 7.2.1929 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen erhoben hatte.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 11.1.1929 in: Rep. 84a, Nr. 6819, Bl. 345–345v.

Nr. 177 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Januar 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 4–4v, 10–10v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 22², Bl. 23–24; MF 1048.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Hölscher, Bessau [zu 1], Strunden [zu 1, 3–5 und 7], Weber, Reschke [beide zu 2], Grünbaum [zu 3–4], Schütze [zu 3], Vollbach [zu 3 und 7], Brandenburg, K. Meyer [beide zu 3], Frielinghaus, Melsheimer, Riewald [alle drei zu 4], Landfried, Frankenbach [beide zu 7].

1.–2. Zwei Disziplinarsachen.³ [B] — **3. Kirchenpolitik. Bestätigung der Zuständigkeit des Staatsministeriums für die Verleihung von Körperschaftsrechten an Religionsgesellschaften gemäß**

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 10v wurden Abschriften von den TOP 3–5 und 7–8 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1 und 3–6 sowie Vorlagen zu den TOP 3–4 und 6–7.

³ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F. Zum Fall des Reg.- u. SchulR Pottag vgl. die Aktennotiz in: Rep. 90, Nr. 648, Bl. 47.

Art. 137 Abs. 2 Satz, Abs. 7 der Reichsverfassung.⁴ [B] — **4. Kirchenpolitik. Nochmals zur Änderung des Kirchensteuerrechts. Die beiden Gesetzentwürfe⁵ sind nach der Begutachtung durch den Staatsrat dem Landtag vorzulegen.** [B] — **5. Staatsministerium. Eintritt Schreibers in den Ehrenausschuß der [...] Werkbundausststellung in Breslau 1929.**⁶ [B] — **6. Hinausschiebung der Altersgrenze.** [B] — **7. Staatshaushalt für 1929. Keine kommissarische Besprechung zur Aufnahme eines Grenzhilfsfonds.**⁷ [B] — **(8. Staatsoper Berlin. Ersatz der Kosten für eine Festvorstellung anläßlich des Kongresses des Weltbundes für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Frauenarbeit.**⁸ [B])

⁴ Gemäß Art. 137 Abs. 5 Satz 2, Abs. 7 der Reichsverfassung. Vgl. die Vorlage Beckers v. 13.12.1928 in: Rep. 77, Tit. 416 Nr. 54 Bd. 2, Bl. 307–311; hier auch eine Referentenausarbeitung v. 22.12. für Grzesinski zur Sitzung.

⁵ Vom 18.12.1928, in: Rep. 84a, Nr. 9103, Bl. 272–309v; hier auch Bl. 310–313 eine Ausarbeitung für Schmidt zur Sitzung.

⁶ Vgl. die Mitteilung Schreibers v. 28.12.1928 zum beabsichtigten Eintritt in: Rep. 77, Tit. 440B Nr. 9 Bd. 6, n. f. Hier auch Material zum Antrag der Stadt auf einen Kostenzuschuß entsprechend der Formulierung des Tagesordnungspunktes, wozu aber kein Beschluß gefaßt wurde. Lt. Aktenvermerk v. 22.1. auf einem Auszug aus der Tagesordnung wurde die Frage zurückgestellt zwecks nochmaliger Beratung. Eine Ausarbeitung von MinR Strunden v. 11.1. für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 352, n. f. Zum Ehrenausschuß: Störkuhl, Beate, Die Wohn- und Werkraumausststellung „WuWA“ in Breslau 1929, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte, Bd. 3, München 1995, S. 114. Ferner zur Ausstellung allgemein: Auf dem Weg zum Neuen Wohnen. Die Werkbundsiedlung Breslau 1929. Towards a new kind of living, Basel, Boston, Berlin 1996.

⁷ Vgl. das Schreiben des Innenministeriums v. 18.1.1929 in: Rep. 90, Nr. 1126, n. f.

⁸ Am 20.6.1929 wurde „Figaros Hochzeit“ von Wolfgang Amadeus Mozart gegeben; vgl. XI. Kongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Frauenarbeit, Berlin, 17.–23.6.1929 [Kongreß-Handbuch], Berlin 1929, S. VII blau.

Nr. 178 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Januar 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 11–12; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 22², Bl. 88–89; MF 1048.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Seefeld [für Schreiber], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Bessau, Zimmer, Peters, Kämper, Weichmann [alle fünf zu 1].

1. Disziplinarsache. Bestätigung des Urteils gegen MinR Dünschede und ORegR Bardow aus dem Wohlfahrtsministerium. [B] — **2. Neun Ernennungen.** [B] — **(3a. Parlamentarischer Abend 1929.**³ [B] — **3b. Die Pressestelle des [...] Staatsministeriums soll mit den Ressorts die propagandistische Ausnutzung der einen größeren Kreis der Steuerzahler interessierenden Etatsausgaben für produktive und ähnliche Zwecke fördern.** [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 12 wurde eine Abschrift von TOP 3 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Vorlagen zu TOP 1.

³ Vgl. das Schreiben Brauns v. 31.1.1929 mit einer mehrere hundert Namen umfassenden Liste möglicher Gäste sowie der Bitte um Prüfung durch die Minister in: Rep. 151, HB Nr. 563, n. f.; hier auch die gedruckte Teilnehmerliste mit der Sitzordnung an 105 Tischen à acht Plätzen.

Nr. 179 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Februar 1929.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 178, Bl. 15–17v; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 23*², Bl. 5–10; MF 1048.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff [alle drei zeitweise], Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Abegg, Hans Krüger, Klausener [zu 1], v. Leyden [zu 1–3], Bachmann [zu 1], W. Bracht, Surén [beide zu 1 und 3], Vollbach [zu 1–3], Landfried [zu 1], Scheche [zu 1–3], Corsing [zu 1 und 3], Klamroth, Zschintzsch, Conze, Wever, Busch, Muhle, Landé, Veltman, Weichmann [alle neun zu 2], Hog, Melsheimer, Knipfer, Neufeld, Haslinde, Verlohr, Frankenbach [alle sieben zu 3].

1. Polizeikostengesetz. *Zustimmung zum Gesetzentwurf*³, der vor seiner Einbringung in den Landtag dem Staatsrat vorzulegen ist. [B] — **2.** *Nochmals zur kommunalen Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Zustimmung zu den Gesetzentwürfen*⁴, die vor Einbringung in den Landtag dem Staatsrat vorzulegen sind. [B] — **3.** Reichshaushalt für 1929. *Bedingte Zustimmung zum Entwurf*⁵ im Reichsrat. Einzelheiten, u. a. *Anträge auf Einsetzung von 25 Mio. RM zu „Beihilfen für die wirtschaftlich bedrängten östlichen Grenzgebiete“ – für die anderen Grenzen sollen ggf. weitere Mittel bereitgestellt werden – sowie von 1,5 Mio. RM zur Verschickung von Kindern Kriegsbeschädigter, Kriegshinterbliebener und Sozialversicherter zum Erholungsaufenthalt. Streichungen sollen u. a. in Höhe von 5 Mio. RM beim Etat des Reichswehrministeriums, ggf. von jeweils 10 Mio. RM bei Kanalbauten und bei den Kapitalabfindungen sowie von 4,5 Mio. M bei Beamtenwohnungen vorgenommen werden.* [B] — **4.** *Drei Ernennungen.* [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 18 wurden von den TOP 1–3 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 und Vorlagen zu TOP 3.

³ Vom 25.1.1929, in: *Rep. 120, A I 1 Nr. 40 Bd. 6, n. f.*; hier auch eine Ausarbeitung v. 4.2. in Vorbereitung der Sitzung sowie der *hs. Vermerk Grzesinskis* v. 5.2. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Dem Landtag vorgelegt als *StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 2641* v. 17.5.1929 mit dem Gutachten des Staatsrats.

⁴ Dem Staatsrat vorgelegt als *StenBerStR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 32 u. 33* v. 6.2.1929. Das Gutachten des Staatsrats sowie die Stellungnahme des Staatsministeriums in: *StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 2042* v. 6.4.1929.

⁵ Vom 19.1.1929, in: *StenBerReichsR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 5*; in der Sitzung am 24.1. in die Ausschüsse überwiesen, *ebd.*, S. 43 f., § 41, und in der Sitzung am 5.3. angenommen, *ebd.*, S. 72–90, § 109 mit dem Wortlaut verschiedener geänderter Passagen. Vgl. das *Votum Höpker Aschoffs* v. 31.1.1929 in: *Rep. 90, Nr. 1409, n. f.* hier auch eine Ausarbeitung von *MinR Corsing* v. 5.2. für *Braun* zur Sitzung. Ausarbeitungen von *LGR Melsheimer* v. 2. u. 4.2. in Vorbereitung der Staatsministerialsitzung, in: *Rep. 84a, Nr. 9220, Bl. 15–22. Voten Steigers und Schreibers* v. 1. u. 2.2.1929 auch in: *Rep. 120, C V Nr. 92 Bd. 5, Bl. 84–86, 93–96. Zur Osthilfe mit Bezug auf das Protokoll: Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 330. Ferner mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 173 f.*

Nr. 180 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Februar 1929.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 178, Bl. 19–21v; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 23*², Bl. 35–36v, 41–42; *MF 1048*. — *Abschr.*: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 23, Bl. 37–40v*.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber [zeitweise], Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Knipfer, Kriege [beide zu 1], Strunden [zu 1 und 7], Schopohl, Schneller, Corsing [alle drei zu 2], Perdelwitz, Vollbach, Stalman [alle drei zu 3], Weichmann [zu 3 und 5], Rothe [zu 3], Kießling, Behrendt, Reschke [alle drei zu 4], Lohmeyer, Tietmann [beide zu 5], Niermann, Bleek [beide zu 7].

1. *Nochmals zum Reichshaushalt 1929. Keine Bewilligung zusätzlicher Mittel für das Luftfahrtwesen beim Etat des Reichsverkehrsministeriums im Reichsrat.*³ [B] — **2.** *Staatshaushalt für 1928 und 1929. Zahl der Gewerbe-Medizinalräte und Hilfsarbeiter.*⁴ [B] — **3.** *Auflösung von Gutsbezirken, Einzelheiten.*⁵ [B] — **4.** *Staatsrat. Grundsätzliche Zustimmung zur Beseitigung der Raumnot [...] durch Errichtung eines Neubaus für das Ministerium für Volkswohlfahrt und Verwertung der Gebäude des ehemaligen [...] Kriegsministeriums.*⁶ [B] — **5.** *Nochmals zu den Verhandlungen mit Hamburg. Zustimmung zu den Entwürfen des Staatsvertrages über die Gründung einer Hafengemeinschaft sowie der korrespondierenden Dokumente.*⁷ [B] — **6.** *14 Ernennungen.* [B] — **7.** *Landeskultur. Erweiterung des Entwurfs*⁸ *eines Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen und Darlehn für Meliorationen.* [B] — **(8a. Beleidigung. Klage gegen Friedrich Wilhelm Prinz zur Lippe.**⁹ [B] — **8b. Hochwasser.** *Vorbeugungsmaßnahmen gegen Überschwemmungen usw. bei plötzlich eintretendem Tauwetter sind zwischen dem Innen- und dem Landwirtschaftsressort sowie mit der Reichsregierung abzustimmen.* [B])

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 18 wurden Abschriften von den TOP 1–3 an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2, 4–5 und 7–8 sowie Vorlagen zu den TOP 5–7.*

³ *Vgl. einen preußischen Antrag zu den Reichsratsberatungen, im Staatsministerium vorgelegt mit Anschreiben Schreibers v. 7.2.1930, in: Rep. 90, Nr. 1409, n. f.; hier auch Ausarbeitungen von MinR Strunden v. 16. u. 18.2.1930 für Braun zur Sitzung.*

⁴ *Vgl. die Große Anfrage Nr. 27 Haas (Köln) u. Gen. (SPD) in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 297 v. 24.10.1928.*

⁵ *Vgl. das Votum Grzesinskis v. 28.1.1929 in: Rep. 84a, Nr. 10095, Bl. 2–7; hier auch eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 16.2. zur Sitzung. Ferner die Stellungnahme Schreibers v. 4.10.1928 zur Zusammenfassung des Gutsbezirks Lauchhammer mit der Landgemeinde Naundorf in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 16, n. f.; hier auch ein Gutachten der Merseburger Regierung v. 4.12.*

⁶ *Vgl. die Ankündigung Brauns v. 9.2.1929, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 120, CB I Nr. 8a Adhib. Bd. 2, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis sowie ein Aktenvermerk des Zentralbüros des Handelsministeriums, daß die Vorlage, ein Schreiben K. Adenauers v. 17.12.1928, unbekannt sei. Eine Ausarbeitung für MinR Soelling v. 18.2. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 5166, Bl. 299b–299cv.*

⁷ *Vgl. Rep. 90, Nr. 2491, Bl. 219–230; hier auch Bl. 246–246v eine Ausarbeitung von MinR Weichmann v. 19.2. für Braun zur Sitzung. Mit Bezug auf das Protokoll: Orlow, Weimar Prussia, S. 123.*

⁸ *Vom 16.2.1929, in: Rep. 87, F Nr. 2911, n. f.; hier auch frühere Fassungen. Dem Staatsrat vorgelegt als StenBerStR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 51 v. 15.3.1929.*

⁹ *Wegen des Artikels Stahlhelm, Volksbegehren und Außenpolitik des Guhrauer Anzeigers Nr. 241 v. 12.10.1928. Vgl. zu der vom Staatsministerium erwarteten Entscheidung des Reichskanzlers die Besprechung der Reichsminister am 11.3.1929, TOP I, in: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 482, Dok. Nr. 151.*

Nr. 181 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 26. Februar 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 27–28; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 23², Bl. 76–77; MF 1048/1049.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Reschke, Werner Richter[beide zu 1], Hog, Riewald, Surén, Corsing, v. Leyden [alle fünf zu 2], Pfeiffer, Fritzsche [beide zu 3].

1. Reichsgründungsfeiern. Becker wird mit den Universitäten in Verbindung treten, um an Stelle der [...] am 18. Januar stattfindenden Reichsgründungsfeiern die Veranstaltung von Hochschulfeiern³ [...] an einem anderen [...] Tag zu erreichen.⁴ — **2.** Nochmals zum Reichshaushaltsplan 1929. Instruierung der Mitglieder des Reichsrats für die zweite Lesung in den Ausschüssen.⁵ [B] — **3.** Staatshaushalt für 1929. Zustimmung zum Vorgriff auf die [...] erst für das Rechnungsjahr 1929 vorgesehenen Mittel für bauliche Unterhaltungsarbeiten an Staatsgebäuden usw. wie in den Vorjahren.⁶ [B] — **4.** Zwei Ernennungen. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 28 wurden Abschriften von den TOP 1–3 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3.

³ Hs. geändert aus Reichsfeiern (Bl. 27).

⁴ Vgl. die Schreiben Brauns und Schreibers v. 4.2. bzw. 12.2.1929 in: Rep. 84a, Nr. 2054, Bl. 316–317. – Die in der Tagesordnung genannte Beteiligung oder Vertretung der [...] Staatsminister bei Feierlichkeiten findet in dem Protokoll keine Erwähnung.

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 25.2.1929 in: Rep. 90, Nr. 1409, n. f. Bl. 91–94v; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 26.2. für Braun zur Sitzung. Eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 25.2. zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 84a, Nr. 9220, Bl. 95–96.

⁶ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 23.2.1929 in: Rep. 151, IV Nr. 431, n. f.

Nr. 182 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 26. Februar 1929.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 271; MF-Suppl. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 10d Beiheft, Bl. 83.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Trendelenburg.

Nochmals zum Konkordat. Genehmigung der Vorschläge¹ für einen Vertrag [...] mit dem Apostolischen Stuhle. Einzelheiten. [B]

¹ Vgl. die Vorlage Beckers v. 25.2.1929 in: Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 260–264v. Mit Bezug auf das Protokoll: Golombeck, Die politische Vorgeschichte, S. 96.

Nr. 183 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1929.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 178, Bl. 29–31v; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen von Reschke* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 23*², Bl. 86–88v; MF 1049. — *Abschr.:* *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 23, Bl. 89–91v.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — *Prot.:* Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Loehrs, Fischer, Boddin [beide zu 1], Frielinghaus [zu 1 und 10b], Reschke [zu 1–3 und 6–10c], Frank (WissMinm.) [zu 2], Richter II [zu 2–3 und 7], Landé [zu 3], Corsing [zu 4], Werner Richter [zu 5], Vollbach [zu 6], Arnoldi, Mussehl, Brossok [alle drei zu 7], Kügler, Albrecht [beide zu 8], Fimmen [zu 9], Steinbrecher, H. Staudinger.

1. *Nochmals zum Städtebaugesetz. Überweisung des Entwurfs*³ an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat. [B] — **2.** *Nochmals zur Unterstützung leistungsschwacher Schulverbände. Einzelheiten zur Finanzierung.*⁴ [B] — **3.** *Lehrer. Nochmals zum Studienrats-Dienstehinnehmengesetz. Zustimmung zu einer Erklärung*⁵ Beckers im Landtag. [B] — **4.** *Ernennung von Mitgliedern der Bauakademie.* [B] — **5.** *Drei Ernennungen sowie Hinausschiebung der Altersgrenze in 14 Fällen.* [B] — **6.** *Landwirtschaft. Keine Kredite für die Heuerlinge im Emslande trotz ihrer Notlage.*⁶ [B] — **7.** *Stützung des ländlichen Gütermarktes in den östlichen Provinzen. Keine Beschlußfassung bis zum Ergebnis der Verhandlungen mit der Reichsregierung.*⁷ [B] — **8.** *Nochmals zu den ausländischen Landarbeitern. Bestätigung des Beschlusses vom 4.12.1928.*⁸ [B] — **9.** *Gesetz über die Preußische Staatsbank (Seehandlung). Überweisung des Gesetzentwurfs*⁹ an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat. [B] — ([**10a.**] *Pressepolitik. Teilnahme an der Pressepropagandafahrt im Seedienst Ostpreußen.* [B] — [**10b.**] *Verhandlungen über die Gemeinschaftsarbeit zwischen Thüringen und Preußen.*¹⁰ —

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 31v* wurden Abschriften von den TOP 1–4 und 6–10c an die Reichskanzlei gegeben.

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4, 6–10b sowie Vorlagen zu den TOP 1–2, 6 und 8–9.*

³ *Vom 21.2.1929, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 171 Bd. 4, n. f. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 3015 v. 17.6.1930; hier auch das Gutachten des Staatsrats sowie die Stellungnahme des Staatsministeriums.*

⁴ *Vgl. den Votenwechsel, beginnend mit dem Schreiben Beckers v. 1.12.1928, in: Rep. 84a, Nr. 4692, Bl. 238–241v; hier auch Bl. 248–249v eine Ausarbeitung von LGR Brandenburg v. 1.(?)3.1929 zur Sitzung.*

⁵ *Am 19.4.1929, in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Sp. 6090 f. Die Vorlage des Wissenschaftsministers zur Staatsministerialsitzung v. 28.2.1929 in: Rep. 87, B Nr. 20511, n. f.; hier auch eine Referentenausarbeitung für ihn zur Sitzung v. 5.3.*

⁶ *Vgl. die Vorlage Steigers v. 12.2.1929 in: Rep. 87, B Nr. 16714, n. f. Ein Bericht des Osnabrücker Regierungspräsidenten v. 22.1.1929 in: Rep. 87, B Nr. 16711, Bl. 275–279v. Mit Bezug auf das Protokoll: Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 532 f.*

⁷ *Vgl. den ausführlichen Bericht Pünders v. 8.3.1929 zur Diskussion im Staatsministerium in: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 474–476, Dok. Nr. 149.*

⁸ *Vgl. die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums v. 4.3.1929 in: Rep. 87, B Nr. 235, Bl. 51–52.*

⁹ *Vom 6.3.1929, in: Rep. 120, A X Nr. 8 Bd. 10, Bl. 177–189v; hier auch frühere Fassungen sowie Bl. 192 eine hs. Notiz Schreibers v. 8.3. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Eine Ausarbeitung von AGerR Krieger v. 7.3. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 4717, Bl. 22v–23. Dem Landtag zugeleitet als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 2212 v. 13.4.1929 mit einer Information zum Gutachten des Staatsrats.*

¹⁰ *Das Schreiben Brauns v. 16.2.1929, daß der Vorsitzende des Thüringischen Staatsministeriums [...] die Bereitwilligkeit [...] zum Ausdruck gebracht habe, mit Preußen in Verhandlungen über die Möglichkeit einer Gemeinschaftsarbeit auf den verschiedenen Gebieten der Verwaltung einzutreten, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 192, n. f.; hier auch eine hs. Aufzeichnung Schreibers v. 8.3. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Materialien zu möglichen gemeinsamen Geschäftsfeldern in: Rep. 151, HB Nr. 628, n. f.; hier auch eine Referentenausarbeitung v. 4.3. zur Sitzung auf einem Auszug aus der Tagesordnung.*

[10c.] *Sport. Notwendigkeit einer einheitlichen Stellungnahme der [...] Ressortminister zu dem Bestreben der Städte usw., ohne Rücksicht auf die [...] Finanzlage [...] internationale Reitturniere usw. zu veranstalten.*¹¹ [B])

¹¹ Weiter vgl. (2.) Sitzung am 23.3.1929, TOP 2.

Nr. 184 (1.) Ministerrat am 14. März 1929.

*Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 290–290v; MF-Suppl.; Reinschr.*¹ [TOP 1–5b], Bd. 178, Bl. 32–32v; MF 1049.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

1. *Nochmals zur Gemeinschaftsarbeit mit Thüringen. Der Modus zur Benennung der Vertreter bei den vorläufigen informatorischen Verhandlungen.*² [B] — **2.** *Landesplanungs-Ausschuß mit Hamburg. Der Modus zur Benennung von 8 Vertretern.* [B] — *Hirtsiefer zieht den Entwurf*³ *zur Verbandsordnung für den preußischen Siedlungsverband Unterelbe zurück.* [B] — **3.** *Ministerpräsident. Vertretung Brauns durch Grzesinski bei der Eröffnung der Danzig-Ausstellung in Berlin.* [B] — **4.** *Urlaubsregelung 1929.*⁴ [B] — **5a.** *Ernennung von H. Lukascheck [...] zum Oberpräsidenten von Oberschlesien.* [B] — **5b.** *Hinausschiebung der Altersgrenze.* [B] — **6.** *Nochmals zum Konkordat. Genehmigung des Vertragsentwurfs*⁵.

¹ *Auf dem Titelblatt der Abschrift findet sich der hs. Vermerk von MinR Pfeiffer Abschrift an Stelle des Originals (Bl. 32).*

² *Vgl. eine hs. Aufzeichnung Schreibers v. 13.3.1929 auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis in: Rep. 120, A 1 1 Nr. 192, n. f.*

³ *Vom 2.3.1929, in: Rep. 90, Nr. 2491, Bl. 266–272v; hier auch weiteres Material.*

⁴ *Vgl. die Vorlage v. 13.3.1929 in: Rep. 77, Tit. 35 Nr. 3 Bd. 6, n. f. Ferner der Runderlaß des Finanzministers v. 21.3.1929 in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 46.*

⁵ *Vom 13.3.1929, in: Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 279–287. Mit Bezug auf das Protokoll: Golombek, Die politische Vorgeschichte, S. 96.*

Nr. 185 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 14. März 1929.

*Vollz. Reinschr.*¹ *mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 33–34av; MF 1049.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Nobis, Schleusener, Goslar, Surén [zu 1–2], Storck [zu 1], Scheche [zu 1–3], Hellich [zu 1–2], Corsing [zu 1, 5–6 und 11], Ganschow, Pritsch [beide zu 2–3], Weichmann [zu 2–3, 8–10 und 12], Zimmer [zu 5], Richter II [zu 6 und 8–10], Pfeiffer,

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 34av wurde eine Abschrift von TOP 10 an die Reichskanzlei gegeben.*

Hylla [beide zu 6], Frank [zu 9], Arnoldi, Mussehl, Brossok [alle drei zu 10], Hammans, Krieger [beide zu 12].

1. Finanzausgleichsgesetz. Grzesinski wird einen Entwurf zu einer Verlängerung des Preuß[ischen] Ausführungsgesetzes [...] vorlegen, das aber nur bis zum 1.4.1930 gelten soll. Einzelheiten.² [B] — 2. Staatshaushalt für 1929. Ferner wird ein Erlaß³ an die Gemeinden zur Steuerverteilung ergehen. — 3. Stadtkreis Marburg. Gründung.⁴ [B] — 4. Selbstverwaltung. Ablehnung der von Grzesinski vorgeschlagenen Auflösung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weißenfels.⁵ [B] — 5. Disziplinarsache. [B] — 6. Personalabbau. Ablehnung eines Einspruchs. [B] — 7. Sieben Ernennungen und eine sofortige Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.⁶ [B] — 8. Lehrermangel. Keine Vermehrung und Besserstellung von Hilfslehrerstellen entgegen dem Wunsch des Landtags.⁷ [B] — 9. Lehrerbesoldung. Zustimmung zum Entwurf⁸ eines Volksschullehrerbesoldungsgesetzes. [B] — 10. Nochmals zur Stützung des ländlichen Gütermarktes in den östlichen Provinzen. Klärung der Frage in einer Chefbesprechung mit der Reichsregierung.⁹ ORegR Lippmann als möglicher zuständiger Staatskommissar.¹⁰ [B] — 11. Teilnahme von Behördenvertretern an Veranstaltungen. Grundsätze, u. a., wenn diese rein kirchlichen Zwecken dienen und dabei [...] lediglich kirchliche Flaggen verwendet werden.¹¹ [B] — 12. Bergbau. Nochmals zum Staatsvorbehalt zur Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohle und Erdöl. Erlaß einer Notverordnung falls der Staatsgerichtshof die Verordnung v. 10.10.1927¹² für verfassungswidrig erklärt. [B]

² Vgl. die Voten Grzesinskis und Höpker Aschoffs v. 8. bzw. 13.3.1929 in: Rep. 84a, Nr. 9176, Bl. 39–43, 48–54; hier auch Bl. 44v–45 eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 11.3. in Vorbereitung der Sitzung sowie Bl. 58–67 eine überarbeitete Fassung des Gesetzentwurfs v. 14.3.

³ Betr. Haushaltspläne, Steuerverteilungsbeschlüsse und Umlagen der Gemeinden und Gemeindeverbände für das Rechnungsjahr 1929 v. 22.3.1929, in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 242. Die Vorlage Höpker Aschoffs v. 13.3.1929 in: Rep. 84a, Nr. 9176, Bl. 46–47; hier auch Bl. 55 eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 14.3. in Vorbereitung der Sitzung.

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 4.3.1929 in: Rep. 120, A II 5e Nr. 8 Bd. 16, n. f.; hier auch ein hs. Vermerk Schreibers v. 14.3. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Ergebnis der Beratung. Eine Referentenausarbeitung v. 13.3. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 4799, Bl. 350v–351.

⁵ Vgl. die Vorlage v. 5.3.1929 in: Rep. 84a, Nr. 4453, Bl. 11–14; hier auch Voten sowie Bl. 19v eine Referentenausarbeitung zur Sitzung. Eine Stellungnahme der Ortsgruppe der DDP v. 19.1.1929 in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 16, n. f.

⁶ Vgl. zur Versetzung des Landrats Janssen aus Flatow in den einstweiligen Ruhestand wegen finanziellen Mißmanagements den Antrag Grzesinskis v. 13.3.1929 in: Rep. 77, Nr. 5507, Bl. 88–90.

⁷ Vgl. den Antrag Beckers v. 11.3.1929, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 84a, Nr. 6819, Bl. 382; hier auch Bl. 384 eine Ausarbeitung von MinR Reichau v. 13.3. in Vorbereitung der Sitzung sowie Bl. 389–416 das gedr. Protokoll zur 62. u. 63. Sitzung des Hauptausschusses des Landtags am 9. u. 10.4.1929.

⁸ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁹ Vgl. das Protokoll der Chefbesprechung am 16.3.1929, in: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 489 f., Dok. Nr. 153. Mit Bezug auf das Staatsministerialprotokoll: Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 246, 286.

¹⁰ Vgl. zu den Gründen der Nichternennung das Schreiben Weismanns v. 26.3.1929 an Steiger in: Rep. 90, Nr. 682, n. f.

¹¹ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 9.3.1929, in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. VIII Bd. 2, Bl. 26–26v. Eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 13.3. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 2173, Bl. 12v.

¹² GS, S. 189. Der Entwurf der Notverordnung im Schreiben des Handelsministers v. 12.3.1929 in: Rep. 151, I C Nr. 9934, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Scheche v. 14.3. zur Sitzung sowie der hs. Vermerk Höpker Aschoffs zum Beratungsergebnis. — Es erging am 27.3.1929 die (Not-)VO über das zeitweise Verbot der Begründung und Übertragung von Rechten zur Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohle und Erdöl, GS, S. 28.

Chefbesprechung der Reichsregierung mit dem Staatsministerium am 16. März 1929.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 489–490, Dok. Nr. 153.

Anwesend: für Preußen Braun, Steiger, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Brecht, Brossock.

Wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen.

Ministerrat beim Reichspräsidenten am 20. März 1929.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 500–504, Dok. Nr. 157.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff, Steiger.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Hilfsmaßnahmen für Ostpreußen.

Nr. 186 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 23. März 1929.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 35–36; MF 1049.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Arnoldi [für Steiger], Weismann, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Hog, Scheche, Mussehl [alle drei zu 1], Melsheimer, Corsing [beide zu 3].

1. Landtag. Einberufung des Ständigen Ausschusses [...] wegen [...] dringender Notverordnungen. *Zustimmung zur Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes¹ sowie zur Verlängerung der Geltungsdauer der Hauszinssteuerverordnung². [B] Noch kein Beschluß zur Regelung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1929.³ — 2. Neun Ernennungen. [B] — 3. Waldeck. *Zustimmung zum Entwurf⁴ einer Verordnung über die Einführung von Bestimmungen der preußischen Hauszinssteuerverordnung. [B]**

¹ *Erlassen als Verordnung, betr. die Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes v. 14.2.1923 (GS, S. 29) und des Gesetzes v. 28.2.1924 (GS, S. 119) i. d. F. der Verordnung v. 28.9.1928 (GS, S. 194). Vom 27.3.1929, GS, S. 27. Vgl. die Vorlage Höpker Aschoff v. 21.3.1929, in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 5, n. f. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Sitzungsperiode 1928–32, Drucks. Nr. 2041 v. 27.3.1929.*

² *Erlassen am 27.3.1929, GS, S. 27. Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 21.3.1929 in: Rep. 151, II Nr. 1072, Bl. 333–335v. Eine Aktennotiz von LGR Melsheimer v. 23.3. zum Beratungsergebnis in: Rep. 84a, Nr. 9206, Bl. 3. Hier formulierte er, daß das Staatsministerium beschlossen habe, von einer Notverordnung betr. Verlängerung der Gewerbesteuerverordnung mit Rücksicht auf den vom Staatsrat gegen das vom Landtag beschlossene Gesetz eingelegten Einspruch Abstand zu nehmen.*

³ *Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 21.3.1929 in: Rep. 151, II Nr. 2567, n. f.*

⁴ *Vom 22.3.1929, in: Rep. 84a, Nr. 9099, Bl. 202–203v; hier auch Bl. 202 ein Aktenvermerk von LGR Melsheimer v. 23.3. zum Beratungsergebnis. Ein hs. Vermerk Schreibers v. 23.3. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis in: Rep. 120, A I I Nr. 83 Bd. 8, n. f.*

Nr. 187 (2.) Ministersitzung am 23. März 1929.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 37; MF 1049. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 352, n. f.; Rep. 90, Annex L Nr. 35, Bl. 6.

Anwesend: Hirtsiefer [V], Grzesinski, Schreiber, Höpker Aschoff, Schmidt. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers, Weismann.

1. Drei Ernennungen, u. a. H. Rönneburg zum Staatskommissar für die Durchführung des Gesetzes betr. wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen.¹ [B] — **2. Sport. Bericht zum Reit- und Fahrturnier in Köln, das ebenso wie das von 1930 und das in Aachen von der Reichsregierung nicht unterstützt werden wird.** Grzesinski wird das Weitere veranlassen.²

¹ *Vgl. die Entwürfe der Ernennungsurkunden v. 26.3.1929 in: Rep. 90, Nr. 682, n. f.; hier auch das Schreiben Weismanns vom gleichen Tag an Hirtsiefer und Steiger mit Erläuterungen zur Ernennung. Mit Bezug auf das Protokoll: Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 286.*

² *Das Kölner Turnier fand vom 16. bis 23.6.1929 statt, das Aachener vom 27.7. bis 5.8. — Zur Frage der Unterstützung vgl. die Besprechung der Reichsminister am 11.4.1929, TOP 3, in: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 544, Dok. Nr. 170. Ferner das Schreiben Steigers v. 6.5.1929, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit der Preußischen Staatsregierung beschlossen hat, die Bedenken [...] zurückzustellen, in: Rep. 84a, Nr. 3692, Bl. 288. Bereits mit Schreiben v. 9.1. hatte der Landwirtschaftsminister darüber informiert, daß er dem Ehrenausschuß der Kölner Veranstaltung beiträgt; Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 9, n. f. Eine Aktennotiz von MinR Strunden v. 6.3.1929 zu einer Besprechung im Reichsamt des Innern am 26.2.1929 in: Rep. 90, Nr. 352, n. f.; weiteres Material in: Ebd., Nr. 353, n. f.*

Nr. 188 Sitzung des Staatsministeriums am 18. April 1929.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 38–39v; MF 1049. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 23, Bl. 257–258v.¹

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Lammers, Goslar, Renzi [zu 1], Corsing [zu 1–2], Wellmann, Helbing, Wollenweber [alle drei zu 2], Brand, Reschke [beide zu 3], Breuhahn, König, Rosenthal, Fritzsche [alle vier zu 4], v. Both, Strunden [beide zu 6].

1. Waldeck. Zustimmung zum Entwurf² einer Verordnung über die Einführung des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen. [B] — **2. Staatshaushalt für 1929. Zustimmung zu den Kürzungsvorschlägen³ Höpker Aschoffs.** [B] — **3. Ernennung.**⁴ [B] — **4. Besoldungssache.**⁵ [B] — **5. Vier Ernennungen.** [B] — **6. Ansiedlung.**

¹ *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4 und 6 sowie Vorlagen zu den TOP 3–4.*

² *Vom 11.4.1929, in: Rep. 84a, Nr. 9099, Bl. 206–206v; hier auch Bl. 207 eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 16.4. zur Sitzung. Ein hs. Vermerk Schreibers v. 18.4. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis in: Rep. 120, A I 1 Nr. 83 Bd. 8, n. f.*

³ *Vom 4.4. u. 17.4.1929, in: Rep. 84a, Nr. 6819, Bl. 424–433.*

⁴ *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 11.4.1929 zur Ernennung des früheren Waldeckischen Amtsgerichtsrats Waldschmidt zum Regierungsdirektor und Direktor des Oberversicherungsamts in Erfurt (Bl. 38v) in: Rep. 84a, Nr. 6819, Bl. 417–418. Eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 18.4.1929 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1000, Bl. 215.*

Nochmals zu Bereitstellung von Hauszinssteuermitteln für die landwirtschaftliche Siedlung [...] aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds.⁶ [B] — (7. Getränkesteuern. Im Reichsrat soll bei der Beratung des Entwurfs⁷ eines Gesetzes zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden einer Steuer auf Bier und Branntwein zugestimmt, eine Gemeinde-Getränkesteuer für Wein aber abgelehnt werden. [B] — 8. Reichshaushalt 1929. Im Reichsrat soll bei der Beratung des Ergänzungshaushalts⁸ nur einer teilweisen Kürzung der Osthilfe zugestimmt werden. [B])

⁵ Vgl. die Vorlage des Landwirtschaftsministeriums v. 22.3.1929 zur Festsetzung des Besoldungsdienstalters des Oberregierungsrats Klemm (Bl. 38v) in: Rep. 90, Nr. 755, n. f.; hier auch Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Fritzsche v. 17.4. für Braun zur Sitzung.

⁶ Vgl. die Vorlage Steigers v. 22.3.1929 in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 89 Beiakten 6 Bd. 1, Bl. 102–103; hier auch Voten und weiteres Material, u. a. Bl. 110–111 eine Referentenausarbeitung für Grzesinski zur Sitzung.

⁷ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 25.2.1929 in: Rep. 120, C V Nr. 16 Bd. 11, n. f. Ferner StenBerReichsR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 5 v. 19.1.1929; in der Sitzung am 24.1.1929 in die Ausschüsse überwiesen, ebd., S. 43 f., § 41a.

⁸ StenBerReichsR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 35 v. 21.3.1929; beraten in der Sitzung am 25.4.1929, ebd., S. 123, § 202 mit Hinweis auf die Behandlung der Angelegenheit. Vgl. das Schreiben Grzesinskis an Höpker Aschoff v. 12.4.1929 in: Rep. 90, Nr. 1110, Bl. 323–325.

Sitzung des Reichskabinetts am 29. April 1929.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. 596–601, Dok. Nr. 186.

Anwesend: für Preußen Braun, Höpker Aschoff, Schreiber, Steiger, Schmidt.

(1. Ausgabegenehmigung für Reichsminister v. Guérard.) — 2. Löhne für die Reichs- und Staatsarbeiter. — (3. Sitzungstermin.)

Nr. 189 Sitzung des Staatsministeriums am 30. April 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 40–41v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 23², Bl. 279–281v; MF 1049.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Lammers [für Becker], Abegg [für Grzesinski], Mussehl, Brossok [beide zu 1], Strunden [zu 1–2 und 8b], Frankenhach [zu 1], Backhaus, Frielinghaus, Hesse [alle drei zu 2], Bandmann [zu 3], Reschke [zu 3 und 8a], Weichmann [zu 6], Thalau, Corsing [beide zu 2].

1. Ostpreußen. Eine Beschlußfassung zum Entwurf³ einer Dienstanweisung für den Staatskommissar zur Durchführung von Maßnahmen des Reichsgesetzes über die wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen wird ausgesetzt, u. a. bis zur Fühlungnahme mit der

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 42 wurden Abschriften von den TOP 1–4 und 6–8c an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4 und 6–8a sowie Vorlagen zu TOP 4.

³ Vom 20.4.1929, in Rep. 90, Nr. 682, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Strunden v. 27.4. für Braun zur Sitzung. Mit Bezug auf das Protokoll: Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 289.

Reichsregierung. — 2. Entwurf⁴ eines Landwirtschaftskammergesetzes. *Einzelheiten*. Beschlußfassung *ausgesetzt*. — 3. *Flaggenstreit*. *Zustimmung zum Entwurf*⁵ einer Verordnung [...] über das öffentliche Flaggen. *Einzelheiten*. [B] — 4. Verlegung des Sitzes der Kreisverwaltung des Kreises Hamm [...] nach Unna.⁶ [B] — 5. *Ernennung*. [B] — 6. *Waldeck*. Durchführung des Staatsvertrages v. 23.3.1928⁷. Beschlußfassung [...] *abgesetzt*. — 7. *Landwirtschaft*. *Zulassung zusätzlicher in- und ausländischer Landarbeiter in den Kreisen Nams-lau und Gr[oß] Wartenberg*.⁸ [B] — (8a. *Staatsministerium*. *Eintritt in den Ehrenausschuß zur Berliner Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold*.⁹ [B] — 8b. *Staatsministe-rium*. *Eintritt in den Ehrenausschuß zum Tag des Roten Kreuzes*.¹⁰ [B] — 8c. *Gemeinde- und Staatsarbeiter*. *Beschluß zu Verhandlungen durch Höpker Aschoff*.¹¹ [B]

⁴ Vom 20.4.1929, in: Rep. 84a, Nr. 1963, Bl. 259–330v; hier auch Voten sowie früheres Material. Eine Ausarbeitung von MinDir. v. Leyden für Grzesinski v. 25.4. zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 61 Bd. 4, Bl. 163–163v; hier auch Bl. 164 eine Notiz von StS Abegg zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung.

⁵ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 28.4.1929 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. VIII Bd. 2, Bl. 40–41. Eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 27.4. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 4567, Bl. 13–14v; hier auch weiteres Material. Vgl. hierzu den Erlaß v. 28.4.1929 in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 374, ergänzt durch den Erlaß v. 18.7.1929, ebd., Sp. 609, sowie die Verordnung über das öffentliche Flaggen v. 29.6.1929, GS, S. 79.

⁶ Erfolgte 1930. Vgl. Timm, Willy, *Hellweg-Kreis. Die Geschichte des Kreises Unna und seiner Verwaltung, Unna 1952*, S. 62 f. Zur Problematik der Raumordnungspläne für Westfalen insgesamt vgl.: *Südwestfalen gestern – heute. Regierungsbezirk Arnsberg 1816–1966*, Berlin 1967, S. 249.

⁷ GS, S. 179. Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 18.4.1929 in: Rep. 84a, Nr. 9875, Bl. 16–18; hier auch Bl. 20v eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 29.4. zur Sitzung.

⁸ Vgl. das Schreiben Steigers v. 26(?)4.1929 in: Rep. 87, B Nr. 235, Bl. 165–166v; hier auch Bl. 150–153 Schreiben v. 30.4.1929 im Gefolge der Sitzung.

⁹ Am 10. u. 11.8.1929. Vgl. die Einladung an Braun v. 25.4.1929, Schreiben mehrerer Minister und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 353, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 29.4. für Braun zur Sitzung.

¹⁰ Am 9.6.1929. Vgl. die Vorlage des Wohlfahrtsministers v. 27.4.1929 in: Rep. 90, Nr. 353, n. f.; hier auch weiteres Material.

¹¹ Vgl. die Einladung des Finanzministers v. 27.4.1927 an Braun, die preußischen Staatsminister und den Präsidenten des Landtags für eine Beratung am 3.5. in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 31 Bd. 6, n. f. Ferner die Besprechung der Reichsminister am 22.4.1929 im Anschluß an die Sitzung des Reichskabinetts, TOP 2, in dem Rklr. Müller über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sitzung mit dem preußischen Staatsministerium informierte, in: *Das Kabinett Müller II*, Bd. 1, S. 577 f.

Nr. 190 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Mai 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 43–45; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen von Reschke in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 24², Bl. 5–7; MF 1049.*

Anwesend: Braun [V], Becker, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Conze [für Hirtsiefer], Hans Krüger [für Steiger], Abegg [für Grzesinski], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Vollbach [zu 2], Strunden [zu 2 und 5], Bleek [zu 2], Sommer [zu 5], Uter [zu 6], Schneller [zu 6–7], Reschke, Ahrendts [beide zu 6], Wellmann, Corsing, Hog, Bachmann [alle vier zu 7–8], Simon (MdI) [zu 8].

1. Ostpreußen. *Nochmals zum Entwurf einer Dienstanweisung für den Staatskommis-sar zur Durchführung von Maßnahmen des Reichsgesetzes über die wirtschaftli-*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 45 wurden Abschriften von den TOP 1–3 und 9b an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2, 5–6 und 8 sowie eine Vorlage zu TOP 8.

che Hilfe³; abgesetzt. — **2.** Ostpreußen. *Landwirtschaft. Höpker Aschoff soll prüfen, ob Preußen wie die Reichsregierung [...] 250 000 RM zur Beschaffung von Saatgut bereitstellen kann.* [B] — **3.** Waldeck. *Zuständigkeit des Innenministers bei der Durchführung des Vereinigungsvertrages.*⁴ [B] — **4.** *Fünf Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in sechs Fällen.* [B] — **5.** *Nochmals zur Schichau-Werft. Einzelheiten zur Beteiligung Preußens an den Kosten der Sanierungsaktion.*⁵ [B] — **6.** *Stellenplan. Einzelheiten zur Zuständigkeit des Finanzministers.*⁶ [B] — **7.** *Staatshaushalt. Keine Zustimmung zu den von den Koalitionsparteien zwecks Beschaffung der Mittel für Durchführung eines Grenzprogramms vorgeschlagenen Streichungen.*⁷ [B] — **8.** *Reichshaushalt. Bedingte Zustimmung zum Entwurf⁸ eines Gesetzes über Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage. Einzelheiten.* [B] — **(9a.** *Beflagung der Dienstgebäude anlässlich einer unter Leitung des Reichsbanners in Stolp [...] stattfindenden republikanischen Kundgebung.* [B] — **9b.** *Information zum Verbot des Rotfrontkämpferbundes.*⁹ — **[10.** *Arbeitslosenversicherung. Revision.]*¹⁰)

³ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Strunden v. 7.5.1929 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 682, n. f.

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 18.4.1929 in: Rep. 90, Nr. 2284, Bl. 197–199; hier auch Bl. 203 eine Ausarbeitung von MinR Weichmann v. 27.4. für Braun zur Sitzung. Rep. 120, A I 1 Nr. 83 Bd. 8, n. f. ein hs. Vermerk Schreibers v. 8.5. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis.

⁵ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 4.5.1929 in: Rep. 87, B Nr. 19411, n. f.

⁶ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 9.4.1929 in: Rep. 84a, Nr. 6819, Bl. 460–461; hier auch Voten.

⁷ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 7.5.1929 in: Rep. 90, Nr. 1110, Bl. 344; auch in: Rep. 84a, Nr. 6819, Bl. 449–451. Mit Bezug auf das Protokoll: Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft, S. 330.

⁸ StenBerReichsR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 55 v. 3.5.1929; beschlossen in der Sitzung am 10.5.1929, ebd., S. 150; § 256 mit dem Wortlaut der angenommenen Fassung.

⁹ Am 6.5.1929 in Preußen; die anderen deutschen Länder folgten; vgl. Schultheß' 1929, S. 74 f. Zu den Kontakten Grzesinskis zu Severing und Braun in dieser Frage vgl. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2, S. 186 f. Ferner Schuster, Kurt, Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975, S. 214–222. Ferner zum Verhältnis Reich-Länder: Jasper, Der Schutz der Republik, S. 171–177.

¹⁰ Lt. Aktenvermerk von MinR Pfeiffer v. 15.6.1929 trat Braun in der [...] Sitzung [...] energisch für Revision der Arbeitslosenbestimmungen ein. Protokolliert ist das aber leider nicht. (Bl. 46)

Nr. 191 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 17. Mai 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 47–48v; MF 1049. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 24, Bl. 22–23v.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Goslar, Lindemann, Wagemann [beide zu 1], Corsing [zu 1–2 und 4–6], Zschintzsch, Scheche, Brossok [alle drei zu 2], Hog [zu 2 und 4], Gnegel [zu 5], Ganschow [zu 6], Bleek, Finger, Vollbach, Strunden [alle vier zu 7].

1. Durchführung des Adelsgesetzes in Hohenzollern. *Zustimmung zum Entwurf² eines Erlasses. Einzelheiten u. a. zum Privatverkehr der Beamten mit Angehörigen ehemals regierender Häuser.* [B] — **2.** *Beamtenbesoldung. Allgemeine Nachprüfung der Besoldungsverhältnisse der*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 48v wurden Abschriften von den TOP 1 und 7 an die Reichskanzlei gegeben.

² Vom 10.5.1929, in: Rep. 90, Nr. 465, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 14.5. für Braun zur Sitzung. Vgl. ferner den Erlaß betr. die Namen der Angehörigen früherer Adelsfamilien v. 7.8.1929 in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 727.

Provinzen und der übrigen Kommunalverbände.³ [B] — 3. Zwei Ernennungen. [B] — 4. Entwurf⁴ eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer. *Zustimmung*. [B] — 5. Lohnregelung der preußischen Verwaltungsarbeiter. *Bericht über die Verhandlungen mit ihren Organisationen und Zustimmung zu den Vorschlägen Höpker Aschoffs*.⁵ [B] — 6. Amtsbezeichnung.⁶ [B] — 7. Ostpreußen. *Nochmals zur Saatgutkreditaktion der Reichsregierung. Sofortige Weiterleitung der von ihr überwiesenen 250 000 RM und Information, daß Preußen grundsätzlich bereit sei, dieselbe Summe zu bewilligen, dazu aber augenblicklich nicht in der Lage ist*. [B] — (8. Belagerungszustand in Hamburg. *Information über den Wunsch des Senats, auch über die [...] benachbarten preußischen Gebiete eine entsprechende Verfügung zu treffen. Zustimmung zur ablehnenden Haltung Grzesinkis und zur Durchführung der erforderlichen polizeilichen Schutzmaßnahmen*.⁷ [B])

³ *Hs. ergänzt: und der übrigen Kommunalverbände (Bl. 47v). – Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 4.5.1929 in: Rep. 84a, Nr. 2553, Bl. 85–86v; hier auch Voten sowie Bl. 88 eine Ausarbeitung von MinR Reichau v. 5.5. für Schmidt zur Sitzung.*

⁴ *Veröffentlicht als Antrag Brüning u. Gen. v. 20.4.1929 in: StenBerRT, Bd. 435, Drucks. Nr. 956. Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 14.5.1929 in: Rep. 120, C V Nr. 70 Bd. 7, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 17.5. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung.*

⁵ *Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 14.5.1929 in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 31 Bd. 6, n. f.*

⁶ *Vgl. die Vorlage Grzesinkis v. 14.5.1929 betr. Verleihung der Amtsbezeichnung „Stadtamtsrat“ in der Stadt Breslau in: Rep. 84a, Nr. 5185, Bl. 86–88; hier auch eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 16.5. zur Sitzung.*

⁷ *Im Gefolge der Auflösung des Roten Frontkämpferbundes, der Roten Jungfront sowie der Roten Marine am 7.5.1929; vgl. Wippermann 1929 A, S. 172. – Ein Schreiben des Hamburger Senats konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 192 (2.) Sitzung¹ des Staatsministeriums am 17. Mai 1929.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 49–50; MF 1049. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 332–334; Rep. 120, CB I Nr. 103d Beiheft, Bl. 117–119.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Trendelenburg.

Nochmals zum Konkordat. Genehmigung der neuen Vorschläge² für einen Vertrag [...] mit dem Heiligen Stuhle. Einzelheiten, u. a. soll zur Frage der Rückwirkung [...] auf das Verhältnis Preußens zu den evangelischen Landeskirchen [...] erst auf Anfrage in den parlamentarischen Körperschaften Stellung genommen werden. [B]

¹ *Die Bezeichnung Ministerbesprechung (Bl. 49) wurde nachträglich gestrichen.*

² *Vgl. die Vorlage Beckers v. 14.5.1929 in: Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 306–324. Mit Bezug auf das Protokoll: Golombeck, Die politische Vorgeschichte, S. 96; Hömig, Das preußische Zentrum, S. 191, 198.*

Nr. 193 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juni 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 53–55v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen von Reschke in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 24², Bl. 26–26v; MF 1049.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Seefeld [für Schreiber], Abegg [für Grzesinski], Pünder [RK], Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Strunden [zu 1 und 4], Pfeiffer [zu 2], Corsing [zu 5].

1. Staatsministerium. Kein Besuch der Ersten Polnischen Landesausstellung 1929 in Posen.³ [B] — 2. Stellenplan. Einzelheiten. [B] — 3. 41 Ernennungen und sofortige Versetzung des Breslauer Polizeipräsidenten Kleibömer [...] in den einstweiligen Ruhestand [B] — 4. Versailler Vertrag. Keine offiziellen Schulfeiern anlässlich des 10. Jahrestages trotz der Anregung des Arbeitsausschusses der Deutschen Verbände. [B] — (5. Staatsministerium. Keine Vertretung [...] auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Bremen vom 7. bis 10.6.1929.⁴ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 56 wurden Abschriften von den TOP 1–2 und 4–5 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2 und 4–5 sowie Vorlagen zu den TOP 1–2 und 4.

³ Vgl. die am 21.5.1929 eingegangene gedr. Einladung an Grzesinski sowie sein Schreiben v. 25.5. an Braun mit der Bitte um Entscheidung des Staatsministeriums in: *Rep. 77, Tit. 856 Nr. 643, n. f.*; hier auch ein hs. Vermerk von StS Abegg v. 4.6. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis sowie Material zur Ausstellung. Eine Ausarbeitung von MinR Lutterloh v. 1.6. zur Sitzung in: *Rep. 84a, Nr. 2173, Bl. 26v–27.* Vgl. den offiziellen Ausstellungsführer: *Powszechna Wystawa Krajowa w roku 1929 w Poznaniu. Przewodnik po wystawi, Posen 1929. Zur internationalen Resonanz der Ausstellung: Bombicki, Maciej Roman, PWK. Powszechna Wystawa Krajowa w Poznaniu 1929, Posen 1992, S. 47–54.*

⁴ Als Vertreter der Reichsregierung wurde GehLegR v. Kaufmann auf der Tagung begrüßt; vgl. *Die gesellschaftlichen Veranstaltungen, in: Deutsche Presse. Organ des Reichsverbandes der Deutschen Presse 19 (1929), S. 455 (= Aufsatz in der Doppelnummer Nr. 24/25: Berichtsnummer der Jahrestagung Bremen 1929).*

Nr. 194 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juni 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 57–58; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen von Reschke in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 24², Bl. 57–57v; MF 1049.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weyhe [für Höpker Aschoff], Loehrs [für Grzesinski], Hölscher [für Schmidt], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Zimmer, Vollbach [beide zu 1], Corsing [zu 1 und 4], Steinbicker, Frosch, Weichmann [alle drei zu 2], Kügler, Schindler, Sandrock [alle drei zu 4].

1. Disziplinarsache.³ [B] — 2. Lehrerbesoldung. Einstufung von Lehrkräften bei den früheren staatlichen Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten in die neue Lehrer-

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 58v wurden Abschriften von den TOP 2 und 4 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu TOP 2 sowie Vorlagen zu den TOP 2 und 4.

³ Vgl. die Vorlagen Brauns v. 13.3. u. 7.6.1929 mit Gutachten und Gegengutachten im Verfahren gegen Ministerial-Kanzleidirektor Ohst im Landwirtschaftsministerium wg. sexueller Belästigungen unterstellter weiblicher Angestellter in: *Rep. 151, I B Nr. 4352, n. f.*

besoldungsordnung. [B] — 3. Eine Ernennung und Hinausschiebung der Altersgrenze in fünf Fällen. [B] — 4. Staatsministerium.⁴ Anträge an den Reichsrat in Ressortangelegenheiten von grundsätzlicher oder wesentlicher⁵ politischer Bedeutung sind der Entscheidung des gesamten Staatsministeriums vorbehalten und insbesondere [...] nicht ohne die vorherige⁶ Zustimmung seitens des Ministerpräsidenten [...] vorzulegen.⁷ [B]

⁴ Zu der auf der Tagesordnung stehenden und im Protokoll bei diesem TOP benannten Bildung des Sachverständigenausschusses für Fragen der Arbeitslosenversicherung (Bl. 58) wurde kein schriftlich fixierter Beschluß gefaßt. Vgl. das auf die Diskussion Bezug nehmende Schreiben Höpker Aschoffs v. 22.6.1929 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.

⁵ Hs. geändert aus besonderer (Bl. 58).

⁶ Hs. ergänzt (Bl. 58).

⁷ Ein allen Ministerialabteilungen zugeleiteter Runderlaß des Kultusministeriums v. 11.7.1929 mit dem Wortlaut des Beschlusses in: Rep. 76, I Sekt. 2, Nr. 3, Bl. 389.

Nr. 195 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juni 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 59–61; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen von Reschke in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 24², Bl. 79–80; MF 1049.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Klässel, Koehler, v. Both, Reschke [alle vier zu 1], Schneller, Krieger, Vollbach [alle drei zu 2], Corsing [zu 2 und 6b], Scheche, Ganschow, Hellich [alle drei zu 3], Strunden [zu 3–5], Bansi, Reichsbahnrat Krueger, Krieger [alle drei zu 4], Mayer, Loschelder, Gnegel, Brandenburg [alle vier zu 5], Weichmann [zu 6a].

1. Fürstenabfindung. Der Entwurf³ eines Gesetzes über Änderungen der zur Auflösung der Familiengüter und der Hausvermögen ergangenen Gesetze und Verordnungen soll nach Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag gehen. [B] — 2. Lippe. Aufnahme von Verhandlungen zur Aufwertung der Lippstädter Rente. Bei Nichtannahme der preußischen Vorschläge soll die Gerichtsgemeinschaft zum frühesten Termin gekündigt und in einem etwaigen Prozeß [...] die Auffassung [...] vertreten werden, daß jede [...] Aufwertung des Anspruchs mit Treu und Glauben nicht zu vereinen sei. Bei Abbruch der Verhandlungen soll die Angelegenheit nochmals dem Staatsministerium [...] unterbreitet werden.⁴ [B] — 3. Hamburg-Lübecker Landstraße. Finanzierung des preußischen Anteils über das Sonderfinanzausgleichsgesetz⁵. [B] — 4. Mittellandkanal. Entwurf⁶ einer Verordnung über die Verleihung des

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 61v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu TOP 1–5 und 6b sowie Vorlagen zu den TOP 1–6b.

³ Vom 11.6.1929 mit Ergänzung v. 18.6. in: Rep. 90, Nr. 1596, n. f.; hier auch frühere Fassungen, eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 24.6. für Braun zur Sitzung sowie die dem Staatsrat am 26.6. übersandte Fassung. Eine Ausarbeitung v. 24.6. für Becker zur Sitzung in: Rep. 76, IIa Sekt. 40 Gen. Nr. 5 Bd. 12, n. f.

⁴ Vgl. den (1.) Entwurf des Anschlußvertrages, übersandt mit Anschreiben v. 5.6.1929, in: Rep. 90, Nr. 298, Bl. 375–401; hier auch umfangreiches weiteres Material.

⁵ Gemeint ist das Gesetz über einen Sonderfinanzausgleich zugunsten preußischer Randgemeinden (-kreise) in der Nachbarschaft von Stadtstaaten v. 8.7.1927, GS, S. 135. Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 13.6.1929 in: Rep. 84a, Nr. 5678, Bl. 1–4; hier auch weiteres Material.

⁶ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. — Die Akte Rep. 90, N III 2.15 „Fortsetzung des Mittellandkanals nach Übergang der Wasserstraßen auf das Reich“ ist nicht überliefert; die Akte Rep. 84a, Nr. 3899 „Enteignungsverfahren“ (1920–29) war April 2003 „nicht vorlegbar“.

Enteignungsrechts an die Staatswasserbauverwaltung aus Anlaß des Baues. *Einzelheiten*. [B] — **5.** Jugendwohlfahrt. *Der Entwurf*⁷ zu einem Gesetz zur Abänderung des Ausführungsgesetzes v. 29.3.1924 zum Reichsgesetze für Jugendwohlfahrt v. 9.7.1922 ist nach Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu geben. [B] — (**6a.** Konkordat. *Erörterung der Vorlage des Gesetzentwurfs an den Staatsrat.* — **6b.** *Gehälter der Dirigenten und Künstler an den Opern.*⁸)

⁷ Vom 24.6.1929, in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 124 Adhib. Bd. 2, Bl. 269–273v; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 25.6. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Vgl. ferner den Urantrag Haas (Köln) u. Gen. (SPD) v. 1.2.1929, in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 1313. Vgl. zum Antrag auch Gräser, Marcus, *Der blockierte Wohlfahrtsstaat. Unterschichtjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik*, Göttingen 1995, S. 138 f.

⁸ Vgl. die Kleine Anfrage Nr. 701 Ziegenrucker (Dt. Fraktion) v. 6.5.1929 in: Rep. 90, Annex L Nr. 24, Bl. 228.

Nr. 196 (2.) Ministerbesprechung am 25. Juni 1929.

Vollz. Reinschr. mit einem hs. Zusatz, Bd. 178, Bl. 62–63; MF 1049.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis [für Weismann].

[1.] Versetzung des Merseburger Regierungspräsidenten Grützner [...] in den einstweiligen Ruhestand¹ sowie fünf Ernennungen. [B] — [2.] Drei Hinausschiebungen der Altersgrenze. [B]

¹ Vgl. mit Bezug auf das Protokoll: Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 938.

Nr. 197 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juli 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 64–65v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 25², Bl. 8–10v; MF 1049. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 25, Bl. 4–5v.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski [zu 1–2], Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Goslar, Kügler, Sandrock, AGerR Richter, Gnegel [alle vier zu 1], Corsing [zu I und 6b], v. Hoffmann, Krieger [beide zu 2], Weichmann [zu 2–3 und 6a], Wüllenweber [zu 3].

1. Arbeitslosenversicherung. Richtlinien³ für die preußischen Mitglieder des vom Reichskabinetts zur Begutachtung [...] berufenen Sachverständigenausschusses. *Einzelheiten, u. a. a.) keine Festle-*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 65v wurden von den TOP 1–4 und 6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1–3.

³ Übersandt mit dem Votum Hirtsiefers v. 28.6.1929 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Woldt v. 9.7. auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Zum Gutachten der Sachverständigenkommission vgl. die Besprechung der Reichsminister am 10.8.1929, TOP 1, in: *Das Kabinett Müller II*,

gung zu Beitragserhöhungen, [...] gegen die stärkste grundsätzliche Bedenken existieren, sowie b) keine Einführung einer Bedürftigkeitsprüfung. [B] — **2. Staatsrat. Bitte an den Präsidenten, das Gremium zur Prüfung der Entwürfe⁴ von Abänderungen der preußischen Ausführungsanweisung zur Gewerbeordnung v. 1.5.1904 in etwa 14 Tagen einzuberufen.** [B] — **3. Errichtung einer Pädagogischen Akademie in [...] Altona.⁵** [B] — **(4. Errichtung einer Pädagogischen Akademie für evangelische Lehrer und Lehrerinnen in Norddeutschland [...] mit [...] Sitz in Potsdam.⁶** [B]) — **5. Zwei Ernennungen.** [B] — **(6a. Errichtung einer Innungskrankenkasse der Freien Innung des Eisen- und Metallgewerbes in Remscheid.** [B] — **6b. Konkordat.** Termin für den Austausch der Ratifikationsurkunden. [B])

28.6.1928–27.3.1930, Bd. 2: August 1929 bis März 1930, bearb. v. Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 848–853; hier auch weitere Dokumente. Ferner Berringer, Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 384f.

⁴ Vom 24.6.1929, in: StenBerStR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 144. In der Sitzung am 23.7. ohne Einwendungen angenommen; vgl. ebd., Sp. 348 (irrtümlich Sp. 310).

⁵ Vgl. die Vorlage Beckers v. 6.6.1929 in: Rep. 90, Nr. 1761, Bl. 59–60; hier auch Bl. 69 eine Ausarbeitung von MinR Weichmann für Braun zur Sitzung sowie Voten und weiteres Material.

⁶ Vgl. die Information v. 8.7.1929 über die Bitte Beckers, hierzu außerhalb der Tagesordnung sprechen zu können, in: Rep. 90, Nr. 1761, Bl. 71.

Nr. 198 Sitzung des Staatsministeriums am 13. August 1929.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 66–67, Abschr.: Bl. 68–69; MF 1049/1050.
— Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 25, Bl. 42–43.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt.
— Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Badt, Peiser, Hans Krüger, v. Leyden, Perdelwitz, Laspeyres [alle drei zu 1], Staab [zu 1 und 6–7], Frankenbach [zu 1], Strunden [zu 2–7], Steinbrecher, Brandenburg [beide zu 5], Schönner, Pritsch [beide zu 6], Walter Richter [zu 7].

1. Aufrechterhaltung der Gutsbezirke. Einzelheiten betr. Anwendung des Volksschulunterhaltungsgesetzes.¹ [B] — **2. Jugend und Sport. Ablehnung der von Becker angeregten, den Jugendpflegevereinen aufzuerlegenden Gebühr [...] für die Benutzung der Turngeräte staatlicher Schulen.²** [B] — **3. Zwei Disziplinarsachen. Beschlußfassung abgesetzt und Ansetzung kommissarischer Beratungen.³** — **4. Verpfändung einer Reichsschuldbuchforderung der obersten Verwaltung des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg an die Preußische Staatsbank. Zustimmung zur Verpfändung, jedoch Ablehnung einer Kreditgewährung [...] aus politischen Gründen⁴.** [B] — **5. Führung der Bezeichnung „Frau“.** Grzesinski zieht seinen Antrag⁵ zurück. — **6. Entwurf⁶ eines neuen**

¹ Die Vorlage Grzesinkis v. 18.7.1929 in: Rep. 84a, Nr. 464, Bl. 33–43; hier auch Bl. 45v–47 eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 10.8. zur Sitzung.

² Vgl. die Vorlage Beckers v. 29.5.1929 in: Rep. 77, Tit. 924 Nr. 1 Bd. 3, Bl. 211–212; hier auch Bl. 213 eine Referentenausarbeitung v. 12.8. zur Sitzung sowie Bl. 214 ein hs. Vermerk Grzesinkis v. 13.8. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung.

³ Vgl. die Aufzeichnung über die Beratung am 12.9.1929 in: Rep. 90, Nr. 648, Bl. 53–54v.

⁴ Hs. Zusatz Brauns (Bl. 67 u. 69).

⁵ Vgl. die Vorlage Grzesinkis v. 19.4.1929 in: Rep. 84a, Nr. 580, Bl. 159–163; hier auch zahlreiche Stellungnahmen von Interesseneinigungen.

⁶ Vgl. einen Referentenentwurf v. 26.7.1929 in: Rep. 84a, Nr. 8478, Bl. 170–176; hier auch weiteres Material.

Gesetzes zum Schutze der Republik. *Kein Einspruch* gegen die erweiterte Zuständigkeit des Reichsministers des Innern für Vereinsauflösungen und Presseverbote. [B] — (7. Angelegenheit *des Freiherrn v. Mirbach* vom Karlshorster Rennverein. — **7a.** Mitteilung über den mit den Evangelischen Kirchen abzuschließenden Vertrag; *abgesetzt*. — **7b.** Vereinheitlichung des Kirchensteuerrechts; *abgesetzt*. — **7c.** Staatsgerichtshof. Vertretung *Preußens* bei dem Prozeß gegen das Landeswahlgesetz *durch* Reichsministers a. D. Koch-Weser; *abgesetzt*.⁷⁾

⁷⁾ Vgl. die Aktennotiz von MinR Pfeiffer v. 6.9.1929, daß Ministerpräsident Braun mitgeteilt habe, daß es nicht mehr nötig sei, die Sache nochmals auf die Tagesordnung zu bringen, in: *Rep.* 90, Nr. 115, Bl. 155.

Nr. 199 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 10. September 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 71–72; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: *GStAPK, I. HA, Rep.* 90, Annex L Nr. 26², Bl. 3–4v; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Brecht, Coßmann, Peiser, Abegg, v. Seefeld, Kügler [zu 1 und 3], Schnitzler, Schindler [beide zu 1], Thalau [zu 1 und 3], Brandenburg [zu 1], Strunden [zu 1 und 3], Reschke [zu 4].

1. Arbeitslosenversicherung. *Ansetzung einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Reichskabinett*.³ [B] — **2.** 16 Ernennungen, u. a. von MinDir. Staudinger zum Staatssekretär *des Handelsministeriums* sowie *des Kölner Vizepräsidenten* von Harnack [...] zum *Regierungspräsidenten* in Merseburg. [B] — **3.** Ausländische Landarbeiter. *Nur noch für das laufende Jahr werden ausländische Kartoffelgräber für Ostpreußen zugelassen*.⁴ [B] — **4.** Aufhebung aller innerdeutschen *diplomatischen* Vertretungen außerhalb der Reichshauptstadt *einschließlich* der Preußischen Gesandtschaft [...] in München. *Zustimmung zum Vorschlag*⁵ *des Reichsinnenministers Severing*. [B]

¹⁾ Lt. Aktenvermerk Bl. 72v wurden Abschriften von den TOP 1 und 3–4 an die Reichskanzlei gegeben.

²⁾ Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1 und 3 sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 4.

³⁾ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 6.9.1929 in: *Rep.* 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f. Ein Vermerk Pünders v. 10.9.1929 zur Behandlung der Frage im Staatsministerium in: *Das Kabinett Müller II*, 28.6.1928–27.3.1930, Bd. 2: August 1929 bis März 1930, bearb. v. Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 912–914, Dok. Nr. 285. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 161.

⁴⁾ Vgl. das Schreiben des Landwirtschaftsministeriums v. 11.9.1929 zum Beschluß in: *Rep.* 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 5, Bl. 101–101v. Hier auch Bl. 100 ein Auszug aus der Tagesordnung mit dem Kanzleivermerk, daß die Vorlage v. 5.9. nicht allen Ministern zuzuging; ferner eine hs. Notiz Schreibers v. 10.9. zum Beratungsergebnis.

⁵⁾ Vom 5.9.1929, in: *Rep.* 84a, Nr. 11627, Bl. 246–248; hier auch Bl. 249v eine Referentenausarbeitung (LGR u. AGR Pritsch?) v. 10.9. in Vorbereitung der Staatsministerialsitzung sowie Bl. 251 die Antwort Brauns an Severing v. 16.9. Bereits in den Hauptausschußverhandlungen des Landtags am 16.2.1929 waren mehrere Anträge auf Streichung der dauernden Ausgaben im Etat für die Münchener Gesandtschaft gestellt worden; Braun äußerte seine Bereitschaft dazu. Dennoch wurden die Anträge abgelehnt. Das gedr. Protokoll der 45. Ausschusssitzung, in: *Rep.* 81, München Nr. 33, n. f.

Nr. 200 (2.) Ministersitzung¹ des Staatsministeriums am 10. September 1929.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 73; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

[1.] Saarfrage. *Zusammensetzung der preußischen Delegation.*² *Schreiber wird ein Exposé³ über die Frage der Rückgabe des Saargebiets [...] einreichen, [...] das auch die Reichsregierung erhält. Bildung eines ständigen interministeriellen Ausschusses während der Pariser Verhandlungen.* [B] — [2.] *Kurze Darstellung der Bombenattentate.*⁴ [B]

¹ *Hs. geändert aus Ministerbesprechung.*

² *Vgl. das Schreiben des Auswärtigen Amtes v. 5.9.1929 in: Rep. 90, Annex L Nr. 26, Bl. 29–30. Ferner das Telegramm von AMINr. Stresemann (z. Z. Genf) an das Auswärtige Amt v. 7.9.1929 mit dem dringenden Ersuchen, die deutsche Delegation zu benennen, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B: 1925–1933, Bd. 13: 3.9.–31.12.1929, Göttingen 1979, S. 14 f., Dok. Nr. 6. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 11.9.1929, TOP 1, in: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 918 f., Dok. Nr. 287.*

³ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden. – Die Verhandlungen liefen vom 21.11.1929 bis 7.7.1930 und wurden ergebnislos abgebrochen; zu ihrem Gang vgl. Zenner, Maria, Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935, Saarbrücken 1966, S. 237–250.*

⁴ *Am 1.9.1929 im Keller des Reichstagsgebäudes; vgl. Schultheß' 1929, S. 165.*

Nr. 201 Sitzung des Staatsministeriums am 12. September 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 178, Bl. 74–74v, Anlage: Bl. 75–78; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 26², Bl. 3–3v; MF 1050. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Hölscher [für Schmidt], Arnoldi [für Steiger], Pünder [RK], Weismann, Brecht, Coßmann, Peiser, v. Seefeld, Kügler, Schindler, Schnitzler, Thalau, Strunden.

Arbeitslosenversicherung. Im Reichsrat soll gegen das Votum Schreibers dem Gesetzentwurf³ zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unter Berücksichti-

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 74v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen.*

³ *StenBerReichsR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 108 u. zu Nr. 108 v. 20./26.8.1929, beraten in der Sitzung am 16.9.1929, ebd., S. 260–265 mit einer Erklärung von StS Weismann für Preußen (S. 260 f.), § 405; hier auch S. 267 f. der beschlossene Wortlaut des Entwurfs eines Gesetzes über befristete Änderungen der Arbeitslosenversicherung. Vgl. die sog. Chefbesprechungen (der Reichsregierung) unter Teilnahme Höpker Aschoffs, Hirtsiefers und Schreibers am 11.9.1929 in: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 915–917, 921–923, Dok. Nr. 286 u. 288. Zur Haltung der preußischen Minister in einer Beratung bei Staatssekretär Pünder von der Reichskanzlei am 13.9. vgl. den Bericht des württembergischen Ministerialdirektors und stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat Rudolf Widmann v. 14.9.1929 in: Besson, Waldemar, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 375, Dok. Nr. 2.*

gung der Vorschläge des Entwurfs⁴ eines Gesetzes über befristete Änderungen in der Arbeitslosenversicherung zugestimmt werden. Bei Ablehnung der Vorschläge durch die Reichsregierung soll Stimmenthaltung unter Abgabe einer begründenden Erklärung erfolgen. [B]

⁴ Anlage, Bl. 75–78.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem Preußischen Staatsministerium am 12. September 1929.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 923–928, Dok. Nr. 289.

Anwesend: für Preußen Braun, Grzesinski, Höpker Aschoff, Hirtsiefer, Schreiber, Becker.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, v. Seefeld, Krüger, Brecht, Schindler, Arnoldi, Coßmann, Thalau, Peiser.

[1.] Arbeitslosenversicherung. — [2.] Verhandlungen zwischen der Münchener Lichtspielkunst-AG in München und der Universum-Film-AG in Berlin. — ([3.] Vertretung der Reichsregierung bei Veranstaltungen der Interparlamentarischen Handelskonferenz in Berlin.)

Nr. 202 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Oktober 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 178, Bl. 79–80; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 26², Bl. 2–2v; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Lammers [für Becker], Pünder [RK], Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Peiser, Abegg, Zimmer, Corsing [beide zu 1], Reschke [zu 2 und 5], Strunden [zu 4a und 4b].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Staatsrat. Beantwortung seines Schreibens³ betr. Wahrung der [...] ausbedungenen Einbringungsfrist bei Vorlagen der Staatsregierung und Beschränkung der Einberufung zu besonderer Tagung [...] nur auf wirklich dringende Fälle. [B] — 3. Fürstenabfindung. Keine Aufwertung der Staatsrente des Chlodwig Landgraf von Hessen-Philippsthal.⁴ [B] — (4a. Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Kanals in „Nordostseekanal“ bei Bedarf.⁵ [B] — [4b.⁶ Einstellung eines Fonds zur För-

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 80 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–3 und 4b sowie Vorlagen zu den TOP 2–4a.

³ Vom 1.10.1929, in: Rep. 84a, Nr. 5166, Bl. 308–310; hier auch Bl. 311–312 eine Ausarbeitung von OJusR Pritsch v. 14.10. in Vorbereitung der Sitzung.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 12.10.1929 in: Rep. 84a, Nr. 43424, n. f. Vormaterial in: Rep. 151, I A Nr. 3768, n. f. Folgematerial in: Ebd., I A Nr. 3767. Die Denkschrift des Finanzministeriums Die Staatsrenten des vormals kurhessischen Fürstenhauses von 1927 (Druck, 124 S.) u. a. in: Rep. 151, I A Nr. 3767/1.

⁵ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 10.9.1929 in: Rep. 84a, Nr. 4868, Bl. 225–226; hier auch Bl. 222v–223 eine Ausarbeitung von JusR Krieger v. 14.10. in Vorbereitung der Sitzung. – Die Umbenennung erfolgte erst 1948 auf Anordnung der britischen Militärregierung; vgl. Nord-Ostsee-Kanal 1895–1995. Festschrift, hrsg. v. Rainer Lagoni, Hellmut St. Seidenfus u. Hans-Jürgen Teuteberg, Neumünster 1995, S. 7.

derung des Jagdwesens in den *Staatshaushalt für 1930*. [B]) — [Aussprache zum Entwurf eines Reichsministergesetzes in einer Ministerbesprechung.]⁷

⁶ Im Protokoll als TOP 4d gezählt; die TOP 4b und 4c fehlen, da vermutlich keine Beschlüsse gefaßt wurden.

⁷ Lt. Schreiben Schmidts v. 18.10.1929 machte er mündliche Ausführungen in der Ministerbesprechung vom 15. d[es] M[ona]ts zum Entwurf eines Reichsministergesetzes, in: *Rep. 151, I B Nr. 5698, n. f.*

Nr. 203 Ministerbesprechung im Ministersaal des Landtagsgebäudes am 16. Oktober 1929.

Vollz. Reinschr., Bd. 178, Bl. 82; Anlage: Bl. 83; MF 1050. — Abschr.: GStA, I. HA, Rep. 90, Nr. 2328, Bl. 10.

Anwesend: Braun [V], Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt.

Die Landtagserklärung¹ Brauns über die Stellung der Beamten zu dem gegenwärtigen Volksbegehren gegen den Young-Plan.

¹ Vgl. in der Anlage, Bl. 83, den Text des Amtlichen Preußischen Pressedienstes v. 16.10.1929. Die Rede des Ministerpräsidenten vom gleichen Tag in: *StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Sp. 8434–8437 mit zahlreichen Zwischenrufen. Der Wortlaut wurde am 18.10. mit der Anweisung veröffentlicht, ihn sofort sämtlichen Beamten der allgemeinen und inneren Verwaltung und der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Kenntnis zu bringen, in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 891. Ein Braun zur Staatsministerialsitzung vorgelegter Entwurf aus dem Innenministerium in: Rep. 90, Nr. 2328, Bl. 7–9. Überblicksartig: Jung, Otmar, *Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“, Frankfurt/M., New York 1989, S. 119 f.; Orlow, Weimar Prussia, S. 86; Heyde, Philipp, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn u. a. 1998, S. 67 f. Zur personalpolitischen Seite: Grotkopp, Jörg, *Beamtenrecht und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft, Frankfurt/M. u. a. 1992, S. 72 f.***

Nr. 204 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Oktober 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 178, Bl. 84–86v; hs. Urschrift und Protokollnotizen von Reschke sowie Entwürfe zu TOP 5, in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 26², Bl. 3, 5–7v, 12–13; MF 1050. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 26, Bl. 8–10v.

Anwesend: Braun [V], Becker [zu 5–8b], Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Schulze [für Schreiber], Lammers [für Becker], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Abegg, Hölscher, Niermann, Kehrl [beide zu 1], Strunden [zu 1 und 7], C. Hoffmann, Veltman, Weichmann [alle drei zu 2], Corsing [zu 3–4 und 6], Krücke, Schneller [beide zu 4], Reichau, F. Herrmann [beide zu 6], Rose [zu 7], Reschke [zu 8].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 86v wurden Abschriften von den TOP 1–3 und 5–8c an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1–3 und 5–8a.

1. Rhein. Zustimmung im Reichsrat unter Abgabe einer Erklärung zum Entwurf³ eines Reichsgesetzes betr. den deutsch-schweizerischen Vertrag über die Regulierung des Rheins. [B] — 2. Kreiseinteilung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Als Verwaltungssitze der neuen Landkreise Düsseldorf-Mettmann und Ennepe-Ruhrkreis werden die Städte Düsseldorf und Schwelm bestimmt.⁴ [B] — 3. Nochmals zur Deutschen Realkreditbank AG in Dessau. Ablehnung eines Reichsratsantrages⁵ betr. Zulassung im Reiche. [B] — 4. Zwei Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 5. Staatshaushalt für 1930. Verminderung des Zuschußbedarfs der Justizverwaltung. Einzelheiten zu den Vorschlägen an die Reichsregierung, u. a. keine an sich erwünschte Rückkehr zu der früheren stärkeren Besetzung in den Oberlandesgerichten und beim Reichsgericht wegen der finanziellen Notlage.⁶ [B] — 6. Deutsche Adelsgenossenschaft. Erlaß⁷ Grzesinskis an alle Beamten. [B] — 7. Erhöhung der Jagdscheingebühren. [B] — [8b.⁸] Volksbegehren gegen den Young-Plan. Keine Beschlußfassung und keine Maßnahmen zum Verhalten der Beamten, bis das gesamte Material darüber vorliegt. [B] — [8c.⁹] Landtag. Im interfraktionellen Ausschuß ist die Abstellung einer Reihe von Mißständen, die sich für die [...] Staatsminister in der parlamentarischen Praxis ergeben haben, [...] zur Erörterung zu bringen. [B])

³ Vom 5.7.1929, in: *StenBerReichsR*, Jg. 1929, Drucks. Nr. 103; beschlossen in der Sitzung am 24.10.1929, in: *Ebd.*, S. 306, § 499. Hier nur der Verweis auf eine Anfrage von StS Weismann. Vgl. Schneider, Gustav, *Zusammenfassende Darstellung der Rheinregulierung Straßburg/Kehl-Istein*. Im Auftrag der Baukommission des Unternehmens „Regulierung des Rheins zwischen Straßburg/Kehl und Istein“ verfaßt, Freiburg 1966, S. 193–219; hier auch S. 200–203 die Schweizer Fassung des Vertragstextes.

⁴ Vgl. unter den zahlreichen zeitgenössischen gedruckten Denkschriften vor allem: Chamier-Glisczinski, Hans v., *Der Landkreis Düsseldorf und die Neugliederung der Verwaltungsbezirke des Regierungsbezirks Düsseldorf*. Verfaßt im Auftrag des Kreisausschusses Düsseldorf-Land vom Vorsitzenden, Düsseldorf 1928; *Der Landkreis Schwelm und die kommunale Neugliederung*. Denkschrift des Kreisausschusses des Kreises Schwelm 1928. Zusammenfassend: Schüttler, Adolf, *Der Landkreis Düsseldorf-Mettmann, Regierungsbezirk Düsseldorf, Ratingen 1952*, S. 46; *Schwelm [500 Jahre Stadt Schwelm, 1496–1996]*, Wuppertal 1996, S. 90f.

⁵ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 11.10.1929 für Braun zur Sitzung in: *Rep.* 90, Nr. 1166, n. f. Ferner die hs. Notiz von MinDir. Schulze zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung, in: *Rep.* 120, A XI 15 Nr. 6, n. f.

⁶ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 18.10.1929 in: *Rep.* 87, B Nr. 8094, Bl. 152–155; hier auch Bl. 151 eine Referentenausarbeitung v. 23.10. für Steiger zu Sitzung. Das Votum Höpker Aschoffs v. 19.10.1929 in: *Rep.* 77, Tit. 114 Nr. 341 Bd. 1, Bl. 288–289; hier auch Bl. 290 der hs. Vermerk Grzesinskis v. 23.10. zum Beratungsergebnis auf dem Votum Schmidts v. 21.10. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts mit den preußischen Ministerien am 8.2.1930 in: *Das Kabinett Müller II*, Bd. 2, S. 1447, Dok. Nr. 440. Überblickartig: Kern, *Geschichte des Gerichtsverfassungsrechts*, S. 170–172.

⁷ Vgl. den Entwurf im Schreiben v. 26.10.1929 in: *Rep.* 90, Nr. 478, Bl. 132–133; hier auch Bl. 106 die Vorlage Brauns v. 18.10. sowie Bl. 112 eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 21.10. für den Ministerpräsidenten zur Sitzung. Ferner das Schreiben Grzesinskis v. 8.10.1929 an Braun in: *Rep.* 77, Tit. 184 Nr. 205 Beiakte XIII, Bl. 48–48v; hier auch Bl. 50–50v eine Referentenausarbeitung v. 22.10. für den Innenminister zur Sitzung. Lt. Schreiben des Ministerpräsidenten (gez. Weismann) v. 14.12. einigte sich das Staatsministerium dahin, daß jeder Ressortchef den vom MdI mit Schreiben v. 26.11. vorgeschlagenen Erlaß (Bl. 65–66) für seinen eigenen Geschäftsbereich veröffentlicht. Mit Bezug auf die Staatsministerialsitzung sowie unter Anführung des im Protokoll erwähnten Erlasses des Auswärtigen Amtes v. 14.9. die Besprechung der Reichsminister am 3.9.1929 in: *Das Kabinett Müller II*, Bd. 2, S. 903 f., Dok. Nr. 281. Der Erlaß des Auswärtigen Amtes in *Rep.* 90, Nr. 478, Bl. 99. Allgemein zur Deutschen Adelsgenossenschaft Kleine, Georg H., *Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 26 (1978), S. 100–143; Malinowski, Stephan, *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, Berlin 2003, S. 145–153, 321–422.

⁸ Im Original TOP 8b1; der ursprüngliche TOP 8b1 Gestaltung der Gedenkmünze für den verstorbenen [...] Reichsminister Stresemann wurde gestrichen, da anscheinend die Frage nur besprochen (Bl. 86v) wurde, ohne daß es zu einem Beschluß kam.

⁹ Im Original TOP 8b2.

Nr. 205 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 25. Oktober 1929.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 178, Bl. 87–88v; *hs. Urschrift sowie Protokollnotizen* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 26*², Bl. 3–5; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Schulze [für Schreiber], Hölscher [für Schmidt], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Schleusener, Weyhe, Helbing, Bank, Wellmann, Landfried, K. Meyer, Richter II, Ahrendts, Wüllenweber, Brand, Trendelenburg, Merten, Arnoldi, Gatermann, Backhaus, Rohde, Weil, Jodehl, Corsing [alle 19 zu 1].

1. Staatshaushalt 1930. Einzelheiten zu den Etats des Wissenschaftsministeriums³, des Wohlfahrtsministeriums sowie des Landwirtschaftsministeriums. [B] — **(2.** Ostpreußen. Die bisher unerledigt gebliebenen Aufgaben. Eine Beschlußfassung wird bis zur Erörterung über einen etwa in den Etat einzustellenden Grenzfonds ausgesetzt.)

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 88v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen.

³ Die Vorlage Beckers v. 16.10. in: *Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 30–36v*; hier auch Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Wagemann in Vorbereitung der Sitzung. Vgl. zu der in dem Raumprogramm für die Pädagogischen Akademien vorgesehenen Dienstwohnung für den Akademiedirektor (Bl. 87) das ablehnende Votum Höpker Aschoffs v. 22.11.1929 in: *Rep. 90, Nr. 1761, Bl. 79–81v*. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 174.

Nr. 206 (2.) Ministerbesprechung am 25. Oktober 1929.

Vollz. Reinschr., Bd. 178, Bl. 92; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis [für Weismann].

Sofortige Versetzung des Polizeipräsidenten [...] Beck in Gleiwitz [...] in den einstweiligen Ruhestand. [B]

Besprechung der Reichsminister (Chefbesprechung) am 30. Oktober 1929.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1073–1083, Dok. Nr. 333.

Anwesend: für Preußen Braun, Grzesinski.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Schönner.

Verbot des „Stahlhelm“.

Nr. 207 (1.) Ministerbesprechung am 5. November 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit einer hs. Streichung, Bd. 178, Bl. 96–96v; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Krüger, Nobis [für Weismann].

Staatshaushalt für 1930. Die Frage der Beanspruchung der Hauszinssteuerbeträge für den allgemeinen Finanzbedarf. Einzelheiten, u. a. werden 14,1 Mio. RM, die bisher zur Förderung des Wohnungsbaus zur Verfügung standen, [...] zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs überwiesen.² [B]

¹ Teil I in dem gemeinsamen Protokoll mit der 3. Ministerbesprechung, ebenfalls am 5.11.1929, im Anschluß an die [...] St[aa]tsM[inisterial]-Sitzung (Bl. 96v).

² Mit Bezug auf das Protokoll: Orlow, Weimar Prussia, S. 171; Aders, Die Utopie vom Staat, S. 102, Anm. 175.

Nr. 208 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 5. November 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 178, Bl. 93–95; Urschriften sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 27², Bl. 4–7; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Krüger [für Steiger], Schleusener [für Höpker Aschoff], Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Zimmer, Corsing, Hartmann [alle drei zu 1], Pfeiffer [zu 2], Landfried, F. Ernst, Neufeld, Frankenbach [alle vier zu 4], Grünbaum, Strunden [beide zu 5], Reschke [zu 7].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Staatlicher Kunstbesitz. Rückgabe oder käufliche Überlassung der aus den staatlichen Museen und Galerien an das Reich ausgeliehenen Gemälde usw. unter Zahlung einer Anerkennungs- und Leihgebühr [...] zur Deckung der Kosten [...] durch Unterhaltung, Besichtigung und ähnliche Sicherungsmaßnahmen für die ausgeliehenen Gemälde. [B] — 3. Fünf Ernennungen sowie eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 4. F. Schichau GmbH in Elbing und Union-Gießerei in Königsberg. Sanierung, Einzelheiten.³ [B] — 5. Diözesanumlage seitens der Apostolischen Administratur in Schneidemühl. [B] — 6. Zwei Disziplinarsachen.⁴ [B] — (7. Vergebung von Druckaufträgen an die Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft.⁵)

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 95 wurden Abschriften von den TOP 1–2, 4–5 und 7 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4–6 sowie Vorlagen zu den TOP 2 und 4–6.

³ Vgl. die Vorlage Brauns v. 2.11.1929 in: Rep. 120, A X Nr. 46 Beiheft 389, n. f.; hier umfangreiches weiteres Material einschl. des Prüfungsberichts der Deutschen Revisions- und Treuhand-AG (Berlin) v. 15.4.1929 sowie einer hs. Notiz Schreibers v. 5.11. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Zur Union-Gießerei auf breiter Aktenbasis vgl. Sauerzapf, Subventionsgewährung, S. 383–397.

⁴ Vgl. zur Versetzung von MinR Dünschede und ORegR Bardow die Ausarbeitung von MinR Reschke v. 5.11.1929 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 648, Bl. 58.

⁵ Vgl. das Schreiben Brauns v. 7.11.1929 betr. Verpflichtung der Staatsbehörden im Raum Groß-Berlin, Druckaufträge zunächst der Preußischen Druckerei- und Verlags A. G. anzubieten, in: Rep. 90, Nr. 1807, n. f.

Nr. 209 (3.) Ministerbesprechung am 5. November 1929.

*Vollz. Reinschr.*¹, *Bd. 178, Bl. 96v; MF 1050.*

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Krüger, Nobis [für Weismann].

*Young-Plan. Maßnahmen gegen die Beamten, die für das Volksbegehren eingetreten sind.*²

¹ *Teil II in dem gemeinsamen Protokoll mit der 1. Ministerbesprechung, ebenfalls am 5.11.1929 (Bl. 96–96v).*

² *Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 2.11.1929 in: Rep. 90, Nr. 2328, Bl. 113–115; hier auch Bl. 122–122v eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 4.10. für Braun zur Sitzung. Entwürfe des Schreibens v. 2.11. in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. XII Bd. 1, Bl. 237–244v. Mit Bezug auf das Protokoll: Runge, Politik und Beamtentum, S. 150.*

Sitzung des Reichskabinetts am 19. November 1929.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1164–1171, Dok. Nr. 357.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Ernst.

1. Stützung einer Firma in Saarbrücken. — 2. Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen. — 3. Entwurf einer 2. Verordnung über die Erhöhung der Sätze für die Vermahlung von Inlandweizen.

Nr. 210 (1.) Ministersitzung am 21. November 1929.

Vollz. Reinschr., Bd. 178, Bl. 97–97v; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Conze [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis [zu 1], Brecht [zu 1], Badt [zu 1], Coßmann [zu 1], v. Hagenow.

[1.] Reichsministergesetz. Bestätigung der bisherigen Beschlüsse. Einzelheiten.¹ [B] — **[2.] Staatsministerium. Keine Teilnahme [...]** an Befreiungsfeiern anlässlich der Räumung der zweiten Zone.² [B]

¹ *Vgl. die Vorlage Schmidts v. 18.10.1929 in: Rep. 151, I B Nr. 5698, n. f.; hier umfangreiches weiteres Material einschl. Voten und verschiedener Gesetzentwürfe sowohl vor als auch nach Veröffentlichung der Reichsratsvorlage StenBerReichsR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 84 v. 27.6.1929; ebenso der im Staatsministerialprotokoll erwähnte Antrag Bayerns v. 31.10.*

² *Vgl. die Sitzung des Reichskabinetts am 22.11.1929, TOP 5, in: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1185, Dok. Nr. 361.*

Nr. 211 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 21. November 1929.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 178, Bl. 98–100; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 27*², Bl. 3–6; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Conze [für Hirtsiefer], v. Hagenow [RK], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Weichmann [zu 1], Reschke [zu 2], Wellmann, Bachmann, Schneller, Backhaus, Kühnhold [alle fünf zu 4], Corsing [zu 4–5], Pfeiffer [zu 4], Kügler, Thalau [beide zu 5].

1. Beamtenpolitik und Ablehnung kommunistischer Lehrpersonen für das Lehramt. Nichtbestätigung eines Berliner Lehrers.³ *Information Grzesinskis, die von kommunalen Körperschaften gewählten besoldeten Magistratsmitglieder ebenfalls nicht zu bestätigen. Zudem soll ein Beschluß gefaßt werden, daß in Zukunft Angehörigen von Parteien und Organisationen, die offen erklären, das [...] Regierungssystem mit Gewalt beseitigen zu wollen, als Beamte weder neu ange stellt noch befördert noch bestätigt*⁴ *werden sollen. Den Beamten sind auch die Universitätsprofes soren gleichzustellen.*⁵ [B] — **2. Neubau der Reichskanzlei. Keine Kostenübernahme für die Ausstattung eines Ländersitzungssaales usw.** [B] — **3. Acht Ernennungen und zwei Versetzun gen in den einstweiligen Ruhestand**⁶. [B] — **4. Staatshaushalt für 1930. Übertragbarkeit der Restbestände bei den einmaligen Ausgabefonds. Einzelheiten.**⁷ [B] — **5. Ausländi sche Landarbeiter. Hinausschiebung der Beratung mit dem Reichsarbeitsminister.**⁸ [B]

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 95 wurden Abschriften von den TOP 1–2, 4–5 und 7 an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1–2 und 4–5.*

³ *Zum Fall des Berliner Studienrats Johannes Resch vom Sophien-Gymnasium in Prenzlauer Berg, der vom Bezirksamt zum Oberstudiendirektor gewählt worden war, wogegen aber das Provinzialschulkollegium Einspruch erhoben hatte, vgl. die Große Anfrage Nr. 103 Schenk u. Gen. (KPD) v. 27.9.1929 in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 3037. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 147, 155; Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 940.*

⁴ *Die Worte noch bestätigt wurden hs. ergänzt (Bl. 98v).*

⁵ *Vgl. die Aktennotiz von MinR Reichau v. 24.9.1930 zur Umsetzung des Beschlusses in: Rep. 84a, Nr. 3157, Bl. 244–244v. Ferner das Schreiben des Leiters der Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums, GenMaj. Kurt v. Schleicher (vom Anfang des Jahres 1930) mit Bezug auf den Beschluß, gedr. in: Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2, S. 233 f. Mit Bezug auf das Protokoll: Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 812. Ferner Morsey, Rudolf, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, in: Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule zum 70. Geburtstag am 26.2.1977, hrsg. v. Klaus König, Hans-Werner Laubinger u. Frido Wagener, Köln u. a., 2. Aufl. 1977, S. 114.*

⁶ *Zum Fall des Regierungsvizepräsidenten W. Fehrmann in Merseburg vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 18.11.1928 in: Rep. 90, Nr. 1000, Bl. 224 f.*

⁷ *Vgl. den Votenwechsel, beginnend mit dem Schreiben des Landwirtschaftsministers v. 31.10.1929, in: Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 58–58v; hier auch Bl. 87v eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schneller v. 21.11. in Vorbereitung der Sitzung.*

⁸ *Vgl. die Vorlage Steigers v. 23.11.1929, in: Rep. 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 5, Bl. 140–148; hier auch Bl. 135 der Vermerk Schreibers v. 21.11. vertagt auf einem Auszug aus der Tagesordnung sowie Bl. 157 eine Niederschrift zu einer Beratung im Reichsarbeitsministerium am 9.12.*

Nr. 212 Sitzung des Staatsministeriums am 26. November 1929.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 178, Bl. 101–102v; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 27*², Bl. 6–8v; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Schulze [für Schreiber], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Bollert, v. Both, Strunden [alle drei zu 4], Kügler, Thalau [beide zu 5], Corsing [zu 2 und 5], Hiecke [zu 2], Reschke [zu 1 und 3].

1. Staatsrat. *Zustimmung zum Verordnungsentwurf*³ über die Festsetzung der von der Provinz Westfalen, der Rheinprovinz und der Provinz Hessen-Nassau [...] zu entsendenden Vertreter. [B] — **2.** Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges. Umgestaltung der Neuen (Schinkel-)Wache [...] in Berlin Unter den Linden. *Ausschreibung eines beschränkten Wettbewerbs.*⁴ [B] — **3.** *Young-Plan. Die geplanten Richtlinien für die Behandlung der Beamten, die für das Volksbegehren eingetreten sind. In einem Erlaß ist davon auszugehen, daß die Tatsache der Einzeichnung in die Listen für das Volksbegehren [...] allein nicht als Anlaß zu betrachten ist, die Bestätigung gewählter Kandidaten zu versagen. Außerdem haben Unterbehörden zunächst an die Ministerialinstanz zu berichten unter Berücksichtigung des Staatsministerialbeschlusses vom 21.11.1929 bezüglich einer Zugehörigkeit zu Parteien und Organisationen [...], die offen erklären, das [...] Regierungssystem mit Gewalt beseitigen zu wollen.*⁵ [B] — **4.** *Nochmals zur Verwendung von Hauszinststeuerdarlehn für die landwirtschaftliche Siedlung. Der Beschluß vom 18.4.1929 ist zur Ausführung zu bringen.*⁶ [B] — **5.** *Ausländische Landarbeiter für 1930. Einzelheiten zu den Verhandlungspositionen mit dem Reichsarbeitsminister; u. a. sollen Betriebe, die im laufenden Jahr weniger deutsche Arbeiterfamilien beschäftigen, keine Ausländer zugewiesen bekommen.*⁷ [B] — **(6.** *Gesetz zum Schutz der Republik. Die Reichsratsmitglieder haben sich bei der aktuellen Fassung der Stimme zu enthalten; bei der Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf*⁸ *jedoch zuzustimmen. [B])*

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 102v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4–5 sowie Vorlagen zu den TOP 1–5.*

³ *Vom 22.11.1929, in: Rep. 84a, Nr. 5166, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von OJusR Pritsch v. 25.11. zur Sitzung.*

⁴ *Vgl. die Vorlage Brauns v. 26.7.1929 und Voten in: Rep. 151, IV Nr. 2387, Bl. 4–10, 14; hier auch Bl. 12 Referentennotizen v. 25.11. zur Sitzung auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Ferner Schulze, H., Otto Braun, S. 656f. Mit Bezug auf das Protokoll: Demps, Laurenz, Die Neue Wache Unter den Linden. Entstehung und Geschichte eines Bauwerkes, Berlin 1988, S. 124; unter Auswertung von Rep. 151: Tietz, Jürgen, Schinkels Neue Wache Unter den Linden. Baugeschichte 1816–1993, in: Die Neue Wache Unter den Linden. Ein deutsches Denkmal im Wandel der Geschichte, hrsg. v. Christoph Stölzl, Berlin 1993, S. 24. Ferner Schmäddecke, Jürgen, Geschichtsmeile im Umbruch der politischen Systeme. Vom Beginn der Weimarer Republik zur Aneignung durch die Nationalsozialisten, in: Via triumphalis. Geschichtslandschaft „Unter den Linden“ zwischen Friedrich-Denkmal und Schloßbrücke, hrsg. v. Helmut Engel u. Wolfgang Ribbe, Berlin 1997, S. 62.*

⁵ *Vgl. die Vorlage Grzesinkis v. 25.11.1929 in: Rep. 90, Nr. 2328, Bl. 179. Der Entwurf in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. XII Bd. 1, Bl. 147–147v. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 147.*

⁶ *Vgl. die Vorlage Steigers v. 13.11.1929 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 179 Bd. 2, n. f.; hier auch eine hs. Notiz des MinDir. Schulze v. 26.11. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Eine Referentenausarbeitung (MinR Surén?) v. 24.11. zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 89 Beiakten 6 Bd. 1, Bl. 125–125v.*

⁷ *Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 26.11.1929 in: Rep. 120, BB VII 5 Nr. 8 Bd. 5, Bl. 149–151v; hier auch Bl. 155 eine hs. Notiz von MinDir. Schulze v. 26.11. zum Beratungsergebnis.*

⁸ *StenBerReichsR, Jg. 1929, Drucks. Nr. 123 v. 26.10.1929; beschlossen in der Sitzung am 28.11.1929, ebd., S. 327, § 567 mit einer Erklärung Preußens – die beschlossene Fassung S. 383–385.*

Nr. 213 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Dezember 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 178, Bl. 103–105; Abschr.: Bl. 106–107; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Wende, Frank (WissMinm.), v. Leyden, Surén, Richter II, Veltman, Vollbach [alle sieben zu 1], Hesse, Krücke [beide zu 2], Corsing [zu 2 und 4], Fimmen, Burlage [beide zu 4].

1. Entwurf² eines Gesetzes zum Ausgleich der persönlichen Volksschullasten. Keine grundsätzlichen Bedenken, aber Zurückstellung der Beschlußfassung. — 2. Rheinische Notare. Zustimmung zum Entwurf³ eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über deren Zuständigkeit. [B] — 3. Vier Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — 4. Beteiligung des Reiches an der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse. Zustimmung.⁴ [B] — (5. Reichsverfassung. Zustimmung zu einem Kunstdruck der wichtigsten Artikel für Schulen und öffentliche Gebäude. [B])

¹ Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1–2 und 4 in: Rep. 90, Annex L Nr. 28.

² Vom 15.8.1929, in: Rep. 84a, Nr. 4692, Bl. 251–285; hier auch Voten sowie Bl. 381–383v eine Ausarbeitung von LGR Veltman für Schmidt zur Sitzung.

³ Vom 28.11.1929, in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 264 Bd. 9, Bl. 126–129v; hier auch Voten. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 3271 v. 9.12.1929 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwände erhoben hatte. – Vorangegangenes vgl. Sitzung am 12.12.1923, TOP 4.

⁴ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 30.11.1929 in: Rep. 87, B Nr. 9896, Bl. 143–150v. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 3261 v. 7.12.1929. Der Gesetzentwurf in: StenBerRT, Bd. 440, Drucks. Nr. 1626 v. 6.2.1930. Ferner Sitzung des Reichskabinetts am 29.11.1929, TOP 10, in: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1205, Dok. Nr. 365. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 72.

Nr. 214 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Dezember 1929.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 178, Bl. 108–108v; hs. Urschrift in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 28, Bl. 109; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Becker [zeitweise], Steiger, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Lammers [für Becker], Ernst [RFinMinm.], Baade, Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Sommer, F. Ernst, Sperl, Arnoldi, Mussehl, Narten, Melsheimer, Strunden.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 108v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

Entwurf² eines Gesetzes über Zolländerungen. *Bedingte Zustimmung im Reichsrat. Einzelheiten zu Industrie- und Agrarzöllen. Steiger hält seine Bedenken gegen gleitende Agrarzölle aufrecht.*

² *StenBerReichsR*, Jg. 1929, Drucks. Nr. 133 v. 22.11.1929; angenommen in der Sitzung am 12.12.1929, ebd., S. 397–400, § 594; hier auch S. 401–404 die angenommene Fassung. Umfangreiche Materialien ab November 1929 in: *Rep. 120, C VII 1 Nr. 77*, u. a. ein streng vertraulicher Aktenvermerk über die Sitzung des Reichskabinetts v. 19.11. Ferner der Vermerk über die Fraktionsführerbesprechung bei Reichsernährungsminister Hermann Dietrich am 16.12.1929 in: *Das Kabinett Müller II*, Bd. 2, S. 1265 f., Dok. Nr. 386.

Nr. 215 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Dezember 1929.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 178, Bl. 109–111; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 28*², Bl. 113–116; MF 1050.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Badt, Brecht, Cofsmann, Goslar, Peiser, Mussehl, Sommer, Becker (FinMinm.), Strunden [alle vier zu 1–2], Krücke, Rietzsch, Corsing [alle drei zu 4], Herberg, Fritzsche [beide zu 5], Südhoff [zu 3], Reschke [zu 3, 6 und 8], Bandmann [zu 8], Weichmann [zu 9].

1. Deutsch-schwedischer Handelsvertrag. *Zustimmung zum Entwurf*³ eines Gesetzes über das zweite Zusatzabkommen im Reichsrat. [B] — **2.** Deutsch-finnischer Handelsvertrag. *Zustimmung zum Entwurf*⁴ eines Gesetzes über ein Zusatzabkommen im Reichsrat. [B] — **3.** *Amtsbezeichnungen.* Beschlußfassung vertagt. — **4.** *Strafrechtsreform. Bedingte Zustimmung im Reichsrat zum Entwurf*⁵ des Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz. *Einzelheiten.* [B] — **5.** Reichsrat. *Zustimmung zum Entwurf*⁶ einer Verordnung über die Entschädigung der von den [...] Provinzialverwaltungen bestellten Mitglieder des Reichsrats. [B] — **6.** *Beamtenbesoldung. Vergütung der Tätigkeit in Aufsichtsräten für einen*

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 111* wurden Abschriften von den TOP 1–6 und 8–9 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1–6 und 8–9.

³ *StenBerReichsR*, Jg. 1929, Drucks. Nr. 145 v. 7.12.1929; beschlossen in der Sitzung am 13.12.1929, ebd., S. 406, § 598. Vgl. Vorlagen Steigers v. 10. u. 11.12.1929 in: *Rep. 120, C XIII 7 Nr. 1a Bd. 11, Bl. 293–295*; hier auch Bl. 296–296v eine Referentenausarbeitung v. 13.12. für Schreiber zur Sitzung sowie Bl. 297 dessen *hs. Vermerk über das Beratungsergebnis. Zur Kündigung des bestehenden Handelsvertrages v. 10.7.1926* das Telegramm von RAMinr. Stresemann an die Stockholmer Gesandtschaft Nr. 26 v. 25.6./26.6.1929 in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B: 1925–1933, Bd. 12: 1.6.–2.9.1929*, Göttingen 1978, S. 96 f., Dok. Nr. 45.

⁴ *StenBerReichsR*, Jg. 1929, Drucks. Nr. 137 v. 2.12.1929; beschlossen in der Sitzung am 13.12.1929, ebd., S. 406, § 597. Vgl. die Vorlage Steigers v. 11.12.1929 in: *Rep. 120, C XIII 6b Nr. 21 Bd. 2, n. f.*; hier auch eine Referentenausarbeitung v. 13.12. für Schreiber zur Sitzung sowie dessen *hs. Vermerk über das Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Ferner Sitzung des Reichskabinetts am 29.11.1929, TOP 7*, in: *Das Kabinett Müller II*, Bd. 2, S. 1204, Dok. Nr. 365.

⁵ *StenBerReichsR*, Jg. 1929, Drucks. Nr. 45 u. zu Nr. 45 v. 11.4.1929; beschlossen in der Sitzung am 16.4.1930, ebd., Jg. 1930, S. 165, § 256 – die beschlossene Fassung S. 167–285. Vgl. die Vorlagen Schmidts und Höpker Aschoffs v. 19.11. bzw. 5.12.1929 in: *Rep. 120, A I 1 Nr. 46 Adhib. b 1 Bd. 2, n. f.*; hier auch weiteres Material einschl. der Anträge in den Reichsratskommissionen. Dazu der Bericht über deren Beratungen in der Zeit vom 6. bis 14.12.1929 in: *Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozeßrechts, I. Abt., Bd. 5, Entwürfe zu einem Strafvollzugsgesetz (1927–1932) und zu einem Einführungsgesetz zum Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz (1929–1930). Nachtrag zu Bd. III 2,3 (Strafverfahrensrecht)*, hrsg. v. W. Schubert, Berlin, New York 1999, S. 463–465.

⁶ Vom 15.12.1929, GS, S. 198.

hohen Ministerialbeamten.⁷ [B] — 7. Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — 8. *Flaggenstreit*. Die Leistung staatlicher Mittel für öffentliche Veranstaltungen und Einrichtungen erfolgt nur, wenn die Empfänger sich verpflichten, ihre Gebäude usw. zu beflaggen, soweit [...] eine Beflaggung üblich oder aus staatspolitischen Gründen erwünscht ist.⁸ [B] — 9. *Landtag*. Kein Abdruck von in einer Ausschußsitzung seitens der Regierungskommissare verlesenen amtlichen Berichten über Vorkommnisse in dem gedruckten Ausschußbericht.⁹ [B]

⁷ Vgl. zum Fall des ObergHptm. Flemming die Vorlage Schreibers v. 18.11.1929 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 154 Bd. 5, Bl. 273–276; hier auch Voten sowie Bl. 281 eine Referentenausarbeitung v. 9.12. für Grzesinski zur Sitzung.

⁸ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 11.12.1929 in: Rep. 84a, Nr. 2173, Bl. 127–130; hier auch Bl. 131–132v eine Ausarbeitung von LGR Wittland v. 12.12. zur Sitzung.

⁹ Anlaß war die Verhöhnung der republikanischen Farben auf einer Verfassungsfeier städtischer höherer Lehranstalten in Goslar. Vgl. die Vorlage des Wissenschaftsministeriums v. 12.12.1929 in: Rep. 84a, Nr. 1189, Bl. 286–287; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Pritsch v. 13.12. zur Sitzung. Ferner die Landtagsdebatte am 24.10. u. 26.11.1929 in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Sp. 8726–8800, 8892–8934; der Ausschußbericht v. 12.3.1930 in: Ebd., Drucks. Nr. 4397.

Nr. 216 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Januar 1930.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 179, Bl. 1, Anlage: Bl. 2–4; MF 1051.

Anwesend: Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Becker], Nobis, Coßmann, Zachariae.

Entwurf¹ eines Gesetzes über die Aufwertung der dem Könige Georg V. von Hannover gewährten Ausgleichssumme (Welfenfonds). Zustimmung zu sofortigen kommissarischen Verhandlungen der Ressorts und erneute Vorlage im Staatsministerium². [B]

¹ Vgl. Anlage, Bl. 2–4. Zu den Prozessen und der Auseinandersetzung umfangreiche Materialien in: Rep. 151, HB Nr. 865 u. Nr. 871. Zusammenfassend das Schreiben des Finanzministers v. 12.12.1932 in: Rep. 151, I A Nr. 3739/2, n.f.

² War lt. Protokoll für den 9. Januar d. J., 1 Uhr (Bl. 1) vorgesehen.

Nr. 217 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Januar 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 179, Bl. 5–7v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 29², Bl. 19–22; MF 1051.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt. — Prot.: Reschke [U]. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 29, Bl. 1–6v.

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Lammers, Zimmer [zu 1a–1b], Fritzsche [zu 1a], Corsing [zu 1b und 5–6], v. Leyden, Brand, Wittland, Reschke [alle vier zu 2], Strunden [zu 4], Pfeiffer [zu 6].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 7v wurden Abschriften von den TOP 1–2 und 4–6b an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 2 und 4.

1a.–1b. Zwei Disziplinarsachen. [B] — **2.** Young-Plan. Zustimmung zu den geplanten Richtlinien³ für Maßnahmen gegen die Beamten, die sich am Volksbegehren beteiligt haben, sowie für die Bestätigung von entsprechenden Kommunalbeamten. Einzelheiten, u. a., daß von einer Bestrafung Fälle, die [...] mildere Beurteilung verdienen, ausgenommen bleiben. [B] — Eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.⁴ [B] — Bei der Bestätigung der Wahl von Angehörigen der KPD oder NSDAP zu kommunalen Ämtern ist allgemein ein besonders strenger Maßstab anzulegen und sie grundsätzlich bei Ämtern mit obrigkeitlichen Befugnissen [...] zu versagen.⁵ [B] — **3.** Zwei Ernennungen und Hinausschiebung der Altersgrenze in sechs Fällen sowie Grundsätze. [B] — **4.** Landwirtschaftskammern. Bei der Einbringung des [...] im Entwurf⁶ vorgelegten Landwirtschaftskammergesetzes an den Landtag wird zum Gutachten des Staatsrats [...] Stellung genommen. [B] — **5.** Beleidigung. Es wird Strafantrag gestellt werden, wenn dies auch von der Reichsregierung erfolgt. [B] — **(6a.** Im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage soll 1930 kein Parlamentarischer Abend veranstaltet, sondern dafür eine mildtätige Spende gemacht werden. [B] — **6b.** Stellungnahme Beckers im Landtag zum Entwurf⁷ eines Gesetzes über die Altersgrenze der Hochschullehrer. [B]) — [Anschließend Ministerbesprechung ohne Kommissare zum Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche.⁸]

³ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 17.1.1930 in: Rep. 90, Nr. 2328, Bl. 244–245; hier auch Bl. 246–246v eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 22.1.1930 für Braun zur Sitzung. Referentenausarbeitungen und Materialien zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. XII Bd. 1, Bl. 307–311. Die Richtlinien v. 31.1.1930 in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 81. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 147f., 177. Ferner Sühl, SPD und öffentlicher Dienst, S. 116–118.

⁴ Zum Fall des Landrats G. Gottheiner in Johannsburg vgl. Rep. 77, Nr. 4375, Bl. 111–154; hier auch Bl. 140–140 die Vorlage Grzesinskis v. 22.1.1930.

⁵ Vgl. mit Bezug auf das Protokoll: Arndt, Fritz, Die Politik der preußischen Regierung während der beiden Brüning-Kabinette (März 1930 bis Mai 1932), Teil 1, Berlin, phil. Diss. Institut f. Gesellschaftswissenschaften 1965 (MS), S. 75; Morsey, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst, in: Öffentlicher Dienst, S. 115.

⁶ Vom 20.1.1930, in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 61 Bd. 5, Bl. 19–25; hier auch Bl. 26 eine Ausarbeitung von MinDir. v. Leyden v. 23.1. für Grzesinski zur Sitzung sowie Bl. 27 eine hs. Notiz des Innenministers zum Beratungsergebnis. Eine Ausarbeitung von MinR Wagemann v. 23.1.1930 zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 1964, Bl. 18–18v. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 3804 v. 24.1.1930; hier auch das Gutachten des Staatsrats v. 15.1.

⁷ Vom 29.11.1929, in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 3258. Weder Wissenschaftsminister Becker noch sein Nachfolger Grimme ergriffen hierzu ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten, ebd., im Plenum das Wort. Vgl. aber zur Stellungnahme eines Vertreters in einer Beratung des Landtagsausschusses dessen Bericht v. 12.2.1930 in: Ebd., Drucks. Nr. 4032. Ferner eine Aktennotiz von MinDir. W. Richter v. 20.1. über Ausschlußberatungen in: Rep. 76, Va. Sect. 1 Tit. IV Nr. 48 Bd. 2, Bl. 364.

⁸ Erschlossen aus Aktenvermerken in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 19–31. — Ein Protokoll konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden.

Nr. 218 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Januar 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 179, Bl. 8–10v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 29², Bl. 80–82v; MF 1051. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 29, Bl. 84–86v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 11 wurden Abschriften von den TOP 1–6 und 8–9b an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1, 3 und 6.

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Lammers, v. Leyden, Haslinde [beide zu 1], Corsing [zu 1 und 6], Hog [zu 1], Weyhe, Metz, Thomas, Bansi, Verlohr, Teubert, Strunden [alle sieben zu 3], Reschke [zu 8].

1. Nachtrag³ zum Reichshaushaltsplan 1929. Zustimmung im Reichsrat. Einzelheiten, u. a. ist zwar die Schaffung einer finanziellen Hilfeleistung für die Westgebiete [...] zu begrüßen, die Einsetzung eines Westfonds von 10 Mio. RM zurzeit aber abzulehnen. Teilweise Absetzung der Beschlußfassung. [B] — (2. Deutsch-polnisches Liquidationsabkommen⁴. In dem geplanten Gesetzentwurf muß gesichert werden, daß alle finanziellen Belastungen [...] dem Reiche zur Last fallen und Preußen [...] Entschädigung geleistet wird. [B]) — 3. Mittellandkanal. Die finanzielle Beteiligung Preußens am Bau ist zunächst mit der Reichsregierung in einer Kabinettsitzung zu erörtern.⁵ [B] — 4. Amtseid von Wissenschaftsminister Grimme.⁶ — (5. Ernennung Grimmes zum Mitglied des Reichsrats. [B]) — 6. Beleidigung. Prüfung der Strafverfolgung.⁷ [B] — 7. 23 Ernennungen. [B] — 8. Disziplinarsache.⁸ [B] — (9a. Staatsministerium. Vertretung durch die Staatsminister und Staatssekretäre bei einem Pferdeturnier.⁹ [B] — 9b. Minister. Genehmigung für W. Heine zu einer Zeugenaussage.¹⁰ [B])

³ StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 7 u. zu Nr. 7 v. 16.1./24.1.1930; beschlossen in der Sitzung am 13.2.1930, ebd., S. 33–41, § 82. Vgl. die Notiz v. 29.1. für Braun zur Beratung, daß in der Staatsministerialsitzung MinDir. Brecht Vortrag halten wird, in: Rep. 90, Nr. 1410, n. f.; hier auch auf der Rückseite hs. Notizen (Brauns?) zu einzelnen Beratungsergebnissen. Eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schneller v. 29.1. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 6297, Bl. 211–215.

⁴ Vom 31.10.1929, in: Rep. 120, C XIII 6b Nr. 8c, n. f.; hier auch die Vorlage Höpker Aschoffs v. 21.1.1930. Vgl. die Chefbesprechung am 1.2.1930 mit Bezug auf die Sitzung des Staatsministeriums in: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1407–1411, Dok. Nr. 428. Ferner das Schreiben des Warschauer Gesandten Rauscher an Reichstagspräsidenten Löbe v. 23.1.1930 betr. Vorbesprechung des Abkommens in einem ausgewählten Gremium von Parlamentariern in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B: 1925–1933, Bd. 14: 1.1.–30.4.1930, Göttingen 1980, S. 117 f., Dok. Nr. 48. Das Abkommen wurde dem Reichsrat vorgelegt als StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 16 v. 1.2.1930 und veröffentlicht in: RGBl. II, S. 549.

⁵ Vgl. die Ankündigung Brauns v. 22.1., die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, sowie die Vorlage Steigers v. 29.1.1930 in: Rep. 77, Tit. 39 Nr. 86 Bd. 6, n. f.; hier auch zwei Ausarbeitungen v. 30.1. für Grzesinski zur Sitzung sowie dessen hs. Vermerk v. 31.1. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung.

⁶ Vgl. die Information Brauns v. 30.1.1930 über den Rücktritt Beckers und die Ernennung Grimmes in: Rep. 84a, Nr. 10064, Bl. 257. Die Ernennungsurkunde v. 30.1.1930 in: VI. HA, NL Grimme, Nr. 3267, n. f. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 175. Ferner Braun, Von Weimar zu Hitler, 1940, S. 288–290.

⁷ Vgl. zum Fall des F. Pinnow die mit Anschreiben v. 28.1.1930 vorgelegten Materialien in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁸ Vgl. die Voten im Verfahren gegen Amtsrat Kühne in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 12, n. f. Eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 30.1.1930 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 648, Bl. 63–63v.

⁹ Vgl. die Vorlage Brauns v. 29.1.1930 betr. Anwesenheit bei der Entscheidung zum Großen Preis der Republik während des Jubiläumsturniers des Reichsverbandes für Zucht und Prüfung deutschen Warmblutes am 2.2. in: Rep. 84a, Nr. 3692, Bl. 290.

¹⁰ Vgl. den Antrag des Generalstaatsanwalts beim Landgericht Berlin I v. 23.1.1930 in der Strafsache „Beleidigung des Reichsanwalts Jorns durch den Redakteur Bornstein“ in: Rep. 90, Nr. 616, n. f.

Chefbesprechung am 1. Februar 1930.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1407–1411, Dok. Nr. 428.

Anwesend: für Preußen Braun, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Loehrs, Grosser, Weichmann.

Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Preußen im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen.

Nr. 219 Ministerbesprechung¹ am 4. Februar 1930.

Vollz. Reinschr. mit einem hs. Zusatz, Bd. 179, Bl. 12–13; MF 1051.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grzesinski, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Trendelenburg, Schnitzler, K. Meyer, Heckel [alle vier zu 1].

[1.] *Evangelische Kirche. Staatsvertrag. Zustimmung zu der vorgelegten Entwurfsskizze² unter Maßgabe von Änderungen. Einzelheiten. Das Verhältnis der kirchlichen Behörden der neueren Provinzen zu den theologischen Fakultäten soll späterer Beschlußfassung vorbehalten bleiben. Beauftragung Grimmes zu Verhandlungen. [B] — [2.] Nochmals zum Anschluß von Schaumburg-Lippe. Einzelheiten.³ [B] — [3.] Reichsrat. Schmidt soll Erwägungen darüber anstellen, wie eine einheitliche Stimmenabgabe der preußischen Provinzialbevollmächtigten herbeigeführt werden kann. Dabei ist der Vorschlag von Höpker Aschoff, jeweils die Landeshauptleute der Provinzen [...] zu wählen, zu prüfen.⁴ [B] — [4.] Staatsministerium. Tagesordnung. [B]*

¹ *Es wurde lt. Einladungskarte in den Landtag, Ministersaal, ohne Kommissare eingeladen; vgl. Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 35.*

² *Vom 21.1.1920, in: Rep. 90, Nr. 2383, Bl. 222–228; hier auch Bl. 176–177 u. 182–184 die Schreiben der Wissenschaftsminister v. 13.12.1929 u. 30.1.1930 an Braun. Eine hs. Notiz Grzesinskis v. 4.2. zum Beratungsergebnis in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 36. Vgl. mit weiterführenden Bibliographien: Geschichte der Evangelischen Kirche der Union, Bd. 3: Trennung von Staat und Kirche. Kirchlich-politische Krisen. Erneuerung kirchlicher Gemeinschaft (1918–1992), hrsg. v. Gerhard Besier u. Eckhard Lessing, Leipzig 1999, S. 122–117; Thadden, Rudolf v., Die Geschichte der Kirchen und Konfessionen, in: Handbuch der preußischen Geschichte, hrsg. v. Wolfgang Neugebauer, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin, New York 2001, S. 641 f.*

³ *Zur Entschädigung für Kasernengebäude in Bückeberg vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 2.12.1929 in: Rep. 84a, Nr. 1967, Bl. 149–153; hier Bl. 151v–152.*

⁴ *Mit Schreiben v. 13.5.1930 legte Waentig den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen vor; Rep. 90, Nr. 108, n. f. Dieser und Vorentwürfe ab 1.2.1930 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 42 Beiakte 5 Bd. 3, Bl. 4–81. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 92.*

Chefbesprechung am 5. Februar 1930.

Druck: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1433–1436, Dok. Nr. 436.

Anwesend: für Preußen Braun, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Krüger, Arnoldi, Mussehl, Frankenbach.

Fortführung der Ostpreußenhilfe und Erwerb von niederbrechenden Umschuldungs-Gütern durch die Treuhandstelle.

Nr. 220 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Februar 1930.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 179, Bl. 14–16; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 30*², Bl. 9–12; MF 1051.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grzesinski, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Kern, Hog [zu 1 und 4–5], Schnitzler, Sandrock, Ganschow [alle drei zu 1], Reschke [zu 1, 5 und 8], Schalfjew [zu 1], Metz, Scheche [beide zu 2], Schulze [zu 2–3], Verlohr, Seydel [beide zu 2], Weichmann [zu 2 und 7], Strunden, Lohmeyer [beide zu 3].

1. Nochmals zum Nachtragshaushalt 1929 des Reichs. Einzelheiten zum Stimmverhalten im Reichsrat; u. a. Bewilligung des Westfonds, wenn der Haushalt für 1930 der Not des Ostens Rechnung trägt.³ [B] — **2. Bremen. Einzelheiten zu den Verhandlungen mit dem Senat; u. a. ist an der Forderung der Neuregelung des Lastenausgleichs [...] unbedingt festzuhalten.**⁴ [B] — **3. Fische-reiabkommen mit Hamburg. Keine Bedenken gegen das im Entwurf⁵ vorgelegte Überein- kommen mit Hamburg und Altona über Verwaltung, Betrieb und Ausbau der Hochseefischerei- märkte und -häfen im Nordostseegebiet.** [B] — **4. Verlängerung der Geltungsdauer der Hauszins- steuerverordnung. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶, der vor der Einbringung in den Landtag dem Staatsrat vorzulegen ist.** [B] — **5. Grundvermögenssteuergesetz. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁷, der vor der Einbringung in den Landtag dem Staatsrat vorzulegen ist.** [B] — **6. Ernennung.** [B] — **7. Beleidigung. Prüfung der Strafverfolgung.**⁸ [B] — **8. Fürstenabfindung. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁹ über die Zuständigkeit des Kammergerichts für die Entscheidung von Staatsrenten-Streitigkeiten, der vor der Einbringung in den Landtag dem Staatsrat vor- zulegen ist.** [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 16 wurden Abschriften von den TOP 1–6 und 7–8 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–5 und 7 sowie Vorlagen zu den TOP 1–2, 4–5 und 7–8.

³ Vgl. den Reichsratsantrag Bayerns v. 4.2.1930 sowie dessen Stellungnahme v. 5.2. in: *Rep. 120, A I 1 Nr. 57 Bd. 13, n. f. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 14.1.1930, TOP 3, in: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1374, Dok. Nr. 417. Lt. Aktenvermerk von MinR Reschke v. 10.2. für Braun zur Sitzung waren keine Vorlagen eingetroffen; Rep. 90, Nr. 1410, n. f.*

⁴ Vgl. die Vorlage Grzesinskis v. 31.1.1930 sowie die Voten Höpker Aschoffs v. 8. u. 10.2.1930 in: *Rep. 87, Nr. 7623, n. f.; hier auch eine Referentenausarbeitung v. 10.2. für Steiger zur Sitzung sowie umfangreiches Vormaterial.*

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁶ Vom 4.2.1930, in: *Rep. 151, II Nr. 1072, Bl. 417–418. Eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 8.2. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 8716, Bl. 4v. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 4279 v. 3.3.1930; hier auch der Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwänden erhoben hatte.*

⁷ Entwurf v. 4.2.1930 eines Gesetzes zur Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes v. 14.2.1923 (GS, S. 29) und des Gesetzes v. 28.2.1924 (GS, S. 119) i. d. F. der Verordnung v. 27.3.1929 in: *Rep. 84a, Nr. 8716, Bl. 1–4v; hier auch Bl. 5–5v eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 8.2. zur Sitzung. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–30, Drucks. Nr. 4262 v. 1.3.1930 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen erho- ben hatte.*

⁸ Zum Fall des Redakteurs und Schriftstellers E. Mossakowski vgl. die Vorlage des Innenministers v. 4.2.1930 in: *Rep. 87, B Nr. 19314, Bl. 531–539; hier auch Bl. 540 eine Referentenausarbeitung v. 11.2. für Steiger zur Sitzung. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 14.1.1930, TOP 5, in: Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1374, Dok. Nr. 417.*

⁹ Vom 10.2.1930, in: *Rep. 90, Nr. 153, Bl. 271–273. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 4456 v. 15.3.1930 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwände erhoben hatte.*

Nr. 221 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Februar 1930.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 179, Bl. 17–18; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 30*², Bl. 186–187, 189–193; *MF 1051*. — *Zwei Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 30, Bl. 182–185*.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — *Prot.: Reschke [U]*.

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Grzesinski], Weismann, Nobis, Coßmann, Kern, Merten, v. Leyden, du Mesnil, Wende [alle fünf zu 1].

1. Die Ausbildung der Gewerbelehrer(innen) an den 4 Berufspädagogischen Instituten. *Einzelheiten, u. a. zur Zulassung.* Bei der Ausbildung sind Gewerbelehrer und -lehrerinnen grundsätzlich gleich zu behandeln. [B] — **2.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **(3.** Kraftfahrzeugsteuer. *Zustimmung im Reichsrat zur Erhöhung für 1930.*³ [B])

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 18 wurden Abschriften von den TOP 1 und 3 an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch eine Ausarbeitung des Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu TOP 1.*

³ *Vgl. den Verordnungsentwurf v. 31.1.1930 in: StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 17; beschlossen in der Sitzung am 15.3.1930, ebd., S. 82 f., § 162. Beschlossen wurde eine Erhöhung um 15 %, nachdem die Reichsregierung noch auf 10 v. H. ermäßigt hatte.*

Nr. 222 Sitzung des Staatsministeriums am 4. März 1930.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 179, Bl. 19–20; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 31*², Bl. 4–4v; *MF 1051*. — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 31, Bl. 5–5v*.

Anwesend: Braun, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme, Waentig. — *Prot.: Reschke [U]*.

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Strunden [zu 3].

(1a. *Amtseid Waentig.*³ — **1b.** *Ernennung Waentigs* zum Mitglied des Reichsrats. [B]) — **2.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **3.** *Ansiedlungspolitik. Zustimmung zum Entwurf*⁴ *eines Gesetzes zur Gewährung von Zwischenkredit bei Rentengutsgründungen und zur Förderung der Anliegersiedlung, der vor Einbringung in den Landtag dem Staatsrat vorzulegen ist.* [B] — **(4.** *Fürstenabfindung. Bestätigung der Aufwertung der Renten der Kurhessischen Hausstiftung.*⁵ [B])

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 16 wurden Abschriften von den TOP 1–6 und 7–8 an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Vorlagen zu TOP 3.*

³ *Vgl. zum Rücktritt Grzesinskis und zur Ernennung Waentigs: Albrecht, Für eine wehrhafte Demokratie, S. 281–286.*

⁴ *Vom 22.1.1930, in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 60 Bd. 4, Bl. 14–16v. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 4771 v. 8.4.1930; hier auch der Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen erhoben hatte.*

⁵ *Der Vergleich v. 1.3.1930, in: Rep. 151, I A Nr. 3739/1, Bl. 89–90; hier auch die Denkschrift des Finanzministeriums (von 1927?) Die Staatsrenten des vormals kurhessischen Fürstenhauses (Druck, 124 S.). Zusammen mit umfangreichem Material aus den Verhandlungen seit 1925 in: Rep. 151, I A Nr. 3767, Bl. 4 ff.*

Nr. 223 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 11. März 1930.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 179, Bl. 21–22v; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 31*², Bl. 3–5v; *MF 1051*. — *Zwei Abschriften*: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 31, Bl. 124–127v*.

Anwesend: Braun [*V* zu 1, 3 und 5], *Hirtsiefer* [*V* zu 2 und 4], *Steiger*, *Höpker Aschoff*, *Schreiber*, *Schmidt*, *Grimme*, *Waentig*. — *Prot.*: *Reschke* [*U*].

Weitere Teilnehmer: *Pünder* [*RK*], *Weismann*, *Nobis*, *Badt*, *Brecht*, *Coßmann*, *Goslar*, *Peiser*, *Lammers*, *F. Ernst*, *Zimmer* [*zu 2*], *Corsing* [*zu 2 und 4*], *Scheche* [*zu 1 und 3–4*], *Pritsch* [*zu 1 und 3*], *Fritzsche* [*zu 3 und 5*], *v. Leyden* [*zu 1 und 4*], *Mosheim* [*zu 1*], *Frielinghaus* [*zu 1 und 4*], *Weichmann* [*zu 1*], *Hog*, *Riewald*, *Fehse*, *Koelfen*, *Surén*, *Melsheimer* [*alle sechs zu 4*], *Wellmann*, *Borrmann* [*beide zu 5*].

1. Berlin. Einzelheiten zu einem Referentenentwurf³ für ein Selbstverwaltungsgesetz; u. a. hat der Oberbürgermeister Beschlüssen der Stadtvertretung und des Stadtgemeindevausschusses die Ausführung zu versagen, wenn diese mit dem Stadtinteresse oder mit dem Staatsinteresse im Widerspruche stehen. [B] — **2.** Disziplinarsache.⁴ [B] — **3.** Reichsrat. Keine Änderung der bestehenden Regelung zur Entschädigung der Provinzialvertreter aufgrund eines Beschlusses⁵ des Staatsrats. [B] — **4.** Reichsrat. Instruierung der Reichsratsvertreter zur Beratung und Beschlußfassung über Gesetzentwürfe⁶ zu Zolländerungen, zu Änderungen bzw. Ergänzungen beim Tabak- und Zuckersteuergesetz, Mineralwassersteuergesetz, bei der Übergangsregelung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, beim Biersteuergesetz sowie bei der Erhebung der Aufbringungsumlage für das Rechnungsjahr 1930. [B] — **5.** Staatshaushalt. Erneuter Vorgriff auf die im Haushaltsplan für 1930 vorgesehenen Baumittel.⁷ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 22v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1 und 3–5.

³ Vom 26.2.1930, in: *Rep. 77, Tit. 227a Nr. 101 Bd. 1, Bl. 180–219*; hier auch *Voten und weiteres Material*. Eine Referentenausarbeitung v. 3.3. für den Justizminister zur Sitzung in: *Rep. 84a, Nr. 9231, Bl. 169–170*. Mit Bezug auf das Protokoll: *Ehni, Bollwerk Preußen?*, S. 175.

⁴ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. *Rep. 90, Annex F. – Material zum Verfahren gegen Polizeihptm. Nostiz wg. Prügeleien im angetrunkenen Zustand* in: *Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 12, n. f.*

⁵ Vom 19.2.1930, in: *StenBerStR, Jg. 1930, Sp. 63*.

⁶ *StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 39 v. 5.3.1930*; beschlossen in der Sitzung am 15.3.1930, *ebd.*, S. 81 f., 84, §§ 157 u. 159–161. Allein die Übergangsregelung des Finanzausgleichs wurde in der Sitzung am 20.3. beschlossen, *ebd.*, S. 89–93, § 177. Vgl. eine Ausarbeitung von *RegR Koelfen* v. 10.3.1930 in Vorbereitung der Staatsministerialsitzung in: *Rep. 120, C V Nr. 54 Bd. 1, n. f.* Die Vorlage *Höpker Aschoffs* v. 8.3.1930 in: *Rep. 90, Nr. 1667, Bl. 231–232*. Ausarbeitungen von *LGR Melsheimer* v. 8. u. 10.3. in: *Rep. 84a, Nr. 9221, Bl. 95v–96*. Auszüge aus der Vorlage in: *Rep. 90, Nr. 1506, n. f.*, bzw. *ebd.*, Nr. 1515, n. f. Zur Aufbringungsumlage vgl. *Treue, Preußens Wirtschaft*, in: *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 2, S. 591.

⁷ Vgl. das Schreiben des Finanzministeriums v. 14.3.1930 in Ausführung des Staatsministerialbeschlusses v. 11.3.1930 betr. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in: *Rep. 151, IV Nr. 431, n. f.*

Nr. 224 (2.) Ministersitzung am 11. März 1930.

Vollz. Reinschr., Bd. 179, Bl. 23; MF 1051.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Waentig. — Prot.: Braun [U].

Zwei Ernennungen. [B]

Nr. 225 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1930.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 27–27v; MF 1051. — Zwei Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 31, Bl. 128–129v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Goslar, Peiser, Landé, Nolte [beide zu 1], Richter II, Weichmann [beide zu 1–2], Krieger [zu 2].

1. Schulgelderhöhung; vertagt. — **2.** *Nochmals zur Ausbildung der Gewerbelehrer (-innen). Bestätigung des Beschlusses v. 21.2.* [B] — **(3. Fürstenabfindung. Vergleich¹ mit der Familie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg.** [B])

¹ *Vgl. den Vergleich v. 31.3.1930 in: Rep. 151, I A Nr. 3739/1, Bl. 108–109; hier auch die Denkschrift des Finanzministeriums Die Staatsrenten der Herzöge von Schleswig-Holstein (von 1927?, Druck, 30 S.).*

Nr. 226 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1930.

Vollz. Reinschr. mit einer Streichung, Bd. 179, Bl. 24–26; MF 1051. — Zwei Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 31, Bl. 132–136.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

24 Ernennungen, u. a. der Oberpräsidenten der Provinzen Hessen-Nassau, Pommern und Sachsen A. Haas, C. v. Halfern und C. Falck sowie vier Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand¹. [B]

¹ *Zum Fall der Landräte K. Frh. v. Hammerstein-Gesbold in Zeven, L. Kleine in Leer sowie H. Rotberg in Fallingb., die im hannoverschen Landtag mit den Nationalsozialisten gestimmt hatten, vgl. die Berichte des OPräs. Noske v. 25.2. u. 15.3.1930 in: Rep. 77, Nr. 5067, Bl. 96–97v, 99–101; hier auch Bl. 105–108v die Vorlage des Innenministers sowie Material zum parlamentarischen Nachspiel.*

Nr. 227 Sitzung des Staatsministeriums am 8. April 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 30–32v; Protokollentwurf Reschkes [TOP I], Bl. 28–29; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 31², Bl. 145–146, 156–160; MF 1051. — Zwei Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 31, Bl. 137–142v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Waentig. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Grimme], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Corsing [zu 1, 4 und 6], Schnitzler, Sandrock, Scholtz, Kügler [alle vier zu 1], Reschke [zu 2–3], AGerR Richter [zu 4], Pfeiffer [zu 4 und 7], Kehrl, Hog [beide zu 6].

(1. Reichshaushalt. Stand der Beratungen im Reichsrat. Es sind bei der erforderlichen Wahrung der durch die finanzielle Lage gebotenen Rücksichten mögliche Schwierigkeiten für die Reichsregierung zu vermeiden, u. a. bei der Übernahme der Etatsposten der gemäß dem preußischen Antrage³ aufzulösenden Sonderverwaltung für die besetzten Gebiete. Weitere Instruktionen für die Reichsratsvertreter, u. a. zur pauschalen Kürzung des Reichswehretats sowie zur Erhöhung des Westfonds. Es sollen ferner keine Anträge [...] für Zwecke der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge gestellt werden. [B]) — 2. Beamtenbesoldung. Nochmals zur Vergütung der Tätigkeit in Aufsichtsrats- usw. Stellen.⁴ [B] — 3. Disziplinarsache.⁵ [B] — 4. Stiftungen. Nochmals zur Verfassung des von Rohdich'schen Legatenfonds. [B] — 5. Sechs Ernennungen. [B] — 6. Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern. Zustimmung zum Standpunkte Höpker Aschoffs.⁶ [B] — (7a. Zustimmung zu den Festlichkeiten aus Anlaß der 100-Jahr-Feier der Staatlichen Museen in Berlin.⁷ [B] — 7b. Staatsministerium. Keine Vertretung im Ehrenausschuß für die von der Deutschen Liga für Menschenrechte beabsichtigten Ausstellung: „Nie wieder Krieg“.⁸ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 32v wurden von den TOP 1–4 und 6–7b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1–4 und 6.

³ Vom 1.4.1930, in: Rep. 90, Nr. 1410, n. f. Eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schneller v. 29.3. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 6297, Bl. 108v–109. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 175.

⁴ Vgl. das Votum Schreibers v. 17.12.1930 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 154 Bd. 5, Bl. 284; hier auch Bl. 287–287v eine Referentenausarbeitung v. 18.1. für Grzesinski zur Sitzung.

⁵ Vgl. zur Vollstreckung des Disziplinarurteils gegen AmtsR Kühne Voten in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 12, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 8.4.1930 auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Ausarbeitungen der MinR Corsing und Reschke v. 29.3. bzw. 5.4.1930 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 648, Bl. 74–75.

⁶ Die Schreiben des Finanzministers v. 11.2.1930, Az: I F. 3070/17.1, und v. 23.3.30, Az: I F. 3070/1, konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁷ Vgl. die Festrede von Grimme „Kunstpflege im Massenelend?“ in: Der Abend. Spätausgabe des „Vorwärts“ v. 1.10.1930, Beilage. Dies und weitere Zeitungsausschnitte in: VI. HA, NL Grimme, Nr. 1082, n. f. Zur Rolle Brauns als Gastgeber vgl. die Tagebuchnotiz von StS Pünder v. 5.10.1930 in: Pünder, Politik in der Reichskanzlei, S. 64.

⁸ Vgl. das Schreiben des Hauptbüros des Wissenschaftsministeriums v. 4.4.1930, nach dem Grimme seinen Beitritt zum Ehrenausschuß erklären will, in: Rep. 90, Nr. 353, n. f. – Im Geschäftsbericht der Liga für 1930 wird eine Ausstellung unter diesem Namen nicht erwähnt. Allein die Ausstellung „Krieg und Frieden“ von Martha Freund-Hoppe sollte in Berlin gezeigt werden, was aber an fehlenden finanziellen Mitteln scheiterte; vgl. Die Menschenrechte. Organ der Deutschen Liga für Menschenrechte 6 (1931), S. 20–35, der Hinweis auf die zuletzt genannte Exposition S. 31.

Nr. 228 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Mai 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 33–34v; MF 1051. — Vier Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 1–4v, 7–10v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Waentig, Schmidt, Grimme. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, v. Leyden [zu 1–3], Graf v. Hardenberg, Mosheim, Pritsch [alle drei zu 1], Weichmann [zu 1–3], Klamroth, Wittland [beide zu 2–3], Strunden [zu 4], Graeser, Burlage [beide zu 6].

1. Berlin. Nochmals zum Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes. Zustimmung und Weiterleitung an den Landtag.² [B] — 2. Kommunalgrenzen im Kreise Düsseldorf-Mettmann.³ [B] — 3. Gelsenkirchen. Umbenennung der Stadtgemeinde Gelsenkirchen-Buer [...] in Gelsenkirchen.⁴ [B] — 4. Landtag. Zukünftig sollen Kleine Anfragen, die sich mit Reichsangelegenheiten befassen, nicht mehr beantwortet werden.⁵ [B] — 5. Acht Ernennungen von Beamten sowie von zehn Mitgliedern der Akademie des Bauwesens. [B] — (6. Zur Frage einer neuen Abstimmung in Hannover ist vorläufig [...] nichts zu veranlassen.⁶ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 22v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben. – Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1–3 in: Rep. 90, Annex L Nr. 32.

² Vgl. die Vorlage Waentigs v. 11.4.1930, in der er zum Gutachten Staatsrats Stellung nimmt, in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 101 Bd. 2, Bl. 86–133. Der Gesetzentwurf wurde dem Landtag vorgelegt als: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 4810 v. 6.5.1930.

³ Die Vorlage des Innenministeriums v. 8.4.1930 konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden. Vgl. aber das Schreiben Brauns (gez. Nobis) v. 14.4. mit der Information, daß die Angelegenheit auf Bitten Hirtsiefers auf die Tagesordnung gesetzt wird, in: Rep. 120, A II 5e Nr. 8 Beiheft 1 Bd. 7, n. f.

⁴ Vgl. die Vorlage Waentigs v. 10.4.1930 in: Rep. 77, Tit. 3301 Nr. 1 Bd. 3, Bl. 188–189v. Die Namensänderung erfolgte durch Erlaß v. 21.5., MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 508.

⁵ Vgl. die Mitteilung des Büros des Staatsministeriums (Amtsrat Flothow) v. 5.5.1930 sowie eine Referentenausarbeitung für StS Abegg zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 195 Beiakten 4A, Bl. 157, 195–195v; hier auch Bl. 158–194 Beispiele für dementsprechende Kleine Anfragen.

⁶ Vermutlich anlässlich des sog. Senatorenstreits; vgl. Geschichte der Stadt Hannover, Bd. 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, hrsg. v. Klaus Mlynek u. Waldemar Rohrbein, Hannover 1994, S. 452 f.

Nr. 229 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Mai 1930.

Vollz. Reinschr. mit einer Streichung, Bd. 179, Bl. 35; MF 1051. — Zwei Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 48–49.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Waentig, Schmidt, Grimme. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Schleusener, Goslar, Peiser, Frank (WissMinm.), Hog, v. Heusinger, v. Leyden.

Staatshaushalt [...] für 1930. *Angesichts* des Defizits wird eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer für den Hausbesitz um 100 % beschlossen. Für die eigengenutzten kleineren Wohnungen wird eine Ermäßigung des Satzes zugestanden.¹ [B]

¹ Mit Bezug auf das Protokoll: Orlow, Weimar Prussia, S. 171.

Nr. 230 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Mai 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 36–38; MF 1051. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 50–55v.

Anwesend: Braun, Steiger, Höpker Aschoff [zu 1–6], Schreiber, Schmidt [zu 1], Grimme, Waentig. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Peters [für Hirtsiefer], Hölscher [für Schmidt, zu 2–8], Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Hog, Scheche [beide zu 1], Richter II [zu 1–2 und 5–6], Wende [zu 1 und 6], Herrnsstadt [zu 1], v. Leyden [zu 1–2 und 5], Surén, Storck [beide zu 1], Corsing [zu 1 und 3], Landé, Merten [beide zu 2], Weichmann [zu 2, 5–6 und 8], Loehrs [zu 5 und 7], Krauthausen [zu 7], Haslinde [zu 5 und 7], Strunden [zu 7], Mussehl [zu 5].

1. Änderung des Preuß[ischen] Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz für das Rechnungsjahr 1930. Einzelheiten. [B] Einstweilen keine Weiterberatung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung des Ergänzungszuschußfonds im Hauptausschuß des Landtags und Rückziehung bei Annahme des o. a. Ausführungsgesetzes.² [B] — 2. Schulgeldgesetz. Schnelle Vorlage eines Entwurfs³, damit er zum Beginn der Herbstsession vom Landtag verabschiedet werden kann. [B] — 3. Beleidigung.⁴ — 4. 12 Ernennungen, u. a. von C. Falck [...] zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen. [B] — 5. Osthilfeprogramm. Zurückstellung der Beratung, [...] bis die Reichsregierung eine Gesetzesvorlage an den Reichsrat gemacht hat. [B] — 6. Errichtung einer [...] pädagogischen Akademie in Oldenburg.⁵ [B] — 7. Feier zur Rheinlandräumung; Beschlußfassung [...] zurückgestellt. — 8. Gemeinschaftsbeziehungen mit Schaumburg-Lippe. Forderung der Rückzahlung des aus der Bergwerksanleihe an Schaumburg-Lippe gegebenen Darlehns.⁶ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 38v wurden Abschriften von den TOP 1–3 und 5–7 an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. den Entwurf v. 13.5.1930 in: Rep. 84a, Nr. 9176, Bl. 337–367; hier auch eine Referentenausarbeitung v. 16.5. in Vorbereitung der Sitzung. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 5065 v. 13.6.1930 mit dem Gutachten des Staatsrats.

³ Ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten des Landtags, StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, wurde kein Gesetzentwurf vorgelegt.

⁴ Vgl. zum Fall des R. Winkelmann die Vorlage des Justizministeriums v. 5.5.1930 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁵ Vgl. die Vorlage Grimmes v. 12.5.1930 in: Rep. 90, Nr. 1761, Bl. 109–109v; hier auch Bl. 110–110v eine Ausarbeitung von MinR Weichmann v. 14.5. für Braun zur Sitzung.

⁶ Zur von Schaumburg-Lippe aufgenommenen Anleihe zum Erhalt eines Anteils am Bergwerk Obernkirchen vgl. das Schreiben Waentigs v. 7.3.1930 in: Rep. 84a, Nr. 1967, Bl. 263.

Nr. 231 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Mai 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 39; hs. Urschrift in: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 68; MF 1051. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 69–70.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Hog, v. Heusinger, Bergbohm, Corsing.

Nochmals zum Grundvermögenssteuergesetz. Einzelheiten zur Umlage auf die Mieten.²

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 39v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Mit Anschreiben v. 23.5.1930 legte Höpker Aschoff den Entwurf einer Verordnung zur Änderung des Grundvermögenssteuergesetzes v. 14.2.1923 (GS, S. 29) und der dazu ergangenen Änderungen vor; Rep. 90, Nr. 8716, Bl. 43–45v. Auf dem Umlaufwege vom Staatsministerium genehmigt und als Verordnung v. 30.5.1930, GS, S. 101, erlassen.

Nr. 232 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Mai 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 40–41; Abschr.: Bl. 45–46v; MF 1051. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 72–75v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schreiber, Grimme, Waentig. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Hans Krüger [für Steiger], Hölscher [für Schmidt], v. Hagenow [RK], Weismann, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Abegg, Klepper, Lauffer, Mussehl, Vollbach, v. Both, Krause, Schulze, F. Ernst, Leeser, Gürich, Richter II [alle elf zu 1], Loehrs [zu 1 und 3], Rathenau, Weichmann [beide zu 1], Krauthausen, Strunden [beide zu 3].

1. Osthilfegesetz. Bedingte Zustimmung im Reichsrat. Einzelheiten zu Änderungsvorschlägen.² [B] — **2.** Drei Ernennungen, u. a. von L. Freyseng sowie P. Weber zu Regierungspräsidenten [...] in Erfurt [...] und in Magdeburg. [B] — **3.** Feiern zur Rheinlandräumung. Teilnahme von Staatsministern sowie Spende der Preußischen Staatsregierung [...] von 300 000 RM zur Erholungsfürsorge für Kinder kinderreicher Familien. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 39v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 86 und zu Nr. 86 v. 17./28.5.1930; beschlossen in der Sitzung am 14.6.1930, ebd., S. 348–350, § 365. Die Ankündigung Brauns v. 23.5., die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Staatsministeriums zu setzen, in: Rep. 87, B Nr. 19459, n. f.; hier auch sein Schreiben an den Reichskanzler v. 28.5. mit der Bitte um Beteiligung an der Erarbeitung der Entwürfe sowie dessen Antwort v. 6.6. Vgl. auch die Tagebuchnotiz von StS Pünder in: Pünder, Hermann, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. v. Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961, S. 52.

Nr. 233 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 47–48; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32², Bl. 89–90; MF 1052. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 83–86.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Hans Krüger [für Steiger], Römhild [für Schreiber], Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Peiser, Kern, v. Leyden, Tapolski, Vollbach, Reschke [alle vier zu 1], Wiechmann [zu 2 und 5], Staab [zu 2], Corsing [zu 2 und 5], Pfeiffer [zu 3], Schöner [zu 5].

1. Ab sofort keine Genehmigungen zur Führung eigener Flaggen [...] an Landkreise.³ [B] — 2. Beleidigung. Prüfung der Strafverfolgung.⁴ [B] — 3. Einschränkung der Zahl der an Tagungen, Kongressen usw. öffentlicher oder privater Körperschaften teilnehmenden Behördenvertreter.⁵ [B] — 4. Sechs Ernennungen. [B] — 5. Amnestiegesetz. Entwurf⁶ eines Reichsgesetzes zur Änderung des Gesetzes über Straffreiheit v. 14.7.1928. Keine Beschlußfassung bis zur Vorlage eines zur Stellungnahme geeigneten Gesetzestextes.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 48v wurden Abschriften von den TOP 1–3 und 5 an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium und Vorlagen zu den TOP 1–3.

³ Vgl. das Schreiben des Innenministeriums v. 18.3.1930 und die Antwort Brauns v. 29.3. in: Rep. 84a, Nr. 9386, Bl. 226–229.

⁴ Zum Fall von W. Hamkens vgl. die Vorlagen des Justizministers v. 27. u. 28.5.1930 in: Rep. 87, B Nr. 19314, Bl. 670–675, 678–685; hier auch Bl. 676 eine Referentenausarbeitung v. 2.6. für Steiger zur Sitzung. Diese Vorlagen und späteres Material in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁵ Ein allen Ministerialabteilungen zugeleiteter Runderlaß des Kultusministeriums v. 20.6.1930 mit dem Wortlaut des Beschlusses in: Rep. 76, I Sekt. 2, Nr. 3, Bl. 424.

⁶ Vom 7.3.1930, in: StenBerRT, Bd. 440, Drucks. Nr. 1717. Lt. Aktenvermerk von MinR Corsing v. 2.6.1930 lag kein Votum vor; vgl. Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 123. Ferner die Besprechung der Reichsminister am 3.5.1930, TOP 2, mit ausführlichen Anmerkungen in: Die Kabinette Brüning I und II, 30.3.1930–10.10.1931, 10.10.1931–1.6.1932, bearb. v. Tilman Koops, Bd. 1: 30.3.1930–28.2.1931, Boppard a. Rh. 1982, S. 95–97, Dok. Nr. 26.

Nr. 234 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juni 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 49–49v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32², Bl. 132–132v; MF 1052. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 126–127v.

Anwesend: Braun, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Waentig. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Peters [für Hirtsiefer], Jahnke [für Grimme], Weismann, Nobis, Badt, Goslar, Schulze, Verlohr, Krümmer, Metz, Vollbach, Weichmann, Seydel [alle sieben zu 1].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 49v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch eine Ausarbeitung des Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu TOP 1.

1. Bremen. Zustimmung zum Entwurf eines Staatsvertrages über eine Gemeinschaftsarbeit. Überweisung an den Staatsrat zur Begutachtung und dann an den Landtag.³ [B] — (2. Nochmals zu den Feiern anlässlich der Rheinlandräumung und der Teilnahme von Staatsministern. [B])

³ Vgl. *StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 5096 v. 19.6.1930. Ebd., Drucks. Nr. 5107 v. 23.6. wurde mitgeteilt, daß der Staatsrat keine Einwendungen erhoben hatte. Zur Bedeutung des Vertrages im Rahmen der Reichsreform aus der Sicht des preußischen Ministerpräsidenten: Schulze, H., Otto Braun, S. 691.*

Nr. 235 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juni 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 50–52; Urschrift sowie Protokollnotizen in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32², Bl. 161–164, 176; MF 1052. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 154–156, 165–167.*

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Goslar, Peiser, Hog, Riewald, Hellich, Frielinghaus, Koelfen, Bachmann, Storck, Melsheimer [alle acht zu 1], Corsing [zu 1–2 und 5], Scheche [zu 1], Kügler, Schnitzler, Sandrock, Flatow, Zimmer, Zschintzsch [alle sechs zu 2], Strunden [zu 4], Klausener, Brand, Janich, Reschke [alle vier zu 6].

1. Zustimmung mit Änderungen zum Entwurf eines Gesetzes über eine Reichshilfe der Festbesoldeten,³ die als Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu erheben ist und auch beim Unterschreiten des Existenzminimums fällig wird, sowie zu den Entwürfen eines Gesetzes über ein Ledigen-Notopfer im Rechnungsjahr 1930 und eines Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes im Reichsrat.⁴ Forderung ggf. weiterer Einsparungen im Reichshaushalt sowie von Gemeindegetränkesteuern⁵ auf alle Getränke mit Ausnahme von Milch. [B] — 2. Entwurf⁶ eines Reichsgesetzes betr. Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenver-

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 52 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2 und 4–5 sowie Vorlagen zu den TOP 1–6.

³ Vgl. mit Bezug auf das Protokoll (hier fälschlich auf den 6.6. datiert): Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 185.

⁴ Alle drei Gesetzentwürfe wurden veröffentlicht als *StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. Nr. 106 v. 13.6.1930*; beschlossen in der Sitzung am 3.7.1930, ebd., S. 406–413, § 432. Vgl. auch die bereits mit Anschreiben des Finanzministeriums v. 13.6.1931 übersandten Referentenentwürfe betr. Reichshilfe der Festbesoldeten sowie das Ledigen-Notopfer, da die Reichsratsvorlage erst am nächsten Tag zur Verteilung kommen sollte, in: *Rep. 120, C V Nr. 70 Bd. 8, n. f.*; hier auch das *Votum Höpker Aschoffs v. 14.6., ein Aktenvermerk v. 19.6. über die Ausschußsitzung im Reichsrat sowie weiteres Material. Das Votum v. 14.6. ebenfalls in: Rep. 90, Nr. 1515, n. f. Eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 14.6. zum Tabaksteuergesetz in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 8957, Bl. 119v. Weitere Ausarbeitungen sowohl des Landgerichtsrats als auch anderer Referenten zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 9221, Bl. 175–177, 211–213. Mit Bezug auf das Protokoll (hier fälschlich auf den 18.6. datiert): Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 171 f. Zum *Votum des Finanzministers: Arndt, Die Politik der preußischen Regierung, Teil 2, S. 46 f.**

⁵ Veröffentlicht im Entwurf von Durchführungsbestimmungen zum 2. Abschnitt der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände (*Gemeindebiersteuer-, Gemeindegetränkesteuer- und Bürgersteuer-Durchführungsbestimmungen*), in: *StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 146 v. 31.7.1930*; beschlossen in der Sitzung am 28.8.1930, ebd., S. 462–465, § 530 mit dem Wortlaut zahlreicher Änderungen. Im Ergebnis der Staatsministerialsitzung hatte MinDir. Hog dem Reichsfinanzministerium mit Anschreiben v. 20.6.1930 den Entwurf eines formulierten Antrages für die erforderliche Änderung des Reichsfinanzausgleichsgesetzes übermittelt; in: *Rep. 151, II Nr. 1027, n. f.*

⁶ *StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 98 v. 5.6.1930*; beschlossen in der Sitzung am 21.6.1930, ebd., S. 373, § 385. Ausweislich eines Auszugs aus der Tagesordnung zur Staatsministerialsitzung gab es hierzu keine gesonderte Vorlage seitens eines preußischen Ressorts; vgl. *Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.*

sicherung. *Bedingte Zustimmung im Reichsrat, sofern die Änderungen nicht zu Ungunsten der Versicherten wirken.* [B] — **3.** *Mit TOP 1 bereits erledigt.* — **4.** *Rheinlandräumung. Beflagung der Dienstgebäude und Läuten der Kirchenglocken.*⁷ [B] — **5.** *Strafsache gegen Frh. v. Paleske.*⁸ [B] — **6.** *Beamtenpolitik. Nochmals zum Engagement von Beamten in NSDAP und KPD. Beschlußfassung in der nächsten Sitzung.*⁹ — **(7a.** *Keine Beflagung von Dienstgebäuden in Greifswald aus Anlaß des vom Reichsbanner und dem Deutschen Landarbeiterverband für den 21./22.6. geplanten republikanischen Tages.* [B] — **7b.** *Landtag. Rückfrage, über welches Beweis-thema eine Vernehmung im 23. Untersuchungsausschuß betr. Volksbegehren zum Young-Plan erfolgen soll.*¹⁰ [B] — **7c.** *Staatsministerium. Mitgliedschaft im Ehrenausschuß zum 19. Deutschen Bundesschießen Köln 1930.* [B] — **7d.** *Verwendung der Überschüsse aus der Grundvermögenssteuer für 1929.* [B])

⁷ Vgl. die Hoheitsanordnung des Reichsinnenministers v. 20.3.1930, Reichsministerialblatt, S. 265. Ausarbeitungen von LGR Wittland v. 14. u. 18.6. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 2173, Bl. 194v–195.

⁸ Vgl. den Bericht des Generalstaatsanwalts beim OLG Königsberg v. 2.6.1930 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁹ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Reichau v. 16.6.1930 zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 3157, Bl. 11.

¹⁰ Vgl. das Schreiben des Ausschußvorsitzenden MdL Baumhoff v. 3.6.1930 sowie die Antwort Brauns v. 19.6. in: Rep. 90, Nr. 616, n. f. Der Ausschußbericht in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 6954 v. 2.3.1931.

Nr. 236 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juni 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 53–55; Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32², Bl. 224–226; MF 1052. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 215–220.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Cofmann, Goslar, Peiser, Abegg, Klausener [zu 2], v. Leyden [zu 2 und 4], Brand, Reichau, Wittland, Schnitzler, Breuhahn [alle fünf zu 2], Corsing [zu 2 und 4], Pusch, Weck, Zschintzsch, Sandrock, Ciersdorff [alle fünf zu 4], Strunden [zu 5–6], Leeser [zu 6].

(1. *Verfassungsfeier in Berlin.*³ [B]) — **2.** *Beamtenpolitik. Nochmals zur Teilnahme von Beamten an der NSDAP und der KPD. Zustimmung zu einem Runderlaß.*⁴ [B] — **3.** *Acht Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze.* [B] — **4.** *Krankenversicherung. Zustimmung im Reichsrat mit Korrekturen zum Entwurf*⁵ *eines Änderungsgesetzes.* [B] — **5.** *Rheinlandräumung. Abhal-*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 52 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2 und 4–6 sowie Vorlagen zu den TOP 2 und 4–5.

³ Vgl. den Erlaß v. 26.6.1930 in: MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 589.

⁴ Vgl. den Entwurf v. 21.6.1930 in: Rep. 90, Nr. 478, Bl. 166–168. Eine Ausarbeitung von MinR Reichau zur Sitzung sowie sein ausführlicher Aktenvermerk v. 26.6. zum Beratungsergebnis in: Rep. 84a, Nr. 3157, Bl. 124–125, 127–129. Der Erlaß erging am 3.7.1930, MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 599. Ein Aktenvermerk v. 26.6. in: Staat und NSDAP. Quellen zur Ära Brüning, bearb. v. Gerhard Schulz, Ilse Maurer u. Udo Wengst, Düsseldorf 1977, S. 89–91, Dok. Nr. 10b. Mit Bezug auf das Protokoll: Morsey, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst, in: Öffentlicher Dienst, S. 116; Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 940.

⁵ StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 108 und zu Nr. 108 v. 14./16.6.1930; beschlossen in der Sitzung am 28.6.1930, ebd., S. 392, § 417 – die beschlossene Fassung als Anlage, S. 393–397. Vgl. die Vorlagen des Ministers für Volkswohlfahrt v. 21.6. u. 23.6.1930 einschl. der Abänderungsanträge im Reichsrat in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 1 Adhib. 3 Bd. 12, Bl. 398, 444–452; hier auch Bl. 421–421v eine Referentenausarbeitung v. 25.6. in Vorbereitung der

tung öffentlicher militärischer Feiern. [B] — 6. Vermahlung von Inlandweizen. Entwurf⁶ zu einem Änderungsgesetz. Bedingte Zustimmung im Reichsrat. [B] — (7. Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Vorschlag des Reichsrats für einen Vertreter der öffentlichen Körperschaften im Verwaltungsrat.⁷)

Staatsministerialsitzung sowie Bl. 422 eine hs. Notiz Schreibers v. 25.5. zum Beratungsergebnis. Ferner Besprechung der Reichsminister am 27.6.1930, TOP 1, in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 240, Dok. Nr. 57.

⁶ *StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 94 v. 31.5.1930; beschlossen in der Sitzung am 3.7.1930, ebd., S. 400 f., § 426. Lt. einer Ausarbeitung von RegR Bleek zur Sitzung existierten keine weiteren Vorlagen; vgl. Rep. 77, Tit. 146 Nr. 145 Bd. 1, Bl. 26–26v. Ferner Besprechung der Reichsminister am 21.6.1930, TOP 3, in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 219, Dok. Nr. 52.*

⁷ *Hierbei handelt es sich um einen wiederkehrenden Tagesordnungspunkt in den Beratungen des Reichsrats; der zeitlich nächste Beschluß erging am 16.10.1930. Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1930, S. 498, § 600. Ferner das Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Reichsrat v. 10.6.1930 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 17 Bd. 28, Bl. 721–721v. – Lt. Aktenvermerk v. 2.7.1930 aufgrund einer Mitteilung von MinDir. Coßmann hatte das Staatsministerium am 25.6. beschlossen: „Es ist Vertagungsantrag zu stellen. Der Herr Minister für Volkswohlfahrt wird bei dem Herrn Reichsarbeitsminister anregen, den preußischen Landkreistag zu veranlassen, 3 Personen vorzuschlagen, um dem Reichsrat die Möglichkeit einer Auswahl zu geben.“ (Bl. 722)*

Nr. 237 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juli 1930.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 56; MF 1052.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Schreiber, Grimme, Waentig. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Hölscher [für Schmidt], Krüger [für Steiger], Schleusener [für Höpker Aschoff], Nobis, Badt, Peiser, Huber, Wiechmann, Corsing.

Nochmals zum Amnestiegesetz. Im Reichsrat ist gegen das [...] vom Reichstag beschlossene Gesetz Einspruch einzulegen.¹ [B]

¹ *In der Sitzung am 10.7.1930. Vgl. StenBerReichsR, Jg. 1930, S. 421 f., § 442; hier auch der Wortlaut des angenommenen preußischen Einspruchs. Das Gesetz war vom Reichstag am 2.7. beschlossen worden; vgl. StenBerRT, Bd. 428, S. 6091. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 172.*

Nr. 238 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juli 1930.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 57–58; MF 1052. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 33, Bl. 1–3.

Anwesend: Braun, Höpker Aschoff, Schreiber, Waentig. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Krüger [für Steiger], Hölscher [für Schmidt], Lamers [für Grimme], Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Peiser, du Mesnil, Weichmann, Südhoff [alle drei zu 1], Bachmann, Bracht, Backhaus, Pfeiffer [alle vier zu 4], Corsing [zu 3].

1. Verleihung des Promotionsrechts an die Handelshochschule in Königsberg i. Pr.¹ [B] — 2. Fünf Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — 3. Landtag. Keine Genehmigung für Staatsbeamte zur Aussage vor dem Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Personalpolitik im Preußischen Statistischen Landesamt.² [B] — 4. Staatshaushalt. Senkung der Haushaltsausgaben für 1931.³ [B] — (5. Pensionssache des Reichsministers a. D. P. Moldenhauer.⁴ [B])

¹ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 28.6.1930 in: Rep. 76, Va. Sekt. 1 Tit. VI Nr. 1 L Bd. 1, Bl. 508–509v; hier auch eine Referentenausarbeitung v. 4.7. in Vorbereitung der Sitzung. Eine Ausarbeitung von MinR Zimmer v. 5.7.1931 v. a. zur Entwicklung des Promotionsrechts an Hochschulen in: Rep. 84a, Nr. 5280, Bl. 420–425v.

² Vgl. den Ausschlußbericht v. 12.6.1931 in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 7391 A u. B.

³ Die Vorlage des Finanzministers v. 1.7.1930, Az.: I.A. 2.2889a, konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten des Reichsrats, Jg. 1930, wurde die Angelegenheit im Plenum nicht beraten.

Nr. 239 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juli 1930.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 59–61v; MF 1052. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 33, Bl. 4–9 (Bl. 9 mit Textverlust).

Anwesend: Braun, Höpker Aschoff, Schreiber, Waentig. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Krüger [für Steiger], Schulze [für Schreiber], Hölscher [für Schmidt], Lammers [für Grimme], Nobis, Brecht, Goslar, Peiser, Zimmer, Tejessy [beide zu 1], Corsing [zu 1–2 und 4–5], Bachmann, Krause [beide zu 2], Südhof, Gottschick [beide zu 4], Keyser [zu 5].

1. Zwei Disziplinarsachen.¹ [B] — 2. Entwurf² einer Verordnung gegen Waffenmißbrauch. [B] — 3. Ernennung und Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — 4. Amtsbezeichnungen.³ — 5. Nochmals zur Deutschen Realkreditbank in Dessau. Zustimmung im Reichsrat zu einer Reichskonzession.⁴ [B] — (6. Ernennung von vier Mitgliedern des Verwaltungsrats der Rentenbankkreditanstalt durch den Reichsrat.⁵ [B])

¹ Vgl. den Staatsministerialbeschluß mit Begründung betr. PolMaj. H. Floeter in Altona in: Rep. 90, Nr. 648, nach Bl. 81; der Beschluß mit Begründung betr. PolHptm. W. Simon in Oppeln in: Rep. 90, Nr. 649, n. f. Die Vorlagen v. 20.5. bzw. 26.6.1930 zu beiden Fällen in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 12, n. f.

² Vgl. die Vorlage Waentigs v. 7.7.1930 in: Rep. 84a, Nr. 5734, Bl. 25–31; hier auch Bl. 38–39v das Votum des Justizministeriums v. 12.7. sowie Referentenausarbeitungen v. 14.7. in Vorbereitung der Sitzung und Aktennotizen v. 17.7. zum Beratungsergebnis. Ferner Sitzung des Reichskabinetts am 24.7.1930 mit Bezug auf die von Preußen geplante Notverordnung in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 331 f., Dok. Nr. 85.

³ Vgl. die Vorlage Beckers v. 9.7.1929 zur Verleihung der Amtsbezeichnung „Hauptamtlicher Dozent und Professor“ bei der Akademie der Arbeit in Frankfurt/M. in: Rep. 90, Nr. 581, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 14.7. für Braun zur Sitzung. Die Vorlagen auch in: Rep. 84a, Nr. 2905, Bl. 110a–110dv.

⁴ Vgl. die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums v. 12.7.1930 in: Rep. 90, Nr. 1166, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 14.7. für Braun zur Sitzung. Eine ausführliche hs. Notiz Schreibers auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis im Staatsministerium in: Rep. 120, A XI 15 Nr. 6, n. f. Die Sitzung des Reichsrats am 24.7.1930 in: StenBerReichsR, Jg. 1930, S. 450, § 492.

⁵ In der Sitzung am 30.7.1930 auf der Basis einer nicht in die Drucksachen des Reichsrats aufgenommenen Vorlage in: StenBerReichsR, Jg. 1930, S. 454 f., § 506.

Sitzung des Reichskabinetts am 26. Juli 1930.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 346–349, Dok. Nr. 90.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Krüger.

Notverordnungen.

Besprechung der Reichsminister am 7. August 1930.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 362–367, Dok. Nr. 96.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Osthilfeprogramm.

Besprechung der Reichsminister am 8. August 1930.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 367–369, Dok. Nr. 97.

Anwesend: für Preußen Hirtsiefer, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Klepper, Lauffer, Nobis, Weichmann.

Osthilfeprogramm.

Nr. 240 Sitzung des Staatsministeriums am 26. August 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 62–64v; MF 1052. — Zwei Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 32, Bl. 10–15v.

Anwesend: Braun, Steiger, Schreiber, Grimme. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener [für Höpker Aschoff], Hölscher [für Schmidt], Abegg [für Waentig], Weismann, Badt, Coßmann, Goslar, Trendelenburg [zu 1], Strunden [zu 1, 4–8 und 10–13], Wolff (MdI) [zu 1], Reschke [zu 2], v. Leyden [zu 10 und 12], Reichau [zu 11], Arens, Riewald, Surén [alle drei zu 12].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 64v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben. – Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2, 4–8 und 10–12 sowie Vorlagen zu den TOP 1–2, 4–8 und 10–13 in: Rep. 90, Annex L Nr. 33.

1. *Nochmals zu den Satzungen der evangelischen Domstifter. Einzelheiten zur Stellung der jeweiligen Kuratorien.*² [B] — 2. *Staatstheater zu Berlin (Opernhaus, Schauspielhaus). Aufhebung ihrer Verfassung v. 12.9.1919.*³ [B] — 3. *Kirchenpolitik. Religiöse Betreuung von Kranken in öffentlichen Krankenanstalten; abgesetzt.* — 4. *Strafantrag.*⁴ [B] — 5.–6. *Beleidigungen. Prüfung der Strafverfolgung in zwei Fällen.*⁵ [B]. — 7. *Strafantrag.*⁶ [B] — 8. *Ernennung und Besoldung der als Leiter von sog. Landstellen vorgesehenen Kommissare für die Osthilfe.*⁷ [B] — 9. *Zwei Ernennungen.* [B] — 10. *Verbindung der am 14.9. [...] stattfindenden Reichstagswahlen mit Kommunalwahlen im Trierer Umgemeindungsbezirk.* [B] — 11. *Beamtenpolitik. Bei Beamten, die sich als Kandidaten der NSDAP aufstellen lassen, soll vorläufig kein Disziplinarverfahren eröffnet werden. Es sollen zunächst der Ausgang der Wahlen und das Verhalten [...] im Wahlkampf abgewartet werden.*⁸ [B] — 12. *Notverordnung des Reichspräsidenten v. 26.7.1930. Bedingte Zustimmung im Reichsrat zu Durchführungsbestimmungen zum 2. Abschnitt betr. Fristen für die Erhebung von Gemeindegrund- und -gewerbesteuern.*⁹ [B] — (13. *Staatsministerium. Anwesenheit beim Entscheidungsrennen um den Großen Preis der Republik auf der Trabrennbahn Mariendorf.*¹⁰ [B])

² Vgl. die Vorlage Grimmes v. 30.6.1930 in: Rep. 77, Tit. 156 Nr. 160 Beiakten 2 Bd. 3, Bl. 42–46 (Akte unvollständig foliiert).

³ Vgl. die Vorlage des Wissenschaftsministeriums v. 10.7.1930 in: Rep. 90, Nr. 2406, Bl. 140 mit beiliegenden zeitgenössischen Drucken der Verfassungen Bl. 141a–144v u. Bl. 146–150v: „Verfassung für die Staats-Theater zu Berlin (Opernhaus). Genehmigt durch Beschluß der Preußischen Staatsregierung vom 12. September 1919“, o. O.; „Verfassung für die Staats-Theater zu Berlin (Schauspielhaus). Genehmigt durch Beschluß der Preußischen Staatsregierung vom 12. September 1919“, o. O.; ferner Bl. 152 eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 20.8. für Braun zur Sitzung. Die Vorlage auch in: Rep. 84a, Nr. 9252, Bl. 90.

⁴ Vgl. zum Fall M. Perlich die Vorlage v. 18.8.1930 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁵ Vgl. zu den Fällen R. Grieving u. W. Haas die Vorlagen des Justizministeriums v. 8. bzw. 14.8.1930 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁶ Vgl. zum Fall des A. Rother die Vorlage des Justizministeriums v. 14.8.1930 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁷ Vgl. die Vorlage v. 30.7.1930 in: Rep. 90, Nr. 1116, n. f.; hier auch zwei Ausarbeitungen von MinR Strunden v. 23. u. 25.8. für Braun zur Sitzung. Zur Besoldung die Vorlage des Landwirtschaftsministeriums v. 23.8. in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Bd. 10, Bl. 127–127n; hier auch Bl. 128 eine Ausarbeitung von MinR Bracht zur Sitzung. Zur politischen Bedeutung: Schulze, H., Otto Braun, S. 682 f.; Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 3: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin, New York 1992, S. 213, Anm. 563.

⁸ Vgl. den als Vorlage dienenden Artikel der Deutschen Zeitung Nr. 189 v. 14.4.1930 „Das Disziplinargericht hat das Wort“, übersandt mit Anschreiben des Reichsinnenministers v. 20.8.1930 in: Rep. 84a, Nr. 3157, Bl. 190–191; hier auch Bl. 139–139v eine ausführliche Aktennotiz v. 26.8. von StS Hölscher zum Beratungsergebnis. Mit Bezug auf das Protokoll: Arndt, Die Politik der preußischen Regierung, Teil 1, S. 77; Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 178.

⁹ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 23.8.1930 in: Rep. 84a, Nr. 9222, Bl. 6–7v; hier auch Bl. 9v–10 eine Ausarbeitung von JusR Kollat v. 25.8. zur Sitzung. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 185. – Ausweislich des Registers zu den Stenographischen Berichten des Reichsrats, Jg. 1930, wurden die Durchführungsbestimmungen nicht im Plenum beraten. Erlassen als VO des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände v. 26.7.1930, RGBl. I, S. 311.

¹⁰ Vgl. die Vorlage Brauns v. 28.8.1930 in: Rep. 84a, Nr. 3692, Bl. 338.

Nr. 241 Sitzung des Staatsministeriums am 16. September 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 65–67; MF 1052. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 33, Bl. 105–107v, 228–230v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grimme. — Prot.: Corsing [U].

¹ Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–2, 4–8, 10 und 12 sowie Vorlagen zu den TOP 1–2, 4–8, 10 und 12–13 in: Rep. 90, Annex L Nr. 33.

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Grimme], Weismann, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Abegg, v. Leyden [zu 1, 6 und 10], Surén, Hog [beide zu 1], Scheche [zu 1 und 6], Frielinghaus, Melsheimer [beide zu 1], Corsing [zu 1 und 3–5], Narten [zu 2], Schütze [zu 2, 6 und 10], Strunden [zu 2, 10 und 12–16], Zimmer, Bauch [beide zu 3], Wiechmann [zu 4], F. Herrmann [zu 5], Zschintzsch, Pritsch [beide zu 6 und 10], Reschke [zu 6–9], Steinbrecher [zu 8–10], Gronemann [zu 10], Bandmann [zu 9], v. Heusinger, Bollert, Krause, E. Neumann [alle vier zu 12].

1. Nochmals zur Notverordnung des Reichspräsidenten v. 26.7.1930. Zustimmung zum Entwurf² eines preußischen Durchführungsgesetzes betr. Gemeindebier- und -getränksteuer, Bürgersteuer sowie [...] Abänderung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes. [B] — **2.** Nochmals zur Notverordnung des Reichspräsidenten v. 26.7.1930. Zustimmung zu den Entwürfen³ für eine Verordnung zur Durchführung des 5. Abschnittes betr. Verhütung unwirtschaftlicher Preisbildungen sowie zu einem vorläufigen Durchführungserlaß. [B] — **3.** Disziplinarsache.⁴ [B] — **4.–5.** Beleidigungen. Strafverfolgung in zwei Fällen.⁵[B] — **6.** Reichswahlgesetz; Beschlußfassung vertagt. — **7.** Landtag. Es besteht kein Recht des Ausschusses für die Prüfung der Haushaltsrechnungen und seines Berichterstatters, die Vorlegung von Akten von einem Minister zu verlangen.⁶ [B] — **8.** Entwurf⁷ eines Gesetzes über den Verfassungsfeiertag. Grundsätzliche Zustimmung, aber Vorlage an den Landtag erst zu einem politisch ruhigeren Zeitpunkt. [B] — **9.** 10. Jahrestag des Erlasses der Preußischen Verfassung v. 30.11.1920. Beschluß zur Durchführung von Schulfestern.⁸ [B] — **10.** Kirchenpolitik. Religiöse Betreuung von Kranken in öffentlichen Krankenanstalten. Zustimmung zum Erlaßentwurf⁹. [B] — **11.** Fünf Ernennungen. [B] — **12.** Ansiedlungspolitik. Zustimmung zum Abkommen mit dem Reich [...] zur Regelung eines einheitlichen Zwischen- und Dauerkreditwesens für die ländliche Siedlung sowie zur Beteiligung Preußens an der Deutschen Siedlungsbank.¹⁰ [B] — **(13.** Staatsministerium. Vertretung [...] auf der Reise Hindenburgs nach Aachen und Trier.¹¹ [B] — **14.** Osthilfe. Keine weitere Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes [...] auf Mecklenburg. [B] — **15.** Welfenschatz. Keine Ausstellung in den staatlichen Museen. [B] — **16.** Abschluß eines

² Vom 11.9.1930, in: Rep. 84a, Nr. 9222, Bl. 18–25v; hier auch Bl. 27–27v eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 13.9. zur Sitzung. – Am 4.9.1930 waren die Durchführungsbestimmungen über Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränksteuer und Bürgersteuer (GGBSt. DB), RGBl. I, S. 450, vom Reichsfinanzminister mit Zustimmung des Reichsrats erlassen worden.

³ Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Erlassen wurde das Gesetz zur Durchführung der Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränksteuer und Bürgersteuer sowie zur Abänderung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes. V. 28.11.1930, GS, S. 284.

⁴ Vgl. zum Fall des PolHptm. Heinrich in Köln das Gegengutachten von MinR Corsing v. 12.7.1930 in: Rep. 120, A III I Nr. 9 Bd. 12, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von ORegR Gottschick v. 15.9. zur Sitzung.

⁵ Vgl. zu den Fällen A. Lindemann, F. Kasimir u. P. Grasse die Vorlagen des Justizministeriums v. 26. bzw. 30.8.1930, in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁶ Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 30.8.1930 in: Rep. 84a, Nr. 1189, Bl. 293–295; hier auch Bl. 304 eine Referentenausarbeitung zur Staatsministerialsitzung. Das ablehnende Schreiben Brauns an den Präsidenten des Landtags v. 29.9. in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Beiakten 2l, n. f.; hier auch weiteres Material.

⁷ Vom 18.7.1930, in: Rep. 84a, Nr. 2700, Bl. 323–327v; hier auch Bl. 328–328v eine Ausarbeitung von MinR Pritsch v. 26.7. zur Sitzung.

⁸ Vgl. das Schreiben des Innenministeriums v. 30.7.1930 in: Rep. 84a, Nr. 2173, Bl. 223; hier auch weiteres Material. Der Erlaß Grimmes v. 22.10.1930, ZBl. Unterrichtsverwaltung, S. 336.

⁹ Vom 3.6.1930, in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 39 Beiakten 4p^{II}, n. f.; hier auch Voten und weiteres Material. Das Rundschreiben Hirtsiefers v. 11.10.1930 in: Rep. 120, CB I Nr. 103 Bd. 9, n. f.

¹⁰ Vgl. die Vorlagen des Finanzministers v. 10. u. 11.9.1930 in: Rep. 120, A X Nr. Nr. 51, Bl. 114–126v. Erlassen als VO über die Deutsche Siedlungsbank v. 26.9.1930, RGBl. I, S. 457, sowie als VO über die Beteiligung des Preußischen Staates bei der deutschen Siedlungsbank v. 8.10.1930, GS, S. 273. Ferner Schulze, H., Otto Braun, S. 684.

¹¹ Hindenburg weilte am 10. u. 11.10.1930 in den beiden Städten; vgl. Schultheß' 1930, S. 201.

Kaufvertrages¹² mit dem tschechoslowakischen Schuhwarenindustriellen Bata *unter Aufnahme der erforderlichen sozialpolitischen Kautelen.* [B])

¹² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden. Aus der zeitgenössischen polemischen Literatur zum Schuhkonzern vgl. z. B. Philipp, Rudolph, Der unbekannt Diktator Thomas Bata, Wien, Berlin 1928; Thomas Bata. Wort und Tat, hrsg. v. Anton Cekota, Zlin 1936.*

Sitzung des Reichskabinetts am 26. September 1930.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 455–459, Dok. Nr. 121.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Fortsetzung der Aussprache über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung. Finanzausgleich.

(1.) Sitzung des Reichskabinetts am 27. September 1930.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 459–461, Dok. Nr. 122.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Fortsetzung der Aussprache zur Vorbereitung über den Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung.

(2.) Sitzung des Reichskabinetts am 27. September 1930, 17 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 461–466, Dok. Nr. 123.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

1. *Fortsetzung der Aussprache zur Vorbereitung des Finanz- und Wirtschaftsplans der Reichsregierung. — 2.* *Entwurf einer Verordnung zur Senkung der Verkehrssteuern.*

Sitzung des Reichskabinetts und Besprechung der Reichsminister am 29. September 1930.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 466–475, Dok. Nr. 124.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

1. Fortsetzung der Aussprache zur Vorbereitung des Finanz- und Wirtschaftsplans der Reichsregierung. — (2. Unterzeichnung des Finanzhilfsabkommens in Genf.) — [3.] Geburtstag von Hindenburg. — [4.] Ernennung Treviranus. — [5.] Politische Lage.

Nr. 242 Sitzung des Staatsministeriums am 30. September 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 68–68v; MF 1052.

Anwesend: Braun, Höpker Aschoff, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Peters [für Hirtsiefer], Krüger [für Steiger], H. Staudinger [für Schreiber], v. Hagenow [RK], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, v. Leyden, Steinbrecher, Schütze, Zschintzsch, Frielinghaus, Scheche, Pritsch [alle sieben zu 1], Corsing [zu 1 und 3], Bothe, Melsheimer [beide zu 3].

1. Reichswahlgesetz; Beschlußfassung vertagt. Im Reichsrat soll der Entwurf² dilatorisch behandelt werden. [B] — 2. Drei Ernennungen. [B] — 3. Justizreform. Zustimmung.³ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 68v wurde eine Abschrift von TOP 1 an die Reichskanzlei gegeben.

² Vom 20.8.1930, StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 151; vgl. ferner ebd., Drucks. zu Nr. 151 v. 26.8.1930. Vgl. die Vorlage Waentigs v. 1.9.1930 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 43 Bd. 4, n. f.; hier auch der Entwurf sowie weiteres Material einschl. Anträge in den Reichsratsausschüssen. Referentenausarbeitungen v. 10. bzw. 12.9. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 6266, Bl. Bl. 84–87.

³ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 29.9.1930 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 341 Bd. 1, Bl. 325–326; hier auch frühere Vorlagen, die den Vermerk tragen Hat zur Staatsministerialsitzung am 30.9.30 vorgelegen, beginnend mit dem im Protokoll erwähnten Votum des Finanzministers v. 17.10.1929.

Nr. 243 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Oktober 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 69–70; MF 1052.

Anwesend: Braun, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: V. v. Hagenow [RK], Nobis, Brecht, Coßmann, Peiser, Bormann, Krüger, Hölscher, Schleusener, Loehrs, Pfeiffer, Fritzsche, Zschintzsch [zu 1–2], Hog, Weyhe, Scheche, Landfried, Wellmann, Schneller v. Leyden, [alle sieben zu 1–3], Bachmann, Surén, Bracht, Jodehl, [alle vier zu 1 und 3], Strunden [zu 1–3], Richter II [zu 2].

1. Sparprogramm² der Reichsregierung und Kürzung der Ministerialzulage. Stellungnahme erst nach Vorlage der Gesetzentwürfe im Reichsrat. In den preußischen Ressorts werden die

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 70v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Gedruckt als Anlage zur Sitzung des Reichskabinetts und der Besprechung der Reichsminister am 29.9.1930 in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 470–475, Dok. Nr. 124. Ferner Aktenvermerk v. Hagenows über den Verlauf von TOP 1 in: Ebd., S. 484–488, Dok. Nr. 128, sowie außerdem die Sitzung des Reichskabinetts am 24.10.1930, TOP 1, in: Ebd., S. 550 f., Dok. Nr. 148. Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 1.10.1930 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 120, A I 1 Nr. 57a, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 2.10. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Ausarbeitungen von Min.-Dirigent Schneller v. 30.9. u. 1.10. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 205v–209, 219, 221–224. Ausarbeitungen von MinDir. v. Leyden sowie MinR Bracht v. 1. u. 2.10.1930 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Bd. 11, Bl. 14–19. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?,

Vorbereitungen zu [...] Maßnahmen *bzw.* Gesetzentwürfe *aber* sofort in Angriff genommen. Einzelheiten, u. a. lehnen Braun und Schreiber eine Kürzung der Ministergehälter um 20 % als von der Demagogie der Gasse geprägt entschieden ab, denn die Autorität der Minister muß erhalten bleiben, während Höpker Aschoff eine Reduzierung als unabdingbar ansieht, um die Verminderung der Beamtengehälter einschließlich der Ministerialzulagen zu rechtfertigen. Für die Kommunen soll geprüft werden, wie eine von der Gemeindeverwaltung unabhängige Rechnungsprüfung eingeführt werden kann. [B] — 2. *Schulpolitik.* Bereitstellung eines Teils des Schulgeldmehraufkommens für Erziehungshilfen usw.; Entscheidung zurückgestellt. — (3. *Nochmals zu den Kaufverhandlungen mit dem tschechoslowakischen Schuhwarenindustriellen Bata. Gegen den Widerstand Schreibers Zustimmung zu einem Vertragsabschluß.* [B] — 4. *Beamtenpolitik.* Hinsichtlich der Beamten, die sich zu den Reichstagswahlen als Kandidaten der NSDAP haben aufstellen lassen, soll zunächst ein [...] schwebendes Disziplinarverfahren durchgeführt werden, in dem über die Berufung [...] noch nicht entschieden ist, sofern nicht der Reichstag [...] die Aufhebung des Verfahrens gegen sein Mitglied³ verlangt. [B])

S. 186; Schulze, H., Otto Braun, S. 648, Anm. 95. Ferner Kröker, Thomas, *Beamtenbesoldung in der Weltwirtschaftskrise 1930/31. Der Deutsche Beamtenbund und das Kabinett Brüning*, in: *Beamten syndikalismus in Frankreich, Deutschland und Italien. Le syndicalisme de fonctionnaires en France, Allemagne et Italie, Baden-Baden 1991*, S. 120 f.

³ Vermutl. Erich Hasse, *Regierungsinspektor in Buchholz (b. Visselhövede, Regierungsbezirk Stade), 1930–1932 MdR (NSDAP)*. Vgl. den Beschluß des Disziplinarhofs v. 9.3.1931 in der Berufungssache in: *Rep. 120, E I Gen. Nr. 31 Bd. 6, n. f.* Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 178.

Nr. 244 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Oktober 1930.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 69–70; MF 1052. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2383, Bl. 260; Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 56; Rep. 84a, Nr. 11954, Bl. 298; Rep. 120, CB I Nr. 103 Bd. 10, n. f.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Trendelenburg, Schnitzler, K. Meyer, Heckel.

*Evangelische Kirche. Staatsvertrag. Bedingte Zustimmung. Einzelheiten.*¹ [B]

¹ Vgl. die Vorlage v. 10.6.1930 in: *Rep. 90, Nr. 2383, Bl. 232–246, 248–259.* Eine hs. Notiz zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: *Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 55.*

Nr. 245 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Oktober 1930.

*Vollz. Reinschr.*¹ *mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 72–74v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 34², Bl. 4–8v; MF 1052.*

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme, Waentig. — Prot.: Reschke [U].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 74v wurden von den TOP 1–3 und 5–8 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1, 3, 5 und 6.

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Peiser, Abegg, Schleusener, Flatow, Thalau, Herrnstadt, Sandrock [alle fünf zu 1], v. Leyden, Zschintzsch [beide zu 1–2], Corsing [zu 1, 3 und 5–7], Merten [zu 1], Stadermann, Strunden [beide zu 2], Bank [zu 2 und 6], Stegemann [zu 3], Pfeiffer [zu 3 und 6], Krieger, Staab [beide zu 5], Weyhe, Schnitzler, Wellmann, Fimmen, Landfried, Richter II, Wüllenweber, Backhaus, Schneller, Bracht, Rathenau [alle elf zu 6], Wiechmann, Rietzsch, Schönner [alle drei zu 7].

1. Maßnahmen zur Minderung der Arbeitslosigkeit. *Verlängerung der Schulpflicht* um ein [...] Jahr bei *Schülern, die nicht höhere, mittlere oder Fachschulen besuchen und das Schulziel nicht erreicht haben.*³ — *Keine Zulassung ausländischer landwirtschaftlicher Wanderarbeiter für 1931.*⁴ [B] — **2.** Arbeitsbeschaffung durch Förderung der Landesmelioration.⁵ [B] — **3.** *Minister.* Größte Zurückhaltung in der offiziellen Teilnahme an Festlichkeiten sowie beim Eintritt in Ehrenausschüsse. *Generelle Einschränkung bei der Beteiligung von Behördenvertretern an Tagungen usw.*⁶ [B] — **4.** *Acht Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.* [B] — **5.** Aufwertungshypotheken. *Zustimmung im Reichsrat zum Entwurf*⁷ eines Gesetzes betr. die Festsetzung des Zinssatzes. [B] — **6.** *Staatshaushalt für 1931. Einzelheiten zu Kürzungen; u. a. werden der Grenzfonds [...] gestrichen, die Bauraten um 10 % vermindert sowie die Ministerialzulagen in drei Etappen gesenkt*⁸. [B] — **7.** *Nochmals zum Amnestiegesetz. In Abänderung des Beschlusses v. 3.7.1930 soll kein Einspruch im Reichsrat eingelegt werden.* [B] — **(8.)** *Nochmals zum Sparprogramm der Reichsregierung. Keine grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich einer Mitwirkung des Reichs bei der Haushaltsaufstellung der Länder, wobei die Planung für 1931 bereits abgeschlossen ist.*⁹ [B])

³ Vgl. zwei Zeitungsartikel o. D. (einer vermutl. aus dem „Vorwärts“) zu einem Beitrag des Wissenschaftsministers a. D. Otto Boehlitz in der „Nationalliberalen Korrespondenz“, in: VI. HA, NL Grimme, Nr. 1116, n. f.

⁴ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 16.10.1930 in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 100 Bd. 1, Bl. 3–6. Ein Schreiben Brauns an den Reichskanzler v. 23.10.1930 zur Frage der Schulpflicht in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f. Ferner Schulze, H., Otto Braun, S. 649 f.

⁵ Vgl. die Vorlage Steigers v. 9.10.1930 in: Rep. 84a, Nr. 1889, Bl. 277–286v; hier auch Bl. 288 eine Ausarbeitung von MinR Wagemann zur Sitzung. Ein hs. Vermerk Schreibers v. 21.10. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3y Bd. 18, Bl. 74. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 27.10.1930 in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 570 f., Dok. Nr. 151.

⁶ Vgl. die Vorlage Steigers v. 26.9.1929 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 238, Bl. 170–170v; hier auch Voten. Ferner z. B. die Bitte Schreibers v. 7.10.1930, wegen der Zusage des Justizministers betr. einer Teilnahme beim Berliner Juristenball am 15.11. angesichts der sorgenvollen Stimmung, die infolge der schwierigen Finanz- und Wirtschaftslage weiteste Kreise der Bevölkerung beherrscht, eine grundsätzliche Erörterung im Staatsministerium zu führen, in: Rep. 90, Nr. 353, n. f. Schreiben Schmidts v. 4. u. 10.10.1930 in: Rep. 84a, Nr. 2173, Bl. 239 bzw. 241. Ein allen Ministerialabteilungen zugeleiteter Runderlaß des Kultusministeriums v. 4.11. mit dem Wortlaut des Beschlusses in: Rep. 76, I Sekt. 2, Nr. 3, Bl. 428.

⁷ StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 167 v. 6.10.1930; angenommen in der Sitzung am 23.10.1930, ebd., S. 506, § 619.

⁸ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoff v. 19.10.1930 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 57a, n. f.; hier auch eine hs. Notiz Schreibers v. 21.10. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis. Eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schneller v. 20.10. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 232–233v. Eine weitere Ausarbeitung von MinR Bracht v. 20.10. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Bd. 11, Bl. 32; hier auch Bl. 34 eine ausführliche Notiz des Ministerialrats v. 21.10. zum Beratungsergebnis.

⁹ Vgl. das Schreiben des Reichsfinanzministers v. 18.10.1930 in: Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 236.

Nr. 246 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 77–78v; hs. Urschrift in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 34², Bl. 61–62; MF 1052. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 34, Bl. 59–60v.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Nobis, Badt, Goslar, Peiser, Wende, Richter II, Weichmann [alle drei zu 2], Wüllenweber, v. Rottenburg [beide zu 3], Corsing [zu 3–5], Fehse [zu 3], Bandmann, Reschke [beide zu 6].

(1. Amtseid des neu ernannten Ministers Severing und Ernennung zum Mitglied des Reichsrats.³ [B]) — 2. Errichtung neuer pädagogischer Akademien. Konfessionelle Ausrichtung, Standorte und Zeitplan bis 1936.⁴ [B] — 3. Technische Hochschule in Hannover. Einzelheiten u. a. zur Finanzierung auf Kosten der TH Berlin.⁵ – Kein Bau eines Instituts für Tierzüchtung und Haustiergenetik an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin. [B] — 4. Strafantrag.⁶ [B] — 5. Minister. Keine Genehmigung zur Zeugenaussage Brauns und Schreibers vor einem Untersuchungsausschuß des anhaltinischen Landtags.⁷ [B] — (6. Beamtenpolitik. Verhalten [...] gegenüber Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen. Beschlußfassung ausgesetzt bis zum Abschluß der Ermittlungen.⁸)

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 78v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 2–6.

³ Vgl. zu den Hintergründen der Ernennung: Albrecht, Für eine wehrhafte Demokratie, S. 292–294.

⁴ Vgl. die Vorlage v. 20.10.1930 in: Rep. 90, Nr. 1761, Bl. 115–116; hier auch Bl. 117–117a ein Votum Höpker Aschoffs v. 23.10 sowie Bl. 118–118v eine Ausarbeitung von MinR Weichmann für Braun zur Sitzung.

⁵ Vgl. die Vorlage Grimmes v. 23.10.1930 in: Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 241–244; hier auch Bl. 240v eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schneller v. 23.10. in Vorbereitung der Sitzung. Zur baulichen Entwicklung: Universität Hannover 1831–1981. Festschrift zum 150jährigen Bestehen der Universität Hannover, Bd. 1, Stuttgart u. a. 1981, S. 131 f.

⁶ Wegen Beleidigungen in dem Aufsatz „Weg mit der Diktatur in Preußen!“ der NSDAP-Wochenschrift „Schlesischer Beobachter“ v. 27.9.1930 wurde geprüft, ob eine Klage gegen Hauptschriftleiter Busch oder den Redakteur Erich Goebel erhoben werden sollte; vgl. Schreiben des Justizministeriums v. 20.10.1930 in: Rep. 90, Annex L Nr. 34, Bl. 76.

⁷ Vgl. den Antrag des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses v. 22.10.1930 in: Rep. 90, Nr. 616, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 23.10. für Braun zur Sitzung sowie die ablehnende Antwort des Ministerpräsidenten v. 1.11. Der Antrag auch in: Rep. 90, Nr. 1166, n. f. Eine hs. Notiz Schreibers v. 24.10. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 120, A XI 15 Nr. 6, n. f. Ferner die Große Anfrage Nr. 178 Haas (Köln) u. Gen. (SPD) in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 5477 v. 6.11.1930.

⁸ Seitens der Regierung wurde einzelnen Beamten vorgeworfen, im dienstlichen bzw. privaten Umgang mit dem Prinzen sich nicht nach republikanischen Grundsätzen zu verhalten. – Vgl. Vorlagen ab 10.5.1929 in: Rep. 90, Nr. 465, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 23.10. für Braun zur Sitzung. Eine Referentenausarbeitung v. 23.10.1930 für Severing zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Adhib. IX, Bl. 180–183; hier auch ein hs. Vermerk (von MinR Bandmann?) v. 24.10. zum Beratungsergebnis.

Chefbesprechung der Reichsregierung am 27. Oktober 1930.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 566–568, Dok. Nr. 150.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Abegg, Klausener, Weyhe, Bachmann, Landfried.

Regelung eines 6%igen Gehaltsabzuges – auch für Reichswehr und Polizei – im Reich und in den Ländern.

Nr. 247 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 4. November 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 79–79v, Anlage² [TOP 2a], Bl. 90–90v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 35³, Bl. 1–2; MF 1052.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: H. Staudinger [für Schreiber], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Abegg, Weichmann [zu 1 und 2b], Zschintzsch, Reschke [beide zu 2a], Bleer, Vollbach [beide zu 2b].

1. Abberufung des Staatskommissars zur Stützung des ostdeutschen Gütermarktes, [...] Rönneburg, der zur Oststelle bei der Reichskanzlei wechselt, sowie Ernennung von MinR Mussehl zum Nachfolger.⁴ [B] — **(2a.** Bezüge der Direktoren und außertariflichen Angestellten bei Staatlichen Aktiengesellschaften. Kürzung nach dem Beispiel der Preußischen Elektrizitäts- und Bergwerksgesellschaften. Einzelheiten.⁵ [B] — **2b.** Hochwasserschutz. Bereitstellung von Geldern für Nieder- und Oberschlesien.⁶ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 79v wurden von den TOP 1 und 2b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hs. als Vertraulich! (Bl. 80) gekennzeichnet.

³ Hier auch Vorlagen zu den TOP 1–2a.

⁴ Vgl. die Vorlage Steigers v. 23.10.1930 in: Rep. 90, Nr. 682, n. f. Zur Oststelle vgl. Treue, Preußens Wirtschaft, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2, S. 591.

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 31.10.1930 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Bd. 11, Bl. 167–167v; hier auch Bl. 168–170 Referentenausarbeitungen in Vorbereitung der Sitzung. Die vom Finanzminister mit Anschreiben v. 8.11. versandten Richtlinien für die Kürzung von Bezügen bei Unternehmungen, auf die der Preußische Staat Einfluß hat, in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 154 Bd. 5, Bl. 305–306v.

⁶ Vgl. das Schreiben des Innenministeriums v. 15.11.1930 betr. Bereitstellung von weiteren 80 000 RM in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 210, n. f.

Nr. 248 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 4. November 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 81–81v; MF 1052.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 79v wurden von den TOP 1 und 2b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

[1.] Fünf Ernennungen, u. a. von Grzesinski zum Berliner Polizeipräsidenten² sowie Versetzung seines Amtsvorgängers Zörgiebel [...] einstweilen in den Ruhestand. [B] — [2.] Nochmals zu Maßnahmen zur Minderung der Arbeitslosigkeit. In Abänderung des Staatsministerialbeschlusses vom 21.10. wird zwar den Vorschlägen Steigers grundsätzlich zugestimmt, hinsichtlich der Verlängerung der Schulpflicht für Volksschüler sollen aber kommissarische Verhandlungen erfolgen.³ [B]

² Vgl. zu den Hintergründen: Albrecht, Für eine wehrhafte Demokratie, S. 292–294. Mit Bezug auf das Protokoll: Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 945.

³ Vgl. ein Schreiben Grimmes v. 27.10.1930 sowie die Entgegnung Schreibers v. 30.10. und dessen Antrag, die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, in: Rep. 84a, Nr. 4517, Bl. 3–6. Eine Niederschrift über kommissarische Verhandlungen am 22.11.1930 in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 100 Bd. 1, Bl. 52–55.

Nr. 249 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 87–88v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 35², Bl. 66–69; MF 1052/1053.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Dietrich [RFinMinr., zu 2–5], Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Goslar, Peiser, Schleusener, Zimmer [zu 1], Corsing [zu 1–2 und 5], Hog [zu 2–4], Scheche, Wellmann [beide zu 2–4], Brand [zu 2], v. Leyden, Surén, Zschintzsch, Frielinghaus [alle vier zu 2–5], Melsheimer [zu 2–4], v. Heusinger, Lehmann, Bergbohm, Strunden, Meyer (Solingen) [alle fünf zu 3–4], Becker (FinMinm.), Brandt, Bachmann [alle drei zu 5].

1. Disziplinarsache.³ [B] — 2. Steuersenkung. Entwurf⁴ eines Reichsgesetzes über die Senkung der Realsteuern. Bedingte Zustimmung im Reichsrat gegen den Widerspruch Hirtsiefers. Einzelheiten, u. a. Forderung nach einer geringeren Kürzung des Wohnungsbauanteils der Hauszinssteuer sowie einer Senkung von Gewerbesteuern und ländlichen Grundvermögenssteuern nur bei den Gemeinden mit überdurchschnittlichen Hebesätzen. [B] — 3. Wohnungspolitik. Ablehnung

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 88v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 2–3 und 5.

³ Vgl. zum Fall des PolHptm. F. Pioske in Berlin die Sachdarstellung und das Gutachten im Disziplinarverfahren in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 12, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von ORegR Gottschick v. 10.11. zur Sitzung.

⁴ StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 177 und zu Nr. 177 v. 3./4.11.1930; angenommen in der Sitzung am 20.11.1930, ebd., S. 562–564, § 673. Hier auch als Anlage 6, S. 583–587, die beschlossene Fassung. Eine von Weismann vorgetragene Erklärung Preußens ebd., S. 563. Erlassen als Teil 4, Kap. I der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen v. 1.12.1930, RGBl. I, S. 517. Vgl. die Vorlagen Höpker Aschoffs v. 6.11.1930 in: Rep. 151, II Nr. 1045, Bl. 25–45; hier auch Voten und Reichsratsanträge sowie Bl. 57–58 eine Ausarbeitung von MinDir. Hog bzw. MinR Scheche für den Minister zur Sitzung. Ausarbeitungen von LGR Melsheimer v. 8. u. 10.11.1930 zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 9223, Bl. 24–24v, 33. Ferner zu diesem und den folgenden TOP die Sitzung des Reichskabinetts und die Ministerbesprechung am 24.11.1930, TOP 6, in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 645–647, Dok. Nr. 173. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 187. Zur Hauszinssteuer vgl. Ruck, Michael, Der Wohnungsbau – Schnittpunkt von Sozial- und Wirtschaftspolitik. Probleme der öffentlichen Wohnungspolitik in der Hauszinssteuerära (1924/25–1930/31), in: Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, hrsg. v. Werner Abelshausen, Stuttgart 1987, S. 105 f.

eines Änderungsantrages der Reichsregierung im Reichsrat zum Entwurf⁵ eines Gesetzes über Maßnahmen zur Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln beförderten Kleinwohnungsbaues. [B] — **4. Wohnungspolitik. Zustimmung zum Entwurf⁶ eines Gesetzes über den weiteren Abbau und die Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft im Reichsrat gegen den Widerspruch Hirtsiefers.** [B] — **5. Tabaksteuer. Bedingte Zustimmung zum Entwurf⁷ eines Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes.** [B]

⁵ *StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 128 v. 3.7.1930; angenommen in der Sitzung am 20.11.1930, ebd., S. 564, § 674. Hier auch als Anlage 7, S. 588, die beschlossene Fassung. Vgl. die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums v. 9.11.1930 in: Rep. 120, A I I Nr. 179 Bd. 4, n. f.*

⁶ *StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 175 v. 1.11.1930; angenommen in der Sitzung am 20.11.1930, ebd., S. 564, § 675. Vgl. die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums v. 9.11.1930 in: Rep. 120, A I I Nr. 179 Bd. 4, n. f.*

⁷ *StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 178 v. 5.11.1930; angenommen in der Sitzung am 20.11.1930, ebd., S. 560–562, § 672. Hier auch als Anlage 5, S. 579–582, die beschlossene Fassung. Vgl. die Vorlage des Innenministers v. 8.11.1930 in: Rep. 90, Nr. 1515, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 10.11. für Braun zur Sitzung. Eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 10.11. in Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 8957, Bl. 135v.*

Nr. 250 Sitzung des Staatsministeriums am 12. November 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 89–90v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 35², Bl. 77–78v, 82–83; MF 1053.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Kern, Schleusener, Landfried [zu 1–2 und 4], Bachmann [zu 1 und 4], Frielinghaus [zu 1], Corsing [zu 1–2 und 4–5], Lingens [zu 1 und 4], Klausener [zu 2 und 4], Kerstiens, Kempner [beide zu 2].

1. Reichshaushalt für 1931. Einzelheiten zu Anträgen in den Ausschüssen des Reichsrats, u. a. zur Umorganisation der Krisenfürsorge sowie zur Westgrenzhilfe³. Ferner sind zwar die Bedenken, die gegen den Bau eines neuen Panzerschiffes sprechen, zur Sprache zu bringen, aber seine Streichung nicht zu beantragen⁴; zu beantragen ist aber eine besondere Vorlage eines Programms für Neubauten und dessen Sonderberatung und Beschlußfassung außerhalb der Haushaltsverhandlungen. [B] — **2. Polizeiverwaltungsgesetz. Überweisung des Entwurfs⁵ an den Staatsrat zur Begutachtung und dann an den Landtag.** [B] — **3. Nochmals zur Errichtung pädagogischer Akademien. Die für 1931 geplanten Objekte.⁶** [B] — **4. Beamtenpolitik.** Verhandlungen mit der Reichsregierung über eine Heraufsetzung der Dienstaltersgrenzen für Polizei- und Landjägereioffiziere; vertagt. — **5. Beleidigung. Prüfung der Strafverfolgung.⁷** [B]

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 91 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–5 sowie Vorlagen zu den TOP 1–5.*

³ *Vgl. die Vorlage Severings v. 6.11.1930 in: Rep. 90, Nr. 1128, n. f.; auch in Rep. 90, Nr. 1411, n. f.; hier ebenfalls zahlreiche Reichsratsanträge. Eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schneller v. 10.11. zur Vorbereitung der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 6297, Bl. 137–139.*

⁴ *Der Nebensatz wurde hs. ergänzt.*

⁵ *Vom 7.11.1930, in: Rep. 84a, Nr. 3741, Bl. 239–251v; hier auch Bl. 252–256 Referentenausarbeitungen für Schmidt zur Sitzung sowie Voten und weiteres Material. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 5933 v. 22.1.1931 mit dem Vermerk, daß das Gutachten des Staatsrates berücksichtigt worden sei.*

⁶ *Lt. Aktennotiz gab es keine Vorlagen, sondern der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund eines Vortrages von Grimme behandelt; vgl. Rep. 90, Nr. 1761, Bl. 127.*

⁷ *Zum Fall des H. Schoepe vgl. die Vorlage des Justizministeriums v. 4.11.1930 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.*

Nr. 251 Sitzung des Staatsministeriums am 25. November 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 93–94v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 35², Bl. 155–157; MF 1053.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: H. Staudinger [für Schreiber], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Peiser, Kern, Schleusener, Steinbrecher, Schütze, Pritsch [alle drei zu 1], Reschke [zu 1, 5 und 7], Kerstiens, Rietzsch [beide zu 2], Corsing [zu 2–3, 6 und 8–9], Brand, Wuermeling [beide zu 3], Bürger, Preuß [beide zu 6], Pfeiffer [zu 7], Trendelenburg [zu 8], Krieger, Staab, Gotschick [alle drei zu 9].

1. Nochmals zum Entwurf eines Reichswahlgesetzes. Bedingte Zustimmung im Reichsrat.³ [B] —
2. Rechtsbereinigung. Zustimmung zum Entwurf⁴ eines Gesetzes zur Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze, das nach der Begutachtung durch den Staatsrat dem Landtag zuzuleiten ist. [B] —
3. Landtag. Bei Bestätigung des Beschlusses v. 8.7.1930 betr. der grundsätzlichen Verweigerung einer Genehmigung für Staatsbeamte zur Aussage vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen wird aber für die Nachprüfung der Personalpolitik im Preußischen Statistischen Landesamt von Fall zu Fall eine Vernehmung zugelassen.⁵ [B] —
4. Urheberrecht; Gesetzentwurf⁶ über die vorläufige Verlängerung der [...] Schutzfrist; abgesetzt. —
5. Verleihung einer silbernen Staatsmedaille an Adolf Damaschke [...] wegen seiner Verdienste um die deutsche Sozialpolitik. [B] —
6. Auflösung der Strafanstalt in Sonnenburg (Neumark).⁷ [B] —
7. Behörden. Dienstzeit zum Jahresende.⁸ [B] —
8. Ernennung und Abberufung. [B] —
9. Aufwertungshypotheken. Nochmals zur Festsetzung des Zinssatzes. [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 94v wurden von den TOP 1–7 und 9 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4 und 6–7 sowie Vorlagen zu den TOP 1–7.

³ In der Sitzung am 19.2.1931, StenBerReichsR, Jg. 1931, S. 43–44, § 96; die beschlossene Fassung als Anlage, S. 45–72. Die Vorlage Severings v. 12.11.1930 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 84a, Nr. 6266, Bl. 202–207v.

⁴ Vom 10.11.1930, in: Rep. 90, Nr. 1808, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 22.11. für Braun zur Sitzung. Ein Referentenentwurf zum Gesetz v. 26.8.1930 in: Rep. 87, Nr. 7631, Bl. 14–50. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 5932 v. 23.1.1931 mit dem Vermerk, daß das Gutachten des Staatsrates berücksichtigt wurde.

⁵ Vgl. den Antrag des Ausschußvorsitzenden MdL Steinhoff v. 20.11.1930 in: Rep. 90, Nr. 616, n. f.

⁶ StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 180 v. 6.11.1930; in der Sitzung am 27.11.1930 abgelehnt, ebd., S. 592, § 693.

⁷ Vgl. den Bericht des Justizministeriums v. 23.9.1930, in dem die alsbaldige Auflösung der Strafanstalt angeregt wird, da die Versorgung mit hygienisch einwandfreiem Wasser nicht gewährleistet sei, in: Rep. 84a, Nr. 50552, Bl. 202–202². Eine Referentenausarbeitung v. 24.11.1930 zur Sitzung in: Rep. 120, A I I Nr. 102, n. f.

⁸ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 15.11.1930 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 257 Bd. 2, Bl. 100; hier auch Bl. 101 eine Ausarbeitung von ORegR Hoch v. 22.11. zur Sitzung. Es erging der Runderlaß betr. Sonntagsarbeit am 27.12.1930, Preußisches Besoldungsblatt, S. 161.

Nr. 252 Sitzung des Staatsministeriums am 26. November 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 95–95v; hs. Urschrift in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 35², Bl. 356; MF 1053.

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 95v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Vorlagen zu den TOP.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Grimme], Joël [für die Reichsregierung], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Gottschick, Krieger, Staab, Bandmann, Abramowitz, Corsing [alle sechs zu 1].

1. Aufwertungshypotheken. *Nochmals zur Festsetzung des Zinssatzes im Rahmen einer vorgesehenen zweiten Durchführungsverordnung³ zum Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken. Instruierung der Mitglieder des Reichsrats.* [B] — **2.** Keine Bekanntmachung⁴ zum 10. Jahrestag der Einführung der Preußischen Verfassung am 30. November. [B]

³ StenBerReichsR, Jg. 1930, Drucks. Nr. 187 v. 24.11.1930, in der Sitzung am 2.12.1930 gegen den Antrag Preußens angenommen, ebd., S. 597, § 704 – hier auch der von StS Weismann vorgetragene Antrag mit Begründung.

⁴ Vgl. den Entwurf v. 26.11.1930 in: Rep. 84a, Nr. 2173, Bl. 245–247.

Nr. 253 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Dezember 1930.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 96–96v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 36², Bl. 1–2; MF 1053.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Weyhe, König, Gottschick, v. Leyden, Bachmann, Krücke, Stalman, Reichau, Goldschmidt, Reschke, Legler [alle zwölf zu 1], Hesse, Corsing [beide zu 2].

1. Beamtenbesoldung. *Die in der Notverordnung des Reichspräsidenten [...] vorgeschriebene Kürzung [...] ist unmittelbar nach der Beschlußfassung des Reichstages über die Anträge³ wegen Aufhebung der Verordnung mittels einer preußischen Verordnung durchzusetzen. Einzelheiten.* [B] — **2.** Grundbücher. Entwurf⁴ eines preußischen Ausführungsgesetzes zu § 22 des Reichsgesetzes über die Bereinigung der Grundbücher. *Zustimmung und Weiterleitung an den Landtag nach Begutachtung durch den Staatsrat.* [B] — **3.** Ernennung; abgesetzt.⁵

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 95v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–3 sowie Vorlagen zu den TOP 1–3.

³ Stoecker u. Gen. (KPD), Frick u. Gen. (NSDAP) und Hugenberg u. Gen. (DNVP) v. 1. u. 2.12.1930, StenBerRT, Bd. 448, Drucks. Nr. 326, 328 u. 336. In der Sitzung am 6.12.1930 abgelehnt, ebd., Bd. 444, S. 432. Die Vorlage Höpker Aschoffs v. 3.12.1930 in: Rep. 90, Nr. 759, n. f. Ein Entwurf v. 8.12. der preußischen Verordnung in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Bd. 11, Bl. 69–71v. Mehrere Referentenausarbeitungen sowie Notizen über kommissarische Beratungen in Vorbereitung der Staatsministerialsitzung in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Bd. 10, Bl. 240–249; hier auch Voten.

⁴ Vom 28.11.1930, in: Rep. 84a, Nr. 834, Bl. 96–109v; hier auch Vormaterial, beginnend Bl. 50–50v mit dem ersten hs. Referentenentwurf. Ferner ebd., Bl. 111–112v eine Referentenausarbeitung in Vorbereitung der Sitzung.

⁵ Vgl. den Schriftwechsel um die Wiederbesetzung der Stelle des Präsidenten der Klosterkammer Hannover, beginnend mit dem Antrag Grimmes v. 7.11.1930, MinR Stalman damit zu beauftragen, in: Rep. 90, 1018, n. f.

Nr. 254 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1930.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 179, Bl. 98–100; *hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 36*², Bl. 98–100; MF 1053.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber [bis 16.20 Uhr], Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Römhild [für Schreiner ab 16.20 Uhr], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Deutschbein [zu 1], Zimmer [zu 2], Corsing [zu 2, 4 und 6], Wellmann, Pfeiffer [beide zu 4], Frosch, Flatow, Gottschick, Legler [alle vier zu 5], Hog, v. Heusinger, v. Leyden, Surén, Frielinghaus, Hellich, Bergbohm, Meyer (Solingen) [alle acht zu 6], Schindler [zu 7].

(1. Ladenschluß. *Im Reichsrat sind Bedenken gegen ein Inkrafttreten des vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurfs*³ zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß am 24. Dezember wegen der Auswirkungen auf das Weihnachtsfest vorzubringen, *Einsprüche aber weder zu stellen noch zu unterstützen.* [B] — 2. *Disziplinarsache.*⁴ [B] — 3. *Sechs Ernennungen.* [B] — 4. *Staatshaushalt für 1931. Einzelheiten zur Behandlung außerplanmäßiger Einnahmen bzw. Ausgaben.*⁵ [B] — 5. *Staatsarbeiter. Entsprechend den Regelungen zur Kürzung der Beamtenbesoldung sind auch den Lohnempfängern alle Preußischen Lohntarife zu kündigen, jedoch nicht vor entsprechenden Regelungen der Reichsverwaltung.*⁶ [B] — 6. *Die Gesetzentwürfe betr. Novellen zum Grundvermögenssteuergesetz*⁷, zur Hauszinssteuerverordnung⁸ sowie zur Regelung der Gewerbesteuer für [...] 1931⁹ sind nach Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu bringen. [B] — (7a. *Nochmals zu den ausländischen Landarbeitern, die im Ergebnis einer Abstimmung mit dem Reich 1931 allein für Zwecke des Zuckerrübenbaues und in den Folgejahren überhaupt nicht mehr*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 100 wurden von den TOP 1–2 und 4–7b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 5 und 6–7a sowie Vorlagen zu den TOP 1, 4 und 6.

³ *StenBerRT*, Bd. 448, Drucks. Nr. 301 v. 26.11.1930 sowie ebd., Bd. 449, Drucks. Nr. 512 v. 10.12.1930. In der Sitzung des Reichsrats am 18.12.1930 abgelehnt und mit einer Entschließung an den Reichstag zurückverwiesen; *StenBerReichsR*, Jg. 1930, S. 606, § 725.

⁴ Vgl. zum Fall des PolHptm. Flashar in Berlin-Karlshorst das Gegengutachten von MinR Corsing v. 3.12.1930 in: *Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 12, n. f.*

⁵ Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 11.12.1930 in: *Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 262–262v*; hier auch Bl. 264–264v eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schneller v. 13.12. in Vorbereitung der Sitzung. Mit Bezug auf das Protokoll: *Ehni, Bollwerk Preußen?*, S. 188.

⁶ Vgl. das Einladungsschreiben (Schnellbrief) sowie Aufzeichnungen zu einer Beratung aller Ressorts im Finanzministerium am 8.12.1930 in: *Rep. 87, B Nr. 355, n. f.*

⁷ Vgl. den Entwurf v. 13.12.1930 in: *Rep. 84a, Nr. 8716, Bl. 70–70bv*; hier auch Bl. 70cv eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 15.12. in Vorbereitung der Sitzung. Dem Landtag vorgelegt als *StenBerLT*, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 5929 v. 23.1.1931 mit dem Hinweis, daß das Gutachten des Staatsrats berücksichtigt worden sei.

⁸ Vgl. den Entwurf v. 13./15.12.1930 in: *Rep. 84a, Nr. 9206, Bl. 60–66*. Dem Landtag vorgelegt als *StenBerLT*, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 5930 v. 23.1.1931 mit dem Hinweis, daß das Gutachten des Staatsrats berücksichtigt worden sei. Ferner eine Aufzeichnung v. 13.12.1930 über eine Vorbesprechung im Finanzministerium am 12.12. zu den Gesetzentwürfen in: *Rep. 120, C V Nr. 6 Bd. 21, n. f.*

⁹ Vgl. den Entwurf v. 13./15.12.1930 in: *Rep. 151, II Nr. 1045, Bl. 147–153*. Entwurfsfassungen in: *Rep. 151, II Nr. 2559, n. f.* Dem Landtag vorgelegt als *StenBerLT*, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 5931 v. 23.1.1931 mit dem Hinweis, daß das Gutachten des Staatsrats in der Fassung berücksichtigt worden sei.

zugelassen werden.¹⁰ [B] — **7b. Reichsgründungsfeier am 18.1.1931. Im Reichskabinett¹¹ sind Bedenken zum Ausdruck zu bringen. [B]**

¹⁰ Vgl. die Sitzung des Reichskabinetts am 9.12.1930, TOP 7, in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 698 f., Dok. Nr. 190.

¹¹ Vgl. mit Bezug auf die Staatsministerialsitzung die Besprechung der Reichsminister am 17.12.1930, TOP 1, in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 743–745, Dok. Nr. 203.

Nr. 255 Ministerbesprechung am 19. Dezember 1930.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 179, Bl. 101; MF 1053.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

Nochmals zur Reichsgründungsfeier am 18.1.1931. Anweisung zur Beflaggung.¹ [B]

¹ Vgl. den Runderlaß des Handelsministers v. 7.1.1931 an die nachgeordneten Behörden in: Rep. 120, BB XV Nr. 20, Bl. 77.

(1.) Sitzung des Reichskabinetts am 21. Januar 1931, 16.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 794–796, Dok. Nr. 222.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Abegg, Weichmann.

1. Tarifstreit mit Angestelltenorganisationen. — 2. Entwürfe der Gesetze a) über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens; b) zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung.

Nr. 256 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Januar 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 1–2v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 37², Bl. 1–2, 6; MF 1053.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber [nicht am Anfang], Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], H. Staudinger [für den zunächst verhinderten Schreiber], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, Krüger, Wagemann, Gottschick

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 2v wurden von den TOP 1–3 und 5–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–3 und 5 sowie Vorlagen zu den TOP 1–3.

[beide zu 1], Corsing [zu 1–2 und 5], Kügler, Scholtz, Borchardt, Sandrock [alle vier zu 2], v. Leyden [zu 2–3 und 6], Zschintzsch [zu 2], Strunden [zu 3 und 6].

1. Aufwertung. Zustimmung zum Entwurf³ eines Gesetzes über die Aufwertung der dem Lande Preußen obliegenden privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu nicht wiederkehrenden verzinlichen Leistungen, der nach Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu bringen ist. [B] — 2. Arbeitsbeschaffung. Aufhebung des Beschlusses vom 8.4.1930 betr. Zustimmung zu dem Plane der Reichsregierung hinsichtlich einer finanztechnischen Neuregelung für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge. Ferner soll die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten aufgelöst werden.⁴ [B] — 3.–4. Drei Ernennungen.⁵ [B] — 5. Landtag. Keine Aussagegenehmigung für Braun, [...] Schmidt, [...] Grzesinski und andere Beamte vor dem 23. Untersuchungsausschuß betr. das Volksbegehren.⁶ [B] — (6. Osthilfegesetz. Instruierung der Kommissare für die Beratungen mit der Reichsregierung. Einzelheiten.⁷ [B])

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 6950 v. 26.3.1931 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwände erhoben habe.

⁴ Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 17.1.1931 sowie ein Informationsmaterial zur Deutschen Gesellschaft, das mit Begleitschreiben v. 27.1. übersandt worden war, in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3y Beiheft 4, Bl. 71–71v sowie Bl. 74–85v; hier auch Bl. 72 ein Aktenvermerk v. 24.1. über eine mögliche Stellungnahme seitens des Handelsministeriums im Staatsministerium sowie Bl. 73 eine Notiz zum tatsächlichen Abstimmungsverhalten auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schneller v. 22.1. zur der Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 6297, Bl. 149v.

⁵ Vgl. zur Ernennung des Bürgermeisters von Solingen, RegDir. Brisch, für eine Amtszeit von 12 Jahren, nachdem zweimal der KPD-Sekretär Hermann Weber gewählt worden war, die Vorlage Severings v. 17.1.1930 in: Rep. 84a, Nr. 4453, Bl. 42–46v; hier auch Ausarbeitungen für Schmidt zur Sitzung.

⁶ Vgl. eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 26.1.1931 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 616, n. f.; hier auch das Antwortschreiben des Ministerpräsidenten v. 31.1.

⁷ Vgl. verschiedene Materialien für die Kommissare in: Rep. 87, B Nr. 19460, n. f. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 31.1.1931 sowie die Chefbesprechung am 13.2.1931 in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 833–838, 863–865, Dok. Nr. 233 bzw. 241.

Nr. 256a Ministerberatung am 5. Februar 1931¹.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 87–88; MF-Suppl. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 11954, Bl. 320–321; Rep. 120, CB I Nr. 103 Bd. 10, n. f.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Trendelenburg, W. Richter, Schnitzler, K. Meyer, Heckel.

Evangelische Kirche. Staatsvertrag. Bedingte Zustimmung zur Vorlage² Grimmes. Einzelheiten. [B]

¹ Die Einladung erfolgte in den Ministersaal des Landtages; vgl. Rep. 84a, Nr. 11954, Bl. 319.

² Vom 3.2.1931, in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 67–86.

Nr. 257 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Februar 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 3–4v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 37², Bl. 58–59, 62; MF 1053.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Pünder [RK], Lammers [für Grimme], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Peiser, König, Richter I [beide zu 1], Gottschick [zu 1 und 5], Legler [zu 1], Reschke [zu 2–3 und 5], v. Leyden, Zschintzsch [beide zu 3 und 6], Arens, Krücke [beide zu 5], Weichmann [zu 6].

1. Landtag. Keine Auskunftserteilung seitens der Regierung zu Nebeneinnahmen von Beamten und Volksschullehrern. [B] — 2. Beamtenlaufbahn. Einzelfall.³ [B] — 3. Staatsministerium. Übertragung der in der Geschäftsordnung v. 16.12.1921⁴ aufgeführten Genehmigung von Anträgen kreisangehöriger Städte, Ämter und Landgemeinden auf Führung von Wappen und Führung eigener Flaggen vom Staatsministerium auf den Innenminister. [B] — 4. Zwei Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 5. Abwälzung der Gewerbesteuer durch die Rechtsanwälte. [B] — 6. Kommunal финанzen. Belastung [...] durch Reich und Staat. Severing wird ein Ersuchen an alle Gemeinden und Gemeindeverbände richten.⁵ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 4v wurden von den TOP 1–3 und 5–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium sowie Vorlagen zu den TOP 1–3 und 5–6.

³ Vgl. zum Fall von MinR Meyer die Ausarbeitung von MinR Reschke v. 9.2.1931 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 899, n. f.

⁴ Rep. 90, Nr. 396, n. f. – Die Vorlage Brauns v. 4.2.1931 sowie ein Votum Severings v. 9.2. in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 7–8; hier auch Bl. 9–9v eine Ausarbeitung von MinR Scheche v. 9.2. zur Sitzung.

⁵ Vgl. die Vorlage Severings v. 29.1.1931 in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 35 Bd. 5, n. f.; hier auch eine Referenten- ausarbeitung v. 9.2. zur Sitzung sowie das in Aussicht gestellte Schreiben des Innenministers, das am 25.2. erging.

Sitzung des Reichskabinetts am 14. Februar 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 866–868, Dok. Nr. 242.

Anwesend: für Preußen Hirtsiefer, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Becker, Weichmann.

Entwürfe von Gesetzen, a) über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens; b) zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung; c) über die Abwicklung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für deutsche Industrieobligationen.

Nr. 258 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1931¹.

*Vollz. Reinschr.*² mit *hs. Korrekturen*, Bd. 180, Bl. 5–7; *hs. Urschrift* sowie *Protokollnotizen* in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 37*³, Bl. 103–106; *MF 1053*.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Kern, Zimmer [zu 1], Corsing [zu 1 und 7], Richter II [zu 2 und 6], v. Leyden [zu 2 und 6], Zschintzsch, Hubrich [beide zu 2], Weichmann [zu 2 und 5–6], Wellmann [zu 2], F. Ernst [zu 4 und 6], Kayser [zu 4], Rathenau [zu 5–6], Bollert, Vollbach, Lauffer, Leeser [alle vier zu 6], Bachmann [zu 7].

1. Zwei Disziplinarsachen.⁴ [B] — **2. Staatshaushalt.** Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens sowie geschäftliche und taktische Behandlung des Gesamtsparmprogramms der Staatsregierung.⁵ [B] — **3. Zwei Versetzungen** in den einstweiligen Ruhestand sowie zwei Ernennungen. [B] — **4. Preußische Staatsbank – Seehandlung.** Ernennung von zwei zusätzlichen Beiratsmitgliedern.⁶ [B] — **5. Oberschlesien.** Durchführung von Feiern anlässlich der zehnten Wiederkehr des Abstimmungstages.⁷ [B] — **6. Entwürfe**⁸ eines Osthilfegesetzes, eines Gesetzes zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und eines Aufbringungsabbaugesetzes. *Notwendigkeit weiterer Beratung der Ressorts.* [B] — **7. Reichshaushalt** für 1931. *Ergänzungsgesetz.*⁹ *Instruierung der Reichsratsmitglieder. Einzelheiten, u. a. zu den Polizeikostenzuschüssen sowie den Fürsorgestellten.* [B]

¹ *Lt. Tagesordnung* wurde in den Ministersaal des Landtages eingeladen; *Rep. 90, Annex L Nr. 37, Bl. 107*.

² *Lt. Aktenvermerk Bl. 7* wurden von den TOP 1–2 und 4–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

³ Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 2–6 und 7 sowie Vorlagen zu den TOP 2–6.

⁴ *Vgl. zum Fall von LandR i. e. R. M. Vogl ein Auszug aus der Sachdarstellung sowie dem Gutachten im Disziplinarverfahren, vorgelegt vom Ministerpräsidenten (i. A. Nobis) mit Anschreiben v. 30.12.1930, in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 12, n. f.*

⁵ *Vgl. die Vorlage Grimmes v. 21.2.1931 zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 76, Ila Sekt. 53 Gen. Nr. 22 Bd. 10, n. f.; auch in: Rep. 120, A I 1 Nr. 57a, n. f.*

⁶ *Vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 23.12.1930 mit den Namen der Kandidaten in: Rep. 120, A X Nr. 8 Bd. 11, n. f.; hier auch Voten sowie eine hs. Notiz Schreibers v. 24.1. auf einem Auszug aus der Tagesordnung zum Beratungsergebnis.*

⁷ *Vgl. die Anordnung Grimmes v. 27.2.1931 betr. Gedenkstunden in den Schulen, ZBl. Unterrichtsverwaltung, S. 75. Eine Anordnung Schreibers v. 12.3. betr. Gedenkstunden in Fach- und Berufsschulen in: Rep. 120, E I Gen. Nr. 57 Bd. 3, n. f. Vgl. ferner die Chefbesprechung der Reichsregierung mit Vertretern Preußens am 7.3.1931 in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, 1.3.1931–10.10.1931, Boppard a. Rh. 1982, S. 929–931, Dok. Nr. 256.*

⁸ *StenBerReichsR, Jg. 1931, Drucks. Nr. 26 u. Drucks. zu Nr. 26 v. 18./24.2.1931. Vgl. die Sitzung des Reichskabinetts am 14.2.1931 in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. 866–868, Dok. Nr. 242.*

⁹ *StenBerReichsR, Jg. 1931, Drucks. Nr. 24 v. 18.2.1931; beschlossen in der Sitzung am 26.2.1931, ebd., S. 76–78, § 107 mit dem Abdruck geänderter Passagen. Lt. Vermerk auf einem Auszug aus der Tagesordnung gab es keine Vorlage, sondern MinDir. Brecht sollte Vortrag halten; Rep. 90, Nr. 1411, n. f. Eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schneller v. 24.2. zur Staatsministerialsitzung in: Rep. 84a, Nr. 6297, Bl. 152v.*

Nr. 258a (2.) Ministerbesprechung am 24. Februar 1931.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 90; MF-Suppl. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 11954, Bl. 323; Rep. 120, CB I Nr. 103 Bd. 10, n. f.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

Evangelische Kirche. Staatsvertrag. Einzelheiten.¹ [B]

¹ Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, *Das preußische Zentrum*, S. 201.

Nr. 259 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 3. März 1931¹.

Vollz. Reinschr.² mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 8–11v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 38³, Bl. 3–3v; MF 1053. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1667, Bl. 291–294v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], v. Hagenow [RK], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Cofmann, Goslar, Hardeck, Rathenau, Storck, Bleek, Krieger, Richter II, Lauffer, F. Ernst, Neufeld, Bollert, Vollbach, Weichmann [alle elf zu 1].

1. Nochmals zur Osthilfe. Einzelheiten zur Beratung und Beschlußfassung im Reichsrat betr. die Entwürfe a) des Osthilfegesetzes; b) des Gesetzes zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, sowie c) des Aufbringungsabbaugesetzes.⁴ [B] — 2. Zwei Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.⁵ [B]

¹ Lt. Tagesordnung wurde in den Ministersaal des Landtages eingeladen; Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 1.

² Lt. Aktenvermerk Bl. 11v wurde von TOP 1 eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

³ Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium und Vorlagen zu TOP 1.

⁴ Lt. Ausarbeitung von MinR Weichmann v. 23.2.1931 gab es keine preußische Vorlage; eine Begründung sollte mündlich erfolgen, wenn erforderlich (Rep. 90, Annex L Nr. 38, Bl. 6). Die Reichsratsdrucksache Nr. 26, StenBerReichsR, Jg. 1931, wurde in der Sitzung am 9.3.1931 angenommen, ebd., S. 91–94, § 121 – hier auch S. 97–107 als Anlage 1–3 die beschlossenen Fassungen.

⁵ Zur Versetzung des Harburger Landrats H. v. Hoffmann in den einstweiligen Ruhestand sowie zur Ernennung seines Nachfolgers Heinrich Graf v. Bernstorff vgl. Stegmann, Dirk, *Eliten zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“: Landräte 1918–1945*, in: *Der Landkreis Harburg 1918–1949. Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur*, Hamburg 1994, S. 347 f.

Nr. 259a (2.) Ministerbesprechung am 3. März 1931.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 91; MF-Suppl. — Weitere Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 11954, Bl. 324; Rep. 120, CB I Nr. 103 Bd. 10, n. f.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Weismann.

*Evangelische Kirche. Staatsvertrag. Bericht Grimmes über die Verhandlungen mit den Kirchenbehörden. Einzelheiten.*¹ [B]

¹ Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, *Das preußische Zentrum*, S. 202.

Besprechung der Reichsminister am 9. März 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, 1.3.1931–10.10.1931, bearb. v. Tilman Koops, Boppard a. Rh. 1982, S. 932–934, Dok. Nr. 257.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Klausener, Schöner.

Entwurf einer Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Nr. 260 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 10. März 1931.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 12–13v; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 38*², Bl. 34–35; MF 1053.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Harteck, Narten [zu 1], Strunden [zu 1–2], Wellmann, Landfried, Richter I, Höhne, Bachmann, Reichau, Backhaus, Laspeyres, Walter Richter, Corsing, Pfeiffer, Legler, Finger, Weyhe [alle 14 zu 3].

1. Zoll. Bedingte Zustimmung zum Entwurf³ eines Gesetzes über Zolländerungen im Reichsrat. Einzelheiten. [B] — **2.** Änderungen des Brotgesetzes aufgrund des Reichstagsbeschlusses⁴. Kein Einspruch im Reichsrat. Falls andere Länder einen stellen, ist eine neue Beschlußfassung des Staatsministeriums herbeizuführen. [B] — **3.** Kürzungen im Staatshaushaltsplan 1931. Einzelheiten, u. a. keine Aufhebung, aber Minderung der Notstandsbeihilfen.⁵ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 14v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium und Vorlagen zu den TOP 1–2.

³ *StenBerReichsR*, Jg. 1931, Drucks. Nr. 33 v. 28.2.1931; beschlossen in der Sitzung am 13.3.1931, ebd., S. 117, § 146. Vgl. den Antrag Schreibers v. 5.3.1931, den Gesetzentwurf auf die Tagesordnung des Staatsministeriums zu setzen, in: *Rep. 120, C VII 1 Nr. 87 Bd. 1, n. f.*; hier auch eine Referentenausarbeitung v. 11.3. zur Sitzung sowie eine hs. Notiz des Handelsministers zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung.

⁴ Auf der Basis der Anträge Breitscheid u. Gen. (SPD) sowie Drewitz u. Gen. (Wirtschaftspartei), *StenBerRT*, Bd. 449, Drucks. Nr. 408 u. 478 v. 5. u. 9.12.1930, nahm der Reichstag den Ausschußbericht v. 13.12.1931, ebd., Drucks. Nr. 619, an. In der Reichsratssitzung am 27.3.1931 wurde die Begründung eines Einspruchs angenommen; *StenBerReichsR*, Jg. 1931, S. 132, § 174. Die Vorlage Steigers v. 10.3.1931 in: *Rep. 120, C VIII 1 Nr. 5 Bd. 16, Bl. 167–168*; hier auch Bl. 177 eine hs. Notiz Schreibers v. 10.3. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung.

⁵ Eine Stellungnahme Grimmes v. 10.3.1931 in: *Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen Nr. 22 Bd. 10, n. f.*; hier auch eine Ausarbeitung von dem MinR Boës v. 9.3. zur Sitzung auf einem Auszug aus der Tagesordnung sowie weiteres Material.

Nr. 261 (2.) Ministerbesprechung am 10. März 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 14; MF 1053. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, C VIII 1 Nr. 14 Bd. 19, n. f.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Weismann.

Gesetz² über die Einfuhr von Gefrierfleisch. Zustimmung im Reichsrat.

-
- ¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 14v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben. Eine Ausarbeitung von MinR Corsing v. 9.3.1931 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 38, Bl. 46; hier auch die Vorlage.
- ² Auf der Basis des Antrages Breitscheid u. Gen. (SPD) v. 5.12.1930, StenBerRT, Bd. 449, Drucks. Nr. 417, nahm der Reichstag den Ausschußbericht v. 26.2.1931, ebd., Bd. 450, Drucks. Nr. 845, an. In der Reichsratsitzung am 27.3.1931 wurde die Begründung eines Einspruchs angenommen; StenBerReichsR, Jg. 1931, S. 132 f., § 175.

Nr. 262 Sitzung des Staatsministeriums am 26. März 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 15–17; hs. Urschrift sowie Protokollnotizen in: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 38², Bl. 92–93v, 97, 179; MF 1053.

Anwesend: Braun, Severing [zeitweise], Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Loehrs [zeitweise für Severing], Pünder [RK], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Harteck, Wolff, Lindenau [beide zu 1], Weichmann [zu 1 und 6], v. Leyden, Surén, Hellich, Corsing [alle vier zu 2], Bollert [zu 3], v. Heusinger, Strunden, Krause [zu 3–4], Schneider (WissMinm.) [zu 6].

1. Litauen. Neuregelung des deutsch-litauischen kleinen Grenzverkehrs. *Vorschlag zur Erhöhung des Fleischkontingents.*³ [B] — 2. Realsteuern. Zustimmung zum Entwurf⁴ einer Verordnung zur Durchführung der Realsteuersenkung. [B] — 3. Nochmals zur Verwendung von Hauszinssteuermitteln für die landwirtschaftliche Siedlung. Einzelheiten zu einem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Preußischen Staat zur Regelung eines einheitlichen Zwischen- und Dauerkreditwesens für die ländliche Siedlung in Preußen.⁵ [B] — 4. Nochmals zu den Entwürfen⁶ a) zum Gesetz zur Abänderung des Landesrentenbankgesetzes, b) zum Gesetz zur Förderung der Ansiedlung, c) zum Gesetz betr. das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Preußi-

-
- ¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 17 wurden von den TOP 1–4 und 6–7b Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.
- ² Hier auch Ausarbeitungen der Referenten im Staatsministerium zu den TOP 1–4 und 6 sowie Vorlagen zu den TOP 1–4.
- ³ Vgl. die Vorlage Severings v. 12.3.1931 in: Rep. 120, C XIII 6b Nr. 56 Bd. 7, n. f.; hier auch Eingaben und Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt.
- ⁴ Vom 23.3.1931, in: Rep. 84a, Nr. 9223, Bl. 78–83; hier auch Bl. 77v eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 25.3. zur Sitzung. Erlassen als Verordnung v. 27.3.1930, GS, S. 37.
- ⁵ Vgl. TOP 4.
- ⁶ Vom 24.3.1931, in: Rep. 120, A X Nr. 49, n. f.; auch in: Rep. 120, A X Nr. 51, n. f. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 7236–7238 v. 9.5.1931; hier auch der Wortlaut des Beschlusses des Staatsrats.

schen Staat zur Regelung eines einheitlichen Zwischen- und Dauerkreditwesens für die ländliche Siedlung. *Nach der Begutachtung durch den Staatsrat sind die Entwürfe an den Landtag zu bringen.* [B] — **5.** *Sechs Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.* [B] — **6.** *Pädagogische Akademie in Oldenburg. Zustimmung zum Staatsvertrag⁷ mit begleitendem Protokoll betr. Errichtung.* [B] — **(7a.** *Nochmals zum Brotgesetz. Zustimmung zum Einspruch des Reichsrats.*⁸ [B] — **7b.** *Stimmverhalten im Reichsrat. Keine Zustimmung zu einem Einspruch gegen das Gesetz betr. Zuschläge der Aufsichtsratsmitglieder zur Einkommensteuer⁹, während für einen Einspruch gegen das Gesetz betr. einen Zuschlag zur Einkommensteuer¹⁰ zu votieren ist. Ferner ist beim Gesetz zur Änderung des Lichtspielgesetzes¹¹ [...] die Einbringung eines Einspruchs nicht zu bewirken.* [B])

⁷ *Mit Anschreiben des Wissenschaftsministeriums v. 25.3.1931 in: Rep. 90, Nr. 1751, Bl. 158–169; hier auch Bl. 170–170v eine Ausarbeitung von MinR Weichmann v. 25.3. für Braun zur Sitzung.*

⁸ *In der Reichsratssitzung am 27.3.1931, in: StenBerReichsR, Jg. 1931, S. 132, § 174.*

⁹ *In der Reichsratssitzung am 27.3.1931, in: StenBerReichsR, Jg. 1931, S. 130, § 170b, wurde über das vom Reichstag beschlossene Gesetz, StenBerRT, Bd. 449, Drucks. Nr. 412 v. 6.12.1930; der Ausschlußbericht v. 14.3.1931, in: Ebd., Bd. 450, Drucks. Nr. 910, beraten.*

¹⁰ *In der Reichsratssitzung am 27.3.1931, in: StenBerReichsR, Jg. 1931, S. 129 f., § 170a, wurde über das vom Reichstag beschlossene Gesetz, StenBerRT, Bd. 450, Drucks. Nr. 910 v. 14.3.1931, beraten.*

¹¹ *In der Reichsratssitzung am 27.3.1931, in: StenBerReichsR, Jg. 1931, S. 130, § 170c, wurde über das vom Reichstag beschlossene Gesetz, StenBerRT, Bd. 450, Drucks. Nr. 838 v. 26.2.1931, beraten. Vgl. die Anträge Severings v. 10.1.1931 zur Beratung der Reichsratsausschüsse am 23.1. in: Rep. 84a, Nr. 2009, Bl. 299–303; hier auch weiteres Material.*

Nr. 263 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 28. März 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 20–21; MF 1053.

Anwesend: Braun¹, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Grimme. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Hölscher [für Schmidt], Weismann¹, Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Harteck, Schütze [zu 1], Klimmeck, Strunden [beide zu 2].

1. *Kosten der Vorbereitung und Durchführung des Volksbegehrens „Landtagsauflösung“.*² [B] — **2.** *Fleisch. Kein Einspruch gegen die Abänderung des Gesetzes betr. Schlachtvieh- und Fleischbeschau v. 3.6.1900 im Reichsrat.*³ [B] — **3.** *Elf Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.* [B]

¹ *Gesehen [U].*

² *Vgl. die Vorlage Severings v. 26.3.1931 in: Rep. 84a, Nr. 4567, Bl. 73–73v.*

³ *In der Reichsratssitzung am 2.4.1931, in: StenBerReichsR, Jg. 1931, Sitzung am , S. 164 f., § 205, wurde das von Reichstag beschlossene Gesetz, StenBerRT, Bd. 449, Drucks. Nr. 663 v. 23.1.1931, beraten; der Ausschlußbericht ebd., Bd. 450, Drucks. Nr. 971 v. 20.3.1931.*

Nr. 263a (2.) Ministerbesprechung am 28. März 1931.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 142–142v; MF-Suppl. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 1–2; Rep. 84a, Nr. 11954, Bl. 332–332v; Rep. 120, CB I Nr. 103 Bd. 10, n. f.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Hölscher [für Schmidt], Weismann, Trendelenburg, Heckel.

Evangelische Kirche. Staatsvertrag. Bericht Grimmes über die Verhandlungen mit den Kirchenbehörden. Einzelheiten zum Schlußprotokoll.¹ [B]

¹ Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, *Das preußische Zentrum*, S. 202.

Nr. 264 Sitzung des Staatsministeriums am 28. April 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 22–23v; MF 1053.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Kaestner [für Grimme], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Harteck, Weichmann [zu 4–6], Scholtz [zu 4], Schnitzler [zu 4 und 6], Menzel [zu 4], Trendelenburg, Heckel, K. Meyer [alle drei zu 6], Corsing [zu 2].

1. Drei Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 2. Beleidigungen. Prüfung der Strafverfolgung in drei Fällen.² [B] — 3. Förderung der Landesmeliorationen zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung³; abgesetzt⁴. — 4. Arbeitsbeschaffung. Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen mit Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge; Beschlußfassung ausgesetzt. — 5. Milchgesetz. Instruierung der Reichsratsvertreter für die Beratung des Entwurfs⁵ einer Verordnung über das Inkrafttreten des Gesetzes. Einzelheiten. [B] — 6. Evangelische Kirche. Staatsvertrag. Zustimmung. Einzelheiten, auch zur Unterzeichnung.⁶ [B] — (7. Nochmals zum Ehrenmal Unter den Linden (Schinkelwache). Einzelheiten zur Einweihungsfeier.⁷ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 24 wurden von den TOP 2–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Zum Beleidigungsfall des A. Motzny vgl. die Vorlage des Justizministeriums v. 25.4.1931 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

³ Vgl. die Vorlage Steigers v. 3.12.1930 in: Rep. 84a, Nr. 1889, Bl. 291–298; hier auch Voten und weiteres Material.

⁴ Der hs. Vermerk Schreibers v. 28.4. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung abgesetzt wurde (vermutl. von ihm selbst) gestrichen – er notierte weiter, der Antrag soll als erledigt gelten, da die Brauns-Kommission noch [?] ihre Arbeit abschließt (Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3y Bd. 18, Bl. 91).

⁵ StenBerReichsR, Jg. 1931, Drucks. Nr. 30 v. 25.2.1931; beschlossen in der Sitzung am 12.5.1931, ebd., S. 184, § 257.

⁶ Vgl. die Vorlage Grimmes v. 25.4.1931 in: Rep. 120, CB I Nr. 103 Bd. 10, n. f.; hier auch eine ausführliche hs. Notiz Schreibers v. 28.4. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung. Eine Einladung zum Austausch der Ratifikationsurkunden am 29.6. in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 165 Bd. 1, Bl. 206.

⁷ Organisationspläne für die Feier in: Rep. 151, IV Nr. 2388, Bl. 128–145; hier auch weiteres Material.

Nr. 265 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Mai 1931¹.

*Vollz. Reinschr.*² mit *hs. Korrekturen*, Bd. 180, Bl. 25–26; MF 1053. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1111, Bl. 29–29v; Rep. 90, Nr. 1121, n. f.; Rep. 90, Nr. 1667, Bl. 412–412v; Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 3–3v.

Anwesend: Braun, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — *Prot.*: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Harteck, Rathenau, Richter II, E. Neumann, Gürich, Weichmann.

Durchführung des Osthilfegesetzes. Einzelheiten. Präzisierung der Geltungsbereiche für die Senkung der Realsteuerzuschläge, für die gewerbliche Kredithilfe sowie die Aufbringungsumlage.³

¹ In der Vorlage Brauns v. 9.5.1931 wurde in den Ministersaal des Landtags eingeladen; vgl. Rep. 90, Nr. 1111, Bl. 17.

² Lt. Aktenvermerk Bl. 26 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

³ Vgl. die Vorlage Brauns v. 9.5.1931 in: Rep. 90, Nr. 1111, Bl. 17–18; hier auch Bl. 28–28v eine Ausarbeitung von MinR Weichmann v. 9.5. für den Ministerpräsidenten zur Sitzung. Zur Durchführung der Maßnahme vgl. das Rundschreiben des Innenministeriums v. 16.7.1931 in: Rep. 90, Nr. 1118, n. f. Material zur Aufbringungsumlage in: Rep. 90, Nr. 1667.

Nr. 266 (1.) Sonderbesprechung des Staatsministeriums am 12. Mai 1931.

Vollz. Reinschr., Bd. 180, Bl. 31; MF 1054. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 5; Rep. 77, Tit. 184 Nr. 209, Bl. 303.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — *Prot.*: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

Amtszeit des Präsidenten des Preußischen Disziplinarhofs für die nicht richterlichen Beamten in Abhängigkeit vom Erlaß eines neuen Disziplinalgesetzes.¹ [B]

¹ Vgl. das Schreiben Brauns an des Präsidenten des Disziplinarhofs G. Meyer v. 16.5.1931 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 209, Bl. 304.

Nr. 267 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 12. Mai 1931¹.

*Vollz. Reinschr.*² mit *hs. Korrektur*, Bd. 180, Bl. 32–33v, 35; MF 1054. — *Abschr.*: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 6–7.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — *Prot.*: Reschke [U].

¹ Im Schreiben Brauns v. 9.5.1931 wurde in den Ministersaal des Landtags eingeladen; vgl. Rep. 90, Nr. 1111, Bl. 17.

² Lt. Aktenvermerk Bl. 33v wurden von den TOP 1–2 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Grimme], Weismann, Nobis, Badt, Coßmann, Goslar, Hardeck, Krüger, Richter II, Vollbach, Weichmann, Lauffer [alle vier zu 1].

1. Osthilfegesetz. *Bedingte Zustimmung im Reichsrat zum Entwurf*³ einer Durchführungsverordnung v. a. zur Umschuldung. [B] — **2.** Gesetz über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage; abgesetzt⁴. — **3.** Vier Ernennungen. [B]

³ Vgl. die Vorlage des Innenministers v. 12.5.1931 in: Rep. 90, Nr. 1111, Bl. 31–33. Gemeint ist die 1. DVO v. 21.5.1931, RGBl. I, S. 277. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 201.

⁴ In der ursprünglichen Fassung zurückgezogen (Bl. 33).

Nr. 268 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juni 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 37–38, 35; MF 1054. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 8–9.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: H. Staudinger [für Schreiber], Krüger [für Steiger], Zarden [RFinMinm.], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Hardeck, v. Leyden, Surén, Zschintzsch, Will, Schneller, F. Ernst, Frielinghaus, Hog [alle acht zu 1], Reschke [zu 1 und 4], Merten [zu 4], Corring [zu 2].

1. Notverordnung. *Einzelheiten zur Stellungnahme Höpker Aschoffs auf der Konferenz der Länderministerpräsidenten mit der Reichsregierung. Die Einsparungen aus den Kürzungen der Besoldungen der Staatsbeamten und Angestellten sollen für die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt werden.*² [B] — **2.** Beleidigungen. *Prüfung der Strafverfolgung in zwei Fällen.*³ [B] — **3.** Vier Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — **4.** Vereinheitlichung der Schulfeste des Freiherrn vom Stein-Gedenktages.⁴

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 38 wurden von den TOP 1–2 und 4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 1.6.1931 in: Rep. 120, A II 5e Nr. 21 Bd. 2, Bl. 225–228v.

³ Vgl. die Vorlage des Justizministeriums v. 12.5.1931 im Falle G. Veidt sowie das Schreiben des Generalstaatsanwalts beim Landgericht Berlin I v. 2.5. zum Fall S. Wagner u. Gen. in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁴ Vgl. den Runderlaß Grimmes v. 4.5.1931, ZentralBl. Unterrichtsverwaltung, S. 148. Dazu Gebhardt, Florentine, Dem Gedächtnis des Freiherrn Karl vom Stein. Zum 100. Todestage, 29. Juni 1931. Entwürfe für würdige Gedenkfeiern in Stadt und Land ..., Berlin 1931. Auf S. 2 dieser Broschüre ist vermerkt, daß die Feier vom preußischen Kultusminister in allen Schulen angeordnet worden sei.

Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 2. Juni 1931, 16.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1163–1168, Dok. Nr. 320.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Nobis, Brecht.

Entwurf einer Notverordnung.

Nr. 269 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Juni 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 39–41, Abschr.: Bl. 42–43.; MF 1054. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 10–11.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Harteck, Zimmer [zu 1], Corsing [zu 1 und 7], Schroeter [zu 2], Weichmann [zu 2–3 und 5–6], v. Leyden [zu 5–7], Bleek [zu 5–6], Hog [zu 5 und 7], Scholtz, Borchart, Schulze, Menzel [alle vier zu 6], Scheche, Landfried, Surén [alle drei zu 7].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Meliorationen. Bedingte Zustimmung** zum Entwurf¹ eines Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen und Darlehn. *Einzelheiten.* [B] — **3. Staatsministerium.** Beteiligung an der 700-Jahrfeier Ostpreußens auf der Marienburg.² [B] — **4. Ernennung.** [B] — **5. Naturkatastrophen. Aufhebung der seit 1922 geltenden Richtlinien** über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Linderung von Elementarschäden *anlässlich der Ablehnung einer staatlichen Notstandsaktion* [...] für die Kreise Niederung und Greifenhagen.³ [B] — **6. Arbeitsbeschaffung.** Finanzierung von Bauten am Rügendamm *im Rahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge. Einzelheiten.*⁴ [B] — **7. Arbeitslosenfürsorge.** Beteiligung des Preußischen Staates an den Kosten. *Zustimmung zur Vorlage*⁵ Höpker Aschoffs. [B] Zur Forderung Severings nach einer Zulage an die Polizeibeamten bleibt die Beschlußfassung vorbehalten.

¹ Vom 29.5.1931, in: Rep. 84a, Nr. 1889, Bl. 306–326v; hier auch Bl. 326 eine Ausarbeitung von MinR Wagemann v. 5.6. zur Sitzung. Der Gesetzentwurf wurde aufgrund der Einwände des Staatsrats sowie angesichts der Finanzlage mit gemeinsamen Schreiben Brauns, Steigers und Kleppers v. 26.11.1931 zurückgezogen, ebd., Bl. 362. Ein hs. Vermerk Schreibers v. 9.6. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug auf der Tagesordnung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3y Bd. 18, Bl. 194.

² Am 14.6.1931; vgl. Schultheß' 1931, S. 139.

³ Vgl. die Vorlage Severings v. 11.5.1931 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 210 Bd. 4, n. f.; hier auch ein hs. Vermerk Schreibers v. 9.6. zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung: Die Federführung geht auf den Finanzminister über. Ferner der Antrag Schwenk u. Gen. (KPD) v. 11.5.1931 in: StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 7235, betr. eines Deichbruchs am Nemonien-Strom bei Jodgallen, Krs. Niederung. Material hierzu in: Rep. 87, B Nr. 16651, n. f.

⁴ Vgl. die Vorlagen Hirtsiefers v. 4. u. 5.6.1931 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f. Material ab Januar 1931 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3y Bd. 18, Bl. 463–512.

⁵ Vom 9.6.1931, in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 2, n. f.

Nr. 270 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juni 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 44–45v; MF 1054. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 12–13v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schmidt, Grimme. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Arnoldi [für Steiger], F. Ernst [für Schreiber zu 1], Römhild [für Schreiber zu 2–7], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Harteck, Loehrs, Wolff (MdI), Narten [alle drei zu 1], Weichmann [zu 1 und 6], Schütze, Herberg [beide

zu 2], Krücke, Corsing [beide zu 2 und 7], Scheche [zu 3], W. Bracht [zu 3–4], Legler [zu 3], Hölscher [zu 3 und 7], Tillich [zu 3–4], Wellmann, Lammers, Frank (WissMinm.), Brand, Bachmann [beide zu 4], Schneller [zu 4 und 7], Backhaus, Pfeiffer, Schewe [alle drei zu 4], Hübner, Seelig, Rathenau, du Mesnil [alle vier zu 6].

1. *Nochmals zum Kleinen Grenzverkehr mit Litauen, v. a. zur Einfuhr von Fleisch, gegen deren Erhöhung [...] erhebliche grenzpolitische und sachliche Bedenken bestehen.*¹ [B] — **2.** *Sammlung des preußischen Landesrechts. Die Arbeiten sind nach Plan in Angriff zu nehmen.*² [B] — **3.** *Beamtenbesoldung. Nochmals zur Entschädigung für im öffentlichen Interesse ausgeübte Tätigkeit in Aufsichtsrats- usw. Stellen. Aussetzung der Beschlußfassung bis zur Regelung im Reich.* — **4.** *Finanzlage. Weitere Einsparungsvorschläge und Fondskürzungen. Grundsätzliche Zustimmung zu den Vorschlägen*³ Höpker Aschoffs. [B] — **5.** *Sechs Ernennungen, eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und eine Hinausschiebung der Altersgrenze.* [B] — **6.** *Theater. Verteilung der Landesbühnen-Mittel. Einzelheiten.*⁴ [B] — **7.** *Notare. Kürzung der Bezüge; Beschlußfassung zurückgestellt*⁵. — **(8.** *Staatsministerium. Vertretung bei der Einweihung eines Stresemann-Denkmal in Mainz.*⁶ [B])

¹ Vgl. die Vorlage Severings v. 15.6.1931 in: Rep. 120, C XIII 6b Nr. 56 Bd. 7, n. f.; hier auch ein ausführlicher Aktenvermerk von MinR Ernst v. 23.6. zum Beratungsergebnis.

² Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 8.6.1931 in: Rep. 84a, Nr. 671, Bl. 196–199v; hier auch Bl. 200v–201 eine Ausarbeitung von MinR Pritsch zur Sitzung. Ein Rundschreiben des Innenministeriums v. 19.9. zur Umsetzung des Beschlusses in: Rep. 76, I Sekt. 2, Nr. 3, Bl. 462–462v. Es erschien aufgrund dieser Vorarbeiten: Landé, Paul/Hermes, Hermann, *Das allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten in dem seit 1. August 1930 gültigen Umfang*, hrsg. v. Franz Kaesehagen unter Mitarb. v. Franz Josef Wuermeling, Berlin, 5. Aufl. 1931.

³ Vom 16.6.1931, in: Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 202–207. Zu Sparmaßnahmen im Ressort des Justizministeriums vgl. die Aktennotiz v. 15.7.1931 in: Rep. 84a, Nr. 2661, Bl. 100–100v. Eine Stellungnahme von MinR Boës v. 20.6.1931 in: Rep. 76 Ila Sekt. 53 Gen. Nr. 22 Bd. 10, n. f.

⁴ Vgl. die Vorlage Brauns v. 20.6.1931 in: Rep. 84a, Nr. 5259, Bl. 156; hier auch Bl. 157–157v eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 22.6. zur Sitzung.

⁵ StS Abegg vermerkte am 23.6.1931 auf einem Auszug aus der Tagesordnung: Vertagt auf die nächste St[aa]ts[Ministerial]Sitzung; Rep. 77, Tit. 114 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 329.

⁶ Am 5.7.1931; vgl. Schultheß' 1931, S. 154.

Nr. 271 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 46–47; MF 1054. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 14–15.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Coßmann, Goslar, Harteck, Krücke, Schneller, Corsing [alle drei zu 1], Finger, Vollbach, Strunden [alle drei zu 3].

1. *Notare. Kürzung der Bezüge. Keine Zustimmung zum Verordnungsentwurf*² Höpker Aschoffs. — **2.** *Ernennung.* [B] — **3.** *Naturkatastrophen. Geschäftliche Behandlung von Anträgen auf Einleitung staatlicher Hilfsmaßnahmen unter Federführung des Innenministers und frühzeitiger*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 47 wurden von den TOP 1 und 3–4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vom 20.6.1931, in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 319–320v; hier auch Voten.

Beteiligung des [...] Finanzministers. [B] — (4. Volksbegehren „Landtagsauflösung“. *Weitere Verfahrensweise und Zustimmung zum Feststellungsbeschluß³ sowie Vorlage im Landtag.* [B]

³ Veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 149 v. 30.6.1931, S. 1. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 7432 v. 30.6.1931. Die Vorlage Severings v. 30.6.1931 in: Rep. 84a, Nr. 4567, Bl. 78–85.

Nr. 272 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1931, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 48; MF 1054. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 16.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Nobis [U].

Todesurteil. Keine Anwendung des Gnadenrechts.² [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 48 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. zum Fall des neunfachen Mörders P. Kürten: Schultheß' 1931, S. 153. Die Vorlage Schmidts v. 27.6.1931 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 28 Beiakten 3, Bl. 52–86v.

(2.) Besprechung der Reichsminister am 6. Juli 1931, 17 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1298–1300, Dok. Nr. 365.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Schleusener, Abramowitz, Scheche, Schroeder, Soldat, Kleiner, Weltzien.

Rheinische Landesbank.

Nr. 273 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juli 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 49–50; MF 1054. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 17–18.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Kern, Thomas, Kehrl, Kerstiens, Metz, Strunden, Schulze, Quecke [alle sieben zu 1], Bandmann, Corsing [beide zu 2], Reschke [zu 4].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 50v wurden von den TOP 1–2 und 4–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

1. Reichswasserstraßenverwaltung. Stellungnahme zur geplanten endgültigen Gestaltung.² [B] — 2. Äußerer Schutz der Sonn- und Feiertage; abgesetzt. — 3. Vier Ernennungen. [B] — 4. Volksbegehren [...] „Landtagsauflösung“. Zustimmung zur Verordnung.³ [B] — (5. Landtag. Bericht zur Sitzung des Ältestenrats. — [6.] Rheinische Notare. Keine nochmalige Verlängerung der Gültigkeit des am 30.9.1931 außer Kraft tretenden Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über deren Zuständigkeit.⁴ [B]).

² Vgl. die Vorlage Schreibers v. 8.5.1931 in: Rep. 90, Nr. 391, n. f.; hier auch Voten sowie eine Ausarbeitung von MinR Strunden v. 6.7. für Braun zur Sitzung. Ein Votum des Landwirtschaftsministers v. 4.7.1931 in: Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 28, n. f.

³ Vom 9.7.1931, MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 687. Vgl. die Vorlagen Severings v. 30.6. u. 4.7.1932 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 197 Beiakten 2, Bl. 24–27v, 35–37; hier auch weiteres Material. Eine Ausarbeitung von MinR Pritsch v. 6.7. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 4567, Bl. 91–91v.

⁴ Vgl. das Schreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. 21.5.1931 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 264 Bd. 9, Bl. 142–147. Hierzu das Schreiben Höpker Aschoffs v. 2.6.1931 in: Rep. 84a, Nr. 2404, Bl. 156–156v; hier auch umfangreiches weiteres Material.

Besprechung der Reichsminister am 7. Juli 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1304–1306, Dok. Nr. 369.

Anwesend: für Preußen Severing, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Surén, Abramowitz, Schroeder, Kleiner, Weltzien.

Rheinische Landesbank.

(1.) Chefbesprechung der Reichsminister am 12. Juli 1931, 11.50 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1334–1337, Dok. Nr. 377.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Ernst.

Reparationsfragen und Finanzlage.

(2.) Chefbesprechung der Reichsminister am 13. Juli 1931, 19 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1348–1350, Dok. Nr. 381.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Ernst.

Wirtschaftslage.

(3.) Besprechung der Reichsminister am 13. Juli 1931, 22 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1350–1352, Dok. Nr. 382.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Wirtschaftslage.

(4.) Sitzung des Reichskabinetts am 13. Juli 1931, 22.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1352–1353, Dok. Nr. 383.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Ernst.

Wirtschaftslage.

Besprechung der Reichsminister am 14. Juli 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1359–1360, Dok. Nr. 386.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis, Ernst.

Finanzfragen.

Besprechung der Reichsminister am 18. Juli 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1382–1387, Dok. Nr. 396.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Ernst.

Wirtschaftslage.

Nr. 274 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juli 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 51–51v; MF 1054. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 19–19v.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schreiber, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Krüger [für Steiger], Hölscher [für Schmidt], Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Kern, Abegg, Klausener, Schöner, Hirschfeld, Vollbach, F. Ernst, Neufeld, Corsing [alle sieben zu 1], Weichmann, Schneider [beide zu 2].

1. Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Ausführung der Zweiten Notverordnung v. 17.7.1931². Die Befugnis auf Erlaß von Kundgebungen sowie von Entgegnungen auf die in periodischen Druckschriften mitgeteilten Tatsachen wird in Preußen zentralisiert. Deshalb sind alle Bekanntmachungen dem Ministerpräsidenten (Pressestelle des Staatsministeriums) vorzulegen. [B] — 2. Gründung einer gemeinsamen Preußisch-Oldenburgischen Pädagogischen Akademie. Zustimmung.³ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 51v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² RGBl. I, S. 371. Dazu Braun, Otto, Von Weimar zu Hitler, New York, 3. Aufl. 1940 (Reprint Hildesheim 1979), S. 325, 327.

³ Vgl. den Gesetzentwurf v. 11.7.1931 in: Rep. 90, Nr. 1761, Bl. 178–192. Lt. Schreiben des Wissenschaftsministers v. 23.1.1932 wurde der Gesetzentwurf wegen der Zweiten Sparverordnung zurückgezogen, ebd., Bl. 251.

Nr. 275 (2.) Ministersitzung am 22. Juli 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 52; MF 1054.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schreiber, Grimme. — Prot.: Weismann.

Weitere Teilnehmer: Krüger [für Steiger], Hölscher [für Schmidt], Weismann.

[1.] Ernennung von Mitgliedern des Direktoriums der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse; vertagt. — [2.] Drei Ernennungen. [B]

Besprechung der Reichsminister am 23. Juli 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1413–1416, Dok. Nr. 405.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff [zu 2–4].

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Ernst [zu 2–4], Abramowitz, Weichmann [beide zu 4].

(1. Mitteilungen über die Ablehnung des Antrags auf Einberufung des Reichstags sowie zum Ergebnis der Londoner Verhandlungen.) — 2. Weitere Abwicklung der Bankfeiertage. — (3. Auszahlung der Kriegsbeschädigten-, Invaliden- und Kriegsbeschädigtenrenten.) — 4. Sanierungsmaßnahmen. a) Norddeutscher Lloyd; b) Orientbank; c) Rheinische Landesbank.

Besprechung der Reichsminister am 27. Juli 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1433–1436, Dok. Nr. 411.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

(1. Mitteilungen des Reichskanzlers.) — 2. Finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen. — (3. Reparationspolitische Frage.)

Besprechung der Reichsminister am 3. August 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1503–1510, Dok. Nr. 427.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Ernst.

Finanz- und wirtschaftspolitische Lage.

(1.) Besprechung der Reichsminister am 5. August 1931, 13 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1516–1518, Dok. Nr. 429.

Anwesend: für Preußen Braun, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, v. Leyden, Ernst, Neufeld, Scheche.

(1. Regelung der Sparkassenfrage.) — Weitere TOP vertagt.

(2.) Besprechung der Reichsminister am 5. August 1931, 17 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1521–1527, Dok. Nr. 431.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, v. Leyden, Ernst, Abramowitz.

1a. Entwurf eines Vertrages zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Fa. Deutsche Bahnspedition GmbH über Rollfuhrdienst, Sammelspedition und Verkehrswerbung. — **1b.** Entwurf einer Verordnung betr. den Überlandverkehr mit Kraftfahrzeugen. — **2.** Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. — **[3.]** Entwurf einer Verordnung über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. — **[4.]** Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs durch die Sparkassen.

— [5.] Entwurf einer Verordnung über Aufnahme von Anleihen durch Gemeinden und Gemeindeverbände usw. — [6.] Rheinische Landesbank.

Chefbesprechung der Reichsminister am 6. August 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1530–1532, Dok. Nr. 433.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

1. Devisenbewirtschaftung. — 2. Entwurf einer Verordnung über Sparguthaben. — 3. Finanzielle Frage.

Besprechung der Reichsminister am 17. August 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1574–1576, Dok. Nr. 446.

Anwesend: für Preußen Severing, Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Hog, v. Leyden, Scheche.

Gemeindefinanzen.

Nr. 276 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 18. August 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 55–57, Abschr.: Bl. 58–59; MF 1054. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 21–22.

Anwesend: Braun, Severing, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Badt, Brecht, Reschke, Goslar, Harteck, Corsing [zu I].

1. Übernahme der Kosten der Verteidigung in der Beleidigungs-Klagesache des OLTn. a. D. Duesterberg (Stahlhelm) gegen RegPräs. v. Harnack [...] auf die Staatskasse. Zustimmung.¹ [B] — 2. Elf Ernennungen sowie eine Abberufung und Weiterverwendung in der allgemeinen Verwaltung. [B] — ([3.] Staatsministerium. Keine Beteiligung an der Eröffnung der Königsberger Ostmesse.² [B])

¹ Vgl. die Vorlage Severings v. 31.7.1931 in: Rep. 76, Ila Sekt. 54 Gen. 1 Adhib. H, Bl. 460–472; hier auch Bl. 474–475 eine Ausarbeitung von MinR Schlüter v. 14.8. zur Sitzung.

² Vgl. die Einladungen an MinR Schalfjew sowie Handelsminister Schreiber in: Rep. 120, E XVI 5 Nr. 15 Bd. 3, Bl. 181–184, 187–187v; hier auch Bl. 186–186v ein Schreiben an den Königsberger Oberpräsidenten, in Vertretung Schreibers an der Eröffnungsfeier teilzunehmen.

Nr. 277 (2.) Ministerbesprechung am 18. August 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 60–61; MF 1054. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 23–25.

Anwesend: Braun, Severing, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Hölscher, Weismann.

[1.] Überblick über die Finanzlage. *Es ist im Rechnungsjahr 1931 ein Ausgleich aller Einnahmen und Ausgaben unter allen Umständen zu erreichen.*¹ *Notwendigkeit von Verhandlungen a) mit dem Reichsfinanzministerium betr. Kürzung bestimmter Besoldungsbezüge² sowie b) mit den übrigen Ländern betr. Kürzungen bei Personalausgaben im Kultusbereich.* [B] — [2.] Sparmaßnahmen bei der Justizverwaltung. *Einzelheiten, u. a. im Armenrecht, bei der Erstattung der Postgebühren und bei Einsprüchen gegen Zwangsvollstreckungen.*³ [B]

¹ *Vgl. mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 215, 228.*

² *Vgl. die Ausarbeitung der MinR Bracht und Bachmann zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIII, Bl. 1.*

³ *Vgl. die Vorlage Schmidts v. 8.8.1931 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 341 Bd. I, Bl. 353–360v; hier auch Voten sowie Bl. 364–365 eine Ausarbeitungen von MinR Bandmann v. 17.8. zur Sitzung. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 228.*

Nr. 278 Sitzung des Staatsministeriums am 1. und 2. September 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 68–76v, Anlage Bl. 77–102; Abschr.: Bl. 103–125; MF 1054–1056. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 26–50; Rep. 84a, Nr. 7459, Bl. 21–43.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Brecht, Reschke, Harteck, Abegg, Hölscher, Lammers, Staudinger, Schleusener, Hog [zu 1 und 5], Schnitzler [zu 1–3], Wellmann [zu 1–5], König, Richter II, Wüllenweber, Ahrendts [alle 4 zu 1], Triebel [zu 1 und 3], Menzel, Zippel [beide zu 1], v. Leyden, Bachmann [beide zu 1–2 und 4–5], Bracht [zu 1], Storck, Loschelder, Will [alle drei zu 1 und 4–5], Schewe [alle drei zu 1], Römhild [zu 1, 3 und 5], Merten [zu 1 und 4–5], Ulrichs, Dankwarth, Arnoldi, Breuhahn [alle vier zu 1], Kaestner [zu 1 und 5], Werner Richter [zu 1], Breuer, Hubrich, Runge, Kühnhold [alle vier zu 1 und 5], Legler [zu 1], Krücke, Reichau, Goldschmidt [alle drei zu 2], Sandrock, Spindler [beide zu 3], Frielinghaus [zu 3 und 5], Weil, Strunden [beide zu 3–4], Bank [zu 4], Klempin, Scheche, Wittelshöfer, Weichmann [alle vier zu 5].

1. Preußische Notverordnung v. 12.9.1931. Zustimmung zum Entwurf². Einzelheiten zu Kürzungen in der Beamten- und Lehrerbeseoldung sowie bei Pensionen. [B] — **2. Nochmals zu Sparmaß-**

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 76v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Anlage, Bl. 77–102. Erlassen als Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten v. 24.8.1931 (RGBl. I, S. 453) und des § 7 Abs. 2 im Kapitel I des 2. Teils der Verordnung des Reichspräsidenten v. 5.6.1931 (RGBl. I, S. 279) v. 12.9.1931, GS, S. 179. Ein Votum Severings v. 27.8.1931 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIII, Bl. 3–13v; hier auch Bl. 40–52 Ausarbeitungen der MinR Bachmann und Bracht zur Sitzung sowie weiteres Material. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 228. Zur Frage der Stenenzulage der Hoch-*

nahmen bei der Justizverwaltung. Einzelheiten.³ [B] — 3. Sparmaßnahmen bei der Fürsorgeerziehung. Anregung einer Änderung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes von 1922 zur weitgehenden Herabsetzung der Altersgrenze auf das 16. Lebensjahr. Einzelheiten.⁴ [B] — 4. Sparmaßnahmen bei den ländlichen Fortbildungsschulen. Gegen das Votum Steigers soll es angesichts finanzieller Schwierigkeiten Landkreisen und Gemeinden [...] freigegeben werden, diese Schulen bis auf weiteres einzustellen.⁵ [B] — 5. Sparmaßnahmen bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Nochmalige Prüfung der Sparvorschläge, u. a. zur Besoldung der Gemeindebeamten.⁶ [B]

schullehrer mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, *Das preußische Zentrum*, S. 248. Zur verfassungspolitischen Bedeutung der VO des Reichspräsidenten v. 24.8.1931 vgl. grundlegend Huber, Ernst Rudolf, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 7: *Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik*, Stuttgart u. a. 1984, S. 863–865. – Die VO wird nach dem Unterzeichnungsort als Dietramszeller VO benannt; vgl. Sitzung am 9.9.1931, Anm. 3.

³ Vgl. die Vorlagen, beginnend mit dem Schreiben Schmidts v. 24.8.1931, in: *Rep.* 77, Tit. 114 Nr. 341 Bd. 1, Bl. 368–368v.

⁴ Vgl. die Vorlage Severings v. 29.9.1931 in: *Rep.* 120, A II 5e Nr. 21 Bd. 3, Bl. 294–295. Teilweise umgesetzt mit den Verordnungen des Reichspräsidenten über Jugendwohlfahrt v. 4.11.1932 bzw. über Fürsorgeerziehung v. 28.11.1932, *RGBl.* I, S. 522 bzw. S. 531. Zusammenfassend Stolleis, Michael, *Historische Grundlagen. Sozialpolitik in Deutschland bis 1945*, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 1: *Grundlagen der Sozialpolitik*, Baden-Baden 2001, S. 286 f.

⁵ Vgl. eine Referentenausarbeitung v. 31.8.1931 für Schreiber zur Sitzung in: *Rep.* 120, A II 5e Nr. 21 Bd. 3, Bl. 315–317.

⁶ Vgl. die Vorlage Severings v. 27.8.1931 in: *Ebd.*, Bl. 235–248; hier auch Voten und weiteres Material.

Nr. 279 (2.) Ministersitzung am 1. September 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 64–64v; MF 1054.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Krüger [für Steiger], Weismann.

Drei Ernennungen und zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. Einsparung von zwei Stellen im Innenministerium. [B]

Nr. 280 (2.) Ministersitzung am 2. September 1931.

Vollz. Reinschr. mit einer hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 65–65v; MF 1054.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [für Weismann, U].

Weitere Teilnehmer: H. Staudinger [für Schreiber], Reschke [für Weismann].

1. Fünf Ernennungen und drei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand.¹ [B] — 2. Beleidigungen. Strafverfolgung in einem Fall; Ablehnung der Strafverfolgung in zwei Fällen. [B]

¹ Vgl. die Vorlage Severings v. 31.8.1931, in: *Rep.* 77, Nr. 5539, Bl. 217–218.

Nr. 281 (1.) Ministersitzung am 9. September 1931.

Vollz. Teilreinschriften, Bd. 180, Bl. 126, 128, 137; Anlage [zu TOP 3]: Bl. 138; MF 1056.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

[1.] *Ernennung.* [B] — [2.] *Nochmals zur preußischen Notverordnung v. 12.9.1931, u. a. Aufnahme einer Vorschrift [...], die den im Gebiet des Allgemeinen Landrechts und des Französischen Rechts bereits bestehenden Vollstreckungsschutz auch auf das Gebiet des gemeinen Rechts ausdehnt.* [B] — [3.] *Verordnung¹ zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Zustimmung.* [B]

¹ *Vgl. die Anlage zum Protokoll, Bl. 138. Die Vorlage Severings v. 8.9.1931 in: Rep. 90, Nr. 110, Bl. 298–299. Erlassen als Verordnung v. 12.9.1932, GS, S. 208.*

Nr. 282 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 9. September 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 130–133v; MF 1056. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 50–53.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Pünder [RK], Weismann, Brecht, Harteck, Abegg, Hölscher, Lammers, Frosch [zu 1], Hog [zu 1–2], Schnitzler [zu 1], Wellmann [zu 1 und 2], König, Richter II [beide zu 1], Ahrendts [zu 1 und 5], Triebel, Menzel [beide zu 1], Merten, Gottschick [beide zu 1–1a], Frielinghaus [zu 1–2], Breuhahn [zu 1], v. Leyden [zu 1–2], Bachmann, W. Bracht [beide zu 1–1a und 5], Storck [zu 1–2], Loschelder, Will, Reichau [alle drei zu 1–1a], Kaestner, Frank (WissMinm.), Hubrich, Runge, Kühnhold [alle fünf zu 1–1a], Reschke [zu 1], Pfeiffer, Legler [beide zu 1 und 5], Schewe, Trendelenburg [beide zu 1], Scheche [zu 1a–2], Vollbach [zu 1a], Weichmann [zu 1a und 3–4], Wittelshöfer [zu 1a], Heusinger, Bollert, Strunden [alle drei zu 2].

1. *Nochmals zur Preußischen Notverordnung über die Einschränkung der Ausgaben v. 12.9.1931. Zustimmung mit Änderungen zum überarbeiteten Entwurf². Einzelheiten, u. a. zur Besoldung der Gewerbe-, Handels-, Volks- und Mittelschullehrer; zur Änderung des Reisekostengesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen; zur Anwendung der kommenden Regelungen der Notverordnung auch auf die Gemeindebeamten sowie zu den Sonderbestimmungen für Gemeinden und Gemeindeverbände.* [B] — **1a.** *Sparprogramm für die Gemeinden und Gemeindeverbände.*

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 134 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Vom 8.9.1931, in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIII, Bl. 111–140v; hier auch weiteres Material. Vgl. die Aktennotiz von MinR Reichau über Ausführungen Höpker Aschoffs zur Lehrerbeseoldung in: Rep. 84a, Nr. 7459, Bl. 49–49v; hier auch Bl. 186–189v seine Ausarbeitungen v. 8. u. 9.9. zur Vorbereitung der Sitzung sowie Bl. 190–191 sein Kommentar zu den Beschlüssen. Zur Anpassung der Pfarrbeseoldungszuschüsse vgl. mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, *Das preußische Zentrum*, S. 248. Ferner Schulze, H., *Otto Braun*, S. 715.*

Teilweise Zustimmung zur Vorlage³ Severings. [B] — 2. Entwurf⁴ einer Verordnung über die Abänderung der Hauszinssteuerverordnung; zurückgestellt. — 3. Beamtenbesoldung. Anderweite Festsetzung der Funktionszulage für den Leiter der Landstellen in Schneidemühl und Berlin; zurückgestellt.⁵ [B] — 4. Beleidigung.⁶ [B] — 5. Beamtenbesoldung. Nochmals zu den Entschädigungen für im öffentlichen Interesse ausgeübte Tätigkeit in Aufsichtsratsstellen. Eine Regelung soll nach der entsprechenden Lösung im Reich erfolgen. [B]

³ Vom 6.9.1931, in: Rep. 120, A II 5e Nr. 21 Bd. 3, Bl. 325–339v. In Reaktion auf die Dietramszeller VO wurde das Sparprogramm entwickelt. Durch sie wurden die mit ihren politisch zerstrittenen, in einer Blockadesituation oftmals verharrenden Vertretungskörperschaften und deshalb handlungsunfähigen „Länder und Gemeinden von Reichs wegen mit ... Ausnahmevollmachten“ zur Haushaltsführung ausgestattet, was einen tiefen Eingriff „in den Bereich der Länder-Autonomie und der gemeindlichen Selbstverwaltung“ darstellte. Zur verfassungsrechtlichen Bedeutung Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 863–865, die Zitate S. 864.

⁴ Vom 31.8.1931, in: Rep. 151, II Nr. 1045, Bl. 339–342; hier auch Bl. 110–115 Entwurfsfassungen. Eine Ausarbeitung von JusR Kollat zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 9206, Bl. 116v–117.

⁵ Vgl. die Vorlage der Oststelle der Reichskanzlei v. 26.8.1931 in: Rep. 90, Nr. 1116, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Weichmann v. 31.8. für Braun zur Sitzung.

⁶ Vgl. zum Verfahren gegen den „Eichsfelder Beobachter“ u. E. Kohlus die Vorlage des Justizministeriums v. 2.9.1931 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

Chefbesprechung am 11. September 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1673–1579, Dok. Nr. 467.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Höpker Aschoff, Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen v. Leyden, Hog, Weichmann.

Spar- und Sanierungsmaßnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden.

Besprechung der Reichsminister am 14. September 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1685–1688, Dok. Nr. 469.

Anwesend: für Preußen Schreiber [zu 3].

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Neufeld [beide zu 3].

...

3. Entwurf einer Verordnung über die Bestellung eines Kuratoriums und eines Reichskommissars für das Bankgewerbe.

...

Besprechung der Reichsminister am 16. September 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1693–1696, Dok. Nr. 472.

Anwesend: für Preußen Schreiber [zu 1–3], Höpker Aschoff [zu 4].

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Krücke [zu 4].

1. Entwurf einer Verordnung über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. — 2. Entwurf einer Verordnung über die Bestellung eines Kuratoriums und eines Reichskommissars für das Bankgewerbe. — 3. Ernennung. — 4. Vereinfachung und Ersparnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege.

...

Besprechung der Reichsminister am 25. September 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1740 f., Dok. Nr. 487.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Fortsetzung der Beratungen über den Entwurf einer 3. Verordnung des Reichspräsidenten.

Besprechung der Reichsminister am 30. September 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1772–1775, Dok. Nr. 498.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Strunden.

1. Lohnregelung im Ruhrbergbau. — 2. Fortsetzung der Beratung über den Entwurf der 3. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen.

(1.) Besprechung der Reichsminister am 1. Oktober 1931, 10.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1776–1777, Dok. Nr. 500.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Scheche.

Fortsetzung der Aussprache über die Sanierungsmaßnahmen.

(2.) Besprechung der Reichsminister am 1. Oktober 1931, 18 Uhr.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1778–1781, Dok. Nr. 501.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, v. Leyden, Hog.

1. Personalsache. — 2. Fortsetzung der Beratung über den Entwurf der 3. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. — 3. Herabsetzung übermäßig hoher Dienstvergütungen. — 4. Formulierung des Textes der Entwürfe.

Besprechung der Reichsminister am 5. Oktober 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 2, S. 1805–1808, Dok. Nr. 507.

Anwesend: für Preußen Höpker Aschoff, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Hog.

Fortsetzung der Aussprache über die Sanierungsmaßnahmen.

Nr. 283 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1931.

*Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 139–140, Abschr.: Bl. 142–142v; MF 1056.
— Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 57–57v.*

Anwesend: Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Grimme], Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Kern, Krüger, Weck, Sandrock [beide zu 2], Corsing [zu 2–3].

(1. Stellungnahme Preußens zu der bevorstehenden Notverordnung des Reichspräsidenten [...] im Reichsrat. Höpker Aschoff soll deutlich auf Differenzen zur Preußischen Verordnung v. 12.9.1931 hinweisen. Aussetzung der Beschlußfassung bis zur Verkündung der Reichs-Notverordnung.¹⁾ — 2. Eintreten des Landes Preußen für landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften bei Reichsministerien, ohne daß Rentenzahlungen ins Stocken geraten bzw. eine Haftung Preußens für erstere eintritt. [B] — 3. Zwei Strafsachen. Verzicht auf Strafanträge. [B] — 4. Zwei Ernennungen, u. a. von MinDir. Brand [...] zum Regierungspräsidenten in Sigmaringen. [B]

¹ Gemeint ist die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen v. 6.10.1931, RGBl. I, S. 537.

Nr. 284 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 143–144; MF 1056. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 59–60.

Anwesend: Severing, Hirtsiefer, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Krüger [für Steiger], Lammers [für Grimme], Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Kern, Loehrs, Weyhe [zu 1], Hog [zu 1–2], Wellmann, Landfried [beide zu 1], Scheche [zu 1–2], Krauß [zu 1], v. Leyden [zu 1–2], Bachmann [zu 1], Surén [zu 1–2], Meyer (Solingen) [zu 1], Corsing [zu 1–2], Hellich [zu 2].

1. Notverordnung des Reichspräsidenten v. 6.10.1931. Bericht *Höpker Aschoffs* über den Verlauf der Erörterungen [...] im Reichsrat. *Beschluß zur Einberufung des Interfraktionellen Ausschusses des Landtags unter Teilnahme des Innen-, Finanz- sowie Wohlfahrtsministers, die die Mißbilligung von Bestimmungen betr. Gehälter und Löhne im öffentlichen Dienst in der Reichsnotverordnung [...] zum Ausdruck zu bringen haben.*¹ — *Auf einer nachfolgenden Staatsministerialsitzung am gleichen Tag soll eine ev[entuelle] Änderung der korrespondierenden pr[eußischen] Notverordnung v. 12.9.1931 beschlossen werden.* [B] — **2. Änderung der Preußischen Hauszinssteuerverordnung und Fortführung der [...] Gemeindehilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten.** *Zustimmung zum Entwurf*² *Höpker Aschoffs* mit der Maßgabe zu prüfen, ob und inwieweit es rechtlich zulässig und politisch zweckmäßig ist, den Entschädigungsbetrag für die Senkung der Hauszinssteuer [...] dem Ausgleichsfonds zu entziehen und [...] für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates zu verwenden. *Einzelheiten.* [B]

¹ *Vgl. die Ausarbeitung von MinR Bracht v. 7.10.1931 zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIII, Bl. 211–212.*

² *Vom 3.10.1931, in: Rep. 84a, Nr. 9206, Bl. 136–139; hier auch Bl. 141v–142 eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 5.10. zur Sitzung.*

Nr. 285 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 145–145v; MF 1056. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 61–62.

Anwesend: Severing¹, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Hölscher, Lammers.

1. Preuß[ische] Sparverordnung (Notverordnung) v. 12.9.1931. Besoldung von Beamten und Lehrpersonen. *Einzelheiten.*² [B] — **2. Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.** [B] — **3. Reichsbank. Bürgschaftserklärung der preuß[ischen] Staatsregierung über weitere 100 Mio. RM für**

¹ Als Stellvertreter des [...] Min[ister]Präs[identen] (Bl. 145).

² *Vgl. die Ausarbeitung von MinR Reichau v. 9.10. zur Sitzung, am 10.10. Severing vorgelegt, in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIII, Bl. 214. Eine Ausarbeitung von MinR Reichau v. 12.10. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 7459, Bl. 397–398. Zur Frage der Beförderungen vgl. die Vorlage Höpker Aschoffs v. 7.10.1931 in: Rep. 84a, Nr. 2661, Bl. 134–134v; hier auch Bl. 136–137 eine Ausarbeitung von MinR Reichau v. 10.10. zur Sitzung sowie Bl. 144 eine Aktennotiz v. 24.10. zum Verlauf der Beratung. Ferner Kröker, Beamtenbesoldung, S. 129f.*

Kredite an die Sparkassen *und Vertretung der Angelegenheit gegenüber dem Bürgerschaftsausschuß des Landtags.*³ [B] — 4. Rechtsstreitigkeit mit dem Welfenhaus. *Vortrag Höpker Aschoffs.*⁴

³ Vgl. das Schreiben Höpker Aschoffs an den Vorsitzenden des Bürgerschaftsausschusses v. 7.10.1931 in: Rep. 169, D VIIc K 1 Adhib. 1 Bd. 3, n. f.; hier auch die Protokollnotiz über die Bewilligung in der Ausschußsitzung am 12.10. sowie die Information an den Finanzminister. Grundsätzlich: Born, Karl Erich, *Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik*, München 1967, S. 163–165; Ashauer, Günter, *Entwicklung der Sparkassenorganisation ab 1924*, in: *Deutsche Bankengeschichte*, Bd. 3, Frankfurt/M. 1983, S. 288 f.

⁴ Vgl. das Reichsgerichtsurteil v. 9.10.1931 im Verfahren *Preußischer Staat vs. Gesamthaus Braunschweig-Lüneburg* in: Rep. 151, HB Nr. 872, n. f.

Nr. 286 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 146; MF 1056. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 63.

Anwesend: Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Brecht, Coßmann, Goslar, Lammers, Hölscher, Corsing.

Entwurf² eines Reichsgesetzes über Arbeitsruhe am 24. Dezember. *Bedingte Zustimmung im Reichsrat.*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 146 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² StenBerReichsR, Jg. 1931, Drucks. Nr. 114 v. 3.10.1931; beschlossen in der Sitzung am 15.10.1931, ebd., S. 340, § 466.

Nr. 287 (1.) Ministersitzung am 30. Oktober 1931.

Vollz. Reinschr. mit einer hs. Korrektur, Bd. 180, Bl. 149; MF 1056. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 66–67.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker Aschoff, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Weismann.

[1.] *Fünf Ernennungen und zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand.* [B] — [2.] *Zwei Todesurteile. Anwendung des Gnadenrechts und Umwandlung in lebenslängliche Zuchthausstrafen.* [B] — [3.] *Preußische Novelle zum Disziplinalgesetz. Severing wird ermächtigt, diese im Parlament einzubringen.*¹ [B]

¹ Ausweislich des Sachregisters zu den Stenographischen Berichten des Landtags, StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, wurde keine Novelle eingebracht. Vgl. aber die Ausarbeitung von ORegR Hoch v. 29.10.1931 zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 241 Bd. 6, Bl. 3–3v; hier auch Bl. 34–59 Vorschläge v. 5.11. für die Stellungnahme des Staatsministeriums zu den Beschlüssen des Unterausschusses des Landtages sowie weiteres Material.

Nr. 288 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 30. Oktober 1931.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 180, Bl. 150–151; MF 1056. — *Abschr.: GStAPK*, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 64–65.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Schleusener, Trendelenburg, GerAss. Weber (JMinm.), K. Meyer, Veltman [alle vier zu 1], Corsing [zu 1–2 und 5], v. Leyden [zu 3], Bachmann [zu 3–5], Reichau [zu 3], Pfeiffer [zu 3 und 5], Legler, König [beide zu 3], W. Bracht, Kühnhold [beide zu 5], Landé, Frank (WissMinm.), Steinbicker, Runge, Richter II, Weichmann, Zippel [alle zu 4].

1. Entwurf² eines Gesetzes über die Synagogengemeinden. *Grundsätzliche Zustimmung.* [B] — **2.** Vier Beleidigungen.³ [B] — **3.** *Beamtenpolitik.* Beförderungssperre⁴; *vertagt.* — **4.** *Freiwilliges Ausscheiden von Lehrern aus dem öffentlichen Schuldienst.* *Bedingte Zustimmung zum Entwurf*⁵ einer Verordnung zur Abänderung der Sparverordnung v. 12.9.1931. [B] — **5.** *Staatshaushalt für 1932.* *Geschäftliche Behandlung.*⁶ [B]

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 151 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Vom 22.10.1931, in: Rep. 84a, Nr. 47118, Bl. 173d ff. (unvollständig paginiert); hier auch eine Referentenausarbeitung v. 24. 10 (?) zur Sitzung, auf der LGR Veltman am 26.10. vermerkte: Der Entwurf wird dem Staatsministerium nur zur grundsätzlichen Stellungnahme vorgelegt. Eine endgültige Verabschiedung ist noch nicht möglich, da die Übergangsbestimmungen noch fehlen (Bl. 173g).*

³ *Vgl. die Vorlagen zu den Fällen E. Jerosch, H. Boelke, A. Schumacher und E. Ladwig in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.*

⁴ *Vgl. Material in Rep. 90, Nr. 2338, u. a. Bl. 239–240v zwei Ausarbeitungen von MinR Pfeiffer v. 10. u. 26.10.1931 für Braun zur Sitzung. Das Thema war bereits für die Sitzung am 12.10. von der Tagesordnung abgesetzt worden. Eine Aktennotiz von MinR Reichau zum Verlauf der Beratung in: Rep. 84a, Nr. 2661, Bl. 146–146v; hier auch früheres Material.*

⁵ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, Das preußische Zentrum, S. 251. Vgl. ferner die Mitteilung des Handelsministeriums v. 17.10.1932, daß von der Möglichkeit des freiwilligen Ausscheidens aus den Fach- und Berufsschulen nur verhältnismäßig wenig verheiratete Leiterinnen und Lehrerinnen Gebrauch gemacht hätten; Rep. 84a, Nr. 2661, Bl. 356.*

⁶ *Vgl. das Schreiben des Wissenschaftsministers an den Finanzminister v. 31.10.1931 zur Umsetzung des Beschlusses in: Rep. 76, I Sekt. 2, Nr. 3, Bl. 463.*

Chefbesprechung am 30. Oktober 1931.

Druck: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 3, 10.10.1931 bis 30.5.1932, Boppard a. Rh. 1990, S. 1875–1879, Dok. Nr. 529.

Anwesend: für Preußen Hirtsiefer.

Ostfragen.

Nr. 289 Sitzung des Staatsministeriums am 10. November 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 158–159v; MF 1056. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 68–69v.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Harteck, v. Leyden, Bachmann, Zschintzsch, König [alle vier zu 3 und 6], Reschke [zu 4–5a und 6], Legler, Gottschick, Abramowitz [alle drei zu 3], K. Meyer, Wagemann [beide zu 4], Strunden [zu 5b].

(1. Amtseinführung Klepper sowie Ernennung zum Mitglied des Reichsrats.² [B]) — 2. Zwei Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 3. Anwendung der Sparverordnungen auf die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts; vertagt.³ — 4. Fürstenabfindung. Es soll im Hauptausschuß des Landtags zunächst Zurückhaltung geübt werden.⁴ [B] — (5a. Kleine Verwaltungsreform. Severing stellt hinsichtlich der Aufhebung von Behörden [...] für Anfang Dezember eine Vorlage zur vertraulichen Beratung in Aussicht. — 5b. Verordnungsbefugnis des Staatskommissars für das Siedlungswesen aufgrund der Reichs-Notverordnung v. 6.10.1931. Der Staatskommissar kann [...] von landesrechtlichen Vorschriften abweichende Bestimmungen erlassen, jedoch keine Landesgesetze abändern. [B]) — 6. Beamtenbesoldung. Einzelheiten zur sog. Ausgleichszulage für die Gemeindebeamten aufgrund der preußischen Notverordnung v. 12.9.1931.⁵ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 159v wurden von den TOP 1 und 3–6 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. Pufendorf, Astrid v., Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997, S. 93–104. Ferner Schulze, H., Otto Braun, S. 705 f.

³ Vgl. Material in: Rep. 84a, Nr. 7460, Bl. 8 ff. nach Bl. 240.

⁴ Vgl. die Uranträge Falk u. Gen. (Dt. Staatspartei) v. 25.9.1931 sowie Kasper u. Gen. (KPD) v. 9.10.1931, StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 7566 u. 7586. Dazu in der Sitzung am 19.1.1932 der KPD-Abgeordnete Holt, in: Ebd., Sp. 23487–23500. Ferner eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 9.11.1931 für Braun zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 237, n. f.

⁵ Vgl. die Vorlagen Severings und Höpker Aschoffs v. 1. bzw. 9.11.1931, in: Rep. 84a, Nr. 2553, Bl. 144–146, 149–150; hier auch Ausarbeitungen von MinR Reichau v. 5. u. 7.11.1931 zur Sitzung.

Nr. 290 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 160–160v; MF 1057. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 70–70v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Harteck, Schleusener, Lammers, Krüger, Bandmann, Stahn [beide zu 1], Corsing [zu 1 und 3], Richter II, Lauffer [beide zu 2–3], Rathenau, Mussehl, Weichmann [alle drei zu 2], v. Leyden [zu 2–3], Schnitzler, Wellmann, Sandroock, Bachmann, W. Bracht, Pfeiffer [alle sechs zu 3].

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 160v wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

1. Schutz der Sonn- und Feiertage. *Bedingte Zustimmung zum Entwurf² einer Polizeiverordnung.* [B] Eine Beschlußfassung über den Entwurf einer Verordnung zu einem Gedenktag für die Opfer des Krieges wird zurückgestellt.³ — **2.** Umstellung der Osthilfe durch Schuldennachlaß. *Es wird von der diesbezüglichen Absicht der Reichsregierung [...] Kenntnis genommen.*⁴ — **3.** *Staatshaushalt für 1932. Grundsätzliche Zustimmung.*⁵ [B]

² Vgl. die Vorlage v. 11.11.1931 in: Rep. 77, Tit. 4011 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 8–14. Eine Referentenausarbeitung v. 16.11. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 2701, Bl. 43–44v. Erlassen als Polizeiverordnung über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage v. 23.11.1931, GS, S. 249.

³ MinR Bandmann richtete an StS Abegg am 17.11. die Bitte, am Schluß der Sitzung zu fragen, wie die Staatsregierung sich zur Einladung der Kriegsgräberfürsorge am 24. Nov[em]ber stellen will. Der Staatssekretär vermerkte noch am Tag der Staatsministerialsitzung: Es ist beschlossen, daß kein Vertreter Preußens hingeht. Der Reichskanzler hat fest zugesagt, die Sache noch vor Weihnachten zu regeln (?); Rep. 77, Tit. 4011 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 15.

⁴ Vgl. die Besprechung der Reichsminister am 16.11.1931, TOP 1, in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 3, S. 1964–1968, Dok. Nr. 555. Zum Kurswechsel in der preußischen Politik vgl. Schulze, H., Otto Braun, S. 687.

⁵ Vgl. die Vorlage v. 14.11.1931 in: Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 358–364; hier auch Bl. 367–367v eine Ausarbeitung von Min.-Dirigent Schuller v. 16.11. zur Sitzung. Eine Stellungnahme von RegR Kühnhold v. 16.11.1931 zur Sitzung in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 22 Bd. 10, n. f.

Nr. 291 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 27. November 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 161–162, 164²; MF 1057. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 72–73.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber [teilw. zu 2], Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Stunden [zu 1, U], Reschke [zu 2–3, U].

Weitere Teilnehmer: H. Staudinger [für Schreiber zu 2–3], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Harteck, Arlt, Hammans, Soldan, Koehne, Denner, Kasper, Strunden [alle sieben zu 1], Peters, Corsing [beide zu 2].

1. Emser Quellen und Bergbau. *Gegen das Votum Steigers Zulassung weiteren Bergbaus unter Beobachtung durch eine Quellenschutzkommission.*³ [B] — **2.** Hochschulpolitik. *Zustimmung zum Entwurf⁴ eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Studenten und die Disziplin auf den staatlichen wissenschaftlichen Hochschulen, das nach der Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu geben ist.* [B] — **3.** *Fünf Ernennungen.* [B] — **(4.** *Besprechung zur Veröffentlichung⁵ des Berliner Tageblatts über Preußens neuen Etat.)*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 161 wurden von den TOP 1–2 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Zusatz zu TOP 1.

³ Vgl. die Vorlage Schreibers v. 10.11.1931 in: Rep. 84a, Nr. 2322, Bl. 291–298; hier auch Bl. 301–309 das Votum des Landwirtschaftsministeriums v. 19.11. sowie Bl. 310v–311v eine Ausarbeitung von OLGK Krieger v. 23.11. zur Sitzung.

⁴ Vom 16.11.1931, in: Rep. 77, Tit. 46 Nr. 9 Bd. 3, Bl. 1–9v; hier auch Bl. 10–15 Referentenausarbeitungen zur Sitzung. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 8268 v. 13.2.1932 mit dem Gutachten des Staatsrates.

⁵ Für die Zeit vom 20. bis 30. November 1931 nicht nachweisbar.

Nr. 292 (2.) Ministerbesprechung am 27. November 1931.

Vollz. Reinschr., Bd. 180, Bl. 165; MF 1057. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 74.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: H. Staudinger [für Schreiber], Weismann.

[1.] Staatshaushalt. Kurzer Bericht Kleppers zur Finanz- und Kassenlage. Es soll nochmals der Reichskanzler in einem Schreiben¹ auf die Lage sowie die eventuellen Folgen mit aller Deutlichkeit hingewiesen werden. [B] — [2.] Behörden. Dienstzeit zum Jahresende.²

¹ Vom 28.11.1931, in: *Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 3, 10.10.1931–30.5.1932*, bearb. v. Tilman Koops, Boppard a. Rh. 1990, S. 2023–2024, Dok. Nr. 575 mit weiterführenden Anmerkungen; einleitend wird in dem Brief irrtümlich auf die heutige (!) Staatsministerialsitzung Bezug genommen. Vgl. mit Bezug auf das Protokoll: Arndt, *Die Politik der preußischen Regierung, Teil 1*, S. 235. Ferner Schulze, H., *Otto Braun*, S. 712.

² Vgl. z. B. den Runderlaß des Justizministers v. 1.12.1931 betr. *Regelung des Dienstes am 2.1.1932*, *JustizMinBl.*, S. 372. Vgl. ferner die Eingabe des Hauptbetriebsrates beim Preußischen Finanzministerium und beim Innenministerium v. 5.12.1931 in: *Rep. 77, Tit. 184 Nr. 257 Bd. 2, Bl. 109*.

Nr. 293 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Dezember 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 166–167; MF 1057. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 75–76.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Kern, Zimmer [zu 1], Corsing [zu 1–2, 5 und 6], Herrstadt, Lauffer [beide zu 4], Strunden [zu 7], Pfeiffer [zu 8²].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Drei Ernennungen und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 3. Strafantrag. [B] — 4. Auflösung von Versicherungsämtern; Beratung und Beschlußfassung zurückgestellt. — 5. Osthilfe. Denkschrift³ zur *Reichs-Notverordnung* zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet v. 17.11.1931⁴; abgesetzt. — 6. Ernennung von Mitgliedern des Direktoriums der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse; Beratung und Beschlußfassung zurückgestellt. — 7. Reichsmilchgesetz. Es wird kein Antrag an die Reichsregierung gestellt, das Inkrafttreten bis auf weiteres auszusetzen.⁵ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 167 wurden von den TOP 1 und 3–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Anwesenheit lt. Liste der weiteren Teilnehmer. Pfeiffer erscheint mit dem Vermerk: Zu außerhalb der TO (Bl. 166v). Der TOP wurde anscheinend nicht protokolliert.

³ Vermutlich das Schreiben der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse v. 2.12.1931, das sich gegen die Ausdehnung der Osthilfe auf andere notleidende landwirtschaftliche Gebiete wandte; vgl. dazu mit Fundortangabe im Aktenbestand der Reichskanzlei die Besprechung der Reichsminister am 2.12.1931, TOP 1, Anm. 3, in: *Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 3, S. 2038, Dok. Nr. 582*.

⁴ *RGBl. I*, S. 677.

⁵ Vom 31.7.1930, *RGBl. I*, S. 421. Lt. Art. 1, Abs. 1 der Verordnung über das Inkrafttreten des Milchgesetzes. Vom 15.5.1931, *RGBl. I*, S. 150, sollte das Gesetz am 1.1.1932 in Kraft treten.

Nr. 294 (2.) Ministerbesprechung am 11. Dezember 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 168–168v; MF 1057. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 77–78.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Lammers, Hölscher.

1. Ernennung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern des Direktoriums der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse. [B] — **2. Staatshaushalt. Besprechung der von Klepper** vorgebrachten Sparmaßnahmen.¹ — **3. Notwendigkeit der Einhaltung der Geheimhaltungsvorschriften angesichts wiederholter Indiskretionen** in der Presse.

¹ *Vgl. die Vorlage v. 9.12.1931 in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIV, Bl. 1–46.*

Nr. 295 Ministerbesprechung am 14. Dezember 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 169–169v, zwei Anlagen: Bl. 170–188; MF 1057. — Abschr.: I. HA, Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIV, Bl. 146.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Lammers, Hölscher, Weismann.

1. Preußische Notverordnung [...] zur Sicherung des Haushalts, zur Vereinheitlichung der öffentlichen Verwaltung sowie zur besseren Verteilung und sparsamen Nutzung der Arbeitskräfte.¹ *Beschluß der Fassung in den Anlagen* [...] vorbehaltlich einer Schlußredaktion. *Einzelheiten, u. a. zur Personalpolitik. – Beschluß zur Senkung der Haushaltsausgaben für 1932 gegenüber 1931* um mindestens 180 Mio. RM. [B] — **2. Landtag. Ausnahmsweise Aussagegenehmigung für Landrat z. D. Dr. Scholz vor dem 23. Untersuchungsausschuß betr. Volksbegehren sowie ebenfalls für den Gegenzeugen des Staatsministeriums.**² [B]

¹ *Entwurfss Fassungen in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIV, Bl. 49–140; hier auch Referentenausarbeitungen zur Sitzung. Veröffentlicht als Zweite Sparverordnung v. 23.12.1931, GS, S. 293. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 229.*

² *Vgl. die Vorlage Severings v. 13.12.1931 in: Rep. 90, Nr. 616, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung v. 14.12. für Braun zur Sitzung. Im Antrag v. Winterfeld (DNVP) u. Kube (NSDAP) v. 14.11.1930 war u. a. gefordert worden, den Fall von Landrat Scholz zu untersuchen; vgl. StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 5548; hierüber wurde dem Plenum gegenüber nicht mehr berichtet. Vgl. Steffani, Die Untersuchungsausschüsse, S. 234 f.*

Nr. 296 (1.) Sitzung des Staatsministeriums¹ am 18. Dezember 1931.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 189–189v, Anlage: Bl. 190–208; MF 1057/1058. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 79–80; Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIV, Bl. 186–186v.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Lammers, Hölscher, Weismann.

[1.] *Preußische Notverordnung [...] zur Sicherung des Haushalts, zur Vereinheitlichung der öffentlichen Verwaltung sowie zur besseren Verteilung und sparsamen Nutzung der Arbeitskräfte.² Annahme des Entwurfs. Einzelbeschlüsse³ bzw. Zurückstellung von Beschlüssen⁴ zur Beamtenbesoldung sowie zur Organisationsstruktur der Bergreviere. [B] — [2.] Staatshaushalt für 1932. Es wird den parlamentarischen Körperschaften nur ein Haushalt vorgelegt, der völlig ausgeglichen ist.⁵ [B]*

¹ *Hs. korrigiert aus Ministerbesprechung (Bl. 189).*

² *Die beschlossene Fassung in der Anlage. Erlassen als sog. Zweite Sparverordnung v. 23.12.1931, GS, S. 293. Vgl. ferner die Teil-Vorlage von Schmidt v. 18.12.1931 betr. Gehaltskürzung in: Rep. 90, Nr. 759, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von AmtsR Legler v. 18.12. für Braun zur Sitzung. Es erging der Runderlaß des Finanzministeriums namens des Preußischen Staatsministeriums v. 19.12.1931 betr. vorläufige Durchführung versorgungsrechtlicher Bestimmungen aus der Preußischen Verordnung v. 12.9.1931 – Sparverordnung (GS, S. 179) – und des Kap. V – Pensionskürzung – Abschn. I im 3. Teil der Reichsverordnung v. 6.10.1931 (RGBl. I, S. 546), in: Preußisches Besoldungsblatt, S. 355.*

³ *Vgl. Material zur Frage der Verwendung von Ersparnissen aus den Gehalts- und Lohnsenkungen bei gebührenpflichtigen Kommunalbetrieben zur Deckung des Finanzbedarfs der Gemeinden in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIV, Bl. 180–184v, 188.*

⁴ *Vgl. zur Frage der Nichtanrechnung von Vordienstzeiten bei Beamtenanwärtern das ablehnende Schreiben des Finanzministeriums v. 4.1.1931 in: Rep. 84a, Nr. 7460, Bl. 35.*

⁵ *Vgl. mit Bezug auf das Protokoll: Arndt, Die Politik der preußischen Regierung, Teil 1, S. 236 f., Teil 2, S. 128.*

Nr. 297 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 18. Dezember 1931.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 180, Bl. 214–214v; MF 1058. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 39, Bl. 81–81v.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Harteck, Kern, Schleusener, Abegg, Hölscher, Breuhahn, Legler, Gottschick [alle drei zu 1], Scholtz [zu 2], Corsing [zu 2 und 4].

1. *Sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts; vertagt.² — 2. Nochmals zur Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG; vertagt. Unter Umständen ist eine Einigung im Wege des Umlaufs möglich.³ [B] — 3. Drei Ernennungen. [B] — 4. Gerichtsgemein-*

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 214v wurden von den TOP 1–2 und 4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Vgl. das Material in: Rep. 84a, Nr. 7460, Bl. 17 ff. nach Bl. 240.*

³ *Vgl. die Vorlage Hirtsiefers v. 12.12.1931 in: Rep. 120, BB VI 1 Nr. 3y Beiheft 4, Bl. 123–129v.*

schaften. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁴ über die Neufassung und Abänderung von Gerichtsgemeinschaftsverträgen, der nach Begutachtung durch den Staatsrat an den Landtag zu bringen ist. [B]

⁴ Vom 12.12.1931, in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 304 Beiakten 3 Bd. 2, Bl. 137–159. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 8237 v. 2.2.1932 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwendungen erhoben hatte.

Nr. 298 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Januar 1932.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 1–3; MF 1058. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 1–2v.

Anwesend: Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Hardeck, Kern, Abegg, Hölscher, Schneller [zu 1], Bachmann, Legler [beide zu 1–2], Bandmann, Stahn [beide zu 3], Reschke [zu 3 und 6], Schwister, Zimmer, Hoch, Corsing [alle vier zu 6], Backhaus, Strunden [zu 5].

1. Beamtenbesoldung. Anrechnungshöchstbetrag für Dienstwohnungen; abgesetzt. — **2. Beamtenbesoldung.** Gleichstellung der preußischen [...] mit den [...] Reichsbeamten beim Wohnungsgeldzuschuß; abgesetzt. — **3. Gedenktage.** Obwohl Preußen grundsätzlich gegen die Begehung eines Volkstrauertages am sog. Sonntag Reminiscere ist, werden, sofern die Vorarbeiten des Ausschusses für die Festsetzung eines Volkstrauertages für den 21.2.1932 schon zu weit vorangeschritten sind, nochmals die Bedenken zurückgestellt. Dabei soll eine Halbmastbeflaggung der Dienstgebäude nur aufgrund einer Hoheitsanordnung des Reichs erfolgen. Einer Ländervereinbarung zur Feier der Reichsgründung am 18. Januar wird nur zugestimmt, wenn gleichzeitig eine Ländervereinbarung zur Feier des Verfassungstages am 11. August [...] zustande kommt.² [B] — **4. Sechs Ernennungen und zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand.** [B] — **5. Anschluß der in Braunschweig vorhandenen Tierärzte an die Fürsorgekasse des Preußischen Tierärztekammerausschusses.** [B] — **6. Beamtenausbildung.** Entwurf eines Gesetzes über die Änderung der Vorbildung für den höheren Justizdienst und eines Gesetzes über die Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst; vertagt. — **(7a. Genesungswünsche an MdR Heß (Zentrum).³ [B] — 7b. Glückwünsche an Braun zu seinem 60. Geburtstag.⁴ [B])**

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 3 wurden von den TOP 1–3 und 5–7 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. die Vorlage Severings v. 14.1.1932 in: Rep. 77, Tit. 4011 Nr. 3 Bd.3, Bl. 87–89v; hier auch Bl. 92–93 eine Ausarbeitung von MinR Reschke v. 20.1. zur Sitzung sowie Bl. 115–115v der Wortlaut der Hoheitsanordnung des Reichsinnenministers v. 26.1. Eine Referentenausarbeitung v. 17.1. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 2701, Bl. 86–89. Ferner der Festtagsartikel: Braun, Otto, Verfassungstag 1931, in: Vorwärts Nr. 371 v. 11.8.1931.

³ Stirbt am 4.2.1932. — Heß war 1930–32 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Landtag und maßgeblicher Befürworter einer Koalition mit der SPD.

⁴ Am 28.1.1932. — Braun war seit Ende 1931 in Ascona/Schweiz, wo er sich nach Weihnachten den Arm brach. Er kehrte am 31.1.1932 nach Berlin zurück; vgl. Schulze, H., Otto Braun, S. 712.

Nr. 299 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 5. Februar 1932.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 181, Bl. 4–6; MF 1058. — *Abschr.:* I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 3–5.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Klepper, Schreiber, Schmidt, Grimme. — *Prot.:* Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Hardeck, Schleusener, Schnitzler, Wellmann, Wüllenweber, Richter II, Fehse, Bank, Sandrock [alle sieben zu 2], v. Leyden [zu 2–4 und 7], Bachmann [zu 2–4], Surén [zu 2–4 und 7], Schneller [zu 2–3], Kühnhold [zu 2], Pfeiffer [zu 2–3], Legler [zu 3–4], Strunden [zu 6 und 8], Theegarten [zu 8], Schwister, Zimmer, Hoch [alle drei zu 9], Zachariae, K. Meyer [beide zu 11].

(1. *Nochmals zum Gedenktag für die Opfer des Krieges. Hinsichtlich einer Halbmastbeflaggung der Dienstgebäude am 21.2.1932 soll mit Bayern und Sachsen Kontakt aufgenommen werden, damit man gegenüber dem Reichsministerium des Innern einheitlich auftreten kann.*² [B]) — 2. *Staatshaushalt für 1932; bis zur anschließenden Ministerbesprechung zurückgestellt.* — 3. *Beamtenbesoldung. Anrechnungshöchstbetrag für Dienstwohnungen. Einzelheiten.* [B] — 4. *Beamtenbesoldung. Keine Gleichstellung der [...] preußischen Beamten mit den [...] Reichsbeamten hinsichtlich des Wohnungsgeldzuschusses.*³ [B] — 5. *Ernennung.* [B] — 6. *Notlage der preußischen Forstwirtschaft; abgesetzt.*⁴ — 7. *Gewerbesteuer. Genehmigung zur Erhöhung der Zuschläge [...] nach der Lohnsumme in der Stadt Berlin.* [B] — 8. *Schulhoheitsrecht im Gebiete der ehemaligen Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla. Zustimmung zum Gesetzentwurf.*⁵ [B] — 9. *Beamtenausbildung. Entwurf*⁶ eines Gesetzes über die Änderung der Vorbildung für den höheren Justizdienst und eines Gesetzes über die Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst; zu nochmaliger kommissarischer Beratung zurückgestellt. [B] — 10. *Landtag. Keine Genehmigung für Höpker Aschoff zu Aussagen im 20. (Untersuchungs-) Ausschuß*⁷. *Bei grundsätzlicher Verweigerung von Aussagegenehmigungen für Staatsbeamte können Ausnahmen nur in den Fällen erteilt werden, in denen nach der Auffassung der Staatsregierung die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle Preußens keinen Nachteil bereitet.*⁸ [B] — 11. *Fürstenabfindung. Klepper soll vor dem Rechtsausschuß des Reichstags erklären, daß in den Fällen, in denen die Fragen durch Verträge abschließend geregelt und durchgeführt worden sind, [...] Preußen keine Veranlassung zu einer reichsgesetzlichen Regelung sieht, wohl aber eine Ergänzung*

¹ *Lt. Aktenvermerk Bl. 6 wurden von den TOP 1 und 3–11 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.*

² *Vgl. die Vorlage des Innenministeriums v. 3.2.1932 in: Rep. 77, Tit. 4011 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 119–120; hier auch Bl. 122–123v Referentenausarbeitungen zur Sitzung.*

³ *Vgl. die Ausarbeitung von MinR Bracht zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIV, Bl. 198–199; hier auch Bl. 200 eine Ausarbeitung von ORegR Legler (StMinm.) v. 22.1.1932 für Braun zur Sitzung. Ferner ebd., Bl. 204 der *hs. Vermerk* v. 5.2.: Ist wegen der fin[anziellen] Auswirkung (1½ Mill.) abgelehnt (StS Abegg?). Eine nicht datierte Ausarbeitung Schätzungsweise Berechnung einer Kürzung des Wohnungsgeldzuschusses in den Ortsklassen C und D um 10 v. H. für 1932 aus den Handakten von RegOSekr. Sogemeier in: Rep. 151, I B Nr. 4749/10, n. f.*

⁴ *Vgl. das Votum Steigers v. 27.1.1932 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 199 Bd. 1, n. f.*

⁵ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

⁶ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

⁷ *Gemeint ist der Untersuchungsausschuß zur Preußischen Zentralgenossenschaftskasse; vgl. zu seiner Tätigkeit Steffani, Die Untersuchungsausschüsse, S. 210–224.*

⁸ *Hs. geändert aus in denen die Staatsregierung ein Interesse an der Aussage hat (Bl. 5a).*

des Staatsrentengesetzes die einzige Möglichkeit zur Aufwertung des Welfenfonds bieten wird. Einzelheiten.⁹ [B]

⁹ Vgl. das Schreiben des Reichsministers des Innern v. 21.12.1931 in: Rep. 90, Nr. 237. Anlaß für die Debatte war der Antrag Breitscheid u. Gen. v. 13.10.1931 in: StenBerRT, Bd. 451, Drucks. Nr. 1189. Ferner die Sitzung des Reichskabinetts am 5.2.1932, TOP 1, in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 3, S. 2263 f., Dok. Nr. 662.

Nr. 300 (2.) Ministerbesprechung am 5. Februar 1932.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 7–7v, Abschr.: Bl. 8–9; MF 1058. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 7–8; Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 395–395v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Schreiber, Steiger, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Abegg, Schleusener, Lammers, Brecht.

Staatshaushalt für 1932. Diskussion auf der Basis der Denkschrift¹ Kleppers über die preußische Finanzlage. Einzelheiten zu Einsparungen bei einzelnen Etats. Zur Deckung einer Lücke von 100 Mio. RM sollen die Verhandlungen mit dem Reich [...] umgehend wieder aufgenommen werden.² [B]

¹ Vom 1.2.1931, übersandt mit Anschreiben v. 2.2., in: Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 375–389v; hier auch Bl. 391–393 zwei Ausarbeitungen von Min.-Dirigent Schneller zur Sitzung.

² Vgl. die Besprechung Brauns, Kleppers und Weismanns mit Brüning, Dietrich, Pünder und weiteren Reichsministerialbeamten am 1.2.1932 in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 3, S. 2250–2252, Dok. Nr. 655. Mit Bezug auf das Protokoll: Arndt, Die Politik der preußischen Regierung, Teil 1, S. 238.

Nr. 301 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 12. Februar 1932.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 12–13; MF 1058. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 10–11.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Hardeck, Kern, Abegg, Schleusener, Hölscher, Krüger, Lammers, Trendelenburg [zu 1–2], GerAss. Weber (JMinm.) [zu 1], Strunden [zu 1–2], Grünbaum [zu 2], Reschke [zu 4–5].

1. Nochmals zum Gesetzes über die Synagogengemeinden. Zustimmung zum Entwurf², der nach Begutachtung durch den Staatsrat dem Landtag vorzulegen ist. [B] — 2. Kirchenpolitik. Zustimmung zum Entwurf³ eines Gesetzes über das lastenfreie Kirchenpatronat, der nach

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 13v wurden von den TOP 1–2 und 4–5 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vom 3.2.1932, in: Rep. 84a, Nr. 47118, Bl. 176–185; hier auch Bl. 187–187a eine Ausarbeitung von LGR Veltman v. 11.2. zur Sitzung. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 8391 v. 12.3.1932 mit der Stellungnahme des Staatsrates.

³ Vom 4.2.1932, in: Rep. 120, CB I Nr. 103 Bd. 10, n. f. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1932, Drucks. Nr. 39 v. 16.2.1932 mit dem Vermerk, daß der Staatsrat keine Einwände erhoben hatte.

Begutachtung durch den Staatsrat dem Landtag vorzulegen ist. [B] — 3. Vier Ernennungen sowie eine Abberufung und Weiterverwendung bei einer Regierung. [B] — 4. Wahlen. Zustimmung zum Entwurf⁴ einer Zweiten Verordnung zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Einzelheiten. [B] — 5. Nochmals zur Halbmastbeflagung der Dienstgebäude am 21.2.1932. Veröffentlichung einer von Severing vorgeschlagenen Verlautbarung.⁵ [B]

⁴ Vom 8.2.1932, in: Rep. 90, Nr. 110, Bl. 314–315; hier auch Bl. 316 eine Ausarbeitung von MinR Reschke für Braun zur Sitzung. Eine ausführliche, von Severing am 13.2. paraphierte Notiz zum Beratungsergebnis auf einem Auszug aus der Tagesordnung in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 198 Bd. 2, n. f.

⁵ Vgl. eine Referentenausarbeitung v. 12.2.1932 für Severing zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 4011 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 133–135v. Es wurde mit Datum v. 12.2. ein Erlaß des Staatsministeriums veröffentlicht; MinBl. Innere Verwaltung, Sp. 143.

Nr. 302 (2.) Ministersitzung¹ am 12. Februar 1932.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 20–21, teilweise korrigierte Entwürfe: Bl. 14–19; MF 1058. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 12–13.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers, Krüger, Hölscher, Schleusener, Weismann, Brecht.

[1.] Staatshaushalt für 1932. Zustimmung zum Entwurf eines Vertrages zwischen Reich und Preußen betr. den preußischen Etatsausgleich. Einzelheiten, u. a. sollen die Landeskulturämter nicht auf das Reich übergehen, wohl aber Beteiligungen an der Deutschen Siedlungsbank, an der Preußischen Landesrentenbank und an den ländlichen Siedlungsgesellschaften. Ferner erklärt sich Preußen bereit, daß Reformen der Arbeitslosenfürsorge und der Verwaltung, letztere auch in Abstimmung mit dem Reich, erfolgen.² [B] — [2.] Staatshaushalt für 1932. Einzelheiten, u. a. im Ergebnis von TOP 1. [B] — [3.] Preußische Notverordnungen. Im Rahmen der Beratung einer neuen Notverordnung ist die Sparverordnung vom 12.9.1931 zu überprüfen und dabei auch zu erwägen, ob die Pädagogische Akademie in Kiel³ bestehen bleiben soll. [B] — [4.] Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege. Zustimmung zu Vorschlägen Kleppers.⁴ [B]

¹ Streng vertraulich zu behandeln. (Hs. Vermerk Bl. 20)

² Vgl. den Vermerk von StS Pünder über eine Besprechung wegen der finanziellen Notlage Preußens am 1.3.1932 sowie das Schreiben von StS Weismann an Pünder mit dem Beschlußprotokoll der gleichen Beratung in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 3, S. 2343–2345, Dok. Nr. 689–690. Mit Bezug auf das Protokoll (hier fälschlich auf den 13.2. datiert): Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 251, Anm. 19; Arndt, Die Politik der preußischen Regierung, Teil 1, S. 238; Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 1010; Pufendorf, Otto Klepper, S. 116. Zum Zusammenhang der Vereinbarungen mit einer Verwaltungsreform: Deuse, Klaus Dieter, Verwaltungsabbau und Verwaltungsreform in Preußen von 1909 bis 1932, Bochum, geschichtswiss. Diss. 1985 (Mikrofiche), S. 398.

³ Vgl. Voten in: Rep. 90, Nr. 1761.

⁴ Vom 9.2.1932, in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 341 Bd. 1, Bl. 392–395v.

Nr. 303 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 4. März 1932.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 27–27v; MF 1058 — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 14–14v.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Goslar, Harteck, Schleusener, Hölscher, Lammers, Reschke [zu 1], Corsing [zu 2].

1. Oberlandesgerichte. Zustimmung zur Errichtung von Dienststrafenaten, Einzelheiten.² [B] — **2. Beleidigung.**³ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 27 wurde eine Abschrift an die Reichskanzlei gegeben.

² Zur Struktur der bis dahin bestehenden Disziplinargerichte und dem Problem, daß vielfach Dienstvorgesetzte, die zudem häufig die Disziplinarverfahren einleiteten, auch Mitglieder oder sogar Gerichtsvorsitzende waren: Brand, Arthur, Das Beamtenrecht. Die Rechtsverhältnisse der preußischen Staats- und Kommunalbeamten systematisch dargestellt, Berlin, 3. Aufl. 1928, S. 776–779, v. a. S. 777.

³ Vgl. zum Verfahren gegen H. Grimm die Vorlage des Justizministeriums v. 1.3.1932 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

Nr. 304 (2.) Ministerbesprechung des Staatsministeriums am 4. März 1932.

Zwei vollz. Teilreinschriften¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 28–31; MF 1058. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 16–17.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Weismann [zu 1, U], Nobis [zu 2–5, U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Weismann, Hölscher, Lammers, Schleusener, Nobis [zu 1], Brecht.

1. Elf Ernennungen sowie Hinausschiebung der Altersgrenze in sechs Fällen. [B] — **[2.] Entwurf² der preußischen Notverordnung zur Ergänzung der Ersten und Zweiten Sparverordnung. Zustimmung mit einzelnen Änderungen, u. a. um die Erhaltung der Pädagog[ischen] Akademie in Kiel zu ermöglichen³.** [B] — **[3.] Hauszinssteuer. Zustimmung zum Entwurf⁴ einer Änderungsverordnung.** [B] — **[4.] Staatshaushalt für 1932. Information Kleppers** über das Ergebnis seiner Verhandlungen

¹ Während die Teilreinschrift zu TOP 1 die Bezeichnung Ministerbesprechung im Anschluß an die Staatsministerialsitzung (Bl. 28) trägt, heißt es bei der Teilreinschrift der TOP 2–5 Sitzung des Staatsministeriums (Ministerbesprechung) (Bl. 30).

² Vom 1.3.1932, in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XV, Bl. 1–28v. Erlassen als Verordnung zur Ergänzung der Ersten und Zweiten Sparverordnung v. 14.3.1932, GS, S. 123. Ferner erging mit Datum v. 19.3.1932 ein Erlaß des Wissenschaftsministers betr. Schließung von Pädagogischen Akademien, in dem die Einrichtung in Kiel ausdrücklich ausgenommen wurde; vgl. ZBl. Unterrichtsverwaltung, S. 121. Ausarbeitungen von MinR Reichau v. 3.3. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 7460, Bl. 215v–218.

³ Hs. Zusatz Bl. 30.

⁴ Vom 3.3.1932, in: Rep. 84a, Nr. 9206, Bl. 185–190v; hier auch Bl. 191–191v eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer zur Sitzung. Es ergingen sowohl die Verordnung über die Abänderung der Hauszinssteuerverordnung v. 9.3.1932 (GS, S. 111) als auch die Verordnung zur Änderung der 2. Verordnung zur Durchführung der Hauszinssteuerverordnung v. 2.7.1926 (GS, S. 218) i. d. F. der Verordnung zur Änderung der 2. Verordnung zur Durchführung der Hauszinssteuerverordnung v. 2.7.1926 (GS, S. 218) v. 2.4.1931 (GS, S. 57). Vom 10.3.1932, GS, S. 122.

mit dem Reiche, wobei die Siedlungsfragen noch offen sind. Zustimmung zum Haushaltsentwurf⁵ unter Wiedereinstellung des für letztere veranschlagten Betrages. [B] — [5.] Vorschlag zur Neuwahl des Landtags am 17.4.1932.⁶ [B]

⁵ Vom 23.2.1932, in: Rep. 84a, Nr. 6820, Bl. 429–436v; hier auch Bl. 442v Referentenausarbeitungen zur Sitzung, ferner Votenwechsel zu den Siedlungsfragen. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1928–32, Drucks. Nr. 8386 v. 11.3.1932 mit dem Gutachten des Staatsrats. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 252; Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 1010.

⁶ Tatsächlich am 24.4.1932 (gleichzeitig mit Wahlen in Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg); vgl. Deutscher Geschichtskalender 1932 A, S. 108.

Nr. 305 Sitzung des Staatsministeriums am 10. März 1932.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 32–34; MF 1058/1059. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 18–20.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Abegg [für Severing], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Hardeck, Krüger, Schleusener, Kehrl, Danckwerts, Hausmann, Metz [alle vier zu 1], Strunden [zu 1–2], Borchart, Sandrock [beide zu 2], Corsing [zu 3], Reschke [zu 5].

1. Wasserstraßenverwaltung. Instruktion für unverbindliche Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium zur staatsvertraglichen Regelung einer Eingliederung der Reichswasserstraßenverwaltung in die allgemeine preußische Verwaltung. Einzelheiten, u. a. zur Stellung der Beamten. Mit der möglichen Zustimmung Preußens zur Schaffung einer Reichswasserstraßenverwaltung soll auch die Reichsversorgungsverwaltung mit den Landesversicherungsanstalten vereinigt werden.² [B] — **2.** Nürburgring. Ermächtigung für Hirtsiefer zur endgültigen Klärung aller gegenseitigen Forderungen einschließlich der Reichsanteile aus dem Bau der Rennstrecke. Einzelheiten. [B] — **3.** Strafantrag.³ [B] — **4.** Vier Ernennungen. [B] — **5.** Ernennungen zur Besetzung des Großen Dienststrafsenats beim Kammergericht.⁴ [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 34 wurden von den TOP 1–3 und 5 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vgl. die Vorlage Severings v. 29.2.1932 in: Rep. 90, Nr. 392, n. f.; hier umfangreiches weiteres Material.

³ Vgl. zum Fall des Regierungsoberlandmessers A. Merkelbach die Vorlage des Justizministeriums v. 1.3.1932 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁴ Vgl. die Vorlage Schmidts v. 7.3.1932 mit der Namensliste in: Rep. 84a, Nr. 3066, Bl. 84–85.

Nr. 306 (1.) Sitzung des Staatsministeriums (Ministerbesprechung) am 18. März 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 35; MF 1059. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 35.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Schreiber, Steiger, Schmidt, Klepper. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Lammers.

Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B]

Nr. 307 (2.) Sitzung des Staatsministeriums am 18. März 1932.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 181, Bl. 36–46; MF 1059 u. MF-Suppl. — *Abschr.:* I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 23–33.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Klepper. — *Prot.:* Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Grimme], Weismann, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Harteck, Schleusener, Zimmer [zu 1–3], Corsing [zu 1–2, 5, 7–11 und 13–14], Strunden [zu 3], v. Leyden [zu 4 und 11–13], Abramowitz, Sperl [beide zu 4], Hog [zu 4], Scheche [zu 4 und 11–13], Weichmann [zu 4 und 12], Wittland [zu 7–9], Hoch [zu 7–10], Preuß [zu 10], Surén, Hog [beide zu 11–13], Ahrendts [zu 14].

1.–3. Drei Disziplinarsachen. [B] — **4.** Sparkassenreform. Zustimmung mit Änderungen zum Entwurf² einer Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und die kommunalen Kreditinstitute einschließlich Mustersatzung. Einzelheiten. [B] — **5.** Beleidigung.³ [B] — **6.** Fünf Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze. [B] — **7.** 292 Ernennungen von Dienststrafrichtern (richterliche Beamte und nichtrichterliche Justizbeamte) für die bei den Oberlandesgerichten zu bildenden Dienststrafsenate sowie die Dienststrafkammern⁴. [B] — **8.** Ernennung der Mitglieder der Dienststrafkammern bei den Regierungen mit einer Änderung. [B] — **9.** Ernennung der Mitglieder des Dienststrafhofs und der Dienststrafkammer beim Oberpräsidenten Berlin mit fünf Änderungen. [B] — **10.** Festungshaft. Grundsätzliche Zustimmung zum Vorschlag⁵ Schmidts. [B] — **11.** Verstärkung der Beihilfefonds zur Verhinderung von Kassenzusammenbrüchen.⁶ [B] — **12.** Kommunen. Sonderfinanzausgleich zu Gunsten preußischer Randgemeinden der Stadtstaaten. Verringerung der nach dem Sonderfinanzausgleichsgesetz bereitzustellenden Summe für 1932 von 10 Mio. auf 4 Mio. RM. [B] — **13.** Finanzausgleichsgesetz. Zustimmung zum Entwurf⁷ einer Verordnung zur Verlängerung und Änderung des Preuß[ischen] Ausführungsgesetzes [...] für das Rechnungsjahr 1932 mit einer Ergänzung. [B] — **14.** Amtsbezeichnungen; abgesetzt. — **(15.** Staatshaushalt für 1932. Aufstellung von Kassenvoranschlägen.⁸ [B])

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 34 wurden von den TOP 1–3 und 5 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² Vom 14.12.1931, in: Rep. 84a, Nr. 4785, Bl. 31–70v; hier auch Voten sowie Bl. 139–139v eine Ausarbeitung von MinR Krieger zur Sitzung.

³ Vgl. zum Verfahren gegen I. Jungbluth die Vorlage des Justizministeriums v. 10.3.1932 in: Rep. 120, CB I Nr. 110c, n. f.

⁴ Vgl. die gemäß Runderlaß des Innenministers v. 28.1.1932 eingereichten Vorschlagslisten für die Dienststrafkammern in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 241 Beiakten VI.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden; vgl. aber eine Aktennotiz v. 7.1.1932 für den StS des Justizministeriums zum Ergebnis einer Besprechung mit StS Weismann über die Anwendung von Festungshaft bei Hoch- und Landesverrat in: Rep. 84a, Nr. 7883, Bl. 243.

⁶ Vgl. die Vorlage Severings v. 15.3.1932 in: Rep. 84a, Nr. 9178, Bl. 118–121; hier auch Bl. 122v–123 eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 17.3. zur Sitzung.

⁷ Vom 17.3.1932, in: Rep. 84a, Nr. 9178, Bl. 124–134; hier auch Bl. 136–136v eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer zur Sitzung v. 17.3.1932. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 252.

⁸ Vgl. das Rundschreiben des Finanzministeriums v. 4.3.1932 in: Rep. 151, I A Nr. 1074/11, Bl. 72–74v.

Nr. 308 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 6. April 1932.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 181, Bl. 47–48; MF 1059. — *Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 36–37.*

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Klepper. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Harteck, Abegg, Schleusener, Bollert, v. Both, Strunden, v. Heusinger [alle vier zu 1], Corsing [zu 2], v. Leyden, Zschintzsch, Weichmann, FinR Weber, Beringer [alle fünf zu 4].

1. Ansiedlungspolitik. Allgemeiner Erlaß von Renten und Zinsen für Siedler mit Reichskredit für ein halbes Jahr *vorbehaltlich der Geltendmachung* einer Forderung auf Erstattung von 1 Mio. RM gegen das Reich. [B] — **2. Ministerpräsident.** Keine Aussagegenehmigung [...] in dem Strafverfahren gegen den Redakteur des „Anhalter Anzeigers“ Paul Seifert. [B] — **3. Vier Ernennungen.** [B] — **4. Beamtenbesoldung.** Härteausgleich für die in den Richtlinien genannten Kommunalbeamten – § 6 Kap. II Vierter Teil der Sparverordnung v. 12.9.1931². [B]

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 48 wurden von den TOP 1–2 und 4 Abschriften an die Reichskanzlei gegeben.

² GS, S. 179. Vgl. die Vorlage Severings v. 2.4.1932 in: Rep. 84a, Nr. 2553, Bl. 183–185; hier auch Bl. 187–187v eine Ausarbeitung von MinR Reichau v. 5.4. zur Sitzung.

Nr. 309 (2.) Ministerbesprechung am 6. April 1932.

Abschr., Bd. 181, Bl. 49; MF 1059. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 37a.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Schreiber, Steiger, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Abegg.

*Staatshaushalt 1932. Verstärkung der Mittel in Kap. 91 Tit. 50 Ziffer 8 um bis zu 2 Mio. RM.*¹ [B]

¹ Lt. „Normalplan“ enthielt Tit. 50 „Sonstige vermischte Ausgaben“; vgl. *Haushaltsplan des Preußischen Staates für das Rechnungsjahr 1932, Bd. 1, Berlin 1932, S. 3.* – Hintergrund der Haushaltsüberschreitung war die Finanzierung der Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident Frühjahr 1932 mit Hilfe eines von Reichsfinanzminister Dietrich initiierten Wahlfonds, von dem nach Absprache mit Severing 2 Mio. RM über den preußischen Etat zwischenfinanziert werden sollten. Zu den Details und mit Bezug auf das Protokoll: Schulze, H., Otto Braun, S. 783. Weiter Sitzung am 15.2.1933, TOP 3.

Nr. 310 Ministerbesprechung am 26. April 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 50; MF 1059. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 38.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann.

Landtagswahlen. Beschluß zur Einberufung des neuen Landtags zum 24. Mai, dem als verfassungsmäßige Folge aus dem Wahlergebnis ein Rücktritt¹ des Staatsministeriums in seiner Gesamtheit mitgeteilt werden wird. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Übernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung bleibt es im Amte. [B]

¹ Die Mitteilung erfolgte am 19.5.1932; vgl. *StenBerLT, Wahlperiode 1932, Drucks. Nr. 3. Mit Bezug auf das Protokoll: Bay, Jürgen, Der Preußenkonflikt 1932/33. Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik, Erlangen-Nürnberg, jur. Diss. 1965, S. 17 f.; Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 243; Schulze, H., Otto Braun, S. 727.*

Nr. 311 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 29. April 1932.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 53–54; MF 1059. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 39–40.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Schleusener, Badt, Brecht, Coßmann, Goslar, Hardeck, v. Leyden [zu 1], Surén [zu 1–2], Hog, Schindler, Vollbach, Weichmann, Wittelhöfer [alle fünf zu 1], Meyer (Solingen), Lehmann, v. Heusinger, Schalfjew, v. Both [alle fünf zu 2], Strunden [zu 2 und 4], Reschke [zu 3], Breuhahn [zu 4].

1. Kommunal финанzen. *Ermächtigung für Braun, an Brüning schriftlich wegen Sanierung der Gemeindefinanzen unter grundsätzlicher Darlegung dieses gesamten Problems heranzutreten, da das Staatsministerium in der Arbeitslosenfrage das Zentralproblem der gesamten inneren Politik erblickt² und seine Lösung nur durch großzügige Arbeitsbeschaffung und eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit für möglich hält. Einzelheiten wie die Zusammenlegung von Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, der Verbleib der Bedürftigkeitsprüfung in den Gemeinden und Übergangsmaßnahmen wie eine ggf. notwendige Notabgabe, damit die durch Fehlbeträge in den Gemeinden drohende Gefahr des unmittelbaren Zusammenbruchs abgewendet wird.³ [B] —*
2. Preußische Wohnungskreditanstalt. *Gründung. Zustimmung zum Entwurf⁴ mit Wirkung vom 1.4.1932 mit einzelnen Änderungen. [B] —*
3. *Nachträgliche Ernennung von Mitgliedern für die Dienststrafsenate und Dienststrafkammern bei den Oberlandesgerichten. [B] —*
4. Weingesetz. *Stellungnahme zum Entwurf⁵ einer Ausführungsverordnung im Reichsrat. Einzelheiten. [B] —*
(5. Staatsministerium. *Keine amtliche, sondern nur private Teilnahme an einer vom „Berliner Tageblatt“ veranstalteten Weltwirtschaftskonferenz. [B].)*

¹ Lt. Aktenvermerk Bl. 55 wurde nach Rückfrage der Reichskanzlei gemäß Entscheidung von MinR Corsing eine Abschrift nur von TOP 1 übersandt.

² Hs. geändert aus: daß das Staatsministerium in der Frage der Gemeindefinanzen das Zentralproblem [...] erblickt (Bl. 53).

³ Vgl. das Schreiben v. 30.4.1932 in: *Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 3, S. 2477–2480, Dok. Nr. 731.*

⁴ Vgl. die Vorlage v. 15.4.1932 in: *Rep. 120, A XI 1 Nr. 28 Adhib. 3, n. f.*

⁵ *StenBerReichsR, Jg. 1931, Drucks. Nr. 31; beschlossen in der Sitzung am 7.7.1932, ebd., S. 154–157, § 322. Hier auch S. 155 f. eine Erklärung des Reichsratsbevollmächtigten der Rheinprovinz Hamacher betr. Rotweinbau an Ahr und Mittelrhein. Vgl. den mit Anschreiben v. 2.4.1932 übersandten Entwurf eines preußischen Reichsratsantrages in: Rep. 87, B Nr. 16610, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von MinR Breuhahn v. 29.4. zur Sitzung sowie weiteres Material.*

Nr. 312 (2.) Ministerbesprechung am 29. April 1932.

Vollz. Reinschr. mit einer hs. Streichung, Bd. 181, Bl. 51–52; MF 1059. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 41–43.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Schleusener.

17 Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B]

Nr. 313 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juni 1932.

*Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 58–60, Entwurf; Bl. 56a–57; MF 1059. — Abschriften: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 44–46; IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 288, n. f.; Druck: Trumpp, Thomas, Franz von Papen, *der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932*, Tübingen, phil. Diss. 1963, S. 231–233.*

Anwesend: Hirtsiefer [als Vertreter für Braun¹], Severing, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Schleusener [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener.

Preußische Notverordnung zur Sicherung des Haushalts v. 8.6.1932.² Information Hirtsiefers über eine Besprechung mit der Reichsleitung.³ Nach Erörterung der Finanzlage wird der von Klepper vorgelegte Entwurf⁴ einer Notverordnung durchgesprochen. Schreiber erklärt zu Beginn, für diese keine Verantwortung [...] übernehmen zu können und beteiligt sich nicht an der Abstimmung. Einzelvoten der Minister; u. a. erklärt Severing, für die Schlachtsteuer⁵ zu stimmen, jedoch aus sozialen und grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage zu sein, der Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge sowie der Änderung der Hauszinssteuerverordnung⁶ zuzustimmen. Dabei will er im Hinblick auf die politische Gesamtlage zustimmende Beschlüsse [...] nicht zur Kabinettsfrage machen. Schmidt betont, daß er [...] von der zwingenden finanziellen Notwendigkeit und politischen Zweckmäßigkeit der Notverordnung nicht vollständig überzeugt sei und auch verfas-

¹ Braun hatte am 4.6.1932 Hirtsiefer die Amtsgeschäfte übergeben und sich selbst beurlaubt; vgl. Schulze, H., *Otto Braun*, S. 733.

² Gemeint ist die Verordnung zur Sicherung des Haushalts v. 8.6.1932, GS, S. 199.

³ Vgl. mit weiterführenden Anmerkungen die Aufzeichnung von MinDir. Zarden über eine Besprechung mit Vertretern der Preußischen Staatsregierung am 7.6.1932 über eine Ablösezahlung des Reichs an Preußen für die Übertragung der preußischen Anteile an den Siedlungsinstitutionen auf das Reich in: *Das Kabinett von Papen, 1.6. bis 3.12.1932, Bd. 1, Juni–September 1932*, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1989, S. 24–27, Dok. Nr. 11. Mit Bezug auf das Protokoll: Bay, *Der Preußenkonflikt 1932/33*, S. 88 f.; Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 253; Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 1010 f.; Pufendorf, Otto Klepper, S. 123.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden. Mit Bezug auf das Protokoll: Hömig, *Das preußische Zentrum*, S. 261.

⁵ Vgl. eine umfangreiche Aufzeichnung von MinR Leeser zur Einführung einer Schlachtsteuer in Preußen v. 30.5.1932 aus der Sicht des Handelsministeriums in: *Rep. 120, C V Nr. 56 Bd. 1, n. f.*

⁶ Vgl. die Aufzeichnung (o. D.) von MinR Wittelshöfer für Hirtsiefer zur Durchführung der gestern beschlossenen Abschaffung der Hauszinssteuerstundung in: *Rep. 151, Nr. 501, Bl. 58–60.*

sungsmäßige Zweifel habe, *weshalb er nicht positiv für den Erlaß [...] stimmen könne. Nachdem kein Minister gegen die einzelnen Teile der Notverordnung stimmt, kann aber Hirtsiefer [...] das grundsätzliche Einverständnis des Kabinetts feststellen.* [B]

Nr. 314 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juni 1932.

Vollz. Reinschr. mit einem hs. Zusatz, Bd. 181, Bl. 71; MF 1059. — Abschriften: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 47; IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 289, n. f.; Druck: Trumpp, Franz von Papen, S. 233–235.

Anwesend: Hirtsiefer [als Vertreter für Braun], Severing, Steiger, Schreiber¹, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Weismann, Schleusener [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Schleusener.

1. Nochmals zur Notverordnung. Beschluß zur Annahme in der Fassung der Anlage.² [B] — **2. Staatshaushalt für 1932. Vorlage an den Landtag³ und Information an diesen sowie den Staatsrat über die Notverordnung sowie die daraus folgenden weiterhin zu beschließenden Abänderungen des Haushaltsplans.** [B]

¹ *In einem Schreiben v. 24.6.1932 an Weismann zum Protokoll stellte Schreiber fest: Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich die Erklärung abgegeben, daß ich in dem gegenwärtigen geschäftsführenden Kabinett nur dann weiter mitarbeiten könne, wenn mir im Hinblick auf die Besonderheit des Falles, entgegen der sonstigen Übung, das Recht eingeräumt werde, gegebenenfalls auf die Tatsache hinzuweisen, daß ich keinerlei Verantwortung für die Notverordnung vom 8. Juni übernommen habe. Das Recht wurde mir eingeräumt. Zugleich habe er darauf verzichtet, einen gesonderten Vermerk in das Protokoll aufnehmen zu lassen. (Bd. 181, Bl. 72)*

² *Liegt nicht bei; vgl. aber den Randvermerk: Der Wortlaut der Anlage deckt sich mit der in der Pr[eußischen] Ges[etz]S[ammlung]g 1932, S. 199 veröffentlichten Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8.6.1932 (Bl. 71). — Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 253.*

³ *Vgl. eine undatierte Fassung der Verordnung mit hs. Korrekturen in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XVI, Bl. 3–18. Dem Landtag vorgelegt als StenBerLT, Wahlperiode 1932, Drucks. Nr. 423 v. 24.6.1932.*

Besprechung der Reichsregierung mit Ministerpräsidenten, Finanzministern und sonstigen Vertretern der Länder am 11. Juni 1932, 11.30 Uhr.

Druck: Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, Bd. 1: Juni bis September 1932, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1989, S. 52–59, Dok. Nr. 18.

Anwesend: für Preußen Hirtsiefer, Klepper.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Politische Lage.

**Besprechung mit den Vereinigten Reichsratsausschüssen am 11. Juni 1932,
15.30 Uhr.**

Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 59–61, Dok. Nr. 19.

Anwesend: für Preußen Klepper, Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Krüger, Nobis, Brecht, Meyer, Hog, v. Leyden, Römhild, Schalfjew, Bergbohm, Kayser, Frielinghaus, Brauer, Sahm.

Politische Lage.

Nr. 315 (1.) Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juni 1932.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 75–76v; MF 1059. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 48–48v.

Anwesend: Hirtsiefer [als Vertreter für Braun], Severing, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Hölscher, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Hardeck, Bachmann [zu 1], Corsing [zu 1 und 3], Weichmann [zu 2 und 5].

1. Staatshaushalt für 1932; abgesetzt. — **2.** Entwurf eines Gesetzes über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralabbaubetrieben und Tiefbohrungen; abgesetzt. — **3.** Änderung der Grundsätze über die Vertretung der Staatsminister, die Staatsministerialsitzungen und das Stimmrecht der Staatssekretäre;¹ abgesetzt. — **4. Ernennung.** [B] — **5.** Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums. Der Zuschuß zur Leipziger Messe *soll in allgemeine Zuschüsse für Zwecke der Absatzförderung verwandelt werden.*² [B] — **(6. Reichstagswahl am 31.7.1932 und Verlegung des Ferienbeginns der Schulen im westlichen Teil von Preußen.)**

¹ *Vgl. das Schreiben Severings v. 11.6.1932 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Beiakten 2r, n. f. Eine Referentenausarbeitung v. 15.6. zur Sitzung in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. Bl. 20–20v.*

² *Vgl. den von Schreiber am 26.5.1932 vorgelegten Reichsratsantrag in: Rep. 84a, Nr. 6297, Bl. 183–186; hier auch Bl. 182 sein Brief an den Ministerpräsidenten v. 8.6.1932 mit der Bitte, die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Staatsministeriums zu setzen, sowie Bl. 187v–188v Referentenausarbeitungen zur Vorbereitung der Sitzung. Ein Aktenvermerk v. 19.12.1932 zu den Reichszuschüssen im laufenden Rechnungsjahr in: Rep. 120, E XVI 5 Nr. 1 Bd. 15, Bl. 148.*

Nr. 315a (2.) Ministerbesprechung am 15. Juni 1932.

Vollz. Reinschr. mit hs. Zusätzen, Bd. 181, Bl. 77–77v, Anlage: Bl. 79; MF 1059/1060. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 30.

Anwesend: Hirtsiefer [als Vertreter für Braun], Severing, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener.

1. Zwei Todesurteile; vertagt. — **2.** Aufhebung der Amtsgerichte; vertagt.¹ — **3.** Verfassungsfeier 1932. Zustimmung zum Beschlußentwurf². [B]

¹ Vgl. die Verordnung über die Aufhebung von Amtsgerichten v. 30.7.1932, GS, S. 253.

² Vgl. Anlage, Bl. 79. Veröffentlicht in: MinBl. Innere Verwaltung 1932, Sp. 605. Ferner zur Ablehnung einer gemeinsamen Feier seitens der Reichsregierung die Besprechung der Reichsminister am 18.6.1932, TOP 2b, in: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 101 f., Dok. Nr. 31.

Nr. 316 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juni 1932.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 82–84v; MF 1060. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 51–52.

Anwesend: Hirtsiefer [als Vertreter für Braun], Severing, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers, Schleusener, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Harteck, Abegg, v. Leyden [zu 1–2 und 4], Corsing [zu 2–3, 5 und 8], Meyer (Solingen), Lehmann, Neumann, v. Heusinger [alle vier zu 7], Strunden [zu 4 und 7], Hog [zu 4 und 8].

(1. Information Severings zu einem geplanten Erlaß über Kundgebungen gegen den Versailler Vertrag. — **2.** Reichshaushalt für [...] 1932. Information zu den Beratungen sowie Beschluß von Weisungen für die Bevollmächtigten zu den Haushaltsverhandlungen im Reichsrat. Einzelheiten; u. a. sollen die unproduktiven Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung durch Zurückführung von Arbeitslosen in die Arbeit vermindert und die durch Kürzung der Arbeitszeit freiwerdenden Mittel vor allem für die Finanzierung zusätzlicher Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Ferner soll Streichungen im Bereich der Osthilfe widersprochen und dem Fonds für Schutz der Zivilbevölkerung gegen Gasangriffe zugestimmt werden.¹ [B] — **3.** Preußische Notverordnung (Sparverordnung) v. 23.12.1931; zurückgestellt². — **4.** Aufhebung der Kulturbauämter; zurückgestellt. — **5.** Beamtenpolitik. Zugehörigkeit von Landwirtschaftskammerbeamten zur NSDAP; zurückgestellt. — **6.** Zwei Ernennungen. [B] — **7.** Nochmals zur Preußischen Wohnungskreditanstalt. Zustimmung zum Entwurf³ der Satzung mit Änderungen. Einzelheiten. [B] — **8.** Nochmals zur Schlachtsteuer. Zustimmung mit einem Zusatz zum Entwurf⁴ einer Verordnung. [B]

¹ Vgl. die Denkschrift der (Reichsregierung?) v. 10.6.1932 Finanzierung der Arbeitslosenhilfe in: Rep. 120, A I 1 Nr. 57 Bd. 15, n. f. Der Reichshaushalt wurde angenommen in der Reichsratssitzung am 28.6.1932; StenBerReichsR, Jg. 1932, S. 142–150, § 308. Ferner die Besprechung der Reichsminister am 21.5.1932, TOP 4, in: Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 3, S. 2553–2558, Dok. Nr. 760. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 256; Orlow, Weimar Prussia, S. 170.

² Severing vermerkte am 21.6.1932 auf einem Auszug aus der Tagesordnung Entscheidung vertagt; Rep. 77, Tit. 184 Nr. 246 Beiakten XIV, Bl. 289; hier auch weiteres Material.

³ Vom 30.5.1932, in: Rep. 120, A XI 1 Nr. 28 Adhib. 3, n. f.

⁴ Vom 21.6.1932, in: Rep. 84a, Nr. 9224, n. f.; hier auch eine Ausarbeitung von LGR Melsheimer v. 21.6. zur Sitzung.

Nr. 317 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1932.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 85–86v; MF 1060. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 53–54v.

Anwesend: Hirtsiefer [als Vertreter für Braun, U], Severing, Steiger, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Staudinger [für Schreiber], Hölscher, Schleusener, Lammers, Nobis, Badt, Brecht, Coßmann, Harteck, Weyhe [zu 1], Hog [zu 1–2], Wellmann, Zachariae, du Mesnil, Landfried, Metz, Krücke, Ahrendts, Richter II, Wüllenweber, Backhaus [alle zehn zu 2], Römhild [zu 2–4], Merten, Danckwortt, Corsing, Werner Richter [alle 15 zu 1], v. Leyden, Abramowitz, Kayser, Staab [alle vier zu 2], Weichmann [zu 2–4].

1. Nachtragshaushalt 1932. Einzelheiten, u. a. zu Kürzungen im Etat des Wissenschaftsministeriums. [B] — 2. Nochmals zur Sparkassenreform. Änderungen in der Verordnung über die Sparkassen sowie über die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute, ferner in der Mustersatzung für Sparkassen. Einzelheiten.¹ [B] — (3. Einrichtung von staatlichen Prüfungsstellen zur Feststellung der Finanzverhältnisse der Gemeinden; Beschlußfassung [...] ausgesetzt. — 4. Reichsrat. Bericht Brechts über die Haushaltsberatungen.²)

¹ Vgl. das Schreiben Severings v. 28.6.1932 in: Rep. 84a, Nr. 4785, Bl. 148–151; hier auch Bl. 153–155 eine Ausarbeitung von MinR Krieger v. 29.6. zur Sitzung.

² Vgl. den Bericht Brechts als Generalberichterstatter für den Reichshaushalt v. 19.6.1932 (Druck, 35 S.) in: Rep. 120, A 11 Nr. 57 Bd. 15, n. f.

Nr. 318 Ministerbesprechung am 14. Juli 1932.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 181, Bl. 88–88v, Abschr.: Bl. 89–90; MF 1060. — Abschr.: I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 55–56.

Anwesend: Hirtsiefer, Severing, Grimme, Klepper. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Schleusener, Krüger, Hölscher, Staudinger, Corsing, Strunden [beide nur vorübergehend].

1. Landtag. Das Staatsministerium wird es in Zukunft ablehnen müssen, sich mit Anträgen und Anfragen zu befassen, die beleidigende und unbewiesene Behauptungen gegen Beamte enthalten.¹ [B] — 2. Rundfunk. Angesichts der vom Reiche geplanten Umgestaltung soll eine Vertagung einer bereits angesetzten Länderbesprechung versucht werden.² [B] — 3. Information über den von StS Weismann gestellten Strafantrag angesichts der in der Presse gegen ihn erhobenen Vorwürfe.³ — 4. Staatshaushalt 1932. Erlaß einer Notverordnung über die Feststellung des Haushaltsplanes.

¹ Vgl. das Schreiben Brauns an den Innenminister v. 1.5.1932 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 195 Beiakten 4A, Bl. 223; hier auch Bl. 232–232v das Schreiben des Ministerpräsidenten (gez. Hirtsiefer) an den Präsidenten des Landtags. Mit Bezug auf das Protokoll: Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 259.

² Vgl. mit weiterführenden Anmerkungen die Besprechung der Reichsminister am 16.7.1932, TOP 4, in: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 238–239, Dok. Nr. 63.

³ Wegen ehrenrühriger Behauptungen in der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront „Angriff“ v. 7.7.1932; vgl. Vossische Zeitung Nr. 335 v. 14.7.1932 (M). Ferner Staudinger, Wirtschaftspolitik, S. 113.

*Einzelheiten.*⁴ [B] — **5.** *Nochmals zur Erhaltung des Baumbestandes sowie Erhaltung und Freigabe von Uferwegen. Zustimmung zum Entwurf⁵ einer Änderungsverordnung als Notverordnung.* [B]

⁴ *Verordnung über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932 v. 14.7.1932, GS, S. 237.*

⁵ *Vgl. die Vorlage des Wohlfahrtsministeriums v. 8.2.1932 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 160, n. f.*

Nr. 320 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juli 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 95–97; MF 1060. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 59–61. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 291 f., Dok. Nr. 80.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Scheidt, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Ernst. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Nobis.

[Vereidigung der mit der Führung der Ministerien beauftragten Beamten.]¹ — **1.** *Neuregelung des Rundfunks. — 2.* *23 Ernennungen mit teilweise kommissarischem Charakter, eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und eine Beurlaubung.*

¹ *Dazu wurde ein gesondertes Protokoll angefertigt, das in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden konnte; vgl. den Aktenvermerk im Bd. 181 der Protokoll-Hauptreihe, Bl. 94.*

Nr. 321 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juli 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 99–102; MF 1060. — Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 324–326, Dok. Nr. 87.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Nobis, Landfried, v. Kaufmann–Asser, Krauthausen.

1. *Verfahrensweise bei Bekanntgabe von Erklärungen der früheren Staatsregierung. — 2.* *Mitteilung über die Einrichtung einer Vertretung der Reichsregierung bei den süddeutschen Ländern. — 3.* *15 Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand und neun Ernennungen. — Prozeßsache des Staatsministeriums gegen die Reichsregierung. — 4.* *Pressenachrichten über eine Beeinflussung der Preußenwahlen aus amtlichen preußischen Mitteln. — 5.* *Teilnahme von Beamten an politischen Vereinigungen. — 6.* *Änderung der Bestimmungen betr. Weitergabe amtlicher Bekanntmachungen an die Presse. — 7.* *Keine Aufhebung der letzten preußischen Notverordnung; Aufhebung von 60 Amtsgerichten und 58 Landkreisen; Angliederung des Stralsunder an den Stettiner Regierungsbezirk. — 8.* *Behandlung von Kleinen und Großen Anfragen des Landtages. — 9.* *Entscheidung über Vollstreckung einer Todesstrafe; vertagt. — 10.* *Bericht von Nobis über die Reichsratssitzung am 27. Juli.*

Nr. 322 Sitzung des Staatsministeriums am 4. August 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 103–111v; MF 1060. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 66–74v. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 349–357, Dok. Nr. 96.

Anwesend: Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried, Schroetter, Corsing [zu 1, 3–7 und 9–11], Loehrs, v. Leyden [zu 1 und 3], Krauthausen [zu 1], Mosheim, Busch, Bollert, Stadermann, Krenzlin, Brandts, Gottschick [alle zu 1], Schütze [zu 6], Rosendahl, Strunden [beide zu 2].

1. *Verwaltungsreform. Entwurf einer Verordnung über Änderung des Landesverwaltungsrechts, des Gemeinderechts und des Polizeiverwaltungsgesetzes. — 2.* Erneute Änderung des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes sowie Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vom 29.7.1922. — **3.** Mittelverwendung aus der den preußischen Bezirksfürsorgeverbänden zufließenden Reichshilfe. — **4.** Anregung Hamburgs, den Erlaß einer Schlachtsteuer für das Reich zu beantragen. — **5.** Erneuter, fehlerfreier Erlaß der Verordnung über die Sparkassen, kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute. — **6.** Nochmalige rechtliche Prüfung wegen Beantwortung von Großen und Kleinen Anfragen des Landtags. — **7.** Prüfung einer etwaigen Bestellung von Kommissaren der Staatsregierung für Ausschüsse des Landtags. — **8.** Zwei Beurlaubungen und zwei kommissarische Ernennungen. Definition der „k. w“-Stellen. — **9.** Richtlinien über das Verhalten gegenüber privaten Beschwerdestellen. — **10.** Bitte Mussehls, wonach Papen sich demnächst gegenüber dem Staatsministerium über das künftige Verhältnis zwischen Reich und Preußen erklären soll. — **11.** Attentate in Königsberg.

Nr. 323 Sitzung des Staatsministeriums am 12. August 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 113–117, Anlagen¹: Bl. 118–123; MF 1060. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 76–79v. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 386–390, Dok. Nr. 100.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Schwerin v. Krosigk, Planck, Nobis, Landfried, v. Kaufmann–Asser, Loehrs, v. Leyden [zu 2], F. Bachmann, Surén, W. Bracht, Will [alle zu 2], Corsing, Schütze [zu 3–5 und 7].

1. Umbesetzung der preußischen Disziplinargerichte. — **2.** Finanzlage. Nichtablieferung von Steuern durch die Gemeinden und Erörterung der daraus erwachsende Fragen einer Umschuldung, wie sie in den Verhandlungen mit der Reichsregierung auszutragen wäre. — **3.** Verbot der außerdienstlichen Teilnahme von Polizeibeamten in Uniform an öffentlichen Versammlungen. — **4.** Stellung der mit Wahrnehmung der Geschäfte der preußischen Staatsminister betrauten Reichskommissare zum Landtag. — **5.** Verwaltungsreform. Erweiterung durch programmatische Bestimmung über die Umgestaltung der Zentralbehörden. — **6.** Zwei Abberufungen, zwei Verset-

¹ Entwurf eines Schreibens von Bracht an die Mitglieder der preußischen Kommissariatsregierung über ihre Befugnisse und rechtliche Stellung bei der Behandlung von Kleinen und Großen Anfragen des Landtags.

zungen und ein zu erwirkendes Abschiedsgesuch. — 7. Erlaß gegen Auswüchse im Badeleben und die sogenannte Nacktkulturbewegung.

Nr. 324 Sitzung des Staatsministeriums am 19. August 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 126–131, Anlagen¹: Bl. 132–135. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 84–88. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 408–410, Dok. Nr. 106.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Gottheiner, Nobis, Landfried, Schroetter, Loehrs, Krauthausen, Corsing [beide zu 2].

1. Kapitalentschädigung für die bisherigen Direktoren der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse Lauffer und Possel infolge ihrer Abberufung aus dem Direktorium. — 2. Abhaltung von Gerichts- und Sprechtagen an den Orten, die ihr Gerichts- oder Landratsamt verlieren. — 3. Sozialdemokratischer Antrag zur bevorstehenden Sitzung des Staatsrats wegen der durch Notverordnung eingesetzten Staatsregierung. — 4. Stand der preußischen Verwaltungsreform und gegenwärtige Besetzung der Personalreferate. — 5. Kapazität der preußischen Strafanstalten, um die durch Sondergerichte zu verhängenden Zuchthausstrafen vollstrecken zu können. — 6. Teilnahme und Kompetenzen der Ministerialbeamten, die bereits als Kommissare für den Beamten- und Rechtsausschuß des Landtags benannt sind. — 7. Stahlhelmtag und Teilnahme vom Reichswehrminister und Reichspräsidenten. — 8. Zulässigkeit endgültiger Ernennungen von Beamten im Rechtsstreit der bisherigen preußischen Staatsregierung gegen die Reichsregierung vor dem Staatsgerichtshof. — 9. Neugliederung der Landkreise; 61 Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand; 76 (zum Teil kommissarische) Ernennungen.

¹ Protokollkorrektur zu TOP 8 auf Wunsch des RMinr.dI v. Gayl sowie Korrespondenz dazu.

Nr. 325 Sitzung des Staatsministeriums am 30. August¹ 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 136–146v; MF 1061. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 90–101, 196–207. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 465–473, Dok. Nr. 119.

¹ Ebenfalls zum 30. August 1932 (9.30 Uhr) war zu einer Sitzung der Preußischen Staatsminister in der Wohnung von Hirtsiefer eingeladen worden, wozu kein Protokoll in den vorliegenden Akten nachgewiesen werden konnte; vgl. das Einladungsschreiben v. 27.10.1932 in: Rep. 90, Nr. 2533, Bl. 43. Ebd., Bl. 61 erwähnt Grimme in einem Schreiben v. 21.9.1932 an O. Braun, der in der Schweiz weilte, eine heutige Ministerbesprechung und erläutert Braun deren Hauptergebnis, wonach der Ministerpräsident noch vor Verhandlungsbeginn am Leipziger Staatsgerichtshof ein Gespräch mit Hindenburg führen sollte. Diese in den Akten anzutreffenden Hinweise auf Sitzungen (so auch am 8. u. 26.10.1932) belegen, daß die Protokoll-Überlieferung des Kabinetts Braun nach dem 20.7.1932 als nicht vollständig angesehen werden muß. Zur Sitzung am 26.10.1932 vgl. auch Schulze, H., Otto Braun, S. 763. Von dieser Sitzung existiert aber eine Photographie: Preußen in der Weimarer Republik. Eine Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz 1982/83, bearb. v. Ludwig Biewer, Berlin 1982, S. 113, Katalog-Nr. 306 und Foto im Anhang.

Anwesend: Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Nobis, Landfried, Marcks, Loehrs, v. Leyden [zu 5], v. Hardenberg-Schattschneider, Gramsch, Gottschick, Busch, Arnoldi, Stadermann, Vollbach, Röhrig, Krenzlin, Brandts, Schnitzler, Triebel [alle zu 5], Krauthausen, Danckwerts, Corsing [alle drei zu 1 und 5], Geibel [zu 1], Danckwortt, Strunden [beide zu 4].

1. Verbot der Teilnahme von Staatsbeamten in Dienstkleidung an politischen Veranstaltungen. —
2. Freiwillige Teilnahme von Beamten der Ober- und Regierungspräsidien an militärischen Vorträgen von Wehrmachtdienststellen. —
3. Wenceslaus-Grube und Auflösung eines Bergreviers. —
4. Eine Ernennung sowie eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. —
5. Verwaltungsreform. Weisungsrecht der Oberpräsidenten und Detaildiskussion des Entwurfs. —
6. Ersparnismaßnahmen in der preußischen Verwaltung.)

Nr. 326 Sitzung des Staatsministeriums am 2. September 1932.

Voll. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 147–158, Anlagen¹: Bl. 159–161v; MF 1061. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 102–112v. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 491–500, Dok. Nr. 122.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Nobis, Landfried, Marcks, Loehrs, Corsing [zu 2 und 4], Weck [zu 2], Vollbach [zu 2–4], Merten [zu 3], Hufnagel, Richter, Westerkamp [alle drei zu 3], v. Leyden [zu 4], v. Hardenberg-Schattschneider, Krauthausen, Danckwerts, Gramsch, Merten, Gottschick, Schnitzler, Triebel, Busch [alle zu 4].

1. Sach- und Rechtslage in einer Strafsache gegen die durch rechtskräftiges Urteil des Sondergerichts in Beuthen/Oberschlesien verhängten Todesstrafen rücksichtlich der VO des Reichspräsidenten gegen den politischen Terror vom 9. August 1932. —
2. Haftung des Landes Preußen für die Schulden der preußischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bei der Deutschen Reichspost. —
3. Maßnahmen im Interesse der beruflichen Betreuung der arbeitslosen Jugendlichen. —
4. Verwaltungsreform und Stellung der Oberpräsidenten. —
5. Vorbereitung der Rundfunkansprache Brachts zur Reform des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen. —
6. Anstellungsgesuch Lauffers.

¹ Ergänzung zu TOP 2 über die vom Reich beantragte Mittelbereitstellung zur beruflichen Betreuung erwerbsloser Jugendlicher.

Nr. 327 Sitzung des Staatsministeriums am 13. September 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 162–169; MF 1061/1062. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 114–121. Druck: Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, Bd. 2: September bis Dezember 1932, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1989, S. 563–567, Dok. Nr. 137.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried, Gottschick [zu 3], W. Bracht, Breuhahn, Legler [alle drei zu 3], Strunden [zu 1 und 4], Warncke, Neufeld [beide zu 4], Vollbach [zu 1], Röhrig, Klewitz [beide zu 1], Corsing [zu 6–7], Hog, Surén [beide zu 7].

1. Zuständigkeit der Finanzverwaltung für die Verwaltung und Verwertung von Mineralien unter staatseigenen Grundstücken. — 2. Verbilligung des Saatgetreides für den oberschlesischen Kreis Leobschütz und dessen Nachbarkreise. — 3. Aufwandsentschädigungen an Beamte für ihre im öffentlichen Interesse ausgeübte Tätigkeit in Aufsichtsratsstellen. — 4. Novelle zur Gewerbeordnung. — 5. Vier Ernennungen. — 6. Entwurf einer zweiten Verordnung zur Abänderung des Schlachtsteuergesetzes. — 7. Entwurf einer Verordnung über die Erhebung der Bürgersteuer für 1932. — 8. Antrag des Rechtsausschusses des Landtages hinsichtlich einer zu erwartenden Amnestie.

Nr. 328 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 13. September 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 170a–170j; MF 1062. — Abschr.: Bd. 181, Bl. 170k–170t.
Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 567–573, Dok. Nr. 138.

Anwesend: Papen [V], Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Scheidt, Ernst. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried.

Aktuelle Finanz- und Kassenlage. Ersparnisse durch Regelung der Siedlungsfrage sowie mögliche Zusammenfassung von Reichs- und Staatsbetrieben als auch in der Verwaltung. Senkung der Personalkosten. Reform der Erwerbslosenfürsorge und Reichsfinanzreform.

Nr. 329 Ministerbesprechung am 27. September 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 171–171v; MF 1062. — Abschriften: Bd. 181, Bl. 173–174; GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 130–131.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Scheidt, Ernst. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Nobis, Landfried.

[1.] Zwei Ernennungen. [B] — [2.] Verkauf von der Zentralen Verlagsgesellschaft gehörenden Zeitungsunternehmungen in Köslin und Stolp sowie in Osterode. [B] — [3.] Welfenfonds. Schleusener informiert über den Stand des Prozesses mit dem ehemaligen Hannoverschen Königshaus, der hinsichtlich der Höhe des Vergleichsangebots zunächst in zweiter Instanz beim Kammergericht weiterzuführen ist. [B] — [4.] Berliner Porzellanmanufaktur. Die Wirtschaftslage macht eine Verringerung der dortigen Belegschaft um durchschnittlich 25 % erforderlich.

Nr. 330 Sitzung des Staatsministeriums am 27. September 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 175–182; MF 1062. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 122–128v. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 645–649, Dok. Nr. 157.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Nobis, v. Carlowitz, Loehrs, Surén [zu 1–2, 4–5 und 7–8], Strunden [zu 1 und 10], Zschintzsch [zu 1], Danckwerts [zu 1, 4–7 und 9], Corsing [zu 2 und 4–9], Triebel [zu 4–7], Will [zu 6–7 und 9], Vollbach [zu 10].

1. *Verordnung über Schuldverschreibungen der Gemeinden und Gemeindeverbände. — 2.* *Ernennung von Mitgliedern des Beirats der Preußischen Staatsbank (Seehandlung). — 3.* *19 Ernennungen, zwei Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand und drei Aufhebungen von kommissarisch übertragenen Beauftragungen. — 4.* *Neugliederung von Landkreisen. — 5.* *Bestimmung der Kreissitze für die neugebildeten Landkreise Dithmarschen und Weißensee. — 6.* *Bestimmung des Kreissitzes für den neugebildeten Landkreis Wohlau. — 7.* *Benennung neugebildeter Landkreise. — 8.* *Verordnung über die Bürgersteuer. — 9.* *Auflösung der Regierung in Stralsund. — 10.* *Beantragte Mittelverstärkung für Beschaffung von Saatgut für die Notstandsgebiete der Provinz Ostpreußen.*

Nr. 331 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Oktober 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 182–192v, Anlagen: Bl. 193–194; MF 1062. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 132–141v. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 729–736, Dok. Nr. 162.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried, Coßmann, Schütze, v. Carlowitz, Loehrs, Krauthausen [zu 1], Corsing [zu 1 und 4], Thomas, Bansi, Metz, Hausmann, Täubert [alle zu 2–3 und 5–8].

1. *44 Ernennungen. — 2.* *Beförderungssperre für die Beamten in den Ministerien. — 3.* *Verleihung der Goldenen Staatsmedaille an Gerhart Hauptmann. — 4.* *Kündigung von Angestellten in den von Organisationsänderungen betroffenen Ministerien. — 5.* *Wahrnehmung der Interessen Preußens an den vom Reich eingeleiteten Maßnahmen zur Ertüchtigung und Beschäftigung der Jugend. — 6.* *Disziplinarsache. — 7.* *Zwei Ernennungen. — 8.* *Bauarbeiten am Mittellandkanal mit Hilfe des Arbeitsbeschaffungsprogramms.*

Nr. 332 Chefbesprechung am 18. Oktober 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 195–195v; MF 1063. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 142–143.

Anwesend: Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Ernst. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried, E. Neumann, Gramsch.

[1.] Schleusener *informiert* über den Stand der Verhandlungen zwischen Reich und Preußen wegen der Neuorganisation der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, *welche baldmöglichst zum Abschluß zu bringen sind*.¹ — [2.] *Verkauf der* im Eigentum der Zentralen Verlagsgesellschaft stehenden Zeitungen in Köslin, Stolp und Osterode [...] in Privathand. *Für die Liquidation der Zentralen Verlagsgesellschaft selbst ist die Abfindung des bisherigen Geschäftsführers Dr. Buschmann [...] erforderlich, der bei einer Einmalzahlung von 33 000 RM auf seine sämtlichen Ansprüche aus dem Vertrag [...] verzichten wird.* [B] — [3.] Vereinfachung der preußischen Ministerien. *Neumanns Vorschläge² zur Gestaltung der Geschäftsverteilungspläne sind durch die kommissarischen Minister in ihren Häusern beschleunigt zu prüfen.* [B] — *Fortsetzung der Chefbesprechung am [...] 24. Oktober.*³

¹ Vgl. in diesem Kontext die VO des Reichspräsidenten über die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse und das genossenschaftliche Revisionswesen v. 21.10.1932, RGBl. I, S. 503.

² Die Vorschläge fußen auf der VO zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung v. 1.9.1932. Vom 3.9.1932, GS, S. 283. Vgl. auch den Geschäftsverteilungsplan für das Staatsministerium v. 1.10.1932 sowie die ausführliche Wiedergabe Leglers von einer Besprechung am 7.10.1932 über die Kündigung der Angestellten des Staatsministeriums in: Rep. 90, Nr. 2575, Bl. 238–249. Vgl. weiter das Protokoll einer Besprechung höherer Ministerialbeamter mit dem Sparkommissar Neumann v. 23.9.1932 in: Rep. 84a, Nr. 2056, Bl. 7–13v. Vgl. ferner die Zweite VO zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung v. 29.10.1932, GS, S. 333.

³ Die nächste Chefbesprechung fand laut der Protokoll-Überlieferung am 26.10.1932 statt.

Nr. 333 Chefbesprechung am 26. Oktober 1932¹.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 199–200; MF 1063. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 144–146.

Anwesend: Bracht². — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Zweigert.

Klärung der durch das Urteil³ des Staatsgerichtshofs vom 25.10.1932 entstandenen Lage und zu treffende Maßnahmen gegenüber den Staatsministern⁴ hinsichtlich der Raumfrage, der

¹ Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 282, erwähnt für dieses Datum eine Sitzung des Kabinetts Brauns im Wohlfahrtsministerium unter archivalischem Bezug auf die Protokoll-Hauptserie, die dort aber nicht nachgewiesen werden konnte. Ähnlich äußern sich auch Schulze, H., *Otto Braun*, S. 763 f., sowie Bay, *Der Preussenkonflikt 1932/33*, S. 201 mit Anm. 1064, der sich auf einen Artikel des Vorwärts v. 26.10.1932, Nr. 505, S. 1, beruft.

² Aufgrund des Fehlens der Anwesenheitsliste konnte aus dem Protokolltext lediglich die Teilnahme Brachts zweifelsfrei ermittelt werden.

³ Urteil zur Klage des Freistaates Preußen gegen das Deutsche Reich wegen Verfassungswidrigkeit der Einsetzung der Reichskommissare in Preußen, in: Rep. 90, Nr. 2538, Bl. 379–400; gedr. in: *Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof. Stenogrammbereich der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig vom 10. bis 14. und vom 17. Oktober 1932*, Berlin 1933, S. 492–517. Fachlich kompetente Begleitung hatte das Kabinett Braun durch Prof. Gerhard Anschütz (Heidelberg) erhalten, dem Brecht am 27.10.1932 im Namen des Staatsministeriums dafür ausdrücklich dankte; das Schreiben v. 27.10.1932 in: Rep. 90, Nr. 2532, Bl. 51. Zu Vorgeschichte, Hintergründen und Inhalt des Urteils vgl. Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 271–276. Ferner Bay, *Der Preussenkonflikt 1932/33*, S. 181–199 sowie mit Bezug auf die Sitzung S. 219. Zum Urteil vgl. weiter allgemein Seiberth, *Gabriel, Anwalt des Reichs: Carl Schmitt und der Prozess „Preußen contra Reich“ vor dem Staatsgerichtshof*, Berlin 2001, S. 173–179.

⁴ Vgl. dazu die Korrespondenz zwischen Bracht und Ministerialdirektor Brecht von Anfang November 1932, in der Bracht eine Regelung der Raumfrage sowie die Bereitstellung der Dienstakten vorschlägt, Brecht im Namen des

Dienstautos sowie der Gehorsamspflicht der Beamten, die gemäß der Rechtslage [...] ausschließlich gegenüber dem Reichskommissar und seinen Vertretern besteht. Die Entsendung von Kommissaren in Reichsbehörden ist Verwaltungssache und kann somit erfolgen, hingegen sollen in die Ausschüsse des Landtags und des Staatsrats vorerst keine Kommissare entsandt werden. Besonders für das Justiz- und Kultusministerium bleibt zu prüfen, ob dorthin im Einverständnis mit den für die Vertretung gegenüber dem Landtag nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs zuständigen Staatsministern [...] Kommissare entsandt werden. Kleine und Große Anfragen des Landtags werden bis auf weiteres auf Frist gelegt.⁵ Es herrscht Einvernehmen, daß die Dietramszeller Notverordnung⁶ ausschließlich Angelegenheiten der Exekutive betrifft und alle darauf basierenden Maßnahmen [...] zur Zuständigkeit der kommissarischen Regierung gehören. Die etwaige Auflösung des Wohlfahrtsministeriums⁷ bleibt durch die dem Wohlfahrtsminister im Urteil [...] gegebenen Vertretungsbefugnisse unberührt. Die Entscheidung über Todesurteile als Teil der Exekutive hat durch die Kommissare in Ausübung der Rechte des Preußischen Staatsministeriums ebenso zu erfolgen wie die Ernennung und Entlassung von Beamten. Grundsätzlich wird festgestellt: Der Reichskommissar für das Land Preußen und die von ihm bestellten Kommissare üben sämtliche Rechte der preußischen Staatsminister – nur mit Ausnahme der ausdrücklich im Urteil des Staatsgerichtshofs den preußischen Staatsministern verbliebenen Vertretungsbefugnisse – in vollem Umfange aus. Somit treten auch die bestellten kommissarischen Leiter der einzelnen Ressorts [...] zu Sitzungen des „Staatsministeriums“ zusammen.

Kabinetts Braun grundsätzlich die Fortführung und Firmierung der Amtsgeschäfte allein durch das Staatsministerium und nicht durch die Reichskommissare fordert, sowie ein um Klärung nachsuchendes Schreiben Otto Brauns an Reichspräsident Hindenburg v. 3.11.1932 in: Rep. 90, Nr. 2542, Bl. 2–25.

⁵ *Materialien zum seit Ende Juli 1932 im Staatsministerium dazu vorausgegangenen Klärungsprozeß in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 195 Beiakte 4A, Bl. 235–259v.*

⁶ *VO des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden v. 24.8.1931, RGBl. I, S. 453; die VO wurde in Dietramszell unterzeichnet.*

⁷ *Vgl. hierzu grundsätzlich und mit Bezug auf diese Sitzung wie auch auf die v. 28./29.10.1932: Marcus, Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, S. 126 f.*

Nr. 334 Sitzung der kommissarischen Staatsregierung am 27. Oktober 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 201–210v; MF 1063. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 147–156. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 809–813, Dok. Nr. 178.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Lammers, Hölscher, Schleusener, Mussehl, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: A. Schneider [für StS Scheidt], Planck, Nobis, Landfried, Schütze, Marcks, v. Carlowitz, Loehrs, Corsing [zu 1–3 und 8], Krücke [zu 2], Gottschick [zu 3], Schmidt [zu 4], Legler [zu 4 und 6], Merten [zu 5], Strunden [zu 5, 7 und 11], Thalau, Kaesehagen, Flatow [alle drei zu 6], Pfeiffer [zu 7].

1. Durchführung der Beschlüsse des Landtags auf die Uranträge zur Vollstreckung von Strafen für politische Straftaten. — **2.** Gebührenabgabe der Notare. — **3.** Umgestaltung der Festungshaft. — **4.** Anwendung des § 19 Abs. 1 Ziffer 2 des Zivildienstgesetzes bei Pensionierung von sogenannten Außenseitern in politischen Staatsämtern. — **5.** Schließung des Berufspädagogischen

Instituts in Frankfurt/M. — 6. Entlassung eines kriegsbeschädigten Waldarbeiters. — (7. Teilnahme an der 300-Jahrfeier am 6. November 1932 zur Erinnerung an den Tod Gustav Adolfs von Schweden. — 8. Frage der Zulässigkeit der Zeichnung einer Verfügung zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens durch Abteilungsleiter.) — 9. Justizangelegenheiten. — 10. 13 Ernennungen und sieben Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. — (11. Papen berichtet über die Auffassung der Reichsregierung zum Urteil des Staatsgerichtshofs in der Prozeßsache der bisherigen Preußischen Staatsregierung gegen die Reichsregierung. — 12. Firmierung der kommissarischen Preußischen Staatsregierung nach dem TOP 11 diskutierten Urteil als „Kommissarische Preußische Staatsregierung“. — 13. Nochmalige rechtliche Prüfung, inwieweit die kommissarische Staatsregierung für einen Vertragsabschluß mit der Reichsregierung über die Umwandlung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse zuständig ist. — 14. Vereinigung der Universität Breslau mit der Technischen Hochschule Breslau und Kenntnisgabe darüber an den Staatsrat.)

Nr. 335 Sitzung des kommissarischen Staatsministeriums am 28. und 29. Oktober 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 212–216; MF 1063. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 258–261; Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 157–160v; Rep. 120, E I Gen. Nr. 31 Bd. 7, n. f. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 828–831, Dok. Nr. 181.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Ernst, Mussehl, Schleusener, Lammers, Hölscher, Scheidt. — Prot.: Westerkamp [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried, Schütze, Gritzbach, Loehrs, Marcks, v. Carlowitz, E. Neumann, Krauthausen, Gramsch.

1. *Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung. — 2. Rechtsfrage, ob die Auflösung des Wohlfahrtsministeriums mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs vereinbar ist. — 3. Zuständigkeit des Staatsministeriums für die Besetzung der Stellen der Regierungsdirektoren bei den Provinzialbehörden; Verfahrensweise bei Verfügungen über Ernennung, Versetzung und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bei Regierungsräten und Oberregierungsräten der allgemeinen und inneren Verwaltung; Geschäftsverteilungspläne und Stellenpläne. — (4. Rechtslage der zahlreichen Straßensammlungen zu politischen Zwecken.)*

Nr. 336 Sitzung der kommissarischen Staatsregierung am 1. November 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 217–221; MF 1063. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 161–165. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 835 f., Dok. Nr. 183.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Kähler, Hölscher, Popitz, M. Frh. v. Braun, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Nobis, Landfried, Coßmann, Schütze, Marcks, v. Carlowitz, Schleusener, Surén [zu 2], Loschelder, Frielinghaus, Strunden [alle drei zu 2].

(1. *Begrüßung der kommissarischen Preußischen Staatsregierung in ihrer neuen Zusammensetzung durch Papen.) — 2. Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeinde-*

verbände – Gemeindefinanzordnung – und Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in Gemeinden und Gemeindeverbänden. — (3. Nochmals zur Firmierung der kommissarischen Staatsregierung.)

Nr. 337 Sitzung der kommissarischen Staatsregierung am 10. November 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 222–230v; MF 1063. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 167–175v. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 911–916, Dok. Nr. 202.

Anwesend: Papen [V], Bracht, Kähler, Hölscher, Popitz, M. Frh. v. Braun, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Nobis, Landfried, Coßmann, Schütze, v. Carlowitz, Loehrs, Danckwerts, Corsing [beide zu 1].

1. Verlegung des Kreissitzes von Sulingen nach Diepholz. — (2. Zuständigkeit betr. bereits eingehende geschäftliche Einläufe für die Olympiade des Jahres 1936. — 3. Frage des Verkehrs zwischen den Ministerien und dem Landtag hinsichtlich der Petitionen an den Landtag. — 4. Vorstoß des Kabinetts Braun im Reichsrat wegen angeblichen Verstoßes gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes in Sachen der alten Preußischen Staatsregierung gegen die Reichsregierung. — 5. Nochmals zur Firmierung der kommissarischen Staatsregierung.) — 6. Fünf Ernennungen, 68 Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand und 24 Ernennungen. — (7. Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung gegenüber den mittleren und unteren Beamten. — 8. Bitte an die Reichsregierung, entsprechende Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung des Reichs einzuleiten. — 9. Verlesung der vom Kabinett Braun abgegebenen Erklärungen in der Sitzung des Reichsrats am 10. November.)

Nr. 338 Sitzung der kommissarischen Staatsregierung am 14. November 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 233–237v; MF 1063. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 177–181v. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 939, Dok. Nr. 209.

Anwesend: Bracht, Kähler, Hölscher, Popitz, M. Frh. v. Braun, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried, Coßmann, Schütze, v. Carlowitz, Mussehl, Krauthausen, Corsing [beide zu 1].

1. Vereinfachung der Geschäftsführung der allgemeinen Staatsverwaltung. — 2. 13 Ernennungen und eine Versetzung in den Ruhestand. — (3. Delegierung von Angelegenheiten der Ministerialinstanz auf die Oberpräsidenten bzw. Regierungspräsidenten. — 4. Hölscher informiert zu seinen Verhandlungen mit Gersdorff über das Verfahren in den dem Rechtsausschuß des Landtags vorliegenden Petitionen. — 5. Nochmals zur geplanten Verleihung der Goldenen Staatsmedaille an den Dichter Gerhart Hauptmann.)

Nr. 339 Sitzung des Staatsministeriums¹ im Ministersaal des Landtagsgebäudes am 24. November 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 253; MF 1064.

Anwesend: Hirtsiefer [in Vertretung für Braun], Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Pfeiffer [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht, Badt, Coßmann.

1. Die von Hirtsiefer im Landtage abzugebende Erklärung² des Preußischen Staatsministeriums wird im Wortlaut festgestellt. — **2.** *Genehmigung und Vollziehung des Entwurfs³ zum Erlaß des Staatsministeriums über die Weiterführung der Geschäfte.*

¹ *Es handelt sich um das Kabinett Braun, das in der Zeit vom 24. November bis 16. Dezember 1932 viermal sowie bis 22.3.1933 sechsmal zusammentrat; Abschriften dieser Sitzungsprotokolle erhielten die Teilnehmer laut jeweiligem Aktenvermerk stets persönlich.*

² *Erlaß des Preußischen Staatsministerium über die Weiterführung der Geschäfte v. 24.11.1932, StenBerLT, Session 1932/33, Bd. 764, Drucks. Nr. 1336; unerledigt. Vgl. ebd., S. 646.*

³ *Der mit Korrekturen und einer Anlage versehene und noch in der Sitzung vollzogene Entwurf in: Rep. 90, Nr. 2542, Bl. 28–37. Erlassen am 24.11.1932, gedr. in: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 1004–1008, Dok. Nr. 230 mit Anmerkungen. Zum Kontext vgl. auch Bay, Der Preussenkonflikt 1932/33, bes. S. 218–226.*

Nr. 340 Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 29. November 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 238–244v; MF 1064. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 183–187v. Druck: Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 1027–1029, Dok. Nr. 236.

Anwesend: Bracht, Kähler, Hölscher, Popitz, M. Frh. v. Braun, Scheidt, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried, Schütze, v. Carlowitz, Mussehl, Loehrs, Schütze, E. Neumann, Krauthausen, Corsing.

1. *Überleitung der Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministeriums für Volkswohlfahrt auf die übrigen Ressorts. — 2.* Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Weiterführung der Geschäfte vom 24. November 1932. — **3.** *19 Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.*

Nr. 341 Sitzung des Staatsministeriums im Ministersaal des Landtagsgebäudes am 6. Dezember 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 254–257, Anlagen: Bl. 258–259v; MF 1064.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Severing, Steiger, Grimme, Klepper, Schmidt. — Prot.: Pfeiffer [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht, Badt, Coßmann.

1. Stellungnahme¹ des Reichskanzlers zum Erlaß des Staatsministeriums über die Weiterführung der Geschäfte vom 24. November 1932. *Zunächst soll Braun dazu eine mündliche Aussprache mit dem neu ernannten Reichskanzler von Schleicher sowie über das weitere Verhältnis des Reichs zu Preußen führen.*² *Bereits jetzt sind für die Zustellung der für den „Ministerpräsidenten“ und das „Preußische Staatsministerium“ eingehenden Briefe neue Postvollmachten auszustellen.* [B] — 2. Geschäftliche und sachliche Behandlung der dem Staatsministerium und dem Ministerpräsidenten zugehenden Eingänge. — 3. Vorlagen an den Staatsrat. *Schleicher soll gewährleisten, daß das Staatsministerium über die Geschäfte auf dem Laufenden gehalten wird, damit es seiner verfassungsmäßigen Pflicht der Unterrichtung des Staatsrats [...] nachkommen kann.*³ [B] — 4. Liste der stellvertretenden preußischen Bevollmächtigten zum Reichsrat; *bis nach der im TOP 1 erwähnten Aussprache [...] ausgesetzt.* [B] — 5. Vorschläge⁴ für die Wahl von Beisitzern zum Staatsgerichtshof gemäß §§ 3 und 4 des Gesetzes vom 9. Juli 1921. [B] — 6. *Einigkeit mit dem Staatsrat Schäffer⁵ in München, der Verhandlungen mit den Kommissaren des Reichs in der Schlachtsteuerfrage ablehnt, was Klepper dem Staatsrat Schäffer mitteilen soll.* [B] — (7. *Über die künftige Amtsbezeichnung des Handelsministers nach Umwandlung des Ministeriums für Handel und Gewerbe in das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit ist nach der im TOP 1 vorgesehenen Aussprache zu entscheiden.* [B] — 8. *Popitz soll sich zum Gesetzentwurf⁶ über das Abkommen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die Aufhebung des deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichts dahingehend erklären, inwieweit die Kosten für die Durchführung des Art. 2 [...] dem Reich zur Last fallen.* [B] — 9. Personalangelegenheiten.)

¹ Vom 30.11.1932, gedr. in: *Das Kabinett von Papen*, Bd. 2, S. 1031–1033, Dok. Nr. 237 mit Anmerkungen.

² Vgl. dazu das Schreiben O. Brauns an v. Schleicher v. 6.12.1932, gedr. in: *Das Kabinett von Schleicher*, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearb. von Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1986, S. 16 f., Dok. Nr. 4 sowie besonders Anm. 4 über Verlauf und Ergebnisse der am 8. Dezember durchgeführten Aussprache. Vgl. weiter mit Bezug auf die Sitzung Bay, *Der Preussenkonflikt 1932/33*, S. 252 f. sowie S. 258. Eine seit Ende November laufende Korrespondenz zwischen Braun und Papen bzw. Schleicher in: *Rep.* 90, Nr. 2542, Bl. 46–60.

³ Vgl. dazu im folgenden die Sitzung am 16.12.1932, TOP 2 mit Anmerkung. Zu den Aktivitäten des Staatsrats Ende 1932/Anfang 1933 vgl. ferner Bayer, Heinz-Dieter, *Der Staatsrat des Freistaates Preußen*, Berlin 1992, S. 161 f.

⁴ Die Vorschläge sowie kontroverse Korrespondenzen in: *Rep.* 77, Tit. 114 Nr. 352 Beiakten 1, Bl. 88–110. Die §§ 3 u. 4 regelten die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes und bestimmten, wer die Mitglieder und Beisitzer wählt; vgl. das Gesetz über den Staatsgerichtshof, *RGBl.* 1921, S. 905. Die Wahl erfolgte Anfang Januar 1933, vgl. *StenBerReichsR*, Drucks. v. 12.1.1933, S. 6.

⁵ Das Schreiben des bayerischen Staatsrats Schäffer v. 1.12.1932 an Reichsfinanzminister Popitz, Bl. 258–259v.

⁶ Gedr. als Teil eines Schreibens von Brecht an v. Schleicher am 9.12.1932 in: *Das Kabinett von Schleicher*, S. 50–52, Dok. Nr. 14, vgl. dort besonders die Anmerkungen zur Vorgeschichte des Gesetzentwurfes mit weiterführender Literatur.

Nr. 342 Sitzung des Staatsministeriums im Ministersaal des Landtagsgebäudes am 13. Dezember 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 260–262; MF 1064. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 40, Bl. 189–195.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Severing, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Pfeiffer [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht, Badt, Coßmann, Rietzsch [zu 3].

1. Der Beschluß zum Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform wird auf Wunsch der dem Zentrum angehörigen [...] Minister [...] bis zur nächsten Sitzung [...] vertagt.¹ [B] — 2. Auflösung des Ministeriums für Volkswohlfahrt.² Das ungesetzliche Vorgehen der Kommissare des Reichs muß unter Rechtsverwahrung tatsächlich *hingenommen werden*; die Bezeichnung „Minister“ oder „Ministerium für Wirtschaft und Arbeit“ ist nicht zu beanstanden. — 3. Amnestiegesetz³. Trotz der gegen das Gesetz bestehenden großen Bedenken, insbesondere wegen des Ausmaßes der Amnestie, soll im Reichsrat kein Einspruch [...] erhoben werden. [B] — 4. Stellvertretungsgesetz. Kein Einspruch zum vom Reichstag beschlossenen Gesetz⁴ über Änderung der Reichsverfassung. [B] — 5. Neubesetzung der *Präsidentenstelle* des Reichsversicherungsamtes. Wegen Bedenken gegen die Wiederwahl des Reichsministers a. D. Schäffer ist im Reichsrat eine Vertagung der Beschlußfassung zu beantragen. [B] — (6. Die von Kerrl als „Schmähschrift gegen die NSDAP“ bezeichnete Denkschrift⁵ des Preußischen Ministeriums des Innern ist bei der Staatsregierung nicht bekannt, so daß sie die von ihm erforderte Auskunft nicht leisten kann. [B] — 7. Zu den in den nächsten Tagen stattfindenden Ausschußsitzungen des Landtags werden durch die Minister für ihre Ressorts die beteiligten Kommissare bestellt.)

¹ Vgl. rückblickend Brecht, Arnold, *Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preussens*, Bonn 1949. Zu Brechts Entwurf v. 9.12.1932 sowie zu den Reichsreformbestrebungen bereits in der Weimarer Republik vgl. Seiberth, *Anwalt des Reichs*, S. 211–213. Zum Anteil Brechts an der Initiative zu einer Reichsreform vgl. Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 284 f. Vgl. weiter mit Bezug auf die Sitzung Bay, *Der Preussenkonflikt 1932/33*, S. 259–263.

² Vgl. hierzu Marcus, *Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt*, S. 128.

³ Als Gesetz über Straffreiheit erlassen am 20.12.1932, RGBl. I, S. 559. Brechts Äußerung im Reichsrat am 12.1.1933 gedr. in: *StenBerReichsR*, Jg. 1932, S. 218.

⁴ Erlassen als Gesetz über Änderung der Reichsverfassung am 17.12.1932, RGBl. I, S. 547.

⁵ Vermutlich handelt es sich um die um Ende August 1930 verfaßte Denkschrift des Preußischen Ministeriums des Innern über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung, gedr. in: *Staat und NSDAP 1930–32*, S. 96–155, Dok. Nr. 13.

Nr. 343 Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 13. Dezember 1932.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 245–251; MF 1064. — Druck: Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearb. v. Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1986, S. 77–82, Dok. Nr. 21.

Anwesend: Bracht, Kähler, Hölscher, Popitz, M. Frh. v. Braun, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried, Schütze, v. Carlowitz, Mussehl, Schleusener, Loehrs, Corsing [zu 1 und 3–4], K. Meyer, Graeser [beide zu 2], Sperl [zu 4], Brackmann [zu 3]¹.

1. *Abkommen über die Regelung der Beteiligungen an der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse.* — 2. *Stand des Rechtsstreits mit dem Welfenfonds über Abfindungsfragen.* — 3. *Institut für archivwissenschaftliche und geschichtswissenschaftliche Fortbildung in Berlin.* — 4. *Verlängerung der Bürgschaft für einen der Landesbank Westfalen eingeräumten Diskontkredit.* — 5. *Elf Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.* — 5. *Verhandlungen mit dem Kabinett Braun zur Übertragung des Begnadigungsrechts auf einen Reichskommissar.*

¹ *Brackmanns Teilnahme geht aus dem Protokolltext hervor.*

Nr. 344 Sitzung des Staatsministeriums im Ministersaal des Landtagsgebäudes am 16. Dezember 1932.

Vollz. Reinschr., Bd. 181, Bl. 263–265; MF 1064. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2542, Bl. 65–66.

Anwesend: Braun [V], Hirtsiefer, Severing, Schreiber, Schmidt, Klepper. — Prot.: Pfeiffer [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht, Coßmann.

1. Die Beschlußfassung zum Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform wird erneut bis zur nächsten Sitzung des Staatsministeriums vertagt.¹ [B] — 2. Beschluß² des Preußischen Staatsrats vom 14. Dezember 1932, womit das Staatsministerium um eine Mitteilung gebeten wird, wie es seine Obliegenheiten gemäß Artikel 40 der preußischen Verfassung gegenüber dem Staatsrat künftig sicherstellen könne. Schleicher soll deshalb über beabsichtigte Maßnahmen schon im vorbereitenden Stadium informieren, damit das Staatsministerium seinerseits den Staatsrat davon unterrichten kann. [B] Bei der Vorlegung des Staatshaushaltsplans für 1933 vor dem Landtag ist die übliche Verfahrensweise beizubehalten.³ [B] — (3. Der Regierungspräsident i. e. R. Dr. Simons ist zur Bearbeitung der Otto Braun und dem Kabinett obliegenden Aufgaben aushilfsweise heranzuziehen. [B] — 4. Braun informiert über die Verzeichnisse⁴ der Mitglieder der Reichsregierung, des Reichstags und der Bevollmächtigten zum Reichsrat. Reichsinnenminister Bracht soll zur beschleunigten Berichtigung darin enthaltener Unrichtigkeiten aufgefordert werden. [B])

¹ Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Bay, *Der Preussenkonflikt 1932/33*, S. 263.

² Korrekt handelt es sich um einen Beschluß des Verfassungsausschusses des Staatsrats v. 14.12.1932 zu einem Staatsrats-Beschluß v. 24.11.1932 (dieser: *StenBerStR, Drucks. Nr. 318*), in: *Rep. 90, Nr. 2575, Bl. 332–333; ebd., Bl. 329–331* das Schreiben Brauns an Schleicher v. 17.12. mit der Aufforderung, seiner bereits in der Sitzung am 6.12.1933 erörterten Informationspflicht nachzukommen, sowie bis Bl. 340 weitere Korrespondenz dazu.

³ Vgl. hierzu ein gemeinsames Schreiben O. Brauns und Kleppers v. 17.12.1932 an Schleusener, Schleicher und Schwerin v. Krosigk in: *Rep. 90, Nr. 2542, Bl. 67–68*; dort weitere Korrespondenz zwischen Braun und Reichsminister Bracht. Vgl. ferner Bay, *Der Preussenkonflikt 1932/33*, S. 25 f.

⁴ Das 136seitige, gedruckte Verzeichnis, abgeschlossen am 6.12.1932, in: *Rep. 90, Nr. 299, n. f.*

Nr. 345 Sitzung des Staatsministeriums im Ministersaal des Landtagsgebäudes am 6. Januar 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 213–214; MF 1069.

Anwesend: Braun [V], Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Pfeiffer [U].

Weitere Teilnehmer: Badt, Coßmann.

[1.] Braun berichtet über die am Vormittag mit Schleicher stattgefundenene Aussprache¹ über die gegenwärtige politische Lage und über die erwünschte Bereinigung der Differenzpunkte, vor allem

¹ Über den weiteren Inhalt der Unterredung, in deren Verlauf Braun Schleicher ein gemeinsames Vorgehen gegen die Machtansprüche der Nationalsozialisten vorschlug, vgl. Schulze, H., *Otto Braun*, S. 773–776. Im Vorfeld hatte Braun am 20.12.1932 in einem Schreiben an den Reichskanzler die bestehenden Differenzen aufgelistet und seine Argumentation auf die im Urteil des Staatsgerichtshofes v. 25.10.1932 festgelegten Befugnisse der Reichskommissare und der Staatsregierung gestützt; Brauns Schreiben (mehrere Exemplare), eine erste Antwort v. Schleichers v. 23.12.1932 sowie Erwidierungen Brauns v. 3. u. 4.1.1933 in: *Rep. 90, Nr. 2542, Bl. 73–102*; das Schreiben von O.

hinsichtlich der Fragen der Ausübung des Begnadigungsrechts², der Aufstellung des Staatshaushaltsplans für 1933, der von den Kommissaren des Reichs bisher beobachteten Personalpolitik sowie der im Zusammenhang mit einer etwaigen Auflösung des Reichstags möglichen Auflösung des Landtags. — [2.] Landtag. Bei Antworten auf Kleine Anfragen soll auf Brauns Vorschlag eine neugefaßte Einleitungsformel darauf hinweisen, daß es sich um Vorfälle handelt, die der Machtbefugnis der [...] Staatsminister entzogen worden sind. [B]

Braun gedr. in: Das Kabinett von Schleicher, S. 134–138, Dok. Nr. 31. Ebd., S. 224–229, Dok. Nr. 55 eine auf den 13.1.1933 datierte Aufzeichnung über die „Streitfragen zwischen dem alten Staatsministerium [Kabinett Braun] und den Reichskommissaren des Reichs“ für Preußen. Zu den Differenzen vgl. auch Bay, Der Preussenkonflikt 1932/33, S. 255–257 sowie S. 264 f. (dort mit Bezug auf die Sitzung).

² *Ein Gutachten Hölschers von Anfang Januar 1933 darüber, ob die Ausübung des Gnadenrechts in Preußen dem Preußischen Staatsministerium oder den Kommissaren des Reichs zusteht, in: Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 6–13. Der Antrag der Reichsregierung beim Staatsgerichtshof, daß die Ausübung des Begnadigungsrechts in Preußen den [...] bestellten Kommissaren des Reichs zustehen solle, in: Rep. 90, Nr. 2542, Bl. 107–117.*

Nr. 346 Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 10. Januar 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 1–8; MF 1064. — Abschriften: Bd. 182, Bl. 9–16; Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 1–8 und 151–158. Druck: Das Kabinett von Schleicher, S. 199–206, Dok. Nr. 49.

Anwesend: Bracht, Kähler, Hölscher, Popitz, M. Frh. v. Braun, Ernst. — Prot.: Corsing [U].

Weitere Teilnehmer: H. Schulze, Wiskott, Nobis, Schütze, v. Carlowitz, Loehrs, Corsing [zu 1], Danckwerts [zu 2], Niermann, Triebel, E. Neumann, Strunden, Bergbohm, v. Hardenberg-Schattschneider [alle zu 2].

1. *Schreiben des Preußischen Ministerpräsidenten O. Braun vom 20.12.1932. — 2.* *Übertragung der Aufgaben der Landeskulturämter auf die Regierungspräsidenten. — 3.* *Zehn Ernennungen. — 4.* *Beflagung der preußischen Dienstgebäude am 18. Januar.*

Nr. 347 Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 23. Januar 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 17–24; MF 1065. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 9–15. Druck: Das Kabinett von Schleicher, S. 285–292, Dok. Nr. 66.

Anwesend: Schleicher [V], Bracht, Kähler, Hölscher, Popitz, M. Frh. v. Braun, Ernst. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Planck, Wiskott, Nobis, Landfried, Schütze, Marcks, v. Carlowitz, Schleuse-ner, Globke [zu 1], Bergbohm [zu 1 und 6–7], Surén, Zschintzsch [beide zu 3 und 7], Strunden [zu 3 und 5], Scheche, Römhild, Rheins [alle drei zu 6], Kügler [zu 7], Niermann [zu 8], Stadermann, Danckwerts, E. Neumann [alle drei zu 8].

(1. Schleicher äußert sich anlässlich seines erstmaligen Vorsitzes über seine Stellung und Verantwortung als Reichskommissar für das Land Preußen sowie über die Stellung des Gremiums der Reichskommissare als Ganzes.) — 2. Fortgesetzte Beratung über die Verkündung der Gesetze. — 3. Ersuchen des Ministerpräsidenten O. Braun nach Übersenden der Personalakten von denjenigen Beamten, über die bereits die Reichskommissare entschieden haben, um sie einem Untersuchungsausschuß des Landtages vorlegen zu können. — 4. Verordnung über Ersparnisse der Stadt Berlin. — 5. Neun Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. — 6. Frage der Beurlaubung der Beamten der Länder, der Gemeinden und der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, um an Geländesportlehrgängen des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung teilnehmen zu können. — 7. Aufstellung des Haushaltsplans für 1933. — 8. Arbeitsbeschaffungsprogramm. — 9. Ausführungsanweisung zu § 20 der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3.9.1932 der Kulturbauverwaltung. — 10. Nochmals zum Konflikt mit den Staatsministern wegen der Gnadenfrage. — 11. Ernennung.

Nr. 348 Sitzung des Staatsministeriums im Ministersaal des Landtagsgebäudes am 1. Februar 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 201–202v; MF 1069.

Anwesend: Braun, Hirtsiefer, Severing, Steiger, Schreiber, Schmidt, Klepper. — Prot.: Pfeiffer [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht, Badt, Cofsmann.

[1.] Verhandlung mit dem Reich und Klage beim Staatsgerichtshof. Nach dem Ausscheiden des Reichskanzlers von Schleicher scheinen Verhandlungen mit dem neuen Reichskommissar für das Land Preußen von Papen wenig erfolgversprechend. Vielmehr soll eine erneute Klage beim Staatsgerichtshof [...] auf Durchführung dessen Urteils sowie auf Anerkennung der dem Staatsministerium darin zugestandenen Rechte hinwirken.¹ [B] — ([2.] Das Schreiben der Deutschen Liga für Menschenrechte vom 1. Dezember v. Js. über die Vollstreckung der noch unerledigten rechtskräftigen Todesurteile ist nicht gesondert zu beantworten. [B] — [3.] Verkündungsrecht von Gesetzen. Der von den Kommissaren des Reichs in der Gesetzsammlung vorgenommene Bestätigungszusatz beim Gesetz² vom 25.1.1933 ist bei der demnächst einzureichenden Klage an den Staatsgerichtshof mit zu berücksichtigen. [B] — [4.] Beamte. Die Genehmigung für Beamte zur Aussage vor dem jetzt tagenden Untersuchungsausschuß³ des Landtags kann nur vom Staatsministerium, nicht von den Kommissaren des Reichs erteilt werden. Die vom Ausschuß geforderte Herausgabe von Personalakten an ihn kann nicht ohne Zustimmung der beteiligten Beamten erfolgen. [B] — [5.] Braun wird einer Einladung [...] des Päpstlichen Nuntius Orsenigo zu einem Essen am 11. Februar, an dem auch Hindenburg, Hitler und von Papen teilnehmen werden, Folge [...] leisten.) — [7.] Brecht informiert über seine im Reichsrat auf Fricks Ansprache [...] gehaltene Erwiderung, die in der Presse zum Teil entstellt wiedergegeben worden ist. — [8.] Politische Lage

¹ Vgl. Material zur verfassungsrechtlichen Streitsache in: Rep. 77, Tit. 114a Nr. 5, Bl. 310–346. Vgl. weiter mit Bezug auf die Sitzung Ehni, Bollwerk Preußen?, S. 287; Bay, Der Preussenkonflikt 1932/33, S. 264 f. und S. 274–277.

² Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufwertung von Erbpachtzinsen (Kanon), Grundmieten, Erbleihen und ähnlichen Ansprüchen v. 28.2.1927. Vom 25.1.1933, GS, 1933, S. 9.

³ Nachdem der Landtag vom 24. bis 26.11.1932 über die Auswirkungen des Urteils des Staatsgerichtshofs im Verfassungskonflikt zwischen Preußen und dem Reich debattiert hatte, war am 14.12.1932 ein Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Personalpolitik des Reichskommissars eingesetzt worden, vgl. StenBerLT, Session 1932/33, Bd. 763, Sp. 2024. Ferner Steffani, Die Untersuchungsausschüsse, S. 277–282, zur Anforderung der Akten ebd., S. 281.

sowie der von den Nationalsozialisten im Landtag eingebrachte Urantrag⁴ auf Auflösung des Landtags.

⁴ Nr. 1732 v. 31.1.1933, gedr. in: *StenBerLT, Session 1932/33, Bd. 764, S. 895.*

Nr. 349 Sitzung der Kommissare des Reichs am 4. Februar 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 25–28v; MF 1065. — Abschr.: Bd. 182, Bl. 29–29cv; Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 17–20v. Druck: Die Regierung Hitler, Teil 1: 1933/34, Bd. 1: 30. Januar bis 31. August 1933, Boppard a. Rh. 1983, S. 41–44, Dok. Nr. 14.

Anwesend: Papen [V], Göring, Rust, Hölscher, Popitz, Hugenberg, Ernst. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Wiskott, Nobis, Landfried, Schütze, v. Bismarck, E. Neumann, Gritzbach, Zippel [zu 1], Legler [zu 1], Bergbohm [zu 1–5], Surén [zu 2], Zschintzsch, Strunden [beide zu 2], Globke [zu 4].

(Begrüßung durch Papen, insbesondere der neu ernannten Kommissare und Dank an die ausgeschiedenen.) — 1. Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Staatsminister vom 13. Juni 1924. — 2. Wahlen der Kommunalverbände. — 3. Festsetzung des Termins für die etwaige Neuwahl des Landtags. — 4. Verordnung zur Änderung des Landeswahlgesetzes. — 4. Eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und eine Ernennung.

Nr. 350 Sitzung des Staatsministeriums im Dienstgebäude Leipziger Straße 3 am 6. Februar 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 203–203v; MF 1069.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Pfeiffer [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht, Badt.

Die Verordnung¹ Hindenburgs über die Übertragung der dem Staatsministerium durch das Urteil des Staatsgerichtshofs zustehenden Rechte auf den Reichskommissar für das Land Preußen entbehrt der rechtlichen Grundlage, weshalb noch heute die neue Klage beim Staatsgerichtshof wegen der Verfassungswidrigkeit der Verordnung sowie anschließend eine besondere Klage wegen der verfassungswidrigen Auflösung des Landtags einzureichen sind. Es bleibt abzuwarten, welche

¹ *Erlassen als VO zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen v. 6.2.1933, Bl. 204, gedr. in: RGBL. I, S. 43. Vgl. dazu ein Schreiben O. Brauns v. 5.2.1933 an Hindenburg, worin er den Reichspräsidenten um ein vorheriges Gespräch sowie um Prüfung auf Verfassungsmäßigkeit durch den Staatsgerichtshof ersucht, Bl. 205. Mit Bezug auf die Sitzung und ihre Ergebnisse: Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 287 f.; Bay, *Der Preussenkonflikt 1932/33*, S. 277; Schulze, H., *Otto Braun*, S. 781. — Unmittelbar nach den Ereignissen des 20. Juli 1932 hatte das Kabinett Braun darauf orientiert, so lange wie möglich als die verfassungsrechtlich anerkannten politischen Vertreter Preußens auftreten zu können. Dazu auch eine Denkschrift Schreibers v. 10.8.1932 an Badt, von der Passagen als Anlagen zur Gegenäußerung des Staatsministeriums an den Staatsgerichtshof eingeflossen sind, in: *Rep. 90, Nr. 2533, Bl. 4–35.**

weiteren Maßnahmen der Reichskommissar für das Land Preußen nunmehr hinsichtlich der [...] Preußischen Staatsminister veranlassen wird.

Nr. 351 Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 11. Februar 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 30–32v; MF 1065. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 107, n. f.; Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 21–23v.

Anwesend: Papen [V], Göring, Hölscher, Popitz. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers [für Rust], Wiskott, H. Schulze, Nobis, Landfried, Schütze, v. Bose, v. Bismarck, Bergbohm, E. Neumann, Gritzbach.

1. 55 Ernennungen der preußischen Bevollmächtigten zum Reichsrat¹ sowie 37 Abberufungen.

¹ *Die Vorschläge der Ressorts v. 10.2.1933 in: Rep. 90, Nr. 107, n. f. Vgl. weiter ein Schreiben von Ministerialdirektor Neumann an Hog v. 15.2., in dem er bezugnehmend auf eine Besprechung vom gleichen Tag eine Änderung der Geschäftseinteilung der hauptamtlichen Bevollmächtigten auflistet, in: Rep. 90, Nr. 108, n. f.*

Nr. 352 Sitzung der Preußischen Staatsminister im Dienstgebäude Leipziger Straße 3 am 15. Februar 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 206–208; MF 1069. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 25–27.

Anwesend: Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme, Klepper. — Prot.: Pfeiffer [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht, Badt.

[1.] *Die Aufforderung Papens an die Staatsminister [...], sich von nun an aller Dienstgeschäfte zu enthalten, die gleichzeitig erfolgte Versetzung von Brecht, [...] Badt und Coßmann in den einstweiligen Ruhestand sowie die an sie ergangene Weisung Papens, sich gleichfalls aller Dienstgeschäfte zu enthalten, widersprechen der Reichsverfassung und entbehren [...] daher der Rechtswirksamkeit.*¹ [B] — [2.] *Weitere Vorgehensweise zur Vertretung der Staatsminister bei den Verhandlungen im Reichsrat.* [B] — ([3.] *Die vor allem in der nationalsozialistischen und der deutschnationalen Presse [...] verbreiteten Behauptungen über die angebliche Verwendung von 2 Millionen Staatsgeldern seitens des Kabinetts für persönliche oder Parteizwecke sind richtig zu stellen.*² [B] — [4.] *Das Gesetz³ zur Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes soll durch das*

¹ *Vgl. dazu ein Schreiben Papens v. 9.2.1933 an alle Ressortminister, worin er die abermalige Versetzung von Badt und Brecht und die jetzige Versetzung von Coßmann in den einstweiligen Ruhestand sowie entsprechende Neuberufungen von Schütze und Neumann bekanntgibt, in: Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 41–46. Vgl. auch Schulze, H., Otto Braun, S. 781.*

² *Dazu Äußerungen von Severing, Klepper und Schreiber mit Anlagen, nachfolgende Korrespondenz – u. a. zu den im Protokoll erwähnten Anschuldigungen Kubes, die auf einer dienstlichen Niederschrift von Nobis basierten – und Ausschnitte aus der nationalsozialistischen Tagespresse in: Rep. 90, Nr. 2533, Bl. 68–98. Die Anschuldigungen, zu denen auch die Behauptung gehörte, daß das Protokoll der Staatsministerialsitzung vom 6.4.1932 von Braun vernichtet worden sei, gehen auf die angebliche Verwendung von Staatsmitteln für Parteizwecke während der Landtagswahl 1932 zurück, worauf das Kabinett Braun bereits am 5.2.1933 mit einer Presseerklärung reagiert hatte. Vgl. zu den*

Staatsministerium ausgefertigt, durch Braun und Schreiber vollzogen und an den Reichskommissar für das Land übersandt werden, um es dann mit dem Staatssiegel zu versehen. [B]

tatsächlichen Hintergründen und mit Bezug auf die Sitzung: Schulze, H., Otto Braun, S. 782–784. Vorangegangenes vgl. (2.) Sitzung am 6.4.1932.

³ *Gesetz zur Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes v. 1.6.1931 i. d. F. des Gesetzes v. 22.2.1932, v. 27.2.1933, GS, S. 31.*

Nr. 353 Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 15. Februar 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 34–36; MF 1065. — Abschr.: Bd. 182, Bl. 37–39; Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 25–27.

Anwesend: Papen [V], Göring, Rust, Hölscher, Popitz, Hugenberg. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried.

[1.] 18 Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und 15 Ernennungen. [B] — ([2.] In die am 21. Februar beginnende Sitzung¹ des Staatsrats sind Kommissare der Ressorts zu benennen und zu entsenden. [B])

¹ *StenBerStR 1933, Sitzungen vom 21.–23.2.1933, Sp. 30–122.*

Nr. 354 Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 22. Februar 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 181, Bl. 40–44v, MF 1065. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 29–36. Druck: Die Regierung Hitler, Teil 1, Bd. 1, S. 107–110, Dok. Nr. 27.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Hölscher, Rust. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Wiskott, H. Schulze, Nobis, Landfried, E. Neumann, v. Bose, v. Bismarck, Gritzbach, Bergbohm, Strunden, Fimmen [zu 1], Südhoff [zu 3].

1. Deutsche Zentralgenossenschaftskasse. — 2. Bodetal-Schwebebahn. — 3. Aussprache über die Einführung des Religionsunterrichts in den Berufsschulen.

Nr. 355 Besprechung der Kommissare des Reichs für Preußen am 22. Februar 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 45–47v; MF 1065.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Hölscher, Rust. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried.

[1.] 16 Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand; zwei Rücknahmen von Ernennungen sowie 21 Ernennungen. [B] — [2.] In der Presse ist bekannt zu geben, daß man sich mit einer etwaigen Abänderung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vor den Wahlen zu den kommunalen Körperschaften nicht befassen wird.¹ [B] — [3.] Das nach Knipfers Wechsel freigewordene Referat für Luftfahrtwesen im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit wird nicht neu besetzt.² [B]

¹ Das vorgesehene Gesetz zur Änderung der VO über die Neugliederung von Landkreisen wurde erst am 28.2.1934 erlassen; vgl. GS, S. 121.

² Vgl. auch ein späteres Schreiben Hugenberg an Göring v. 19.4.1933 mit einer Anlage über die Verwendung der freigewordenen Mittel sowie zur Überführung der Luftfahrt-Angelegenheiten auf den Reichskommissar für die Luftfahrt in: Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 104–112.

Nr. 356 (1.) Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 8. März 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 51–58v; MF 1065/1066. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 37–46. Druck: Die Regierung Hitler, Teil 1, Bd. 1, S. 172–181, Dok. Nr. 48.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Hölscher, Popitz, Rust. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Wiskott, Claussen, Nobis, Landfried, E. Neumann, Schütze, Hog, v. Bose, Schleusener, v. Bismarck, Wiskott, Claussen, Schellen, Bergbohm, Strunden [zu 3 und 5–6], Westerkamp [zu 4], Scheche [zu 5], W. Bracht, Rheins, Lehmann, Fricke, Fray, Weber, K. Richter, Ebenau, Sandrock, Ahrendts [alle zu 5], Surén, Will [beide zu 5–6].

(Umstellung der Tagesordnung wegen späterem Eintreffen Görings.) — **1.** Aufhebung des Staatsministerialbeschlusses vom 17.10.1927 über Teilnahme von Behördenvertretern an Veranstaltungen. — **2.** Abänderung des Staatsministerialbeschlusses vom 30.8.1932 über die Teilnahme von preußischen Beamten und nicht verbeamteten Hilfskräften in Dienstkleidung an politischen Veranstaltungen. — **3.** Justizangelegenheiten; Vertagung der Entscheidung über 17 vorliegende Todesurteile bis eine verfassungsmäßige Regierung gebildet ist. — **4.** Zusammenlegung der Universität mit der Technischen Hochschule in Breslau. — **5.** Haushaltplan und Finanzmaßnahmen für das Rechnungsjahr 1933. — **6.** Sonderbesteuerung für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte. — (**7.** Görings Bitte nach sofortiger Verabschiedung der Verordnung zur Behebung von Mißständen in der gemeindlichen Verwaltung.) — **8.** Ständige Hinzuziehung von Papen und Popitz bei den anstehenden Änderungen im Behördenaufbau.

Nr. 357 (2.) Chefbesprechung am 8. März 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 59–60; MF 1066. — Druck: Die Regierung Hitler, Teil 1, Bd. 1, S. 181 f., Dok. Nr. 49.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Hölscher, Popitz, Rust. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Landfried.

[1.] Beflaggung von Dienstgebäuden mit Hakenkreuzfahnen. — [2.] Die Beurlaubung von Beamten erfolgte in Rücksicht auf den Wahlkampf vor der Beschlußfassung des Staatsministeriums. — [3.] Rücknahme einer Ernennung sowie vier Ernennungen, 18 Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und zwei vorbehaltene Personalentscheidungen. — [4.] Mündliche Anfrage von Löbe und Hertz hinsichtlich der Zulassung von sozialdemokratischen Flugblättern und Plakaten mit Wahlaufrufen sachlichen Inhalts; Kenntnisaufnahme der von ihnen vorgebrachten Beschwerde über angebliche Mißhandlungen von Gefangenen in Polizei- und Gerichtsgefängnissen.

Nr. 358 Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 10. März 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 61–66v; MF 1066. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 47–52. Druck: Die Regierung Hitler, Teil 1, Bd. 1, S. 185–188, Dok. Nr. 52.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Hölscher, Popitz, Rust. — Prot.: Strunden.

Weitere Teilnehmer: Wiskott, Claussen, Nobis, Landfried, E. Neumann, Schütze, Hog, v. Bose, v. Bismarck, Bergbohm, Surén [zu 1–4], Krauthausen [zu 2 und 4], v. Hardenberg-Schattschneider [zu 2–3], Strunden [zu 1–2], Danckwerts, Kerstiens, Gramsch, Will, Imig, M. Krause, Niermann, Schulz [alle zu 3], Triebel [zu 3–4], Legler [zu 4], Gatermann [zu 1].

1. Änderung des Rennwett- und Lotteriegesetzes. — 2. Entwurf einer Verordnung zur Behebung von Mißständen in der gemeindlichen Verwaltung. — 3. Entwurf einer Verordnung zur Regelung einiger Punkte des Gemeindeverfassungs-, Verwaltungs- und Abgabenrechts sowie zur Änderung und Ergänzung der ersten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltungs-Änderungsverordnung 1933. Aufhebung der Landeskulturämter. — 4. Entwurf einer Verordnung über die Einrichtung zentraler Vormerkungsstellen für Versorgungsanwärter betr. Stellen im Gemeindedienst. — (5. Zeitpunkt der Landtagseinberufung.) — 6. Politische Notwendigkeit einer nochmaligen Amnestie. — 7. Bitte von Professoren der Universität Greifswald um Wiedereinstellung des 1927 entlassenen Professors Vahlen.

Nr. 359 Besprechung der Preußischen Staatsminister im Dienstgebäude Leipziger Straße 3 am 15. März 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 209–210; MF 1069.

Anwesend: Severing, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Pfeiffer [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht, Coßmann.

(Brecht informiert, daß O. Braun wegen Erkrankung seiner Frau zur Ministerbesprechung nicht aus der Schweiz anreisen kann.) — [1.] Verfahren vor dem Staatsgerichtshof und Frage des Abschlusses der Geschäftsführung. Die auf Ungültigkeitserklärung der Landtagswahl gerichtete Klage vor dem Staatsgerichtshof soll gemäß einer Presseerklärung¹ nicht weiter verfolgt werden.

¹ Im laufenden Protokolltext, Bl. 209v. Die Reichstags- und in Preußen zugleich die Landtagswahlen hatten am 5.3.1933 stattgefunden, in denen die NSDAP im Reichstag (43,9 %) die SPD als zweitstärkste Partei (18,3 %) weit hinter sich ließ; vgl. Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der

Über die Niederlegung der Ämter *soll erst* nach der voraussichtlich am 23. März d. Js. stattfindenden Neuwahl des Ministerpräsidenten *entschieden werden, ebenso über die Weiterführung des Verfahrens betr. die Gültigkeit der Verordnung*² vom 6. Februar.

Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin, Bonn 1987, S. 884–888 (mit weiterer Literatur); zum Landtags-Wahlergebnis für Preußen vgl. Schultheß', 1933, S. 884 ff.

² *Gemeint ist die von Reichspräsident Hindenburg erlassene VO zur Wiederherstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen, v. 6.2.1933, RGBl. I, S. 43. Vgl. zur verfassungsrechtlichen Streitsache eine Erwiderung der Reichskanzlei sowie Material zur Klagebeantwortung, in: Rep. 77, Tit. 114a Nr. 5, Bl. 322–326.*

Nr. 360 Chefbesprechung der Kommissare des Reichs für Preußen am 15. März 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 67–69v; MF 1066. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 53–55v.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Hölscher, Popitz, Rust, Ernst. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Wiskott, Claussen, v. Bismarck, Landfried.

[1.] Straferlasse. *Da von einer allgemeinen Amnestie zum jetzigen Zeitpunkt abzusehen ist, soll eine grundsätzliche Behandlung derartiger Gnadenerweise durch die Kommissare des Reichs erreicht werden. Verfahrensweise bei Straftaten, die bislang im Kampf für die nationale Erhebung des deutschen Volkes begangen worden sind sowie in dem bereits früher behandelten Einzelfall Potempa. [B] — [2.] Folgerungen aus dem Ergebnis der Kommunalwahlen¹. Die Entfernung von leitenden Kommunalbeamten aus ihren Ämtern soll künftig nur durch den Minister des Innern (Kommissar des Reichs) [...] erfolgen, während örtliche Eingriffe vermieden werden müssen. Eingehende Vorberatungen sind in einer Kommission, in welcher der Reichsminister des Innern, der Reichsfinanzminister, der Preußische Minister des Innern und der Preußische Finanzminister vertreten sein sollen, durchzuführen. [B] — [3.] 16 Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und zehn Ernennungen. — ([4.] Von der beabsichtigten Tagung des Staatsrats am 21. März ist Abstand zu nehmen, da nach Lage der Verhältnisse eine Gewähr für einen reibungslosen Verlauf der Sitzungen [...] nicht übernommen werden kann.²)*

¹ *Die Wahlen der kommunalen Vertretungen am 12.3.1933 ergaben für fast alle preußischen Provinzen – mit Ausnahme Westfalens und der Rheinprovinz – eine Mehrheit für die rechtsstehenden Parteien, vgl. Schultheß', 1933, S. 57; Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, hrsg. v. Cuno Horkenbach, Bd. 4, Berlin 1935, S. 110.*

² *Der Staatsrat trat am 26.4.1933 zusammen, vgl. StenBerStR 1933, Sp. 124–128. Vgl. ferner eine Argumentation von Gramsch v. 19.4. zum Problem, daß der bisherige Präsident des Staatsrats, Konrad Adenauer, das Recht für sich beanspruchte, den neugewählten Staatsrat zum 26.4. einzuberufen, in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Beiakten 2f, n. f.*

Nr. 361 (1.) Besprechung der Staatsminister¹ am 22. März 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 82, Bl. 211–212v; MF 1069.

Anwesend: Hirtsiefer, Severing, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme. — Prot.: Pfeiffer.

¹ *Diese letzte Besprechung fand in einem Hotel nahe Bahnhof Friedrichstraße statt; vgl. Brecht, Arnold, Mit der Kraft des Geistes. Lebenerinnerungen, zweite Hälfte 1927–1967, Stuttgart 1967, S. 301.*

Weitere Teilnehmer: Brecht, Coßmann.

1. Nutzung von Diensträumen in der Wilhelmstraße 64, da in der Leipziger Straße 3 die persönliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. — **2.** Lage nach der heutigen Eröffnungssitzung des neuen Landtags, in der keine Wahl des Ministerpräsidenten² erfolgte, aber der Landtag die Geschäfte durch die vom Herrn Reichspräsidenten eingesetzten Reichskommissare vorläufig wahrnehmen lassen will.³ Deshalb ist seitens der Staatsminister über die Niederlegung der Geschäfte mit dem Reichskommissar in Verbindung zu treten.⁴ — **3.** Regelungen zum bevorstehenden Abschluß der Geschäftsführung, unter anderem hinsichtlich der Hilfskräfte sowie der Verwahrung der Akten. — **4.** Dank an die hauptamtlich bevollmächtigten Vertreter im Reichsrat und die übrigen Beamten und Angestellten, die auf Grund ihrer dienstlichen Pflichten den Staatsministern in den vergangenen Monaten zur Seite gestanden haben.

² Zu den für das Preußen-Reich-Verhältnis relevanten machtpolitischen Hintergründen der verschobenen Wahl vgl. Höner, *Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928–1934*, Bochum 1984, S. 457–462. – Vgl. ferner eine Ausarbeitung Landfrieds über die Vertretung des Preußischen Ministerpräsidenten sowie den Umfang der Vertretungsmacht v. 10.3.1933 in: *Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 81–83.*

³ Vgl. *StenBerLT, Session 1933, Sp. 13 f.*

⁴ Vgl. dazu ein Schreiben von Hirtsiefer, Schreiber, Schmidt, Steiger und Grimme im Namen des Preußischen Staatsministeriums an Papen v. 25.3.1933 über die Niederlegung der Ämter und Geschäfte sowie Papens Eingangsbestätigung v. 27.3. in: *Rep. 90, Nr. 896, n. f.*, und in: *Rep. 90, Nr. 2353, Bl. 299–300.* Diesbezügliche, auch innerbehördliche Korrespondenzen in: *Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 87–92.* Vgl. weiter mit Bezug auf die Sitzung Schulze, H., Otto Braun, S. 789; Bay, *Der Preussenkonflikt 1932/33*, S. 277–279, sowie Alexander, Carl Severing, Bd. 2, S. 1078 mit Anm. 17.

Nr. 362 (2.) Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 22. März 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 72–73, Anlage: Bl. 74–75; MF 1066. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 57–58.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Hölscher, Popitz, Rust. — Prot.: Strunden [U].

Weitere Teilnehmer: Wiskott, Claussen, Nobis, Landfried, E. Neumann, Schütze, Hog, v. Bose.

1. Entwurf¹ einer Verordnung zur Behebung von Mißständen in der gemeindlichen Verwaltung. [B] — **2.** Entwurf² zu einer Verordnung über das Verfahren vor dem Provinzialrat und dem Oberverwaltungsgericht in Landeskultursachen. [B]

¹ Anlage zu TOP 1. Vgl. auch die VO vom gleichen Tag, GS, S. 67.

² *Rep. 90, Nr. 2304, Bl. 232–236. Vom 29.3.1933, GS, S. 79.*

Nr. 363 (3.) Chefbesprechung am 22. März 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 70–71; MF 1066.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Hölscher, Popitz, Rust, Ernst. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Claussen, Wiskott, Landfried.

[1.] *Nochmals zur angeblichen Veruntreuung von Staatsgeldern durch das Kabinett Braun.* Popitz referiert das Gutachten¹ der Oberrechnungskammer über den sogenannten 2-Mill.-Fonds. Bis zur Aufklärung des Sachverhalts sind die pfändbaren Teile der Gehälter oder sonstigen Bezüge des Ministerpräsidenten und der Staatsminister einzubehalten.² — [2.] Papen informiert über seine Absicht, den Landtagspräsidenten Kerrl zum Kommissar des Reichs für das Preußische Justizministerium zu bestellen.³ — [3.] Popitz erläutert die Finanz- und Kassenlage und empfiehlt die Einbringung eines Ermächtigungsgesetzes, um ein Etatgesetz verabschieden zu können; vertagt. — [4.] *Eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, eine Ernennung und eine Hinausschiebung der Altersgrenze.* [B]

¹ Die Oberrechnungskammer war Anfang Februar 1933 zur beschleunigten Begutachtung angehalten worden, vgl. eine Pressenotiz der Kommissare des Reichs v. 8.2.1933 in: Rep. 90, Nr. 2533, Bl. 103. Zum Kontext auch Schulze, H., Otto Braun, S. 782 f.

² Staatsminister Schreiber wandte sich am 7.4.1933 mit einer Eingabe an den Reichskommissar des Reichs für das preußische Innenministerium; ein Hinweis darauf in: Rep. 90, Nr. 896, n. f. Vgl. weiter ein Schreiben von Landfried an Freisler v. 17.8., worin er über die Zahlungssperre informiert, in: Rep. 90, Nr. 2354, Bl. 6.

³ Vgl. dazu eine darauf abzielende Forderung nationalsozialistischer Richter und Staatsanwälte Groß-Berlins v. 8.3.1933 in: Rep. 90a, C IV 1 Nr. 4, Bl. 12.

Nr. 364 Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 25. März 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 82–85; MF 1066. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1000, n. f.; Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 63–66v.

Anwesend: Papen [V], Göring, Rust, Kerrl¹, Popitz, Hugenberg. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Claussen, Wiskott, Schellen, Landfried.

30 Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand, 39 Ernennungen², unter anderem die Versetzung des Staatssekretärs des Preußischen Staatsministeriums Dr. Nobis³ in den Ruhestand und Landfrieds Ernennung zum neuen Staatssekretär des Preußischen Staatsministeriums⁴, eine Rücknahme einer Ernennung und eine Hinausschiebung der Altersgrenze.⁵ [B]

¹ Kerrls Ernennungsschreiben v. 23.3.1933 für den Geschäftsbereich des preußischen Justizministeriums in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 66.

² Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Möller, Horst, *Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 30 (1982), S. 7 mit Anm. 23.

³ Vgl. seine Beschwerde v. 1.4.1933, die er an Landfried gerichtet hatte, über die ausgebliebene übliche formal-sachliche Berichterstattung der Presse, in: Rep. 90a, C IV 1 Nr. 4, Bl. 29–30.

⁴ Vgl. den Geschäftsverteilungsplan für das Staatsministerium ab 1.4.1933 in: Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 96–99v.

⁵ Zu dem damit eingeleiteten großen Revirement und mit Bezug auf die Sitzung: Höner, Sabine, *Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen*, S. 416–419.

Nr. 365 (1.) Sitzung der Kommissare des Reichs für Preußen am 6. April 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 89–92; MF 1066/1067. — Abschr.: Bd. 182, Bl. 86–88v.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Kerrl, Popitz, Rust. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Wiskott, Claussen, Landfried, Hog, v. Bose, v. Bismarck, Surén [zu 1 und 3–5], Schellen [zu 1], W. Bracht [zu 1 und 7], v. Savigny [zu 1 und 3–5], Syring [zu 2], Krauthausen [zu 3–5], v. Hardenberg-Schattschneider [zu 4–5], Bergbohm [zu 7–8], Scholz [zu 7].

1. Arbeitsprogramm der Reichsregierung. Vorschläge in gesetzgeberischer oder organisatorischer Hinsicht *sind erst* nach Klärung innerhalb der einzelnen Ressorts *vorzulegen*. [B] — **[2.] Ordenssachen.** Von einer allgemeinen nachträglichen Verleihung von Kriegsauszeichnungen *ist abzusehen, lediglich die Möglichkeit nachträglicher Verleihungen an die Deutsch-Ost-Afrika-Kämpfer soll geprüft werden*. [B] — **3.** Verordnung¹ über die Erklärung der Rechtswirksamkeit von Wahlen zur Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. [B] — **[4.]** Verordnung² über die Beendigung der Amtszeit gewisser ehrenamtlicher Beamter von Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie über die Bestätigung von Gemeindebeamten. *Einzelheiten. Wegen der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit ist das Gesetz auch vor der Unterschriftsleistung durch die zuständigen Minister zu veröffentlichen*. [B] — **[5.]** Verordnung³ zur Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Verwaltung. [B] — **([6.]** Der erst während der Sitzung von Göring eingebrachte Entwurf⁴ eines Gesetzes zur Ausführung des Gleichschaltungsgesetzes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 31.3.1933 *wird angenommen*. [B] — **[7.]** Titelverleihungen. [B] — **[8.]** Verordnung⁵ zur Änderung des Gesetzes zur Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit *einschließlich der* inzwischen eingetretenen staatsrechtlichen Veränderungen. [B]

¹ Der zur Sitzung vorgelegte Entwurf Bl. 94. Vgl. das Gesetz v. 6.4.1933, GS, S. 97. Zur allgemeinen Einbettung vgl. Wierling u. Hötker, Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, S. 19 f.

² Bl. 95–95v. Vgl. das Gesetz, das zugleich Wahlen in den Hohenzollerischen Landen vorsah, v. 6.4.1933, GS, S. 95.

³ Der zur Sitzung vorgelegte Entwurf Bl. 97–100. Vgl. das Gesetz v. 29.5.1933, GS, S. 195.

⁴ Bl. 101. Das Gesetz v. 6.4.1933, GS, S. 96.

⁵ Als Vorlage zur Sitzung Bl. 102. Vgl. das Gesetz v. 7.4.1933, GS, S. 99.

Nr. 366 (2.) Chefbesprechung der Kommissare des Reichs für Preußen am 6. April 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 105–108; MF 1067.

Anwesend: Papen [V], Hugenberg, Göring, Kerrl, Popitz, Rust. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Claussen, Wiskott, Schellen, Landfried.

[1.] 32 Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand, Rücknahme einer Ernennung und 45 Ernennungen. — **[2.]** Vorläufiger Entwurf¹ eines Staatsvertrages zwischen Reich und Preußen über die Zusammenfassung der jeweiligen Wirtschafts- und Landwirtschaftsressorts. Hugenberg *soll* zunächst eine Denkschrift erarbeiten, *worin die Arbeitsgebiete mit derzeitiger Doppelarbeit benannt sind und die Frage zu prüfen ist, wie eine Verwaltung der preußischen Vermögensmassen unter Wahrung der ausschließlichen Zuständigkeit Preußens gewährleistet werden kann*. [B] — **[3.]** Gemeinsam mit dem Reichskabinett *ist bekannt zu geben, daß die* Minister des Reichs und Preußens *darum bitten, von persönlichen Besuchen möglichst abzusehen*. [B] — **[4.]** *Es ist eine*

¹ Rep. 84a, Nr. 2056, Bl. 158–160, die dazu auch im Protokoll erwähnte Denkschrift des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ebd., Bl. 167–176.

grundsätzliche Festlegung von Terminen für die Sitzungen des Reichskabinetts und des Preußischen Staatsministeriums zu treffen.² [B]

² Vgl. ein Schreiben Görings an den Staatssekretär in der Reichskanzlei v. 19.4.1933 in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 1, Bd. 1, Bl. 320.

Nr. 367 Ministerbesprechung am 21. April 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 109–110; MF 1067. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 896, n. f.; Rep. 90, Nr. 2353, Bl. 317–318.

Anwesend: Göring [V], Hugenberg, Kerrl, Popitz, Rust. — Prot.: Landfried [U].

Weitere Teilnehmer: Papen [zu 1], Landfried, Grauert, Körner.

[1.] Übergabe der Dienstgeschäfte des Preußischen Staatsministeriums durch v. Papen [...] an den Ministerpräsidenten Göring.¹ — [2.] Görings Vorschläge an den Reichskanzler zur Ernennung der Minister und Staatssekretäre.² — [3.] Zwei Ernennungen und eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — [4.] Information zum Entwurf³ zur Anpassung der Rechtsverhältnisse der preußischen Staatsminister an diejenigen der Reichsminister, der in der nächsten Sitzung im einzelnen zu erörtern ist. [B]

¹ Görings Ernennungsurkunde v. 11.4.1933 in: Rep. 90, Nr. 2353, Bl. 307, ebd., Bl. 310–311 eine Ausarbeitung Landfrieds über die Vertretung des Preußischen Ministerpräsidenten. Zu seinem Wirken als preußischer Ministerpräsident vgl. Maser, Werner, Hermann Göring. Hitlers janusköpfiger Paladin. Die politische Biographie, Berlin 2000, S. 193–210.

² Kurzeinschätzungen der Minister Rust und Kerrl bei Höner, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen, S. 440 f. — Ein Geschäftsverteilungsplan für das Staatsministerium ab 1.5.1933 in: Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 113–116.

³ Der von Popitz am 18.4.1933 Göring vorgelegte Entwurf in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Beiakten 2r, n. f. Vgl. ebd. auch eine Vorlage von Schütze zur Sitzung am 24. April mit Änderungsvorschlägen sowie das Gesetz v. 26.4.1933, GS, S. 123.

Nr. 368 Sitzung des Staatsministeriums am 24. April 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 111–118; MF 1067. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 74–81. Druck: Die Regierung Hitler, Teil 1, Bd. 1, S. 366–372, Dok. Nr. 104.

Anwesend: Göring [V], Hugenberg, Kerrl, Popitz, Rust. — Prot.: Bergbohm [U]; [TOP 11] Sommerfeldt [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers, Körner, Landfried, Grauert, Wiskott, Claussen, E. Neumann, Schütze, Hog, Scheche, W. Bracht [beide zu 2], Gritzbach [zu 2–3 und 8–10], Schellen [zu 3 und 10–11], Surén [zu 3–4], Krauthausen [zu 3], Will [zu 4], Bergbohm [zu 4–7], Sommerfeldt [zu 11].

(Überreichung der Bestallungsurkunden an die neuernannten Staatsminister.) — 1. Erneut zum Gesetzentwurf über die Gleichschaltung der Rechtsverhältnisse der Staatsminister mit den Rechtsverhältnissen der Reichsminister. — 2. Staatshaushaltsplan 1933 und Gesetz über die Anleihermächtigungen. — 3. Ausführungsvorschrift zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeam-

tentums. — 4. Überprüfung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen. — 5. Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze. — 6. Beflagung am Feiertage der Nationalen Arbeit. — 7. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamts. — 8. Umgestaltung des Gerichtswesens in Berlin. — 9. Ausübung des Begnadigungsrechts. — 10. Grundsätzliche Fragen zum Erlaß des Reichskanzlers über Beamtenernennungen in Preußen. — 11. 20 Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand, elf Ernennungen und 18 Zuteilungen von Regierungsdirektoren zu den entsprechenden Regierungspräsidenten. — (12. Grundsätzliches zur zukünftigen Bestellung von Kommissaren und zur Führung eines Kommissartitels. — 13. Beantragung der Teilnahme preußischer Staatsminister an denjenigen Sitzungen des Reichskabinetts, in denen für die preußischen Belange bedeutende Maßnahmen verhandelt werden. — 14. Sitzungen des Staatsministeriums zukünftig nicht mehr am Mittwoch und Sonnabend.)

Nr. 369 Sitzung des Staatsministeriums am 27. April 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 119–121v; MF 1067. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 279–281v; Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 82–84v.

Anwesend: Göring [V], Kerrl, Popitz, Rust, Hugenberg. — Prot.: Sommerfeldt [U].

Weitere Teilnehmer: Körner, Hölscher, Wiskott, Claussen, Grauert, Landfried, Sommerfeldt.

[1.] Zurückziehung sämtlicher Kommissare. In Ergänzung des Beschlusses vom 24. April sind künftig durch die Ressortminister bestellte Ministerialkommissare zugleich dem Ministerpräsidenten mitzuteilen.¹ Die bisher übliche Bezeichnung „Kommissar zur besonderen Verwendung“ ist zu ersetzen durch [...] „Kommissar zur ...“ mit genauer Angabe der Spezialaufgabe. Außerdem können in besonders dringenden Fällen und nur mit Genehmigung des Ministerpräsidenten [...] auch die Oberpräsidenten für Sonderaufgaben Kommissare bestellen. [B]² — [2.] Zuständigkeit für Verhaftungen. Die alleinige Befugnis der zuständigen staatlichen Dienststellen ist unter Androhung strafrechtlicher Ahndung von Zuwiderhandlungen mit einem noch vorzubereitenden Erlaß³ des Ministers des Innern klarzustellen. [B] — [3.] Göring fordert eine beschleunigte Durchführung des Gesetzes⁴ über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, wobei ihm eine verstärkte Mitarbeit der Vertrauensleute der NSDAP zweckmäßig erscheint. Denunziantentum und insbesondere den sogenannten „Schnüffel-Kommissionen“ ist zu begegnen. Wenn es zur Anwendung des Beamtengesetzes erforderlich ist, wird er auch in andere Ressorts eingreifen müssen, wobei die Rechte der Ressortminister [...] dadurch selbstverständlich in keiner

¹ Zu Görings damaliger Machtposition vgl. Maser, Hermann Göring, S. 198.

² Der Beschluß, jedoch datiert auf den 28.4.1933, in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 210, Bl. 4–7. Vgl. weiter die Runderlasse Görings zur Einsetzung und Tätigkeit von Kommissaren z. b. V. an die nachgeordneten Behörden v. 6.5.1933 in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 104–106, gedr. in: MinBl. Innere Verwaltung 1933, S. 553, bzw. zur Bestellung von Kommissaren für Gemeinden und Gemeindeverbände an die Ober- und Regierungspräsidenten v. 27.5.1933 in: Ebd., S. 691.

³ Vom 28.4.1933, MinBl. Innere Verwaltung 1933, Sp. 510.

⁴ Das Reichsgesetz v. 7.4.1933, RGBl. I, S. 175. Ein Entwurf v. 26.4.1933 für die preußische Ausführungsvorschrift in: Rep. 76, IIa Sekt. 54 Gen. Nr. 1 Adhib. L, Bl. 387–388. Vgl. weiter die für Preußen am 24.4.1933 erlassene Erste Ausführungsvorschrift zum Reichsgesetz in: GS, S. 157. Am 25.4.1933 fand zum Vollzug des Gesetzes v. 7.4.1933 eine Aussprache zwischen den Spitzen von Reich, Preußen, dem Reichsstatthalter von Bayern und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft statt; ein ausführlicher Aktenvermerk darüber in: Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 287–288v. Vgl. allgemein Hattenhauer, Hans, Geschichte des deutschen Beamtentums, Köln u. a., 2. Aufl. 1993, S. 407–417. Zu Entstehung und Auswirkung des Gesetzes im einzelnen Mommsen, Hans, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966, S. 39–61.

Weise beeinträchtigt werden.⁵ — [4.] Recht zur Ernennung und Entlassung von Beamten. *Nachdem mit Erlaß⁶ vom 25. April 1933 dieses Recht dem Ministerpräsidenten mit der Befugnis zur Weiterdelegierung übertragen worden ist, werden die Zuständigkeiten des Ministerpräsidenten und der Fachminister für die einzelnen höheren Beamtengruppen neu geregelt.* [B] — [5.] Die Vorgänge bei der Preußischen Landespfandbriefanstalt sind durch Claussen gemeinsam mit je einem Vertreter des Finanzministeriums und des Justizministeriums zu untersuchen. [B] — [6.] Auf Anregung von Göring zu Punkt 10 der letzten Staatsministerialsitzung ist bei der Reichsregierung der Erlaß eines Gesetzes gegen das Angebertum zu beantragen. [B] — [7.] Die Zahl der Freikarten für die Staatsbühnen in Berlin ist aufs äußerste einzuschränken.⁷ [B]

⁵ Vgl. dazu Besprechungen in der zweiten Aprilhälfte 1933 zwischen den Reichs- und preußischen Ministerien sowie innerhalb der preußischen Ressorts in: Rep. 76, IIa Sekt. 54 Gen. Nr. 1 Adhib. L, Bl. 338–375v, die u. a. als Ergebnis die Zweite und Dritte VO zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 4.5. bzw. 6.5.1933 hatten, RGBl. I, S. 233 bzw. 245.

⁶ Erlaß des Reichskanzlers über Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze, Beamtenernennungen und die Ausübung des Gnadenrechts in Preußen v. 25.4.1933, GS, S. 113. Die Neuregelung ist im laufenden Protokolltext auf Bl. 120–121 wiedergegeben. Vgl. dazu auch ein Schreiben des Reichsinnenministers an nachgeordnete Behörden im Reich und u. a. an alle preußische Ministerien v. 26.7.1933 in: Rep. 84a, Nr. 2662, Bl. 89–91v.

⁷ Dazu Korrespondenz, auch zu Vorarbeiten eines Entwurfs der Freikartenordnung für die Staatstheater, in: Rep. 90, Nr. 2407, Bl. 150–158.

Nr. 370 Chefbesprechung am 5. Mai 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 130–135; MF 1067. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 86–91.

Anwesend: Göring [V], Kerrl, Popitz, Rust. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Körner, Wiskott, Grauert, Schellen, Sommerfeldt.

[1.] *Begnadigung bzw. Vollstreckung von Todesurteilen in vier Fällen.* — [2.] *Endgültige Besetzung der Preußischen Wirtschaftsministerien. Göring hält eine weitere Hinauszögerung, auch angesichts der vielfachen Eingaben¹ zur stärkeren Beteiligung der nationalsozialistischen Bewegung, für nicht tragbar. Bei der Neuordnung des Landwirtschaftsministeriums ist für die Forstverwaltung auf eine stärkere Selbständigkeit hinzuwirken, damit sie den in Verbindung mit der Reichswehr vor ihr stehenden neuen Aufgaben gerecht wird.* — [3.] *Nochmals zum Beamtengesetz. Die Frist zu seiner Durchführung ist zu kurz und die jetzige Fassung [...] mit ihren eng begrenzten Tatbeständen nicht ausreichend, wenn die Entfernung eines Beamten insbesondere auch in der Kommunalverwaltung erforderlich ist. Deshalb ist auf die von Popitz vorgesehene Vorschrift, wonach jeder Beamte ohne Angabe von Gründen während der Geltungsdauer des Gesetzes unter Gewährung des ihm gesetzlich zustehenden Ruhegehalts pensioniert werden kann, zurückzukommen.*² [B] — [4.] *Eine Neuwahl von Kommunalbeamten darf nur bei vorheriger Bestätigung des Ministers des Innern [...] erfolgen.* [B] — [5.] *Amtsbezeichnungen.*

¹ *Vom April/Mai 1933, in: Rep. 90, Nr. 896, n. f. Zu den Beweggründen, Hugenberg als einziges Regierungsmitglied nicht zum Minister zu ernennen, sondern als Reichskommissar zu belassen, vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Höner, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen, S. 443 f. mit Anm. 26.*

² *Vgl. dazu im Mai 1933 entworfene Ergänzungsbestimmungen sowie weiteres Material bis hin zu ergänzenden preußischen Verordnungen und Vorschriften zum Reichsgesetz in: Rep. 76, IIa Sekt. 54 Gen. Nr. 1 Adhib. L, Bl. 404–499. Zusätzliche Einsparungsvorschläge von Popitz bei der Besetzung von Beamtenstellen v. 5.5.1933 in: Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 283–284. Vgl. hierzu mit Bezug auf die Sitzung: Mommsen, Beamtentum, S. 42, 44 u. 50.*

Anstelle der bisherigen Bezeichnung „Polizeikommandeur“ wird mit sofortiger Wirkung die Dienstgradbezeichnung „Polizeigeneral“ treten. [B] — [6.] Die nach 1918 geschaffenen parlamentarischen Beiräte bei den staatlichen Gesellschaften sollen möglichst schnell verschwinden. [B] — [7.] Görings Vorschlägen, den Landtag auf Donnerstag, den 18. Mai einzuberufen sowie für die Tagesordnung die Regierungserklärung und ein alsbald vom Innenministerium zu entwerfendes und vorzulegendes Ermächtigungsgesetz vorzusehen, wird zugestimmt.³ [B] — [8.] Die regelmäßigen Staatsministerialsitzungen sollen zukünftig nur Donnerstags um 4 Uhr nachmittags stattfinden. [B] — [9.] 31 Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand und 48 Ernennungen. [B]

³ Vgl. ein Schreiben Görings v. 7.5.1933 an alle Minister mit dem Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 116–117.

Nr. 371 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Mai 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 136–138; MF 1067. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 92–94. Druck: Die Regierung Hitler, Teil 1, Bd. 1, S. 440–443, Dok. Nr. 124.

Anwesend: Popitz [V], Kerrl, Rust, Hugenberg. — Prot.: Gritzbach [U].

Weitere Teilnehmer: Körner, Landfried, Grauert, Wiskott, Claussen, E. Neumann, Schütze, Wagemann, Niermann, v. Both, Gritzbach.

Gesetzentwurf über das bäuerliche Erbhofrecht.

Nr. 372 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Mai 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 143–148, Anlage¹: Bl. 139–142; MF 1067/1068. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 96–101.

Anwesend: Göring [V], Kerrl, Popitz, Rust. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Körner, Grauert, Wiskott, Claussen, Landfried, E. Neumann, Schütze, Hog, Bergbohm, Hölscher, Wagemann [zu 1], Niermann, v. Both [beide zu 1], Gritzbach [zu 1–2, 4 und 8–14], Bergbohm [zu 3 und 5–7], Surén [zu 7], Eiffler [zu 8], Frielinghaus [zu 9–14].

1. Nochmals zum Entwurf² eines Gesetzes über das bäuerliche Erbhofrecht. Trotz der Einwände Hugenburgs, die er ausdrücklich im Protokoll festgehalten wissen will, hält Kerrl den von ihm vorgelegten Entwurf, dessen Endziel die ungeteilte Erhaltung des Erbhofes ist, in vollem Umfang aufrecht. Einzelheiten. [B] — 2. Entwurf³ eines Gesetzes über die Verlegung

¹ Zu TOP 1: Hugenburgs Einwände, festgehalten in einem Schreiben v. 14.5.1933 an Kerrl, da er zur Sitzung nicht anwesend sein konnte.

² Der ursprüngliche, am 9.5.1933 von Kerrl vorgelegte sowie auch der nach der Sitzung v. 11.5. bereits überarbeitete Entwurf in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 376, Bl. 2–39v. Vgl. auch das Gesetz v. 15.5.1933, GS, S. 165.

³ Vgl. das Gesetz v. 24.5.1933, GS, S. 190.

des Amtsgerichts Weyhers. [B] — 3. Entwurf⁴ eines Ermächtigungsgesetzes. Die Zustimmung des Staatsrats *ist unmittelbar nach der Landtagssitzung* am 18. Mai 1933 *herbeizuführen*. [B] — 4. Ministerbeleidigungen. *Der Justizminister wird ermächtigt*, für sämtliche Staatsminister von sich aus der Strafverfolgungsbehörde gegenüber die Erklärung abzugeben, daß Strafantrag nicht gestellt wird.⁵ [B] — 5. Entwurf⁶ eines Gesetzes zur Änderung des Polizeibeamtengesetzes vom 31. Juli 1927. [B] — 6. Aufhebung der Beamtenvertretungen.⁷ [B] — 7. Entwurf⁸ eines Gesetzes über die Übertragung von Zuständigkeiten der Provinziallandtage auf die Provinzialausschüsse. [B] — 8. *Dem Entwurf⁹ eines Gesetzes über die Änderung des Preußischen Stempelsteuergesetzes wird trotz der Befürchtung von Claussen, daß dadurch eine neue Belastung der Wirtschaft eintreten würde, zugestimmt.* [B] — 9. Auflösung der Industrie- und Handelskammern Berlin und Kiel. [B] — 10. *Amtsbezeichnungen. Zur Bearbeitung der Titelfrage soll Popitz, um Doppelarbeit zu vermeiden, allen Ressorts einen Vorschlag unterbreiten.* [B] — 11. Eingriffe und Untersuchungen bei deutschen Banken *haben* bereits zum Abzug ausländischer Gelder geführt. *Zukünftig sind* unberechtigte Eingriffe in wirtschaftliche Unternehmungen zu verhindern, *um das* spätere Urteil über die Tätigkeit der neuen Preußischen Staatsregierung, *inwieweit es ihr gelungen ist*, die deutsche Wirtschaft wieder in die Höhe zu führen, *nicht zu beeinträchtigen.* [B] — 12. Zeitpunkt der Ministerialsitzungen¹⁰; *vertagt.* [B] — 13. *Göring behält sich vor, Reisen von preußischen Ministern ins Ausland [...] selbst zu genehmigen, um dabei etwaige außenpolitische Bedenken mit zu berücksichtigen.* — 14. Die Herausgabe von politisch bedeutsamen Erlassen durch die Ressorts *soll nicht* ohne vorherige Vorlage beim Ministerpräsidenten *erfolgen.* Die Staatsminister tragen für *alle anderen, nicht vorgelegten* Erlasse [...] Göring *zufolge* die volle Verantwortung. — 15. *12 Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und acht Ernennungen.*

⁴ *Vorlage und Entwurf des MdI v. 7.5.1933 in: BArch, R 4901, Nr. 467, Bl. 294–295; Bl. 296 eine Referentenausarbeitung. Vgl. dazu auch Material über die Befugnis des Staatsministeriums zum Erlaß eines solchen Gesetzes in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 118–120.*

⁵ *Vgl. dazu ein Schreiben Görings an die Minister und Kommissare des Reichs v. 6.5.1933 in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 113–113v.*

⁶ *Dazu Material in: Rep. 84a, Nr. 3736. Vgl. das Gesetz v. 19.5.1933, GS, S. 186.*

⁷ *Der Runderlaß Görings v. 20.5.1933 in: MinBl. Innere Verwaltung 1933, S. 601.*

⁸ *Mit Vorlagen des MdI v. 20.4. u. 10.5.1933 in: Rep. 84a, Nr. 4682, Bl. 347–351v. Vgl. das Gesetz v. 24.5.1933, GS, S. 189.*

⁹ *Von Popitz am 8.4.1933 vorgelegt; der Entwurf und ein Votum Hugenbergs v. 26.4.1933 in: Rep. 90, Nr. 1539, n. f. Vgl. das Gesetz sowie die Rechtsmittelverordnung für die Stempelsteuer, beide v. 23.5.1933, GS, S. 186 u. 192.*

¹⁰ *Vgl. hierzu eine Mitteilung des Ministerpräsidenten in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 328.*

Nr. 373 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Mai 1933.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 149–156v; MF 1068. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 102–108v.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Hugenberg. — Prot.: Gritzbach [U].

Weitere Teilnehmer: Körner, Wiskott, Claussen, Grauert, E. Neumann, Schellen, Schütze, Kerstiens [zu 1], Gritzbach [zu 1–3 und 5], Sperl [zu 2], Surén, Loschelder [beide zu 3], Schäfer, v. Normann [beide zu 4].

(Göring teilt mit, daß der Landtag neue Abgeordnete als Vertretung [...] in den Aufsichtsräten der staatlichen Gesellschaften [...] ernennen wird, wobei die Zahl der Vertreter jedoch halbiert werden

soll. — Weiter informiert er darüber, daß er die parlamentarischen Gebräuche im bisherigen Umfange nicht einhalten und selbst bestimmen wird, in welchem Umfang Landtag und Staatsrat zur Mitarbeit an der Regierung herangezogen werden.)¹ — 1. Entwurf² eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes. [B] — 2. Auslegung der Delegationsvorschrift im § 31 der Verordnung über die Sparkassen vom 20.7./4.8.1932. Die generelle Übertragung von Zuständigkeiten bei Reichs- oder Landesgesetzen an die Landesregierung, die dann vom Staatsministerium oder von den jeweiligen Fachministern [...] wahrgenommen werden können, ist gesetzlich zu regeln. [B] — 3. Entwurf³ eines Gesetzes über die Einsetzung eines Staatskommissars in der Hauptstadt Berlin. Gemäß dem Einwand von Popitz wird der Staatskommissar nicht in ein Beamtenverhältnis zur Stadt Berlin treten, jedoch sollen die Dienstbezüge von ihr getragen werden. [B] Nach der Kritik von Popitz⁴ an der Verfahrensweise ordnet Göring gleichzeitig an, daß alle Angelegenheiten mit finanzieller Auswirkung [...] grundsätzlich nur im Einvernehmen mit dem Finanzminister zu regeln sind. — 4. Entwurf eines Gesetzes⁵ über die Wahl der Vertrauenspersonen des Ausschusses zur Wahl der Schöffen und Geschworenen. [B] — 5. Der Zeitpunkt der Staatsministerialsitzungen⁶ ist künftig immer Donnerstag 12 Uhr, worüber die Reichskanzlei [...] zu benachrichtigen ist. [B] — 6. 16 Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und 32 Ernennungen⁷. [B] — (7. Umgestaltung des Staatsrats.⁸ Dieser sollte zu einer Art Oberhaus ausgebaut werden, keine parlamentarischen Aufgaben übernehmen und die Staatsregierung lediglich beraten. Personelle Zusammensetzung, so daß er als ein Vorläufer für einen später zu schaffenden Senat angesehen werden kann. Die Angelegenheit ist zunächst im kleinen Kreise vorzubereiten. — 8. Die Frage des Fortbestehens des Staatsgerichtshofes ist baldigst zu klären. Zunächst sind in Verhandlungen⁹ mit dem Reichsinnenminister möglichst die Vorschriften über den Staatsgerichtshof bis auf weiteres zu suspendieren und die schwebenden Klagen niederzuschlagen. [B] — 9. Personalvorschläge zur Bestellung der Treuhänder der Arbeit. [B])

¹ Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Maser, Hermann Göring, S. 198.

² Vorgelegt von Kerrl am 20.5.1933 in: Rep. 84a, Nr. 3742, Bl. 160–162; ebd., Bl. 191–195 ein weiterer Entwurf v. 14.11.1933, ein Schreiben von Gramsch an Göring v. 14.12.1933 sowie ein erneuter Entwurf vom Dezember 1933. Vgl. weiter das Gesetz zur Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes v. 1.6.1931. Vom 31.5.1933, GS, S. 197.

³ Der durch Gramsch am 27.5.1933 eingereichte Entwurf (mehrere Fassungen) in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 104, Bl. 2–38. Ebd., Bl. 43 ein Schreiben Görings an den bisherigen Staatskommissar Lippert, daß seine Kompetenzen durch das Gesetz nicht erloschen seien und seine Bestellung als Staatskommissar auf der neuen gesetzlichen Grundlage unmittelbar bevorstehe. Vgl. auch das Gesetz v. 31.5.1933, GS, S. 196.

⁴ Dargelegt auch in einem Schreiben an Göring v. 8.5.1933 in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 109–112.

⁵ Vom 31.5.1933, GS, S. 195.

⁶ Vgl. dazu eine Ausarbeitung von Gritzbach für die Sitzung v. 29.5.1933 in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 330. Ferner ein Schreiben v. 2.6.1933 an Neumann, worin wegen terminlicher Parallelität zu den Reichsratssitzungen auch eine Neuregelung für die Vorbesprechungen im Staatsministerium gefunden werden soll, in: Rep. 90, Nr. 108, n. f.

⁷ Zu Görings Personalpolitik, besonders zur Ernennung von Philipp Prinz von Hessen zum kommissarischen Oberpräsidenten für Hessen-Nassau, vgl. unter Bezug auf die Sitzung: Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 33. Zum Wechsel des Staatssekretärs im preußischen Justizministerium (Hölscher/Freisler) mit Bezug auf die Sitzung Höner, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen, S. 441 mit Anm. 16.

⁸ Vgl. einen am 10.6.1933 von Schütze vorgelegten Gesetzentwurf sowie mehrere Fassungen mit Korrekturen in: Rep. 77, Tit. 494b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 3–31. Laut einem Schreiben von Staatssekretär Körner von Anfang Juni war der Entwurf von R. Ley ausgearbeitet worden; Körners Schreiben an Ley mit Bitte um Überlassung in: Rep. 90, Nr. 13, Bl. 253. Die liberale Presse sprach von einem „ziemlich radikalen“ Umgestaltungsplan, so das Berliner Tageblatt (M) v. 1.6.1933. Zur Umgestaltung des Staatsrats nach nationalsozialistischen Grundsätzen vgl. Bayer, Staatsrat, S. 164–167.

⁹ Vgl. ein Schreiben Görings v. 18.6.1933 an Reichsinnenminister Frick, worin der Reichsregierung ein derartiges, bereits vorformuliertes Gesetz empfohlen wird, in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 352, Bl. 164–164v. Zur Initiative von Popitz für solch ein Gesetz vgl. unter Bezug auf die Sitzung: Höner, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen, S. 482 f.

Nr. 374 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juni 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 160–166; MF 1068. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 110–15v.

Anwesend: Popitz, Kerrl, Rust. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Körner, Wiskott, Claussen, Grauert, Landfried, E. Neumann, Schellen, Schütze, Surén, Krauthausen [beide zu 1–3], Bergbohm [zu 1 und 3], v. Normann [zu 2], Hellich, Gritzbach [beide zu 6].

1. Entwurf¹ eines Gesetzes über die Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Popitz und auch Kerrl befürchten, daß das Gesetz praktisch auf die Einführung des Präfektursystems hinauslaufe und deshalb eine schwere Beeinträchtigung der kommunalen Selbstverwaltung bedeute. Grauert fordert den sofortigen Erlaß des Gesetzes, der einem dringenden Wunsch Görings entspricht, und lehnt aus politischen Gründen die erwogene zeitliche Begrenzung des Gesetzes ab. Dem Entwurf wird nach Klärung der Frage, welcher Behörde die Bestätigung zustehen soll, sowie nach Fassungsänderung zugestimmt. Göring soll bei sich bietender Gelegenheit öffentlich darauf aufmerksam machen, daß dieses Gesetz das Recht der kommunalen Selbstverwaltung grundsätzlich nicht antasten wird. [B] — **2.** Ernennung² von Mitgliedern des Beirats der Generaldirektion der Preußischen Staatsbank – Seehandlung –; vertagt. [B] — **3.** Ergänzung des Gesetzes betr. Einführung einer Altersgrenze vom 15.12.1920. Spezialregelungen für die Anstellung der jetzigen kommissarischen Verwalter der Stellen des Oberbürgermeisters der Stadt Essen und des Stadtkämmerers der Hauptstadt Berlin.³ [B] — **(4.** Aufteilung der Stadtgemeinde Gladbach-Rheydt. Dem erst während der Sitzung eingebrachten Gesetzentwurf⁴ wird trotz anfänglicher Bedenken wegen der durch Grauert dargelegten politischen Gründe, nämlich die 1929 erfolgte Vereinigung der beiden Stadtgemeinden als besonders krassen Fall der Vergewaltigung eines Bevölkerungsteils durch die damaligen Regierungsparteien nunmehr rückgängig zu machen, zugestimmt. [B] Neumann betont grundsätzlich, daß den Ressorts eine Stellungnahme zu Vorlagen in der Staatsministerialsitzung nur möglich sei, wenn sie zuvor Gelegenheit zur Durchprüfung erhalten.⁵ — **(5.** Neugliederung von Gerichtsbezirken im Bereich der Oberlandesgerichte Frankfurt a. M., Hamm und Köln. Dem erst während der Sitzung eingebrachten Gesetzentwurf⁶ wird vorbehaltlich der Prüfung durch den Finanzminister [...] grundsätzlich zugestimmt. [B]) — **6.** Auflösung der Landwirtschaftskammern.⁷ [B] — **7.** Neumann informiert über Görings Wunsch, die von ihm als Kommissare für die Landwirtschaftskammern bis zu deren Neubildung vorgesehenen Personen dennoch baldigst durch den Landwirtschaftsminister

¹ Die Vorlage des Mdl v. 27.5.1933 sowie Referentennotizen v. 6. u. 14.6.1933 in: Rep. 84a, Nr. 4682, Bl. 355–364v; Bl. 365–370 ein Votum des Mdl v. 14.6. zur Stellungnahme des Finanzministers mit einer Neufassung des Gesetzentwurfs. Vgl. das Gesetz v. 23.6.1933, GS, S. 217.

² Vgl. die Vorlage des Finanzministers v. 9.6.1933 in: Rep. 77; Tit. 1149 Nr. 1, Bl. 64. Ferner Rep. 84a, Nr. 4717, Bl. 96–96v.

³ Vgl. das Gesetz v. 4.7.1933, GS, S. 230.

⁴ Rep. 77, Tit. 3477 Stadt Gladbach Nr. 4 Bd. 2, Bl. 200–205. Dazu im Frühjahr 1933 geführte Korrespondenzen und eine Denkschrift in: Rep. 77, Tit. 3643 Stadt Gladbach-Rheydt Nr. 2 Bd. 1, Bl. 7–26. Eine am 15.6. vorgelegte Argumentation von Bergbohm in: Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 171–172. Vgl. das Gesetz v. 24.6.1933, GS, S. 225.

⁵ Vgl. eine Weisung Görings v. 15.7.1933, mit der er die Vorlage spätestens 5 Tage vor der Kabinettsitzung anordnete, in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 353–354, bes. Bl. 354. Auch in: Rep. 90, Nr. 2577, Bl. 190–191.

⁶ Der von Kerrl am 14.6.1933 vorgelegte Entwurf in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 341 Bd. 2, Bl. 2–8v. Vgl. das Gesetz v. 23.6.1933, GS, S. 221.

⁷ Vgl. die VO über die Auflösung der preußischen Landwirtschaftskammern v. 21.6.1933, GS, S. 224.

zu ernennen und zugleich die für die Landwirtschaftskammer in Wiesbaden gesperrten Staatszuschüsse alsbald wieder zu gewähren. *Einigkeit darüber, daß bei Meinungsverschiedenheiten über die Persönlichkeit einzelner Kommissare eine grundsätzliche Regelung zwischen dem Landwirtschaftsminister und den beteiligten Stellen der Organisation der Landwirte notwendig ist.* — 8. 28 Ernennungen und zwölf Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand. [B]

Nr. 375 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juni 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 168–171; MF 1068. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 116–119.

Anwesend: Popitz, Kerrl, Rust, Hugenberg. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Körner, Wiskott, Claussen, Landfried, E. Neumann, Schütze, Westphal [zu 1], Frey, Conti, Bames [alle drei zu 1], Kerstiens, Gritzbach [beide zu 2].

1. Die vorgesehene anderweite Zusammensetzung des Landesgesundheitsrats ist kein Hindernis für eine etwaige zukünftige Zusammenfassung des Reichsgesundheitsrats und des Preussischen Landesgesundheitsrats. [B] — 2. Die über die Durchführung des Milchgesetzes¹ möglicherweise zwischen dem Innenministerium und dem Landwirtschaftsministerium erneut auftretenden Meinungsverschiedenheiten sollen zunächst durch diese Ressorts geklärt werden. [B] — (3. Sofortiger Übergang der Verwaltung der Tierärztlichen Hochschulen auf das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.² [B] — 4. Nochmals zum Gesetz über die Neugliederung von Gerichtsbezirken im Bezirk der Oberlandesgerichtsbezirke Frankfurt a. M., Hamm und Köln. Kerrl teilt mit, daß Popitz dem am 15. Juni d. J. beschlossenen Gesetz nachträglich zugestimmt hat.³ — 5. Gleichschaltung. Popitz kündigt für die nächste Sitzung die zwei außerordentlich wichtigen Problempunkte, nämlich angesichts der Bildung [...] des Deutschen Gemeindetages die akut gewordene Frage der Eingliederung der Gemeinden in den neuen Staat sowie die mit der Bildung der Deutschen Arbeitsfront notwendig werdende Neuordnung des Rechtes der Angestellten und Arbeiter in den staatlichen Betrieben, an.) — 6. Vier Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand und acht Ernennungen. [B]

¹ Vgl. die VO zur Regelung des Milchpreises v. 30.5.1933, GS, S. 214.

² Dazu Material in: Rep. 84a, Nr. 2056.

³ Vgl. ein eigenhändiges Schreiben von Popitz v. 22.6.1933 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 341 Bd. 2, Bl. 9–9v.

Nr. 376 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juni 1933.

Vollz.¹ Reinschr., Bd. 182, Bl. 172–175v; MF 1068. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 120–125.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust. — Prot.: Bergbohm [U].

¹ Die Unterschrift von Bergbohm steht am Ende des fortlaufend verfaßten Protokolls der anschließenden Chefbesprechung, Bl. 176v.

Weitere Teilnehmer: Wiskott, Claussen, Grauert, Landfried, E. Neumann, Schütze, Hog, Hellich [zu 1], Berggreve, v. Normann, Wagemann [zu 1], Surén [zu 2], Bergbohm [zu 2–3], Niermann [zu 3], Westphal [zu 4].

1. Gesetz² zur Ergänzung des Feld- und Forstpolizeigesetzes. *Fassungsänderungen.* [B] — 2. Fragen des Gemeindetags *infolge der Vorbereitung eines Reichsgesetzes. Grundsätzlich wird eine Zusammenfassung der Gemeinden zur Wahrnehmung gemeinsamer, insbesondere wirtschaftlicher Angelegenheiten für zweckmäßig erachtet, wobei eine Nebenregierung sowie ein geschlossenes Auftreten gegenüber dem Staat ausgeschlossen bleiben müssen.* Popitz und Göring *sollen* auf dieser Grundlage unter ausdrücklicher Ablehnung des vorliegenden Gesetzesentwurfs³ über den Deutschen Gemeindetag *mit Frick* verhandeln. *Bei der eingetretenen Umwälzung auf dem Gebiete der Beamtenorganisationen ist als Endziel ein Koalitionsverbot für Beamte durch Reichsgesetz sowie hinsichtlich der Verbände der Angestellten und Arbeiter des Staates und der Gemeinden die Einreihung in die berufsständische Gliederung der Deutschen Arbeitsfront anzustreben.* [B] — 3. *Für den Übergang der preußischen Katasterverwaltung auf das Reich, der sich nur auf Grund eines Staatsvertrages vollziehen kann, wird Popitz [...] zu Verhandlungen mit dem Reich ermächtigt.* [B] — 4. Abänderung des Haushaltsfeststellungsgesetzes – Bürgschaften.⁴ [B] — 5. *Sechs Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und acht Ernennungen.* [B] — (6. Göring *will* zur Wahrung des geordneten Dienstbetriebes eine 24 Stunden übersteigende Abwesenheit der Staatsminister von Berlin vorher *angezeigt wissen.* — 7. *Die endgültige Fassung zum Entwurf⁵ einer Vierten Ausführungsvorschrift zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bleibt zwischen Popitz und Rust festzustellen.* [B] — 8. *Nochmals zur Aufhebung des Staatsgerichtshofs. Rust und Grauert legen Entwürfe⁶ für ein Reichsgesetz vor, die alsbald der Reichsregierung als Material zur Kenntnis zu bringen sind.* [B] — 9. *Spezialdiskussion zur Unterstellung des gesamten Schulwesens unter das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.)*

² *Vgl. das Gesetz zur Ergänzung des Feld- und Forstpolizeigesetzes v. 1.4.1880 in der Fassung der Bekanntmachung v. 21.1.1926. Vom 29.6.1933, GS, S. 251.*

³ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber das Reichsgesetz über den Deutschen Gemeindetag v. 15.12.1933, RGBl. I, S. 1065.*

⁴ *Das Staatsministerium beschloß in Abänderung zu Art. II 34 Abs. 2 des Gesetzes v. 26.4.1933 (GS, S. 113), daß zur Übernahme von Garantien und Bürgschaften zu Lasten des Staates nunmehr immer die Zustimmung des Staatsministeriums erforderlich ist.*

⁵ *Vgl. das Gesetz v. 29.6.1933, GS, S. 264.*

⁶ *Der Gesetzesentwurf als mehrfache Wiedervorlage bis März 1934 in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 352, Bl. 167. Im April 1934 trat das Reichsgesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens in Kraft, das die Bildung des Volksgerichtshofs vorsah (Art. III), vgl. das Gesetz v. 24.4.1934, RGBl. I, S. 345.*

Nr. 377 Chefbesprechung am 29. Juni 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 175v–176v; MF 1068 — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2274, Bl. 6–7v.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Wiskott, Claussen, Grauert, Landfried, E. Neumann.

1. *Nochmals* zur Umgestaltung des Staatsrats. Göring *erbittet die beschleunigte Vorlage des Gesetzes¹ und äußert seine Vorstellungen über die Auswahl der Mitglieder für diese rein preußische Körperschaft.* — 2. *Entlassung Hugenbergs².* Bis zur Neubesetzung der Ministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie für Landwirtschaft, Domänen und Forsten werden die Geschäfte *beider* Ministerien vertretungsweise von den Staatssekretären geführt, wobei sich Göring bei wichtigen Fällen [...] die Entscheidung selbst *vorbehält.* — 3. Göring *informiert über die vorgesehene Regelung der Forstverwaltung³, wonach ihm die Entscheidung über grundsätzliche Maßnahmen sowie über die Personalien der staatlichen höheren Forstbeamten allgemein, der mittleren Forstbeamten in Einzelfällen [...] vorbehalten bleibt.* — 4. Göring *informiert über ein vorbereitetes Reichsgesetz⁴ [...], das für den Reichspräsidenten und seine Nachkommen im Mannesstamm Steuerfreiheit hinsichtlich des Ritterguts Neudeck vorsieht. Das Staatsministerium soll bestimmen, welche Grundstücke zum Rittergut Neudeck gehören und hält eine Erweiterung [...] durch Zulegung preußischen Domänenlandes für zweckmäßig.* [B] — 5. Göring *schlägt vor, dem Reichskanzler ein Jagdhaus in der Schorfheide auf Kosten des preußischen Staates als Erholungsaufenthalt zur Verfügung zu stellen.* [B] — 6. Göring *teilt mit, daß er Entwürfe zur Neugestaltung des Preußischen Adlers in Auftrag gegeben hat.* — 7. *Übergang der Gestütverwaltung auf das Innenministerium.⁵* [B] — 8. Rust *informiert über den Streit mit den evangelischen Kirchenbehörden.⁶*

¹ Der am 4.7.1933 vom Mdl vorgelegte Entwurf, dazu eine Denkschrift sowie ein Votum Westphals v. 6.7.1933 in: Rep. 90, Nr. 2274, Bl. 8–33. Vgl. weiter den Entwurf einer Geschäftsordnung für den Staatsrat sowie einen weiteren, von Popitz am 3.7.1933 vorgelegten Gesetzentwurf in: Rep. 77, Tit. 494b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 32–45.

² Hugenbergs Entlassungsgesuch an Göring v. 27.6.1933 sowie die Entlassung durch Hitler v. 29.6.1933 in: Rep. 90, Nr. 896, n. f. Ebd. die Beauftragung Claussens zur vertretungsweise Wahrnehmung der Geschäfte des Wirtschaftsministeriums v. 29.6.1933 sowie die Ernennungen von Walther Darré zum preußischen Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bzw. von Kurt Schmitt zum preußischen Staatsminister und Minister für Wirtschaft und Arbeit, beide v. 30.6.1933. Zu Hugenberg vgl. auch Schwerin von Krosigk, Lutz Graf, Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsfinanzminister, Göttingen u. a. 1974, S. 202–205.

³ Vgl. dazu ein im Landwirtschaftsministerium verfaßtes, erläuterndes und an Göring gerichtetes Schreiben v. 30.6.1933 in: Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 299–300.

⁴ Vgl. das Gesetz über die Befreiung des Reichspräsidenten von Hindenburg von Reichs- und Landessteuern für das Rittergut Neudeck v. 27.8.1933, RGBl. I, S. 595. Vgl. weiter das preußische Gesetz zur Durchführung des Reichsgesetzes, ebenfalls v. 27.8.1933, GS, S. 311. Zu den Schenkungen (Domäne Langenau) an Hindenburg vgl. Material von August bis Oktober 1933 in: Rep. 90, Nr. 1630, n. f.

⁵ Vgl. eine am 18.5.1933 formulierte Argumentation, die noch kein bestimmtes Ressort bezeichnete, in: Rep. 90, Nr. 2576, Bl. 128–130. Ein Gesetzentwurf v. 30.6. in: Rep. 84a, Nr. 2056, Bl. 192–193. Vgl. weiter das Gesetz v. 30.6.1933, GS, S. 229.

⁶ Zur angestrebten Selbstbehauptung der evangelischen Kirche seit Mai 1933 und zu den Auseinandersetzungen um Personen sowie um Sachfragen (v. a. Abbau des kirchlichen Synodalismus, neue Reichskirchenverfassung) vgl. Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusion 1918–1934, München 2000, S. 437–540.

Nr. 378 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juli 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 177–182v; MF 1068. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 126–131v.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Stuckart [für Rust], Claussen [für Schmitt], Wiskott [für Darré], Grauert, Landfried, E. Neumann, Gritzbach.

(Dank des Staatsministeriums an den ausgeschiedenen Hugenberg.¹⁾ — 1. Entwurf² eines Gesetzes über die Landesregierung. [B] — 2. *Nochmals zum Entwurf*³ eines Gesetzes über den Staatsrat. [B] — 3. *Gesetzentwurf* zur Änderung des Gesetzes zur Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Verwaltung vom 6.4.1933.⁴ [B] — 4. Entwurf⁵ einer Verordnung über Bestätigung von Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände. *Einzelheiten*. [B] — 5. Verlängerung der Bürgschaften für die Landesbank der Provinz Westfalen und für den Hauptwechselkredit der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse bei der Reichsbank⁶. [B] — 6. Entwurf eines Reichsgesetzes über die Erteilung von Religionsunterricht; *wegen eines* inzwischen auch im Reich *ausgearbeiteten Entwurfs abgesetzt*. [B] — 7. Popitz soll eine Vorlage erarbeiten, durch die die Beiräte bei der Preußischen Staatsbank, der Lotterie-Direktion und allen staatlichen Gesellschaften beseitigt werden *sollen*⁷. — [8.] *Zur einheitlichen Behandlung und Durchführung der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit soll sich Göring mit der Reichsregierung ins Benehmen setzen*. [B] — ([9.] *Grauert begründet die beabsichtigte Änderung des Behördenaufbaues in der Provinz Grenzmark Posen–Westpreußen*.⁸ [B]) — [10.] *Acht Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand, 20 Ernennungen und eine Hinausschiebung der Altersgrenze*⁹. [B] — ([11.] *Nach Grauer's Vortrag wird einem Gesetz*¹⁰, wonach die Veterinärabteilung [...] wieder in den Geschäftsbereich des *Landwirtschaftsministeriums* zurücktritt, *zugestimmt*. [B])

¹ *Das Schreiben Görings v. 8.7.1933 an Hugenberg, das ausdrücklich nicht in die Presse kommen sollte, in: Rep. 90, Nr. 896, n. f.*

² *Von Göring vorgelegt am 30.6.1933; mehrere Fassungen und Korrespondenz vom Juni/Juli 1933 in: Rep. 151, HB Nr. 629, nach Bl. 131 und vor Bl. 132. Vgl. das Gesetz v. 17.7.1933, GS, S. 258.*

³ *Im fortlaufenden Protokolltext, Bl. 177v–180. Der seit dem 4.7.1933 überarbeitete Entwurf auch in: Rep. 77, Tit. 494b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 55–69; ebd., Bl. 155–161 dazu eine Denkschrift des ehemaligen Mitglieds des Staatsrats Windthorst v. 14.11. Vgl. weiter das Gesetz v. 8.7.1933, GS, S. 241. Eine Stellungnahme Görings zum neuen Staatsrat in: Rep. 90, Nr. 2274, Bl. 38–42. Der Kommentar zum Gesetz in: *Völkischer Beobachter* Nr. 190/191 v. 9.7.1933, S. 1–2.*

⁴ *Vgl. das Gesetz v. 17.7.1933, GS, S. 259.*

⁵ *Vgl. das Gesetz v. 17.7.1933, GS, S. 265.*

⁶ *Dazu Korrespondenz vom Frühjahr 1933 in: Rep. 87, B Nr. 9897, n. f.*

⁷ *Vgl. eine die Sitzung vorbereitende Argumentation von Ministerialrat Krieger in: Rep. 84a, Nr. 4717, Bl. 98–98v. Eine Ausarbeitung von Amtsgerichtsrat Eichhoff v. 6.7.1933 zur Sitzung in: Rep. 77, Tit. 1149 Nr. 1, Bl. 66–66v.*

⁸ *Vgl. das Gesetz v. 7.7.1933, GS, S. 273.*

⁹ *Vgl. eine Vorlage zur Sitzung von Rust v. 23.6.1933, in: Rep. 84a, Nr. 3790, Bl. 174–174v.*

¹⁰ *Gesetz über die Veterinärverwaltung v. 20.7.1933, GS, S. 269. Dazu Material seit Herbst 1932 in: Rep. 84a, Nr. 2056.*

Nr. 379 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juli 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 183–185v; MF 1068. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 132–134v.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Schmitt. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Stuckart [für Rust], Freisler [für Kerrl], Willikens [für Darré], Grauert, Landfried, E. Neumann, Schütze, Gritzbach, Schalfjew, Surén [zu 1–2], Fuchs [zu 1], Bergbohm [zu 1–2].

(Göring *bittet* vor Ernennung der Leiter staatlicher Kunstschulen um Gelegenheit zur Stellungnahme. — Göring informiert über den Erlaß¹ des Reichsinnenministers zur Beseitigung aller Kommissare und Sonderbeauftragten *woraufhin alsbald preußische Vorschriften zu erarbeiten sind.*) — 1. Entwurf² eines Gesetzes über die Wiederherstellung aufgelöster *Landkreise. Einzelheiten.* [B] — 2. *Weitere* Ergänzung des Gesetzes betr. Einführung der Altersgrenze.³ [B] — (Gesetz⁴ über den Provinzialrat. [B] — Vorlage⁵ *für ein* Gesetz über die Übertragung von Zuständigkeiten der Provinzial-(Kommunal-)Landtage, der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und der Kreistage auf die Provinzial-(Landes-)Ausschüsse, den Verbandsausschuß und die Kreisausschüsse. [B]) — 3. *Vier Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand, zwei Rücknahmen von Ernennungen und 14 Ernennungen.* [B] — (Gesetz⁶ zur Durchführung des Reichsgesetzes über die Freistellung des Reichspräsidenten von Hindenburg von Reichs- und Landessteuern *sowie die diesbezügliche Verfahrensweise hinsichtlich des Ritterguts Neudeck.* [B])

¹ Vom 10.7.1933, in: BArch, R 4901, Bl. 340–341. Vgl. auch das argumentative Schreiben Fricks v. 10.7. an sämtliche Reichstatthalter und Landesregierungen in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 210, Bl. 21–22. Ebd., Bl. 27–29v Entwürfe für die preußischen Vorschriften; diese als Runderlaß Görings an alle nachgeordneten Behörden v. 28.7.1933 gedr. in: MinBl. Innere Verwaltung 1933, S. 887. Vgl. ferner den Runderlaß an die nachgeordneten Behörden zur Tätigkeit von Kommissaren z. b. V. v. 14.7.1933 in: MinBl. Innere Verwaltung 1933, S. 816.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

³ Vgl. das Gesetz v. 17.7.1933, GS, S. 259.

⁴ Vgl. dazu ein Schreiben Görings an alle Staatsminister v. 15.7.1933 in: Rep. 77, Tit. 114a Nr. 5, Bl. 306–309. Vgl. weiter das Gesetz v. 17.7.1933, GS, S. 254. Ferner ein Schreiben des Innenministeriums v. 26.7. an die Oberpräsidenten mit den Auswahlkriterien für die Provinzialräte in: Rep. 77, Tit. 497a Nr. 41, Bl. 351v. Dieses Material auch in Rep. 77, Tit. 497a Nr. 39 Bd. 2, n. f.

⁵ Der vom Innenministerium am 15.7.1933 vorgelegte Entwurf in: Rep. 90, Nr. 2304, Bl. 280–281v. Vgl. auch das Gesetz v. 17.7.1933, GS, S. 257.

⁶ Vom 27.8.1933, GS, S. 311.

Nr. 380 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juli 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 189–189v; MF 1068/1069 — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2274, Bl. 52–53; Rep. 90, Nr. 2577, Bl. 198–199; Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 136–137.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Stuckart [für Rust], Willikens [für Darré], Körner, Grauert, Landfried, Freisler.

Behandlung politischer Strafverfahren. Vorlage¹ *für ein* Gesetz zur Wiederherstellung des uneingeschränkten Begnadigungsrechts des Staatshauptes sowie Entwurf² eines Reichsgesetzes zur

¹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. das preußische Gesetz v. 22.7.1933, GS, S. 270.

² Ein mit dem Entwurf versandtes Schreiben Görings v. 22.7.1933 an Hitler in: Rep. 90, Nr. 2577, Bl. 196–197, vgl. auch das Reichsgesetz v. 13.10.1933, RGBl. I, S. 723.

Gewährleistung des Rechtsfriedens. [B] — (Gesetz³ zur Abänderung des Gesetzes über den Staatsrat vom 8. Juli 1933 hinsichtlich der Mitgliedschaft und Anzahl der Staatssekretäre. [B])

³ Vgl. Korrespondenzen vom Juli 1933 und den Entwurf für das Abänderungsgesetz in: Rep. 77, Tit. 494b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 79–96; das Abänderungsgesetz v. 31.7.1933, GS, S. 289. Ferner ein Schreiben von Gramsch an Göring v. 21.7.1933, wonach die Verwaltungsgeschäfte des Staatsrats nunmehr durch die Geschäftsstelle des Staatsministeriums und nicht mehr durch das Innenministerium wahrzunehmen sind, in: Rep. 90, Nr. 2274, Bl. 57–58, bes. Bl. 57; ebd., Bl. 61–81 u. 102–230 mehrere Entwürfe einer Geschäftsordnung für den Staatsrat.

Nr. 381 Sitzung des Ministerrats am 22. September 1933.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 182, Bl. 190–193; MF 1069. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 138–141.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Schmitt. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Stuckart [für Rust], Willikens [für Darré], Körner, Grauert, Claussen, E. Neumann.

1. Aufhebung des Beirats der Staatsbank (Seehandlung) und des Beirats des Staatslotterie-Ausschusses.¹ [B] — [2.] Änderung der Staatsschuldenordnung hinsichtlich der Zusammensetzung und Beschlußfähigkeit des Staatsschuldenausschusses.² [B] — [3.] Sonderkonto „Verwaltungsreform“³; vertagt. — [4.] Gesetz⁴ über die Änderung von Dienstbezügen im Bereiche der Bereitschaftspolizei. [B] — [5.] Aufwandsentschädigung der Staatsräte. Staatsminister und Staatssekretäre sollen von der ihnen als Staatsräten zustehenden Aufwandsentschädigung monatlich 200 RM an das Winterhilfswerk abführen, dem sich die übrigen Staatsräte anschließen sollten.⁵ [B] — [6.] Vorlage⁶ hinsichtlich Aufwandsentschädigung der Provinzialräte. [B] — [7.] Gesetz⁷ über eine vorläufige Vereinfachung der Verwaltung der Hauptstadt Berlin. [B] — [8.] Gesetz über die Einrichtung des Erbhofgerichts⁸; vertagt. — [9.] Neugestaltung von Staatssiegel und Hoheitszeichen⁹ sowie deren Beschaffung für alle Zweige der Staatsverwaltung¹⁰. [B] — [10.] Göring legt

¹ Der von Popitz am 19.7.1933 vorgelegte Entwurf in: Rep. 84a, Nr. 4717, Bl. 100–101; eine weitere Ausarbeitung zur Sitzung in: Rep. 120, A X Nr. 8 Bd. 11, n. f. Vgl. weiter die VO zur Abänderung der Satzung der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) vom 18. März 1930, v. 22.9.1933, GS, S. 368.

² Vgl. die Vorlage des Finanzministers v. 7.8.1933 in: Rep. 77, Tit. 1149 Nr. 1, Bl. 35–36; hier auch weiteres Material.

³ Vgl. eine von Gramsch am 17.8.193 vorgelegte Denkschrift über die Umgestaltung der preußischen Verwaltung in: Rep. 90, Nr. 2304, Bl. 287–321.

⁴ Vom 22.9.1933, GS, S. 357.

⁵ Vgl. den Schriftwechsel zwischen Popitz und Göring vom August/September 1933 in: Rep. 77, Tit. 494b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 99–103 u. 140–143.

⁶ Vorgelegt von Popitz am 29.8.1933, in: Rep. 77, Tit. 494b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 133–138. Ein weiterer, bereits überarbeiteter Entwurf v. 22.9. in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 105 Bd. 1, Bl. 7–13; Bl. 47–51 nochmals beide Entwürfe. Vgl. auch das Gesetz v. 22.9.1933, GS, S. 356.

⁷ Ein Entwurf v. 7.9.1933 in: Rep. 120, E I Gen. Nr. 31 Bd. 7, n. f. Das Gesetz v. 22.9.1933, GS, S. 356.

⁸ Der von Kerrl am 19.8.1933 vorgelegte Entwurf, Voten, eine von Eickhoff ausgearbeitete Vorlage zur Sitzung sowie ein weiterer Entwurf in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 376, Bl. 66–90.

⁹ Vgl. die Bekanntmachung über das neue preußische Landeswappen v. 2.10.1933 (mit Abbildung), GS, S. 371.

¹⁰ Vgl. dazu den Runderlaß Görings v. 18.10.1933, MinBl. Innere Verwaltung 1933, S. 1232.

ein Gesetz¹¹ zur Änderung des Staatsministergesetzes vom 26. April 1933 vor. [B] — [11.] Fünf Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand und 36 Ernennungen. [B]

¹¹ Mit diesem Gesetz veränderte sich die Eidesformel hinsichtlich der nunmehr unbestimmt formulierten Wahrung von Verfassung und Gesetzen, vgl. das Gesetz v. 22.9.1933, GS, S. 355.

Nr. 382 Sitzung des Ministerrats am 26. Oktober 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 195–199; MF 1069. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 142–146.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Schmitt. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Willikens [für Darré], Körner, Grauert, Claussen, Landfried, Freisler, E. Neumann.

(Das Jagdhaus am Wuckersee in der Schorfheide wird dem Ministerpräsidenten zum dauernden Gebrauch überlassen. [B] — Gesetz¹ zur Errichtung der Stiftung „Preußenhaus“. [B] — Göring überträgt das ihm zustehende Begnadigungsrecht [...] auf den Ministerrat in einem Einzelfall wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten, wovon der Ministerrat aber keinen Gebrauch [...] machen will. [B]) — 1. Beratung des Staatsrats über die Frage der Reform der kommunalen Selbstverwaltung. Popitz, Göring und Kerrl sollen einen Gesetzentwurf als weitere Beratungsgrundlage im Ministerrat vorlegen. [B] — [2.] Über den Umbau der Domänenverwaltung in der Provinzialinstanz sollen zunächst die Staatssekretäre der beteiligten Ressorts beraten. [B] — [3.] Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1933.² [B] — [4.] Nürburgring. Einzelregelungen zu Darlehensforderungen und geleisteten Überzahlungen. [B] — [5.] Entwurf³ eines Ausführungsgesetzes zum Reichserbhofgesetz. [B] — ([6.] Der Geheime Regierungsrat Dr. Kügler wird als Verbindungsreferent für die jetzigen und zukünftigen Arbeitsbeschaffungsprogramme zur Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und zur Rentenbankkreditanstalt entsandt. [B]) — [7.] Vier Versetzungen in den (einstweiligen) Ruhestand und 57 Ernennungen. [B]

¹ Vgl. das Gesetz v. 26.10.1933, GS, S. 403. Die §§ 1 u.2 bestimmten, daß „zur Pflege des Reichsgedankens auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung ... als sichtbares Zeichen der auf die Verwirklichung des einigen Deutschlands gerichteten geschichtlichen Sendung Preußens und als bleibendes Denkmal seiner großen Vergangenheit unter dem Namen 'Preußenhaus' eine Stiftung mit dem Sitze in Berlin errichtet“ wird und in diese die ehemaligen Dienstsitze von Landtag, Staatsrat und Herrenhaus eingehen.

² Vgl. das Gesetz v. 27.10.1933, GS, S. 389.

³ Vorgelegt von Kerrl am 24.10.1933, in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 376 Bl. 109–114v, erlassen noch am 26.10.1933, GS, S. 384. Vgl. auch das Reichsgesetz v. 29.9.1933, RGBl. I, S. 685.

Nr. 383 Sitzung des Ministerrats am 15. Dezember 1933.

Vollz. Reinschr., Bd. 182, Bl. 215–217v; MF 1069. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 148–149v.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Claussen [für Schmitt], Willikens [für Darré], Körner, Grauert, Stuckart, Landfried, Freisler, E. Neumann.

1. Vorlage¹ zum Gesetz über die Staatshaushaltsordnung. [B] — [2.] Gesetz² über baupolizeiliche Zuständigkeiten. [B] — [3.] Gemeindefinanzgesetz.³ [B] — [4.] Dem Gemeindeverfassungsgesetz⁴, dessen endgültige Wortfassung in einer alsbaldigen Beratung der zuständigen Ministerium erfolgen soll, wird zugestimmt. [B] — [5.] Vorbereitende Besprechung von Reichskabinettsvorlagen.⁵ — [6.] Eine grundsätzliche Regelung der Ernennung von Provinzialräten wird bis zur Verabschiedung des Abänderungsgesetzes⁶ zum Gesetz über den Provinzialrat zurückgestellt. [B] — [7.] Die Beratung zum Pferdezuggesetz⁷ wird bis zur nächsten Sitzung vertagt, damit Darré etwaige Bedenken geltend machen kann. [B] — [8.] Feuerlöschgesetz.⁸ Fassungsänderungen. [B] — [9.] Gesetz⁹ über die Anpassung der Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates. Fassungsänderung. [B] — [10.] Vorlage¹⁰ für ein Gesetz über die Erweiterung der Befugnisse der Oberpräsidenten. Fassungsänderungen. [B] — [11.] Rust zieht die Vorlage für ein Gesetz über die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten [...] zurück und soll die vorgesehene Organisation im Verwaltungswege realisieren.¹¹ [B] — [12.] Gesetz¹² über die Änderung der Staatsaufsicht über die Hauptstadt Berlin. Fassungsänderungen. [B] — [13.] Entwurf¹³ zu einer Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole. [B] — [14.] Verlängerung von Bürgerschaft für Akzeptkredite der Sparkassen. [B] — [15.] Verlängerung der Bürgerschaft für Akzeptkredit der Landesbank der Provinz Westfalen. [B] — [16.] Verwendung von weiblichen Beamten im richterlichen Dienst; vertagt. — [17.] Auswirkungen des Berufsbeamtengesetzes; vertagt. — [18.] Neuordnung der Zuständigkeiten innerhalb des Staatsministeriums¹⁴; vertagt, weil dazu zunächst eine Vorberatung der Staatssekretäre aller beteiligten Ressorts erfolgen soll. [B] — [19.] Zehn Ernennungen. [B]

¹ Der Entwurf v. 7.12.1933 in: Rep. 90, Nr. 1367, n. f. Vgl. das Gesetz v. 15.12.1933, GS, S. 475.

² Vgl. das Gesetz v. 15.12.1933, GS, S. 491.

³ Vgl. das Gesetz über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände v. 15.12.1933, GS, S. 442.

⁴ Vom 15.12.1933, GS, S. 427. Inhalt und Vorgeschichte des Gesetzes ausführlich analysiert bei Matzerath, Horst, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart u. a. 1970, bes. S. 107–132.

⁵ Vgl. Material bereits vom Sommer 1933 in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 127–130.

⁶ Vgl. Sitzung am 18.1.1934, TOP 6 mit Anmerkung.

⁷ Der vom Innenministerium am 4.12.1933 vorgelegte Entwurf in: Rep. 84a, Nr. 3692, Bl. 506–512v.

⁸ Vom 15.12.1933, GS, S. 484. Vgl. weiter die VO zur Durchführung des Gesetzes v. 15.12.1933, v. 1.1.1934, GS, S. 10. Im Herbst ergangene Eingaben von Versicherern in: Rep. 77, Staatssekretariat Grauert Nr. 10, Bl. 50–64.

⁹ Ein dazu von Grauert am 14.10.1933 vorgelegter Entwurf sowie der Votenwechsel in: Rep. 90, Nr. 2304, Bl. 326–352v. Vgl. das Gesetz v. 15.12.1933, GS, S. 479.

¹⁰ Der von Grauert am 13.12.1933 eingereichte Entwurf mit Begründung und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 2309, Bl. 37–43. Vgl. auch das Gesetz v. 15.12.1933, GS, S. 477 sowie Möller, Die preußischen Oberpräsidenten, bes. S. 25.

¹¹ Mit Bezug auf die Sitzung Scholtz, Harald, NS-Ausleseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates, Göttingen 1973, S. 67–69. Zu Aufbau, Zielsetzungen und Führungsgrundsätzen der nationalpolitischen Erziehungsanstalten vgl. Baumeister, Stefan, NS-Führungskader. Rekrutierung und Ausbildung bis zum Beginn des zweiten Weltkriegs 1933–1939, Konstanz 1997, S. 22–26. Vgl. ferner die abgedruckten Dokumente 82 und 83 in: Gamm, Hans-Jochen, Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus. Eine Quellensammlung, München, 3. Aufl. 1990, S. 401–413, sowie Elite für die Diktatur. Die nationalpolitischen Erziehungsanstalten [NaPoLa] 1933–1945. Ein Dokumentarbericht, hrsg. v. Horst Ueberhorst, Düsseldorf 1980, S. 38–57.

¹² Vom 15.12.1933, GS, S. 483. Daraufhin von Göring am 16.1.1934 an Lippert ergangene Weisungen und Kompetenz-zuschreibungen in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 104, Bl. 80–81.

¹³ Vgl. die Zweite VO zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole v. 15.12.1933, GS, S. 495.

¹⁴ Material seit Sommer 1933 in: Rep. 84a, Nr. 2056, Bl. 246–262 sowie Bl. 279–294 (mit Gesetzentwurf).

Nr. 384 Sitzung des Ministerrats am 18. Januar 1934.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 183, Bl. 1–4; MF 1069.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Schmitt. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Willikens [für Darré], Körner, Grauert, Stuckart, Landfried, Freisler, Claussen, E. Neumann.

1. Zum Pferdezuchtgesetz wird ein Beschluß nicht gefaßt.¹ — 2. Bürgschaftsverpflichtung zur Instandsetzung von Wohngebäuden [...] durch den Finanzminister. [B] — [3.] Entwurf² zur Bürgschaftsübernahme für die Ferngasgesellschaft Saar. [B] — [4.] Zur Besprechung von Reichskabinettsvorlagen wird ein Beschluß nicht gefaßt. — [5.] Gesetz³ über das preußische Jagdrecht. *Fassungsänderungen und Zustimmung* vorbehaltlich der Ausräumung der vom Reichsminister des Innern erhobenen Bedenken. [B] — [6.] Gesetz⁴ zur Änderung des Gesetzes über den Provinzialrat (in Verbindung mit der Frage der grundsätzlichen Regelung der Ernennung von Provinzialräten). *Ergänzungen hinsichtlich der amtsbezogenen Beteiligung des Oberpräsidiums sowie zur zeitlichen Befristung der durch den Ministerpräsidenten ernannten Provinzialräte.* [B] — [7.] Befriedungsmnestie. Neue Maßnahmen werden als nicht erforderlich angesehen. [B] — [8.–9.] Zur Verwendung von weiblichen Beamten im richterlichen Dienst und Auswirkungen des Berufsbeamtengesetzes wird jeweils ein Beschluß nicht gefaßt, da die grundsätzliche Klärung der Fragen der Reichsregierung, insbesondere dem Reichsjustizminister überlassen bleiben muß. — [10.] Gesetzesentwurf⁵ über eine Neuordnung der Zuständigkeiten für Theaterangelegenheiten. [B] — [11.] 20 Ernennungen und eine Versetzung in den (einstweiligen) Ruhestand. [B]

¹ *Vgl. dazu einen Bearbeitungsvermerk v. 19.1.1934, wonach die Sache [...] wahrscheinlich reichsrechtlich geregelt wird, in: Rep. 84a, Nr. 3692, Bl. 513. Grauert informierte am 20.1. Göring darüber, daß der Reichswehrminister materiell das Gesetz aus wehrpolitischen Gründen für notwendig halte, wobei es ihm gleichgültig sei, ob dies nun durch ein Reichsgesetz oder ein preußisches Gesetz geregelt werde, vgl. Grauert's Schreiben in: Rep. 77, Staatssekretariat Grauert Nr. 10, Bl. 80–81, bes. Bl. 80.*

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

³ *Vom 18.1.1934, GS, S. 13.*

⁴ *Vom 15.2.1934, GS, S. 57.*

⁵ *Ein Entwurf v. 10.1.1934 in: Rep. 84a, Nr. 2056, Bl. 295–296v. Laut einem Schreiben Körners an Göring v. 21.12.1933 sollte nach Auskunft des Wissenschaftsministeriums der Gesetzesentwurf dieser Tage vorgelegt werden; das Schreiben in: Rep. 90, Nr. 2407, Bl. 162. Vgl. weiter das Gesetz über die Neuordnung der Verwaltung der Staatstheater v. 18.1.1934, GS, S. 46.*

Nr. 385 Sitzung des Ministerrats am 17. März 1934.

Vollz. Reinschr., Bd. 183, Bl. 5–8; MF 1069.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Schmitt. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Willikens [für Darré], Grauert, Claussen, Stuckart, Landfried, Freisler, E. Neumann.

1. Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1934 und Gesetzentwurf über dringende Finanzmaßnahmen.¹ [B] — 2. Das Ergebnis der Beschlußfassung über die Angelegenheit des Staatsguthabenfonds wird in eine besondere Niederschrift aufgenommen.² [B] — 3. Entwurf zum Gesetz über Amtsbezeichnungen.³ [B] Damit wird einer Regelung zur Eingruppierung oder einer anderweiten Festsetzung des Besoldungsdienstalters bei Übernahme der Beamten in die Reichsverwaltung nicht vorgegriffen. [B] — 4. Berlin. Kein O-Bus-Betrieb in der Straße „Unter den Linden“ und möglicherweise Ersetzung der Straßenbahnlinie in der Charlottenburger Chaussee [...] durch Benzinautobuslinien. — 5. Gesetzentwurf⁴ über das Landjahr. [B] — [6.] Entwurf⁵ für ein Gesetz über die Verfassung der Hauptstadt Berlin. [B] — [7.] Gesetzentwurf⁶ zur Ausführung des § 54 (Änderung von Gemeindegrenzen) des Gemeindeverfassungsgesetzes. [B] — [7.] Gesetzentwurf⁷ über die Fristen bei der Räumung gemieteter Räume. [B] — [8.] Elf Ernennungen und zehn Hinausschiebungen der Altersgrenze⁸. [B] — ([9.] Die Sperre bei der Zahlung von Bezügen an die Mitglieder der früheren Staatsregierung, namentlich gegenüber O. Braun, A. Hirtsiefer, O. Klepper⁹ und H. Grimme¹⁰, muß aufrecht erhalten bleiben.¹¹ [B] — [10.] Bei Abberufungen, dienstlicher Beurlaubung oder Versetzung der höheren Beamten (vom Oberregierungsrat aufwärts) und der Polizeioffiziere (vom Major aufwärts) ist zunächst die Genehmigung des Ministerpräsidenten einzuholen. [B] — [11.] Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums. Für die Durchführung der Gesetzesparagraphen 5 und 6 ist eine reichsrechtliche Vorschrift erforderlich, die für ein weiteres Jahr die Versetzung von Richtern¹² und Hochschullehrern ermöglicht. [B] — [12.] Zukünftig kann die Veräußerung staatlichen Vermögens sowie des von Stiftungen, Anstalten usw., die unter unmittelbarer staatlicher Verwaltung, stehen, [...] grundsätzlich nur mit Zustimmung des Staatsministeriums erfolgen.¹³ [B] Davon abweichende Verfahrensweise bis zu einer bestimmten Kapitalsumme. — [13.] Göring informiert darüber, daß nach

¹ Vgl. die Gesetze, beide v. 17.3.1934, GS, S. 147 u. 155.

² Liegt nicht bei.

³ Vgl. das Gesetz v. 28.3.1934, GS, S. 233.

⁴ Vgl. das Gesetz v. 29.3.1934, GS, S. 243 sowie grundsätzlich zur Landjahrkonzeption Hauke, Reinhard, Das Landjahr. Ein Stück Erziehungsgeschichte unter dem Hakenkreuz, Gelnhausen 1997, bes. S. 29–51.

⁵ Der von Grauert am 13.2.1934 vorgelegte Entwurf in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 107 Bd. 1, Bl. 15–82. Vgl. das Gesetz v. 29.6.1934, GS, S. 319; zuvor war noch ein Gesetz über die Erweiterung der Aufgaben des Staatskommissars der Hauptstadt Berlin, v. 28.3.1934, erlassen worden, GS, S. 239. Vgl. zu beiden Gesetzen Engeli, Christian u. Wolfgang Ribbe, Berlin in der NS-Zeit (1933–1945), in: Geschichte Berlins. Von der Frühgeschichte bis zur Gegenwart, hrsg. v. Wolfgang Ribbe, Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, Berlin, 3. Aufl. 2002, S. 973 f.

⁶ Vgl. den Runderlaß des Innenministers v. 21.3.1934 in: MinBl. Innere Verwaltung 1934, S. 512.

⁷ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. das Gesetz v. 20.3.1934, GS, S. 161.

⁸ Vorlagen zur Sitzung aus der Forstverwaltung und dem Wissenschaftsministerium in: Rep. 84a, Nr. 3790, Bl. 176–181 u. 186–186v.

⁹ Zur Einstellung seiner Bezüge sowie den Folgewirkungen vgl. Pufendorf, Astrid v., Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997, S. 156 mit Anm. 22.

¹⁰ Vgl. hierzu im einzelnen Seiters, Julius, Adolf Grimme – ein niedersächsischer Bildungspolitiker, Hannover 1990, S. 21 f.

¹¹ Vgl. ein Schreiben des Staatsministeriums an den Berliner Rechtsanwalt Menzel noch v. 23.8.1935 in: Rep. 90, Nr. 2354, Bl. 63–63v, worin mitgeteilt wird, daß nunmehr die Zahlungssperre lediglich gegen Braun und Klepper aufrecht erhalten bleibt. Menzel erneuerte daraufhin am 18.11.1935 ein Gesuch um Freigabe, was am 26.2.1936 im Staatsministerium außerhalb der Tagesordnung verhandelt werden sollte, laut Protokoll jedoch nicht erfolgte, womöglich aber bei TOP 3 mit verhandelt worden war. Vgl. die Materialien in: Ebd., Bl. 78–87 u. 94–95.

¹² Vgl. eine Allgemeine Verfügung von Popitz v. 23.2.1934, worin festgestellt wird, daß in der preußischen Justiz ... die Reinigungsmaßnahmen, die aufgrund des Berufsbeamten­gesetzes durchzuführen waren, im wesentlichen beendet sind, in: Rep. 84a, Nr. 2662, Bl. 32a.–32b, gedr. in: JustizMinBl., 1934, S. 273.

¹³ Vgl. ein Schreiben des preußischen Justizministers v. 11.7.1934 an ihm nachgeordnete Behörden in: Rep. 84a, Nr. 2055, Bl. 106–106v.

mehreren Aussprachen mit Frick die ursprünglich vom Reich angeordneten Beschränkungen¹⁴ in der Ernennung und Beförderung von Landesbeamten nunmehr als erledigt betrachtet werden können und damit [...] der Rechtszustand vor dem 2.2.1934 wiederhergestellt ist. [B])

¹⁴ Der im Protokoll erwähnte Funkspruch des Reichsinnenministers v. 2.2.1934 in: Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 354, wonach alle Ernennungen und Beförderungen von unmittelbaren Landesbeamten, [...] soweit planmäßige Stellen in Betracht kommen, mit Wirkung vom 30. Januar 34 an vorerst zu unterbleiben haben. – Göring hatte aufgrund eines Erlasses des Reichskanzlers (v. 7.2.1934, RGBl. I, S. 87) Mitte Februar 1934 verfügt, daß die Bestallungsurkunden zukünftig im Kopf die Worte „Im Namen des Reichs“ enthalten sollen, vgl. den Erlaß v. 16.2.1934, GS, S. 63. Vgl. weiter den Erlaß des Reichspräsidenten über die Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Landesbeamten v. 3.2.1934 in: RGBl. I, S. 81. Material dazu auch in: Rep. 84a, Nr. 2662, Bl. 25–32.

Nr. 386 Sitzung des Ministerrats am 13. Juni 1934.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 183, Bl. 9–13v, Anlage: Bl. 14; MF 1069.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Frick, Kerrl, Schmitt, Rust. — Prot.: Gramsch [U].

Weitere Teilnehmer: Willikens [für Darré], Körner, Landfried, Grauert, Freisler, Stuckart, Posse, E. Neumann.

1. Neuregelung¹ zur Zusammenfassung der Verwaltung landwirtschaftlich genutzter Grundstücke beim Landwirtschaftsministerium. [B] — 2. Vorlage² zur Neuordnung der Zuständigkeiten innerhalb des Staatsministeriums hinsichtlich der Berufs- und Fachschulen. [B] — 3. Nochmals zur Veräußerung staatlichen Vermögens. Dem Vorschlag von Popitz wird zugestimmt [B], woraufhin Göring auf die bisherige Vorlage³ von Domänenveräußerungen im Einzelfalle verzichtet und eine jeweils vierteljährliche, detaillierte Übersicht zu den verkauften Domänen anfordert. — 4. Stellungnahme zu der Frage der Löschung von Hypotheken von Kreditanstalten auf eingezogenen staatsfeindlichen Grundstücken. Aufgrund des § 3 des Reichsgesetzes⁴ vom 26. Mai 1933 gelten die auf dem Karl-Lieb-knecht-Haus eingetragenen Hypotheken als erloschen. Ebenfalls ist die beantragte Zurücknahme der Löschung der Hypotheken bei dem Klassenkampfgebäude in Halle abzulehnen. Popitz soll das Reichsministerium des Innern darauf hinweisen, daß das Reichsgesetz zwecks leichter Durch-führung abgeändert werden müsse. [B] — 5. Ausführung des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 15.12.1933. Einzelregelungen⁵ zum § 2, die zukünftig in die Befugnis des Ministers des Innern fallen, während Fälle von grundsätzlicher und besonderer politischer Bedeutung in der Entscheidung des gesamten Staatsministeriums verbleiben. [B] — 6. Entwurf⁶ einer Verordnung über Aufhebung der Verordnung über Bestätigung von Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände. [B] — 7. Disziplinarrecht. Die Mitwirkung des Finanzministers bei der Ausübung des Gnadenrechts gegenüber Beamten ist beizubehalten. Zur Beseitigung

¹ Die vier Punkte umfassende und zwischen dem Landwirtschaftsministerium und dem Wissenschaftsministerium getroffene Vereinbarung im laufenden Protokolltext, Bl. 9v–10. Vgl. dazu auch ein Schreiben Darrés v. 2.5.1934 an alle Staatsminister sowie weiteres Material in: Rep. 84a, Nr. 2056, Bl. 306–342 sowie Rep. 90, Nr. 2317, Bl. 348–356.

² Die vom Wissenschaftsministerium eingebrachte Vorlage im laufenden Protokolltext, Bl. 10–10v. Vgl. weiter das Gesetz v. 29.6.1934, GS, S. 327.

³ Derartige Vorlagen vom Frühjahr 1934 in: Rep. 90, Nr. 1630, n. f.

⁴ RGBl. 1933 I, S. 293.

⁵ Dies betraf insbesondere Regelungen zur Verleihung von Wappen und Siegeln, besonderen Bezeichnungen wie Han-sesstadt, Kreisstadt usw., vgl. das Gesetz v. 15.12.1933, GS, S. 428.

⁶ Vgl. die VO v. 13.6.1934, GS, S. 332, womit die VO v. 17.7.1933 (GS, S. 265) aufgehoben wurde.

von einigen Unklarheiten über die Zuständigkeiten zur Begnadigung von Beamten soll der Justizminister dem Reichsminister des Innern entsprechende Vorschläge machen. [B] — 8. Entschädigung der in den sogenannten Fememordprozessen verurteilten Personen. *Einzelfall*⁷ sowie *grundsätzliche Festlegung, daß die Löschung von Strafvermerken bei den sogenannten Fememördern durch den Ministerrat selbst auszusprechen ist, um dadurch verstehen zu geben, daß die damaligen Taten nach Auffassung des Ministerrats keine strafbaren Handlungen im richtig verstandenen Sinne waren.* [B] — 9. *Sieben Ernennungen, zwei Hinausschiebungen der Altersgrenze*⁸ und *zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand.* [B]

⁷ Es handelt sich um Otto Wilhelm Runge, einen der Mörder Rosa Luxemburgs, der eine einmalige Entschädigung von 6 000 RM aus Staatsmitteln erhielt. Zu Runges Tatbeteiligung, seiner Verurteilung (2 Jahre Gefängnis), zu seinem 1928 an den ehemaligen Kaiser Wilhelm II. gestellten Bittgesuch sowie zu der 1934 gezahlten Entschädigung vgl. Gietinger, Klaus, *Nachträge, betreffend Aufklärung der Umstände, unter denen Frau Dr. Rosa Luxemburg den Tod gefunden hat*, in: *IWK 28* (1992), S. 319–373, bes. S. 331–341 sowie Hallen, Andreas, *Die ermordete Revolution. Der 15. Januar 1919 – Ein Stimmungsbild*, in: *Revolution und Fotografie. Berlin 1918/19*, Berlin 1989, S. 263–286, bes. S. 269–276.

⁸ Vgl. eine von Willikens ausgearbeitete Vorlage für die Sitzung und eine Argumentation von Stülpnagel in: *Rep. 84a*, Nr. 3790, Bl. 188–189.

Nr. 387 Sitzung des Ministerrats am 16. Oktober 1934.

Vollz. Reinschr., Bd. 183, Bl. 15–18 und 20¹; MF 1070.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Frick, Gürtner, Schacht². — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Willikens [für Darré], Körner, Landfried, Grauert, Freisler, Posse, E. Neumann.

1. Reichssteuerreform. *Popitz informiert über den wesentlichen Inhalt der Reichssteuerreform und ihre Folgen für den preußischen Haushalt.*³ — 2. Entwurf⁴ eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Provinzialrat. *Abänderungen, wonach dem Provinzialrat der Hauptstadt Berlin auch der Präsident der Bau- und Finanzdirektion kraft seines Amtes angehört sowie bei den übrigen Provinzialräten wie bisher auch die vom Ministerpräsidenten ernannten Staatsräte dem Provinzialrat ihrer Heimatprovinz kraft ihres Amtes angehören.* [B] — 3. Entwurf⁵ einer Verordnung über die Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Berlin bei der Zwangspensionierung von Lehrern an Volksschulen und öffentlichen Schulen; *vertagt.* — 4. Vereinigung der Landwirtschaftlichen Hochschule und der Tierärztlichen Hochschule Berlin mit der Universität Berlin sowie der Landwirt-

¹ Bl. 19–19v ist ein Entwurf zu den außerhalb der Tagesordnung verhandelten Punkten 9–11.

² Schacht war von Hitler am 31.7.1934 zunächst für sechs Monate mit der Führung der Geschäfte des Preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit beauftragt worden, die Abschrift der Urkunde in: *Rep. 90*, Nr. 896, n. f.

³ Im Zusammenhang mit dem Steueranpassungsgesetz v. 16.10.1934 (RGBl. I, S. 925) wurden Gesetze erlassen, die einzelne Abgabenarten regelten, vgl. ebd., S. 942 ff. – Grundsätzlich und weiterführend Caesar, Rolf/Hansmeyer, Karl-Heinrich, *Haushalts- und Finanzwesen*, in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, hrsg. v. Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl u. Georg-Christoph v. Unruh, Bd. 4: *Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1985, S. 851, sowie Ries, Bertold, *Die Finanzpolitik im Deutschen Reich von 1933–1935, rechts- u. staatswiss. Diss.* Freiburg/Breisgau 1964, S. 55–58. Vgl. weiter zur Steuerpolitik nach 1933 Schwerin von Krosigk, *Staatsbankrott*, S. 254.

⁴ Der Entwurf war am 10.7.1934 vom Innenminister vorgelegt worden, vgl. dazu ein Votum von Popitz v. 30.7. in: *Rep. 90*, Nr. 2274, Bl. 246–246v. Vgl. das Gesetz v. 25.10.1934, GS, S. 411.

⁵ Vgl. ein Schreiben des preußischen Wissenschaftsministeriums an Göring v. 12.10.1934, worin diese Zuständigkeit nunmehr dem Staatskommissar der Hauptstadt zugeschrieben wird, in: *Rep. 90*, Nr. 2309, Bl. 67.

schaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf mit der Universität Bonn,⁶ jeweils ab 1. November 1934 und unter der Verantwortung von Rust. [B] — 5. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Reichsgesetzes gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung.⁷ [B] — 6. Emser Quellen und Bergbau. Auf Antrag von Schmitt vertagt, damit zunächst durch weitere Bohrungen die tatsächlichen Verhältnisse geklärt und die Unterlagen für eine endgültige Beschlußfassung beschafft werden.⁸ [B] — [7.] Entwurf eines Phosphorit-Gesetzes.⁹ [B] — [8.] *Drei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand, vier Ernennungen und Rücknahme einer Ernennung.* [B] — ([9.] *Göring erläutert zum vielfach unrichtig ausgelegten Nürnberger Ausspruch Hitlers „Wir befehlen dem Staat“¹⁰, daß damit keineswegs für die Parteistellen eine Befugnis begründet werden sollte, in die Arbeit der Regierungsstellen hineinzureden, sondern vielmehr festgestellt werden sollte, daß nach der Betrauung der alten Parteigenossen mit den entscheidenden Staatsämtern sichergestellt sei, daß für die Verwaltung des Staates die nationalsozialistische Weltanschauung die alleinige Grundlage bilde.* — [10.] *Verantwortung für die Ernennung von Hochschulprofessoren. Göring betont die Unzulässigkeit von Androhungen disziplinarischer Verfolgung seitens einer parteiamtlichen Stelle gegenüber Beamten des Wissenschaftsministeriums, falls Ernennungen ohne Genehmigung der Hochschulkommission der NSDAP erfolgen würden.*¹¹ — [11.] *Reichsreform.*¹² *Göring erklärt sich bereit, grundsätzlich auch in Zukunft seine Zustimmung zur Vereinheitlichung von Reichs- und Preußischen Behörden zu erteilen, fordert aber gleichfalls, daß in den anderen Ländern die notwendigen, bisher leider noch nicht sichtbaren Folgerungen gezogen würden. Er betont weiter, daß die preußischen Ressorts durch Vereinigung mit Reichsministerien keineswegs untergingen, er nach wie vor mit voller Verantwortung [...] Ministerpräsident von Preußen ist, die Verwaltungs- und Finanzeinheit Preußens fortbesteht und vor allem die Beteiligung des Preußischen Finanzministers bei allen in Frage kommenden Angelegenheiten genau zu beachten bleibt.)¹³*

⁶ Vgl. vorbereitende Materialien seit Oktober 1932 in: Rep. 151, HB Nr. 629, Bl. 37–44.

⁷ Vgl. das Gesetz v. 16.10.1934, GS, S. 403, womit das Reichsgesetz v. 24.11.1933 (RGBl. I, S. 995) ausgeführt wurde.

⁸ Bereits am 7.11.1933 hatten Regierungsvertreter und verschiedene Experten (Geologen, Gewässerkundler, Kurdirektoren) in Bad Ems über die Aufrechterhaltung des Badebetriebes bzw. die Stilllegung des Emser Bergbaus verhandelt; ein diesbezüglicher Bericht v. 13.11.1933 in: Rep. 90, Nr. 2577, Bl. 394–396.

⁹ Vgl. das Gesetz v. 16.10.1934, GS, S. 404.

¹⁰ Zur strukturellen Umsetzung dieses Anspruchs innerhalb der Verwaltung vgl. Hattenhauer, *Beamtenum*, S. 413–435.

¹¹ Zur Einflußnahme der NSDAP auf die Beamten allgemein vgl. McKale, Donald M., *Der öffentliche Dienst und die Parteigerichtsbarkeit der NSDAP*, in: *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers*, hrsg. v. Dieter Rebenitsch, Göttingen 1986, S. 237–254, bes. S. 237–251.

¹² Vgl. dazu von Frick im Zusammenhang mit dem verwaltungsmäßigen „Neuaufbau des Reichs“ erarbeitete Materialien vom Oktober 1934 in: Rep. 90, Nr. 2309, Bl. 75–78.

¹³ Zum Machtkampf zwischen Goebbels und Göring vgl. auch kommentierendes Material vom Herbst 1934 in: Rep. 90, Nr. 2354.

Nr. 388 Sitzung des Ministerrats am 4. Februar 1935.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 183, Bl. 21–22; MF 1070.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Darré, Gürtner, Schacht. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Körner, Landfried, Grauert, Willikens, Posse, E. Neumann, Saemisch [zu 2], Meinberg [zu 3].

1. *Göring informiert über das Ergebnis seiner letzten Besprechungen mit Hitler über die weitere Ausgestaltung des Verhältnisses Preußen-Reich.*¹ — 2. Entlastung für die Staatshaushaltsrechnungen 1930 und 1931.² [B] — 3. Beiträge zum Reichsnährstand. *Popitz soll dem Reichsfinanzminister gegenüber die preußischen Beitragshöhen vertreten. Zu wichtigen Verhandlungen, insbesondere zu Chefbesprechungen über landwirtschaftliche Belange, ist in Zukunft in Vertretung des Reichsbauernführers der Reichsobmann des Nährstandes, Staatsrat Meinberg, zuzuziehen.* [B] — 4. Ausbildung der Verwaltungsbeamten; *vertagt bis zur Rückkehr von Frick.* [B] — 5. *Ernennungen. Göring informiert über eine veränderte Verfahrensweise, daß Hitler sich in Zukunft die Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Landesbeamten von der Besoldungsgruppe A 2b an aufwärts vorbehält.*³ Für Preußen *wird demnach künftig der Ministerpräsident die ihm von den Fachministern zuleitenden Vorschläge vorlegen, der zugleich die persönliche Verantwortung für die Vorschläge [...] übernimmt, womit sich eine nochmalige Prüfung von anderer Stelle [...] erübrigt.*

¹ *Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Kube, Pour le mérite, S. 68.*

² *Vgl. dazu ein Schreiben von Popitz bereits v. 10.4.1934 an Göring und alle Staatsminister in: Rep. 90, Nr. 2274, Bl. 239–239v.*

³ *Vgl. das Reichsstatthaltergesetz v. 30.1.1935 (RGBl. I, S. 65), den Erlaß v. 1.2.1935 sowie Ausführungs- und Übergangsbestimmungen und den Entwurf des Erlasses v. 6.2.1935 in: Rep. 90, Nr. 2339, Bl. 61–114v; vgl. weiter Görings Erlaß über Beamtenernennungen v. 6.2.1935, GS, S. 13 sowie Hattenhauer, Beamtentum, S. 421 f.*

Nr. 389 Sitzung des Ministerrats am 11. März 1935.

Vollz. Reinschr., Bd. 183, Bl. 24–26; MF 1070. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2317, Bl. 345–347.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Frick, Darré, Gürtner. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Posse [für Schacht], Körner, Landfried, Grauert, v. Keudell, E. Neumann, Gritzbach.

1. *Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1935.*¹ *Frick befürchtet bei Loslösung der Geheimen Staatspolizei² von der allgemeinen und inneren Verwaltung dauerhafte außerordentliche Schwierigkeiten sowohl organisatorischer als auch [...] personeller Art, weshalb er dem Haushaltsentwurf betr. die Geheime Staatspolizei hinsichtlich der Oberregierungsstellen nur unter bestimmten Voraussetzungen zustimmen kann und er zugleich vor einer Aufblähung der Geheimen Staatspolizei in Preußen warnt. Göring beansprucht nicht zwangsläufig deren Führung³, bezweifelt, daß heute schon die Aufgaben der Gestapo auf die allgemeine Polizeiverwaltung übertragen werden könnten und fordert die Vermeidung einer Sonderlaufbahn [...] für die Beamten der Gestapo. Ein diesen Punkten entsprechendes Regelwerk ist*

¹ *Vgl. das Gesetz v. 11.3.1935, GS, S. 29.*

² *Zur bereits durch Göring im April 1933 veranlaßten institutionellen und räumlichen Herauslösung der politischen Polizei aus dem preußischen Ministerium des Innern und dem Berliner Polizeipräsidium vgl. Graf, Politische Polizei, S. 128–153; zum gleichen Prozeß sowie zu dem von Göring im Oktober 1933 im Staatsministerium vorgelegten Gesetzentwurf vgl. Paul, Gerhard/Mallmann, Klaus-Michael, Die Gestapo – Mythos und Realität, mit einem Vorwort von Peter Steinbach, Darmstadt 1995, S. 85–88.*

³ *Göring hatte am 20.11.1934 die Gestapo-Führung an H. Himmler übertragen, blieb jedoch de facto deren oberster Führer, vgl. dazu sowie zu Görings Ämter- und Machtfülle überhaupt Maser, Hermann Göring, S. 199–201. Zum Tausch mit Frick und Himmler um die Unterstellung der Gestapo vgl. auch Paul/Mallmann, Die Gestapo, S. 89–94 sowie Kube, Pour le mérite, S. 67 f.*

ihm alsbald zur Vollziehung vorzulegen. [B] — 2. Gesetz zur Verwertung des beschlagnahmten staatsfeindlichen Vermögens, *abgesetzt, um die* Chefbesprechung der beteiligten Ressorts *abzuwarten*. — 3. Aussprache über die Ausbildung der höheren Verwaltungsbeamten, *in der Popitz trotz der* Verreichlichung *für die* Beibehaltung *der* in Preußen seit 200 Jahren *bestehenden* Einrichtung des Regierungsreferendariats *plädiert, während Frick die* gemeinsame Ausbildung der Verwaltungsbeamten und Richter bis zum Gerichtsassessorexamen nach süddeutschem Vorbild *favorisiert*.⁴ — 4. Entwurf⁵ eines Gesetzes über dringende Finanzmaßnahmen. [B] — 5. Entwurf⁶ eines Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den evangelischen Landeskirchen. [B] Die Vorschriften dieses Gesetzes *greifen* weder einer Entscheidung in kirchenpolitischer Hinsicht [...] noch der endgültigen Regelung der Zuständigkeiten von Staats- und Reichsstellen für kirchliche Angelegenheiten *vor*. — 6. Entwurf⁷ eines weiteren Gesetzes über die Ergänzung des Gesetzes betr. Einführung einer Altersgrenze. [B]

⁴ Vgl. dazu eine als vertraulich deklarierte Denkschrift zum Befähigungsgesetz für den höheren Verwaltungsdienst v. 22.1.1935 mit Anlagen in: Rep. 77, Staatssekretariat Grauert Nr. 10, Bl. 180–183v.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. das Gesetz v. 11.3.1935, GS, S. 37.

⁶ Vgl. das Gesetz v. 11.3.1935, GS, S. 39.

⁷ Das Gesetz v. 11.3.1935, GS, S. 36.

Nr. 390 Sitzung des Ministerrats am 27. Juni 1935.

Vollz. Reinschr. und Reinschr. [TOP 2], Bd. 183, Bl. 27–28 und 29–35¹; MF 1070.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Frick, Darré, Gürtner, Schacht, v. Eltz-Rübenach. — Prot.: Gramsch.

Weitere Teilnehmer: Körner, Landfried, Grauert, Willikens, Koenigs, Krohn, v. Keudell, Himmler, Heydrich, E. Neumann.

[1.] *Göring äußert* unter Vorlage eines formulierten Entwurfs den Wunsch *nach einer gesetzlichen* Handhabe für die Freimachung staatlicher Gebäude von unerwünschten Mietern, insbesondere von Juden. *Kerrl wird* dem Reichskabinett einen Gesetzentwurf *vorlegen* und für seine Verabschiedung im Umlaufwege [...] sorgen, durch den dem Reich und den Ländern ein außerordentliches Kündigungsrecht bei Gebäuden eingeräumt wird, die entweder repräsentativen Charakter haben (wie Schlösser usw.) oder unter Denkmalschutz stehen.) — [2.] Organisation der Geheimen Staatspolizei. Dem von *Himmler* während der Sitzung vorgelegten *Gesetzentwurf²* wird grundsätzlich *zugestimmt, wobei* die Einzelheiten [...] noch zwischen *Frick und ihm zu vereinbaren bleiben. Es soll sowohl* eine straffe durchgehende Befehlsgewalt *als* auch die unbedingt notwendige Verbindung mit den Dienststellen der allgemeinen Verwaltung (Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräten) gewahrt bleiben. *Weiterhin ist* aus innen- und außenpolitischen Gründen eine klare Verfahrens-, insbesondere Rechtsmittelregelung für

¹ Ausführliche Niederschrift zu Punkt 2 der T.O. vom 27.6. aufgrund stenographischer Notizen, *offensichtlich von Gramsch.*

² Vgl. das Gesetz v. 10.2.1936, GS, S. 21 sowie den Erlaß über die Ernennung und Entlassung der Beamten der Geheimen Staatspolizei v. 29.6.1936, GS, S. 117. Als allgemeine Darstellung vgl. auch Lang, Jochen v., *Die Gestapo. Instrument des Terrors, Hamburg 1990, sowie Paul/Mallmann, Die Gestapo, S. 93 f.*

Maßnahmen der *Gestapo* zu schaffen. — ([3.] *Popitz regt eine Änderung*³ des Staatsvertrages zwischen Preußen, Bayern, Württemberg und Baden zur Regelung der Lotterieverhältnisse vom 13. Juni 1927 an. [B])

³ *Sein Vorschlag v. 24.6.1935 in: Rep. 90a, F I 1 Nr. 6 Bd. 1, n. f. Vgl. weiter den Nachtrag zum Staatsvertrag vom 13. Juni 1927, v. 28.6.1935, GS, S. 102.*

Nr. 391 Sitzung des Ministerrats am 27. November 1935.

*Abschr.*¹ und vollz. *Reinschr.*, Bd. 183, Bl. 36 und 38–39, Anlage: Bl. 37; MF 1070. — *Abschr.*: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 1–1v.*

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Frick, Darré, Gürtner, v. Eltz-Rübenach. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Posse [für Schacht], Krohn, Körner, Landfried, Grauert, Backe, v. Keudell, E. Neumann, Best [zu 2].

1.² Geländebedarf für Reichsverteidigungszwecke.³ Über die Kaufgeldzahlung für staatliche Forsten und Domänen, die für Zwecke des Reichskriegsministeriums und des Reichsluftfahrtministeriums abgegeben worden sind, ist unter den beteiligten Ressorts inzwischen eine Einigung erzielt worden. — 2. Aufstellung des Haushaltsplans 1936. *Popitz gibt eine Übersicht über die Haushaltslage.*⁴ *Erörterung der* mit einer etwaigen Verreichlichung der Polizei zusammenhängenden Fragen organisatorischer, besoldungsrechtlicher, beamtenrechtlicher und politischer Art. — Aussprache über die Reichsreform. *Keine Erörterung der Grenzfonds (Saargrenzgürtel).*

¹ *Zum Punkt: Vor Eintritt in die Tagesordnung.*

² *Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Göring eine Erklärung zu den Ausführungen ab, die der Staatssekretär Pfundtner in einer Vorlesung der Verwaltungsakademie Berlin hinsichtlich der in Kürze kommenden gesetzlichen Sonderregelung für die Reichshauptstadt sowie der neuen Kreisordnung gemacht hatte; vgl. dazu Bl. 36–37.*

³ *Vgl. ein Schreiben von Popitz an Göring bereits v. 21.12.1934 mit Bitte um Information sowie weiteres Material (auch zu Einzelobjekten) in: Rep. 90, Nr. 1630, n. f.*

⁴ *Vgl. dazu auch einen Sitzungsbericht über die Haushaltsberatungen v. 10.12.1935 in: Rep. 90, Nr. 2578, Bl. 123–125, sowie weiteres Material in: Rep. 151, I A Nr. 1074/12.*

Nr. 392 Sitzung des Ministerrats am 12. Dezember 1935.

Abschr., Bd. 183, Bl. 40–45; MF 1070. — *Abschr.*: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 42, Bl. 2–4v.*

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Frick, Darré, Gürtner, v. Eltz-Rübenach, Seldte, Schacht. — Prot.: Bergbohm.

Weitere Teilnehmer: Kunisch [für Rust], Körner, Landfried, Grauert, Posse, Krohn, Koenigs, v. Keudell, E. Neumann, Goebbels [zu 3], Lippert.

1. In der Verreichlichung der Hauszinssteuerhypothenen sieht Popitz eine Gefährdung des Preußischen Haushalts für 1936. Göring über seine Besprechung mit Hitler am 11. Dezember, wonach demnächst mit einer Fortsetzung der Reichsreform in territorialer Richtung (Reichsgaue) nicht gerechnet werden kann, die Länder [...] vielmehr voraussichtlich noch auf Jahre hinaus bestehen bleiben werden.¹ Hitler habe sich scharf gegen jede Zentralisation ausgesprochen. Göring will daraufhin die Verantwortung, die er als Chef der preußischen Regierung weiter trägt, in keiner Weise einschränken lassen. Er fordert nachdrücklich auch gegenüber den Fachministern, bei allen für das Land Preußen wichtigen Angelegenheiten entscheidend und rechtzeitig beteiligt zu werden. Einigkeit besteht darüber, daß bei der Behandlung von Entwürfen für Reichsgesetze eine vorbereitende Behandlung im Preußischen Ministerrat unter möglicher Einbeziehung von Reichsministern erfolgen muß.² — 2. Anhaltende Notlage im Saargrenzgebiet.³ Vor etwaigen territorialen Teillösungen muß über den jetzt noch mit dem Saarland aufs engste zusammenhängenden Regierungsbezirk Trier entschieden werden. Durch die Aufhebung des bisherigen Zuzugsverbots nach dem Saarland und Beschaffung von Dauerarbeiten der Bevölkerung sollen dort bessere Lebensmöglichkeiten geschaffen werden. — 3. Berlin. Frick legt einen zunächst unverbindlichen [...] Vorentwurf⁴ eines Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Hauptstadt Berlin [...] vor. Einzelheiten. Göring bittet darum, daß der den vorgetragenen Wünschen entsprechende Gesetzentwurf mit möglichster Beschleunigung vorgelegt wird. — ([4.] Eltz-Rübenach informiert über seine Vorschläge zur Neubenennung der satzungsmäßig ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn. — [5.] Frick erklärt die in einer Denkschrift⁵ des Oberpräsidenten von Pommern, Schwede-Coburg, thematisierte Beseitigung der Regierung in Köslin für bereits erledigt. — [6.] Steuerpflicht der Aufwandsentschädigung der preußischen Staatsräte. Deren Nachprüfung im Einzelfall durch die Finanzämter ist unmöglich, was Popitz dem Reichsfinanzminister Schwerin v. Krosigk mitteilen soll.)

¹ Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Kube, *Pour le mérite*, S. 68. — Weiter eine wahrscheinlich vom preußischen Innenministerium erarbeitete Analyse über die Reichsreform und ihr Verhältnis zu Preußen, die einer am 20.12.1935 tagenden Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten vorgelegt worden war, in: *Rep.* 90, Nr. 2309, Bl. 102–109. Auch in: *Rep.* 90, Nr. 2578, Bl. 133–138.

² Vgl. ein Schreiben Görings an alle Staatsminister v. 13.12.1935 in: *Rep.* 90a, B III 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 371. Auch in: *Rep.* 90, Nr. 2578, Bl. 121.

³ Im Zuge der Lohnangleichung ordnete der Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes Bürckel Anfang April 1936 eine dreiprozentige Lohnerhöhung für die saarländische Eisenindustrie an, wogegen Reichsarbeitsminister Seldte Protest einlegte, beide Schreiben in: *Rep.* 77, Staatssekretariat Grauert Nr. 36, Bl. 72–73.

⁴ Im Februar 1935 hatte Staatskommissar Lippert gegenüber Grauert angemahnt, ihn – wie einst zugesichert – an der Gestaltung des Berliner Verfassungsrechts zu beteiligen, vgl. Lipperts Schreiben v. 21.2.1935 in: *Rep.* 77, Staatssekretariat Grauert Nr. 10, Bl. 156–159v, bes. Bl. 156.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. allgemein zur Straffung der Zivilverwaltung in Pommern nach 1933 Fenske, Hans, *Die Verwaltung Pommerns 1815–1945: Aufbau und Ertrag*, Köln 1993, S. 89–96.

Nr. 393 Sitzung des Ministerrats am 14. Januar 1936.

Abschr., Bd. 183, Bl. 47–51v; MF 1070. — *Abschr.*: GStAPK, I. HA, *Rep.* 90, Nr. 2329, Bl. 465–469v.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Frick, Darré, v. Eltz-Rübenach, Seldte, Gürtner, Schwerin v. Krosigk, Schacht. — *Prot.*: Bergbohm.

Weitere Teilnehmer: Keitel, Lammers, Körner, Landfried, Grauert, Posse, Krohn, Koenigs, Backe, v. Keudell, E. Neumann, Gritzbach.

1. Lage der preußischen Finanzen. *Popitz informiert über die mit Schwerin v. Krosigk herbeigeführte Abänderung des Plafondgesetzes, wodurch man die völlige Sterilisierung der preußischen Finanzen einstweilen zu verhindern hofft, weil nunmehr eine gewisse Beteiligung der Länder an dem Mehraufkommen [...] der Überweisungssteuern vorgesehen ist. Weiter begrüßt Popitz das in Aussicht genommene Reichsstempelsteuergesetz und betont die für den preußischen Haushalt auf die Dauer nicht tragbare Belastung, Subventionen für Aufgaben zu leisten, die reine Reichsangelegenheiten sind. Schwerin v. Krosigk hält angesichts der hohen Rüstungsausgaben [...] eine gewisse Benachteiligung aller übrigen Verwaltungen für zwangsläufig, strebt aber an, ineinandergreifende Aufgaben des Reichs und Preußens möglichst zu bereinigen und hier etatrechtlich eine gewisse Scheidung herbeizuführen.* — 2. Reichsbeamtenengesetz.¹ *Frick sieht die Verreichlichung des Beamtenrechts als eine Voraussetzung für die Reichs- und Verwaltungsreform. Einzelheiten, u. a. zur Parteigerichtsbarkeit, zur Deutschblütigkeit von Beamten und ihrer Ehegatten und zur Bedeutung der nationalsozialistischen Schulung der Jugend für eine spätere Beamtenlaufbahn. Anschließend rät Lammers von der Vorlage sowohl des Reichsbeamtengesetzes wie auch der Reichsdienststrafordnung beim Reichskabinett ab, da Hitler den Erlaß von Dauervorschriften auf den genannten Gebieten für verfrüht hält, was Frick und Gürtner jedoch ablehnen.* — 3. Reichsdienststrafordnung. — 4. Revidierter Entwurf² zum Gesetz Groß-Berlin. *Die Schulaufsicht soll bei Behinderung des Stadtpräsidenten nur durch dessen staatlichen Verwaltungszweig, nicht aber durch den kommunalen Vertreter (Bürgermeister) ausgeübt werden.* — 5. Gesetz Stiftung Schorfheide.³ [B]

¹ Ein von Frick am 12.12.1935 vorgelegter, überarbeiteter Entwurf sowie daraufhin geäußerte Änderungswünsche und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 2329, Bl. 388–567. Vgl. dazu im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern im Oktober 1935 erarbeitete Materialien in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 3, Bl. 139–144. Ferner vorherige Korrespondenzen zwischen den preußischen und Reichsbehörden wegen der Erörterung dieses Reichsgesetzes vorab im preußischen Ministerrat und der Hinzuziehung von Reichsministern in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 375–384. Erlassen als Deutsches Beamtenengesetz (DBG) v. 26.1.1937, RGBl. I, S. 39. Zusammenfassend zur Vorgeschichte Hattenhauer, *Beamtenum*, S. 434–447. Zur Entstehung und der aushöhlenden Wirkung auf die staatstragende Rolle des Berufsbeamtentums vgl. Mommsen, *Beamtenum*, S. 91–123.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

³ Vgl. das Gesetz betr. die Errichtung der „Stiftung Schorfheide“ v. 25.1.1936, GS, S. 19.

Nr. 394 Sitzung des Ministerrats am 26. Februar 1936.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 183, Bl. 52–56; MF 1070.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, v. Eltz-Rübenach, Gürtner, Schwerin v. Krosigk [zu 4–10], Wagner, Schacht. — Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Grauert, Pfundtner [beide für Frick], Backe [für Darré], Lammers, Körner, Landfried, Posse, Krohn, Koenigs, v. Keudell, Heydrich, E. Neumann, Gritzbach, Saemisch [zu 3].

1. *Göring informiert über die beabsichtigte Regelung der Flaggenführung an Dienstkraftwagen, wonach neben der Reichsdienstflagge noch besondere Unterscheidungsflaggen eingeführt werden sollen.* — 2. *Gesetz über Groß-Berlin. Göring erklärt sich nachdrücklich gegen die Vorschläge des Stellvertreters des Führers, für Berlin einen besonderen Statthalter zu schaffen, wozu Wagner im Reichskabinett auftreten soll, damit die Verabschiedung des Gesetzes alsbald erfolgen kann. Einigkeit darüber, daß Berlin in Zukunft als Reichs- und Landeshauptstadt gekennzeichnet*

werden soll.¹ — **3.** Entlastung des Staatsministeriums für die Staatshaushaltsrechnungen der Rechnungsjahre 1932 und 1933. [B] *Göring ersucht Frick wegen des dabei aufgefundenen Materials die Ausbürgerung des früheren Finanzministers Klepper² nunmehr mit Beschleunigung zu betreiben.* — **4.** Aufwandsentschädigung der Staatsräte. Entwurf³ einer zweiten Durchführungsverordnung zu § 14 des Gesetzes über den Staatsrat. [B] — **5.** Arbeitsbeschaffung in den Grenzgebieten. Abschaffung des Grundförderungssystem *und zukünftig* Verwendung des gesamten zur Verfügung stehenden Betrages in den Notstandsgebieten, *womit sich Göring einverstanden erklärt, sich aber* – soweit Preußen in Frage kommt – die letzte Entscheidung über die Verteilung der Mittel *vorbehält.* — **6.** Wohnungsbaupolitik. Für eine fühlbare Besserung auf dem Wohnungsmarkt *fordert* Krohn [...] neben der Hergabe von Reichsmitteln *den Pfandbriefmarkt zu öffnen, die Kommunalkreditsperre zu lockern und den Gemeinden die Hergabe von billigem Bauland zur Pflicht zu machen. Aufwendige Bau- und Siedlungsvorhaben sowie die Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft sind abzulehnen⁴; eine Verhinderung unberechtigter Mietsteigerungen ist notwendig.* — **7.** Übergang der Seeämter auf das Reich *sowie keine* Verlegung des Seeamts von Flensburg nach Kiel. [B] — **8.** Zahlung von Unterstützungen an Beamte, Angestellte und Arbeiter im Bereiche der Provinz Pommern. *Göring wird mit dem Oberpräsidenten über seinen den Gedanken der Volksgemeinschaft schädigenden Erlaß persönlich sprechen.* — ([9.] *Göring fordert unter Hinweis auf die in der Luftwaffe [...] eingetretenen Todesfälle ein Gesetz, welches bei Sabotageakten sowohl für Anstifter und Täter als auch für schweigende Mitwisser [...] die Todesstrafe vorsieht. Außerdem soll die Gestapo schärfste Überwachung aller mit der Luftwaffe in Zusammenhang stehenden Betriebe übernehmen.* — [10.] *Göring ist aus Südtirol um Schutz gegen die Ausweisung von Südtiroler Flüchtlingen gebeten worden, die in deutschen Hilfswerklagern untergebracht sind. Da Tirol [...] stark nationalsozialistisch eingestellt sei, sollen Unruhe und Enttäuschung vermieden und deshalb nur diejenigen Flüchtlinge abgeschoben werden, die durch Vertrauensleute als unzuverlässig festgestellt worden sind.*)

¹ *Zur Entwicklung der Berliner Verwaltungsorganisation nach 1933 grundsätzlich Engeli/Ribbe, Berlin in der NS-Zeit, S. 974–979.*

² *Zu dem seit April gegen Klepper laufenden Untersuchungsverfahren Pufendorf, Otto Klepper, S. 158f.*

³ *Der von Popitz am 30.1.1936 vorgelegte Entwurf in: Rep. 77, Tit. 494b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 166–167. Vgl. die VO v. 3.3.1936, GS, S. 30.*

⁴ *Dazu bereits im Dezember 1933 festgehaltene Richtlinien in: Rep. 84a, Nr. 2056, Bl. 272–273v. Zum Kontext allgemein vgl. beispielsweise Mattausch, Roswitha, Siedlungsbau und Stadtneugründungen im deutschen Faschismus, Frankfurt/M. 1981.*

Nr. 395 Sitzung des Ministerrats am 19. März 1937.

Vollz. Reinschr., Bd. 183, Bl. 57–58; MF 1070/1071. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex B Nr. 211, Bl. 1–3.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Frick, Darré, Seldte, Dorpmüller, Gürtner, Schacht. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Lammers, Körner, Landfried, Posse, Krohn, Zschintzsch, Willikens, Kleinmann, Himmler, v. Keudell, E. Neumann.

1. Entlastung des Staatsministeriums für die Staatshaushaltsrechnung des Rechnungsjahres 1934. [B] — 2. Entwurf¹ eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1937. *Popitz betont beim zu gebenden Überblick über die Lage der preußischen Staatsfinanzen [...] die Schlechterstellung Preußens gegenüber anderen Ländern, die Erstarrung der Länderetats und die Notwendigkeit beschleunigter Verreichlichung. Einzelheiten. Popitz soll notwendige Änderungen vor der Verkündung des Gesetzes noch nachträglich vornehmen.* [B] — 3. Zur Berufsschulbeitragspflicht der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände *ist eine einheitliche Regelung im Reich erwünscht. Bis dahin ist gegenüber dem Reichsschatzmeister der NSDAP [...] an der Beitragspflicht festzuhalten.* [B] — 4. Abgabe des Landjahres an das Reich *und keine Beteiligung Preußens an den Kosten.* [B]

¹ Dazu von Popitz erstellte Richtlinien v. 26.6.1936 sowie weiteres Material in: Rep. 151, I A Nr. 1074/15, n. f. Vgl. ferner das Gesetz v. 19.3.1937, GS, S. 13.

Nr. 396 Sitzung des Ministerrats am 10. Mai 1938.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 183, Bl. 59–62v; MF 1071.

Anwesend: Göring [V], Popitz, Kerrl, Rust, Frick, Darré, Seldte, Schwerin v. Krosigk. — Prot.: Bergbohm [U].

Weitere Teilnehmer: Kritzinger [für Lammers], Körner, Landfried, Zschintzsch, Pfundtner, Stuckart, Muhs, Kleinmann, Brinkmann, Alpers, Riecke [für Backe], Kummer [für Willikens], Engel [für Krohn], E. Neumann, Surén [zu I], Fuchs [zu I].

1. Staatshaushaltsplan 1938 und Neuregelung des Finanzausgleichs.¹ *Popitz erläutert, daß trotz größter Sparsamkeit das Gleichgewicht der Ausgaben und Einnahmen nicht mehr erzielt werden konnte. Im Gegensatz zu der steigenden Finanznot des Landes haben sich die Verhältnisse seiner Gemeinden von Jahr zu Jahr weiter gefestigt, unter anderem durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Neuregelung des innerpreußischen Finanzausgleichs muß daher notwendigerweise einen Ausgleich zwischen dem Land und seinen Gemeinden [...] schaffen. Auch der Reichsfinanzminister hält es für angebracht, verschiedene Steuereinnahmen der Gemeinden diesen zu entziehen und unterbreitet konkrete Vorschläge. Da hierzu keine Einigung zwischen den Ressorts hergestellt werden konnte, fordert Göring abschließend, daß für das Land Preußen diejenigen Beträge, deren es zur Erfüllung seiner Aufgaben bedarf, unter allen Umständen gesetzlich sichergestellt werden. — 2. Übertragung der Stellung als Preußische Oberste Landesbehörde an den Jugendführer des Deutschen Reiches. Auf dem Gebiete der Jugendführung werden die Einrichtung einer Obersten Preußischen Landesbehörde, die Schaffung einer eigenen Organisation im Rahmen der preußischen allgemeinen Landesverwaltung und die Bereitstellung preußischer Haushaltsmittel abgelehnt. [B] — 3. Neuordnung im Raume Salzgitter², nicht verhandelt.*

¹ Ein Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1938 mit einer Denkschrift über die Lage der preußischen Finanzen von Februar/März 1938 in: Rep. 151, I A Nr. 1075, n. f.

² Vgl. zur Gründung der Reichswerke im Salzgittergebiet und den damit zusammenhängenden Standortplanungen Riedel, Matthias, *Vorgeschichte, Entstehung und Demontage der Reichswerke im Salzgittergebiet*, Düsseldorf 1967, S. 23–63, zu den Urbanisierungsprozessen S. 103–121. Vgl. dazu auch Meyer, August, *Hitlers Holding. Die Reichswerke „Hermann Göring“, überarb. und aktualisierte Neuaufl.*, München u. a. 1999, S. 69–88, der auch eine Sitzung im Staatsministerium am 23.7.1937 erwähnt (S. 79), auf der Göring eine Erklärung zu Gründung der Reichswerke abgegeben haben soll.